

**Rechtsextremismus
und Antifaschismus**

*herausgegeben von Klaus Kinner
und Rolf Richter*

Schriften 5

herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. und der
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und
Politische Bildung e. V.

Rechtsextremismus und Antifaschismus

Historische
und aktuelle
Dimensionen

*herausgegeben von
Klaus Kinner und Rolf Richter*

Karl Dietz Verlag Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Rechtsextremismus und Antifaschismus : historische und aktuelle Dimensionen /
hrsg. von Klaus Kinner und Rolf Richter. – Berlin : Dietz, 2000
(Schriften / Rosa-Luxemburg-Stiftung ; Bd. 5)

ISBN 3-320-02015-3

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2000
Umschlag: Egbert Neubauer, MediaService
Fotos: Gabriele Senft, Berlin
Typografie: Brigitte Bachmann
Satz: MediaService, Berlin
Druck und Bindearbeit: BärenDruck, Berlin
Printed in Germany

INHALT

Editorial	7
WERNER BRAMKE Antifaschistische Tradition und aktueller Antifaschismus	8
ROLF RICHTER Über Theoretisches und Praktisches im heutigen Antifaschismus	14
KLAUS KINNER Kommunistischer Antifaschismus – ein schwieriges Erbe	45
ANDRÉ HAHN Zum Umgang mit Rechtsextremen in den Parlamenten	52
NORBERT MADLOCH Rechtsextremismus in Deutschland nach dem Ende des Hitlerfaschismus	57
Vorbemerkung	58
Rechtsextremistische Tendenzen und Entwicklungen in der DDR, speziell in Sachsen, bis Oktober 1990	63
Hauptetappen der Entwicklung des Rechtsextremismus in den alten Bundesländern bis zur deutschen Vereinigung 1990	106
Zur Entwicklung des Rechtsextremismus im geeinten Deutschland 1990 bis 1990 – besonders in den neuen Bundesländern	146
Ursachen und Perspektiven des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik	206
ROLAND BACH Zur nationalen und sozialen Demagogie der extremen Rechten	215

Anhang	251
NORBERT MADLOCH	
Lexikalische Erläuterungen zu den im Rechtsextremismus-Teil verwandten Hauptbegriffen	252
<i>Rechtsextremismus</i>	253
<i>Rechtsradikalismus = Grauzone</i>	255
<i>Rechtspopulismus</i>	256
<i>Faschismus/Nazismus – Neofaschismus/Neonazismus</i>	257
<i>Neue Rechte</i>	261
<i>Rassismus</i>	264
<i>Ausländer- bzw. Fremdenfeindlichkeit</i>	266
<i>Antisemitismus</i>	267
<i>Nationalismus</i>	268
<i>Militarismus</i>	270
<i>Geschichtsrevisionismus</i>	271
Studie über Erkenntnisse der Kriminalpolizei zu neofaschistischen Aktivitäten in der DDR	273
Die Autoren	294

EDITORIAL

Die vorliegende Publikation ist Frucht längerwährender Bemühungen, Antifaschismus und Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in Beziehung zu setzen und die historische und aktuelle Dimension des Antifaschismus für linke Politik heute zu hinterfragen. Unter Federführung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen wurden diese Fragen am 20. Juni 1999 auf einer Konferenz gemeinsam mit dem PDS-Landesvorstand Sachsen, der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag und dem Verband der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten erörtert. Resultat dieser Konferenz und weiterführende Studien machen die Substanz dieses Bandes aus.

Es galt, Positionen zu gewinnen, die Antifaschismus als unverzichtbares Erbe einer humanistischen, gegen die äusserste Reaktion gerichteten Bewegung begreifen, die das 20. Jahrhundert massgeblich beeinflusst hat. Demokratische und humanistische Politik – so wurde herausgearbeitet – ist per se dem Antifaschismus verpflichtet. Umgekehrt kann sich eine solche Politik in der Gegenwart nicht in einem antifaschistischen Selbstverständnis erschöpfen. Ein breites Bündnis gegen rechts sollte sich auf den Antifaschismus gründen, wird aber von diesem nicht vollständig gedeckt. Auch kann Auseinandersetzung mit den unterschiedlichsten Spielarten des Rechtsextremismus nicht ausschliesslich auf den Antifaschismus rekurrieren.

Bewahrung des Antifaschismus schliesst seine Historisierung in dem Sinne ein, dass sein historischer Ort bestimmt und somit eine Überforderung und inflationäre Verwendung vermieden wird.

Bewahrung des Antifaschismus heisst auch, die Beschädigungen zu benennen, die er durch machtpolitische Instrumentalisierung in der sich stalinisierenden kommunistischen Bewegung erfuhr. Aktuelle linke Politik muss sich dieser historischen Dimension bewusst sein, wenn sie sich in die Tradition des Antifaschismus stellt. Ob und in wie weit sie diese Politik, einzelne Aktionen oder Politikbereiche unter diesem Begriff firmiert, ist nur für den Einzelfall zu beantworten. Eine eher sparsame Verwendung, die vor allem den historischen Bezug herstellt, scheint angeraten. Ein weites, humanistisches und demokratisches Bündnis gegen die extreme Rechte, die eine sich wandelnde, anpassungsbereite, in den Widersprüchen der modernen Gesellschaft wurzelnde in sich differenzierte Bewegung darstellt, bleibt eine erstrebenswerte und realistische Aufgabe.

Die Herausgeber

WERNER BRAMKE

Antifaschistische Tradition und aktueller Antifaschismus

Der Antifaschismus befindet sich seit dem Kollaps des realen Sozialismus in einer Dauerkrise. Was nicht damit zusammenhängt, daß ihm der Faschismus als Gegner abhanden gekommen ist, sondern damit, daß der Antifaschismus von Anfang an – seit 1920/21, als die Diskussion um ihn in Italien und Deutschland einsetzte und von da aus in der Komintern Einzug hielt – als Begriff und politische Realität vor allem mit der kommunistischen Bewegung verbunden gewesen ist.¹ Der Antifaschismus im weiteren Sinne (d. h. unter Einschluss aller entschiedenen Gegner faschistischer Diktaturen und Bewegungen), der den Zweiten Weltkrieg wesentlich prägte, auch zu einem Zeitpunkt, als er noch unterlegen schien, blieb im Kalten Krieg eine respektable Größe, die trennte oder vereinigte, auf jeden Fall mobilisierte. Er *musste* jedoch in diese Krise kommen, als die sozialistischen Staaten, die den Anspruch des staatsgewordenen Antifaschismus erhoben, zusammenbrachen, nicht zuletzt weil dieser Zusammenbruch fast widerstandslos hingenommen wurde. Damit teilt der Antifaschismus in vieler, aber nicht in jeder Hinsicht das Schicksal der sozialistischen Arbeiterbewegung. Die insbesondere 1990, z. T. auch etwas später im Zusammenhang mit der Debatte über das vermeintliche Ende der Geschichte geführte Diskussion über die Frage, ob die Arbeiterbewegung am Ende sei, bewies das. Die überwiegend dabei vertretene Auffassung, der Verlust der engen sozialen Bindung an eine abhanden gekommene Klasse bedeute nicht den generellen Verlust politischer und sozialer Erfahrungen dieser sozialen Bewegung, kann auch mutatis mutandis für den Antifaschismus gelten.

Der Vorwurf des zu Legitimationszwecken missbrauchten Antifaschismus – latent schon vorher ein Thema in der ideologischen Systemauseinandersetzung² – wurde in den neunziger Jahren zu einem zentralen Argumentationspunkt, um den Antifaschismus

1 Siehe Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München, Wien 1985. Fünftes Kapitel, S. 184-227.

2 So besonders im Historikerstreit, in dem von konservativer Seite nicht nur vor allem der sowjetkommunistische Antifaschismus, sondern selbst der nationalkonservative Widerstand diskreditiert wurde. Siehe Hans-Ulrich Wehler: Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum Historikerstreit, München 1988, S. 51f. Wir Historiker der DDR versäumten es damals, in den Historikerstreit einzugreifen, weil wir glaubten, er ginge uns nichts an.

grundsätzlich als Konzept in Frage zu stellen und gleichzeitig das Gesellschaftssystem des Sozialismus vorerst endgültig zu delegitimieren. Dies geschah insbesondere im Zusammenhang mit der Aufwertung der Totalitarismustheorie: Ganz massiv durch Manfred Wilke, den Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat, schon 1990 und dann in der Enquête-Kommission, der den Antifaschismus als illusionär, zur Legitimation des Linksextremismus und als mindestens teilweise totalitär charakterisierte³, ganz ähnlich durch Hans-Helmuth Knütter aus Bonn, ebenfalls seit 1990 und vor allem 1993, der den Antifaschismus als einen Kampfbegriff gegen die parlamentarische Demokratie der BRD wertet und der PDS unterstellt, ihn als „Lebensversicherung“⁴ und als Kaschierung für Theorie-defizite zu benutzen.

Nicht übersehen sollten wir dabei, daß sich diese Auslassungen, von der konservativen Position aus geführt, auch und sicher nicht zuletzt gegen alle die aus dem liberalen Lager richten, die einst mit Kommunisten wenigstens ein Stück des gemeinsamen Weges im Kampf gegen den Faschismus gingen oder – vor allem in den achtziger Jahren – den Kontakt mit Wissenschaftlern aus der DDR suchten wie Jürgen Kocka, Christoph Kleßmann und besonders Peter Steinbach.⁵ Sicher spielt bei den Attacken gegen letztere auch ein wissenschaftliches Inferioritätsgefühl gegenüber den international renommierten „Kollegen“ mit, aber vor allem geht es grundsätzlich darum, das im Konzept des Antifaschismus angelegte breite Bündnis zwischen Kommunisten, Liberalen und selbst rechten Gegnern des Nationalsozialismus als von vornherein verfehlt und den Kontakt zwischen bundesdeutschen und DDR-Wissenschaftlern als Verrat an den Grundsätzen der Demokratie der BRD zu denunzieren. Charakteristisch für den Zustand der politischen Kultur in der Bundesrepublik in den 90er Jahren ist nicht nur, daß diese theoretisch grobschlächtigen und von eindeutiger politischer Tendenz bestimmten Positionen die öffentliche Diskussion und selbst eine quasi offiziöse Zeitschrift wie „Das Parlament“ einigermaßen dominieren.⁶

Bezeichnend sind auch die defensiven, von Rechtfertigungsdruck geprägten Erwidern der Angriffe der linksliberalen sozialgeschichtlichen Schule. Nicht zu übersehen ist auch, daß exponierte Vertreter dieser sozialgeschichtlichen Schule bei der Diskreditierung des Antifaschismus eine nicht unerhebliche Rolle spielen und dabei einer modifizierten Totalitarismustheorie das Wort reden, wie jüngst Hans-Ulrich Wehler bei der Präsentation seines ansonsten nicht uninteressanten Modells des Dreier-Vergleichs von DDR, NS-Diktatur und BRD⁷. Die öffentlich sehr wirksame Antonia Grunenberg von der

3 Siehe Manfred Wilke: Antifaschismus als Legitimation staatlicher Herrschaft in der DDR, in: Bedeutung und Funktion des Antifaschismus. Hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn 1990, S. 52-64.

4 Hans-Helmuth Knütter: Die Faschismus-Keule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken, Berlin 1993, S. 36.

5 Siehe Werner Bramke: Kooperation in der Konfrontation. Begegnungen in der deutsch-deutschen Geschichtslandschaft der achtziger Jahre, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hrsg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-Deutsche Beziehungen 1945-1990, Bonn 1998, S. 131f.

6 Siehe Klaus Schroeder/Jochen Staadt: Zeitgeschichte in Deutschland vor und nach 1989, in: Das Parlament, B. 38/1997, S. 15-29.

7 Siehe Hans-Ulrich Wehler: Diktaturen-Vergleich, Totalitarismus-Theorie und DDR-Geschichte, in: Bauerkämper/Sabrow/Stöver: Doppelte Zeitgeschichte, a.a.O., S. 346-352.

Reform-Universität Bremen, Schülerin Blochs, Adornos, Habermas', lastet den Anhängern des Antifaschismus an, sie schleppten immer noch die Bürde des Totalitarismus mit sich herum, und sie sieht in der Mauer – der realen und der in der Erinnerung – einen Ausdruck der Ästhetik des Antifaschismus.⁸ Und ein ganz gewiß rechter Neigungen unverdächtiger Zeitgenosse wie der hochangesehene Timothy Garton Ash, der den Geist des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus in der späten DDR erfahren wollte, entdeckte nur Unfreiheit, die Flucht in die innere oder äußere Emigration und nirgendwo das Motiv des Antifaschismus zum Ausharren, etwa bei Christa Wolf oder Stefan Heym.⁹

Es kann kaum einem Zweifel unterliegen: Der Antifaschismus wird nicht nur als Grundirrtum ausgemacht oder gar als Lüge denunziert, seine heutigen Anhänger sollen auch isoliert werden, wobei die Motive allerdings sehr unterschiedlich sind und z. B. der Abstand zwischen Wilke und Ash riesengroß ist. Wilke will ausgrenzen, skandalisieren und eine politische Tendenz des Illiberalismus durchsetzen, Ash sucht nach tatsächlichen oder vermeintlichen Irrtümern, die einer demokratischen Kultur im Wege standen und stehen. Im Gegensatz zu diesen Positionen stehen die Verteidiger des historischen Antifaschismus, etwa wie die Aktivisten der heutigen Antifa und anderer Gruppen, die sich gegen den Rechtsextremismus verbünden.

Ohne die Bündnisse gegen rechte Übergriffe oder rechte Politik geringschätzen zu wollen, ohne die Rolle der Antifaschisten in diesen Bündnissen herunterspielen zu wollen, steht es uns gut an, zu sehen, in welcher schwieriger Lage, von Isolierungen und Isolierungsversuchen umgeben, alle die stehen, die mit gutem Grund es ablehnen, im Antifaschismus der DDR einfach eine Legitimationsideologie und -strategie und im Antifaschismus heute bestenfalls ein Auslaufmodell erkennen.

Bevor ich auf die nach meiner Auffassung aktuellen Ansätze und Ansatzmöglichkeiten antifaschistischer Traditionen eingehe, halte ich es als Voraussetzung für die Nutzung antifaschistischer Traditionen für notwendig anzuerkennen, daß wir, die wir die im Antifaschismus immanenten demokratisch-aufklärerischen Grundzüge verteidigen, uns in einer Defensivposition befinden. Diese bietet die Chance zu einer nüchternen Bestandsaufnahme, was vor allem heißt: kritische und nicht zuletzt selbstkritische Überprüfung des historischen und gegenwärtigen Arsenal des Antifaschismus.

Heinrich Einsiedel hat 1995 eindringlich davor gewarnt, den Faschismus als Totschlagargument fast für alles, was irgendwie rechts ist oder so erscheint, zu gebrauchen.¹⁰ Diese Mahnung ist nicht nur als eine Absage an eine Phase der KPD-Geschichte zu verstehen – immerhin eine Phase historischer Weichenstellung, in der die KPD eine Faschisierung nahezu der gesamten Gesellschaft zu erkennen glaubte und selbst Verbündete wie Heinrich Mann und Kurt Tucholsky verprellte. Sie ist auch nicht vordergründig auf vergangene Zeiten der Ritualisierung des Antifaschismus zu beziehen. Die Ste-

8 Antonia Grunenberg: Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Reinbeck 1993, S. 179.

9 Siehe Timothy Garton Ash: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980 1990, München/Wien 1992, S. 21-27.

10 Wer redet da von Entwarnung? Texte und Analysen zum aktuellen Rechtsextremismus. Mit einem Vorwort von Heinrich Graf von Einsiedel, Berlin 1995, S. 12.

reotypie in der Erinnerung des Widerstandes wurde schon seit den siebziger Jahren, auch in SED-Kreisen, wegen ihrer Wirkungslosigkeit beklagt. Sie richtet sich mehr noch gegen eine *andauernde*, im linken Lager (wenn ein solches existiert) scheinbar unausrottbare Sucht des voreiligen Rechts-Vorwurfs gegen alle, die nicht gleicher Meinung sind, wodurch nicht nur Bündnispartner vor den Kopf gestoßen, sondern – noch weit gefährlicher – das tatsächliche Einsetzen einer Rechtswendung in der Gesellschaft verpasst oder wenigstens nicht glaubhaft angezeigt werden kann.

In diesen Rahmen gehört auch die Beziehungsangst gegenüber dem Nationalismus als Gesinnung, wie ihn z. B. Einsiedel versteht¹¹, was zwar insofern eine rationale Grundlage hat, als der Nationalismus in Deutschland mit dem weitgehenden Verlust der Bindung an das demokratische Prinzip seit der 48er Revolution überwiegend rechtsautoritären Bestrebungen diene. Aber nicht selten diene dem Rechtsextremismus diese Beziehungsangst, indem er ein Vakuum füllte. Ich weiß freilich, daß das Eingehen auf eine nationale Welle oder Gesinnung in Deutschland fast immer eine Gratwanderung darstellte.

Das eben Gesagte zu akzeptieren wird sicher den Verteidigern des Antifaschismus nicht so schwer fallen. Anders sieht es mit Vorwürfen aus, die auch zum Kernbestand der Verfechter der Totalitarismus-Theorie gehören. Dabei handelt es sich zum einen um den schwerwiegenden, aber kaum mit guten Argumenten abzuweisenden Vorwurf, es sei der Antifaschismus gewesen, der grundsätzlich und selbst bei kritisch zur Diktatur des Proletariats Eingestellten die Kritik an grundlegenden Mängeln des Realsozialismus blockierte. Sie blieb Mielke für viele letztlich ein Repräsentant des antifaschistischen Widerstands. Und schließlich der Vorwurf: Die marxistische Methode der Radikalkritik der bürgerlichen Gesellschaft habe sich selbst im Antifaschismus infrage gestellt, weil sie mit ihrem Anspruch auf Alleingültigkeit einer pluralistischen, richtiger: universalistischen Gesellschaft die Absage erteilte.

Der Marxismus als theoretische Grundlage des Antifaschismus habe von vornherein dessen Anspruch, Verteidiger aller humanistisch-demokratischen Werte zu sein, entgegengestanden. Die Radikalkritik an der bürgerlichen Gesellschaft habe auch eine Verteidigung bürgerlich-humanistischer Werte zur Disposition gestellt.¹² Die Autoren derartiger Vorwürfe kommen nicht selten selbst mit der Attitüde des allein Rechthabens und mit einer einseitigen Sicht auf den Marxismus daher. Es wäre aber für uns und in unserer Situation unangemessen, den Kern der Kritik nicht zu prüfen.

Nachfolgend werden andere in der Diskussion ausführlich die Etappen in der Entwicklung des Antifaschismus in Deutschland analysieren. Ich beschränke mich auf Schlaglichter, die diese Etappen beleuchten.

Die Anfang und Mitte der zwanziger Jahre in Deutschland und Italien von Kommunisten, so von Clara Zetkin und Antonio Gramsci, angestellten Überlegungen zur faschistischen Gefahr diagnostizierten den Faschismus als Krisensymptom des Kapitalismus und enthielten im Keim die Erkenntnis, daß sich die faschistischen Bewegungen auch anti-kapitalistischer Revolten bedienten oder mit diesen vermischten.¹³ August Thalheimer

11 Siehe ebenda, S. 11f.

12 Siehe Wolfgang Kraushaar: Die auf dem linken Auge blinde Linke, in: Die Zeit, 11. März 1994, S. 70.

13 Siehe Clara Zetkin: Der Kampf gegen den Faschismus. Bericht auf dem III. Erweiterten Plenum des

hat diesen Ansatz 1928 in seiner Bonapartismus-Theorie verstärkt.¹⁴ Dieser Ansatz ist auch heute nutzbar, vielleicht – flexibel gehandhabt – der immer noch produktivste. Das gilt nicht nur für die Aufdeckung des Zusammenhangs von konservativ-bürgerlichen Ordnungsvorstellungen und rechtsextremistischen Exzessen gegen Ausländer, die angeblich Ruhe und Ordnung beeinträchtigen. Dieser klassenanalytische Ansatz hilft auch verstehen, warum heute vielfach Jugendliche aus Arbeiterhaushalten zu „Faschos“ werden. Die Arbeiter sind eben auch Teil der bürgerlichen Gesellschaft, und ihre erneute, wenigstens partielle Verdrängung aus der Gesellschaft lässt sie zu extremistischen Desperados werden.

Aus dem Jahr 1923 hebe ich ein Exempel des antifaschistischen Kampfes hervor: den einzigen staatlichen Widerstand in Deutschland gegen den drohenden Demokratieverlust der Weimarer Republik durch die »Arbeiterregierung« in Sachsen. Die Zeigner-Regierung stürzte nicht zuerst über ihre Stützung durch die Kommunisten und ihre Verteidigung der proletarischen Hundertschaften. Beides ergab sich vielmehr aus ihrem Angriff – es war nicht nur Abwehr – gegen die Machenschaften der Reichswehr und deren Förderung paramilitärisch-faschistischer Kräfte zur Unterminierung der Demokratie.¹⁵

Dieser einzig wirklich staatgewordene Antifaschismus in Deutschland könnte Anlass dazu geben, über die Rolle des *bürgerlichen* Staates im Kampf gegen den Rechtsextremismus nachzudenken. Antifa- und andere autonome Gruppen werfen z. T. der PDS vor, zu staatsnah zu sein und sie im Kampf mit der Polizei allein zu lassen. Ein Vorwurf, der in mancher Hinsicht verständlich ist; er lässt aber außer Acht, daß der heutige Staat im Kampf gegen den Rechtsextremismus einfach in die Pflicht genommen werden muss, weil es doch so etwas wie einen Gesellschaftsvertrag gibt. Ich beziehe mich hier auf Anregungen Pierre Bourdieus in seinen fundamentalen Auseinandersetzungen mit der „neoliberalen Invasion“ durch die ganzen 90er Jahre.¹⁶ Er verweist das Gerede im neoliberalen Lager von der Rücknahme des Staates in den Bereich der Heuchelei und fordert stattdessen die Sozialpflicht des Staates als einzige wirksame Maßnahme zur Verteidigung der Demokratie ein. Das berührt sich auch mit Überlegungen von Arno Klönne, der Skepsis gegenüber der Macht der antifaschistischen Aufklärung äußert und diese nur dann als erfolgsversprechend ansieht, wenn sie auf der Grundlage sozialer Stabilität praktiziert wird.¹⁷ Denn ohne in der Sozialarbeit das Allheilmittel gegen Rechtsextremis-

Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 20. Juni 1923, in: Clara Zetkin: Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, Leipzig 1974, S. 297ff.; Antonio Gramsci: Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens, in: Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur, Leipzig 1980, S. 193-201.

14 Am leichtesten heute zugänglich: August Thalheimer: Über den Faschismus, in: Wolfgang Abendroth (Hrsg.): Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und Funktionen des Faschismus, Frankfurt/M. 1967, S. 19-38.

15 Siehe Karsten Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik (1871-1923), Weimar/Köln/Wien 1995, S. 344-414; Jesko Vogel: Die Regierungen Sachsens zwischen passivem Widerstand und Reichsexekution. Magisterarbeit, Leipzig 1999.

16 Siehe Pierre Bourdieu: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion, Konstanz 1998.

17 Siehe Arno Klönne: Der neue rechte Fundamentalismus – ein „Spuk von gestern“?, in: Mattias von Hellfeldt (Hrsg.): Dem Haß keine Chance. Der neue rechte Fundamentalismus, Köln 1989, S. 90-94.

mus zu sehen, so ist doch zu konstatieren, daß dieser nur Masseneinfluss in Zeiten sozialer Verunsicherung erlangt. Diese Inpflichtnahme des Staates ist freilich wieder eine Gratwanderung, weil der Staat, wie er ist, die Repressionsorgane einschliesst, also Polizei und letztlich auch die Armee. Aber wann war der Weg der deutschen Antifaschisten nicht eine Gratwanderung?

Die Entwicklung des Antifaschismus der Kommunisten seit 1935 leitete eine Phase einer gewissen, freilich nicht zu überschätzenden Sensibilität gegenüber der bürgerlichen Demokratie ein und – vor allem – förderte Toleranz-Denken. Beides zusammen bildet den Kern des positiven Erbes des historischen Antifaschismus; Erbteile, die auch im legitimatorischen Antifaschismus nie ganz verdrängt wurden.

Für die heutige Auseinandersetzung mit rechten Bedrohungen sind allerdings die Erfahrungen des Antifaschismus in der BRD wesentlicher als der Antifaschismus der DDR. Darin einbezogen sind sowohl die vor allem aufklärerischen Bemühungen von KPD/DKP, VVN, der DFU u. ä. Kräften wie die antifaschistische und soziale Protestbewegung der sechziger Jahre von Studenten und Gewerkschaften. Diese Aufklärung wurde erst wirksam, als sie Teil der sozialen Bewegung – besonders im Bündnis mit den Gewerkschaften – wurde.¹⁸

In dieser Protestbewegung der sechziger Jahre mehr als im historischen Antifaschismus wurzeln die Antifa- und Protest-Gruppen der 80er und 90er Jahre.¹⁹ Vom klassischen Antifaschismus heben sich diese durch die Zusammenschlüsse in gewollt kleinen Gruppen, auch durch gewisse Abschließung und – was nicht nur der PDS Probleme einbringt – durch nur relative Toleranzbereitschaft aus. In dieser Hinsicht knüpfen sie – wahrscheinlich zumeist unbewusst – an die aufkommende moderne Jugendbewegung vor und nach dem Ersten Weltkrieg an, die sich sowohl als Generationskonflikt als auch getrieben von einem Krisenbewusstsein in der bürgerlichen Gesellschaft artikuliert. Die Ähnlichkeiten beziehen sich auch auf äußere Erscheinungen wie die Vermummung und eine geringe Hemmschwelle zur Gewalt. (Thomas Mann würde darin eine Art Freude am Indianerspiel erkennen, was er auch bei Schiller ausmachte.) Der aufklärerische und aufrüttelnde Effekt der Aktionen der Antifa ist unbestritten, wenn auch gelegentlich unbequem. Die Grenze der Zusammenarbeit ergibt sich dort, wo Gewalt von vornherein als Prinzip der Konfliktlösung propagiert und praktiziert wird. Doch ist die PDS gut beraten, mit Verständnis auf Antifa und autonome Gruppen zuzugehen, ohne sie vereinbar zu wollen. Ein spannungsreiches Verhältnis zu dieser Jugendkultur in ihrer Kreativität ist für eine demokratische Partei immer ein positiver Stachel, der antreibt.

Als Fazit der Darlegungen sei vor allem dieses Moment aus dem historischen Erbe des Antifaschismus als demokratischer Bewegung hervorgehoben: Er kann lebendig bleiben, wenn verstanden wird, daß Antifaschisten sich in alle demokratischen Dinge einmischen und nicht vergessen, daß der soziale Gedanke immer mit dem der Freiheit korrespondiert, daß Demokratie die schwierig zu machende Verbindung beider Prinzipien darstellt.

18 Siehe u. a. Gerd Langguth: Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1969-1976, Köln 1976; Karl A. Otto: Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-1970, Frankfurt/M./New York 1977.

19 Zur Entwicklung und gegenwärtigen Situation in der Antifa siehe Antifa, was geht? T. 1, in: CEE IEH 57 der conne island newsflyer sommer 1999, S. 10-15.

ROLF RICHTER

Über Theoretisches und Praktisches im heutigen Antifaschismus

Es existiert weder eine Antifaschismus¹- noch eine Rechtsextremismus-Theorie². Es gibt indes eine Fülle von Erfahrungen, Erkenntnissen und Beobachtungen zu beiden; nicht homogener Natur, sondern selbstverständlich in sich widersprüchlich. Es gibt „die Tat“, d. h. die praktische Handlung, die der antifaschistischen Grundbotschaft zu entsprechen sucht. In einer Zeit, in der täglich neue neonazistische und rechtsextreme Untaten gemeldet werden, wächst unter den in sich differenzierten demokratischen Kräften in Deutschland das Bedürfnis nach Verständigung.

Die hier vorgelegten Notizen eines Historikers ordnen sich in diese Anstrengungen ein. Sie sind im Alltag der politischen Bildungsarbeit in den neuen Bundesländern entstanden.

I. 1933 und 2000

Fast angekommen im 21. Jahrhundert, wird deutlich, wie untrennbar die deutsche Gegenwart mit dem Jahr 1933, mit der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland, verbunden ist. Das Jahr 1933 markiert die Zäsur in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Das bedeutet keine Aufwertung des Nazismus. Es ist eine nüchterne wissenschaftliche Feststellung. Dem Dichter Johannes R. Becher war 1945 das historische und ethische Ausmaß „der Bürde von Schmach“ bewusst. Er erkannte, „dass wir daran noch zu tragen haben werden, wenn der Staub der Naziverbrecher längst in alle

1 Das belegen besonders die Bände Antifaschismus. Hrsg. von Frank Deppe, Georg Fülberth und Rainer Rilling, Heilbronn 1996; Rassismus, Faschismus, Antifaschismus. Hrsg. von Manfred Weißbecker und Reinhard Kühnl unter Mitwirkung von Erika Schwarz, Köln 2000.

2 Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Hrsg. von Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler, Opladen 1996; Richard Stöss: Über aktuelle Tendenzen des Rechtsextremismus in Deutschland. Vortrag auf einem Akademischen Abend der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, Dietrich-Bonhoeffer-Haus, 21. März 2000.

Winde verweht sein wird“.³ Das Jahr 1933 – oder anders gesagt: die Zeit der Nazidiktatur von 1933 bis 1945 – tritt im Jahre 2000 allenthalben den Deutschen entgegen: beim großen Blick auf die historischen Jahrhundert- und Jahrtausend-Darstellungen; in den täglichen Nachrichten der Medien über alten und neuen Nazismus; in den Spielplänen von Kinos und Theatern bis hin zum verwandtschaftlichen Gespräch über Rentenberechnungen vor 1945 oder beim stillen Sichten von Fotoalben der Familie nach Todesfällen.

Die Geschichte des deutschen Faschismus, der sich Nationalsozialismus nannte, hat sich mit einer neuen Dichte von beklemmenden Themen und bohrenden Fragestellungen in das öffentliche Bewusstsein der Deutschen und darüber hinaus auch der internationalen Öffentlichkeit gehoben.

Folgendes sei hier nur erwähnt:

Neues Material und neue Erkenntnisse wurden über die ökonomischen und finanziellen Mechanismen des deutschen Faschismus gewonnen, so in Bezug auf das finanzielle und kulturelle Vermögen, das Juden geraubt und mit Hilfe internationaler Banken für die Nazis gesichert wurde.⁴

Ins internationale Blickfeld und in die weltweite Debatte kamen das nazistische System der Zwangsarbeit und der Umgang der Bundesrepublik mit diesem Thema.⁵

Neu aufgeworfen wurde die Frage nach dem Umgang mit Schuld und Verantwortung in Deutschland und nach „Normalität“ und Schlussstrich, so im Zusammenhang mit der Walser-Rede⁶, der Walser-Bubis-Diskussion⁷ und weiteren Reaktionen auf Walser⁸, der Möller-Rede für Nolte⁹.

Kräftige Impulse erhielt die Frage nach dem Umgang mit der Erinnerung und Mahnung im kollektiven Gedächtnis, so im Zusammenhang mit einem Denkmal für die ermordeten Juden und für die Sinti und Roma sowie der Gedenkstättenkultur generell.¹⁰

Drängend wurde das Problem der Verantwortung breiter Teile des deutschen Volkes für faschistische Verbrechen artikuliert, so in den Büchern von Christopher Browning¹¹

3 Johannes R. Becher: Deutsches Bekenntnis. Fünf Reden zu Deutschlands Erneuerung, 3., erw. Auflage, Berlin 1946, S. 51/52.

4 Als Beispiel sei genannt: Johannes Bähr unter Mitarbeit von Michael C. Schneider: Der Goldhandel der Dresdner Bank im Zweiten Weltkrieg, Leipzig 1999.

5 Eine konzentrierte Darstellung der wichtigsten Fragen vermitteln die Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/2000.

6 Martin Walser: Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede. Friedenspreis des deutschen Buchhandels 1998, Frankfurt/M. 1998.

7 Frankfurt Allgemeine Zeitung, 14. Dezember 1998, S. 39-41.

8 So z. B. Jan Ross: Aus Auschwitz lernen?, in: Die Zeit, 26. November 1998, S. 3; Saul Friedländer: Die Metapher des Bösen, in: Die Zeit, 26. November 1998, S. 50.

9 Festschrift zur Verleihung der Konrad-Adenauer-Preise 2000 für Wissenschaft und Literatur, hrsg. von der Deutschland-Stiftung e.V., Prien 2000.

10 Als Beispiele seien genannt: György Konrad: Ein jüdischer Garten für alle, in: Berliner Zeitung, 28./29. November 1998, S. III; Heinrich Fink: Antifaschistische Gedenkstätten im Spannungsfeld der Bundesrepublik, in: Rassismus, Faschismus, Antifaschismus. Hrsg. von Manfred Weißbecker und Reinhard Kühnl unter Mitwirkung von Erika Schwarz, Köln 2000, S. 511-520.

11 Christoph R. Browning: Ganz normale Männer. Das Reservepolizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Reinbek bei Hamburg 1996.

und Daniel Goldhagen¹², in der Goldhagen-Kontroverse¹³, der Wehrmachtsausstellung und ihrer Rezeption¹⁴.

Vertiefte Sichten kamen aus der Opfer-Perspektive, besonders über die Erinnerungen Victor Klemperers¹⁵ und anderer.

In einem bislang kaum erfahrenen Maße reagierte die internationale Öffentlichkeit auf die NS-Geschichte, so hinsichtlich der Zwangsarbeiterfrage, so auf der Internationalen Holocaust-Konferenz in Stockholm oder im Urteil eines Londoner Gerichtes über David Irving.

Neue Kunstwerke erregten größere Teile der deutschen und internationalen Öffentlichkeit, so Steven Spielbergs Film „Schindlers Liste“, der Film „Emeleé und Jaguar“ bis hin zu Johannes Kresniks Inszenierung „Hotel Lux“ und künstlerische Leistungen, die einen kleineren Kreis erreichten, wie Christine Pertens Grafikarbeiten über Sinti und Roma.

Regional konzentrierte Ausstellungen, etwa über den Umgang von NS-Finanzämtern und von Hausnachbarn mit dem Eigentum jüdischer Bürger nach 1933, ziehen in manchen Städten Aufmerksamkeit auf sich.

Auch die Faschismusforschung, die nur einen kleineren Teil von Spezialisten erreicht, entwickelte sich in Deutschland weiter.¹⁶ Hier sei nur, ohne diese Arbeiten forschungs- und historiographiegeschichtlich zu werten, auf neue biographische Arbeiten zu Best, Papan, Abs, Hitler, Speer, Heß; auf historische Arbeiten über die Banken, Versicherungen und Verlage sowie zu verschiedenen Organisationen, wie das Rote Kreuz, in der NS-Zeit verwiesen. Neue Nachschlagewerke entstanden. Zu vielen Einzelfragen wurden materialgesättigte Arbeiten vorgelegt.

In jeder Woche berichten die Medien über eine Ereignis oder über ein Projekt zum Thema „Nazismus und ...“ Auch die Kriminal- und Thriller-Literatur ist längst davon erreicht worden – man nehme beispielsweise Glenn Medes „Unternehmen Brandenburg“. Neu herausgegeben wurden künstlerisch bedeutende DEFA-Filme in Videoform wie „Der Rat der Götter“ (produziert 1950; Buch: Philipp Hecht/Friedrich Wolf, Regie: Kurt Maetzig), „Die Mörder sind unter uns“ (erster DEFA-Film, produziert 1946, Buch und Regie: Wolfgang Staudte) oder „Die Abenteuer des Werner Holt“ (produziert 1964 nach dem 1960 erschienen gleichnamigen Roman von Dieter Noll, Uraufführung Februar 1965; Buch: Klaus Küchenmeister/Joachim Kunert, Regie: Joachim Kunert). Das gebündelte Hervortreten der Geschichte des deutschen Faschismus dürfte mehrere Ursachen haben: der Zusammenbruch des realsozialistischen Ostblockes, der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland und die damit verbundenen völkerrechtlichen Regelungen und his-

12 Daniel Jonah Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.

13 Hier sei nur verwiesen auf: Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust. Hrsg. von Julius H. Schoeps, Hamburg 1996; Ulrike Becker, Frank Behn u. a.: Goldhagen und die deutsche Linke oder die Gegenwart des Holocaust, Berlin 1997.

14 Hier sei nur verweisen auf den Band: Die selbstbewußte Nation und ihr Geschichtsbild. Geschichtslegenden der Neuen Rechten. Hrsg. von Johannes Klotz/Ulrich Schneider, Köln 1997.

15 Eine Übersicht über die einschlägigen Arbeiten Klemperers in: Neue Promenade. Hrsg. vom Aufbau-Verlag Berlin, Nr. 6, Frühjahr 1999.

16 Dazu: Der Judenmord war das Kernereignis des Jahrhunderts. Interview mit Prof. Dr. Ulrich Herbert, in: Die Welt, 16. März 1998, S. 9.

torischen Besinnungen, der so deutlich fühlbare Abschluss von Geschichtsetappen der Nachkriegszeit, die Formulierung neuer historisch-politischer Fragen nach der geschichtlichen Bilanz, schmerzhaftes Identitätsprobleme, die Öffnung bislang verschlossener Archive, das Hervortreten von von der NS-Zeit unbelasteten Generationen von Wissenschaftlern und Politikern in die erste Reihe u. a. m. zählen dazu.

Die Zäsur 1933 ist mit unserem Leben untrennbar verbunden. Daraus abzuleiten, dass in Deutschland eine blühende antifaschistische Politik, Kultur und Lebensauffassung das Antlitz des Landes bestimmten, wäre indes eine gefährliche politische Fehleinschätzung. Aber die einmal entstandene und sich interessierende und sich dabei verändernde Öffentlichkeit eröffnet einem geschichtsbewussten, gegen Nazismus und die extreme Rechte gewandten Handeln neue Möglichkeiten. Dafür gilt eine Grundnorm. Nicht der Ausstieg und die Flucht aus der Geschichte bieten Lösungen, sondern nur eine entschiedene Abfuhr an alle Versuche, einen Schlusstrich unter die NS-Zeit zu ziehen. Mehr noch: Immer wieder neu gefordert ist das Begreifen, dass eben diese NS-Geschichte zur historischen Identität Deutschlands gehört, mit der umgegangen werden muss, mit der sich die Generationen immer wieder neu auseinander setzen müssen, um klaren Sinnes zu sagen: „Nie wieder!“ Der Faschismus bleibt eine Vergangenheit, die nie vergeht.

Diese Kardinalaussage ist nicht zuletzt deshalb aktuell und muss an die Spitze aller Auseinandersetzungen gesetzt bleiben, da im Dezember 1998 bei einer ZDF-Umfrage zur Holocaust-Debatte sich die Hälfte aller 1275 Befragten dafür aussprachen, einen Schlusstrich unter das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte zu ziehen. 44% widersprachen dieser Ansicht.¹⁷

Es verwundert nicht, daß in dieser Situation auch der Stalinismus ab und an wieder sichtbar hervortritt und sich antifaschistische Reputation verschaffen will. Dies geschah in einer Todesanzeige für Erich Mielke, den langjährigen Minister für Staatssicherheit der DDR, in der dieser von „Kameraden und Kampfgefährten“ und von der „AG Kämpfer und Freunde der Spanische Republik 1936-39“ als „Kämpfer der Internationalen Brigaden in Spanien“ gewürdigt wurde.¹⁸ Diese unvermittelte, dumm-freche Würdigung, die alles ausblendet, was dieser erbärmliche Mann vom Rang eines Verbrechers an menschlichen Existenzen vernichtet hat, musste von vielen Jüngeren, die sich dem verantwortungsbewussten Umgang mit Geschichte verpflichtet fühlen und in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechte stehen, als Faustschlag ins Gesicht empfunden werden – und war von den Stalinisten, die Meister im Spalten von Bewegungen sind, offensichtlich auch so gedacht (vom Doppelgesicht des Spanischen Krieges, in dem nicht nur der Antifaschismus, sondern auch der stalinistische Terror präsent war, ganz abgesehen).¹⁹ Stalin hat den Raum noch nicht verlassen. Auch künftige antifaschistische Erbe-Arbeit wird mit seinem Gedankengut und seinen Vasallen rechnen müssen. Ermutigung und neue Perspektiven für Varianten demokratischen Geschichtsverständnisses eröffnen sich dann, wenn die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und seinen Verbindungen zum Antifaschismus gesucht und wissenschaftlich fundiert geführt wird.²⁰

17 Neues Deutschland, 15. Dezember 1998, S. 1.

18 Neues Deutschland, 31. Mai 2000, S. 5.

19 Wilfriede Otto: Erich Mielke-Biographie, Berlin 2000, S. 77ff.

20 Als Beispiele seien hier nur genannt: Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis

Der Faschismus bleibt das, was er stets war: ein System des Verbrechens, das zum Untergang führen musste. Das Wissen über dieses System ist heute immens größer als etwa Ende der vierziger Jahre. Das Bild hat sich geändert, indem es genauer, schärfer, größer geworden ist. Insofern haben es die Forschung und die Geschichtskultur durchaus mit einem „anderen“ Faschismus zu tun. Aus diesem sich verändernden Bild erwachsen – und dies ist ein wichtiger Gesichtspunkt in der geistigen Bekämpfung der extremen Rechten für jene, die aus der Auschwitz-Geschichte lernen wollen – oftmals neue, sie bestätigende Argumente, Fakten und Erkenntnisse. So erhielt die gegen Faschismus, Antisemitismus und neuen offenen oder verdeckten Rassismus gerichtete Arbeit eine Stärkung aus einer Richtung, aus der sie so rasch nicht unbedingt zu erwarten war: von der Populations- und der molekularen Genetik. Die Arbeiten auf diesem Felde veränderten die Vorstellungen zur Variation des Menschen. Das Konzept der „Rasse“ – und hier soll nicht die faschistische Interpretation gemeint sein –, das aus der Vergangenheit in das 20. Jahrhundert übernommen worden ist, wurde angesichts neuester Erkenntnisse völlig obsolet. Das „Rassen“-Konzept wurde zu vielfältigen Menschenrechtsverletzungen benutzt. Ursprünglich wurden „Rassen“ des Menschen als genetisch einheitlich, aber untereinander verschieden angesehen. Menschliche Vielfalt sollte so erfasst werden. Die moderne Biologie indes zeigte, dass diese Definition völlig unangemessen ist. Neueste Erkenntnisse stützen nicht die frühere Auffassung, die viele in der demokratischen Schule gelernt haben: dass menschliche Populationen in getrennten „Rassen“, wie „Afrikanische“ oder „Eurasische“ klassifiziert werden können. Neueste Erkenntnisse besagen: Es ist leicht, zwischen Menschen aus verschiedenen Teilen der Erde Unterschiede in der äußeren Erscheinung zu erkennen (Hautfarbe, Pigmentierung, Morphologie des Körpers, des Gesichts usw.). Aber: Die zugrunde liegende genetische Variation selbst ist viel weniger ausgeprägt. „Rassismus ist der Glaube, dass menschliche Populationen sich in genetisch bedingten Merkmalen von sozialem Wert unterscheiden, so dass bestimmte Gruppen gegenüber anderen höherwertig oder minderwertig sind. Es gibt keinen überzeugenden wissenschaftlichen Beleg, mit dem dieser Glaube gestützt werden könnte.“ Die menschliche Vielfalt ist mit starren Begriffen „rassischer“ Kategorien oder dem traditionellen „Rassen“-Konzept nicht zu charakterisieren. „Es gibt keinen wissenschaftlichen Grund, den Begriff ‚Rasse‘ weiterhin zu verwenden.“ Diese Feststellungen einer UNESCO-Erklärung zur Rassenfrage stammen aus dem Jahre 1995.²¹ Der 26. Juni 2000, der Tag, an dem die Entschlüsselung des menschlichen Erbgutes von Wissenschaftlern und Politikern bekannt gegeben worden ist, erhärtete diese Aussage: Das Erbgut aller Menschen ist gleich.²² Diese Erkenntnis gilt als eine Revolution in der Geschichte des Menschengeschlechtes.

Zurück zur extremen Rechten: Zum ideologischen und politischen Kern des Rechtsextremismus werden gemeinhin ein zugespitzter Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Militarismus gerechnet, die mit allen Mitteln bis hin zu modernsten Medien

und Realität. Band 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999; Moskau 1938. Szenarien des Grossen Terrors. Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1999; Karlen Vesper: Das Schweigen gebrochen. Die sowjetischen Speziallager 1945 bis 1950 in Deutschland, in: Neues Deutschland, 21. Juni 2000, S. 2.

21 UNESCO-Erklärung zur Rassenfrage, in: Rundbrief, hrsg. von der AG Antifaschismus/Rechtsextremismus beim Parteivorstand der PDS, Berlin, Jg. 1999, Heft 2, S. 25/26.

22 Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/M., 27. Juni 2000, S. 1, 55ff.

verbreitet werden. Er ist grundsätzlich demokratiefeindlich. Fundamentaler Antikommunismus und Antisozialismus verbinden sich mit einer breit gefächerten sozialen Demagogie und mit Anbiederungen. Die extreme Rechte in Deutschland und in Europa am Eingang des 21. Jahrhunderts verfügt selbstverständlich über vielfältige sichtbare und auch verdeckte Wurzeln in der NS-Zeit und im internationalen Faschismus vor 1945. Gleichwohl wäre es arg vereinfacht und gar falsch, bezeichnete man die heutige extreme Rechte nur als „ewig Gestrige“ und würde sie – bewusst oder unbewusst – konzeptionell nur als Neuauflage oder Kopie der Nazis vor 1945 betrachten. Eine andere Sicht, die die Existenz von brutalem Neonazismus nicht bestreitet und die die Verbindung der heutigen extremen Rechten zum Faschismus vor 1945 nicht aus dem Blick verliert, wäre folgende: Die extreme Rechte der Gegenwart ist sehr differenziert. Sie ist zudem eine Rechte im Wandel. Sie bildet eine aus den Realitäten und Widersprüchen der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts sich entwickelnde, sehr gefächerte, wandlungsfähige und anpassungsbereite, gleichwohl grundsätzlich demokratiefeindliche Bewegung. Sie ist Teil der modernen Gesellschaft und will in ihr Normalität, Akzeptanz, Einfluss und Dominanz gewinnen. Sie sucht für sich Gewinn aus Entwicklungen wie den Folgen des Globalisierungsprozesses, von Bevölkerungsbewegungen, Flüchtlingsströmen und einer wachsenden Anzahl von Asylsuchenden zu schlagen. Sie will aus den tiefen sozialen Widersprüchen, so auch aus dem ökonomischen und sozialen West-Ost-Gefälle in Deutschland, Kapital schlagen. Sie hofft auf nationalen Hader zwischen ethnischen Gruppen, die auf unterschiedliche Weise an Modernisierungsprozessen beteiligt oder von ihnen ausgeschlossen sind. Sie schlängelt sich hinein in die Gerechtigkeitsdiskussion und sucht den demokratischen Kräften die Gerechtigkeitsidee zu stehlen. Sie nutzt die biographische Verwurzelung von Ostdeutschen in der DDR-Geschichte und stellt sich als eigentliche Interessenvertreter von Ostdeutschen dar. Sie profitiert von Defiziten in der Europäischen Union, so vom Fehlen einer europäischen Sozialunion, vom Einsatz ausländischer Arbeiter als Brecher sozialstaatlicher und tarifrechtlicher Regelungen, von der Korruption etablierter Staatsparteien, von Regierungskriminalität, von der Zögerlichkeit und Unfähigkeit herrschender Eliten, vom allgemeinen Reformstau. Aufschlussreich ist die Feststellung im Verfassungsschutzbericht 1998, dass „eine bedenkliche Erosion zwischen Demokraten und Extremisten“ zu verzeichnen sei.²³ Es sind die realen Widersprüche ökonomischer, sozialer, politischer, ökologischer, kultureller, juristischer Art, an die der Rechtsextremismus in der modernen Zeit anzuknüpfen sucht, ohne dass eine vollständige Identifizierung mit der NSDAP und mit dem Faschismus vor 1945 erfolgen muss und ohne dass jene tiefgreifenden Krisenprozesse in Staat und Gesellschaft wie 1933 zu vermerken wären.

Ganz offensichtlich sucht die extreme neue Rechte in Deutschland nach einer stärkern theoretischen Ausrichtung und Ausstrahlung. Davon zeugt die im Mai 2000 erfolgte Gründung des Instituts für Staatspolitik, das als „Organisations- und Aktionsplattform“ einer „Öffentlichkeitsoffensive“²⁴ dienen soll. Es ist mit den Namen Götz Kubitschek, Stefan Harz und Karlheinz Weißmann verknüpft. Verbunden mit diesem Institut ist die Edition Antaios. Aufschlussreich ist auch die neu gebildete Schönhuber-Mahler-Kump-

23 Verfassungsschutzbericht 1998, Bonn 1999, S. 67.

24 Junge Freiheit, Nr. 17, 21. April 2000, S. 13.

nei, die konzeptionsbildend auf die extreme Rechte wirken und auch in antifaschistischen Foren Darstellungsmöglichkeiten erhalten will.²⁵

Schauen wir nach Österreich. Die Ergebnisse der Nationalratswahl in Österreich am 3. Oktober 1999 führten zum bisher größten Rechtsruck in der Republik. Die Liberalen (LIT/Liberales Forum) kamen nicht mehr in das Parlament, da sie unter 4% blieben. Der Haider-Partei, der Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ), gelang ein Sieg, indem sie mit 26,9% der abgegebenen gültigen Stimmen die Größenordnung der beiden österreichischen Traditionsparteien, der sozialdemokratischen und der konservativen, erreichte. Sie wurde knapp zweitstärkste Partei. Das geschah in einem Parteiensystem, das als eines der stabilsten in Europa galt. Besonders erfolgreich war die FPÖ in der jüngsten Wählergeneration, speziell bei jungen Berufstätigen. In diesem Wählersegment lag die FPÖ ebenso wie in der Gruppe der berufstätigen Männer und in der Arbeiterschaft an erster Stelle, bei Selbständigen und Freiberuflern nimmt sie mit 33% die zweite Position ein. In der Arbeiterschaft hat die FPÖ ihren Stimmenanteil seit den fünfziger Jahren von ca. 3% auf ca. 47% gesteigert (SPÖ 1999 nur noch ca. 35%).²⁶ Die FPÖ-Wählerschaft sieht ihre ideologische Position überwiegend in der politischen Mitte; im Regelfalle etwas rechts vom Bevölkerungsdurchschnitt.²⁷ Innerhalb des Motivationsgefüges, für die FPÖ zu stimmen, stehen an der Spitze Argumente wie: weil die FPÖ schonungslos Missstände und Skandale aufdeckt, weil sie frischen Wind und Veränderungen bringt, weil sie gegen die Zuwanderung von Ausländern eintritt.²⁸

Mit der Wahl 1999 in Österreich erkannte erstmals eine etablierte konservative Partei in Europa einen extremistischen Konkurrenten offiziell als politik- und koalitionsfähig an. Damit wurde die Grenze zwischen demokratischem Konservatismus und Rechtsradikalismus verwischt. Die FPÖ erlangte staatstragende Präsenz. Sie festigte sich als Wahlpartei auf hohem Niveau. Sie ist die erfolgreichste Partei der extremen Rechten in Europa.

Vieles scheint an diesem Erfolgsprojekt noch nicht ausreichend entschlüsselt zu sein. Manches aber scheint ablesbar zu sein. Haider ist kein zweiter Hitler. Die Mehrzahl seiner Anhänger und Wähler sind keine Nazis. Gefährlich wird diese Bewegung, weil sie etwas Neuartiges, noch längst nicht ausreichend Begriffenes repräsentiert. Es handelt sich nicht nur um populistischen Protest und herkömmliche Demagogie. Zum einen steht dahinter das Konzept der sogenannten Neuen Rechten, das einen neuen, zukunftssträchtigen, entschlossenen Konservatismus sucht, der mit der Ideologie einer „organischen Demokratie homogener Völker“ verbunden ist. Der Erfolg der Haider-Partei dokumentiert ein wachsendes Unbehagen gegenüber dem Modernisierungsschub, der durch den ungleichmäßigen, oft zu raschen europäischen Einigungsprozess ausgelöst wird. Der Erfolgskurs der FPÖ könnte auch als ein Beleg für eine Veränderung des Parteiensystems in Europa gelten. Die herkömmlichen, scheinbar dauerhaften Parteiblöcke verlieren an Ausstrahlungs- und Bindekraft. Eine Identitätskrise droht den Konservativen (dies gilt auch für die CDU in Deutschland). Eine regierungstaugliche FPÖ kann zum Vorbild für

25 Horst Mahler/Franz Schönhuber: Schluss mit dem deutschen Selbsthass. Plädoyers für ein anderes Deutschland, Berg am Starnberger See 2000.

26 Fritz Plasser/Peter A. Uram: Protest ohne Parteibindung, in: Hans-Henning Scharsach (Hrsg.), Haider. Österreich und die rechte Versuchung, Reinbek bei Hamburg 2000, S. 137.

27 Ebenda, S. 138.

28 Anton Pelinka: Die rechte Versuchung, in: ebenda, S. 56.

eine ideologisch und strategisch erneuerte Rechte in ganz Europa werden. Ein deutscher Haider ist vorläufig nicht in Sicht. Nicht vergessen werden sollte aber, dass der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber seiner österreichischen Schwesterpartei ausdrücklich eine Koalition mit der FPÖ empfohlen hatte. Von der Entwicklung in Österreich ist nach den Worten Paul Spiegels, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, „die gesamte Wertegemeinschaft in Westeuropa betroffen“. Spiegel befürchtet auch, dass in Deutschland ein Mann wie Haider „ebenso großen Erfolg“ haben könnte.²⁹ Vieles an der Haider-Partei ist schwer fassbar, zumal sie sehr stark manövriert.³⁰ Sie versucht nicht, die NS-Verbrechen zu leugnen; sie hält vielmehr das immer wieder neue Verweisen auf die Vergangenheit für überholt, für unmodern, der Zukunft nicht gerecht werdend. Die FPÖ verfolgt mit ihrem Kurs der „plebiszitären Erneuerungsbewegung“³¹ ein autoritäres, unsoziales Gesellschaftsprojekt, das außerhalb der faschistischen Dimension liegt. Das erste gelungene postfaschistische Projekt der äußersten Rechten in Europa ist erfolgreich, weil die Loslösung vom traditionellen Rechtsextremismus und vom Nazismus geglückt ist. Das ist eine höchst interessante Erkenntnis.³² Dahinter steht auch die Beobachtung, dass eine Synthese von Tradition und Moderne im Auftreten der FPÖ ein besonderes Gewicht erhält. Die FPÖ wird von neu gewonnene Wählerschichten, die in der Partei dominant sind, getragen (während die Extremen nur noch einen kleinen Teil der Wählerschichten repräsentieren), weil sie die realen Probleme, Defizite und Widersprüche in der österreichischen Republik aufgreift und weithin sichtbar und zudem geschickt an den Pranger gestellt. „Entstaatlichung, Abbau von Monopolen und das Aufbrechen von Parteienallmacht sind also das Gebot der Stunde. Jene politische Gruppierung, die in der Lage war, diese Fragen zu thematisieren und gegen die Herrschaft des politischen Establishments zu instrumentalisieren, sollte also sui generis den Schlüssel zur Systemveränderung in der Hand haben.“³³ Diese Forderungen nach einer Dritten Republik bedeuten nicht die verschleierte Forderung nach einer Neuauflage der NS-Ordnung. Ralf Ptak schreibt dazu: „Vielmehr geht es um die Befreiung des durch Sozialstaat und Parlamentarismus in seiner vollen Entfaltung eingeschränkten Kapitalismus.“³⁴ Ein neuartiges, in vielem neoliberales Modell soll mit der Beseitigung des Wohlfahrtsstaates und seiner demokratischen Mechanismen angepeilt werden. Sozialpolitik soll zur Privatangelegenheit herabgestuft werden. Immer wieder greifen dazu die FPÖ-Vertreter die „unkontrollierte Diktatur der Apparate“³⁵ an, die sie als Vertreter der österreichischen Sozialpartnerschaft ausgemacht haben. Es geht um die absolut freie Marktwirtschaft als Dritter Weg, als eine „befreite Zukunft jenseits von links und rechts“³⁶.

29 „Ein Mann wie Haider hätte großen Erfolg“. Paul Spiegel über Gefährdungen der deutschen Demokratie, in: Berliner Zeitung, 3. März 2000, S. 7.

30 Siehe auch: Der Westentaschen-Haider. Hrsg. von Hubertus Czernin, Wien 2000, in dem akribisch Haider-Aussprüche dokumentiert werden, um die Auseinandersetzung mit ihm zu erleichtern.

31 So Haider-Berater Andreas Mölzer, zitiert nach Ralf Ptak: Rechtsextremes Fundament-Neoliberales Substanz-Marktgerichte Präsentation. Aufsatz. Xerokopie, im Besitz des Vf., S. 2.

32 Franz Schandl zitiert nach Ralf Ptak: Das FPÖ-Projekt der 90er Jahre, a.a.O., S. 8.

33 Andreas Mölzer: Dritte Republik in den Startlöchern, in: Junge Freiheit, Jg. 1995, Heft 42, S. 22.

34 Ralf Ptak: Das FPÖ-Projekt der 90er Jahre, a.a.O., S. 3.

35 FPÖ. Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs 1985, Ziffer 54.

36 Jörg Haider: Befreite Zukunft jenseits von links und rechts – Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend, Wien 1997.

Das österreichische Beispiel zeigt, dass sich in der Entwicklung der extremen Rechten etwas Neues vollzieht, das weder mit dem bekannten Vorkriegsfaschismus noch mit bislang erfahrenem Rechtsextremismus der vergangenen Jahre abgedeckt ist. Es ist eine extreme Rechte im Wandel, die für erschütterte oder auch für vorausschauende Konservative ungewöhnlich anziehend werden könnte. Tabus bröseln auf.

Im Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus des DGB ist zu lesen: „Vor einer historischen Parallelisierung des Phänomens (des Rechtsextremismus in Deutschland heute zu 1933 – R. R.) und seiner Ursachen sei gleichwohl gewarnt. Nicht ein unseliges Kapitel deutscher Geschichte ist zurückgekehrt, die Geschichte hat vielmehr ein neues Kapitel aufgeschlagen, das mit Rechtsextremismus möglicherweise nur ungenau überschrieben ist. Dieser formt heterogene und widersprüchliche Versatzstücke zu einem Weltbild, das mit dem nationalsozialistischen, trotz historischer Anleihen, nicht identisch ist.“³⁷

Im Jahr 2000 sind wir also in den geistigen und politischen Auseinandersetzungen auf vielfältige Weise in das Jahr 1933 zurückverwiesen wie aber auch vor völlig neue Herausforderungen gestellt.

II. Über die Mühsal des Weges

Oft hört man den Satz „Die Bundesrepublik treibt weiter nach rechts.“ Diese Aussage will demokratische Wachsamkeit signalisieren. Zweifelsfrei ist diese auch angebracht, war doch die Geschichte des Nationalsozialismus nicht zuletzt eine Geschichte seiner Unterschätzung. Dennoch darf ein solcher inhaltsschwerer Satz nicht leicht dahin gesagt werden, zumal wenn er seit Jahrzehnten wiederholt wird.

Im Kampf gegen alte und neue Faschisten und in der Auseinandersetzung mit einer extremen Rechten im Wandel wirkt Hemmendes und Förderndes, Begünstigendes und Bremsendes. Die Widersprüchlichkeit der historischen Entwicklung ist auch hier strikt im Blick zu behalten und vor allem für die politische Arbeit zu nutzen.

Zunächst treten Schärfe, Brutalität und Demagogie der Neonazis und extremen Rechten in Deutschland deutlich und fassbar hervor.

In den vergangenen zehn Jahren wurden in Deutschland mehr als 100 Menschen von Neonazis ermordet.³⁸ Am 1. Juni 2000 starb in Eberswalde ein Jugendlicher, nachdem er von einem Naziskinhead zusammengeschlagen und vor ein fahrendes Auto gestoßen wurde. Am 11. Juni 2000 wurde in Dessau Alberto Adriano aus Moçambique bei einer rassistischen Attacke so verletzt, dass er wenige Tage später verstarb. In Düsseldorf wurde am 3. Juli ein Grieche durch rechte Schläger schwer verletzt. Im Juli 2000 ermordeten in Ahlbeck Neonazis einen Obdachlosen. Am 18. Juli 2000 hingen in Elmshorn Plakate, auf denen der IG-Metall-Vorsitzende Uwe Zabel bedroht wird. Auf ihn hatten

37 Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus, hrsg. von der Grundsatzabteilung des DGB-Bundesvorstandes (Redaktion: Dieter Pougin), Berlin, Mai 2000, S. 6.

38 So die Angaben von Frau Ulla Jelpke (MdB), die dazu recherchierte. Die Bundesregierung spricht lediglich von 16 Toten, in: Neues Deutschland, 16. August 2000, S. 1.

Nazis ein Kopfgeld von 10 000 DM ausgesetzt. In Potsdam wurden am 25. Juli 2000 zwei Jungen aus Kenia und Kongo von vier Männern angegriffen, ein Kind wurde aus der haltenden Straßenbahn geworfen. Am 29. Juli 2000 hetzten etwa 30 Neonazis zwei Asylbewerber durch die Stadt Eisenach. Jüdische Friedhöfe wurden verwüstet. In Uetersen wurde auf eine türkische Moschee ein Brandanschlag verübt. Im Internet breiten sich zunehmend nazistische und rechtsextreme Seiten aus. Im Juli 2000 ging der Verfassungsschutz von ca. 350 entsprechend präparierten Internetseiten aus.³⁹

Auch Folgendes muss aufhorchen lassen. 1997 gab fast ein Drittel der befragten Europäer an, „sehr“ oder „ziemlich“ rassistisch zu sein. Ferner ergab diese Untersuchung der Europäischen Kommission, dass fast die Hälfte der Europäer, die sich als „sehr“ oder „ziemlich“ rassistisch bezeichnen, mit der Politik ihrer Regierungen nicht zufrieden ist. Im Vergleich zu der vorangegangenen groß angelegten Studie von 1989 ergibt das eine klare Zunahme von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Während 1997 41% der Europäer den Eindruck hatte, dass die Angehörigen ethnischer Minderheiten oder die Menschen anderer Staatsangehörigkeit, Religion und Kultur zu zahlreich seien, vertraten 1989 nur 37% der Bevölkerung diese Meinung. Gleichzeitig wurde dem Kampf gegen den Rassismus immer weniger Bedeutung beigemessen (36% im Jahre 1989 verglichen mit 22% im Jahre 1997).⁴⁰ Befragt, wie sie sich die Gesellschaft im Jahre 2010 vorstellen, antworteten im Sommer 2000 51% der befragten Deutschen, dass es mehr Spannungen zwischen Deutschen und Ausländern geben wird; 39% meinten, dass weniger Rücksicht auf Ausländer und Minderheiten genommen werden wird; 71% gehen davon aus, dass die Gesellschaft kälter und egoistischer werden wird.⁴¹

Mehr noch: Im Jahre 1999 wurde gegen Jugoslawien ein – formell nicht erklärter – Krieg geführt, an dem alle NATO-Partner sowie die neu beigetretenen Staaten Polen, Tschechische Republik und Ungarn teilnahmen. Während der 73 Tage dauernden insgesamt 35 000 Einsätze von Kriegsflugzeugen kam es zu katastrophalen Auswirkungen auf die serbische Zivilbevölkerung. Drei führende deutsche Friedensforschungsinstitute beurteilten in einem am 8. Juni 1999 in Berlin vorgestellten Gutachten die Kosovo-Kriegführung der NATO als Mißerfolg. Die NATO, die für diese Aktion kein UNO-Mandat besaß, hat gegen die UN-Charta verstoßen und das Völkerrecht gebrochen. Auffällig indes war eine Interpretation, mit der die deutsche Politik, vertreten durch den Bundesaußenminister Joseph Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) und Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD), ihre Beteiligung an diesem völkerrechtswidrigen Bombardement zu rechtfertigen suchten. Ihr Argument lautete „Nie wieder Auschwitz! Nie wieder Krieg“. Man glaubte anfangs an einen Übermittlungsfehler. Deutschland begründete seine Beteiligung am Krieg mit antifaschistischen Ur-Losungen! Statt alle Mittel, die der UNO zur Gebote stehen, phantasievoll, kreativ und umsichtig auszuschöpfen und zu bereichern, um der jugoslawischen Führung und ihrer brutalen Politik in den Arm zu fallen –

39 Reiner Burger: Aufrufe zum Mord im Internet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. August 2000, S. 3.

40 Jahresbericht 1998 (Zusammenfassung). Teil I. Hrsg. von der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, o.O., o.J., S. 2.

41 Renate Köcher: Zwischen Fortschrittsoptimismus und Fatalismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. August 2000, S. 5.

ein die UNO ausschaltende und neben der UNO-Charta weiter Verträge mißachtendes Bombardement! Damit wurde ein neue Auschwitz-Lüge geboren, wie eine Gruppe von Holocaust-Überlebender in einem Offenen Brief an Fischer und Scharping treffend betonte.⁴² Der von der Bundesregierung schließlich entwickelte eigene 5-Punkte-Plan enthielt den Ansatz politisch und diplomatischer Kreativität, die indes vor dem Bombenkrieg zwingend notwendig gewesen wäre.

Aus den vielfältigen Erfahrungen der Außenpolitik seit 1990 resümierte im Juni 2000 Egon Bahr, ehemaliger Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt in den Jahren 1967 bis 1969: „Ich bin wirklich beunruhigt, dass wir am Vorabend einer neuen konfrontativen Politik stehen, mit einem neuen Wettrüsten, einer neuen Rüstungsgewalt.“⁴³ Und eventuell einer Konfrontations- Ordnungs- und Hegemonialpolitik, die sich als Vollstrecker antinazistischer Geschichtslehren darstellt?

Besorgniserregende Erkenntnisse gehen von vielen soziologischen Studien aus. „Wissen Sie, wer oder was Auschwitz ist? Jeder fünfte Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren kann in Deutschland diese Frage nicht beantworten. Ca. drei Millionen Deutsche können mit dem Begriff ‚Auschwitz‘ nichts anfangen. Nur ein Drittel der Befragten konnte die Zahl der in den Lager Ermordeten zumindest einigermaßen zutreffend benennen. Ein Drittel der Befragten sind der Meinung, dass die Berichte über Konzentrationslager übertrieben seien.“⁴⁴ Im Mai und Juni 2000 hatte die Paul Lazarsfeld-Gesellschaft und das Otto-Stammer-Zentrum der Freien Universität Berlin 1 850 Menschen über 18 Jahre befragt.⁴⁵ Danach haben 12% der Berliner und 21% der Brandenburger eine rechtsextreme Grundhaltung. Die Zahl der Personen mit einer rechtsextremen Gesinnung sind in den vergangenen zwei Jahren gestiegen. Bei knapp einem Drittel der Brandenburger aus den unteren sozialen Schichten stellten die Forscher rechtes Gedankengut fest, bei Berlinern sind es 13%. Während in Brandenburg 37% der Arbeitslosen als rechtsextrem gelten, sind es in Berlin 23%. Jeder dritte Brandenburger und jeder sechste Berliner, der sich sozial verschlechtert, tendiert zum Rechtsextremismus. Besonders ausgeprägt war das rechtsextreme Weltbild in den Altersgruppen der 55- bis 74-Jährigen mit rund 20% in Berlin und 25% in Brandenburg. Bei den 18- bis 24-Jährigen dachten in Berlin 8%, in Brandenburg 16% rechtsextrem. In Berlin vertreten 10% und in Brandenburg 15% der Befragten die Ansicht, dass Ausländer „so schnell wie möglich“ Deutschland verlassen sollten. 9% gehen davon aus, dass „Juden einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich haben“. Nur ein Drittel der Befragten anerkennt die Demokratie. Mehr als ein Drittel der Menschen mit rechtsextremer Einstellung wählt gar nicht. 60% tendieren zu etablierten Parteien. So würden 17% ihre Stimme der CDU, 31% der SPD und 9,5%

42 Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge, in: Frankfurter Rundschau, 23. April 1999, S. 16.

43 „Laßt uns so tun, als seien wir souverän.“ Über die Politik der Ostverträge. Egon Bahr und Günter Gaus im Gespräch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Heft 7/2000, S. 80.

44 Claudia von Salzer: Erschreckende Ahnungslosigkeit über Holocaust, in: Tagesspiegel, 18. Februar 2000. – Die Studie stammt von Alphons Silbermann und Manfred Stoffer: Auschwitz: Nie davon gehört? Erinnern und vergessen in Deutschland, Berlin 1999.

45 Rechtsextreme Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg. Ausgewählte Befragungsergebnisse für die Pressekonferenz am 11. August 2000. Hrsg. von der Deutschen Paul Lazarsfeld-Gesellschaft und dem Otto-Stammer-Zentrum an der FU Berlin.

der PDS geben. Der bekannte Forscher Richard Stöss, der an dieser Studie mit beteiligt war, sagte dazu: „Der Rechtsextremismus ist keine Parteiensache ... Die Einstellung der Menschen ist der Boden, auf dem sich Rechtsextremismus und Gewalt entwickeln.“ Stöss fügte hinzu, dass in Deutschland die rechtsextremistischen Straftaten im Vergleich zu anderen Ländern Westeuropas „extrem hoch“ seien. Von etwa 1 500 Fällen in den 80er Jahren sei die Zahl auf rund 10 000 Straftaten jährlich gestiegen.⁴⁶

Im Juli 2000 verwies der Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik – nachdem er die Bundesrepublik als den erfolgreichsten deutschen Staat der Moderne gewürdigt hatte –, darauf, „dass die Republik den Kriterien eines aufgeklärten demokratischen Gemeinwesens allenfalls knapp, wenn überhaupt genügt“. Er machte diese Wertung an folgenden Punkten fest: Die von vielen als Durchbruch zu einem nicht völkischen, sondern republikanischen Gemeinwesen erhoffte Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts fiel halbherzig und im Vollzug unpraktikabel aus. Die von mindestens einigen angestrebte würdige Auseinandersetzung mit historischer Schuld und kollektiver Verantwortung im Zug der Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten Juden Europas ist lange Zeit in unwürdigem Gezänk, parlamentarischem Finassieren und hintersinnigen Geschäfts- und Verfahrensdebatten hängen geblieben. „Die Art und Weise, wie Flüchtlinge vom Innenminister einer rot-grünen Bundesregierung im so genannten Flughafenverfahren erniedrigt und bisweilen in Wahnsinn und Tod getrieben werden, spottet jeder Beschreibung. Dass die deutsche Jugend zu 62% der Auffassung ist, in Deutschland lebten zu viele Ausländer, lässt sich nur als deprimierend bezeichnen.“⁴⁷

Nicht zuletzt wirken einerseits Lethargie und Desinteresse in großen Teilen der Bevölkerung und andererseits ein fest verwurzelter Antisozialismus und Anti-Anti-Faschismus, verwoben mit einer Nazismus und Krieg verharmlosenden, oftmals gar partiell verteidigenden und preisenden Lebensposition.⁴⁸

Die genannten Fakten sind sehr ernst zu nehmen. Dennoch müssen jene Faktoren, Bedingungen und Kräfte mitgedacht werden, die diesen Tendenzen entgegenstehen. Nennen wir zu Beginn solche Fakten wie die Einführung eines Gedenktages in der Bundesrepublik für die Opfer des Nationalsozialismus (am 27. Januar, dem Tag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz). Traditionstage und Rituale gehören zur Geschichtskultur eines Volkes. Ein solcher Tag bietet stets die Chance der Besinnung und gibt im Medienzeitalter den entsprechenden interessierten Gruppen gute Möglichkeiten.

Von Gewicht sind auch internationale Aktivitäten der letzten Jahre. Vom 26. bis 28. Januar 2000 fand auf Initiative des schwedischen Ministerpräsidenten Persson das „Stockholmer Internationale Forum über den Holocaust“ statt. Delegationen aus knapp 50 Ländern nahmen teil. In ihrer Schlusserklärung betonten sie, dass der Holocaust

46 Studie zu rechtsextremer Einstellung, in: Berliner Zeitung, 12./13. August 2000, Beilage Berlin, S. 22.

47 Micha Brumlik: Über die Verwechslung von Standortpolitik und Verantwortung. Laudatio auf den „Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte“ und seinen Sprecher Lothar Evers, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/2000, S. 832.

48 Dazu viel Material und Argumente bei Gerhard Zwerenz: Krieg im Glashaus oder Der Bundestag als Windmühle, Berlin 2000.

(Shoa) „die Fundamente der Zivilisation grundlegend in Frage gestellt (hat) und dass das schreckliche Leid der vielen Millionen anderer Opfer der Nazis ebenfalls eine unauslöschliche Narbe auf dem europäischen Kontinent hinterlassen (hat)“. Das Forum forderte, mit Hilfe von Bildung, Forschung, Erinnerung den Holocaust im kollektiven Gedächtnis zu bewahren. „Da die Menschlichkeit noch immer von Völkermord, ethnischen Säuberungen, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit verletzt wird, teilt die internationale Gemeinschaft eine feierliche Verpflichtung, gegen dieses Übel anzukämpfen.“⁴⁹

Diesen Anliegen folgte auch das Urteil des Londoner Gerichts, des Royal High Court, als vor ihm der britische Autor David Irving scheiterte. Irving versuchte seit 1988 im Sinne der extremen Rechten und den Neonazis die Sicht auf den Holocaust zu revidieren und hatte gegen das Buch einer USA-Wissenschaftlerin⁵⁰ geklagt, die sich mit dem Hauptrepräsentanten der Auschwitz-Leugnung, besonders mit dem Institute für Historical Review und seinem Aktivisten Willis A. Carto, auseinandergesetzt hatte. Um der USA-Historikerin neues Material gegen Irving zu liefern, half auch die Regierung des Staates Israel. Sie gab die Aufzeichnungen Adolf Eichmanns frei, in denen dieser nicht etwa den Holocaust, sondern nur seine eigene Mitverantwortung geleugnet hatte.⁵¹ Nach Urteil des Gerichtes ist Irving ein „Antisemit und Rassist“. Irving hat den von ihm gegen Lipstadt angestrebten Prozeß verloren. Das ist ein Erfolg im Kampf gegen den Neonazismus und den Antisemitismus.

Eine weitere Hilfe auf internationaler Ebene bildet die Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 11. Februar 1993 (angenommen mit zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen) zum europäischen und internationalen Schutz der Stätten der von den Nationalsozialisten errichteten Konzentrationslager als historische Mahnmale. Interessant und besonders für die deutsche Debatte gewichtig ist jene Passage in der Einleitung zum Beschluss, in dem unter Punkt B jedwede Verquickung zwischen den nationalsozialistischen Lagern und ihrer etwaigen Nutzung nach dem Krieg, etwa nach der Formel „Opfer gleich Opfer“, abgelehnt wird.⁵² Gewiss, es sind zuerst Worte. Ihnen im Leben Gewicht und Nachdruck zu verleihen, wird stets Anliegen praktischen Handelns sein müssen.

Höchst interessant ist auch die Gemeinsame Erklärung, verabschiedet vom Gipfel des Sozialen Dialogs (UNICE, EGB, CEEP)⁵³ am 21. Oktober 1995 in Florenz. Hier vereinbarten Repräsentanten von europäischen Gewerkschaftsverbänden und Arbeitgeberverbänden Folgendes zur Verhütung von Rassendiskriminierung und Fremdenfeindlichkeit sowie zur Förderung der Gleichberechtigung am Arbeitsplatz: „Die Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung und die Förderung der Chancengleichheit sind Grundwerte

49 Stockholm Erklärung des Internationalen Forums über den Holocaust vom 28. Januar 2000, in: Kölner Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/2000, S. 375.

50 Deborah E. Lipstadt: Leugnen des Holocaust. Rechtsextremismus mit Methode, Reinbek bei Hamburg 1996.

51 Ulrich Schneider: Irving vor Gericht, in: Der rechte Rand, März/April 2000, S. 17.

52 antifa-Rundschau, 1998, Heft 1, S. 11.

53 UNICE: Union des Industries de la Communauté Européenne, EGB: Europäischer Gewerkschaftsbund; CEEP: Centre Européen d'Etudes de Phosfat.

des gemeinsamen kulturellen Erbes und Bestandteil der Rechtstradition aller europäischen Staaten.“⁵⁴ Rassismus und Fremdenfeindlichkeit stellen eine ernsthafte Bedrohung nicht nur für die Stabilität der europäischen Gesellschaft dar, „sondern auch für das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft“. Die Unterzeichner verpflichteten sich, „eine aktivere Rolle bei den vereinten Bemühungen um Verhütung der Rassendiskriminierung zu übernehmen und in ihrem eigenen Einflußbereich, nämlich dem Arbeitsplatz, gemeinsam dagegen vorzugehen. Arbeit ist ein wesentlicher Faktor sowohl für den Lebensunterhalt als auch für die soziale Eingliederung der Menschen. Außerdem sind harmonische Arbeitsbeziehungen und die bestmögliche Nutzung aller Fähigkeiten ausschlaggebende Elemente der Effizienz von Unternehmen. Darüber hinaus kann sich die Schaffung und Verbesserung harmonischer Beziehungen innerhalb von Unternehmen und Organisationen als Modell für die Gesellschaft als Ganzes erweisen und eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit spielen.“ Die Unterzeichner riefen auf, Erfahrungen zu sammeln und „neue Modelle für Verhaltensregeln“ zu erarbeiten.⁵⁵

Im Vorfeld der Entstehung der rot-grünen Bundesregierung 1998, der einschlägigen Koalitionsvereinbarungen und ihrer Umsetzung waren zwei Aktivitäten gegen den Rechts extremismus zu verzeichnen.

Die erste war im Sommer 1998 eine Kancelabkündigung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg. Sie ging vom 1. Johannesbrief 4.1 aus, in dem es heißt: „... prüft die Geister, ob sie von Gott sind“. An Gemeindeglieder und an alle Menschen guten Willens gewandt, hieß es u. a.: „Widerspricht laut und deutlich, wenn über Flüchtlinge und Asylsuchende, über andersgläubige, andersfarbige und andersdenkende Menschen abfällig geurteilt und böse gezwitelt wird.“⁵⁶ In Ostdeutschland gehörten 1998 ca. 22% der Bevölkerung zur evangelischen Konfession.⁵⁷

Die zweite umfaßt eine Reihe gewerkschaftlicher Initiativen. Insgesamt waren Ende 1997 in Deutschland ca. 10,5 Mill. Arbeiternehmerinnen und Arbeiternehmer gewerkschaftlich organisiert, davon rund 8,6 Mill. im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).⁵⁸ Nachdem soziologische Untersuchungen nachdrücklich ein beachtliches rechtsextremes Einstellungspotential unter jungen Gewerkschaftern registriert hatten,⁵⁹ beschloß der 16. Ordentliche Bundeskongreß des DGB, 1999 eine Kommission Rechtsextremismus einzusetzen, die nach einjähriger Arbeit einen Bericht im Umfang von ca. 65 Seiten

54 Gemeinsame Erklärung über die Verhütung von Rassendiskriminierung und Fremdenfeindlichkeit sowie Förderung von Gleichbehandlung am Arbeitsplatz (verabschiedet vom Gipfel des Sozialen Dialogs am 21. Oktober 1995 in Florenz), in: Migrationspolitische Handreichungen. Hrsg. vom DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf 1998, S. II-1.

55 Ebenda.

56 Kancelabkündigung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg für den 12. und 15. Sonntag nach Trinitatis, in: Rundbrief. Hrsg. von der AG Antifaschismus/Rechtsextremismus beim Parteivorstand der PDS, Berlin 1999, Heft 1, S. 36/37.

57 Datenreport 1999. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Bonn 2000, S. 531.

58 Ebenda, S. 167.

59 Reinhard Hahn/Hans-Werner Horn: Eine neue rechte Jugend?, in: Frankfurter Rundschau, 8. Februar 1997, S. 14; dies.: Eine neue rechte Jugend? Aspekte aus einer Studie zu politischen Orientierungen von Arbeitnehmerjugendlichen, 2. Auflage, Weinheim 1997 (=Sonderdruck IDEEN für IG-Metall-

vorlegte, die der DGB-Bundesvorstand am 7. März 2000 zustimmend zur Kenntnis genommen hat.

Die Studie führt rechtsextreme Einstellungs- und Verhaltensmuster nicht auf eine eindeutige Ursache zurück, sondern sieht in Hinblick auf die Entwicklung gewerkschaftlicher Handlungsperspektiven folgende Erklärungsansätze und deren Zusammenwirken als grundlegend an: „Als Auswirkungen des Modernisierungsprozesses sind Individualisierung (Desintegration und Auflösung traditioneller Werte- und Normenrahmen), Instrumentalisierung der Arbeitsorientierung (Entsolidarisierung, Kosten-Nutzen-Kalkül), eine mit sozialen Ausgrenzungen verbundene Segmentierung, Verabsolutierung des Leistungsprinzips und Angst vor Statusverlust (Wohlstandschauvinismus) zu nennen. Ebenso sind die politische Kultur, in der Medien und Politiker zu einem fremdenfeindlichen Klima beitragen, sowie eine mangelnde politische Gestaltung der multiethnischen Gesellschaft als Ursachen für rechtsextreme Einstellungs- und Verhaltensweisen zu sehen.“⁶⁰ Ein Bündel von Maßnahmen wird gefordert. „Um dem Rechtsextremismus den Nährboden zu entziehen, wirken die Gewerkschaften bei der Herstellung eines gesellschaftlichen Klimas mit, in dem sich Demokratie und Toleranz besser entfalten können. Das bedeutet, dass das Konkurrenz- und Leistungsprinzip mit den demokratischen Grundwerten in Einklang stehen muss. Wirtschafts- und sozialpolitische Modelle, die den Wohlstand der Mehrheit auf Kosten einer marginalisierten Minderheit sichern, lehnen die Gewerkschaften ab. Stattdessen stellen sie der wachsenden gesellschaftlichen Polarisierung und der Ausgrenzung von ‚Leistungsunfähigen‘ ein neues Solidaritätsmodell entgegen, das alle einschließt.“⁶¹ Weiter wird in Bezug auf das Demokratieverständnis die Erkenntnis formuliert, dass die Verankerung und Ausbreitung des Rechtsextremismus in der politischen Mitte „die eigentliche Gefahr für die Demokratie darstellt. Diesen Tendenzen setzen die Gewerkschaften ein Demokratieverständnis entgegen, dass sich nicht in Wahlen erschöpft und auf der politischen Teilhabe aller beruht. Die Gewerkschaften bekennen sich offen zur polyethnischen und multikulturellen Gesellschaft – mit all ihren Vorzügen, Widersprüchen und Konfliktpotentialen.“⁶²

Es werden in dieser Studie folgende Handlungsfelder benannt:

Erstens: der Betrieb. Es muss kurzfristig verhindert werden, dass fremdenfeindliche und rassistische Verhaltensweisen in die Normalität des Betriebsalltages einziehen. Es muss mittelfristig rechtsextremen Orientierungen durch positive Maßnahmen entgegengewirkt werden. Es muss eine konsequente Gleichstellungspolitik betrieben werden. Im Sinne der Florenzer Erklärung muss der Arbeitgeber eingebunden werden. Es sollen alle Entscheidungs- und Arbeitsbereiche einbezogen und durch Betriebsvereinbarungen in eine verbindliche Form gegossen werden. Dazu können u. a. gehören: Ahndung rassistischer Verhaltensweisen, Ausbau von Beschwerdestellen für Diskriminierungsoffer, Maßnahmen zur Förderung ausländischer Beschäftigter und sozialpädagogischer Angebote.

Vorstand); Das rechtsextreme Wählerpotential bei Gewerkschaftsmitgliedern. Eine Untersuchung von Infratest dimap im Auftrag von WDR 2, Ms.-Druck, Köln 1998.

60 Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus, hrsg. von der Grundsatzabteilung des DGB-Bundesvorstandes (Redaktion: Dieter Pougin), Berlin 2000, S. 37.

61 Ebenda, S. 37.

62 Ebenda, S. 38.

Es geht letztendlich um eine „betriebliche Strategie, die sich gegen fremdenfeindliches Verhalten richtet und zugleich auf Toleranz und substanzielle Gleichbehandlung zielt ...“⁶³

Zweitens: gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Hier wird vor einem „traditionellen pädagogischen Antifaschismus“⁶⁴ mit seinen begrenzten Möglichkeiten gewarnt. Vielmehr wird die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in Seminaren zur Standortpolitik, zur Globalisierung und zur Sozialstaatskrise empfohlen. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit soll die Selbstverständlichkeit, mit der Minderheiten benachteiligt werden, ins Blickfeld rücken und strikt nach Gleichbehandlungsgrundsätzen fragen.

Drittens: Schule und Berufsschule. „Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Schule, die Kinder und Jugendlichen auf das Zusammenleben in einer multiethnischen, durch kulturelle Differenz geprägte Gesellschaft vorzubereiten.“⁶⁵

Viertens: Medien und Öffentlichkeit. Hier wird insbesondere gefordert, die politische und fachliche Inkompetenz rechtsextremer Parteien zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu entlarven.

Fünftens: die Politik. Stärker sollen die Gewerkschaften ihren Einfluß wirksam machen, um das Thema „Deutschland ist ein Einwanderungsland“ auf die Tagesordnung zu setzen. Das Thema Migration muss als umfassende politische Gestaltungsaufgabe wahrgenommen werden. Der Bericht endet: „Wo sich keine gesellschaftliche Gegenwehr politisch organisiert und mit modernen Mitteln der politischen Arbeit wappnet, entsteht ein machtpolitischer Freiraum, den extreme Rechte oder populäre Vereinfacher immer leichter glauben ausfüllen zu können.“⁶⁶

Der DGB hat damit eine Fülle von wertvollen Anregungen vorgelegt.⁶⁷

In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen war der Kampf gegen den Rechtsextremismus zu einem Schwerpunkt der Politik erklärt worden. Die im April 1999 angekündigte Gründung eines Bündnisses ließ lange auf sich warten. PDS, DGB sowie Organisationen und Einzelpersonen kritisierten diese Zögerlichkeit.⁶⁸ Am Verfassungstag, dem 23. Mai 2000, fand eine von der Regierung getragene Auftaktfeier für das Bündnis statt. An ihr beteiligten sich alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien sowie Repräsentanten gesellschaftlicher Gruppierungen und Institutionen, darunter die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin forderte, „Mahnungen aufzunehmen“; Festredner György Konrád verwies darauf, dass auch der Staat Urheber von Gewalt und Extremismus sein könne. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) hob hervor, dass es nicht um ein „Aktionsbündnis“ gehe, sondern um

63 Ebenda, S. 41.

64 Ebenda, S. 42.

65 Ebenda, S. 45

66 Ebenda, S. 53.

67 Die Aktivitäten im DGB sind selbstverständlich viel umfassender und können hier nicht behandelt werden. Siehe auch: Peter Liebers: Das Verteufeln linker Ideen im Osten hatte rechte Folgen. Tagung in Erfurt zu rechten Anhängern in der Arbeitswelt, in: Neues Deutschland, 30. Mai 2000, S. 2; Interview mit Uwe Zabel, IG Metall Elmshorn, in: Der Rechte Rand, 2000, Heft März/April, S. 9; die GEW-Zeitschrift „Erziehung und Wissenschaft“ widmet sich kontinuierlich diesem Thema, ebenso der Rundbrief antifaschistischer/antirassistischer GewerkschafterInnen.

68 Als Beispiel sei genannt: Die Anfragen von Frau Sabine Jünger (MdB-PDS) im Deutschen Bundestag (Drucksachen 14/1559 und 14/2650).

ein „ideelles Bündnis“, das es sich zur Aufgabe gemacht habe, den demokratischen Verfassungskonsens zu kräftigen und zu erneuern.“⁶⁹ Jeweils am Verfassungstag wolle man sich treffen. Mehr als 1000 Initiativen beteiligten sich an der Auftaktveranstaltung mit Präsentationen auf dem Berliner Bebelplatz. Einige fühlten sich ausgegrenzt, benachteiligt, schlecht oder gar nicht eingeladen oder im Rederecht behindert. Auf einer Ergänzungsveranstaltung, die vom DGB und vom interkulturellen Rat ausgerichtet worden war, diskutierten u. a. Vertreter des Zentralrates der Juden und der deutschen Sportfreunde über rechte Gewalt. Offensichtlich hatte es das Bundesinnenministerium versäumt, Menschenrechtsorganisationen und Nichtregierungsorganisationen gebührend einzubeziehen. Diese beklagten den Mangel an konzeptioneller Substanz in den Regierungsaktivitäten und empfanden zudem manche Äußerung von Schily als unerträglich und belastend, so jene, nach der „die Belastungsgrenze durch Zuwanderung überschritten sei“.⁷⁰ Etwa 90 Nichtregierungsorganisationen stellten nunmehr ihren Aktionsplan gegen Rassismus vor, mit dem sie einen Beitrag zum Bündnis für Demokratie leisten wollen. Das Netz betrachtete Maßnahmen gegen Rassismus, Diskriminierung und Ungleichbehandlung als eine Querschnittsaufgabe aller politischen Akteure. Fünf Handlungsfelder wurden ins Auge gefaßt:⁷¹

Auf dem Gebiet der Gesetzgebung wurde eine Antidiskriminierungsgesetzgebung und -politik gefordert, in der den Opfern Klagemöglichkeiten eröffnet werden. Jährlich sollen Gleichbehandlungsberichte erscheinen. In Bund, Ländern und Gemeinden sollen Stellen für Beauftragte für Gleichberechtigung eingerichtet werden. In das Staatsangehörigkeitsrecht soll die generelle Hinnahme der Mehrstaatlichkeit und Erleichterung bei Anspruchseinbürgerung aufgenommen werden. Im Asylrecht wurde gefordert: Rückkehr zu den internationalen Standards des Flüchtlingsrechts; uneingeschränkte Geltung der Genfer Flüchtlingskonvention und der europäischen Menschenrechtskonvention; Aufnahme nichtstaatlicher und geschlechterspezifischer Verfolgung als Asylgrund; verbesserter Schutz für besonders gefährdete Gruppen (Frauen, minderjährige Flüchtlinge, Folteropfer, Traumatisierte); Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Es wurde ein integratives Ausländerrecht gefordert, das z. B. nach 5-jährigem legalen Aufenthalt ein Recht auf Daueraufenthalt begründet. Eine Zuwanderungsgesetzgebung soll auf Integration und Gleichbehandlung setzen. Auf dem Gebiet der Arbeit und der Beschäftigung wurde angeregt, allen in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen eine Arbeitserlaubnis zu erteilen, zumindest für den Zeitraum des legalen Aufenthaltes; Ausweitung der Maßnahmen für Langzeitarbeitslose. Ausländische Beschäftigte sollen die Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Betrieben nutzen. Soziale Mindestnormen bei der Aufnahme neuer Länder in die EU müssen durchgesetzt und insbesondere die Probleme mit der Dienstleistungsfreizügigkeit angegangen werden. Auf dem Gebiet der Bildung und Ausbildung wurde vorgeschlagen, die Schule als Lernort interkultureller Kompetenz zu nutzen. Förderprogramme für bestimmte Zielgruppen sollen entstehen.

69 Berliner Zeitung, 24. Mai 2000, S. 3.

70 Der Tagesspiegel, 24. Mai 2000, S. 7.

71 Dokumentation: Für eine offene, plurale Gesellschaft. 90 Organisationen schlagen breiten Konsens gegen Rassismus, Diskriminierung und Ungleichbehandlung vor, in: Neues Deutschland, 21. Juni 2000, S. 5.

Mehrsprachigkeit soll bereits im Vorschulbereich gefördert und anerkannt werden. Eine gezielte Weiterbildung der Pädagogen soll erfolgen. Ausländische Bildungsabschlüsse sollen einfachere Anerkennung finden. Die Herstellung der Gleichheit aller Schüler vor dem Gesetz wurde gefordert. Auf dem Gebiet der Akzeptanz und des Zusammenlebens wurde vorgeschlagen, die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft auf allen föderalen Ebenen als zentralen Politikauftrag zu verankern. Es wurde zu Runden Tischen in Städten und Gemeinden aufgerufen. Einbürgerungskampagnen, Spracherwerbskampagnen und Aktivitäten, die die Präsenz der Migranten im öffentlichen Dienst erhöhen, wurden gefordert. Ein Aktionsplan soll auf den Weg gebracht und aller drei Jahre überprüft werden.

Die Entwicklung des Bündnisses für Demokratie ist in mancher Hinsicht symptomatisch. Eine Festlegung in einem Koalitionsvertrag zweier Regierungsparteien ist ein Fortschritt, reicht aber nicht aus. Die praktische Inangriffnahme muss parlamentarisch und außerparlamentarisch eingefordert werden. Es wird in Gang gesetzt, betont aber arg einseitig „ideelle Anliegen“ und geht zu Aktionen, was immer darunter verstanden werden mag, auf Distanz. Außerparlamentarische Kräfte unterschiedlicher Natur, gebündelt in einem Netz, entwickeln neue Initiativen. Das ist kein „Drehbuch“: Das ist Politik konkret in Deutschland. Bei allen Begrenzungen und Verklemmungen liegen hier Möglichkeiten und Notwendigkeiten für ein konsequent demokratisches Handeln. Sie auszuloten, zu probieren und optimal auszuschreiten – dies bleibt eine Aufgabe. Sie erfordert Konzepte, die in kollektiven Anstrengungen erarbeitet und präzisiert werden, aber nicht minder wichtig sind Geduld, Augenmaß, Tonlagen. Wertvoll bleibt die Fähigkeit, immer wieder neu aufeinander zuzugehen. Türen müssen offen bleiben; auch schwache Brücken dürfen nicht verbrannt werden; Tischtücher nicht zerschnitten werden.

III. Erfahrung Zwangsarbeiterentschädigung

Die Auseinandersetzung um finanzielle Entschädigung von Zwangsarbeit in Hitlerdeutschland dürfte die wohl bedeutendste antifaschistische Anstrengung in der Bundesrepublik der letzten zwei Jahrzehnte gewesen sein. Am 6. Juli 2000 beschloß der Deutsche Bundestag, zur Entschädigung für Zwangsarbeit eine Stiftung einzurichten. Diese erhält 5 Mrd. DM vom Staat; 5 Mrd. DM soll die deutsche Wirtschaft aufbringen. Diese Entschädigungssumme soll wie folgt verwendet werden: 8,1 Mrd. DM sollen für Zwangsarbeiter gezahlt werden (davon 3,63 Mrd. DM an KZ- und Ghettoarbeiter und 4,42 Mrd. DM an Zwangsarbeiter aus Osteuropa und sonstige), 1 Mrd. DM soll für Vermögensschäden, 0,7 Mrd. DM für einen Zukunftsfond und 0,2 Mrd. als Verwaltungskosten eingesetzt werden. Verteilt wird die Summe von 10 Mrd. DM wie folgt: 2,07 Mrd. von der Jewish Claims Conference und weitere Summen durch Partnerorganisationen in Polen (1,8 Mrd. DM), in der Ukraine und Moldawien (1,7 Mrd. DM), in Rußland, Lettland und Litauen (0,8 Mrd. DM), in Weißrußland und Estland (0,7 Mrd. DM), in der Tschechischen Republik (0,4 Mrd. DM); im Rest der Welt (einschließlich Sinti und Roma – 0,54 Mrd.

DM). Das Geld soll die 1,6 Mill. Opfer, die noch leben, erreichen. Dass dieses Gesetz verabschiedet werden konnte – mit 556 Ja-, 42 Nein-Stimmen, 22 Stimmenthaltungen – ist ein bemerkenswerter Erfolg. In den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen war nach 1945 Zwangsarbeit als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft worden. Der Wirtschaftshistoriker Thomas Kuczynski hatte auf Grund einer sorgfältiger Berechnung 180 Mrd. DM gefordert.⁷² Mit Stand vom Mai 2000 hatten sich von ca. 220 000 angeschriebenen Firmen nur 2 215 Betriebe an der Spendenaktion beteiligt. Es war vor allem der Druck der internationalen Öffentlichkeit, der Opfer und ihrer Interessenvertreter, die in Deutschland einen Prozeß in Gang setzten. In der Bundesrepublik engagierten sich viele, unter ihnen vorbildlich zuerst jene – nunmehr betagten – Menschen, die Opfer des Faschismus waren und die gegen ihn gekämpft hatten. Es gab Demonstrationen vor Banken, Versicherungen und Konzernen, die zu bekannten Großprofiteuren der Zwangsarbeit in Deutschland gehört hatten. Gewicht gewannen der „Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte“ und sein Sprecher Lothar Evers. Energisch, klug und nicht nachlassend engagierten sich Bundestagsabgeordnete, allen voran Frau Ulla Jelpke (MdB – für die PDS). Die Scheinwerfer waren mit vollem Recht auf jene gerichtet, die die höchsten Gewinne aus dieser Form von Ausbeutung gezogen hatten, wobei die öffentliche Hand nicht vergessen wurde. Zu einer bundesweiten massenhaften Empörung und „eruptiven antifaschistischen Manifestation“ indes kam es nicht. Die Summe von 10 Mrd. DM widerspiegelt wohl das Mögliche. Möglicherweise wurde zu wenig von den Aktiven beachtet, dass es vielen Menschen schwerfiel, die Forderungen als richtig und gerecht zu akzeptieren und zugleich bereit zu sein, finanziell mit einzustehen (z. B. als Steuerzahler). Angesichts eigener sozialer Bedrängungen, fehlendes Geldes, der Gefahr eines weiteren Statusverlustes wurden im Alltag Stimmen etwa in der Art vernehmbar: „Die NS-Zeit war furchtbar. Aber dieses Geld wird jetzt hier dringend gebraucht. Wir sind 20 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus geboren worden. Wie lange sollen wir für etwas zahlen, was wir wirklich nicht begangen haben?“ Selbstverständlich spiegeln sich hier auch tiefer sitzende Verdrängungsprozesse wider.

Es bleibt festzuhalten: Für alle derartigen mit der NS-Zeit verbundenen demokratischen Aktivitäten muss ideenreich und immer wieder neu Öffentlichkeit hergestellt werden. Geeignete, klug bedachte Strukturen (wie der Bundesverband um Evers) erweisen sich als unverzichtbar. Auf einen Automatismus zu hoffen in der Art „Objektiv gerechte Forderung“ – also „Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger“ wäre auch im neuen Jahrhundert schlankweg töricht. Es war wichtig, dass Frau Ulla Jelpke (MdB – für die PDS) in ihrem Beitrag für das Gesetz betonte, dass es keinen Schlussstrich darstellt. Demokratisches Bewusstsein, Handeln im Sinne historischer Verantwortung wird sich nüchtern darauf einstellen müssen, dass Distanz, Zynismus und Ohnmachtsgefühle stärker wachsen werden als antifaschistische Verantwortungsbereitschaft.

Gewiss: 10 Mrd. DM sind zu wenig. Rechtlich ist die deutsche Wirtschaft auch künftig nicht verantwortlich zu machen. Zum ersten Male hat der Deutsche Bundestag ein Ge-

72 Thomas Kuczynski, Entschädigungsansprüche für Zwangsarbeit im „Dritten Reich“ auf der Basis der damals erzielten zusätzlichen Einnahmen und Gewinne. Hrsg. von der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Ms.-Druck.

setz verabschiedet,⁷³ dessen reales Inkrafttreten von einer externen Institution, der „Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft“ abhängt. Beschämend ist es, dass die bei den Verhandlungen nicht repräsentierten Opfergruppen bei der Auszahlung diskriminiert werden (so etwa Sinti und Roma, sofern sie nicht in einem der fünf an den Verhandlungen beteiligten mittel- und osteuropäischen Staaten leben oder nicht-jüdische Häftlinge der KZ- und Arbeitserziehungslager aus den Ländern Westeuropas oder nicht-jüdische Häftlinge der KZ- und Arbeitserziehungslager sowie Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die in Staaten Mittel- und Osteuropas leben, die bisher nicht an den Verhandlungen beteiligt waren und nicht-jüdische NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Mittel- und Osteuropa, die nach 1945 nicht in ihre kommunistisch regierten Heimatländern zurückgekehrt sind und gewiß noch manch andere Gruppe).⁷⁴

Zugleich aber ist zu sehen und für den weiteren Weg als Erfahrung mitzunehmen: Es werden 10 Mrd. DM für die Opfer von Zwangsarbeit bereitgestellt. „Keiner von uns hätte im März 1997 geglaubt, dass eine solche Summe zu erkämpfen wäre“, sagte im Juli 2000 Lothar Evers. Und er hob hervor, wie wichtig es war und bleibt, „Spielräume zu nutzen“⁷⁵. Nicht zu vergessen: Zum ersten Male wurde in einem Gesetz der Bundesrepublik die Verantwortung deutscher Unternehmen festgestellt und fixiert, dass sie „an dem nationalsozialistischen Unrecht beteiligt waren“.⁷⁶

IV. Nahes und Fernes, Aktuelles und Perspektivisches

Jeder weiß, dass gegen neonazistische Gewalt oft Sofortmaßnahmen notwendig sind. Es ist notwendig, einen Libanesen und seinen kleinen Kiosk vor neonazistischen Schlägern zu schützen. Es ist notwendig, Heime für Asylbewerber, denen Hass und Feuer drohen, sofort zu schützen. Es kann notwendig sein, gegen neonazistische Parteien, Organisationen und Selbstdarstellungen zügig mit Verboten vorzugehen. Dieses sofortige Handeln ist wichtig und hat seinen politischen Wert. Perspektivisch wird es indes darauf ankommen, im Gesamtklima der Gesellschaft dafür zu sorgen, dass der Holocaust, das germanozentrische Weltherrschaftsstreben und die prinzipielle Menschenfeindlichkeit des Nazismus im gesellschaftlichen Gedächtnis bleiben und auf neue Generationen von Demokraten motivationsbildend wirken kann. Es gibt keinen Königsweg in der Auseinandersetzung mit Neonazismus, aber es gibt Erfahrungen, Erkenntnisse und Sichtweisen. Eine solche Blickrichtung darf nicht vergessen werden. Eine langfristige demokratische, gegen die extreme Rechte gerichtete Anstrengung darf sich nicht in pädagogischen und wissenschaftlichen oder kulturellen Leistungen erschöpfen – so wichtig, eigenständig

73 Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ vom 2. August 2000, in: BGBl, Jg. 2000 Teil I Nr. 38, S. 1263-1269.

74 Lothar Evers, Die Opfer der NS-Zwangsarbeit und die solide Arroganz der Macht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, 2000, Heft 7, S. 841.

75 Ebenda, S. 843.

76 Gesetz zur Errichtung ..., a.a.O., S. 1263.

und unersetzbar diese auch sind. Vielmehr ist die Gesamtgesellschaft in den politischen Blick zu nehmen. Dazu gehört auch, die tatsächlichen Ursachen für soziale Unsicherheiten, Defizite, Übel in der Gesellschaft offen zu legen. Dazu gehört auch die schwierige Aufgabe und große Herausforderung, für die verschiedensten Felder Alternativpolitik auszuarbeiten, wie für Arbeitsbeschaffung, Ausbildungsplätze, Wohnungspolitik, Migration, Tarifwesen, Rente, Bildungspolitik, Kultur. Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums nach dem Maßstab gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung, die oft mit ernsthaften Reformanstrengungen verbunden ist, aber ist und bleibt „der harte Kern jeder sozialpolitischen Alternative“.⁷⁷ Die Lösung der sozialen Probleme kann nur von politischen Kräften erreicht werden, die einer neuen politischen Logik und Kultur Geltung verschaffen. Langfristig wären solche Handlungspotentiale zu formen. Reformen tiefgreifender qualitativer Art erfordern die Bewegungen von unten, in die auch die Erfahrungen in der Bekämpfung des Neonazismus und der extremen Rechten einfließen müssen. Die Verfügungsgewalt der Kapitaleigner zugunsten von Elementen demokratischer Kontrolle zu beschränken, um den Wirtschaftsprozeß an demokratischen gesellschaftlichen Bedürfnissen zu orientieren – dies wäre auch ein Beitrag zur Auseinandersetzung mit der extremen Rechten. Freilich, das ist ein langfristiges Anliegen. Die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland bietet dafür mit den Artikeln 15 und 20 des Grundgesetzes sowie mit Länderverfassungen Ansatzmöglichkeiten. Indem reale Probleme einer nachhaltigen Lösung zugeführt werden, können die Wirkungsbedingungen für den Rechtsextremismus bedeutend verschlechtert werden. In diesen Auseinandersetzungen gilt es, mehr Demokratie zu wagen. Dabei ist auch die Erfahrung zu vermitteln, dass sich im demokratischen, auf die Verfassungen gestützten Engagement Partizipationschancen verbessern können – und nicht in der Hinwendung zu rechtsextremen Lösungen. Indem der Oben-Unten-Gegensatz thematisiert wird und indem die demokratische und die soziale Frage miteinander verbunden werden, kann eine neue Kultur der Solidarität in der Gesellschaft entstehen, die wiederum den Rechtsextremismus schwächen kann.

Nahes und Fernes stehen so in den politischen Anstrengungen dicht nebeneinander.

Spätestens an dieser Stelle stellt sich die Frage, was unter dem Antifaschismus-Begriff und -Anspruch real zu leisten ist. Greifen viele Forderungen und Sichtweisen nicht zu weit? Ufert die reale Handlungsmöglichkeit nicht aus, wenn unter Antifaschismus auch Antisexismus, Antipatriarchalisches, Feminismus, Gleichstellung, Antirassismus, Asylhilfe, Migration u. v. a. m. gefaßt wird? Wird nicht auch auf diese Weise der Holocaust relativiert? Hier sei dafür plädiert, unter dem Thema „Antifaschismus in der Gegenwart“ folgendes zu verstehen:

- die Verteidigung und Erklärung, Darstellung und Erforschung antifaschistischer Anstrengungen aller Art vor 1945, wobei der Antifaschismus als eine bedeutende Idee und Bewegung und begriffen sowie als ein Erfahrungspotential behandelt wird, das zum nationalen und internationalen Erbe der Völker zählt und das eine politische wie kulturelle Verbindungslinie zwischen den Staaten und Völkern darstellt;
- die weitere Erforschung und Darstellung der Geschichte des Faschismus vom Stand-

77 Reinhard Kühnl: Gefahr von rechts?, Heilbronn 1990, S. 136.

punkt der Demokratie und des Humanismus, der besonders dem Bekenntnis „Nie wieder Faschismus und Krieg!“ verpflichtet ist;

- die Aufarbeitung der Antifaschismus-Rezeption nach 1945 in der Phase des postfaschistischen Antifaschismus bis zur Gegenwart;
- der wache, verantwortungsbewusste und energische Widerstand in vielfältigen Formen gegen jedwede Form von Faschismus und Nazismus sowie Krieg in der Gegenwart.

Natürlich wird der Antifaschismus damit historisiert und aktualisiert; er wird vor Ausuferung, die ihm die Schärfe nimmt und ihn zur Beliebigkeit verurteilt, geschützt. Diese Präzisierung trägt auch der Tatsache Rechnung, dass die Bundesrepublik keine nazistische Diktatur darstellt, dass diese auch nicht vor der Tür steht, dass als gesellschaftsstrategische Aufgaben Nr. 1 sozialpolitische Fragen stehen. Noch einmal sei die These aufgegriffen, dass sich die extreme Rechte in Deutschland und vielleicht auch in Europa im Wandel befindet. Mit dem Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge sei festgehalten: Der traditionelle Rechtsextremismus war ein Befürworter der ökonomischen Staatsintervention und der sozialen Prozesssteuerung. Seine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wurden von Paternalismus, Protektismus und (Sozial-)Patriotismus geprägt. Der sich modernisierende Rechtsextremismus hat mit dem „alten“ Faschismus noch manches gemeinsam, ist aber gar nicht vorstellbar ohne Bezug auf die populärsten Losungen des Neoliberalismus. Statt Volk, Nation, Familie nunmehr Markt, Profit und internationale Konkurrenzfähigkeit des Industriestandortes. Privatisierung öffentlicher Unternehmungen und Dienstleistungen, Deregulierung des Arbeitsmarktes, Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse bilden jene Zauberformel, um den Standort „D“ zu sichern.⁷⁸ Mit dem Sozialstaat stirbt die Demokratie. Das Sozialstaatsgebot aber ist im Grundgesetz (Artikel 20) verankert. Gefahren drohen also nicht nur von der völkischen Kyffhäuser-Mystik, von Wunsiedel-Wallfahrten und NPD-Aufmärschen am Brandenburger Tor und vor dem Verfassungsgericht in Karlsruhe, von bewaffneten Neonazis in der Sächsischen Schweiz. Gefahr droht auch von einer Gruppierung, die das Konzept des Standortnationalismus, das als ein Bindeglied zwischen Neoliberalen, der extremen Rechten und den Neuen Rechten figuriert, favorisiert. Auf Grund einer Adaption neoliberaler Thesen baut der heutige, sich modernisierende Rechtsextremismus zum ersten Male seit 1945 an einer „modernen“ Pogrammatik, die weitgehend dem gesellschaftlichen Mainstream entspricht und die mit den Interessen einflußreicher Eliten korrespondiert. Diese Teile der extremen Rechten wollen sich an die Spitze des Fortschrittes stellen. Die Sinnkrise des Sozialen bildet einen günstigen Nährboden für den Rechtsextremismus, obwohl er keinen Beitrag zur Lösung sozialer Probleme leistet. Die extreme Rechte verbindet ihre Kritik am „Versorgungsstaat“ mit Polemik gegen die politische Klasse, die Systemparteien und den Parteienfilz.⁷⁹

Viele neue Fragen werden für Deutschland und für Europa durch Asylsuchende, Ausiedler, Fluchtbewegungen, Arbeitskräftewanderbewegungen, Kriegsflüchtlinge, Spezialistenaustausch, Einwanderungen unterschiedlichster Art aufgeworfen werden. Dahinter stehen oft objektive Prozesse mit ökonomischen Ursachen; oft geht es um die

78 Christoph Butterwegge: Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, 2. überarbeitete Auflage, Opladen 1999, S. 89.

Sicherung von Leib und Leben von Menschen und Menschengruppen. In manchen Zeiten können solche Fragen eine außerordentliche Schärfe erreichen. In Deutschland lebten Ende 1997 etwa 7,4 Mill. Ausländerinnen und Ausländer. Das entsprach 9,0% der Bevölkerung.⁸⁰ Eine andere Zahl: Von 1951 bis Ende 1998 hat der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCHR) weit über 30 Mill. Menschen bei der Rückkehr in ihr Heimatland oder bei der Integration in eine anderes Land geholfen. Anfang 1998 standen über 22 Mill. Flüchtlinge und Menschen in flüchtlingsähnlichen Situationen unter dem UNHCHR-Mandat. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge wird jedoch auf fast 50 Mill. Menschen weltweit geschätzt.⁸¹ Nicht zuletzt die Öffnung der Grenzen zu den ehemaligen Ostblockstaaten, die Liberalisierung und Erweiterung der Arbeitsmärkte in der Europäischen Union, die Globalisierung generell zwingen zu der nüchternen Feststellung, dass Deutschland im 21. Jahrhundert stärker als im 20. Jahrhundert mit solchen differenzierten, andauernden Wanderungen und Einwanderungen konfrontiert sein wird. Sie werden nicht nur bei Kriegssituationen auftreten, sondern vielmehr Normalität werden. Damit werden für die Republik viele neue, bislang wenig oder unbekannte Herausforderungen und – selbstverständlich – auch kräftige Konflikte verbunden sein. Dazu ist eine kluge Migrationspolitik als eine umfassende Gestaltungspflicht vonnöten, die auf die Normalisierung des Verhältnisses zwischen den Bevölkerungsgruppen gerichtet sein muss. Ein neuer gesellschaftlicher Konsens muss dafür wohl erst noch entstehen. Das aber reicht auch weit über „antifaschistische Aufgaben“ hinaus. Ein großer gesellschaftlicher Lernprozeß ist vonnöten. Nicht jeder, der diese komplizierten Bewegungen nicht sofort in all ihren Konsequenzen begreift und distanziert ist, darf Rassist genannt werden. Die Migrationspolitik der Bundesrepublik und der EU wird sich als ein gewichtiges Feld politischer Bewährung erweisen. Es ist nicht auszuschließen, dass es im 21. Jahrhundert an die erste Stelle der gesellschaftlichen Problemskala rücken und noch vor der Arbeitslosigkeit rangieren wird.

V. „Europa eine Seele geben“⁸²

Antifaschismus und Auseinandersetzung mit einer sich wandelnden extremen Rechten haben auch eine kräftige europäische Dimension.

Historisch waren die Aufrichtung des NS-Regimes und sein Krieg gegen die gesamte zivilisierte Welt gerichtet. In besonderem Maße litten die europäischen Völker unter dem Nazismus, der ihnen Aggression und Okkupation mit einem erklärte und begonne-

79 Ebenda, S. 91, 94.

80 Datenreport 1999. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Bonn 2000, S. 44.

81 Der Fischer Weltalmanach 2000. Hrsg. von Mario Baratta, Frankfurt/M. 1999, Spalte 1024.

82 Das Wort stammt von Jean Kahn, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, der damit das Anliegen dieser Stelle charakterisieren wollte. Siehe: Europa eine Seele geben. Einrichtung der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Jahresbericht über die Aktivitäten 1998. Teil I, o.O., o.J., S. 3-6.

nen germanozentrischen Weltherrschaftsanspruch brachte. Die Vernichtung ganzer Völker gehörte unablässig zu diesem Programm, dem die Wehrmacht als Instrument diente. Zwischen den europäischen Völkern formte sich allmählich und widerspruchsvoll eine in ihrer Stärke sehr differenzierte Abwehr gegen den deutschen Faschismus und seine italienischen und japanischen Verbündeten. Stärkster Ausdruck dafür war die Antihitlerkoalition. Ihr gehörten Ende des zweiten Weltkrieges mehr als 50 Staaten der Welt an. Im Verlaufe des zweiten Weltkrieges schlossen sich neben den fünf Großmächten – Sowjetunion, USA, China, Großbritannien, Frankreich – folgende Länder mit ihren Streitkräften dem Kampf gegen Hitlerdeutschland und seine Verbündeten an: Albanien, Australien, Belgien, Brasilien, Kanada, Indien, Neuseeland, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien u. a. sowie eine Reihe von Staaten, die den Hauptteilnehmern mit Kriegsmaterial u. a. Mitteln halfen (z. B. Mexiko). Formell gehörten auch einige Staaten der Antihitlerkoalition an, die Hitlerdeutschland erst kurz vor seiner Zerschlagung den Krieg erklärten (z. B. die Türkei). Ein natürlicher Verbündeter der Antihitlerkoalition war die Widerstandsbewegung, die sich innerhalb der Völker entfaltete. Sie wuchs in unterschiedlicher Stärke in Polen, in der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Albanien, Frankreich, Griechenland, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, China, Indonesien, Vietnam, Burma, auf den Philippinen und in anderen Ländern. Der Kampf der Antifaschisten in Rumänien, Bulgarien und Ungarn trug dazu bei, dass diese Länder 1944 auf die Seite der Antihitlerkoalition übergingen. Auch in Deutschland stellten sich Menschen gegen Hitler und sein Regime. Der Antifaschismus, der in diesen Völkern in unterschiedlicher Intensität lebendig war, erlitt im Verlauf des Kalten Krieges eine deutliche Schwächung. Gleichwohl zeigte sich auch seit 1989/90, dass die Erlebnisse des Zweiten Weltkrieges und die Erfahrungen mit Faschismus sowie des Kampfes gegen ihn lebendig sind, gelegentlich auch in Form einer Sorge vor einem zu starken und zu selbstbewussten Deutschland verständlicherweise aufscheinen. Den Antifaschismus als ein verbindendes Element zwischen den europäischen Staaten, Völkern und Menschen zu bewahren und dafür auch stets neu Mittel bereitzustellen und Energien einzusetzen, ist ein Anliegen antifaschistischer Arbeit am Eingang des 21. Jahrhunderts.

Seit 1999/2000 finden verstärkt internationale Diskussionen über Perspektiven Europas und der Europäischen Union statt. Immer mehr zeigt sich, dass die Konsequenzen der bevorstehenden Erweiterung der EU in der öffentlichen Meinung in Europa nicht ausreichend bewusst sind. Durch die umfassende Erweiterung von 15 auf 27 oder noch mehr Mitgliedsstaaten erfährt die EU eine „grundlegende Umwälzung“ und Entwicklungen, die „in der Geschichte des europäischen Aufbauwerkes ohnegleichen“⁸³ sein werden. Zu oft und zu einseitig stehen Institutionen und Strukturen der EU im Zentrum der Debatten.

Hier soll zumindest auf drei Gesichtspunkte aufmerksam gemacht werden:

Erstens muss zwingend der Sozialstaat erhalten und ausgebaut werden, nicht zuletzt – und dieser Aspekt fehlt in aller Regel in den Diskussionen der Politiker – um der extremen Rechten auf diesem Kontinent Boden zu entziehen. Allmählich indes scheint

83 Hubert Védrine: Klassischer Föderalismus oder Föderation von Nationalstaaten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Juni 2000, S. 4.

die Erkenntnis, dass sich „Fremdenfeindlichkeit durch abnehmende soziale Stabilität in ganz Europa noch verschlimmert“⁸⁴, Verbreitung zu finden.

Zweitens erweist sich die Analyse der extremen Rechten in Gesamteuropa als ein eigenständiges Feld wissenschaftlicher Herausforderung. Während Westeuropa als insgesamt recht gut ausgeleuchtet angesehen werden kann, müssen für Osteuropa schwerwiegende Wissenslücken und theoretische Defizite zur Analyse dessen, was dort extrem rechts ist, vermerkt werden.

Drittens muss es ein ständiges Anliegen werden, Europa in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Blick zu behalten.

Dem letztgenannten Anliegen dient die 1997 vom Europäischen Rat erlassene Verordnung zur Einrichtung einer „Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ mit Sitz in Wien. Hauptaufgabe dieser Beobachtungsstelle ist es, das Ausmaß und die Entwicklungen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in der EU zu beobachten und die Ursachen, Folgen und Auswirkungen zu analysieren. Sie sammelt Daten. Sie soll zu einer „Denkfabrik“ für Europa werden. Außerdem wurde die Stelle beauftragt, ein „Europäisches Informationsnetz über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (Raxen)“ aufzubauen, zu koordinieren und einen Jahresbericht über die Lage in der Gemeinschaft zu veröffentlichen. Sie arbeitet auch Schlussfolgerungen und Gutachten für die Gemeinschaft und ihre Mitgliedsstaaten aus und initiiert Forschungsarbeiten sowie Rundtischgespräche u. ä. in den Mitgliedsstaaten. Sie erstellt einen öffentlich zugänglichen Dokumentationsfonds. Die Beobachtungsstelle, die 1998 über Mittel in Höhe von 2 Mill. EUR verfügte, wird von einem Verwaltungsrat geführt, der am 20. und 21. Januar 1998 erstmals in Wien zusammentrat. Er wählte Herrn Jean Kahn zu seinem Vorsitzenden und ernannte später die Direktorin, Frau Beate Winkler. Sie ist die gesetzliche Vertreterin der Beobachtungsstelle.

In ihrem Jahresbericht 1998 traf die Beobachtungsstelle eine Reihe von interessanten Feststellungen:

1. Rassismus ist ein „modernes Phänomen“.⁸⁵

2. Kein Land kann 50 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg von sich behaupten, es hätte Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vollständig besiegt. Die fünfzehn Länder der EU werden heutzutage durch einen Anstieg bei Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bedroht – und zwar nicht in dem Maße, wie wir es vor mehr als fünfzig Jahren unter dem totalitären Regime erlebt haben, sondern durch neue versteckte Formen, die in einer demokratischen Gesellschaft wachsen und gedeihen können. „In ganz Europa ist der ‚Schutzgürtel‘ gegen Rassismus schwach.“⁸⁶

3. Ein Vergleich der Eurobarometer von 1989 und 1997 zeigte, dass in den letzten Jahren einerseits rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen in Europa zugenommen haben und andererseits das Interesse an politischen und gesellschaftlichen Angelegenheiten sehr stark nachgelassen hat.

84 Europa eine Seele geben. Einrichtung der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Jahresbericht über die Aktivitäten 1998. Teil I, o.O., o.J., S. 13.

85 Jahresbericht 1998 (Zusammenfassung). Hrsg. von der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Teil II: Der Wirklichkeit ins Auge sehen, o.O., o.J., S. 10.

86 Ebenda, S. 16.

4. Es gibt das Phänomen massiver Gewalt, das sich über eine mehr oder minder lange Zeitspanne hinweg explosivartig entwickelt. „Am beunruhigendsten jedoch ist in allen Mitgliedsstaaten der Union die Entwicklung eines schleichenden Rassismus, der im täglichen Leben banalisiert wird, und von Diskriminierung, die durch die Gleichgültigkeit der Allgemeinbevölkerung oder auch auf institutioneller Ebene erst möglich gemacht wird.“⁸⁷

5. In ganz Europa sind die Hauptopfer von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit Ausländer und ethnische Minderheiten.

6. Der Umgang mit dem Migrationsdruck aus Ost- und Südosteuropa sowie aus entferntesten Regionen der Welt kann nicht einfach auf repressive Art und Weise erfolgen. Die Aufnahme von Ausländern oder Menschen ausländischer Herkunft in den europäischen Raum muss ihre Integration und die Gewährung von Rechten beinhalten. „Aus diesem Grund ist eine effektive europäische Immigrations- und Asylpolitik wesentlich, um Rassismus vorzubeugen.“⁸⁸

Vor diesem Hintergrund wären auch Initiativen denkbar, den Antifaschismus, der bislang begrifflich in den Dokumenten der Beobachtungsstelle nicht auftaucht, zu verankern: als Aufgabe für die Geschichtskultur und -politik in Europa. Hier eröffnet sich im Konkreten ein weites Feld. Auch in die in Arbeit befindliche Grundrechtecharta der EU sollte der Antifaschismus ebenso wie Antirassismus, wie Auseinandersetzung mit Neonazismus und modernisiertem Rechtsextremismus und Migrationspolitik aufgenommen werden und mit sozialen Wertvorstellungen fest verbunden werden. Auch für die für 2001 anberaumte Weltkonferenz zu Rassismus wäre dies ein Thema.

Neue Aufgaben auch im Sinne eines angewandten antifaschistischen Lebensverständnisses und in Abwehr von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erwachsen aus der Erweiterung der Europäischen Union. Der Vertrag von Amsterdam, der am 1. Mai 1999 für die EU in Kraft trat, betont, dass „die Union auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit beruht, diese Grundsätze sind allen Mitgliedsstaaten gemeinsam“.⁸⁹ Damit ist es erstmals möglich, bei schwerwiegenden Verletzungen der Grundsätze in einem Mitgliedsstaat Maßnahmen einzuleiten. Für Bewerberländer sind die Fragen der nationalen oder ethnischen Herkunft besonders relevant. Der Schutz von Minderheiten stellt ein wichtiges Element für die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in den Bewerberländern dar. Im Jahre 1993 formulierte der Europäische Rat in Kopenhagen politische Kriterien, die von den Bewerberländern zu erfüllen sind. Er stellte fest, dass der Beitrittskandidat als Voraussetzung für die Mitgliedschaft „eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben“⁹⁰ muss. Das Ausmaß des Problems der Minderheiten wurde in der Agenda 2000

87 Ebenda, S. 15.

88 Ebenda, S. 15.

89 Zitiert nach: Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat (Tagung am 3. und 4. Juni 1999 in Köln) über die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in den Bewerberländern (Gz 8831/99), o.O., o.J., S. 1.

90 Ebenda, S. 2.

wie folgt wiedergegeben: „Die Minderheiten stellen 22% der Bevölkerung in Lettland (wo 34% Russen leben), 38% in Estland (30% Russen), 20% in Litauen (9, 5% Russen, 7% Polen), 18% in der Slowakei (11% Ungarn, 5% Roma), 14% in Bulgarien (9% Türken, 5% Roma) und 13% in Rumänien (8% Ungarn, 4% Roma).“ Beispielsweise wurden für Bulgarien, die Tschechische Republik, Ungarn und Rumänien die weitere Integration der Roma als Priorität festgelegt; für Lettland und Estland wurde betont, dass die Integration von Nicht-Staatsangehörigen beschleunigt werden sollte.⁹¹

VI. „Spielräume nutzen!“⁹²

Unter dem Eindruck rechtsextremer Gewalttaten verdichtete sich im Sommer 2000 in Deutschland die Debatte über den Rechtsextremismus. Eine Fülle von Vorstellungen wurde geäußert. Sie setzten das regierungsgestützte „Bündnis für Toleranz“ fort, führten aber auch zu neuen Überlegungen und Positionsbestimmungen.

Bundeskanzler Gerhard Schröder sicherte im August 2000 in Eisenhüttenstadt ein energisches Vorgehen des Staates gegenüber dem Rechtsextremismus zu. Bundesinnenminister Otto Schily forderte eine Stärkung des Bundesgrenzschutzes (BGS) und seinen Einsatz sowie Demonstrationseinschränkungen an historisch sensiblen Orten. Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin warnte vor der Mentalität des Wegsehens. Ministerpräsident Manfred Ringstorff appellierte persönlich an die Bürger des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Vizeministerpräsident Helmut Holter erklärte, dass die Täter die Härte des Gesetzes treffen müsse. Bundesaußenminister Joseph Fischer äußerte sich betroffen über den Umgang mit Ausländern in Deutschland. Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen wird sich mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen und den Fraktionsvorsitzenden des Abgeordnetenhauses treffen, darunter auch Vertretern des DGB, der IHK und von Fußballklubs. Die Landesinnenminister Bayerns, Beckstein, und Baden-Württembergs, Schäuble, forderten das Verbot der NPD. Die PDS-Politiker Gabi Zimmer und Gregor Gysi betonten, dass der Rechtsextremismus keine Lösung für gesellschaftliche Probleme anbieten könne und plädierten für eine deutliche Stärkung der antifaschistischen Substanz in Deutschland. PDS-Vorsitzender Lothar Bisky forderte ein Ende der „Betroffenheitslyrik“ und die Schaffung einer „Atmosphäre der Unduldsamkeit“. Der Stellvertretende Vorsitzende der PDS, Diether Dehm, setzte sich dafür ein, die Verbotsdiskussion (zur NPD) strikt vom Demonstrationsrecht zu trennen. Er verwies darauf, dass Politiker wie Kurt Beck (SPD) als Einpeitscher des Asylkompromisses rassistische Parolen hoffähig gemacht habe. Die Spitzenpolitikerin von Bündnis 90/Die Grünen, Renate Künast, wandte sich gegen ein NPD-Verbot und gegen die Weiterführung der sog. akzeptierenden Jugendarbeit und setzte sich für eine spezielle Jugendarbeit und für eine Verbesserung der Lehrerausbildung ein. Der Vorsitzende der CSU-Landtagsfrak-

91 Ebenda, S. 2.

92 Lothar Evers: Die Opfer der NS-Zwangsarbeit und die solide Arroganz der Macht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln 2000, Heft 7, S. 843.

tion, Alois Glück, beklagte den Mangel an Werten in der Gesellschaft und akzentuierte die wertbildende Rolle der Familie und von Vereinen. Der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf sah in der Änderung des Zivilrechtes eine Möglichkeit, bürgerschaftliches Handeln gegen den Rechtsextremismus und – wie er betonte – gegen den Extremismus generell zu stärken. FDP-Vorsitzender Wolfgang Gerhard regte an, ein mit 300 Mill. DM untersetztes Programm zur Erziehung zur Demokratie aufzulegen. Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, plädierte für die Verbesserung der pädagogischen Aufklärung und forderte ein Vorgehen gegen rechtsextremes Gedankengut, das im Internet verbreitet wird. Der DGB kündigte an, im Internet unter www.dgb2000.de Handlungsmöglichkeiten gegen den Rechtsextremismus zu diskutieren. Der Verfassungsschutz erklärte, gegen den Rechtsextremismus im Internet anzutreten. Mehrere Firmen, darunter Siemens, Herlitz, Schultheiss, betonten, rechtsextreme und rassistische Äußerungen und Handlungen von Mitarbeitern zu ahnden. Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Ludolf von Wartenberg, brachte seine Befürchtungen über eine durch rechtsextremes Klima eingeschränkte Investitionspolitik ausländischer Firmen zum Ausdruck. Der Bundesverband des deutschen Groß- und Einzelhandels wandte sich gegen die extreme Rechte. Das PEN-Zentrum Deutschland begrüßte die Auseinandersetzung und verwies darauf, dass Politiker mit ihren öffentlichen Erklärungen jahrelang Fremdenhass geschürt haben. Viele bürgerschaftliche und kommunale Initiativen entstanden oder verstärkten ihre Arbeit. Dabei wurde deutlich, dass im Laufe von Jahren ein beachtliches, von offiziellen Stellen oft missachtetes handlungsfähiges Potential gegen den Rechtsextremismus entstanden war, das sich im Sommer 2000 profilierte. Offensichtlich entwickelt sich eine neuartige Kultur unter Jugendlichen, die das antifaschistische Erbe in vielfältigen Formen und auch unter anderen Begriffen weiterzutragen sucht. Michel Friedman, CDU-Politiker und stellvertretender Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, kündigte die Organisation eines großen Pop-Konzertes gegen die extreme Rechte an. Der Publizist Erich Böhme fragte in dieser Situation: „Wie wirkt wohl der populistische Postkartenterror eines Roland Koch gegen die doppelte Staatsbürgerschaft von Ausländern auf leicht verführbare Jugendliche, wie der Nonsens-Spruch des Jürgen Rüttgers gegen die Greencard-Holder und was sollen die Glatzköpfe von dem Wirrsinn des Otto-Schily-Spruchs denken, das Boot sei voll? Wen wundert es, dass die gegen Ausländer auf die Straße gehen, obwohl wir die – von der sonst so viel beschworenen Humanität mal abgesehen – als bald bitter nötig haben. Wie scheinheilig wirkt die Bild-Zeitung mit ihren Testemonialfotos von Ausländern in Deutschland, wo sie doch jahrelang rauschgiftsüchtige, vergewaltigende und herumlungende ‚Farbige‘ durch die Druckerschwärze gezogen haben!“⁹³ Der innenpolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Cem Özdemir, regte die Gründung einer Bundesstiftung an, die zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen in ihrem Kampf finanziell unterstützen könne. In Nordrhein-Westfalen wurde unter Mitwirkung des Ministerpräsidenten ein Bündnis „Toleranz und Zivilcourage“ auf den Weg gebracht. Es kam zu Sonderkonferenzen von Staatssekretären. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe wurde eingesetzt, ein Verbot der NPD zu prüfen. Die Bundesregierung beschloss, lokale Initiativen mit einem Programm „Arbeit und Qualifizierung gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ aufzulegen und für drei Jahre mit insgesamt 75 Mill.

DM zu finanzieren. Zudem werden 10 Mill. DM für die Opfer rechtsextremer Gewalt zur Verfügung gestellt. Ab 1. September 2000 wird bundesweit ein Notfall-Telefon eingerichtet. Im Innenministerium von Rheinland-Pfalz wird ein eigenständiges Referat Rechts extremismus eingerichtet werden. Ein Veranstaltungsprogramm für Schulen und Handlungsempfehlungen für Kommunen werden erarbeitet. Der Landtag dieses Bundeslandes beschloss eine Richtlinie „Handeln statt wegsehen – null Toleranz gegen Rechts“. In Potsdam wird ein „Kommunales Netzwerk gegen Rechts“ weiterentwickelt. Eine Regionalkonferenz mit dem Bundespräsidenten Johannes Rau wird dort vorbereitet. Einen interessanten Gedanken speiste der Wissenschaftler Wilhelm Heitmeyer in die Debatte ein. Man könne nicht so tun, als haben diese rechtsextremen Gruppen mit den aktuellen ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen in dieser Gesellschaft nichts zu tun; so, als seien es Sonderfälle abseits einer ansonsten intakten Gesellschaft. Gewalt werde am häufigsten in der Familie erfahren und als effektives und erfolgreiches Handeln erlernt. Dramatisch spitze sich die Entwicklung zu, wenn die eigene soziale Integration gefährdet sei. Wer einem Anerkennungszerfall ausgesetzt ist, erkennt auch andere Personen und soziale Normen nicht mehr an. Komplizierte Abläufe seien dies, die auf dem Nährboden der Verunsicherung zur scheinbaren Sicherheit im Deutschsein und in extremen Gruppen führten. Statt von Toleranz zu sprechen und diese einzufordern, müsse gefragt werden: Wie kommen wir zu einer neuen Kultur der Anerkennung?⁹⁴

Konzentrierte Vorschläge kamen weiter aus der PDS, so von einem Beschluss des Parteivorstandes vom 14. August 2000⁹⁵ und von Ulla Jelpke (MdB – für die PDS)⁹⁶.

Eine bemerkenswerte Vielfalt. Vieles steht noch zu stark nebeneinander und ist konzeptionell nicht verbunden. Es fehlt noch ein gemeinschaftliches Durchdenken der Dinge, z. B. auf bundesweiten Konferenzen verschiedenster Kräfte parlamentarischer und außerparlamentarischer Herkunft sowie in differenziert strukturierten Beratungen von kompetenten Menschen. Eine feste Allianz zwischen großen Teilen der Bevölkerung, zwischen Staat und Gesellschaft, Regierung und Volk existiert noch nicht. Die Gefahr von Vereinseitigungen und schnellen Antworten und Maßnahmen ist fühlbar. Manches konzentriert sich thematisch zu stark auf ein Verbot der NPD oder auf die direkt sichtbare Gewalt. Das Ende der Kriminalisierung, Verächtlichmachung und Unterschätzung von „Antifaschismus“ – ein Wort, das in der Debatte kaum vorkommt – ist längst noch nicht in Sicht. Es erscheint weiterhin bedenklich, dass oft gleichzeitig von rechtem und linkem Extremismus gesprochen und auch so gedacht wird. Auch der oft geäußerte Verdacht, manche wollten nur ein mediales Sommerloch stopfen, soll nicht gänzlich vergessen werden.

93 Erich Böhme: Pogrome vor der Haustür?, in: Berliner Zeitung, 19./20. August 2000, S. 4.

94 Nach Peter Schilder: An gutem Willen nicht gefehlt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. August 2000, S. 4.

95 Handeln gegen Rechts. Beschluss des Parteivorstandes der PDS vom 14. August 2000. Flugblatt.

96 Ulla Jelpke: 10-Punkte Sofort-Programm, in: MdB-Pressedienst, Nr. 1819 vom 15. August 2000.

VII. Antifaschistische, Geschichte aufarbeitende und demokratische Anstrengungen als Millimeterwerk

Zumindest seit 1989/90 waren in Deutschland die Energien noch nie so konzentriert gegen die extreme Rechte gerichtet gewesen, wie dies im Sommer 2000 geschah. Es entfaltete sich die bemerkenswerte Chance, in der Auseinandersetzung mit dem Rechts-extremismus eine qualitative Veränderung im Klima der Gesellschaft zu erreichen, im politischen Leben die demokratische Substanz fühlbar zu stärken und die politische Alltagskultur nachhaltig zu beeinflussen.

Dazu bedarf es eines ergebnisorientierten Handelns auf vielen Ebenen. Nach allen Erfahrungen ist ein langer Atem vonnöten. Nicht große Sprünge sind zu erwarten und nicht vollmundige Sprüche („Antifaschismus heißt Angriff“ – „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“) helfen weiter, sondern die Kraft zur demokratischen Millimeterarbeit im Sinne des Artikels 1 des Grundgesetzes ist gefragt. Nur folgendes sei hier skizziert:

Die Gesetzgebung der Bundesrepublik bedarf einer demokratischen Erweiterung. So wäre der Artikel 139 des Grundgesetzes durch eindeutige Artikel zu ergänzen, die jedwede Reaktivierung des Nationalsozialismus und anderer Formen des Faschismus sowie deren Verherrlichung verbieten. Das Staatsbürgerschaftsrecht muss weiter reformiert werden. Grundsätzlich wäre das Recht der Bundesrepublik einer Reform zu unterziehen und durch mehr Demokratie, auch Volksentscheide und Runde Tische, zu ergänzen. Eventuell muss auch die Zivilgesetzgebung verbessert werden, indem demjenigen mehr Schutz gewährt wird, der im Alltag gegen die extreme Rechte auftritt.

Jedweder Ideologie der Ungleichheit – d. h. Ungleichwertigkeit der Menschen – ist entgegenzutreten.

Der Sozialstaat muss verteidigt und energisch ausgebaut werden. Die Perspektivsicherung des sozialen und kulturellen Besitzstandes der Bevölkerung muss stärkeres Gewicht erhalten.

Eine Werte- und Identitätsdiskussion in der Gesellschaft ist vonnöten. Rechtsextremismus, Terrorismus, gewaltbereiter Fundamentalismus, Rassismus, Antisemitismus müssen geächtet und als sittenwidrig von jedem zurückgewiesen werden. Das kann durchaus zu einer Art Grundkonsens in der Gesellschaft beitragen – Rituale wie der 27. Januar gehören dazu.

Die Regierungsstruktur und die Politik müssen weiterentwickelt werden. Notwendig sind die Ausarbeitung und Praktizierung einer weitsichtigen Migrationspolitik der Bundesrepublik. Auch ein entsprechendes Bundesministerium ist gefragt.

Von Nutzen wären eine Staatliche Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Deutschland und die Gründung eines leistungsstarken Instituts und Dokumentationszentrum für angewandte Rechtsextremismus- und Rassismusforschung. Es sollten getrennte C4-Professuren für Faschismusforschung, für Antifaschismusforschung, für Rechtsextremismus- und Rassismusforschung eingerichtet werden.

Konsequente Maßnahmen und Verbindlichkeiten im Schulwesen über die Kultusministerkonferenz sind geboten, so zur deutschen Geschichte von 1933 bis 1945 und zum Rassismusproblem. Gleiches gilt für die politische Bildung und für die öffentlich-recht-

lichen Medien. Das Pressegesetz wäre zu überprüfen, ob es neuen Anforderungen genügt. Spezielle Konferenzen für Pädagogen, Journalisten usw. könnten hilfreich sein.

Die offizielle Politik muss gezwungen werden, mit der Verharmlosung des Rechtsextremismus, die sie jahrelang betrieben hat, grundsätzlich aufzuhören. Sie muss zudem ständig so beeinflusst und kontrolliert werden, dass sie nicht zum Stichwortgeber für rechte Gewalt wird.

Kulturelle, künstlerische, journalistische und wissenschaftliche Werke, die dem genannten demokratischen Anliegen verpflichtet sind, bedürfen einer gezielten Aufwertung, einer staatlichen Aufmerksamkeit und einer weitreichenden Förderung.

Bestehende nazistische und rechtsextreme Parteien und Organisationen wie andere Strukturen sind möglichst zu verbieten.

Es sind bedeutend mehr Finanzmittel für Jugendarbeit und breite Information der Bevölkerung einzusetzen.

Es könnte von der Regierung eine Art Ständiges Forum der Verständigung gegen Rechts gebildet werden, das regelmäßig zusammentritt und in dem alle Parteien, die Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Verbände usw. an einem Tisch sitzen. Die Regierung sollte jedes Jahr dem Bundestag einen Bericht zur Bekämpfung des Rechtsextremismus vorlegen. Alles sollte einem Klima dienen, in dem der Antifaschismus, die antifaschistischen Organisationen und Repräsentanten und Bündnisse gegen Rechts nicht mehr diskreditiert werden. Ein neues Klima in der Gesellschaft ist gefordert.

Nur in einem solchen breiten, stabilen, differenzierten gesellschaftlichen und staatlichen Netz von Widerstand und konstruktiver Lösung liegen reale Chancen.

Der mehrfach zitierte Lothar Evers empfahl im Juli 2000, „Spielräume zu nutzen“.

In der Tat gilt nun: Hic Rhodus – hic salta!

„Man muss nur wollen“, sagte Paul Spiegel nachdenklich in der Sommer-Debatte des Jahres 2000.⁹⁷

97 Paul Spiegel: Man muss nur wollen, in: Neues Deutschland, 5./6. August 2000, S. 3.

KLAUS KINNER

Kommunistischer Antifaschismus – ein schwieriges Erbe

Nach Francois Furet endete der Kommunismus mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums im Nichts. Damit einher ging „Das Ende der Illusion“, so der Titel seines monumentalen Essays.¹ Zentraler Bestandteil der Jahrhundertillusion des Kommunismus war der Antifaschismus.

Er habe, so Furet, dem Kommunismus seine erstaunliche Überlebenskraft verliehen. Nachdem der Kommunismus seine Anziehungskraft zunächst aus der Krise des Kapitalismus gezogen habe, „fand der stalinistische Kommunismus im Antifaschismus einen neuen politischen Rahmen“². Furet macht zwei Spielarten des kommunistischen Antifaschismus aus: die eine sah im Faschismus nur eine der vielen Formen der Diktatur der kapitalistischen Bourgeoisie, wahrer Antifaschismus konnte nur der kommunistische sein, der der faschistischen Diktatur die des Proletariats entgegensetzte. Die zweite Spielart, die die erste nicht definitiv ersetzen, sondern eher im Wechsel mit ihr die kommunistische Strategie erweitern sollte, war bereit, zwischen liberaler Demokratie und Faschismus zu unterscheiden und erstere, zumindest vorübergehend, Seite an Seite mit den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie zu verteidigen. Auf breite Bündnisse orientierter Antifaschismus erscheint nach dieser Lesart nur als Kalkül stalinistischer Taktik. Nach dem Ende des Kommunismus wäre nach diesem Konzept auch der kommunistische Antifaschismus delegitimiert.

Es soll im folgenden versucht werden, diesem ernstzunehmenden Ansatz Furets am Beispiel der KPD der zwanziger und dreißiger Jahre einen anderen entgegen zu stellen. Kommunistischer Antifaschismus lässt sich zu keiner Zeit auf die von Furet beschriebenen Grundraster beschränken. Er war immer breiter und vielfältiger. Das trifft sowohl auf die Ebene der Politik als auch auf die des gelebten Lebens, des kommunistischen Milieus zu. Ein aus den Wurzeln der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gespeistes, in der Aufklärung gründendes Freiheits- und Demokratieverständnis, ein sozialdemokratisches wie kommunistischem Milieu gleichermaßen eigenes Freund-Feind-Verständnis sah in der aufkommenden faschistischen Massenbewegung den gemeinsamen Gegner.

1 Francois Furet: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München/Zürich 1996.

2 Ebenda, S. 273.

Auch auf der Ebene der Politik der KPD war der Weg zur stalinistischen Kaderpartei nicht alternativlos.

Die Geschichte des kommunistischen Antifaschismus kann hier nicht skizziert werden. Die Differenziertheit soll an einigen Fallbeispielen verdeutlicht werden.

Bereits in der Frühphase ihrer Entwicklung stellte sich für die KPD die schwierige Frage nach dem Verhältnis zur Weimarer Demokratie, die nach den Erfahrungen des Kapp-Putsches 1920 einerseits und der Märzaktion andererseits auf neue Weise zu bestimmen war. Dies wurde umso dringlicher, als Mitte 1922 die konterrevolutionären Organisationen in Deutschland ihre Aktivitäten verstärkten. Die 1919 gegründete Deutsche Arbeiterpartei, die sich seit 1920 Nationalsozialistische Arbeiterpartei nannte, wurde in diesem Umfeld erstmals zu einem politischen Faktor.

Die KPD reagierte auf diese Entwicklung mit einem Aufruf zu einem einheitlichen Gegenstoß der Arbeiterbewegung. Das Attentat auf Walther Rathenau spitzte die Situation dramatisch zu. Die politische Öffentlichkeit begriff den Anschlag sofort als Angriff auf die Weimarer Republik. Für die Kommunisten stellte sich auf neuartige Weise die Frage nach dem Verhältnis zur ungeliebten Weimarer Demokratie angesichts deren Bedrohung von rechts. In den Verhandlungen der Arbeiterparteien und -organisationen um das „Gesetz zum Schutze der Republik“ zeigten sich Spielräume für eine kommunistische Politik innerhalb bürgerlich-parlamentarischer Horizonte. Damit spitzten sich allerdings die Gegensätze zwischen kommunistischer Realpolitik und fundamentalistischer Politik der Verweigerung zu. In der Zentralaussschusstagung der KPD am 23. Juli 1922 focussierten sich diese Gegensätze in den Positionen von Ernst Meyer und Arcady Maslow. Auf Maslows Behauptung, „es gäbe *nie* eine Situation, wo wir für eine Forderung der sogenannten Demokratie auftreten werden“, erwiderte Meyer, er hoffe, „dass es nicht ein Horthy-Deutschland geben wird. Aber wenn wir ein Horthy-Deutschland haben, dann würden wir für viel näherliegende und für viel weniger kommunistische Forderungen alle Kraft und alle Aktionsfähigkeit der Arbeiter einsetzen.“³

In diesem Konflikt bündelte sich eine Problemlage, die Zeit seiner Existenz den deutschen wie internationalen Kommunismus umtreiben sollte. Ein Jahr später lief die Entwicklung erneut auf eine Eskalation zu. Das Horthy-Regime in Ungarn, die Errichtung der faschistischen Diktatur im Herbst 1922 in Italien und der Sturz einer demokratischen Regierung in Bulgarien durch einen militärfaschistischen Putsch signalisierten auch angesichts des immensen Zulaufes zu den Faschisten in Deutschland seit der Ruhrbesetzung reale Gefahren. Clara Zetkins Referat auf der III. Tagung der Erweiterten Exekutive der Komintern im Juni 1923 war ein bemerkenswerter Versuch, das weltgeschichtlich Neuartige des Faschismus zu erfassen und Schlussfolgerungen für die Spezifik des antifaschistischen Kampfes abzuleiten. In die gleiche Richtung zielte ein Vorstoß Karl Radeks, der unter der Bezeichnung „Schlageter-Kurs“ in die Geschichte eingehen sollte. Es ging im Kern darum, die ideologische Auseinandersetzung mit dem Faschismus zu führen, um dessen Einfluss auf breite Kreise der Bevölkerung zurück zu drängen.

3 Protokoll der Tagung des Zentralaussschusses der KPD vom 23. Juli 1922, in: SAPMO. RY 5/2/11 (Hervorhebung im Original). Siehe auch die ausführliche Darstellung dieser Debatten bei Arnold Reisberg: An den Quellen der Einheitsfrontpolitik, Bd. 2., S. 541-552.

Angesichts der wachsenden faschistischen Gefahr wandte sich die Zentrale der KPD am 11. Juli 1923 in einem Aufruf an die Partei und forderte, die Schlagkraft so zu erhöhen, dass sie in der Lage sei, einen bewaffneten faschistischen Putsch mit bewaffneter Gewalt niederzuschlagen. Dem Schlageter-Kurs wurde mit diesem, aus der Feder Heinrich Brandlers stammenden Dokument die harte Konfrontation mit dem Rechtsextrémismus zur Seite gestellt:

„Der Faschistenaufstand kann nur niedergeworfen werden, wenn dem weißen Terror der rote Terror entgegengestellt wird. Erschlagen die Faschisten ... die proletarischen Kämpfer, so müssen diese erbarmungslos alle Faschisten vernichten. Stellen die Faschisten jeden zehnten Streikenden an die Wand, so müssen die revolutionären Arbeiter jeden fünften Angehörigen der Faschistenorganisation an die Wand stellen.“⁴

Der Aufruf zielte auf die Vorbereitung eines landesweiten Antifaschistentages. Bemerkenswert waren die internen Reaktionen führender Köpfe der Komintern auf diesen Aufruf, dessen Realismus zumindest zweifelhaft war.

Karl Radek, Kominternverantwortlicher für Deutschland, und Edwin Hoernle, Vertreter der Zentrale der KPD beim Exekutivkomitee der Komintern in Moskau, warnten davor, den Kampf gegen den Faschismus als „Kampf von Gewalt gegen Gewalt“ zu führen. Hoernle wandte ein, „daß der Faschismus eine breite Massenbewegung (sei), die sich stützt auf die sozial versinkenden und verzweifelnden Massen der Kleinbürger, Beamten, Angestellten, Intellektuellen und Bauern, also auf die breite Masse des werktätigen Volkes einschließlich sogar eines Teiles der Arbeiterschaft. Wir müssen deshalb alles tun um den Faschismus zu besiegen, ihn nicht nur von außen anzugreifen, sondern von innen.“⁵ Er wandte sich gegen den „primitiven Standpunkt, der Faschismus ... (sei) eine militärische Geheimorganisation, die die Großbourgeoisie finanziert und die geführt wird von der Militärklique; die Aufgabe des revolutionären Proletariats ... (sei es), diese Leute totzuschlagen.“⁶

Diese Positionen standen für eine antifaschistische Politik, die die Auseinandersetzung mit dem Faschismus nicht gleichsetzte mit der Systemüberwindung, die natürlich auch für Edwin Hoernle oder Clara Zetkin höchste Priorität besaß. Ihr Politikansatz war jedoch ein anderer als der eines starken Flügels in der KPD, der in jedem Schritt der praktischen Bewegung, der nicht das kapitalistische System in Frage stellte, Opportunismus witterte.

Der Grundton der Politik, für die etwa Hoernle, Meyer oder Zetkin standen, war: Gewinnung der Massen, Einheitsfrontpolitik gegen den Faschismus, für eine an den Interessen der werktätigen Bevölkerung orientierten Arbeiterregierung.

Ganz anders die Reaktion von Grigori Sinowjew und Nikolai Bucharin auf den Aufruf der KPD. In einem handschriftlichen Brief aus ihrem Urlaubsort Kislowodsk schrieb Sinowjew auch im Namen Bucharins an Brandler und Thalheimer am 27. Juli 1923:

„Liebe Freunde, Der Brief ist privat. Es thut uns sehr leid, dass wir gerade jetzt auf Ferien sind. Aber unsere private Meinung müssen wir Ihnen persönlich doch sagen –

4 Edwin Hoernle an Heinrich Brandler. 19. Juli 1923, in: SAPMO. RY 5/I 6/3/120.

5 Ebenda.

6 Ebenda.

denn die Sache ist zu ernst. Wir sind mit Karl R.[adek] nicht einverstanden. Der Aufruf der Zentrale gegen Faschismus [...] scheint uns absolut richtig. Mehr: er ist ein erstklassiges Dokument. Nur auf diesem Wege ist ein deutsches Bulgarien zu vermeiden. Radek macht den Fehler[,] dass er nur eine Seite sieht: Zerlegung der Faschisten durch Propaganda a la seiner Rede über Schlageter. Er vergisst aber[,] dass ein guter Faustschlag am besten den Faschismus zerlegen würde. Gewiss[,] ein frühzeitiger Entscheidungs-Kampf ist gefährlich. Aber noch gefährlicher wäre der Marasmus so wie er in Bulgarien gekommen ist. Radek ignoriert die Erfahrungen in Italien und Bulgarien ... Ein deutsches Bulgarien kann die Komintern nicht ertragen. Das würde den politischen Tod für die K.P.D. und die Komintern (wenigstens für einige Jahre) bedeuten ... Vorbereitung des Kampfes im Geiste eures Aufrufes oder italienisch-bulgarische Entwicklung – So steht die Alternative. Und nicht anders ... Bremsende, besonnende Elemente habt Ihr genug. Es handelt sich jetzt um etwas Entschiedenheit und Energie ...

Mit Herzen bei Euch

Ihr G. Zinowjew“⁷

Wenn hier so ausführlich zitiert wurde, so deshalb, weil es sich um ein Schlüsseldokument kommunistischen Selbstverständnisses dieser Zeit handelt.

In den endlosen Debatten der Komintern über die Ursachen des Scheiterns des „deutschen Oktobers“ bestätigte Sinowjew in der Sitzung des Präsidiums der Exekutive, daß der Aufruf der KPD vom 11. Juli 1923 der letzte Auslöser für die Orientierung der Komintern- und RKP(B)-Führung war, den „deutschen Oktober“ definitiv politisch wie militärisch vorzubereiten.⁸

Das Scheitern bzw. das Nichtstattfinden des „deutschen Oktobers“ war nach der Revolution von 1918/19 das zweite prägende traumatische Ereignis des deutschen Kommunismus. Das traf auch für das Verständnis von Faschismus und Antifaschismus zu.

Der Herbst 1923 stellte sich zunächst dar als Sieg des Faschismus über die Novemberrepublik, der nur durch den Verrat der Sozialdemokratie möglich war. Daraus erwuchs folgerichtig die These, daß die Sozialdemokratie selbst ein Faktor der Faschisierung der Gesellschaft sei. Die Sozialfaschismus-These wurde 1924 von Sinowjew geboren und von Stalin verstärkt.

Die Nichtbewältigung der Erfahrungen von 1923 führte zu einer Desorientierung des kommunistischen Antifaschismus, von der er sich im Grunde niemals vollständig erholte. Trat die Sozialfaschismus-These nach 1924/25 zunächst etwas zurück, so wurde sie ab 1927/28 erneut in aggressiver Form virulent. Seit dem 12. Parteitag der KPD 1929 gehörte sie zum eisernen Bestand des strategischen Konzeptes der KPD.

War der Anfang 1928 einsetzende neue „Links“-Kurs noch ambivalent und unsicher und seine Durchsetzung im Verlaufe des Jahres 1928 von heftigen in ihrem Ausgang durchaus nicht von vornherein vorbestimmten Auseinandersetzungen geprägt, so mar-

7 Grigori Sinowjew an Heinrich Brandler und August Thalheimer. Kislowodsk. 21.8.1923, in: SAPMO. RY 5/I 6/3/93 (Hervorhebungen im Original).

8 Siehe Stenographisches Protokoll des Präsidiums des E.K.K.I. mit den Vertretern der Kommunistischen Partei Deutschlands. 19. Januar 1924, in: SAPMO. RY 5/I 6/10.

kierte der 12. Parteitag für die KPD die endgültige Dominanz der Stalinfraktion. In der Komintern beendete das X. Plenum der Exekutive, das vom 3. bis 19. Juli 1929 tagte, die letzten Reste eines demokratischen Diskurses. Die platte Attitüde vom revolutionären Aufschwung, die Beschwörung der imperialistischen Kriegsgefahr, der Bedrohung der Sowjetunion beherrschten den Grundton.

Die Verdrängung der „Rechten“ und „Versöhner“ aus den Sektionen vom Polarkreis im Norden bis nach Südamerika führte zu einer verheerenden Gleichschaltung. An die Stelle nüchterner Analyse trat die Beschwörung des Heranreifens der revolutionären Krise, deren Tempo lediglich von den Sozialfaschisten, insbesondere von ihrer schlimmsten Spielart, den linken sozialfaschistischen Führern behindert wurde.

Gleichzeitig forcierte die KPD im Verlaufe des Jahres 1929 ihre Auseinandersetzung mit der NSDAP. Auf seiner Tagung vom 24. und 25. Oktober beriet das Zentralkomitee im Zusammenhang mit der durch den Young-Plan ausgelösten, chauvinistischen und nationalistischen Kampagne über die Einschätzung des Nazifaschismus. Die Resolution bezugte jedoch das Dilemma, in das sich die Partei durch ihre Fixierung auf das weltrevolutionäre Dogma und den „Hauptfeind“ Sozialdemokratie manövriert hatte.

Die Forderung Ernst Thälmanns, „den revolutionären Kampf gegen den Faschismus weit mehr in den Vordergrund zu stellen“⁹, musste Makulatur bleiben, wenn die Resolution gleichzeitig feststellte: „Die Kommunistische Partei steht beiden Lagern der bürgerlichen Reaktion mit gleicher unerbittlicher Todfeindschaft gegenüber. Sie ficht den unerbittlichen Kampf sowohl gegen den faschistischen Rechtsblock wie gegen den sozialfaschistischen Koalitionsblock.“¹⁰

Immer wieder wurde der radikale Antifaschismus der KPD durch den inflationären und fehlgeleiteten Faschismusvorwurf gegen nahezu alle politischen Gegner und Konkurrenten geschwächt und entwertet. Hermann Weber dokumentiert in seiner umfänglichen Edition der Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929 bis 1933 die Entwicklung des strategischen Konzeptes und die taktischen Varianten. Er beschreibt zutreffend die zahlreichen „taktischen Wendungen“ innerhalb dieser Politik „als Reaktionen sowohl auf eine veränderte Taktik der Komintern, als auch auf die veränderte Lage in Deutschland oder innerhalb der KPD“.¹¹ In ihrem Kern variierten diese Wendungen aus taktischem Kalkül die Schärfe der Angriffe auf SPD und NSDAP.

Da sich die Alternative für die KPD in der Endphase der Weimarer Republik auf die Entscheidungsfrage „Faschistische Diktatur oder Sowjetmacht“ reduzierte, verblieb ihr Antifaschismus in einer Axiomatik, in der er nur ein Vielfrontenkampf mit wechselnder Schwerpunktsetzung sein konnte. Die SPD als Gesamtpartei verblieb stets auf der Seite der Gegner. Ein Defensivbündnis gegen die NSDAP war nach dieser Strategie chancenlos.

Wie Mallmann in seiner wichtigen Monographie „Kommunisten in der Weimarer Repu-

9 Ernst Thälmann: Unser Kampf gegen den Young-Plan, in: Die Rote Fahne, Berlin, 27. Oktober 1929.

10 Resolution der Tagung des ZK der KPD am 24. und 25. Oktober 1929 über den Kampf gegen den Young-Plan, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VIII, Berlin 1975, S. 908.

11 Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929 bis 1933. Einzel. und bearbeitet von Hermann Weber unter Mitwirkung von Johann Wachtler, Düsseldorf 1981, S. XVI.

blik“¹² zutreffend beschreibt, reduzierte sich jedoch der Antifaschismus der KPD nicht auf die Umsetzung der „Generallinie“ des Zentralkomitees und der Exekutive der Komintern. Die Verankerung der Mitglieder der KPD in den Strukturen ihres Milieus, die gemeinsamen Wurzeln der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, ein daraus abgeleitetes Grundverständnis der Frontstellungen und des Feindbildes von der „Reaktion“ sperrte sich gegen die „Generallinie“ und speiste den häufig theoretisch unreflektierten Drang der Basis nach gemeinsamer Aktion gegen den zunehmend als „Hauptfeind“ begriffenen Nazifaschismus.

Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise Ende 1929/Anfang 1930, mit dem der Aufschwung der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre abrupt beendet wurde, schien den Krisentheoretikern der Komintern Recht zu geben. In der Tat entwickelte sich – ausgelöst durch den New Yorker „Börsenkrach“ – ein Szenario, das zum Sturz der Weltwirtschaft in die längste und verheerendste Wirtschaftskrise in der Geschichte des Kapitalismus führte.

Die katastrophalen Folgen für die soziale Lage der Bevölkerung und den wirtschaftlichen Zustand der Staaten wirkten tief in Politik und Ideologie aller politischen Kräfte hinein. Es kann nicht verwundern, daß die Partei, die ihre Existenz auf die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus gegründet hatte, den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise als glänzende Bestätigung ihrer Prognose begriff.

Das rasch zunehmende Tempo der krisenhaften Entwicklung und ihre Tiefe ließ je länger desto mehr das Konstrukt der Dialektik von konjunkturellem Krisenzyklus und allgemeiner Krise, das für die Erklärung der „relativen Stabilisierung“ des Kapitalismus notwendig war, als entbehrlich erscheinen. Die konjunkturelle Krise wurde als Beginn der irreversiblen Endkrise des Kapitalismus begriffen.

Faschismus und Sozialfaschismus waren in dieser Sicht das letzte Aufgebot des Kapitalismus, seinen Sturz abzuwenden. Die beschleunigte Industrialisierung der Sowjetunion, die Schaffung einer starken metallurgischen Basis als Grundlage für die Modernisierung von Industrie, Landwirtschaft und Verkehrswesen, insbesondere für eine leistungsfähige Verteidigungsindustrie, erschienen bei Ausblendung des ruinösen Preises für diese Politik des „großen Sprungs“ als überzeugende Alternative.

Die verheerende Niederlage der Arbeiterbewegung und aller demokratischen Kräfte, die die Machtergreifung des Hitlerfaschismus darstellte, wurde aus dieser Sicht zunächst nicht als solche begriffen. Es war ein arger Weg der Erkenntnis, der die deutschen Kommunisten zu der Einsicht führte, daß der Sieg der Faschisten nicht zu einer raschen Radikalisierung der Massen führte, die den Weg für die kommunistische Machtergreifung bahnte. Die Herausbildung der Volksfrontpolitik war ein widerspruchsvoller Weg, der in sich ambivalent blieb. Zudem scheiterte diese Politik Ende der dreißiger Jahre an ihren inneren Widersprüchen.

Die Parteigesichtsschreibung der SED versuchte in ihren offiziellen Verlautbarungen bis zu ihrem Ende, die tatsächlichen Gründe für das Scheitern der Volksfrontpolitik mit einem dichten Gespinnst von Geschichtslegenden zu verschleiern. Dabei war die Bewertung der Politik des VII. Weltkongresses der Komintern und der „Brüsseler“ Partei-

12 Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1995.

konferenz der KPD der zentrale Punkt. Das Deutungsmonopol über diese beiden Ereignisse hatte für die Geschichtspolitik der SED einen hohen Rang. Standen sie doch im poststalinistischen Geschichtsbild für die Fähigkeit von KPD und Komintern zur selbstkritischen Erneuerung und schöpferischen Theorieentwicklung. Insofern kam ihr gleichsam eine Scharnierfunktion zu. Die entscheidende Schwäche beider Konferenzen, eine gravierende Kurskorrektur ohne definitiven Bruch mit zurückliegenden Fehlentwicklungen zu versuchen, machten sie in ihrer gestutzten Überlieferung zum idealen Instrument einer Denkfigur, die bis zur späten Honecker-Ära Ausdruck der Denkblockade eines erstarrten Systems wurde: Kontinuität und Erneuerung. Das Pendant zu Kontinuität-Diskontinuität war suspekt. Noch 1990 stand „Brüssel“ im Band 2 der Geschichte der SED für die Fähigkeit der KPD, „den Marxismus-Leninismus schöpferisch auf die veränderten Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland anzuwenden und dem deutschen Volk den Weg zu Frieden, Demokratie und Sozialismus zu weisen“.¹³

Das erst seit 1997 vollständig vorliegende Protokoll der „Brüsseler“ Konferenz¹⁴ ermöglicht es nunmehr nachzuvollziehen, ob und inwieweit das Jahr 1935 tatsächlich eine Wende in der Politik der KPD erbrachte. Die Herausgeber bemerken in ihrer informativen und kenntnisreichen Einleitung zu Recht: den Teilnehmern an der Konferenz *schien* es in der durch den VII. Weltkongreß geschaffenen Atmosphäre möglich zu sein, als unumstößlich geltende Auffassungen und Denkmuster kritisch zu hinterfragen. Diese Hoffungen trogen. Nur für einen kurzen historischen Zeitraum gerieten die Erfordernisse und Zwänge des antifaschistischen Kampfes in Europa, die die Korrektur der irrwitzigen Sozialfaschismusthese und eine flexiblere Haltung zur parlamentarischen Demokratie erforderten, in eine vage und instabile Kongruenz mit Stalins außenpolitischen Intentionen. So fragil diese Konstellation auch war, sie existierte, wirkte fort und intendierte in historischer Phasenverschiebung bemerkenswerte Politikansätze. Die Konzepte von 1935 bewirkten aber eben keine Wende in der Politik von Komintern und KPD. Sie gerieten bei Veränderung der politischen Großwetterlage in den Strudel Stalinschen Machtkalküls, für das die Komintern zunehmend zum Störfaktor wurde. Aber auch die KPD selbst war in ihren verfestigten Parteistrukturen ohne grundlegende Erneuerung an Haupt und Gliedern nicht mehr zu einer dauerhaften Wende in der Lage. Schon bald wurde sie Opfer wie Mittäter im großen Terror des Stalin-Apparates gegen Kommunisten und drehte angesichts des Verrates Stalins am Antifaschismus Ende der dreißiger Jahre groteske Pirouetten. Gleichzeitig wirkten Orientierungen des Weltkongresses und von „Brüssel“ im antifaschistischen Widerstand noch nach, als ihre Initiatoren sie schon wieder preisgegeben hatten. 1935 ist insofern eher eine verlorene Wende. Der Phantom-schmerz des Verlustes wirkte und wirkt in der Linken bis in die Gegenwart.

Der kommunistische Antifaschismus verblieb in dieser Ambivalenz. Peter Weiss hat das in seiner „Ästhetik des Widerstands“ beschrieben. Konsequenter Antifaschismus und Stalinismus schlossen sich letztlich aus. Der deutsche Kommunismus und viele der aufrechten kommunistischen Antifaschisten zerbrachen an diesem Widerspruch.

13 Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 2, Berlin 1990, S. 724 (Druckvorlage).

14 Protokoll der „Brüsseler“ Parteikonferenz der KPD 1935. Reden, Diskussionen und Beschlüsse, Moskau vom 3.-15. Oktober 1935. Hrsg. v. Erwin Lewin/Elke Reuter/Stefan Weber, 2 Bde., München 1997.

ANDRÉ HAHN

Zum Umgang mit Rechtsextremen in den Parlamenten

Nach den Landtagswahlen von Sachsen-Anhalt im Frühjahr 1998 ging ein Aufschrei des Entsetzens durch die Bundesrepublik, als die Deutsche Volks-Union (DVU) ein zweistelliges Stimmenergebnis erreichte und damit erstmals eine rechtsextremistische Partei in ein ostdeutsches Landesparlament einzog. Vorgegangen war ein millionenschwerer, aus Bayern gelenkter Wahlkampf mit dumpfen, ausländerfeindlichen Parolen. Über die Ursachen des DVU-Erfolges wurde und wird bis heute heftig diskutiert, zumal charismatische Führungspersonen im Lande ja nicht einmal ansatzweise vorhanden waren.

Auch bei den Bundestagswahlen im Herbst 1998 kamen die rechten Parteien in mehreren Regionen zu überdurchschnittlichen Ergebnissen, und dies nicht zuletzt in Sachsen. So kamen DVU, Republikaner und NPD beispielsweise in einzelnen Orten im Landkreis Sächsische Schweiz zusammen auf 15-20% der Stimmen, und dies in Gemeinden, denen es wirtschaftlich sogar verhältnismäßig gut geht, wenn ich an den Kurort Rathen, an Bad Schandau oder auch an Sebnitz denke.

Angesichts dieser Resultate gab es die durchaus begründete Befürchtung, dass sich dieser Trend bei den in Sachsen anstehenden Wahlen im Jahre 1999 fortsetzen und die NPD womöglich auch hier den Einzug in den Landtag schaffen könnte. Die Landtagswahlen finden am 11. September statt, die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom Juni liegen jedoch inzwischen vor, und zum Glück hielten sich die Erfolge der rechtsextremen Parteien in Grenzen, wenngleich für Entwarnung natürlich kein Anlass besteht.

Im einzelnen stellen sich die Resultate wie folgt dar:

Die NPD gelangte mit einem Vertreter in den Kreistag Sächsische Schweiz und kam darüber hinaus in sieben Stadt- bzw. Gemeinderäte (Riesa, Meißen, Wurzen, Sebnitz, Trebsen, Hirschfelde und Königstein/2 Sitze). Die Republikaner sitzen nach der Wahl in drei Stadträten, und zwar in Chemnitz, Freital und Hainichen. In den Wahlen für die Ortschaftsräte erzielten beide Parteien keinen Sitz, denn sie waren sachsenweit nicht mit einem einzigen Bewerber angetreten. Im Nichtantreten in vielen Gemeinden liegt auch mit ein Grund dafür, dass sowohl die NPD mit 0,2% als auch die Republikaner mit 0,1% im Landesmaßstab eher blamabel abgeschnitten haben.

NPD und Republikaner errangen insgesamt „lediglich“ 12 kommunale Mandate, also deutlich weniger als allgemein angenommen.

Auch die rechtspopulistische DSU, die sicher nicht mit den beiden vorgenannten Parteien gleichgesetzt werden darf, verlor bei der 1999er Kommunalwahl im Vergleich zu 1994 mehr als zwei Drittel ihrer Mandate.

Die übergroße Mehrzahl der PDS-Abgeordneten in den kommunalen Vertretungskörperschaften braucht sich also glücklicherweise keine größeren Gedanken darüber zu machen, wie sie mit den Mandatsträgern rechtsextremistischer und neofaschistischer Gruppierungen im parlamentarischen Alltag umgehen sollen. Gleichwohl will ich mich hier mit dieser Frage beschäftigen, zumal sich die Situation im Gefolge der kommenden Wahlen hier und anderswo durchaus auch wieder deutlich verändern kann.

Ich sehe im Kern drei Varianten des parlamentarischen Umgangs mit rechten Abgeordneten: 1. Ignorieren; 2. Ausgrenzen; 3. Politische Auseinandersetzung.

Alle drei Varianten lassen sich nur bedingt miteinander verbinden. Die jeweils betroffenen Fraktionen der PDS müssten daher eine Grundsatzentscheidung zu ihrem Vorgehen treffen.

Alle drei Varianten haben Vor- und Nachteile, die ich im Folgenden darstellen möchte.

1. Ignorieren

Diese Form des Umgangs ist im Wahlkampf durchaus vertretbar und kann auch partiell erfolgreich sein, z. B. hinsichtlich einer konsequenten Weigerung, sich mit NPD-Kandidaten auf ein Podium bzw. in eine Talk-Show zu setzen oder auch, wenn man Publikumsfragen, die offensichtlich aus der rechtsextremistischen Ecke kommen, einfach mit Nichtachtung straft. Besonders im Osten Deutschland legen die Organisatoren von Wahlkampfveranstaltungen großen Wert auf eine Teilnahme der PDS und sind im Zweifel dann auch bereit, lieber die rechten Kandidaten auszuladen. Denen wird damit nicht nur eine Auftrittschance genommen, sondern auch die mediale Wahrnehmung enorm erschwert.

Im Parlament, vor allem in den kommunalen Vertretungskörperschaften, ist die Methode des Ignorierens aus verschiedenen Gründen nur schwer durchzuhalten, wie die bisherigen Erfahrungen zeigen. In Schleswig-Holstein oder Bremen beispielsweise setzte die DVU beständig Dutzende Anträge auf die Tagesordnung der Plenarsitzung. Die anderen Fraktionen vereinbarten, bei DVU-Anträgen aus Protest auf eigene Redebeiträge zu verzichten. Die DVU dominierte dadurch – zeitlich gesehen – zahlreiche Landtags-sitzungen, zumindest so lange, bis die etablierten Parteien dann wenigstens einen Redner ans Pult schickten. Bei Fernseh- oder Rundfunk-Live-Übertragungen, wie es sie auch in Sachsen gibt, wäre diese Form des Umgangs also wohl eher ein untaugliches Instrument.

Darüber hinaus lässt auch manchmal die politische Kräftekonstellation ein Ignorieren der Rechtsparteien nicht zu. In Baden-Württemberg waren die Republikaner in der Zeit der großen Koalition von CDU und SPD drittstärkste Kraft im Landtag und stellten mit dem jetzigen Bundesvorsitzenden Schlierer dadurch den Oppositionsführer, der laut Geschäftsordnung mit bestimmten Rechten ausgestattet ist und z. B. auf Regierungserklä-

rungen als erster Redner erwidern darf. Außerdem stehen der stärksten Oppositionsfraktion traditionell bestimmte Ämter zu, z. B. der Vorsitz im Haushalts- und Finanzausschuss oder auch ein Vizepräsident des Parlaments. Auch hier ist ein Ignorieren kaum praktikabel.

Auch im kommunalen Bereich können wie im sächsischen Freital Konstellationen entstehen, in denen ein Republikaner bei nahezu allen Entscheidungen zum Zünglein an der Waage wird, wenn CDU und Freie Wähler im Stadtrat genauso viele Sitze haben wie SPD und PDS. Hier muss man in jeder Sitzung mit diesem Faktum praktisch umgehen; hier nutzt Ignorieren also überhaupt nichts.

2. Ausgrenzung rechter Abgeordneter

Diesbezüglich gibt es eine Fülle von parlamentarischen Möglichkeiten, insbesondere über Sonderregelungen oder Korrekturen der geltenden Hauptsatzungen bzw. Geschäftsordnungen. Ich will nur einige der zum Teil auch bereits praktizierten Beispiele nennen:

- a) Verringerung der Gesamtzahl der Sitze in Ausschüssen, Beiräten oder Aufsichtsgremien, damit rechte Fraktionen oder Gruppen keinen Platz erlangen;
- b) Verringerung der Gesamtzahl von Ausschüssen, damit die Rechten keinen Ausschussvorsitz erhalten;
- c) Heraufsetzen bestimmter Schwellen oder Quoten z. B. für die Fraktionsbildung (zuvor zwei, nach dem Einzug zweier rechter Abgeordneter Erhöhung auf drei, mit der Folge, dass eine Fraktionsbildung nicht möglich ist und die parlamentarischen Rechte erheblich eingeschränkt sind);
- d) bei Einzelabgeordneten von REP, NPD oder DVU:

Die Einreichung von Anträgen wird von der Vorlage von drei oder fünf Unterschriften abhängig gemacht, so dass de facto für die Betroffenen keine Antragstellung möglich ist, oder die Beschneidung von Rederechten fraktionsloser Abgeordneter, z. B. über durch die Festsetzung einer Gesamtredezeit pro Plenarsitzung mit dem Ergebnis, dass die Rechten kaum zu Wort kommen;

e) die extremste Form: Die so genannte „Mehrheit der Demokraten“ lehnt im Wahlausschuss Einzelkandidaten oder ganze Listen rechter Parteien aus formalen Gründen (z. B. dem Fehlen oder der Ungültigkeit von Unterstützungsunterschriften) ab mit der Folge, dass ein Antreten bei Wahlen unmöglich wird.

Juristisch ist ein solches Vorgehen natürlich extrem angreifbar. Gerichte würden derartige Entscheidungen vermutlich relativ häufig kippen und die Rechtsextremisten könnten sich dann in der Märtyrerrolle gerieren. Abgesehen davon gibt es bereits verschiedene höchstrichterliche Urteile zu den Individualrechten einzelner Abgeordneter, die natürlich nicht einfach ignoriert werden dürfen.

Die zweite Form, also die Ausgrenzung, kann also zu erheblichen Beeinträchtigungen der parlamentarischen Spielräume und Möglichkeiten für rechte Parteien führen.

Dennoch ist sie aus meiner Sicht kaum ein probates Mittel, ganz abgesehen davon, dass die PDS selbst jahrelang von solchen Regelungen betroffen war, wenn ich zum

Beispiel an die Verweigerung des Fraktionsstatus im Bundestag und der Bezuschussung der parteinahen Stiftung oder die Wahl der Parlamentarischen Kontrollkommission zur Überprüfung des Verfassungsschutzes in Sachsen denke.

Ich meine: Wir können nicht glaubwürdig für eine Demokratisierung der Parlamente streiten und z. B. für die Abschaffung der 5-Prozent-Klausel eintreten und dann selbst die Rechte gewählter Abgeordneter beschneiden.

Bleibt also noch die dritte Variante.

3. Politische Auseinandersetzung

Dies bedeutet im Wesentlichen, trotz aller verständlichen Bauchschmerzen, dem Umstand Rechnung zu tragen, dass rechtsextreme Abgeordnete frei gewählt worden sind und damit auf Zeit auch einem Parlament angehören.

Dazu gehört

- harte inhaltliche Befassung und Auseinandersetzung mit Anträgen und Positionen rechter Abgeordneter, d. h. im Regelfall die offene Konfrontation suchen;
- Offenlegung der ideologischen Grundwerte und Positionen sowie der längerfristigen Politikziele der rechtsextremistischen Parteien;
- dass die PDS parlamentarischen Initiativen der Rechten grundsätzlich nicht zustimmt und es mit NPD-, REP- oder DVU-Abgeordneten keine gemeinsamen Anträge gibt, um jedwede Aufwertung zu vermeiden (eine Zustimmung der Rechten zu Anträgen der PDS ist durch uns nicht zu verhindern!);
- intensive Medienarbeit, um eine Wiederwahl rechter Mandatsträger möglichst zu verhindern.

Ich persönlich halte diesen dritten Weg, also die konsequente politische Auseinandersetzung für die unbedingt zu bevorzugende Variante, und ich werde es in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der PDS-Fraktion im Kreistag Sächsische Schweiz auch selbst so halten.

NORBERT MADLOCH

**Rechtsextremismus
in Deutschland
nach dem Ende
des Hitlerfaschismus**

Vorbemerkung

Trotz des noch immer anschwellenden Interesses der Öffentlichkeit und der Medien sowie einer nur noch schwer überschaubaren Literatur zum Rechtsextremismus sind nach wie vor viele Fragen besonders zum heutigen Rechtsextremismus nicht beantwortet. Die Diskussion zu dieser Problematik bewegt sich unvermindert zwischen den Meinungspolen einer zu vernachlässigenden Randerscheinung und einer sehr großen Gefahr. Dabei ist der Rechtsextremismus weder ein Rand- noch nur ein spezielles Jugendphänomen, sondern in allen Alters- und sozialen Schichten anzutreffen. Zudem reicht der Rechtsextremismus weit über die nationalen Grenzen hinaus und ist ein viele Länder betreffendes Problem, das eine verantwortungsvolle wissenschaftliche Analyse erfordert. Oft ist es jedoch der Fall, dass von Medien und Publizisten wenig sachlich begründete Meinungen geäußert werden. Das vorliegende Buch soll deshalb dazu beitragen, genaueres Wissen zu vermitteln und will einen Beitrag zur klärenden Debatte leisten.

Nach der Herstellung der deutschen Einheit 1990 gab es in Ost und West ein oft erschreckendes Anwachsen von Nationalismus, Rassismus und deutschtümelndem völkischen Denken. Wenn bei den deutschen Rechtsextremen 1990 und danach die meisten Träume nicht in Erfüllung gingen, sollten wir dennoch ihre Erfolge nicht unterschätzen. Erinnerung sei hier nur an den politischen Schock, den die fast 200 000 Stimmen (12,9%) für die rechtsextreme *Deutsche Volksunion* (DVU) am 26. April 1998 bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt im In- und Ausland auslösten. Allgemein ging danach ein Aufatmen durch den Blätterwald, als bei den Bundestagswahlen am 27. September 1998 entgegen der Voraussagen mancher Demoskopien eine Wiederholung des Zuwachses von Stimmen für die kandidierenden rechtsextremistischen Parteien nicht eintrat und keine dieser Parteien in den Bundestag oder einen weiteren Landtag einziehen konnte. Dennoch sollten wir uns das Ergebnis dieser Bundestagswahlen genauer ansehen. Mit über 1,6 Millionen Stimmen erreichten die in den Verfassungsschutzberichten genannten rechtsextremistischen Parteien *Deutsche Volksunion* (DVU), *Die Republikaner* (REP) und die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) ihr bestes Ergebnis bei Bundestagswahlen seit 1949. Rechnet man die ca. 595 000 Stimmen der in den Berichten des Verfassungsschutzes nicht genannten Rechtsaußenparteien wie die des *Bundes Freier Bürger* (BFB), der nationalistischen *Initiative Pro-DM* des millionenschweren Börsen-

spekulanten Bolko Hoffmann, der obskuren *Bürgerrechtsbewegung Solidarität* (BüSo) und solcher regionaler rechtsextremer Parteien wie von *Ab jetzt/Bündnis für Deutschland* und ähnlicher hinzu, gab es bei diesen Bundestagswahlen für die Parteien von Rechtsaußen ein Potential von 2,3 Millionen Wählern – mehr als je zuvor in der Geschichte der BRD.

Regional aufgegliedert stimmten für die in den Verfassungsschutzberichten angeführten rechtsextremen Parteien in den neuen Bundesländern 476 390 Wähler (5,1%), relativ mehr als in den alten Bundesländern. Unter Hinzurechnung der noch genannten rechtsradikalen Parteien kommt man in Ostdeutschland auf 708 432 Wähler (7,5%) an der äußersten rechten Flanke. In den neuen Bundesländern und überhaupt in der Bundesrepublik gab es die meisten Wähler rechtsextremistischer Parteien im Freistaat Sachsen. Hier stimmten 165 193 Bürger (5,7%) für die offen rechtsextremistischen Parteien. Zusammen mit den anderen genannten rechtsradikalen Vereinigungen bekamen hier die Rechtsaußen-Parteien 261 518 Stimmen (8,5%) – ein absolutes Spitzenergebnis in der Bundesrepublik.¹

Angesichts solcher Zahlen hat vielerorts ein tieferes Nachdenken über die Ursachen dieses Anwachsens des Rechtsextremismus seit 1990 eingesetzt. In den meisten Publikationen und Äußerungen von Politikern werden zwar Geist und Aktionen der Rechtsextremen in der Regel scharf verurteilt. Aber schon hinsichtlich der Begriffe², Bewertungen und Ursachen von Rechtsextremismus gehen die Meinungen nicht selten weit auseinander. Oftmals ist jedoch die Empörung über Gewalttaten von Rechtsextremisten schon nach Absolvierung eines Betroffenenrituals nach wenigen Tagen verflogen und das ganze Phänomen des Rechtsextremismus wird wie vorher wenigen Spezialisten überlassen. Es kommt aber auch nicht selten vor, dass die ganze Auseinandersetzung über den Rechtsextremismus mehr oder weniger parteipolitisch instrumentalisiert wird.

Überhaupt ist festzustellen, dass viele Urteile und Wertungen über den Rechtsextremismus in Medien und Publikationen oft ohne umfassende Recherche und Sachkenntnis getroffen werden – auch von machen Leuten, die sich gern als „Experten“ für den Rechtsextremismus betrachten. Das ist auch kaum verwunderlich, wenn man die Feststellung des ausgewiesenen Kölner Rechtsextremismus-Spezialisten Christoph Butterwege liest: „Die deutsche Rechtsextremismusforschung steht weder auf empirisch gesichertem Boden, noch verfügt sie über ein theoretisches Fundament, das tragfähig wäre.“ Es herrsche vielmehr ein „Theorienjahrmarkt“, wo jeder das ihm passende auswählen kann.³ Es gibt in der Bundesrepublik zwar einige auf die Untersuchung des Rechtsextremismus spezialisierte Wissenschaftler, aber an keiner Universität oder Hochschule einen besonderen Lehrstuhl für systematische, interdisziplinäre Analysen. Die Folge davon ist unter anderem, dass die meisten Publizisten nur einzelne Phänomene beschreiben, sich oftmals nur auf das Agieren von Neonazis und rechtsextremen Gewalttätern bzw. das Verhalten von Bürgern bei Wahlen beschränken und dabei nicht selten zu kuriosen Erklä-

1 Siehe Norbert Madloch: Rechtsextremismus und Parlamentswahlen 1998 in der BRD, in: Rundbrief 1/99 der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS, Berlin 1999, S. 3-15.

2 Zum Verständnis der von den Autoren verwandten Begriffe siehe Anhang, S. 252ff.

3 Christoph Butterwege: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996, S. 10f.

rungen der Ursachen und der notwendigen Strategien zur Zurückdrängung des rechten Extremismus gelangen.

Einer der größten Mängel der meisten Publikationen ist unserer Ansicht nach eine historisch zu kurzschlüssige Betrachtungsweise des heutigen Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland, die in der Regel nur bis 1945 bzw. 1933 zurückreichen. Aber dann stellt sich natürlich die Frage: Wie kam es zu 1933 bzw. 1945? Das Wesen des gegenwärtigen Rechtsextremismus ist nicht begreifbar ohne die Beachtung der Langzeitwirkungen von politischen Entscheidungen im 19. Jahrhundert. Die durch das Bündnis von konservativem Bürgertum und Adel verursachte Niederlage der deutschen Revolution von 1848/49 verschüttete für lange Zeit die Entwicklung eines republikanischen Denkens in Deutschland.

Dafür triumphierte in der politischen Kultur Deutschlands über Jahrzehnte hinweg ein obrigkeitsstaatliches Denken, das nach der Reichseinheit von 1871 durch einen extremen Nationalismus für den außenpolitischen Kampf um einen „Platz an der Sonne“ komplettiert wurde und in der Staatsdoktrin „am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ seinen Ausdruck fand.⁴ Das bis 1945 in jedes deutsche Klassenzimmer, in die Wohnstuben und den Alltag vieler Deutscher reichende völkisch-nationalistische Denken hat hier seine wesentlichen Ursprünge, was zum Teil bis heute nachwirkt. Überall erscholl damals der Ruf nach der „Geschlossenheit der Nation“ gegen alle ihre inneren und äußeren Feinde.

Gleichzeitig wurden seit langem bestehende Ressentiments gegenüber Fremden weiter geschürt und Pseudotheorien von einer Überlegenheit der weißen Rasse bzw. der von den Germanen abstammenden Deutschen über alle anderen Völker verbreitet. Bereits in jenen Jahren wurde zum Kampf gegen eine „Bastardisierung“ des deutschen Volkes aufgerufen und die Vermengung von „minderwertigen“ und „wertvollen“ Völkern als „Rassenschande“ entschieden abgelehnt. Größter Einpeitscher all dieser nationalistischen und rassistischen Thesen war vor 1918 vor allem der vom späteren Vorsitzenden des Krupp-Direktoriums Alfred Hugenberg und dem als Schlächter vieler Afrikaner bekannten Kolonisatoren Carl Peters 1891 gegründete *Alldeutsche Verband*. Hauptanliegen dieser extremen Nationalkonservativen war die „Erweckung eines alldeutschen Sendungsbewusstseins“ in allen Volksschichten und die aktive Unterstützung der deutschen Weltherrschaftsansprüche. Für die Verbreitung seiner Publikation und Ideen schuf sich der *Alldeutsche Verband* ein engmaschiges Netz, das von Universitätsprofessoren über Zeitungsschreiber und Lehrer bis zum letzten Dorfpfarrer reichte. Diese geschickt organisierte völkisch-nationalistische Indoktrination ging bis weit in die sozialdemokratisch orientierte Arbeiterbewegung hinein und ist eine Erklärung für den nationalistischen und rassistischen Kriegbegeisterungstaukel von 1914 in allen sozialen Schichten für den vom kaiserlichen Deutschland gewollten und provozierten Ersten Weltkrieg.

Eine weitere Quelle rassistischen Denkens in Deutschland ist eine qualitative Wandlung des früher vor allem christlich-religiös begründeten Antijudaismus in den rassis-

4 Siehe Reinhard Opitz: Faschismus und Neofaschismus, Bd. 1: Der Deutsche Faschismus bis 1945, Köln 1988; Reinhard Kühnl: Besonderheiten des deutschen Nationalismus, in: Christoph Butterwegge/ Horst Isola (Hrsg.): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bremen 1990, S. 36ff.

tisch definierten Antisemitismus. Die frühesten Ansätze dafür finden wir bereits bei den Ur-Burschenschaften, beim so genannten Turnvater Friedrich Ludwig Jahn und beim Dichter Ernst Moritz Arndt. In diesem Spektrum etablierten sich auch Pseudosozialisten, die einen vom internationalistischen Denken gereinigten und von fremdrassistischen Einflüssen befreiten nationalen Sozialismus propagierten. Größeren Einfluss erlangten solche Ideen allerdings erst mit der Nazi-Partei in den Jahren der Weimarer Republik.

Mit dem Scheitern aller Pläne zur Errichtung einer deutschen Weltherrschaft durch die eklatante militärische und politische Niederlage im Ersten Weltkrieg und dem Verjagen aller feudalen Potentaten aus ihren staatlichen Machtpositionen durch die deutsche Novemberrevolution von 1918 wurden zunächst alle politischen Karten neu gemischt. Dabei formierten sich in allen Landesteilen neue rechte und ultrarechte Vereinigungen, die von der Mitte der Gesellschaft bis zum rechten Rand reichten. All diese Organisationen, fast das gesamte kaiserliche Offizierskorps, Beamte aller Ebenen bewegte in dieser Zeit nur ein Gedanke, wie man durch einen neuen Waffengang Rache für die militärische Niederlage und den „schmachvollen“ Versailler Friedensvertrag von 1919 nehmen könne. In diesem Trubel gründete sich am 5. Januar 1919 in München die *Deutsche Arbeiter-Partei* (DAP), der auf Empfehlung seines Führungsoffiziers, Hauptmann Karl Mayr, im Herbst 1919 der V-Mann der Reichswehr Adolf Hitler beitrug und aus der über einige Zwischenetappen die faschistische NSDAP wurde. Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, völkisches Denken wurden in der Weimarer Republik aber nicht nur von der Hitler-Partei verbreitet. In diesem Sinne betätigten sich eine Vielzahl von Vereinen, Organisationen und Institutionen vom Stahlhelm über kulturelle orientierte Vereinigungen bis hin zu berufsständischen Zusammenschlüssen. Leider gibt es bis jetzt keine zusammenfassende Monographie des Wirkens der vielfältigen rechtsextremistischen Verbände und ihrer Aktivitäten zur Zerstörung der ersten deutschen Demokratie.

In den Jahren nach 1933 unterstützte die Mehrheit aller Deutschen, von der Arbeiterschaft über die Kirchen und Unternehmer bis zur Offizierskaste meist ohne Zwang die extremste Variante des internationalen Faschismus, die Hitler-Diktatur. Der antifaschistische Widerstand blieb auf eine heroische Minderheit beschränkt und aus den Reihen der Hitler-Wehrmacht regte sich erst dann ein beachtenswerter Widerstand, als die deutsche militärische Niederlage im Zweiten Weltkrieg bereits absehbar war. Dass dieses verbrecherische Regime mit seiner perversen antihumanistischen Geisteshaltung faktisch bis fünf Minuten nach 12 existieren konnte, war nicht zuletzt der aktiven und passiven Unterstützung von Millionen „einfacher“ Deutscher geschuldet. Und das ist bis heute in vielen deutschen Familien, Orten und Städten in West und Ost nicht aufgearbeitet.

Das faschistische Hitler-Regime endete 1945 in einer Niederlage, die das Desaster von 1918 bei weitem übertraf. Aus tiefster Überzeugung schworen sich damals sehr viele Deutsche: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus! Aber Wille und Wirklichkeit befinden sich oft nicht in Übereinklang. Schon bald waren die wirtschaftlichen, politischen und geistigen Träger der Hitler-Diktatur in der alten BRD wieder in Amt und Würden. Auch in der DDR bekleideten nicht wenige ehemalige Anhänger des Hitler-Regimes wichtige Funktionen. Dazu mehr im nachfolgenden Kapitel.

In diesem Zusammenhang einige Anmerkungen zur vorliegenden Literatur über den heutigen deutschen Rechtsextremismus. Vielfach sind hier vorschnelle Urteile ohne ge-

naue Quellenbelege anzutreffen. Man kann sich hierbei nicht des Eindrucks erwehren, dass solche Publikationen „mehr durch politische Interessen, denn durch sachliche Ursachenanalyse motiviert sind“.⁵ Nicht wenige Autoren, auch aus den neuen Bundesländern, machen bei ihren Untersuchungen einen geistigen Kotau vor dem konservativen Zeitgeist. Um die Strategie einer gnadenlosen Delegitimierung der DDR zu unterstützen, verbreiten sie Halbwahrheiten, nur im Hörensagen erwähnte Ereignisse und praktizieren erneut einen voreiligen Gehorsam. Dabei beruft man sich nicht selten auf die Totalitarismus-Theorie einer faktischen Synonymität von Nazi-Regime und DDR. Der bekannte westdeutsche Historiker Hans Mommsen kommentierte deshalb „die immer beliebter werdende Gleichsetzung von SED-Regime und NS-Herrschaft“ als eine Methode zur Verharmlosung der Hitler- Diktatur, „deren apologetische Züge auf der Hand liegen“.⁶ Weiterhin ist bei fast allen Veröffentlichungen zum heutigen Rechtsextremismus auffallend, dass sozialpädagogische Wertungen überwiegen und dass Deutungsmuster dominieren, „die politökonomische Machtstrukturen und ideologische Herrschaftsmechanismen ausblenden“.⁷

Letztlich sei hier noch auf eine Stellungnahme von Wolfram Kempe verwiesen, einem ehemaligen DDR-Oppositionellen, der zu dem in manchen Medien verwandten Begriff der „Braunzone“ für die neuen Bundesländer schrieb: „Durch diesen Kunstgriff kann die westdeutsche Journaille wieder getrost von einer ‚Zone‘ reden und schreiben, wenn sie die Gegend jenseits der alten, innerdeutschen Grenze meint.“ Das sei ein „Totschlagargument: Alle, die aus der ehemaligen DDR kommen oder dort leben, werden unter Generalverdacht genommen, Nazis zu sein – mindestens im Grund ihres Herzens ... Solange neofaschistische Übergriffe nur Ausländer oder Linke trafen, waren es lediglich neofaschistische Übergriffe – wenn überhaupt: gerade konservative Kommentatoren und Beobachter sahen häufig genug nur ‚normale‘ Rangeleien der Dorfjugend ... Berechtigtes Erschrecken und berechnete Abscheu werden auf die fünf neuen Bundesländer fokussiert und damit abgelenkt vom alltäglichen Neofaschismus, der überall in der Bundesrepublik gleichermaßen auftritt.“⁸

In den nachfolgenden Darlegungen zum Rechtsextremismus ist der Autor bestrebt, die oben vorgetragene Kritik zu beherzigen und ihre Analysen mit abgesicherten Quellen zu belegen. Er betrachtet die hier vorgetragenen Überlegungen als einen Diskussionsbeitrag, um das Phänomen des heutigen Rechtsextremismus besser zu verstehen und vielfältige Gegenkräfte zu mobilisieren.

5 blick nach rechts, Bonn, Nr. 3, 1.2.1994, S. 5.

6 die tageszeitung, Berlin, 8.4.1993.

7 Christoph Butterwegge: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, a.a.O., S. 10.

8 Wolfram Kempe: Braunzone! – Braunzone?, in: telegraph – ostdeutsche quartalschrift, Berlin 1998, Nr. 3/4, S. 6.

Rechtsextremistische Tendenzen und Entwicklungen in der DDR, speziell in Sachsen, bis Oktober 1990

In Diskussionen und Publikationen zum heutigen Rechtsextremismus in der Bundesrepublik zeigt sich nicht selten, dass die konkreten Kenntnisse über die extremen Rechten, ihre Ideologie, Politik und Organisation oftmals recht oberflächlich sind. Häufig werden daher die vom Rechtsextremismus ausgehenden Gefahren für die bundesrepublikanische Gesellschaft unterschätzt, aber immer wieder auch von Parteien, Kirchenvertretern und staatlichen Institutionen bagatellisiert und ignoriert. Manche Autoren und Diskutanten sehen die ganze Problematik der Ursachen und des Wirkens von Rechtsextremismus nur monokausal, reduziert auf sozialpsychologische Faktoren und rücken dabei die gegenwärtigen politischen, sozialökonomischen und geistigen Ursachen und Rahmenbedingungen weit in den Hintergrund. Häufig ist das mit der Absicht verbunden, den Kampf gegen den rechten Extremismus mit einer weiteren Delegitimierung der DDR zu verbinden. Als Beitrag zur Versachlichung der Debatte soll im ersten Abschnitt dieses Kapitel auf die bislang bekannten und belegbaren Erscheinungen und Ursachen des Rechtsextremismus in der DDR eingegangen werden.

Bisher gibt es keine umfassende und auf nachprüfbaren Quellen beruhende globale Darstellung über rechtsextremistische Erscheinungen in der DDR und darüber, welchen Anteil diese Entwicklung auf die Entfaltung des rechten Extremismus in den neuen Bundesländern hatte und hat.¹ Unzweifelhaft steht heute fest, dass der Rechtsextremismus, besonders der Neonazismus, in der DDR nie ganz ausgerottet, aber entgegen mancher Spekulationen auch keine Massenerscheinung war. Während sich bis zum Bau der Berliner Mauer 1961 rechtsextrem gesinnte Kräfte Ostdeutschlands ohne viel Mühe über Berlin in die Bundesrepublik absetzen konnten, mehrten sich danach Strafprozesse gegen neonazistische Akteure. Das reicht von der 1968 erfolgten Verurteilung des Neonazis und Kinderschänders Arnulf-Winfried Priem bis zu dem einstigen evangelischen Vikar Mario Meurer, der 1988 wegen solcher Aktivitäten in der DDR verurteilt wurde. Bis

1 Einen ersten Versuch, sich dieser Problematik zu stellen, unternahm der Autor in dem Projekt „Rechtsextremismus und Neonazismus unter Jugendlichen Ostberlins. Beiträge zur Analyse und Vorschläge zu Gegenmaßnahmen“, Berlin 1991 – die Druckfassung siehe Norbert Madloch: Zur Entwicklung des Rechtsextremismus in der DDR und in Ostdeutschland von den siebziger Jahren bis Ende 1990, in: Robert Harnischmacher (Hrsg.): Angriff von Rechts, Rostock/Bornheim-Roisdorf 1993, S. 52-72.

zur Stunde sind ohne die verurteilten rechtsextrem gesinnten Skinheads in der zweiten Hälfte der 80er Jahre etwa zehn derartige Prozesse bekannt, weil die Abgestraften recht bald von der Bonner Regierung freigekauft wurden. Mit Recht stellt daher der Autor des Inside-Reports „Heute gehört uns die Straße“, Michael Schmidt, die bislang unbeantwortete Frage, „warum die Bundesregierung aktive Neonazis mit Summen zwischen 50 000 und 90 000 Mark freikaufte? Und das geduldet wurde, dass diese ihre rechtsextremen Aktivitäten im Westen nahtlos fortsetzen und später im Osten ausbauen konnten.“²

In der DDR war diese Problematik ein Tabu-Thema. Gemäß der antifaschistischen Staatsdoktrin wurden nach der Palmström-Logik, weil nicht sein kann, was nicht sein darf, solche rechtsextremistischen Tendenzen in der DDR-Öffentlichkeit nicht diskutiert. Eine partielle Veränderung gab es erst ab Mitte der 80er Jahre, als in der DDR eine gesamtgesellschaftliche Krise einsetzte und sich ein Teil von Jugendlichen ganz offen neonazistischen Ideen zuwandte. Erste wissenschaftliche Untersuchungen dieses Phänomens begannen – mit und ohne Segen von oben – an der Humboldt-Universität zu Berlin, im Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig und an der Berliner Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, deren Ergebnisse aber von den entscheidenden Instanzen der DDR mit Misstrauen betrachtet wurden. Erst im November 1989 konnten Experten des Innenministeriums der DDR die auf Forschungen der Humboldt-Universität beruhende Studie „Erkenntnisse der Kriminalpolizei zu neofaschistischen Aktivitäten in der DDR“ der Öffentlichkeit unterbreiten.³

Dass neue Probleme herangereift waren, die neue Fragen aufwarfen und eine Überprüfung bisheriger Axiome erforderten, löste bereits ab Mitte der 80er Jahre unter den Historikern der DDR breitere Debatten über Inhalt und Methoden des Antifaschismus aus, die dann auf dem DDR-Historiker-Kongress im Januar 1989 vor einem breiteren Publikum geführt wurden. Leider wurden die geäußerten kritischen Gedanken von den Verantwortlichen in der SED-Führung und im Komitee antifaschistischer Widerstandskämpfer kaum zur Kenntnis genommen.

Nach der Wende in der DDR erfolgte eine wahre Flut von Veröffentlichungen über den Rechtsextremismus in Ostdeutschland⁴, die aber zumeist recht einseitig mit heißer Feder geschrieben wurden. Solche Publikationen beruhten in der Regel nicht auf fundierten Recherchen, sondern auf oftmals sehr fraglichen westlichen Zeitungsmeldungen, auf Vermutungen und Spekulationen. Treffend hat dazu Daniela Dahn geurteilt: „Die heute dominierende Geschichtsschreibung über die DDR wiederum ist voll von Verzerrungen, Verkürzungen und Verleumdungen ... Zuerst regt man sich noch auf, dann schüttelt

2 Michael Schmidt: Heute gehört uns die Straße ... Der Inside-Report aus der Neonazi-Szene. Einleitung von Ralph Giordano, Düsseldorf/Wien/New York/Moskau 1993, S. 195.

3 Siehe Anhang, S. 273ff.

Auf diesen Forschungen beruhen auch die meisten Erkenntnisse des oppositionellen DDR-Publizisten und Filmemachers Konrad Weiß, die dieser 1989/90 zum Rechtsextremismus in der DDR veröffentlichte. In einem Interview mit der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“ vom 15.2.1990 erklärte Weiß, dass seine Artikel auf Materialien beruhten, „die mir aus dem Innenministerium zugespielt worden waren“.

4 Siehe Norbert Madloch: Rechtsextremismus in der DDR und in den neuen Bundesländern. Auswahl-Bibliographie: Bücher – Studien – Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, Berlin 1996.

man nur noch den Kopf, schließlich langweilt es einen, und man sagt: Lass sie, sie reden über ein Land, in dem ich nicht gelebt habe.“⁵

Am umfangreichsten sind hinsichtlich des Rechtsextremismus in der DDR Entwicklungen im Jugendbereich und das Leben der ausländischen Vertragsarbeiter untersucht. Soweit man zuverlässige Quellen aufarbeitete, sind hier neue Fakten und Erkenntnisse zutage gefördert worden. Das trifft jedoch nur selten auf jene Autoren zu, die den Geschichtsverlauf nach eigenem ideologische Gutdünken uminterpretieren. Die bisher veröffentlichten Forschungen zum Rechtsextremismus in der DDR bieten nur ein fragmentarisches Bild. Wesentliche Seiten des politischen Lebens in der DDR wurden in dieser Beziehung kaum untersucht. Das trifft besonders auf rechtsextremistische Vorkommnisse in den bewaffneten Organen der DDR, auf das Verhältnis der DDR-Parteien zum Rechtsextremismus, insbesondere in der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NDPD), und auf die geistig-kulturelle Sphäre zu.

Generell ist über die meisten Publikationen zum DDR-Rechtsextremismus zu sagen, dass hier in der Regel eine Instrumentalisierung der Geschichte im Sinn des konservativen Mainstreams und der Totalitarismus-Theorie erfolgt. Gleiche schablonenhafte Schlagworte ohne substanziellen Inhalt werden dauernd wiederholt. Da werden die von den Nazis usurpierten Ideen und Methoden der politischen Massenarbeit von Organisationen der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik⁶, die in der DDR wieder in ihrem ursprünglichen Sinnen aufgegriffen wurden, verfälschend als eine Nachahmung von Nazi-Methoden dargestellt. Nicht selten wird hinsichtlich des Rechtsextremismus in Ostdeutschland mit spekulativen Zahlen operiert, aus Einzelbeispielen wird eine Massenerscheinung gemacht und so der Eindruck einer „braunen DDR“ erweckt. In der Analogie kann man hier nur den Gedanken von Peter Ensikat im Dezember 1998 bei einer Lesung aus seinem Buch „Hat es die DDR überhaupt gegeben?“ zustimmen, der erklärte: „Die neue deutsche Gretchenfrage lautet: Glaubst du, dass es eine DDR gegeben hat? Der Streit um die einzig richtige Antwort droht das deutsche Volk wieder einmal in mindestens zwei feindliche Lager zu spalten. Auf der einen Seite stehen die, die dabei waren, sich aber nicht mehr genau erinnern können, auf der anderen Seite die, die zwar nicht dabei waren, aber alles um so genauer wissen.“⁷

Wie unvollkommen die bisherigen Abhandlungen über den Rechtsextremismus sind, zeigt sich nicht zuletzt darin, dass – bis auf einige Publikationen von autonomen Antifa-Gruppen – kaum zusammenfassende Analysen über die Entwicklung des Rechtsextremismus im „wildem Jahr 1990“ vorliegen, wo sich die Rechtsextremisten aller Schattierungen fast ungehindert in Ostdeutschland ausbreiten konnten.

5 Daniela Dahn: Westwärts und nicht vergessen. Vom Unbehagen in der Einheit, Berlin 1996, S. 65.

6 Siehe Joachim C. Fest: Hitler. Eine Biographie, Frankfurt/M. 1973, S. 187ff.

7 Berliner Zeitung, Berlin, 14.12.1998.

Rechtsextremismus in Ostdeutschland von 1945 bis Ende der 70er Jahre

Über die Entwicklung des Rechtsextremismus in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. in der DDR vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis Ende der 70er Jahre liegen keine umfassenden Forschungen vor. Das vorhandene Bild ist daher sehr fragmentarisch. Unbestritten ist, dass die 40er Jahre in der SBZ von einer rigorosen Abrechnung mit dem deutschen Faschismus und seinen Verbrechen gekennzeichnet waren. Durch die Bodenreform und die Enteignung aller Nazi- und Kriegsverbrecher sowie die Entlassung aller Naziaktivisten aus Schulen, Justiz und staatlichen Verwaltungen sollten ein für allemal die Wurzeln für Faschismus und Krieg ausgerottet werden. Viele so als belastet eingestuft Personen wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht inhaftiert, andere wechselten ihren Wohnsitz in die westlichen Besatzungszonen. Nicht wenige der in der sowjetischen Besatzungszonen verbliebenen Nazi-Funktionäre und Offiziere der Hitler-Wehrmacht wurden für den Uran-Bergbau der Wismut AG bzw. für Schwerpunktbetriebe der Chemie und des Transportwesens dienstverpflichtet. Manche dieser belasteten Personen wechselte in dieser Zeit ihre „Identität“, um nicht mehr als Mitträger des NS-Regimes erkannt zu werden. Schon in diesen Jahren hängten manche Leute anpasserisch ihr Mäntelchen in den Wind und wurden Mitglieder der neu zugelassenen Parteien, der *Christlich-Demokratischen Union* (CDU), der *Liberaldemokratischen Partei Deutschlands* (LDPD), aber auch der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) sowie der neuen Massenorganisationen wie *Freie Deutsche Jugend* (FDJ), *Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands* (KB) und anderen.

In geistiger Hinsicht waren diese 40er Jahre von intensiven Auseinandersetzungen mit dem deutschen Faschismus, Nationalismus, Militarismus, Rassismus und Antisemitismus, des weiteren mit falschen Weichenstellungen in der deutschen Geschichte, besonders in der Weimarer Republik geprägt. Typisch dafür waren zum Beispiel die Diskussionen über das Buch von Alexander Abusch „Der Irrweg einer Nation“ oder solche DEFA-Filme wie „Die Mörder sind unter uns“, „Ehe im Schatten“, „Professor Mamlock“ und andere.

In vielen Familien fehlte es jedoch an einer selbstkritischen Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit. Die laufenden Entnazifizierungsverfahren wurden zumeist als ein von der Besatzungsmacht angeordnetes Übel betrachtet. Zwar war die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nach dem Überleben von Faschismus und Weltkrieg der Meinung „Nie Wieder!“, aber die Schuld für die Schrecken der vergangenen Zeit wurden nicht im eigenen Tun und Denken gesucht, sondern in der Regel bei anderen, vor allem bei „denen da oben“.

Ohne Zweifel gab es in diesen Jahren hauptsächlich durch das politische Engagement aller antifaschistischen Widerstandskämpfer vor allem unter jungen Menschen eine ernsthafte Hinwendung zum Antifaschismus. Nie wieder sollte es Faschismus und Krieg geben. Aber alle diese Wandlungsprozesse in der Bevölkerung und der gesellschaftlichen Strukturen wurden von den damals in der SBZ und danach in der neu gegründeten DDR Regierenden überschätzt. So kam es schließlich im Juli 1950 auf dem III. Parteitag der SED zu der keinen Widerspruch duldenden Feststellung: In der DDR sind „die Wurzeln des Faschismus ausgerottet worden“.⁸

8 Dokumente der SED, Bd. III, Berlin 1952, S. 97.

In den seit 1945 vergangenen Jahren hatte sich auch international viel verändert. Die Antihitler-Koalition war zerbrochen und zunehmend bestimmte der Kalte Krieg die internationale wie nationale Politik. In beiden deutschen Staaten wurde die Entnazifizierung beendet und in Westdeutschland unter Berufung des Artikels 131 im Grundgesetz die Funktionsträger des Nazi-Regimes im Dezember 1950 weitgehend amnestiert und wieder in ihre früheren Funktionen eingesetzt. In der DDR dagegen begann im Rahmen der 1949 ins Leben gerufenen *Nationalen Front des demokratischen Deutschlands* zur Legitimierung der DDR und für die Auseinandersetzung mit der herrschenden Politik in der BRD eine Sammlung der unterschiedlichsten politischen Kräfte bis hin zum ehemaligen Wehrmachtsoffizier und Mitglied der Nazi-Partei. Dem Ziel einer Integration von einstigen Offizieren und in der Nazizeit politisch engagierten Mittelschichten diente auch die im Mai 1948 konstituierte *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NDPD). In diesem Prozess der Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses in der DDR gelangten auch wieder vorherige Mitglieder der NSDAP in staatliche und gesellschaftliche Funktionen. Die von bundesdeutschen Autoren und Institutionen in Entgegnung auf die Braun- bzw. Graubücher der DDR⁹ nach mehreren Anläufen schließlich veröffentlichte Dokumentation „Nazis in der DDR“ umfasst knapp tausend Namen.¹⁰ Sie reichen von dem Gutachter am nazistischen Volksgerichtshof Arno von Lenski bis zu den nachweislichen antifaschistischen Widerstandskämpfern Gerhard Kegel und Karl-Heinz Gerstner¹¹, von für das Gesundheitswesen der DDR unersetzbaren Medizinerinnen bis hin zu solchen Wissenschaftlern wie Manfred von Ardenne, den Direktor des Berliner Tierparks Heinrich Dathe und Schriftsteller wie Franz Fühmann oder den Thomas-Kantor Erhard Mauersberger. Weit über 50% der genannten Namen waren Primaner und wurden 1943/44 oftmals ungefragt für die NSDAP rekrutiert. Zudem wurden alle in der Nazizeit Engagierten, die wieder in Funktionen kamen, einer strengen Überprüfung unterworfen, ob von ihnen Kriegs- oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden. Viele der Genannten hatten ihre Überwindung der nazistischen Einstellung auch durch ihre aktive Mitarbeit im *Nationalkomitee Freies Deutschland* (NKFD) an Fronten des Zweiten Weltkrieges unter Beweis gestellt. Im Unterschied zu manchen Lobeshymnen von Ritterkreuzträgern, Nazirichtern und anderen hohen Repräsentanten in der BRD auf die Nazizeit, sind solche von den genannten fast tausend „Nazis in der DDR“ nie bekannt geworden. Nach der Herstellung der deutschen Einheit durchstöberten Staatsanwälte der Zentralstelle für die Verfolgung von Nazi-Verbrechen in Ludwigsburg hunderte Meter Akten vom MFS in der Suche nach in der DDR verbliebenen bzw. nicht verfolgten Kriegsverbrechern. Entgegen vollmundiger Spekulationen über in der DDR nicht zur Verantwortung gezogene Verbrecher, die zuvor von manchen Medien und Personen geäußert wurden, fanden die Ludwigsburger Staatsanwälte kaum neue Ansätze für Ermittlungen.¹²

9 Siehe Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik, Berlin 1965; graubuch. Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland. Hintergründe, Ziele, Methoden, Berlin 1967.

10 Siehe Olaf Kappelt: Braunbuch DDR. Nazis in der DDR, Berlin/West 1981.

11 Siehe Gerhard Kegel: In den Stürmen unseres Jahrhunderts, Berlin 1984; Karl-Heinz Gerstner: Sachlich, kritisch und optimistisch. Erinnerungen, Berlin 1999; Karl-Heinz Gerstner: „Weder ein Held noch ein Feigling“, in: Berliner Zeitung, Berlin, 11./12.3.2000.

12 Siehe Berliner Zeitung, Berlin, 1.12.1993.

Nachweisbare rechtsextremistische Vorkommnisse gab es in diesen Jahren vor allem im Jugendbereich und anwachsend auch in den bewaffneten Organen der DDR. Vereinzelt kam es gleichfalls zu antisemitischen Aktionen. Fast durchweg wurden solche Ereignisse der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt oder als ein vom Westen importiertes Geschehen dargestellt. Harry Waibel hat nach der Wende intensiv die in den neuen Bundesländern vorhandenen Archivalien, vor allem im Jugendsektor, durchforstet und dabei erstmals ein relativ geschlossenes und anhand von Quellen belegtes Bild über rechtsextremistische zu wertende Umtriebe von Jugendlichen in der DDR von Ende der 50er Jahre bis 1989 unterbreitet.¹³ Aus dem umfangreichen Waibel-Material für die ganze DDR soll nachfolgend insbesondere auf rechtsextremistische Vorkommnisse in Sachsen eingegangen werden und nur bei außergewöhnlichen Beispielen auf andere DDR-Bezirke verwiesen werden. Dazu gehört unter anderem die 1959 erfolgte Bildung einer SS-ähnlichen Bande von Schülern der Polytechnischen Oberschule (POS) in Beeskow (Bezirk Frankfurt/O.) oder die Anfang 1960 erfolgte Inhaftierung von ca. 40 Jugendlichen aus Ostberlin und Potsdam, die unter Führung eines Studenten eine rechtsextremistische Untergrundgruppe gegründet hatten. Der hervorstechendste Vorgang aber war, als im November 1961 zwölf Lehrlinge des RAW Dessau auf dem Rückweg vom Sportunterricht gemeinsam eine faschistische Umdichtung des Liebknecht-Luxemburg-Liedes in folgender Fassung sangen: „Dem Adolf Hitler haben wir’s geschworen, und Adenauer reichen wir die Hand.“ In einem anderen Lied der gleichen Lehrlinge wurde verlangt: „Wir wollen Hitler und Hindenburg wieder haben.“ In Sachsen beschränkten sich rechtsextremistische Akte entgegen einer weitverbreiteten Meinung nicht nur auf das Schmieren von Hakenkreuzen oder SS-Runen an Hauswänden und Schulbänken. Solche Schmierereien gab es in den 60er und 70er Jahren vielerorts in allen drei sächsischen Bezirken, so zum Beispiel in Leipzig, in einer POS in Meißen, in der Betriebsberufsschule des Fernmeldeamtes in Karl-Marx-Stadt, im Stahlwerk Gröditz, in Aue, in Hohenstein-Ernstthal, bei der Wismut AG und an anderen Orten. Gewichtiger war da schon, dass Jugendliche 1966 in Löbau und 1974 Lehrlinge eines sächsischen Baukombinats mit dem Hitlergruß auftraten. Auch solche Meinungen wie 1961 von Jugendlichen aus Tautenhain (Kr. Geithain), dass das, „was in Buchenwald gemacht wurde, schon in Ordnung war“, waren anzutreffen.

Nach einer Untersuchung des Zentralrats der FDJ vom November 1966 im Bezirk Dresden waren in dieser Zeit etwa 50 Schüler der Klassen 5 bis 10 in 12 Kreisen des Bezirks an „faschistischen Provokationen“ beteiligt, darunter in Dresden-Ost, Pirna, Freital und Görlitz. In den 70er Jahren nahm die Schwere solcher Delikte zum Teil weiter zu. So bejubelten zum Beispiel 1975 Jugendliche in Görlitz und junge Bauarbeiter aus Dresden bei der Vorführung des sowjetischen Film „Blockade“ (behandelt die faschistische Belagerung Leningrads im Zweiten Weltkrieg) alle Hitler-Szenen, die deutschen Panzer-Angriffe und die Folterung sowjetischer Frauen. In der POS Stolpen (Kr. Sebnitz) und in der Kinder- und Jugendsportschule in Karl-Marx-Stadt legten 1976 bzw. 1978 Schüler jeweils am 20. April anlässlich des Geburtstages von Adolf Hitler Gedenkminuten ein. Die Bezirksleitung der FDJ im Bezirk Dresden konstatierte Mitte der 70er Jahre in einem

13 Siehe Harry Waibel: Rechtsextremismus in der DDR bis 1989, Köln 1996, S. 25ff.

Bericht an den Zentralrat der FDJ, dass sich im Bezirk die Zahl neofaschistisch geprägter Vorkommnisse erhöht habe.

Bei einem relativ geringen Teil der Bevölkerung waren gleichfalls nach wie vor antisemitische Ressentiments virulent, die aber nicht die Einstellung der Masse der DDR-Bevölkerung widerspiegelten. Die westdeutschen Autoren Thomas Assheuer und Hans Sarkowicz stellen deshalb zumindest zutreffend bis Mitte der 70er Jahre fest: „Zu Ausschreitungen mit eindeutig antisemitischem Charakter scheint es allerdings nur selten gekommen sein.“¹⁴ Zu solchen Ausschreitungen zählten bis Ende der 70er Jahre die Schändung von jüdischen Friedhöfen in Zittau (1947 und 1974), in Ostberlin (1953, 1971 und 1977/78), in Dresden (1973 und 1977) und in Bleicherode (Kr. Nordhausen – 1973). Harry Waibel verweist noch auf andere Vorkommnisse wie die Bildung einer antisemitischen Jugendbande von ca. 20 Lehrerstudenten und Lehrlingen in Ballenstedt/Harz, die öffentlich „Juda verrecke!“ herumbrüllten, „Juden raus!“ und sich mit „Heil Hitler“ grüßten. Acht dieser Jugendlichen wurden wegen faschistischer Hetze gerichtlich verurteilt. So nicht die Schüler der POS in Bannewitz (Kr. Freital), die den bekannten DDR-Schauspieler Gerry Wolf als „Judenschwein“ diffamierten und in der Öffentlichkeit „Schmiert die Guillotine ein mit Judenfett“ sangen. Einmalig war in der DDR im Oktober 1976 ein versuchter Sprengstoffanschlag auf die Außenmauer der Wohnung von Karin Mylius, der Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Halle/S. In Anbetracht sich in der DDR mehrender antisemitischer Akte brachte Helmut Aris, Präsident des Verbandes der jüdischen Gemeinden in der DDR, bei einer Zusammenkunft mit der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK der SED seine Bedenken zur Sprache.¹⁵ Öffentlich wirksame Maßnahmen wurden daraus jedoch nicht abgeleitet. Das geschah erst nach einigen Artikeln des Schriftstellers Stephan Hermlin Ende der 70er und in den 80er Jahren.

Ein weiteres Feld rechtsextremistischer Aktivitäten waren – inzwischen von vielen glaubwürdigen Zeugen bestätigt – die bewaffneten Organe der DDR. Nach einer in der Gauck-Behörde aufgefundenen „Deliktkartei“ des MfS gab es von 1965 bis 1980 in der Nationalen Volksarmee (NVA) und Einheiten des MfS über 700 rechtsextremistische Vorkommnisse, von Schmierereien, über mündliche Hetze, Zeigen des Hitlergrußes, rassistischen Pöbeleien bis hin zu Gewalttaten. Von der Täterherkunft waren 44% untere Dienstgrade, ebenfalls 44% Unteroffiziere, Feldwebel und Fähnriche und 12% Offiziere.¹⁶ Als Beispiele für solche Aktivitäten wird angeführt, dass 1972 ein NVA-Oberleutnant der Panzertruppen in einer Gaststätte lautstark verkündete, Hitler habe noch zu wenig Polen umgebracht und zudem habe die Hitler-Wehrmacht heldenhaft gekämpft. In einem anderen Fall haben vier Unteroffiziere im Wehrbezirk Leipzig eine neonazistische Clique gebildet, die sich untereinander mit Hitler, Göring, Goebbels und Koch (erster SS-Kommandant des KZ Buchenwald) anredeten. Weiterhin gab es solche Vorfälle auch an NVA-Offiziersschulen. So bildete sich bereits 1956 in der NVA-Schule zur Ausbildung von

14 Thomas Assheuer/Hans Sarkowicz: Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte, München 1992, S. 121.

15 Siehe Harry Waibel: Rechtsextremismus in der DDR bis 1989, a.a.O., S. 79.

16 Der Tagespiegel, Berlin, 24.9.1998; Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M., 25.9.1998; Deutsch bis zum letzten Blutstropfen. Gespräch mit NVA-Oberst Hermann Flemmig, stellvertretender Landesvorsitzender der Republikaner, Brandenburg, in: das blatt, Berlin 1990, Nr. 34, S. 7.

Panzeroffizieren in Großenhain eine neonazistisch orientierte Gruppe von Kursanten; 1977 feierten acht Schüler einer Offiziershochschule in Sachsen Hitlers Geburtstag und gelobten dabei untereinander: „Das erste Gebot eines Deutschen ist Führertreue!“ Zugleich beteuerten diese Feiernden: „Die Endlösung der Judenfrage ist noch nicht abgeschlossen.“ Die Bestrafung dieser Offiziers-Hörer war relativ milde. Nur einer der Beteiligten wurde zu zehn Monaten Haft auf Bewährung verurteilt.¹⁷ Aber auch das Wachregiment Feliks Dzierzynski, eine Elite-Einheit des Ministeriums für Staatssicherheit, war nicht vor solchen Tendenzen gefeit. Hier fanden sich 1974 drei Unteroffiziere zu einer „braunen Gruppen“ zusammen, die andere Soldaten bedrohten und sich erst 1976 beim demonstrativen Zeigen des Hitlergrußes entlarvten. Aus eigenem Erleben schildert Bernd Wagner, wie sich 1974 bei der Volkspolizei-Bereitschaft Basdorf bei Berlin einige VP-Angehörige als „SS-Einheit“ mit entsprechenden Ritualen verstanden und erst nach Monaten von der Staatsanwaltschaft enttarnt wurden. Auch in der Volkspolizei der DDR versuchten einige Nazi-Aktivistinnen zu überwintern. So wurde der ehemalige SS-Hauptsturmführer Aloys Gabrysch, beteiligt an der Verhängung und Vollziehung von Todesurteilen durch NS-Sondergerichte, erst 1970 als Leiter der Kriminalpolizei im Bezirk Erfurt abgelöst.

Wenn nach den Ursachen solcher Erscheinungen gefragt wird, die trotz der massiven antifaschistischen „Erziehung“ der Soldaten, Polizisten und Offiziere in den bewaffneten Einheiten der DDR anzutreffen waren, so ist das vor allem darauf zurückzuführen, dass jeder militärischen Struktur, gleich welcher sozialen Ordnung, durch das Prinzip des Autoritarismus, d. h. von Befehl und Unterordnung, den Hang zum Korpsgeist, die Erziehung zum Töten, die sozialpsychologische Disposition einer Männergesellschaft, prinzipiell die Ambivalenz zu Militarismus und Rechtsextremismus eigen ist.

Entgegen vielerlei Unterstellungen, die nach 1990 in Medien verbreitet wurden, sind aus jenen Jahrzehnten ausländerfeindliche Handlungen im bemerkenswerten Umfang in der DDR nicht bekannt geworden. Abgesehen von den isoliert in ihren Kasernen lebenden Angehörigen der Sowjetarmee kamen die Bürger der DDR erst allmählich mit Ausländern in Berührung. Das waren ab den 50er Jahren vor allem Mitarbeiter ausländischer Vertretungen, ausländische Studenten und ab den 60er Jahren zunehmend Touristen und ausländische Arbeiter. Zuvor waren in die DDR politische Emigranten aus Spanien und Griechenland, später auch aus Chile gekommen. Obwohl die DDR kein politisches Asylrecht besaß, erhielten diese Flüchtlinge eine großzügige staatliche Unterstützung, wurden den DDR-Bürgern in allen sozialen Fragen gleichgestellt und zumeist recht bald weitgehend in die DDR-Gesellschaft integriert.

Eine andere Entwicklung begann Mitte der 60er Jahre mit der bewussten staatlichen Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften, die zum Teil erst in der DDR eine Berufsausbildung erhielten. Auf der Grundlage zwischenstaatlicher Abkommen nahmen 1965 erstmals ca. 700 polnische Arbeiter und Techniker eine Tätigkeit auf. Sie halfen zunächst insbesondere mit beim Bau der Erdöl-Pipeline vom Rostocker Hafen nach Leuna und Schwedt, bei der Erweiterung des Eisenhüttenkombinats Ost in Eisenhüttenstadt sowie bei Rekonstruktionsmaßnahmen bei der Deutschen Reichsbahn; 1967 kamen dann

17 Siehe Der Tagesspiegel, Berlin, a.a.O.

noch etwa 15 000 Ungarn zur Ausbildung und Arbeit in die DDR. Ein besonderes Problem entstand Mitte der 70er Jahre, als rund 18 000 Algerier in die DDR kamen und hier eine Arbeit aufnahmen. Politisch und sozialpsychologisch nicht genügend vorbereitet, kam es recht bald in den Betrieben und Wohngebieten der Algerier zu Spannungen mit DDR-Bürgern, die im Extremfall wegen Lohnfragen bis zur Arbeitsniederlegung der Algerier reichten. All das führte zu einer recht schnellen Rückführung der Algerier in ihr Heimatland.¹⁸ Allgemein war das Verhältnis der DDR-Bevölkerung, soweit sie in Kontakt zu den genannten Ausländern kamen, von relativer Gleichgültigkeit bestimmt. Irene Runge charakterisierte es so: Im Betrieb Kollege – in der Freizeit oft Fremde. Problematischer sollten jedoch die 80er Jahre werden. Einerseits war die Regierung der DDR Jahre an einer wachsenden Zahl ausländischer Arbeitskräfte interessiert, andererseits jedoch nicht an einer systematischen Einwanderung, d. h. einer Niederlassung und einem Sesshaftwerden einer größeren Zahl von Ausländern im Land.¹⁹

Entstehung und Entwicklung der rechtsextrem orientierten Skinhead-Bewegung in der DDR

Die in den 80er Jahren entstandenen nationalistisch-rassistisch orientierten Skinhead-Gruppen waren die größte rechtsextrem orientierte Strömung in der Geschichte der DDR, dennoch handelte es sich dabei im Verhältnis zur Gesamtheit der DDR-Jugend um den Bruchteil einer Promille-Quote. Der Ursprung dieser subkulturellen und anfangs auch sozialkritischen Jugendbewegung lag in Großbritannien. Ende der 60er Jahre vereinigten sich hier oftmals erwerbslose Jugendliche aus dem Arbeitermilieu zu Cliquen, die sich als bewusste, aber unpolitische Anti-Bewegung zu den langhaarigen Hippies und den mit ihrem Luxus protzenden Mods („Modernists“) aus den etablierten englischen Mittelschichten verstanden. Absichtlich wählte man als neues Outfit die Arbeitskleidung der Werftarbeiter und ließ sich die Kopfhaare zu Glatzen abscheren. Das Hauptinteresse dieser Skinheads galt der Musik aus der Karibik und dem Fußball. Ihr stets betonter Bezug zur Arbeiterklasse war ihnen wichtiger als die Hautfarbe ihrer Leidensgefährten. Anfang der 70er Jahre versandete die Bewegung und wurde erst 1977/78 von mehr politisch interessierten britischen Jugendlichen wieder aufgegriffen. An dem Punkt der politischen Interessiertheit setzte die englische neofaschistische Gruppierung *National Front* (NF), die 1977 über 700 000 Stimmen bei den englischen Kommunalwahlen erhielt, mit ihrer nationalistisch-rassistischen Infiltration an, um neue jugendliche Anhänger zu gewinnen. Die für die erste Generation der Skinheads typische Begeisterung für die Ska- bzw. Reggae-Musik wurde nach und nach durch eine Verherrlichung einer

18 Siehe Irene Runge: *Ausland DDR – Fremdenhaß*, Berlin 1990; Irene Runge: „Auf einmal war ich Ausländer ...“ *Erinnerungen an die DDR*, in: Gisela Helwig/Hildegard Maria Nickel (Hrsg.): *Frauen in Deutschland 1945-1992*, Bonn 1993, S. 355.

19 Siehe Eva-Maria Elsner/Lothar Elsner: *Ausländerpolitik und Ausländerfeindschaft in der DDR 1949-1990*, Leipzig 1994, S. 10.

rassistischen und sexistischen Variante der Rockmusik, insbesondere den Punk- und Oi-Rock, später durch den Heavy metal-Sound ersetzt.

Nach Westdeutschland kam die Skinhead-Bewegung Ende der 70er Jahre, als sie schon stark nationalistisch und gewaltorientiert war. Mittler waren jugendliche England-Ur-lauber bzw. britische Soldaten, die in der BRD stationiert waren.²⁰ Die ersten deutschen Skinheads-Gruppen bildeten sich in der Folgezeit in Berlin-West und in Hamburg. Wie stets bei neuen westlichen Mode- oder subkulturellen Bewegungen gab es auch recht bald ein Überschwappen auf die DDR. Hier vollzog sich dann in den 80er Jahren über mehrere Phasen die Formierung einer beachtlichen rechtsextrem gesinnten Bewegung von DDR-Jugendlichen.²¹

In der DDR entstanden die ersten Skinhead-Gruppen Anfang der 80er Jahre aus Teilen der gewaltorientierten Fußballfans und aus der Wandlung von Punks in Skins in Ostberlin, Rostock und Leipzig. Einige dieser Jugendlichen gehörten zu dieser Zeit noch der FDJ an. Es setzte ein Prozess ein, der bei vielen beteiligten jungen Menschen zum Rechtsextremismus führte. Im Unterschied zu Großbritannien war in der DDR nicht soziale Not ein Hauptmotiv, um Skinhead zu werden, sondern der Protest gegen bestimmte Missstände im gesellschaftlichen Klima, recht bald aber gegen das gesamte gesellschaftliche System der DDR. Begünstigt wurde die Hinwendung zu dieser neuen jugendlichen Subkultur durch einen auch in der DDR im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution beginnenden Wertewandel. Immer mehr rückte ein Verlangen nach mehr Demokratie und stärkerer individueller Selbstbestimmung in den Vordergrund. Unter den zur Skinhead-Bewegung tendierenden Jugendlichen gewann eine stark rechts gerichtete Ästhetik in Gestalt des Outfit', der Musik, der Kommunikations- und Verhaltensweisen an Anziehungskraft. Auch in der DDR waren für die Skinheads Safttouren, Fußball, Oi- bzw. Heavy metal-Musik, Pogotänzen und Männlichkeitskult typisch. Immer mehr prägte sich auch als Action-Erlebnis die Lust auf Gewalt aus – zuerst gerichtet gegen rivalisierende Cliquen, dann immer mehr gegen als „Feinde“ empfundene andere Jugendliche und Erwachsene, gegen Ausländer und recht bald auch gegen Angehörige der bewaffneten Organe der DDR.

Dominierten 1980/81 in der subkulturellen Jugendszene noch die Punks, so wurde diese Hegemonie bis 1985 in vielgestaltigen Auseinandersetzungen von den Skinheads abgelöst, die relative Koexistenz beider Szenen löste sich zugunsten der Skinheads auf. Ganz zielgerichtet kämpften die Skinheads um die Beherrschung des von den subkulturellen Strukturen beherrschten öffentlichen Raums. Viele Punks, von denen sich nicht wenige sicher anfangs eher unbewusst mit nazistischen Orden oder anderen faschistischen bzw. militaristischen Accessoires schmückten, vollzogen eine bewusste Entwicklung hin zu Skinheads, Hooligans bzw. Anhängern von Heavy metal.

Im Unterschied zu westeuropäischen Staaten waren die Skinheads der DDR und ande-

20 Siehe Skinheads und Rechtsextremismus. Instrumentalisierung einer jugendlichen Subkultur, Düsseldorf 1999.

21 Siehe Bernd Wagner: Jugend – Gewalt – Szenen. Zu kriminologischen und historischen Aspekten in Ostdeutschland. Die achtziger und neunziger Jahre, Berlin 1995; Dirk Borstel: Skinheads, in: Rechtsextremismus heute. Kurze Einführung für Lehramt, Verwaltung, Polizei, Justiz und soziale Arbeit, in: Bulletin. Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, Berlin, 1998, Nr. 3, S. 32/33.

rer Staaten Osteuropas von Anfang an stark antikommunistisch eingestellt. Dabei bedeutete bis Mitte der 80er Jahre die Übernahme von nazistischen Symbolen bei vielen Skinheads noch nicht eine bewusste Hinwendung zur Ideologie des Rechtsextremismus, sondern wurde mehr als eine bewusste und gewollte Provokation, ein Tabu-Bruch hinsichtlich der antifaschistischen Staatsdoktrin verstanden. Jedoch sahen Neonazis aus der BRD bereits hier Ansatzpunkte zur politischen Infiltration der Szene und zur Ausdehnung ihres Wirkungsbereiches auf die DDR. So bauten bereits zu dieser Zeit führende Kräfte der neonazistischen *Nationalistischen Front* (NF) Kontakte in Ostberlin auf. Diese Bestrebungen zu einer stärkeren nationalistischen und rassistischen Politisierung des Skinhead-Spektrums wurde nicht von allen Skinheads mitgetragen. Ein beachtlicher Teil, obwohl auch nicht frei von Nationalismus und Rassismus, verstanden sich weiterhin als „unpolitische“ Oi-Skins mit dem Hauptinteresse Alkohol, Musik und Fußball. Ein kleine Minderheit begann schon in dieser Zeit Beispielen aus den USA und Großbritannien zu folgen und schlossen sich den SHARP-Skins (**S**kin**H**eads **A**gainst **R**acial **P**rejudice/Skinheads gegen rassistisches Vorurteil) an; andere linksgesinnte Skinheads orientierten sich an den autonomen Red-Skins.

Ungefähr ab Mitte der 80er Jahre bildeten sich auch in fast allen größeren Städten der DDR Skinhead-Gruppen. Von Ostberlin aus versuchten die Skinheads, ihre Subkultur im Umland zu verbreiten. Zugleich vollzog sich eine stärkere Ideologisierung der Szene in Richtung Rassismus, Nationalismus und Rechtsextremismus. Das war verbunden mit eindeutigeren Feindbildern und einer Eskalation von Gewaltanwendungen, die sich vornehmlich gegen rivalisierende jugendliche Subkulturen wie Punks und Gruffties, zunehmend aber auch gegen Homosexuelle, dunkelhäutige Ausländer, gegen Angehörige der Volkspolizei und der Nationalen Volksarmee, jedoch noch nicht gegen staatliche Institutionen richteten. In Sachsen waren Zentren solche Gewaltaktionen Leipzig, Dresden und Görlitz.

Gewalt diente den Skinheads nicht nur als spontane Aktion, sondern jetzt schon mehr als Instrument zur Respekterzwingung in Jugendklubs und anderen Freizeitbereichen. Gerechtfertigt wurde diese Gewalt gegenüber anderen Jugendszenen mit solchen Sprüchen wie „Wir sind sauber!“, „Wir stinken nicht!“ und insbesondere „Wir arbeiten!“.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre waren der Kriminalpolizei der DDR etwa 1 500 Jugendliche bekannt, die Ideen des Rechtsextremismus zuneigten. Diese Jugendlichen waren zumeist Lehrlinge, Arbeiter und Schüler, oftmals aus Elternhäusern von Offizieren der bewaffneten Organe der DDR. Alle hatten ordentliche Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse. Weit über 80% dieser Jugendlichen waren männlich, wobei die bereit zu dieser Zeit zur Szene gehörenden „Skin-Bräute“ kaum eine selbständige Rolle spielten. Strukturell differenzierte sich die Szene in der zweiten Hälfte der 80er Jahre vor allem in Nazi-Skins und Oi-Skins, wobei letztere am Rand der Gesellschaft bleiben wollten. Neu war, dass sich viele Skinhead-Gruppen oft an bestimmten, selten wechselnden Treffpunkten zusammenfinden. In Ostberlins war das zu dieser Zeit unter anderem der Biergarten „Riviera“ in Grünau. In einem solchen Treffpunkt fanden 1985 auch die ersten Gespräche führender Berliner Skinheads mit Führungskräften der neonazistischen NF statt. Darüber schrieb das NF-Informationsblatt „Klartext“ bereits Mitte der 80er Jahre: Durch zahlreiche Besuche von Kadern der NF bei Skinhead- und Hooligan-Gruppen in

Ostberlin ist bereits ein festes „Bündnis der Freundschaft“ entstanden.²² Auch international wurden in dieser Zeit über die BRD hinaus Kontakte und Beziehungen aufgenommen. Eine Börse für solche Fühlungs- und Kontaktaufnahmen mit Skinheads aus der CSSR, Ungarn, Polen und Österreich war zumindest seit 1987 die bekannte Prager Kneipe „U fleku“.

Der Herbst 1987 führte aus ganz unterschiedlichen Gründen zu einer bedeutsamen Zäsur in der Entwicklung der Skinhead-Bewegung in der DDR. Zum ersten wurden die Ausschreitungen immer gewalttätiger. Nachdem Mitte September 1987 in Dresden Skinheads einen Mosambikaner brutal zusammengeschlagen hatten, kam es am 17. Oktober 1987 zu dem rücksichtslosen und inhumanen Angriff von ca. 30 Skinheads auf ein Punk-Konzert in der Zionskirche in Berlin Prenzlauer Berg. Alkoholisiert bei einer Geburtstagsparty für den selbst ernannten „Sturmbannführer“ und als schonungslosen Schlägertypen bekannten Skinhead Ronny Busse zog ein Teil der Saufkumpane zur Kirche und drang gewaltsam in diese ein. Unter dem Geschrei von „Sieg Heil!“, „Skinhead-Power“, „Schlagt die linken Schweine!“ und „Judenschweine raus aus deutschen Kirchen!“ schlugen sie mit Knüppeln, Flaschen und Fahrradketten auf die noch verbliebenen Konzertbesucher ein, von denen viele Verletzungen davon trugen. Nach dem Verlassen der Kirche setzten die Skinheads, unter denen sich mindestens vier Westberliner Skins befanden, ihre Gewaltorgien in der Ostberliner Schönhauser Allee weiter fort. In der Nähe der Kirche postierte Volkspolizisten griffen aus Angst nicht in das Geschehen ein. Für die bald nach dem Überfall in Umlauf gebrachten Behauptungen, das MfS habe die ganze Sache organisiert, sind in den letzten Jahren keine Belege und Zeugen gefunden worden. Es spricht dagegen vieles dafür, dass die Staatssicherheit selbst von der Vielfalt und Härte der Skinhead-Gewalt überrascht wurde, denn fast zeitgleich mit dem Überfall auf das Punk-Konzert zerschlugen andere Skinheads im wahrsten Sinne des Wortes eine Punk-Party in der Tucholsky-Straße und zogen danach mit „Sieg Heil“-Geschrei durch Berlin-Mitte. Wenige Tage danach kam es zu einer weiteren Eskalation von Skinhead-Gewalt. Wegen ihrer brutalen Angriffe auf Menschen in Zügen und Bahnhöfen berüchtigte Skinheads aus Velten und Oranienburg demolierten in Velten eine Gaststätte und schlugen auf die sich dort befindlichen Gäste ein. Erstmals kam es dabei zu Gewaltanwendungen gegen eine eingreifende Volkpolizeistreife, deren Streifenwagen durch ein Bombardement mit Betonplatten ramponiert wurde. Jetzt erst war die Leitung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR bereit, sich intensiver mit der Skinhead-Bewegung in der DDR zu befassen. Als erstes wurde Ende 1987/Anfang 1988 eine rigorose Verfolgungswelle in Gang gesetzt, Ermittlungsverfahren eingeleitet und 94 Skinheads festgenommen. Zum ersten Male wurde, nach dem es bereits am 10. Dezember 1985 im Sender Radio DDR I ein Feature über Skinheads und Popper in Ueckermünde gegeben hatte, im breiteren Umfang in den DDR-Medien über Charakter und Aktivitäten der DDR-Skinheads berichtet.

Die verstärkten staatlichen Repressionsmaßnahmen gegen die gesamte Skinhead-Bewegung und ein ausgeprägteres Selbstbewusstsein beschleunigte in der Szene lau-

22 Zitiert in Kurt Hirsch/Peter B. Heim: Von links nach rechts. Rechtsradikale Aktivitäten in den neuen Bundesländern, München 1991, S. 85.

fende Diskussionen über eine taktische und strategische Umorientierung. Kern der Debatten war die Absicht, vom Status einer subkulturellen Randgruppe wegzukommen und zur Avantgarde einer antistaatlichen Opposition zu werden. Das bedingte einen grundlegenden Wandel bisheriger Verhaltensweisen. Nicht mehr 'raus, sondern selbst bei einem zeitweiligen Verzicht auf das Skinhead-Outfit 'rein in die gesellschaftlichen Organisationen und Strukturen zu gehen, wurde zur Linie. Ab Anfang 1988 war deshalb ein Drang von Skinheads in die Ordnergruppen der FDJ, ein zahlreicherer Eintritt in die paramilitärische *Gesellschaft für Sport und Technik* (GST) sowie in Sektionen von Kampfsportarten zu verzeichnen. Auch die Übernahme von Funktionen schloß man dabei nicht aus. Andere Skinheads bewarben sich zunehmend als Freiwillige bei der NVA und den VP-Bereitschaften und wollten hier vorwiegend Aufklärer, Fallschirmspringer oder Kampfschwimmer werden. Zugleich waren diese neuen Vorgehensweisen mit einer stärkeren Disziplinierung der Skinhead-Gruppierungen – selbst unter Einsatz von Gewalt – verbunden. Die Skin-Gruppen schotteten sich zudem stärker von der Außenwelt ab. Wuchs eine Gruppe über die kritische Größe von 20 Leuten hinaus, so dass die Gefahr des Durchsickerns von Informationen bestand, wurde diese sofort geteilt. Neu war gleichfalls, dass sich zumindest Skinhead-Gruppen in Ostberlin und dem Berliner Umland Namen wie „Lichtenberger Front“ (schon 1986), „Ostkreuzler“, „Oranienburger“ und ähnliche gaben und sich die Aufnahme-rituale verschärften. Ein neuer Akzent war ebenfalls, dass um die Gruppen herum Kreise von Sympathisanten, wie z. B. die der Baby-Skins von Jugendlichen unter 16 Jahren, entstanden. Hinsichtlich von Gewaltaktionen ging man von mehr spontanen zu gezielten Aktionen über. Auch ohne zentrale Strukturen baute man ein landesweites Informations- und Kommunikationsnetz, Telefonketten und Kurierdienste auf, die bis nach Westberlin und in die BRD reichten. Bei all diesen Veränderungen waren jedoch für die ganze Szene weiterhin zumeist diffuse nationalistische, rassistische Ansichten und Aktionen sowie Sauf Touren charakteristisch.

Diese Veränderungen im DDR-Skinhead-Bereich lösten einen gesteigerten Prozess der Differenzierung aus. Am bedeutungsvollsten war dabei die Herausbildung einer Fascho-Szene, wie sich die Nazi-Skins in der DDR selbst nannten. Zumeist handelte es sich hierbei um ältere Skins mit einer etwas höheren Bildung als der allgemeine Durchschnitt der DDR-Skinheads. In ihrem Selbstverständnis verstanden sie sich als eine antikommunistische und neonazistisch geprägte Opposition zur Überwindung der DDR und für rechtsextremistische Veränderungen in der BRD. Diffuse Hinwendungen zur Nazi-Ideologie und -Politik hatte es in dieser Szene schon seit Mitte der 80er Jahre gegeben. Das beweist z. B. eine Hitler-Geburtstagsfeier, die solche Kräfte bereits schon 1986 in Ostberlin abhielten. Die ersten direkten Fascho-Gruppen formierten sich Ende 1987/Anfang 1988 in Ostberlin, Magdeburg, Potsdam, Cottbus, Guben und anderen DDR-Städten. Unverschleiert bekannten sich diese Gesprächs- und Aktionskreise zum Geist des deutschen Faschismus. Zu dessen Aneignung nutzten sie alte und neue vom Westen eingeschleuste Nazi-Bücher, Filme und Videos mit Aufnahmen von der deutschen Kaiserzeit bis zur Spaltung Deutschlands nach 1945, Tonbandkassetten mit den Reden von Nazi-Größen, aber auch Gespräche mit älteren Zeitzeugen. Es entstand somit ein eigenartiges Bündnis von jungen Faschos mit vom Faschismus geformten Großvätern. Eine andere Variante, sich Geist und Ideologie des Faschismus anzueignen, bestand darin,

DDR-Publikationen und Filme zur Auseinandersetzung mit dem Nazismus mit umgekehrten Vorzeichen zu lesen oder anzusehen. Ein Kultbuch und war zu dieser Zeit in der Fascho-Szene und bei anderen Skinheads der 1960 erschienene erste Band des Romans von Dieter Noll „Die Abenteuer des Werner Holt“. Kennzeichnend für die meisten DDR-Faschos waren folgende ideologisch-politischen Positionen:

- In Deutschland – Ost wie West – müsse wieder wie zur Hitlerzeit Zucht und Ordnung einkehren.
 - Die deutschen Soldaten haben im Zweiten Weltkrieg wahres Heldentum bewiesen.
 - Die unter Hitler durchgeführte Politik zur Vernichtung „unwürdigen Lebens“ war richtig und sollte fortgesetzt werden.
 - Für alle Linken, Homosexuellen, Asozialen, überhaupt für alle „subversiven Elemente“ müsste man auch heute wieder Konzentrationslager errichten.
 - Wir Deutschen haben einen Anspruch auf die Hegemonie in der Welt.
 - Hitler habe zwar einige Fehler gemacht, aber ansonsten war seine Politik in Ordnung.
- Zu dieser Zeit war unter den DDR-Faschos noch keine Entscheidung darüber gefallen, wem man sich primär zuwenden sollte, dem Hitlerismus oder dem angeblich „linken und revolutionären“ Strasserismus.²³

Mit ihrer geistigen Profilierung waren die DDR-Faschos zugleich bestrebt, ihre Kontakte mit Neonazis in Westberlin und der BRD, insbesondere mit der ND und der FAP, zu intensivieren. Zugleich erörterten sie 1988 Möglichkeiten, wie man die Fascho-Strömung in eine neonazistische Kaderpartei umwandeln und mit einer Zeitung an die Öffentlichkeit treten könne. Diesem Ziel diene auch die Umbenennung der Ostberliner Skin-Gruppe „Lichtenberger Front“ in „Bewegung 30. Januar“. Von Outfit her ahmten die Faschos Elemente der Nazizeit nach. Oft kleideten sie sich ähnlich der SA oder SS und bevorzugten den Haarschnitt der Hitlerjugend mit einem geraden Scheitel im Haupthaar. Bei Gewalttaten der Skinheads hielten sie sich im Hintergrund. Überhaupt gestaltete sich ihr Verhältnis zu den Skinhead-Gruppen recht nuanciert. In einigen Gruppierungen wirkten sie weiter als eine Art Spiritus rector, in anderen wurden sie wegen ihres „faschistischen Gelabers“ weitgehend abgelehnt.

Weitere Differenzierungsprodukte der DDR-Skinhead-Szene waren:

- a) Eine vermehrte Bildung von rechtsextrem und militaristisch gesinnten Wehrsportgruppen, die Ende der 80er Jahre vermehrt in den Wäldern um Berlin, im Thüringer Wald und anderenorts ihre Kriegs- und Sprengübungen abhielten. Solche Kräfte führten auch auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges an der Oder bzw. bei Halbe/Teupitz in der Mark Brandenburg Suchgrabungen nach alten Waffen und Orden durch. In vereinzelt Fällen wurden Gräber von gefallenen SS-Soldaten aufgegraben und mit mythischem Pomp neu angelegt.
- b) Eine stärkere Formierung von Heavy metal-Anhängern. Aus derartigen Kräften hatte sich schon 1982 in Ostberlin die extrem gewalttätige und heute noch existierende Clique der „Vandalen“ gebildet. Jetzt entstanden aber auch in verschiedenen Bezir-

23 Siehe Bernd Wagner: Jugend – Gewalt – Szenen, a.a.O., S. 64ff.; Norbert Madloch: Zur Rezeption der Strasser-Ideologie im deutschen Neonazismus, in: Kurt Gossweiler (Hrsg.): Die Strasser-Legende. Auseinandersetzung mit einem Kapitel des deutschen Faschismus, Berlin 1994, S. 128ff.

ken der DDR Heavy metal-Fan-Clubs, deren Mitglieder meist wie die Ostberliner Vandalen in martialischer Lederkleidung mit viel Ketten und Nieten herumliefen und genauso gewalttätig waren. Kein Baublütenfest in Werder bei Berlin, die Fastnacht im thüringischen Wasungen oder andere Volksfeste vergingen in jenen Jahren, wo nicht Heavy metal-Anhänger zusammen mit Skinheads Randalie anzettelten. Ideologisch traten diese Kreise in der Regel mit einem diffusen rassistischen Nationalismus auf, den sie mit einer nordisch-arischen Mystik verbanden.

Unabhängig von der Skinhead-Bewegung, aber oftmals mit dieser verbunden, hatte sich seit Ende der 70er Jahre in der DDR in fast allen Standorten der Fußball-Oberliga eine geistig primitive nationalistisch, rassistisch und antisemitisch gesinnte, ab Mitte der 80er Jahre auch offiziell so bezeichnete Hooligan-Szene von gewaltorientierten Fußballanhängern herausgebildet. Die berüchtigtsten Hooligans waren die von den Ostberliner Fußballclubs Dynamo (BFC) und Union sowie die vom FC Lok und von Chemie Leipzig, die gleichfalls engere Beziehungen zu Gesinnungskumpanen in Westberlin und Westdeutschland unterhielten. Bei Fußballspielen fielen diese Hooligans durch das lautstarke Brüllen von dumpfen rassistischen Parolen und neonazistischen Liedern auf. Vielfach waren sie auch schon gar nicht mehr an den eigentlichen Fußballspielen, sondern nur noch an der so genannten „dritten Halbzeit“ nach dem Spiel interessiert, wo man sich mit Anhängern der anderen Mannschaft schlagen konnte.

Rechtsextremistische Aktivitäten in der DDR in den 80er Jahren bis zur Wende im Herbst 1989

Die Eskalation des Rechtsextremismus in den 80er Jahren in der DDR ging weit über das hinaus, was in den Jahrzehnten zuvor zu verzeichnen war, und erfolgte nicht aus heiterem Himmel. Schon 1978/79 hatte das Ministerium für Staatssicherheit 188 Fälle von „schriftlicher staatsfeindlicher Hetze mit faschistischem Charakter“ registriert.²⁴ Vor allem rechtsextrem motivierte Gewalttaten nahmen im letzten Jahrzehnt der DDR an Zahl und Brutalität zu. Aber erst Ende 1987 kümmerten sich die zuständigen Sicherheitsorgane, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und die vom Ministerium des Inneren (MdI) geleitete Volkspolizei (VP) intensiver um dieses gefährliche Treiben. Noch 1986 hatte Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit, alle Informationen über eine bedrohliche Zunahme von Rechtsextremismus, hauptsächlich in Gestalt der Skinhead-Szene, als „Wichtigtuerei“ abgetan.²⁵ Auch die ersten Ergebnisse von Forschungen zu diesem Problem von Professor Loni Niederländer stießen im MdI auf völliges Unverständnis. Im Gegensatz dazu stand jedoch in einer Dienstanweisung des MfS vom 7. Juli 1986, dass alle „Gruppen mit faschistischen Tendenzen, faschistischen Verhaltensweisen ... durch

24 Zitiert in Walter Süß: Zur Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Analysen und Berichte, Reihe B, Nr. 1/93, Berlin 1993, S. 17/18.

25 So der ehemalige MfS-Oberstleutnant Eberhard Böttcher am 19.1.1993 im ZDF-Magazin „Studio 1“.

Einsatz aller operativen, rechtlichen und gesellschaftlichen Mittel aufzulösen und in ihrer Wirkung zu verhindern sind“.²⁶

Erst nach dem Skinhead-Überfall auf das Punk-Konzert in der Ostberliner Zionskirche wandte sich der Leiter der Hauptabteilung XX des MfS, Generalmajor Kienberg, schriftlich an die Bezirksverwaltungen des MfS in der DDR und forderte von diesen eine detaillierte Übersicht über die Skinhead-Szene in ihrem Bereich.²⁷ In diesem Schreiben wird nachdrücklich darauf hingewiesen, dass Ansichten und Verhalten der Skinheads „durch übersteigertes ‚Nationalbewusstsein als Deutsche‘, Rassenhass und Ausländerfeindlichkeit, verbunden mit Übernahme faschistischen Gedankenguts“ gekennzeichnet sind.²⁸

Diese Recherchen verzeichneten, dass es in der DDR Ende 1987 etwa 800 Skinheads im Alter von 16 bis 25 Jahren in 38 Gruppen gab.²⁹ Zentren solcher Gruppierungen waren unter anderem Berlin-Lichtenberg, die HO-Gaststätte „Zur alten Münze“ in Berlin-Mitte, der Leipziger Hauptbahnhof und Dresden-Gohlis sowie der alljährliche Pferdemarkt im Spätsommer in Havelberg (Bezirk Magdeburg), wo man von faschistischer Literatur bis zu SA-Stiefeln vielerlei rechtsextremistische Dinge ertrödeln konnte. Das MfS definierte jetzt die Skinheads als Jugendliche, „die sich auf der Grundlage der faschistischen Gesinnung rowdyhaft verhalten“³⁰. Bis zum Oktober 1988 hatte sich nach MfS-Untersuchungen die Zahl der Skinheads in der DDR auf 1 067 erhöht. Aufgegliedert auf die Bezirke der DDR ergab sich folgendes Bild:

Übersicht 1: Territoriale Verteilung der Skinheads in der DDR im Oktober 1988³¹ (absolute Zahl und prozentualer Anteil an der Gesamt-DDR-Zahl)

Bezirk	Anzahl	Prozent	Bezirk	Anzahl	Prozent
Berlin	447	42,7	Halle/S.	36	3,4
Rostock	9	0,9	Leipzig	88	8,4
Schwerin	3	0,3	Dresden	45	4,3
Neubrandenburg	9	0,9	Karl-Marx-Stadt	6	0,6
Potsdam	120	11,5	Gera	39	3,7
Frankfurt/O.	82	7,8	Erfurt	38	3,6
Cottbus	53	5,3	Suhl	26	2,5
Magdeburg	66	6,3			

Auch das Politbüro des ZK der SED und der Zentralrat der FDJ wussten, wie eine vom FDJ-Zentralrat am 2. Februar 1988 dem Politbüro unterbreitete Information beweist³², ziemlich genau über die rechtsextreme Szene in der DDR Bescheid. Das ganze Problem wurde

26 Abgedruckt in Walter Süß: Zur Wahrnehmung und Interpretation ..., a.a.O., S. 71.

27 Im Original abgedruckt in Walter Süß: Zur Wahrnehmung und Interpretation ..., a.a.O., S. 74ff.

28 Ebenda, S. 75.

29 Ebenda, S. 89.

30 Ebenda.

31 Ebenda, S. 106.

32 Ebenda im Wortlaut, S. 78ff.

aber nur als Gefährdung der öffentlichen Sicherheit von „kriminell rowdyhaften Jugendlichen“ gesehen, die „rigoros zurückgedrängt“ werden sollten. In diesem Ton war auch eine vertrauliche Mitteilung von Margot Honecker, Ministerin für Volksbildung in der DDR, vom Juni 1988 an alle Bezirksschulräte gehalten.³³ Schließlich schlussfolgerte das Sekretariat der SED-Bezirksleitung in Berlin unter Vorsitz von Günter Schabowski am 1. März 1989 aus einer ausführlichen Information über die Skinhead-Bewegung in Ostberlin: „Die ganze Skinhead-Szene muss noch mehr kriminalisiert und öffentlich diskreditiert werden, damit sie für den dafür anfälligen Teil der Jugend ihre Attraktivität und ihr Prestige verliert.“³⁴

Wie die hier genannten Dokumente zeigen, stimmt die Auffassung nicht, dass die führenden Kreise der DDR nicht über die Skinhead-Problematik in der DDR Bescheid wussten und vorhandene Informationen nicht zur Kenntnis nahmen. Sie waren sehr wohl informiert, wurden aber mit diesem Phänomen durch selbstauferlegte Denksperren nicht fertig. Eine Ende 1987 beim MdI gegründete Arbeitsgruppe zu neonazistischen Aktivitäten in der DDR z. B. wurde zwar geduldet, aber nicht besonders gefördert. Ohne Fragen nach den vorhandenen inneren Ursachen aufzuwerfen, wurde alles nur unter dem Blickwinkel einer „ideologischen Diversion“ vom Westen aus gesehen. Statt eine dringend gebotene ideologische Auseinandersetzung einzuleiten, sah man Auswege nur in verstärkten staatlichen Repressionen, in potenzierten Einberufungen zur NVA, in massiven Einreiseverboten von Skinheads, Hooligans und erkannten Neonazis aus Westberlin und der BRD und in großzügigeren Genehmigungen für Skinheads zur Übersiedlung in die Bundesrepublik, wo sich diese Kräfte zumeist gleich wieder in rechtsextremistische Strukturen einreichten. Die Verhinderung einer breiteren öffentlichen Diskussion über die inneren Quellen der Aktivitäten und Gewalttaten von Rechtsextremisten in der DDR trug wesentlich dazu bei, breiten gesellschaftlichen Widerstand gar nicht erst aufkommen zu lassen. Einige Zeitgenossen schlossen daraus, dass dies alles „von der Stasi“ so gewollt war. Dafür ließen sich aber im Nachhinein keine Beweise finden. Dennoch gab es unbestreitbar, wie in Potsdam, bei manchem Volkspolizisten bzw. MfS-Angehörigen eine stille Sympathie mit den auf „deutsche Ordnung“ drängenden Skinheads. „Das wurde nicht von oben befohlen“, stellte dazu Bernd Wagner fest, sondern wurzelte in einer bestimmten preußischen Mentalität³⁵. Andere Angehörige der Sicherheitsorgane hatten einfach Angst, sich diesen Gewalttätern entgegen zu stellen. Bei all diesen kritischen Wertungen darf jedoch nicht außer Betracht bleiben, dass – wie selbst die Gauck-Behörde feststellte – die militante rechtsextremistische Szene „in der DDR nie mehr als eine kleine Minderheit“³⁶ war.

In den 80er Jahren weiteten sich rechtsextremistisches Denken und Handeln in der DDR immer stärker aus. Ursache hierfür war vor allem die sich vertiefende wirtschaftli-

33 Siehe Hermann Langer: Flächenbrand von rechts. Zum Rechtsextremismus im Bundesland Mecklenburg/Vorpommern, Rostock 1993, S. 13.

34 SED-Bezirksleitung Berlin: Zwischeninformation zur Vorbeugung und Bekämpfung von Erscheinungen der Skinheads, Anlage 5 zum Protokoll 03/-9/89 vom 1. März 1989 – im Besitz des Verfassers.

35 Interview mit Bernd Wagner in Klaus Farin/Eberhard Seidel-Pielen: Rechtsruck. Rassismus im neuen Deutschland, Berlin 1992, S. 85.

36 Walter Süß: zur Wahrnehmung und Interpretation ..., a.a.O., S. 4.

che, soziale und politische Krise. Unter anderen Voraussetzungen als in den Jahrzehnten zuvor begann bei verschiedenen Gruppen der Bevölkerung ein Suchen nach Alternativen, die ein Teil der Jugend im Rechtsextremismus zu finden glaubte. Die Ausdrucksformen waren dafür recht verschieden. In Schulen, Berufsschulen und Lehrwerkstätten gab es zum 20. April jedes Jahr vermehrt Geburtstagsfesten für Hitler. In Dresden zogen in geschlossener Formation im April 1988 etwa 15 Jugendliche in einer der Hitlerjugend nachempfundenen Uniformierung mit dem Gruß „88“ (8 für den achten Buchstaben H im Alphabet = HH = Heil Hitler) in einen Jugendklub ein; weil sie sich „korrekt“ benahmen, wurden sie ohne Auseinandersetzung in dieser Jugendeinrichtung geduldet. In Leipzig war der hauptsächliche Ausgangspunkt einer diffusen rechtsextremen Szene der gewaltorientierte Fußballanhang von Chemie und Lok Leipzig. Man prügelte sich, nicht selten marschierten nach auswärtigen Fußballspielen Skinheads, Faschos und Hooligans gemeinsam und lautstark mit dem Hitlergruß durch den Hauptbahnhof den Ausgängen zu.

Hinsichtlich der Leipziger Fußball-Szene schreibt Ray Schneider aus eigenem Erleben: „Spiele Chemie z. B. ab 1987 in Kleinstädten der DDR, knallten die Schuhe der Chemiefans zu Hunderten martialisch im Gleichschritt auf dem Pflaster zwischen Bahnhof und Stadion, hallte ein markerschütterndes ‚Sieg‘ (als Ersatz für Sieg-Heil) durch die Stadt, und das alles trotz Polizeiketten und Stasikameras. SA-Lieder wurden gesungen und abgewandelte Nazi-Symbole verwandt.“³⁷

Gleichzeitig gab es auch mehr rechtsextrem motivierte Gewalttaten, bei denen jetzt oftmals schon Messer, Ketten und Baseballschläger eingesetzt wurde. Neue Akzente zeigten sich des weiteren darin, dass im Frühjahr 1988 von solchen Kräften erstmals Sprengstoffanschläge auf Magdeburger Betriebe verübt wurden und in Karl-Marx-Stadt einem etwas fremdländisch aussehenden Mädchen von rechtsextrem gesinnten Jugendlichen unter übelsten antisemitischen Beschimpfungen ein Davidstern in den Oberarm geschnitten wurde. Skandalös war dabei, dass die Volkspolizei eine derartige Gewalttat bezweifelte.³⁸ Im wachsendem Maße kam es gleichfalls zu gewalttätigen Angriffen von Skinheads auf Homosexuelle, auf nichteuropäische Ausländer, Punks sowie Angehörige der Sicherheitsorgane der DDR und der SED. Schon damals war unter Skinheads die Parole im Umlauf „Ausländer und Kommunisten an die Wand“. Zentren von Skinhead-Gewalt waren in dieser Zeit besonders Ostberlin, Potsdam, Königs Wusterhausen, Schwedt, Dresden, Leipzig und Görlitz. Nach den vorhandenen Unterlagen gab es jedoch bis zur Wende im Herbst 1989 keine Menschen gefährdenden rechtsextrem motivierten Brandstiftungen, keinen rechtsextrem motivierten Totschlag oder Mord.³⁹ Zunehmend brutale Gewaltakte, oft von nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Parolen begleitet, gab es ebenfalls seitens der Hooligans.⁴⁰ Für die Fußball-Saison 1987/88

37 Ray Schneider: Über Leutzsch lacht die Sonne. Über Lok die ganze Welt, in: telegraph, ostdeutsche quartalsschrift, Berlin 1999, Nr. 3, S. 59.

38 Siehe Kurt Hirsch/Peter B. Heim: Von links nach rechts ..., a.a.O., S. 108.

39 Siehe Bernd Wagner: Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern. Studie, in: Bulletin, Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, Berlin 1998, Sonderausgabe, S. 22ff.

40 Zur Situation in Leipzig siehe Antifaschistisches Autorenkollektiv: Leipzig ganz rechts, Leipzig 1995, S. 5.

registrierte das MfS bereits 1 099 Fälle von Hooligan-Randalen und -Exzessen⁴¹, die zum Teil mit vielen polizeilichen Festnahmen verbunden waren.

In dieser Zeit verstärkten sich auch die Kontakte von rechtsextrem gesinnten Skinheads, Faschos und Hooligans aus der DDR zu Neonazis in Westberlin und Westdeutschlands, insbesondere zur FAP, zur Nationalistischen Front und zur Wiking Jugend. Allein im Jahr 1987 reisten nach MfS-Unterlagen 131 Skinheads von Westberlin in die DDR ein⁴², um gemeinsam mit Gesinnungsfreunden Fußballspiele zu besuchen, Informationen und Positionen auszutauschen und zu saufen. Oftmals brachten diese „Gäste“ auch Skinhead-Ausrüstungen sowie Bücher, Videos, Tonbandkassetten, Reizgas, Baseballschläger und Flugblätter mit Texten wie „Gegen den amerikanischen und sowjetischen Imperialismus“ oder „Skinhead-Power sprengt die Mauer!“ mit. Nachweislich gab es solche Kontakte nicht nur in Ostberlins, sondern ebenfalls in Leipzig, Dresden, Rostock und an den Transitstrecken von der BRD nach Westberlin. Die wachsende Zahl von rechtsextrem motivierten Gewalttaten von Skinheads und Hooligans hatte logischerweise auch eine zunehmende Zahl von Strafprozessen – in Sachsen insbesondere in Leipzig, Dresden und Riesa – zur Folge. Die Urteile fielen dabei recht unterschiedlich aus. Während die Gewalttäter von Velten zu Haftstrafen bis zu sechs Jahren verurteilt wurden, kamen die nur wegen „Rowdytum“ und „öffentlicher Herabwürdigung“ bestraften zwölf Skinheads im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Berliner Zionskirche recht milde davon. Erst bei der durch öffentlichen Protest erzwungenen Revisionsverhandlung wurden die rechtsextremen Schläger zu Haftstrafen bis zu vier Jahren verurteilt.⁴³ Ähnlich war es auch 1988/89 beim Prozess gegen die Schänder des jüdischen Friedhofs in der Berliner Schönhauser Allee, die erst durch das protestierende Aufbegehren von Bürgern der DDR im Revisionsverfahren zu hohen Strafen verurteilt wurden. Allein vom Januar bis Dezember 1989 gab es in der DDR 289 Strafverfahren mit einem rechtsextremistischen Hintergrund.⁴⁴ Bei diesen Gerichtsverfahren stellte sich heraus, dass es in den Arbeits- und Schulkollektiven der angeklagten Skinheads und Hooligans kaum Auseinandersetzungen mit deren Denk- und Handlungsweisen gab. Vielfach sah man einseitig nur die guten Arbeitsleistungen dieser jungen Menschen, kümmerte sich nicht um deren Freizeit-Verhalten und hielt das Skinhead-Outfit für einen vorübergehenden Modetick. Aus solchen Gründen war man oftmals von den Vorwürfen der Anklagen überrascht und bezweifelte deren Glaubwürdigkeit. Andererseits hatten man in den Arbeitskollektiven und Schülergruppen nicht selten selbst Vorbehalte gegenüber polnischen Touristen und

41 Siehe Walter Süß: Zur Wahrnehmung und Interpretation ..., a.a.O., S. 18.

42 Siehe ebenda, S. 87ff.

43 Im Dezember 1987 wandte sich der Gemeindegemeinderat der Zionskirche in einem Schreiben an den Regierenden Bürgermeister von Berlin/West, Eberhard Diepgen, mit der Bitte, auch in Westberlin Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen die am Überfall am 17.10.1987 beteiligten Skinheads aus Westberlin einzuleiten (Die Welt, Berlin/West, 2.1.1988). Nach jahrelangen Verzögerungen begann im März 1992 gegen zwei am Überfall beteiligte Skinheads aus Westberlin ein Prozess vor dem Amtsgericht in Berlin-Moabit. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der Verweigerung einer Anhörung von Zeugen wird ein Angeklagter wegen seitheriger guter Führung freigesprochen und der andere Angeklagte zu einer geringfügigen Geldstrafe verurteilt (die tageszeitung, Berlin, 5.3.1992).

44 Interview mit Bernd Wagner, damals Leiter der Abteilung Extremismusbekämpfung im MdI, in: Leipziger Volkszeitung, Leipzig, 6.4.1990.

ausländischen Gastarbeitern in der DDR. Viele Mitglieder der SED und der FDJ fühlten sich in dieser Zeit geistig den Diskussionen mit den jungen Rechtsextremen schon nicht mehr gewachsen.

Die verurteilten Skinheads und Hooligans sahen in ihrer Verurteilung zumeist kein Makel, sondern sonnten sich in der Szene in einer Märtyrerrolle. In den Justizvollzugsanstalten war man personell nicht auf so viele derartige Häftlinge vorbereitet. Da sich diese sehr diszipliniert verhielten, konnten sie sich mit Gleichgesinnten zu Diskussionsrunden zusammenschließen, Freundschaften mit Rechtsextremen aus anderen DDR-Bezirken schließen und zum Teil programmatische Materialien für die sich formierende neonazistische Szene in der DDR ausarbeiten. So entwarf z. B. der in der DDR mehrfach vorbestrafte Neonazi Thomas Kreyßler aus Arnstadt in der JVA Untermaßfeld (Thür.) das Programm für eine noch zu gründende *Nationale Arbeiterpartei Deutschlands* (NAP).⁴⁵ So wurden schon in den DDR-Haftanstalten Grundsteine für eine Ausdehnung des Rechtsextremismus in der DDR und später in den neuen Bundesländern gelegt. Gleichzeitig begann in den 80er Jahren der 1951 in der Bundesrepublik von Nazi- und SS-Größen gegründete Verein *Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte* mit dem Aufbau von direkten Kontakten zu in der DDR verurteilten und inhaftierten Nazi- und Kriegsverbrechern.⁴⁶

In den Publikationen über den Rechtsextremismus in der DDR spielen über die rechts-extrem gesinnte subkulturelle Jugendszene hinaus noch zwei weitere Probleme eine große Rolle: zum einem das Verhältnis der DDR zu den Juden und zum anderen zu den Ausländern in der DDR. Zum ersten Problem sind schon eine Reihe von Büchern unterschiedlicher Qualität erschienen. Deshalb hier nur einige knappe Bemerkungen. Das Verhältnis der DDR zu den Juden war immer etwas ambivalent und hing weitgehend von der politischen Großwetterlage und dem jeweiligen Kurs der Nahost-Politik der Sowjetunion ab. Außerdem gab es nach wie vor bei einem relativ geringen Teil der DDR-Bevölkerung überkommene antisemitische Vorbehalte. Das zeigte sich unter anderem darin, dass es immer wieder zu Schändungen von jüdischen Friedhöfen – auch in Sachsen – kam. In den 80er Jahren waren solche Schändungen vor allem in Ostberlin zu verzeichnen. Hier schändeten z. B. von Januar bis März 1988 fünf Jugendliche fast 200 Gräber auf dem jüdischen Friedhof in der Berliner Schönhauser Allee und warfen Grabsteine um und beschädigten diese. Andere Täter beschmierten Ende 1988 die Mauer des jüdischen Friedhofs in Berlin-Weißensee mit neonazistischen Parolen. Zu Friedhofschändungen kam es in dieser Zeit auch in Thüringen. Schon zuvor hatte 1983 die jüdische Gemeinde in Berlin-Prenzlauer Berg antisemitische Drohanrufe erhalten, denen eine „An die Judenschweine“ adressierte Bombendrohung folgte.⁴⁷ Im Juni 1988 beschäftigte sich das Sekretariat des Zentralrats der FDJ mit der wachsenden Zahl neonazistischer und antisemitischer Schmierereien in polytechnischen Oberschulen, in Berufsschulen und Lehrwerkstätten, die bis zu Parolen wie „Auschwitz muss her“ reichten.⁴⁸ Heinz

45 Siehe Peter Krüger: Thomas K. (22). Porträt eines DDR-Neonazis, Berlin o. J. (1992), S. 16f.

46 Siehe Jens Mecklenburg (Hrsg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 309.

47 Siehe Harry Waibel: Rechtsextremismus in der DDR bis 1989, a.a.O., S. 89.

48 Ebenda, S. 93.

Galinski, damaliger Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, nutzte deshalb am 5. Mai 1988 ein Zusammentreffen mit dem Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Erich Honecker, um seine ernsthafte Besorgnis über den anwachsenden Neonazismus und Antisemitismus zum Ausdruck zu bringen.

1989/90, zum Ende der DDR, gab es auf deren Territorium etwa 300 bekennende Juden in den verschiedenen jüdischen Gemeinden, die eine große materielle und finanzielle Hilfe seitens der Staatsorgane bekamen. In den 80er Jahren wurden außerdem einige Synagogen restauriert und ein Drittel der jüdischen Friedhöfe unter Denkmalschutz gestellt. Aus außenpolitischen Erwägungen verbesserte sich auch das Verhältnis der DDR zum Staat Israel. Nicht von der Hand zu weisen ist die Tatsache, dass sich von den meisten gebürtigen Juden etwa 3 000 bis 4 000 als Atheisten verstanden und in der DDR hohe Funktionen bekleideten bzw. anerkannte Schriftsteller waren. Im Unterschied zu anderen realsozialistischen Staaten waren in der DDR viele Juden Minister, Mitglieder des Zentralkomitees der SED sowie mit Albert Norden und Herrmann Axen im Politbüro des ZK der SED vertreten. In der DDR waren stets mehr Juden in gesellschaftlichen Spitzenpositionen als in all den Jahren der BRD bis zur Einheit beider deutscher Staaten. Für den rechtskonservativen Professor an der Münchener Hochschule der Bundeswehr, Michael Wolffsohn, sind in seinem Buch „Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden“ (München 1995) Stefan Heym, Arnold Zweig, Anna Seghers, Stephan Hermlin, Alexander Abusch, Klaus Gysi und andere nur „nützliche Idioten“ der SED. Ein deutliches Urteil über dieses Buch fällt der bekannte sozialdemokratische Publizist Klaus-Henning Rosen mit den Worten: „Schade, dass man dieses Buch nach der Lektüre verärgert weglegt. Den Anspruch, als Historiker Ernst genommen zu werden, löst Wolffsohn mit dieser Zitatencollage nicht ein.“⁴⁹ Schließlich gilt es des weiteren festzustellen, dass es einen solchen krassen Antisemitismus wie in der Sowjetunion, der Volksrepublik Polen und anderen osteuropäischen Staaten in der ganzen Zeit der Existenz der DDR nie gegeben hat.

Was das Verhältnis der DDR bzw. von DDR-Bürgern zu den Ausländern betrifft, so waren die 80er Jahre durch ein Anwachsen vorher nicht gekannter Komplikationen gekennzeichnet. Zuvor gab es in der ethnisch weitgehend monolithen DDR kaum rassistisch motivierte Gewalttaten. Das änderte sich besonders ab Mitte der 80er Jahre, als schlagartig ohne größere psychologische und politische Vorbereitung der Bevölkerung die Zahl der ausländischen Vertragsarbeiter um das Dreifache anstieg und bei Teilen der DDR-Bewohner ein Wiederaufleben völkischen Denkens begünstigte. Zudem war die staatliche Politik gegenüber den Ausländern generell recht zwiespältig. Die renommierten Rostocker Wissenschaftler Eva-Maria Elsner und Lothar Elsner, die sich jahrzehntelang mit dieser Problematik beschäftigten, gelangen zu der Feststellung: Die „Frage, ob die DDR eine demokratische, von der Idee der internationalen Solidarität getragene Politik gegenüber den eingewanderten Ausländern entwickelt hat, muss, so generell gestellt, verneint werden. Es gab einerseits eine zunehmend nationalistische Ausländerpolitik, die durch die Partei- und Staatsführung bestimmt wurde. Andererseits ist das Bemühen vieler DDR-Bürger, die in den Betrieben, als Betreuer in Wohnheimen, in Gewerkschaf-

49 blick nach rechts, Bonn, 29.11.1995, S. 11.

ten oder anderswie Kontakte zu Ausländern unterhielten, hervorzuheben, den Gedanken der internationalen Solidarität auch auf das Zusammenleben von DDR-Bürgern und Ausländern in- und außerhalb der Betriebe auszudehnen.“⁵⁰ 1989, zum Zeitpunkt der politischen Wende, lebten in der DDR – ohne Touristen, Diplomaten, Monteure westlicher Firmen und Geschäftsreisende – rund 700 000 Ausländer (4,4% der Bevölkerung), davon waren über 500 000 Angehörige der Sowjetarmee und ihre Familienangehörigen. Auf Anordnung der Moskauer Führung lebten diese weitgehend isoliert und ghettoisiert in ihren Kasernen. Individuelle Kontakte waren selbst zu den Mitgliedern der SED nicht erwünscht. Von den anderen 191 190 Ausländern (1,3% der Bevölkerung) waren 135 000 Berufstätige und ca. 10 000 Studenten. Diese Ausländer kamen aus über 40 Staaten der Erde. Die Masse jedoch, etwa 80%, kamen aus Vietnam, Polen, Ungarn, Mosambik und der Sowjetunion. In der Mitte der 80er Jahre war in der DDR die Zahl der ausländischen Vertragsarbeiter von etwa 30 000 auf über 100 000 angewachsen, von denen über die Hälfte in südlichen Bezirken der DDR und in Ostberlin eingesetzt war. Knapp 30% der ausländischen Bürger in der DDR waren Frauen, von denen rund 43 000 mit DDR-Bürgern bzw. Bürgerinnen verheiratet waren.⁵¹ Dominierte in den Jahrzehnten zuvor die Berufsausbildung von Bürgern aus Länder der dritten Welt – hier absolvierten allein nach Angaben des Wirtschaftsministers von Sachsen-Anhalt, Matthias Gabriel (SPD), über 60 000 Vietnamesen eine Facharbeiter- oder Hochschulausbildung⁵² –, so wurden jetzt die Vertragsarbeiter vor allem in Schwerpunktbetrieben als Ersatz für fehlende Arbeitskräfte eingesetzt.

Hinsichtlich einer, wenn auch nur partiellen, Integration der Vertragsarbeiter in die DDR-Gesellschaft war die Situation recht differenziert. Während ihres Aufenthalts in der DDR hing das oftmals von Gunst und Ermessen der staatlichen Behörden ab, da Ausländer über keine einklagbaren Rechte verfügten. Allerdings brauchten Ausländer im Unterschied zur BRD in der DDR keine spezielle Arbeitserlaubnis. Für die Ausländer galten die gleichen sozialen Rechte wie für DDR-Bürger, sie erhielten den gleichen Lohn wie ihre deutschen Kollegen und zahlten niedrige Mieten. Im Rahmen der Gewerkschaften gab es eine begrenzte Mitbestimmung.⁵³ Ab 1989 hatten Ausländer des weiteren das kommunale Wahlrecht. Entgegen mancherlei Behauptungen über eine Ghettoisierung dieser Vertragsarbeiter in der DDR muss festgestellt werden, dass diese in der Regel wie die Studenten und auswärts tätigen deutschen Arbeiter in Wohnheimen inmitten der Wohngebiete der DDR-Bevölkerung untergebracht waren. Beschränkungen für sie gab es einerseits durch Festlegungen in den Staatsverträgen mit den Entsendeländern. Beide Seiten waren an keiner dauerhaften Ansiedlung in der DDR interessiert. Außerdem verlangten die meisten entsendenden Staaten, dass die Vertragsarbeiter einen Teil ihres

50 Eva-Maria Elsner/Lothar Elsner: Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR, hefte zur ddr-geschichte, Berlin 1992, S. 41.

51 Siehe Eva-Maria Elsner/Lothar Elsner: Ausländerpolitik und Ausländerfeindschaft in der DDR 1949-1990, a.a.O., S. 13; Irene Runge: „Auf einmal war ich Ausländer...“, a.a.O., S. 354.

52 Siehe Constance Kenna (Hrsg.): Die „DDR-Kinder“ von Namibia, Göttingen/Windhoek 1999; Volksstimme, Magdeburg, 15.4.1999; Hans-Georg Schleicher: Die „Ossis“ von Windhoek, in: Neues Deutschland, Berlin, 25./26.9.1999.

53 Siehe Eva-Maria Elsner/Lothar Elsner: Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR, a.a.O., S. 42.

Lohnes bei den Botschaften ablieferen. Unerwünscht war eine Familiengründung und bis 1988 auch Schwangerschaften, die bis dato zu einer meist nicht freiwilligen Rückkehr in die Heimatländer führte. Andererseits wurde in den Wohnheimen die sowieso schon engherzige Rahmen-Heimordnung durch manchen deutschen Tugendwächter – auch bei deutschen Arbeitern – recht kleinlich ausgelegt, was bei den ausländischen Arbeitern oft zu Einschränkungen in ihrem persönlichen Leben führte. Nach der Wende gaben rund 70% der 1990 befragten ausländischen Vertragsarbeiter an, „von den DDR-Behörden korrekt behandelt worden zu sein“.⁵⁴ In den Arbeitskollektiven wurden die ausländischen Arbeiter vielfach auch in das außerbetriebliche Brigadeleben mit einbezogen. Es gab keine Verbote, dies zu tun. Nach einer Rostocker Untersuchung nach 1989 gab etwa ein Drittel der befragten Einwohner dieser Stadt an, so gut wie nie in der DDR mit Ausländern in Kontakt gekommen zu sein; rund 45% bestätigten dagegen Beziehungen mit Ausländern im Arbeitsprozess oder beim Studium.⁵⁵ Ethnische Konflikte in den Betrieben waren bis 1989 recht selten, aber es gab zum Teil Schikanen, wenn ausländische Arbeiter die vorgegebenen Normen übererfüllten. So wurden zum Beispiel schon 1981 junge deutsche Arbeiter des LKW-Werkes in Ludwigsfelde bei Potsdam vom Kreisgericht Zossen zu Freiheitsstrafen verurteilt, weil sie aus diesem Grunde vietnamesische Arbeiter in deren Wohnheim überfallen hatten.⁵⁶

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre kam es in der DDR zu einem massiven Anwachsen von Aversionen gegen Ausländer. Spekulative Hamsterkäufe von knappen Lebensmitteln und anderen Konsumgütern, insbesondere aber bösartige Gerüchte heizten das Klima weiter an; dem wurde offiziell kaum etwas entgegengesetzt. Teile der Bevölkerung meinten sogar, den Ausländern würde in der DDR „Zucker in den Hintern geblasen“ und glaubten dem Gerede, dass ausländische Arbeiter – nicht nur die Monteure westlicher Firmen – in den selbst heiß begehrten Westdevisen bezahlt würden. Das war jedoch nie der Fall. Von den Rechtsextremen in der DDR wurde diese Situation genutzt, um weitere böswillige Verdächtigungen zu streuen. So behaupteten sie, die Ausländer brächten AIDS in die DDR und würden Frauen zur Prostitution verleiten.⁵⁷ Die Folge der anwach-

54 Andreas Muggenburg: Die ausländischen Vertragsarbeitnehmer in der ehemaligen DDR. Darstellung und Dokumentation, Berlin 1996, S. 25.

55 Siehe Karl-Otto Richter/Bernhard Schmidtbauer: Zur Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock-Stadt. Empirische Ergebnisse aus dem Frühjahr 1992, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn, B 2/3, 8.1.1993, S. 53. Ines Schmidt berichtet über eine im August/September 1990 durchgeführte Umfrage unter ausländischen Vertragsarbeitern in der DDR. Danach ergab sich folgendes Bild: 73,6% meinten rückblickend auf die erste Zeit in der DDR: Das Verhältnis der Arbeitskollegen war freundlich, verständnisvoll und hilfsbereit. Nach der Wende sank dieser Prozentsatz auf 53,2%; 21,6% der Arbeitskollegen verhielten sich gleichgültig und desinteressiert. Nach der Wende stieg dieser Prozentsatz auf 31,8%; 4,7% der Arbeitskollegen verhielten sich ablehnend. Dieser Anteil stieg nach der Wende auf 15%. Ines Schmidt: Erfahrungen von Ausländern in der DDR zur Zeit der Wende, in: Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Soziale Ungleichheit und Gewalt. Ein Reader für MultiplikatorInnen in der Schule und der Jugendarbeit, Düsseldorf 1991, S. 41/42.

56 Siehe Eva-Maria Elsner/Lothar Elsner: Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Über Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR 1949-1990, Rostock 1994, S. 56.

57 Siehe Bernd Wagner: Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, a.a.O., S. 33ff.

senden Ressentiments gegenüber Ausländern war, dass sich die Rechtsextremen ermuntert fühlten, verstärkt verbal und mit körperlicher Gewalt gegen Ausländer vorzugehen. Im Januar 1988 kam es in Karl-Marx-Stadt nach einem Heavy metal-Konzert zu gewalttätigen Ausschreitungen gegenüber ausländischen Jugendlichen; in Halle/S. wurden fast zur gleichen Zeit im April 1988 fünf Jugendliche verurteilt, die einen Mosambikaner brutal zusammengeschlagen hatten; im Januar 1989 misshandelten auf dem Ostberliner Alexanderplatz 15 Skinheads unter Gebrüll von „Negerschweine“, „Ausländer raus!“ vier Studenten aus der Volksrepublik Kongo in brutalster Art und Weise; schließlich kam es am 1. Mai 1989 in Guben zu einer Massenschlägerei von deutschen Jugendlichen und Mosambikanern, die erst durch das Eingreifen herangeführter Polizeikräfte beendet werden konnte. In diesen Monaten beschwerten sich auch die Botschafter von Kuba und Mosambik beim DDR-Außenministerium, dass in letzter Zeit ihre Staatsbürger in der DDR im wachsendem Maße beschimpft und tätlich angegriffen würden.

Das geschilderte Verhältnis zu den Ausländern in der DDR demonstrierte, dass Nationalismus und Rassismus, die Kernelemente des Rechtsextremismus, schon längst kein Jugendproblem mehr waren. Das offenbarte sich auch deutlich in anderen gesellschaftlichen Sektoren. In der NVA hatte sich in dieser Zeit aus Skinheads und deren Sympathisanten eine offen rechtsextremistische Gruppe gebildet, die andere Soldaten tyrannisierte und sich offen zum Neonazismus in der BRD bekannte.⁵⁸ In einem anderen Fall terrorisierten 1988 Polizeischüler bei ihrer Grundausbildung in Neustrelitz über Wochen hinweg einen jüdischen Polizeianwärter, was soweit ging, dass sie ihn nachts mit den Worten „Du kommst nach Auschwitz!“ aus dem Schlaf rissen.⁵⁹ Die Unterwanderung der NVA zeigte sich ferner darin, dass sich im Ministerium für Nationale Verteidigung unter dem Dach des *Kulturbundes* eine ultrarechte nationalistische *Arbeitsgemeinschaft Preußische Geschichte* bildete, aus der nach der Wende Oberst Hermann Flemmig als stellvertretender Landesvorsitzender der rechtsextremen *Republikaner* hervorging. In einem anderen Bereich organisierten etwa ab Mitte der 80er Jahre nationalistische Kräfte unter den ehemals aus den Ostgebieten und den Sudeten Vertriebenen regelmäßige informelle Treffen von ähnlich Denkenden in Potsdam, Frankfurt/O., Görlitz, Zittau und anderen DDR-Orten. Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich gleichfalls an Universitäten und Hochschulen der DDR. Nach der den *Deutschen Burschenschaften nahestehenden* Zeitschrift „*Zeitenwende*“ (Nr. 4/1990, S. 65) existierten 1989 „in der DDR etwa 18 Korporationen bzw. verbindungsähnliche Zusammenschlüsse von rund 300 Studenten und Akademikern“. Solche burschenschaftlichen Strukturen gab es unter anderem in Dresden, Leipzig, Freiberg und Karl-Marx-Stadt. Ein erstes Treffen zur Abstimmung ihrer Aktivitäten fand am 29. Mai 1986 im sächsischen Schmiedeberg statt, an dem weit rechts orientierte studentische Gruppierungen aus Dresden, Freiberg, Leipzig, Jena und Magdeburg teilnahmen. Neuartige Initiativen zur Einwirkung auf die DDR gab es des Weiteren von verschiedenen weit rechts angesiedelten Gruppierungen der BRD. So versuchte zum Beispiel der rechtsradikale *Bund Heimattreuer Jugend* (BHJ) im Rahmen von Touristenreisen Kontakte zu Jugendclubs in der DDR zu knüpfen. Fraktionen der rechts-

58 Siehe Der Tagesspiegel, Berlin, 24.9.1998.

59 Klaus Farin/Eberhard Seidel-Pielen: Rechtsruck ..., a.a.O., S. 86.

extremen NPD in westdeutschen Kommunalparlamenten waren wiederum bestrebt, Städtepartnerschaften zu Kommunen der DDR zu nutzen, um Beziehungen zu Kommunalvertretern der NDPD aufzubauen, was aber zunächst scheiterte.

Am Vorabend der Wende in der DDR hatte sich damit ein vielfältiges Spektrum rechts-extremistischer Aktivitäten herausgebildet, in dem aber nach wie vor rechtsextrem gesinnte Skinheads, Hooligans und Faschos den Ton angaben. Politisch orientierten sie sich zumeist an den rechtsextremen *Republikanern*, die nach ihrem Wahlerfolg in Berlin/West im Januar 1989 in der DDR von Rostock bis Dresden viele Sympathisanten gewonnen hatten. Über diese Szene hinaus gab es nach bisherigen Kenntnissen in der DDR keine weiteren organisierten stabilen Strukturen von Neonazis oder anderen Rechtsextremisten.

Die extremen Rechten in den letzten Monaten der DDR

Über das Agieren der rechtsextremen Kräfte in der DDR liegen, obwohl in den Medien seit Oktober 1989 offener darüber berichtet wurde, noch keine, das gesamte Gebiet der einstigen DDR umfassenden wissenschaftlichen Analysen vor. Unklar und kaum erforscht ist das Verhalten der rechtsextrem gesinnten Skinheads, Hooligans und Faschos in den entscheidenden Monaten Oktober und November 1989. Es ist kaum anzunehmen und Indizien sprechen auch dagegen, dass sich diese Kreise in den genannten Wendetagen wie Klosterzöglinge verhielten. Vieles vollzog sich bis zur Angliederung der DDR an die BRD chaotisch. Die alte Rechtsordnung wurde im wachsendem Maße nicht mehr für voll genommen und die neue war noch nicht in Kraft. So entstand ein gesellschaftlicher Freiraum, der die weitere Entfaltung des rechten Extremismus in der Noch-DDR enorm begünstigte.

Eine äußerst negative Begleiterscheinung der politischen Wende in der DDR war ein schnelles Anwachsen von politischer Intoleranz, Nationalismus, Rassismus und politischer Gewalt. Es kam zu einem explosionsartigen Anwachsen von Ausländerfeindlichkeit. Nach einer vom Zentralinstitut für Jugendfragen in Leipzig im Oktober 1989 durchgeführten Umfrage tendierten in dieser Zeit bereits 2% der befragten DDR-Jugendlichen zu rechtsextremen Ansichten.⁶⁰ In vielen Städten der DDR wurden im ansteigendem Maße Ausländer und Linke angepöbelt, gejagt und zusammengeschlagen. Nach Angaben des Zentralen Kriminalamtes der DDR gab es von November 1989 bis 30. Juni 1990 auf dem Gebiet der DDR 667 Bombendrohungen gegen Bahnhöfe, Schulen, Krankenhäuser, Jugendklubs und Betriebe, darunter gegen eine Förderbrücke im Braunkohlen-Tagebau Cottbus-Nord. Zu einem beachtlichen Teil waren diese Gewaltandrohungen mit offenen Bekenntnissen zum Rechtsextremismus verbunden. Vor allem in Süden der DDR gab es auch eine Reihe von Morddrohungen und Forderungen zum Lynchmord an Funktionären der DDR. Schon am 17. November 1989 wies Kurt Goldstein, Mitglied des Präsidiums des *Komitees Antifaschistischer Widerstandskämpfer* in der DDR, in einem ADN-Interview darauf

60 Siehe Interview mit Wolfgang Brück, in: Neues Deutschland, Berlin, 16.12.1989.

hin, dass die rechtsextremistischen Aktivitäten in der DDR nicht nur auf Einflüsse vom Westen zurückzuführen, sondern „auch die Folge von Fehlentwicklungen in unserem Land sind“.⁶¹

Nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 entstand für die Rechtsextremisten in der DDR eine neue Situation. Viele Skinheads, Neonazis und Hooligans aus der DDR zogen erst einmal gen Westen, um sich für die 100 DM Begrüßungsgeld der BRD mit Bomberjacken, Doc Martens Schuhen, Gas- bzw. Schreckschusspistolen, scharfen Waffen, Reiz- und Tränengas, Baseballschlägern, Wurfsternen usw. einzudecken. Verstärkt unternahm man jetzt gleichfalls gemeinsam mit Westberliner Neonazis Grabungen nach Waffen, Orden und anderem militärischen Beiwerk auf Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges in der Mark Brandenburg. Einige der Faschos waren auch bestrebt, Angehörigen der Sowjetarmee Waffen abzukaufen und zunächst einzubunkern. Andererseits unternahm schon in dieser Zeit Rechtsextreme aus Ost und West Reisen durch die DDR, um zu erkunden, wie man am besten die eigenen Strukturen auf neue Territorien ausdehnen könne.

Neuer Schwung kam in die rechtsextreme Szene durch die Amnestie des DDR-Staatsrates vom 6. Dezember 1989. Dieser Straferlass brachte vielen verurteilten rechtsextremen Skinheads und Faschos die Freiheit, die sich mit ihren neuen Erfahrungen sofort in die vorhandenen rechtsextremen Strukturen einordneten. In dieser Zeit kam es in der Nacht zum 28. Dezember 1989 mit der rechtsextremen Besudelung des sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Treptow zu ersten großen neofaschistischen Provokation. Entgegen den Unterstellungen von der FAZ bis zur taz, das wäre ein „Werk der Stasi“, erbrachten intensive Nachforschungen der Gauck-Behörde für solche Behauptungen keinerlei Beweise. Nach Meinung des wissenschaftlichen Mitarbeiters dieser Behörde, Walter Süß, sprechen vielmehr alle Indizien dafür, dass Rechtsextreme „aus dem Westen einen Ausflug in den Osten“ unternahm und dabei die Schändung des Ehrenmals vollzogen.⁶²

Zentren rechtsextremistischer Aktivitäten in der DDR waren zur damaligen Zeit vor allem Ostberlin, Leipzig und Dresden, wobei nach allen jetzt zur Verfügung stehenden seriösen Untersuchungen bis zur letzten Volkskammerwahl im März 1990 Leipzig der hauptsächliche Brennpunkt war. Nirgendwo sonst in der DDR agierten die Rechtsextremisten aller Schattierungen so offen und ungehindert.⁶³

Leipzig war mit seinen Montagsdemonstrationen das wichtigste Herzstück der demokratischen Wende in der DDR. Bald gab es aber in diesen Demonstrationen wesentliche Veränderungen im Inhalt der Losungen und der soziopolitischen Zusammensetzung. Hieß es anfangs „Wir sind das Volk!“, wurde daraus schon im November 1989 „Wir sind ein Volk!“⁶⁴ und im Dezember 1989 „Deutschland einig Vaterland!“ und „Rote raus!“. Bereits am 4. Dezember zeigte es sich, dass die Neonazis an die Spitze der Montagsdemonstrationen drängten und auf Transparenten die Einheit Deutschlands in den Gren-

61 Berliner Zeitung, Berlin, 18./19.11.1989.

62 Siehe Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 1999.

63 Siehe Antifaschistisches Broschürenkollektiv Leipzig (Hrsg.): Leipzig ganz rechts. Eine Dokumentation rechtsextremer Aktivitäten in Leipzig 1989-1995, Leipzig o.J. (1995).

64 Diese Parole verbreitete mit Aufklebern schon 1982 die ultrarechte BRD-Zeitschrift MUT; auch die rechtsextreme NPD ging mit dieser Losung schon in den 80er Jahren in Westdeutschland hausieren.

zen von 1937 forderten. Darüber schrieb am 5. Dezember 1989 die „Süddeutsche Zeitung“: „Redner, die auch nur Bedenken gegen den nationalen Rausch anmeldeten, wurden gnadenlos ausgebuht, konnten zum Teil nicht weiter sprechen.“ Stolz schreibt zehn Jahre nach diesen Demonstrationen im November 1999 die NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ zum Eingreifen der westdeutschen Neonazis in den Prozess der Leipziger Demonstrationen:

„Die ersten Male marschierten wir einfach mit ... doch schon bald beteiligten wir uns mit eigenen Transparenten und skandierten eingeübte Sprechchöre, die begeistert von den Massen aufgenommen wurden. Von Demo zu Demo gelang es uns besser, die Ausrichtung der politischen Forderungen zu beeinflussen ... Ganz unbeteiligt waren diese gemeinsamen Aktivitäten nicht daran, dass aus dem Ruf ‚Wir sind das Volk!‘ der Ruf ‚Wir sind ein Volk!‘ wurde ...“

Die Rechtswendung der Demonstration verleidete immer mehr Leuten die Teilnahme an dieser Manifestation. Am 13. Dezember war die Zahl der Demonstranten von einst etwa 300 000 auf rund 150 000 zurückgegangen.

Eine neue Qualität erlangte die Demonstration ab Mitte Dezember 1989, als immer mehr Rechtsextreme aus Westdeutschland und Westberlin massiv bei dieser Willensbekundung mitmischen wollten. Leipzig entwickelte sich in dieser Zeit durch einen solchen Polittourismus zum Mekka der Rechtsextremen. Nachweislich agierten in diesen Wochen in Leipzig, zum Teil mit ihren Führungskadern, die NPD mit ihrer Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten* (JN), die *Republikaner*, die DVU, die *Wiking Jugend*, Neonazis aus dem Kreis um Michael Kühnen, die nationalrevolutionäre *Gruppe 146* mit ihrer Zeitschrift „wir selbst“ aus Koblenz, Redakteure der Zeitschrift „Nation & Europa“ aus Coburg sowie Skinheads aus Westberlin, Kassel, Frankfurt am Main und anderen westdeutschen Städten. Alle diese Gruppierungen überschütteten Leipzig mit einer Lawine ihrer Propagandamaterialien. Nach den Leipziger Demonstrationen reisten solche Rechtsextremen dann oftmals nach Dresden, Magdeburg und andere größere und kleinere Städte der DDR, um hier für ihre Gruppierungen das Terrain zu erkunden. Im Januar 1990 dominierten dann bei den Demonstrationen immer mehr die Rechtsextremen, die unter der Reichskriegsflagge (ihr Ersatz für die Hakenkreuzfahne) aufmarschierten. Am 29. Januar – an anderer Stelle in Leipzig liefen zu dieser Stunde die Vorbereitungen für die Gründung des ersten Kreisverbandes der *Republikaner* in der DDR – verliessen am Ende der Demonstration rund 300 Skinheads in geschlossener Formation und im Gleichschritt den Leipziger Opernplatz und sangen das Nazilied „Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt“. Unter Zeigen des Hitlergrußes erklangen Sprechchöre wie „Sieg Heil!“, „Rotfront verrecke!“ und „Modrow, Gysi an die Wand – Deutschland einig Vaterland!“ Die Polizei in Leipzig sah diesem Treiben zumeist tatenlos zu. Die Leipziger Montagsdemonstrationen endeten dann am Rosenmontag, dem 26. Februar 1990, in einer nationalistischen Orgie und einem wilden Besäufnis.⁶⁵ Als schließlich am

65 Siehe Peter Förster/Günter Roski: DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch, Berlin 1990; Kurt Mühler/Steffen H. Wilsdorf: Die Leipziger Montagsdemonstration – Aufstieg und Wandel einer basisdemokratischen Institution des friedlichen Umbruchs im Spiegel empirischer Meinungsforschung, in: Berliner Journal für Soziologie, Berlin 1991, Bd. 1, S. 37-45.

14. März 1990 Helmut Kohl, seinerzeit Bundeskanzler der BRD, zur Volkskammerwahl im Zentrum von Leipzig sprach, jagten unter dem Beifall von Kundgebungsteilnehmern Neonazis alle Gegendemonstranten, Linken und Ausländer und versuchten, die Mensa der Karl-Marx-Universität mit Gewalt zu stürmen.

Zum Zentrum des Rechtsextremismus in Ostberlin entwickelte sich 1990 die von Naziskins aus der *Bewegung 30. Januar* in Berlin-Lichtenberg am 31. Januar 1990 gegründete neonazistische Gruppe *Nationale Alternative* (NA). Die aus Westberlin in den Osten entsandten Emissäre der Republikaner und der Jungen Nationaldemokraten, die eigene Strukturen aufbauen sollten, spielten lange Zeit in Ostberlin nur am Rande eine Rolle. Die NA wurde hingegen von Anfang an von Paten aus den Gruppierungen um Michael Kühnen ideologisch und organisatorisch betreut. Eine aktive Rolle nahmen dabei auch Führungskräfte der *Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition* (VAPO) aus Österreich ein. Aus diesem Alpenland erhielt die NA auch Hinweise, an welche Professoren, Ärzte und Rechtsanwälte sich die NA in Westberlin wenden sollte, um an Geld heranzukommen. In Nachahmung von Taktiken linker Autonomer besetzte die NA am 28. Februar 1990 in Berlin-Lichtenberg mehrere Häuser und erreichte damit, dass die volkseigene Kommunale Wohnungsverwaltung dieses Stadtbezirks ihnen am 5. März einen regelrechten Mietvertrag für die Weitlingstraße 122 anbot. Die NA richtete dort ihre Parteizentrale ein. Widerspruchslos wurde die neonazistische NA auch am 5. März 1990 in das neue DDR-Parteienregister aufgenommen. Mitte 1990 verfügte die NA schätzungsweise über 600 Mitglieder und engere Sympathisanten, die in dieser Zeit an vielen rechtsextremen Provokationen und Gewalttaten beteiligt waren. In der zweiten Hälfte des Jahres 1990 setzte bei der NA durch innere Auseinandersetzungen ein Zerfall ein. Viele NA-Anhänger schlossen sich danach der neonazistischen *Deutschen Alternative* (DA) an oder gründeten eigene neonazistische Zirkel. Eine beachtliche Anzahl glitt aber auch völlig ins kriminelle Milieu ab.

Im Unterschied zu anderen Städten in der DDR kam es im Oktober/November in Dresden mehrmals zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, die bis zur Plünderung von Geschäften gingen. Als Bundeskanzler Helmut Kohl am 18. Dezember 1989 in Dresden sprach, wollten Ultrarechte eine Pogromstimmung entfachen und riefen fast ununterbrochen „Rote raus – Werft sie in die Elbe!“ Zur ersten weiterreichenden Formierung neonazistischer Kräfte kam es in Dresden Ende 1989. Gemäß einer strategischen Planung für den „Aufbau Ost“ gründeten Anhänger des neonazistischen Führers Michael Kühnen in Dresden eine Ortsgruppe der „Deutschen Alternative“ (DA). Von Dresden aus beabsichtigten Kühnen und seinen Mannen, die DDR aufzurollen. Aus formalen Gründen und persönlichen Rivalitäten in der Szene konnte Dresden diese Aufgabe nicht lösen. Diese Mission übernahm dann die fast zur gleichen Zeit installierte DA-Ortsgruppe unter Leitung von Frank Hübner in Cottbus.

Die nach dem Herbst 1989 verstärkten Bemühungen fast aller rechtsextremistischen Organisationen Westdeutschlands um eine Ausdehnung nach Ostdeutschland stießen hier nicht immer auf Gegenliebe. Viele Rechtsextremisten der Noch-DDR wollten eigene und unabhängige Vereinigungen aufbauen. Ein exemplarisches Beispiel für dieses Konfliktfeld war das Verhältnis der NPD zu ihren Sympathisanten in der DDR. Zunächst versuchte die NPD weiterhin, Kooperationspartner in der NDPD der DDR zu finden. Dafür wurden

wie zuvor Kontakte über die Städtepartnerschaften genutzt. So trafen sich zum Beispiel im Dezember 1989 fünf Vorstandsmitglieder der NPD aus Frankfurt a. M. mit Führungskadern der NDPD in Frankfurt/O. Zugleich wandte sich die NPD mit Briefen an die NDPD-Bezirksvorstände in Leipzig, Magdeburg, Gera und Neubrandenburg und bot eine Zusammenarbeit an. Das wurde recht schnell vom NDPD-Hauptvorstand abgeblockt, was aber NDPD-Mitglieder in Ostberlin nicht daran hinderte, Kontakte mit der NPD in Westberlin aufzunehmen und zum Teil dort Mitglied zu werden. Gegen Ende 1989 wurde der NPD klar, dass ihre bisherige Orientierung kaum zum Erfolg führen würde. Junge Nationaldemokraten begannen, in Ostberlin und Leipzig eigene Ortsgruppen aufzubauen. Das Gros der NPD-Sympathisanten in der DDR wollte sich aber nicht auf eine solche kalte Art einvernehmen lassen. Diese Kreise bildeten dann mit aktiver westdeutscher Hilfe Ende Januar 1990 in Leipzig den ersten Kreisverband der Partei der *Mitteldeutschen Nationaldemokraten* (MND). Kreisvorsitzender dieser Partei wurde der 22-jährige Wärmetechniker Dirk (Mike) Zimmermann. Bald übten diese Rechtsextremisten, die intensiv in der BRD von der NPD für ihre künftigen Aufgaben geschult wurden, einen stärkeren Einfluss auf die rechtsextreme Szene der Messestadt als die *Republikaner* aus. Der erste Landesverband der MND wurde dann am 3. März 1990 in Sachsen-Anhalt gebildet; die Konstituierung als DDR-weite Partei wurde jedoch auf einen Termin nach den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 verschoben.

Auch die *Republikaner* hofften, mit der politischen Eroberung der DDR ein leichtes Spiel zu haben. Bereits am 27. Oktober 1989 verkündete deren damaliger Bundesvorsitzender Franz Schönhuber in einem dpa-Interview, seine Partei finde in der DDR eine „noch größere Zustimmung“ als in der BRD und sein damaliger Pressesprecher spekulierte bei künftigen Wahlen hier mit einer Zustimmung von mindestens 15% der Wähler.⁶⁶ Nachdem die *Republikaner* durch ihre massive Teilnahme an den Leipziger Montagsdemonstrationen kräftig um Sympathisanten geworben hatten, wurde mit großem Medienrummel am 29. Januar 1990 im Leipziger Hotel am Westpark von rechtsextrem gesinnten DDR-Skinheads der erste Kreisverband der *Republikaner* (REP) in der DDR gebildet. Bald danach wurde die Gründung von REP-Kreis- und Ortsverbänden in Borna, Görlitz, Karl-Marx-Stadt, Eilenburg und Pegau bekanntgegeben. In dieser Zeit erklärte der schon genannte Harald Neubauer, bezogen auf die Region Leipzig: „Unsere Partei findet eine erhebliche Resonanz, unsere Leute schwimmen dort wie Fische im Wasser.“⁶⁷ Schon vorher hatten vorwiegend aus Sachsen 60 „Ehregäste“ am Programm-Parteitag der *Republikaner* Mitte Januar im bayrischen Rosenheim teilgenommen. Welcher Geist die *Republikaner* der DDR beherrschte, verdeutlichte ein Interview mit Jens Sárkosi, Mitbegründer des Leipziger REP-Kreisverbandes, der erklärte: „Wir sind das kultivierteste Volk in Europa, wenn nicht sogar der ganzen Welt“; gemeinsam mit allen Republikanern strebe man nach einem Deutschland in den Grenzen von 1937 und er könne sich auch durchaus vorstellen, dass das afrikanische Namibia – einst als „Deutsch-Südwest-Afrika“ kaiserliche Kolonie – ein „Bundesland unter deutscher Vorherrschaft“ wird.⁶⁸

66 Siehe Interview mit Harald Neubauer in der Illustrierten „Quick“, München, 9.1.1990.

67 Interview mit Harald Neubauer, in: Die Welt, Berlin/West, 30.1.1990.

68 Interview mit der Tageszeitung Junge Welt, Berlin, 31.1.1990.

Auf Druck der Öffentlichkeit beschloß hiernach die Volkskammer der DDR am 5. Februar 1990 mit nur einer Gegenstimme und vier Enthaltungen das Tätigkeitsverbot für die Republikaner auf dem Gebiet der DDR. Aber schon damals reichte die Kraft der DDR nicht mehr aus, dieses Verbot überall konsequent durchzusetzen. Erreicht wurde aber immerhin, dass sich die Republikaner zunächst scheuten, weitere Kreis- und Landesverbände offiziell auf dem Boden der DDR zu gründen. Im Beisein von Franz Schönhuber wurde der REP-Landesverband Brandenburg am 9. Februar in Westberlin aus der Taufe gehoben, ebenfalls am gleichen Ort am 17. März 1990 der REP-Kreisverband Ostberlin. Politisch bemerkenswert war in diesen Tagen, dass am 15. März 1990 der REP-Landesvorstand in einer Mitteilung an die Presse dazu aufrief, bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 die *Deutsche Soziale Union* (DSU) zu wählen, da diese Partei „eindeutig die den Republikanern am nächsten stehende politische Kraft in der ‚DDR‘“ sei.⁶⁹

Im Unterschied zu *Republikanern* und NPD wollte die DVU sich zunächst mit der politischen Landschaft der DDR vertraut machen und verzichtete daher vordergründig auf die Bildung eigener Strukturen und lud besonders aus Sachsen und Thüringen viele DDR-Bürger bei freier Fahrt und Beköstigung zu politischen Veranstaltungen nach Bayern ein. Anders verhielten sich die im rechtsextremen Sinne politisierten Skinheads und Hooligans. Sie schwärmten besonders in die kleineren und mittleren Städte der DDR aus, um hier neue Anhänger zu rekrutieren. Erstmals meldeten sich in dieser Zeit in der DDR auch Sympathisanten der linksorientierten Red-Skins zu Wort. Einer von ihnen erklärte in einem Brief an die Zeitung „Neues Deutschland“: „Ich bin Skinhead-Sympathisant, aber niemals lasse ich mich von den Faschisten missbrauchen, denn sie sind die Todfeinde unserer Working Class. Für mich wird es eine Selbstverständlichkeit sein, an Antifa-Aktionen gegen Neonazismus teilzunehmen.“⁷⁰

Zu den neonazistischen Kräften, die in dieser Zeit in der DDR fester Fuß zu fassen versuchten, gehörten auch die Abgesandten von Michael Kühnen; die neofaschistische FAP mit einer „Aktionsgruppe Mitte“ in Leipzig; die rechtsextreme *Wiking Jugend*; die *Nationalistische Front* mit ihrem Aktivitätsschwerpunkt in Leipzig und im Berliner Umland sowie der revanchistisch orientierte *Bund Heimattreuer Jugend* mit seinem Umtrieben im Vogtland. Fast gleichzeitig formierte sich eine rechtsradikale Grauzone. Von Leipzig ausgehend gab es im Dezember 1989 Bemühungen, eine *Partei der Wiedervereinigung Deutschlands* (PWD) zu gründen, was vom REP-Chef Franz Schönhuber ausdrücklich begrüßt wurde. Er sah hierin eine mögliche Dependence der REP in der DDR. Von ähnlichem Profil war die kurzlebige *Unabhängige Volkspartei* (UVP). Ein Teil dieser Neugründungen fusionierte zusammen mit elf weiteren Wendeparteien am 20. Januar 1990 zur radikal-nationalistischen DSU, die vor allem in Sachsen und Thüringen eine gewisse Wählerzustimmung fand.

Mit der Wende wuchs bei nicht wenigen Bürgern der DDR die Angst vor dem sich ausbreitenden rechten Extremismus. In sich ständig mehrenden neonazistischen, rassistischen und antisemitischen Wandparolen wurde, besonders in Thüringen und Sachsen, Linken, Ausländern und Juden mit der Anwendung von Gewalt gedroht. In Karl-Marx-Stadt war beispielsweise zu lesen: „Für saubere Luft in Deutschland – heizt die Öfen mit Kommuni-

69 DIE REPUBLIKANER. Landesverband Brandenburg. Presseinformation: REPUBLIKANER geben Wahlempfehlung für die DSU.

70 Neues Deutschland, Berlin, 28.12.1989.

sten und nicht mit Kohle“; die Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald erhielt in dieser Zeit einen anonymen Brief mit der Aufforderung: „Haltet die Öfen offen – jeder Schuss ein Rus’ und ein Kommunist“, Unterschrift: „Untergrundbewegung Republikaner“.⁷¹ In zahlreichen Städten der DDR waren in diesen Monaten zahlreiche gewaltsame Angriffe auf Linke, Punks und Ausländer zu verzeichnen. In Berlin, Leipzig und anderen Orten versuchten rechtsextrem orientierte Skinheads, von Linken, Autonomen und Punks besetzte Häuser zu stürmen und zu verwüsten. In Leipzig richteten sich ihre Attacken besonders auch gegen das Wohnheim ausländischer Studenten des Herder-Instituts der Karl-Marx-Universität. Erstmals gab es seitens der Rechtsextremen in größerem Umfang den Einsatz neuer Waffen wie Gas- und Schreckschusspistolen, Baseballschläger, von CS-Gas und Brandflaschen (Molotow-Cocktails) zu verzeichnen. Neuartig war gleichfalls, dass bei einer Reihe von Gerichten und Staatsanwaltschaften der DDR anonyme Briefe eingingen, in denen ultimativ die sofortige Entlassung aller noch in Haft befindlichen Nazi- und Kriegsverbrecher gefordert wurde. Weitere Kennzeichen rechtsextremistischer Unkultur dieser Tage waren in allen Ecken der DDR die sich mehrenden Schändungen von jüdischen Friedhöfen, sowjetischen Ehrenmalen und antifaschistischen Gedenkstätten. Allein der Friedhof der jüdischen Gemeinde ADASS JISROEL in Berlin-Weißensee wurde 1989 vier Mal verunstaltet. Ein Lichtblick in diesen Tage war jedoch der Mut des Kreisgerichts von Wolgast, das im Februar 1990 sieben Männer der neonazistischen Gruppe „SS-Division Walter Krüger“, die an der Ostseeküste ihr Unwesen trieb, zu Haftstrafen verurteilte. Erschreckend war dabei aber zugleich, dass die Verteidiger dieser Neonazis durchweg einen Freispruch forderten.

Die wachsende rechtsextremistische Gewalt richtete sich in diesen Wochen nicht nur gegen die PDS, sondern auch gegen die SPD. Über den Verlauf des Wahlkampfes zur DDR-Volkskammer berichtete zum Beispiel Egon Bahr, damals Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes der SPD, einem TASS-Korrespondenten: „In vielen kleineren Städten Thüringens und Sachsens wurden vielen bekannten Mitgliedern der SPD und der PDS heimlich Drohbriefe bis hin zur physischen Abrechnung zugestellt. In Suhl wurde einem Jugendlichen, der dazu aufrief, die SPD zu wählen, beide Beine gebrochen ... Das war reinsten psychischer Terror nach Goebbels-Manier.“⁷² Auf gleicher Linie lagen auch besonders in Sachsen die Bombendrohungen gegen Wahllokale.

Die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 brachte eine Mehrheit für die CDU und die mit ihr verbündeten Parteien. Das führte zur Bildung der de Maizière-Regierung, die sich mehr für eine schnelle Eingliederung der DDR in die BRD einsetzte und sich weniger im Kampf gegen den Rechtsextremismus engagierte. So konnte sich bereits am 6. Mai 1990 mit der MND erstmals in der DDR eine rechtsextreme Partei an den Kommunalwahlen in Salzwedel (Bezirk Magdeburg) beteiligen. Eine Teilnahme der neonazistischen NA in Ostberlin konnte erst im letzten Augenblick verhindert werden. Am 10. August 1990 hob das Präsidium der neuen Volkskammer auf westdeutschen Druck das Betätigungsverbot der *Republikaner* auf und legalisierte damit deren Wirken auf dem Territorium der Noch-DDR.⁷³

71 Mitteilung von Norbert Kertscher aus Karl-Marx-Stadt im Dezember 1989 an den Autor und Neues Deutschland, Berlin, 19.12.1989.

72 Prawda, Moskau, 19.3.1999; Nachdruck im Neuen Deutschland, Berlin, 20.3.1990.

73 Siehe Die REPUBLIKANER in der DDR und Ost-Berlin. Dokumente der Unterdrückung, Berlin/West 1990.

Die *Republikaner* hatten sich sowieso kaum um das Verbot gekümmert. Schon Ende März und im April 1990 gründeten sie weiterhin jetzt vor allem im Land Brandenburg neue Kreisverbände, darunter in Potsdam, Schwedt und in Fürstenwalde. Kurzzeitig gab es in dieser Zeit auch, nachdem bereits am 17. April 1990 der REP-Landesverband Sachsen gebildet worden war, in Dresden und in zehn weiteren sächsischen Kreisen Organisationen der *Republikaner*. Im Mittelpunkt des 1. Sächsisch-Schlesischen Landesparteitages am 29. April 1990 in Pegau bei Leipzig standen vor allem massive Forderungen zur Revision der deutschen Grenzen zu Polen.

Die rechtsextremen Nationaldemokraten, zunächst noch in der Form der MND, vollzogen am 24. März 1990 im Kulturhaus Albert Norden (später in *Opera Dancehall* umbenannt) in Leipzig ihre Konstituierung als DDR-weite Partei. Vorsitzender der MND wurde der Mediziner Dr. Rainer Prigge aus Barleben bei Magdeburg, zum MND-Pressesprecher wurde Dirk (Mike) Zimmermann aus Leipzig ernannt. Nach ihrem Agieren bei den Leipziger Montagsdemonstrationen versuchten diese Rechtsextremisten den 1. Mai 1990 in Leipzig durch eine Kundgebung auf dem Markt für sich zu vereinnahmen, was durch eine aktive Abwehr von Antifaschisten weitgehend verhindert wurde. Die nachfolgenden Monate nutzte die NPD besonders dafür, ihre neuen Gefolgsleute in der DDR – hauptsächlich aus Sachsen und Thüringen – in ihrem Schulungszentrum in Iseo (Italien) für ihre neuen Aufgaben zu schulen. Bis Mitte September formierte dann die MND nach Sachsen-Anhalt noch Landesverbände in Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen. Landesvorsitzender in Sachsen wurde der Student Jürgen Schön. Am 18. September erfolgte dann die Umbenennung der MND in NPD und am 7./8. Oktober 1990 in Erfurt die Fusion mit der westdeutschen Mutterpartei. Eine gleichartige Vereinigung hatten am 29./30. September 1990 auch die beiden Jugendorganisationen in Leipzig-Markkleeberg vollzogen und zur Hofierung der Ostler den 19jährigen Lehrling Frank Kolander zum Bundesvorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten (JN) bestimmt.

Von der DVU war in diesen Monaten in der DDR bis auf den 17. Juni wenig zu spüren, wo ca. 100 Leute versuchten, in der Leipziger Innenstadt eine Demonstration durchzuführen.

Die neonazistischen Gruppen im Osten bekamen durch die Rückkehr einst aus der DDR ausgewiesener Neonazis nicht nur in Sachsen einen beachtlichen Auftrieb. Mit ihrer Hilfe formierte sich die Szene der unverhüllten Neonazis in Leipzig und Dresden weiterhin vor allem aus Skinheads und DDR-Faschos, wobei es in den neuen neonazistischen Gruppen vielfältige Doppelt- oder Dreifach-Mitgliedschaften gab. So wurde zum Beispiel Dirk Zimmermann nach seinem Ausscheiden bei der MND neben seiner Mitgliedschaft bei der *Wiking Jugend* einer der Hauptakteure bei der sich aus einer rechtsextrem gesinnten Jugendclique in Leipzig-Grünau bildenden neonazistischen *Völkischen Front*, bei der alle Mitglieder den von Zimmermann formulierten Eid ablegen mussten:

„Ich schwöre, mein ganzes Tun und Handeln auf die Befreiung und den Schutz der deutschen Art und Rasse auszurichten, und mit allen Mitteln für die Herstellung des Nationalsozialismus im Deutschen Reich zu kämpfen.“⁷⁴

Andere neonazistische Gruppen in Leipzig nannten sich zu dieser Zeit *Reudnitzer Rechte*, *Hitlerjugend Schönefeld* oder nur *Kameradschaft*.

74 Zitiert in Antifaschistisches Broschürenkollektiv: Leipzig ganz rechts, a.a.O., S. 23.

Eine ähnliche, aber noch diffusere Entwicklung vollzog sich in Dresden. Rechtsextreme Skinhead-Cliquen und neonazistische Gruppen konkurrierten untereinander um den größten Einfluss in der Szene.

Nach der Gründung der schon erwähnten und zum engeren Kreis um Michael Kühnen gehörenden DA-Ortsgruppe im Dezember 1989 war der Anfang 1990 aus der BRD nach Dresden zurückgekehrte Kriminelle und Neonazi Rainer Sonntag – einst auch Mitstreiter von Kühnen – bestrebt, ein unter seinem Kommando stehendes System von neonazistischen Organisationen aufzubauen. Das erfolgte in bewusster Rivalität zu den Absichten von Michael Kühnen, entsprechend seinem „Aufbauplan Ost“ von Dresden aus die DDR aufzurollen – der musste nun notgedrungen sein DDR-Aktionszentrum nach Cottbus verlagern. Nach wochenlangem intensiven Werben gründete Sonntag im September 1990 die neonazistische Vereinigung *Nationaler Widerstand Deutschlands* (NWD), der unter anderem rechtsterroristische Gruppen wie die *Schutzstaffel-Ost* (SS-O) oder der *Verband Sächsischer Werwölfe* (VdSW) untergeordnet waren. Darüber hinaus trieben solche neonazistischen und gewalttätigen Gruppierungen wie die *Kameradschaft Johannstadt*, die *Kameradschaft Gorbitz* oder die *Kameradschaft Prohlis-Leuben* in Dresden ihr Unwesen.

Neu war in dieser Zeit bei den DDR-Neonazis die Übernahme von Aktionsmethoden der linken Autonomen. Sie besetzten nicht nur in Ostberlin, sondern auch in Dresden leerstehende Häuser und traten bei Gewalttätigkeiten verummmt auf. Dazu gehörte ebenfalls, dass die DDR-Skinheads und Faschos jetzt verstärkt in westliche Länder, vornehmlich nach Österreich, Spanien, Großbritannien, die Niederlande und nach Skandinavien, reisten und dort Kontakte zu Gesinnungsfreunden knüpften. Am 18. August 1990 nahmen DDR-Neonazis, vorwiegend aus Ostberlin, Sachsen und Thüringen, auch erstmals im bayrischen Wunsiedel an einem Gedenkmarsch für Rudolf Heß, den einstigen Stellvertreter Hitlers, teil.

Insgesamt gesehen lag aber der Zustrom von DDR-Bürgern zu den rechtsextremistischen Gruppen aller Art weit unter den Erwartungen. Die sich den Rechtsextremen zuwandten waren meist Arbeiter oder Angehörige des traditionellen Mittelstandes, darunter auch ehemalige Angehörige der SED und der NVA. Das führten in den rechtsextremen Vereinigungen wiederum zu Differenzen mit den rechtsextrem gesinnten Skinheads und Faschos. Viele der DDR-Neonazis verliessen daher wieder die meist von Westdeutschland importierten Gruppierungen und Parteien.

Zusammen mit der Formierung einer gesamtdeutschen rechtsextremen Szene bildete sich in der DDR auch eine rechtsradikale Grauzone heraus, von der unterschiedliche Aktivitäten ausgingen. So lud zum Beispiel eine *Deutsch-Europäische Gemeinschaft der Verfolgten totalitärer Systeme* mit Sitz in München und Leipzig den rechtsextremen britischen Historiker David Irving, der in Österreich und Bayern Auftrittsverbot hatte, vom 5. bis 7. Juni 1990 zu einer Vortragsserie nach Dresden, Leipzig und Gera ein. Bereits schon am 31. März 1990 hatten jetzt ungehindert agierende Burschenschaftler mehrere hundert gleichgesinnte Studenten aus der BRD, Österreich und der Schweiz zu einem Treffen in Eisenach und einen Fackelzug auf die Wartburg eingeladen. Hier wurde eine nächste Zusammenkunft für den 17. Juni 1990 in Jena vereinbart, an der sich auch die in Gründung befindliche schlagende Burschenschaft *Plessavia* aus Leipzig beteiligen sollte. Analoges reaktionären Zwecken diente ebenfalls das Bundestreffen des revanchi-

stischen *Bundes Heimattreuer Jugend* zu Pfingsten 1990 in der Unstrutstadt Freyburg sowie die Gründung einer Ortsgruppe der *Blauen Adler Jugend* in Altenburg/Thür., der Jugendorganisation der an den Ideen des nazistischen Ideologen Otto Strasser orientierten *Unabhängigen Arbeiter-Partei* (UAP).

Von solchen Entwicklungen war auch die sich in Auflösung befindliche NVA betroffen. So schloß sich zum Beispiel im Sommer 1990 eine große Zahl von Offizieren und Soldaten des in Bad Frankenhausen im Bezirk Halle stationierten Mot.-Schützen-Regiments dem extrem militaristischen Kyffhäuserbund an und gründete vor Ort eine entsprechende Ortsgruppe. In Greifwald bat der damalige Kommandeur der Militärmedizinischen Sektion der dortigen Universität, Generalmajor Prof. Dr. Steiner, die für ihre nationalistisch-revanchistische Politik berüchtigte Landsmannschaft Ostpreußen um Aufnahme und eine Funktion.

Schließlich kennzeichnete diese Zeit, dass es auf dem 2. Parteitag der DSU am 30. Juni/1. Juli 1990 in Leipzig zu einem Eklat kam. Wegen wachsender rechtsextremistischer Tendenzen in dieser Partei trat der ehemalige Generalsekretär dieser Partei und seinerzeit letzter Innenminister der DDR, Peter Michael Diestel, zusammen mit anderen führenden DSU-Funktionären aus.

Wie schon angedeutet, waren die letzten Monate der DDR von zunehmender rechtsextrem motivierter Gewalt geprägt, die sich vor allem gegen links orientierte Jugendliche, Punks und Ausländer richtete. In Berlin, Leipzig, Dresden und anderen Städten griffen Skinheads und Neonazis vorwiegend von jungen Alternativen besetzte Häuser, Jugendklubs, alternative Projekte und Wohnheime von Ausländern an. In Dresden-Neustadt richtete sich ihr Hass dabei speziell gegen das alternative Café „Stil los“, das sie total verwüsteten und den Betreiber schwer verletzten. In Leipzig standen besonders das Jugendklubhaus Jörgen Schmidtchen sowie die alternativen Wohnprojekte in Connewitz und Lindenau im Zentrum ihrer Überfälle. In Erfurt gingen diese Gewaltorgien so weit, dass am 5. Juli 1990 zwei „Skin-Bräute“ als Mutprobe einen 57jährigen Bauarbeiter mit Ziegelsteinen erschlugen. Ziel dieser Gewaltattacken war es, alle Andersdenkenden, Andersaussehenden aus ihren Treffpunkten, überhaupt aus den Wohngebieten zu vertreiben. Eine andere Variante rechtsextremistischer Gewalt praktizierten am 20. April 1990 ca. 1 000 Skinheads, Hooligans und Faschos nach einem Fußballspiel in Ostberlin. Randalierend zogen sie vom Stadion im Prenzlauer Berg zum Alexanderplatz und ins Nikolaiviertel und skandierten dabei „Happy Birthday, lieber Adolf!“ Diese neofaschistische Provokation war unter anderem der Anlass für die Ostberliner Polizei, mit einem großen Aufgebot die Zentrale der neonazistischen *Nationalen Alternative* in der Weitlingstraße zu durchsuchen und einige führende Neonazis festzunehmen. Ein anderes Verhalten der Polizei gab es zu dieser Zeit in Leipzig. „Man konnte“, schreiben die Autoren von „Leipzig ganz rechts“, auf den Straßen „tun und lassen was man wollte. ‚Vergehen‘ wie Sprühereien bis hin zu Naziaufmärschen wurden wohlwollend übersehen.“⁷⁵

Bei allen Gemeinsamkeiten der Neonazis tobte schon in diesen Tagen in Leipzig, Berlin, Erfurt, Magdeburg und anderen Orten zwischen den rechtsextremen gesinnten Skinheads und Hooligans ein harter Kampf um die geistige und körperliche Vorherr-

75 Antifaschistisches Broschürenkollektiv: Leipzig ganz rechts, a.a.O., S. 11.

schaft in den Stadien. Im Kontext mit diesen Auseinandersetzungen vollzogen sich strukturelle Veränderungen in der Hooligan-Szene, die generell von einem dumpfen Rassismus durchdrungen war und bei der sich „neben der Lust auf Gewalttätigkeit wachsende Begeisterung für faschistische Parolen“ zeigte.⁷⁶ Um ihre „Schlagkraft“ zu erhöhen, strebten sie zuerst in Ostberlin nach einer stärkeren Organisiertheit und bestimmten gruppeneigene Sprecher. Das wurde in anderen DDR-Städten nachgeahmt. In der Skinhead-Szene vollzogen sich zur gleichen Zeit entgegengesetzte Entwicklungen; ein Teil der Skins glitt in diesen Monaten ins kriminelle Milieu ab.

Im Zusammenhang mit der am 1. Juli 1990 vollzogenen Währungsunion zwischen der BRD und der DDR entstanden in der DDR bislang nicht gekannte soziale Probleme. Betriebe mussten infolge der neuen Währungsrelationen schließen; es entwickelte sich eine wachsende Arbeitslosigkeit. Vielfach wurden für alle diese Übel in Verkennung der wirklichen Ursachen die Ausländer verantwortlich gemacht, die in der Realität von der Wucht der neuen Probleme aber viel stärker als die DDR-Bürger betroffen waren. Es potenzierte sich in allen Bevölkerungsschichten eine bisher kaum gekannte Ausländerfeindlichkeit, die sich vor allem gegen Menschen aus Osteuropa und der Dritten Welt richtete, die als Nigger, Polacken, Fidschis oder Kanaken beschimpft wurden. Ausdruck dafür waren gleichfalls rassistische Wandparolen wie in Berlin-Lichtenberg, die unter anderen lauteten: „Die Linken hängen, die Ausländer verbrennen!“ Zentren rassistischer Gewalt waren in dieser Zeit in Sachsen Leipzig, Hoyerswerda und Dresden. Eine andere Version des sich ausdehnenden Rassismus war der Antisemitismus. In Berlin-Mitte wurden so unter anderem die Gräber von Bertolt Brecht und Helene Weigel mit Parolen wie „Saujude!“ und „Juden raus!“ beschmiert; der Friedhof der jüdischen Gemeinde ADASS JIROEL in Berlin-Weißensee wurde 1990 dreimal geschändet.

Die letzten Tage der DDR waren in Sachsen und anderenorts vielfach durch einen verstärkten Terror von Skinheads und Neonazis gegen Veranstaltungen und Info-Stände der SPD und der PDS zu den bevorstehenden Landtagswahlen gekennzeichnet. Am Tage des Erlöschens und der Eingliederung der DDR in die BRD am 3. Oktober 1990 feierten in vielen Orten Rechtsextreme aller Art die Erfüllung eines Herzenswunsches. In Ostberlin, Leipzig, Magdeburg, Schwerin und anderen Orten zogen betrunkene Naziskins und Faschos mit der Reichskriegsflagge durch die Straßen und grölten ungehindert nationalistische und nazistische Losungen.

Zu den Ursachen des Rechtsextremismus in der DDR – Realitäten und Legenden

Über die Ursachen des Rechtsextremismus in der DDR ist schon viel gesagt und geschrieben worden. Es gibt darunter manche klugen Überlegungen, aber auch viel Naives und Böswilliges. Manche Autoren und Diskutanten haben sich immer noch nicht von den Denkschablonen und Vorurteilen des Kalten Krieges gelöst und handeln weiter nach den

76 Der Spiegel, Hamburg, Nr. 37, 10.9.1990, S. 26.

Vorgaben einer vor 1989 in der Bundesrepublik betriebenen Diffamierung der DDR als das „Reich des Bösen“ in Mitteleuropa.⁷⁷ In diesem Sinne beugten sie sich dem vom damaligen Bundesjustizminister Klaus Kinkel im September 1991 verordneten Zeitgeist, alles zu tun, um „das SED-Regime zu delegitimieren, das bis zum bitteren Ende seine Rechtfertigung aus antifaschistischer Gesinnung“ hergeleitet hat.⁷⁸ So entstanden viele verzerrte Schilderungen von einem von Anfang an „braunen Osten“ und einem fast lupenreinen demokratischen Westen. Viele solcher Autoren liessen sich wie einst das Politbüro der SED von dem Phantom einer angeblich politisch-ideologisch monolithen DDR leiten und ignorierten dabei, völlig in einem mechanistischen Denken befangen, dass es in diesem Staat stets Nischen, Bereiche des Rückzugs aus der Gesellschaft und auch des Überwinterns Ewiggestriger gab. Einige der Analytiker verstiegen sich bei ihrer Ursachensuche sogar zu der Behauptung, dass zum Ende in der DDR der Rechtsextremismus deshalb so bedrohlich anwuchs, weil sich die Rechtsextremen durch die staatlichen Repressionen nicht ausleben konnten.⁷⁹ Wenn dennoch – wenn auch relativ wenige – Auseinandersetzungen mit rechtsextremen Erscheinungen in der DDR registriert wurden, dann folgte recht bald die Wertung, dass es sich hierbei natürlich nur um eine „bürokratische Bewältigung“ handelte.

Der Rechtsextremismus in der DDR lässt sich nicht allein aus Politik, Ideologie oder Einwirkungen aus dem Westen erklären. Ohne innere Ursachen hätte rechtsextremistische Parolen in der DDR keinen Nährboden finden können. Will man sich wirklich den Quellen nähern, so sind zumindest bei Beachtung der verschiedenen Zeitperioden als Nährboden zwei Ebenen zu unterscheiden: a) systemimmanente und längerfristig vorhandene Ursachen, die sich aus den Folgen des sozialen Wandels der Gesellschaft, der Deformierung der Ideen des Sozialismus und einer engstirnigen Instrumentalisierung des Antifaschismus ergaben, und b) Ursachen, die der gesamtgesellschaftlichen Krise in den 80er Jahren, den wachsenden Legitimationsdefiziten des Systems der DDR, geschuldet sind. In den ersten Jahren nach 1945 gab es im Osten Deutschlands sehr intensive geistige Auseinandersetzungen über die Ursachen des Faschismus in Deutschland und darüber, welche Fehler der Linken in der Weimarer Republik die Regierungsübernahme der Hitleristen ermöglichten. Umfangreich wurden die makropolitischen und ökonomischen Hintergründe aufgedeckt, die dem Erfolgskurs der Nazis zugrunde lagen. Gleiches erfolgte hinsichtlich von Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Antikommunismus in deutschen Gefilden. Bei all diesen Debatten spielte aber nur eine geringe Rolle, warum die Mehrheit des deutschen Volkes, eingeschlossen die Arbeiterklasse, vielfach ohne erkennbaren Druck oder Einschüchterung der Politik der deutschen Faschisten folgten. Es gab nur spärliche Ansätze einer gründlichen Aufarbeitung darüber, warum eine solche breite Zustimmung der Bevölkerung möglich war. Damit gab es auch kaum öffentliche Auseinandersetzungen über den in der Bevölkerung seit Jahrzehnten tiefverwurzelten strukturellen Konservatismus und die besonders in kleineren Städten und

77 Siehe Michael Schmidt: „Heute gehört uns die Straße ...“, a.a.O., S. 200ff.

78 Deutsche Richterzeitung, Köln 1992, Nr. 1, S. 5.

79 Siehe Bernd Wittich: Abschied vom Antifaschismus-Ost, in: Kurt Faller/Bernd Wittich (Hrsg.): Abschied vom Antifaschismus, Frankfurt/O. 1997, S. 32.

Dörfern ausgeprägten vorhandenen Aversionen gegenüber allem Fremden. Das richtete sich in den ersten Jahren nach 1945 nicht in erster Linie gegen ohnehin kaum noch vorhandene Ausländer, sondern vor allem gegen die Vertriebenen aus den Ostgebieten, die in Ost wie West als Störer der gewohnten Idylle empfunden wurden. Alle diese geistigen Prozesse zur Bewältigung des Faschismus versickerten gegen Ende der 40er Jahre mit dem Ausbruch des Kalten Krieges. Jede Seite versuchte von nun an, unter den eigentlich gesellschaftlich abgewirtschafteten Kräften neue Verbündete und Mitwirkende zu gewinnen. Ende der 40er Jahre setzte gleichfalls eine verstärkte Durchdringung der DDR mit Geist und Methoden des Stalinismus, eine zunehmende Deformation von sozialistischen Idealen ein. Das war mit der verstärkten Herausbildung obrigkeitstaatlicher, autoritärer Strukturen verbunden, die eine reale demokratische Mitwirkung der Bevölkerung immer mehr einengten, zugleich aber auch mit der Parole vom „Sieger der Geschichte“ die individuelle Mitverantwortung vieler Bürger der DDR am Faschismus und seinen Verbrechen unter den Teppich kehrte. Zunehmend gewann nach und nach ebenfalls ein einseitiges Geschichtsbild die Oberhand, in dem die linke Arbeiterbewegung, vor allem aber das Handeln der Kommunisten, dominierte. Alles wurde einem weitgehend undifferenzierten Freund-Feind-Denken unterworfen. Hinzu kam ein bewusst geförderter Personenkult um Walter Ulbricht, Erich Honecker und fast alle Generalsekretäre des ZK der KPdSU. In der Auseinandersetzung mit dem Faschismus gab es mehr und mehr eine Vorherrschaft von allgemeinen Formeln und Karikaturen statt einer Vermittlung realer und zugleich widersprüchlicher Fakten. Bezeichnend war, dass es in der Flut antifaschistischer Veröffentlichungen bis 1989 in der DDR keine Biographie von Hitler, keine Geschichte der NSDAP sowie des alltäglichen und gewöhnlichen Faschismus in Deutschland gab.

Auf dem Gebiet theoretischer Forschung gab es kein weiterführendes Nachdenken über die Nation und den Nationalismus, über die langfristigen sozialpsychologischen Wirkungen von Traditionen, die Effektivität des proletarischen Internationalismus und die Rolle der elementaren Menschenrechte in den realsozialistischen Staaten. Vielmehr herrschte jahrzehntelang ein Wunschdenken mit großen Illusionen darüber vor, was man bewusstseinsmäßig erreicht habe. Von ihrem substanziellen Wesen her war die DDR eine relativ geschlossene Gesellschaft, eine Symbiose von marxistisch-leninistischer Ideologie, protestantischer Arbeitsethik und Elementen des Preußentums. Ein weiterer wesentlicher Faktor der systemimmanenten Ursachen war der vormundschaftliche Absolutheitsanspruch der marxistisch-leninistischen Ideologie, der geradezu die Frage und die Suche nach anderen geistigen Formen und Varianten provozierte. Statt Emanzipation herrschte eine von engstirnigen Leute bestimmte Praxis vor, die Diskussion und Lösung gesellschaftlicher wie ideologischer Widersprüche durch Repressionen ersetzte. Die Ausweitung solcher autoritären Denk- und Verhaltensweisen wurde durch die besonders unter Erich Honecker forcierte Militarisierung der DDR begünstigt, aber auch durch den in Staat und SED anwachsenden bürokratischen Zentralismus. Dieser gesellschaftliche Autoritarismus missachtete das demokratische Potential in der DDR-Bevölkerung und nährte wahrscheinlich auch eine Hinwendung zu antidemokratischem Denken. Insgesamt hatten alle derartigen Prozesse zur Folge, dass sich in der DDR nicht eine zunehmende sozialistische Vergesellschaftung vollzog, sondern eine bürokratisch regulierte

Verstaatlichung, was auf viele Menschen in unterschiedlicher Art und Weise abstoßend wirkte und eine Flucht aus der engen DDR-Konformität stimulierte.

Politisch gab es zudem in den letzten Jahrzehnten der DDR eine recht hilflose Reaktion auf die SPD- und später CDU-Ostpolitik und die Beschlüsse der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), aber auch auf den Großmachtchauvinismus der UdSSR und der Volksrepublik China. Andererseits gab es eine steigende Tolerierung von nationalistischer Arroganz und Überheblichkeit, die sich besonders gegen jene Länder und Völker richteten, die einen niedrigeren Lebensstandard als die DDR hatten. All das gipfelte in der Dekretierung eines *Sozialismus in den Farben der DDR*.

Eine andere Gegebenheit bestand darin, dass in den 70er und 80er Jahren in der DDR eine neue Generation heranwuchs, die nicht mehr von den Idealen der Aufbruchgeneration geprägt war und die Welt mit anderen Augen als die Älteren betrachtete. Diese neue Generation wertete die nach 1945 mit viel Mühen durchgesetzten Errungenschaften zumeist als Selbstverständlichkeiten und stellte jetzt neue Forderungen. Zugleich machte sich seit Beginn der 80er Jahre eine sich zunehmend vertiefende Krise der Wirtschaft und gesellschaftlicher Strukturen in der DDR bemerkbar. Schleichend vollzog sich ein Übergang von den Deformationen des realen Sozialismus hin zu einer Krise des gesellschaftlichen Systems. Mit dem sich in diesem Zusammenhang abzeichnenden Werte- und Mentalitätswandel bei Teilen der Bevölkerung, besonders unter Jugendlichen und Intellektuellen, vollzog sich ein Übergang von einer skeptischen zu einer ablehnenden Haltung gegenüber der DDR. Die wachsende Zahl von Anträgen zur Übersiedlung nach Westdeutschland waren dafür ein untrügliches Zeichen. Die Partei- und Staatsführung der DDR unter Erich Honecker stand den meisten neuen Problemen, die sich vor allem aus den sozialen Konsequenzen der neuen Produktivkräfte, dem notwendigen Übergang von einer vorwiegend extensiven zu einer vorrangig intensiv erweiterten Reproduktion in der Volkswirtschaft der DDR und einer nachlassenden Wirtschaftskraft der DDR sowie den neuartigen ökonomischen wie politischen Globalisierungsprozessen ergaben, und einem daraus erwachsenden Drang nach dem Kennenlernen der ganzen Welt vielfach dogmatisch-ratlos gegenüber. Statt auf die neuen Erfordernisse mit notwendigen Reformen zu reagieren, war die Antwort nicht ein Ausbau der Demokratie und eine Erweiterung von Mitbestimmungsrechten der Werktätigen, sondern eine immer unglaubwürdiger werdende „Erfolgspropaganda“, ein Ausbau des Überwachungsapparates durch das Ministerium für Staatssicherheit und ein Anwachsen bürokratischer Anweisungen. Auf Unverständnis stieß in breiten Bevölkerungskreisen auch die dogmatische Haltung der DDR-Führung zu den Veränderungen in der Sowjetunion und in Polen. Bei vielen schwand der Glaube an die Zukunftsfähigkeit und Überlegenheit des Sozialismus und der Ideologie des Marxismus-Leninismus. Das war zugleich mit wachsenden Zweifeln an der politischen Führungsfähigkeit des Zentralkomitees der SED und dessen Politbüro verbunden. Auch in familiären Bereichen machten sich Generationsbrüche bemerkbar. Viele junge Leute waren enttäuscht von der doppelten politischen Moral der Älteren, die in der Öffentlichkeit eine andere Meinung als in den Familien vertraten.

Eine Befragung von über 1 600 jungen Arbeitern, Angestellten, Lehrlingen, Schülern und Studenten durch das Zentralinstitut für Jugendfragen in Leipzig kurz nach dem

Ende der DDR im November/ Dezember 1990 in Sachsen vermittelte folgendes Bild über die damalige Enttäuschung von Jugendlichen in der DDR (Skala: 1 = vollkommen meine Meinung – 5 = trifft überhaupt nicht meine Meinung. Alle Angaben in Prozent).⁸⁰

Übersicht 2

Ich fühle mich betrogen, weil	1 + 2	4 + 5
– die Wahrheit über unsere Wirtschaftslage systematisch verfälscht und schöngefärbt wurde	78	4
– die Dinge, die das Leben angenehm machen, so unerschwinglich teuer waren	69	9
– meine persönlichen Freiheiten eingeschränkt waren	68	11
– das SED-Regime meine Ideale missbraucht hat	46	14
– mir vieles in meinem bisherigen Leben sinnlos erschien	29	32

Diese zwar erst nach der Eingliederung der DDR in die BRD erhobenen Daten belegen, dass die SED, der Staat und die meisten gesellschaftlichen Organisationen wie Institutionen der DDR rapide an Integrationskraft verloren hatten. Dazu gehörte gleichfalls, dass das antifaschistische Bildungskonzept der DDR bei Jugendlichen an Wirksamkeit einbüßte. Des weiteren löste die oft undifferenzierte und einseitige Behandlung der deutschen Geschichte von 1933 bis 1945 sowie des deutschen Antifaschismus viele Fragen aus, die von den meisten Lehrern nicht beantwortet wurden. Die Konsequenzen verdeutlichte in etwa die Befragung von ca. 2 000 Jugendlichen 1988 zu ihrem Geschichtsbewusstsein. Auf die Fragen zum deutschen Faschismus gab es folgende Antworten.⁸¹

Übersicht 3: Antworten von Jugendlichen der DDR zum deutschen Faschismus – in Prozent

	SchülerInnen		Lehrlinge	
	eher zustimmend	eher ablehnend	eher zustimmend	eher ablehnend
– Der Faschismus hatte auch gute Seiten	12	77	15	75
– Hitler wollte das Beste für das deutsche Volk	4	87	11	82
– Die Deutschen waren schon immer die größten in der Geschichte	12	68	15	69

80 Walter Friedrich/Wolfgang Netzker/Wilfried Schubarth: Jugendliche in den neuen Bundesländern. Ihr Verhältnis zu Ausländern und zu einigen aktuellen politischen Fragen, in: Freudenberg Stiftung informiert, Weinheim/Bergstraße, April 1991, S. 4 und 11.

81 Wilfried Schubarth/Ronald Pschierer/Thomas Schmidt: Verordneter Antifaschismus und die Folgen. Das Dilemma antifaschistischer Erziehung am Ende der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn, B 9/91, 22.2.1991, S. 11.

In den 80er Jahren wurde bei vielen DDR-Bürgern, insbesondere Jugendlichen, die DDR-Identität immer brüchiger. Über das ganze politisch-geistige Spektrum von ultralinks bis rechtsextrem hinweg begann ein Suchen nach neuen politischen Orientierungen, nach Alternativen. In dieser Sinn- und Orientierungskrise reichten die Grundgefühle von politischer Apathie und Null-Bock-Stimmung über ein Engagement für eine erneuerte DDR und die Bewahrung der Umwelt bis zu einer nationalistischen Belebung des Antikommunismus und zur Herausbildung von neonazistischen Denk- und Verhaltensweisen. Nach Recherchen von Sigrid Meuschel gab es im Frühjahr 1989 in der DDR etwa 150 oppositionelle Gruppierungen aller Richtungen der politischen Windrose, deren Mitglieder oft über eine Fach- oder Hochschulbildung verfügten.⁸² Die Hinwendung zum Rechtsextremismus war dabei in der Regel ein stufenweiser Prozess, der meist mit den Protesten gegen Ungerechtigkeiten und Opposition gegen den Staat begann. Erst allmählich verdichteten sich Nationalismus, Rassismus, Antikommunismus und Akzeptanz von Gewalt zu einem rechtsextremen Weltbild.

Bei der Suche nach den Ursachen des Rechtsextremismus in der DDR werden von manchen Autoren aber auch Behauptungen aufgestellt, die nicht der Überprüfung durch die realen Faktoren standhalten. Aus der Fülle solcher Beispiele seien hier nur zwei herausgegriffen. So wird der DDR unterstellt, sie habe ihren Antifaschismus nur geheuchelt und keine moralischen wie materiellen Wiedergutmachung für die Verbrechen des deutschen Faschismus an die betroffenen Ländern geleistet.⁸³ Zu diesem Problem notierte schon 1988 der wahrhaft keiner DDR-Sympathien verdächtige Nestor der DDR-Forschung in der BRD, Hermann Weber: Die DDR habe zur Wiedergutmachung der von Deutschland im Krieg verursachten Schäden „unvergleichlich mehr beigetragen als die Westzonen“.⁸⁴ Weber geht bei seinen Einschätzungen von 66 Milliarden Mark geleisteten Reparationen der DDR aus – andere Experten der BRD nennen hier weit höhere Zahlen. Vergleicht man dann noch die von der BRD bis 1980 geleisteten 43 Milliarden Mark Wiedergutmachung mit den Pro-Kopf-Leistungen beider deutscher Staaten, dann hat die DDR das Fünffache gegenüber der alten BRD gezahlt. Wahrhaft eine große antifaschistische Leistung.

Immer wieder wird bei der Suche nach den Ursachen von Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland auf die geringen Möglichkeiten von Reisen ins Ausland und zum Kennenlernen anderer Völker verwiesen. Das trifft aber wegen des bekannten Devisenmangels der DDR weitgehend nur auf Reisen ins westliche Ausland zu, nach Osten konnte man, sofern man das Geld hatte, bis zur Großen Chinesischen Mauer fahren. Nach den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Daten gab es – ohne Dienst- und Geschäftsreisen sowie Reisen aus familiären Gründen – von 1970 bis 1988 eine Verdreifachung der Auslandsreisen von DDR-Bürgern auf jährlich 1,5 Millionen und davon seit Mitte der 80er Jahre etwa 10% in west- und nordeuropäische Staaten. Im gleichen Jahr 1988 kamen zudem – wieder ohne Dienst- und Geschäftsreisen sowie Reisen aus

82 Sigrid Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt/M. 1992, S. 316.

83 Siehe Felix Philipp Lux: Geschichtsbewußtsein, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1996, S. 345.

84 Hermann Weber: Die DDR 1945-1986, München 1988, S. 10.

familiären Gründen – ca. 1,2 Millionen Ausländer und Bürger der BRD zu Urlaubsaufenthalten in die DDR.⁸⁵ Es ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, dass in den 80er Jahren die oft zweitklassige Behandlung der DDR-Bürger gegenüber den mit Devisen ausgestatteten Bundesdeutschen, gerade in den sozialistischen Ländern, ein bedenkliches Frustpotential erzeugte.

Die DDR war in sich ein recht widersprüchliches Gebilde, was von nicht wenigen Analytikern gar nicht oder nur recht unvollkommen ins Kalkül gezogen wird. So sah sich der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Andreas Nachama, fast zehn Jahre nach der Wende zu der Erklärung veranlasst, dass der Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern nicht zuerst aus dem völkisch-autoritären Charakter der DDR erklärt werden könne; das wäre ein verkürztes Denken, denn auch für die DDR und die Politik der SED treffe zu: „Nicht alles war falsch!“⁸⁶ Eine solch differenzierte Bewertung ist auch für den so oft verteufelten Antifaschismus in der DDR erforderlich.

Die DDR war nach ihrer Legitimität und ihrem Selbstverständnis nach ein antifaschistischer Staat. Das fand auch in vielen Artikel der DDR-Verfassung seinen Niederschlag. Antifaschismus im Sinne von „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ war die Grundlage eines lange Jahre bewährten Grundkonsens' zwischen Staat und Staatsbürger; ein Grundwert, der erst „gegen deren Ende zerbröselte“.⁸⁷ Das war nicht nur von oben „verordnet“. Zur massenhaften Herausbildung dieser Grundüberzeugung trugen viele bei: antifaschistische Widerstandskämpfer, die oft sehr emotional über ihr Leben und ihre Motive des Widerstandes berichteten; Kulturschaffende mit Filmen, Büchern, Theateraufführungen, Bildern usw.; aber auch viele Lehrer durch einen inhaltsreichen und verantwortlichen Unterricht. Noch im Nachhinein bestätigte der evangelische Bischof Christoph Demke, einer der Akteure der Wende in Magdeburg, dass die antifaschistische Politik der DDR „im Wesentlichen aufrichtig“ war.⁸⁸ Und die führenden Experten des Berliner Zentrums für Antisemitismus-Forschung, Werner Bergmann und Rainer Erb, betonten schon Anfang der 90er Jahre: Auch wenn der Antifaschismus in der DDR verordnet war, „er entsprach in vielem der eigenen Überzeugung“.⁸⁹ Ähnlich äußerte sich der ehemalige DDR-Bürgerrechtler und Kirchenhistoriker Wolfgang Ullmann, der in einem Streitgespräch erklärte: „Ich kann dieses Wort von einem verordneten Antifaschismus gar nicht leiden. Es war doch eine gewachsene Überzeugung.“⁹⁰ Solche positiven Wertungen bedeuteten jedoch keineswegs, dass der DDR-Antifaschismus ohne Fehl und Tadel war. Schon recht früh verfielen verantwortliche Politiker der DDR in den alten Fehler der Linken, Anfangserfolge schon als das Gelingen einer stabilen antifaschistischen Umerziehung der gesamten Bevölkerung zu betrachten und eine Wiederbelebung

85 Siehe Egon Hölder (Hrsg.): Im Trabi durch die Zeit – 40 Jahre Leben in der DDR, Stuttgart 1992, S. 338ff.

86 die tageszeitung, Berlin, 28.4.1999.

87 Statement von Professor Walter Friedrich, langjähriger Direktor des DDR-Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig, vor der Enquete-Kommission des Bundestages, in: Neues Deutschland, Berlin, 14.9.1994.

88 Volksstimme, Magdeburg, 21.8.1999.

89 SPIEGEL-SPEZIAL, Hamburg 1992, Nr. 2, S. 71.

90 Neues Deutschland, Berlin, 7.10.1999.

von Neofaschismus im Osten Deutschlands für ausgeschlossen zu halten. Diese Positionen waren vielfach mit einer Abwertung von Humanismus und Demokratie als Kernelemente jeden Antifaschismus' verbunden. Oftmals wurde der Antifaschismus auch als engstirniges Machtinstrument missbraucht. In den letzten Jahren der DDR kam hinzu, dass der Antifaschismus zumeist auf Gedenktage, auf den „Kampf um Ehrennamen“ von betrieblichen Brigaden, Pflichtbesuche von Schülern und NVA-Rekruten in KZ-Gedenkstätten und eine eng begrenzte Ehrung von Widerstandskämpfern aus der KPD reduziert wurde. Bei dieser ahistorisch überhöhten Würdigung einer Minderheit wurde zugleich die geistige und politische Breite des Antifaschismus und seiner Vertreter in anderen politischen Vereinigungen, sozialen Schichten und religiösen Gruppen, die Leiden von Juden, Sinti und Roma sowie anderer Minderheiten ignoriert. Während einerseits antifaschistische Widerstandskämpfer wie Robert Havemann wegen ihrer oppositionellen Haltung gegenüber der DDR-Führung ausgegrenzt und gedemütigt wurden, antifaschistische Bemühungen der Kirchen mit intoleranter Arroganz bewertet wurde, traten andererseits Staats- und Parteifunktionäre im Namen des Antifaschismus mit dogmatischer Selbstgefälligkeit auf und wollten die DDR-Bürger mit erhobenen Zeigefinger belehren. Die Konsequenz war, dass der Antifaschismus zur hohlen Phrase verkam und kaum noch Herzen und Hirne erreichte. Historiker und andere nachdenkliche Menschen in der DDR gelangten deshalb bereits in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zu der Erkenntnis, dass ein kritisches Nachdenken über den Antifaschismus in Geschichte und Gegenwart erforderlich ist. Solche Überlegungen standen deshalb im Mittelpunkt der Debatte einer über alle Erwartungen hinaus gut besuchten Arbeitsgruppe auf dem Kongress der DDR-Historiker im Januar 1989 in Berlin.

Eine solche Sicht auf den Antifaschismus der DDR ist jedoch manchen heutigen Publizisten fremd bzw. unbequem. Mit Verdikten vom „Mythos Antifaschismus“ oder einem „verordneten Antifaschismus“ soll der Antifaschismus generell delegitimiert und die DDR als ein „Reich des Bösen“ verunglimpft werden. Sehr deutlich hat sich in diesem Sinne bereits 1994 der Leitartikler der FAZ, Günther Gillissen, geäußert und geschrieben: „Mit ‚Antifaschismus‘ war und bleibt auch künftig keine Gemeinsamkeit ... zwischen der Geschichte der Bundesrepublik und jener der DDR ... herzustellen.“⁹¹ Bei nicht wenigen etablierten Politikern, Publizisten und Historikern gib es darüber hinaus seit der deutschen Einheit wieder die verstärkte Tendenz einer Rückkehr zu den Dogmen und Methoden des Kalten Krieges, wo nur bürgerlichen Hitlergegnern und den Verschwörern vom 20. Juli 1944 die Bezeichnung eines antinazistischen Widerstandskämpfers attestiert wurde. Der Historiker Thomas Lutz sah sich deshalb zu der Einschätzung veranlasst, dass einflussreiche Kreise bestrebt seien, „dass der in den achtziger Jahren erreichte Konsens, auch Kommunisten zu gedenken, wenn sie gegen Hitler Widerstand geleistet haben, wieder aufgekündigt werden soll“.⁹²

Zehn Jahre nach der Wende ist die Zeit reif, nüchterner darüber zu urteilen, welchen Anteil die DDR am heutigen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern hat. Viele

91 Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/M., 10.6.1994.

92 Thomas Lutz: Historische Orte sichtbar machen. Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn, Nr. 1-2, 6.1.1995, S. 21.

seriöse Forschungsarbeiten, Publikationen und Diskussionen zu diesem Thema haben bislang unbekannte Zusammenhänge und Fakten aufgedeckt und den Erkenntnisprozess vorangetrieben. Das trifft jedoch nicht auf alle Veröffentlichungen zu. Oft gibt es ohne Berücksichtigung der Zeitumstände und aller vorhandenen Fakten wissenschaftlich unzulässige Verallgemeinerungen, die Verkündung von Halb- oder Viertelwahrheiten. Daniela Dahn notierte im Kontext mit den Verfälschungen des Antifaschismus in der DDR: „Mit Überraschung musste ich zur Kenntnis nehmen, dass die bewusste Verdrehung von Quellenmaterial auch in der westlichen Betrachtung von Zeitgeschichte ein probates Mittel ist.“⁹³ Es bleibt zu hoffen, dass bei den noch zu lösenden Aufgaben in der weiteren Erforschung von Erscheinungen und Ursachen des Rechtsextremismus in der DDR genannte unseriöse Praktiken der Vergangenheit angehören, damit diese Forschung auch von jedem ehemaligen DDR-Bürger als ein Beitrag zu Klärung seiner Vergangenheit akzeptiert werden kann.

93 Daniela Dahn: Westwärts und nicht vergessen, a.a.O., S. 51.

Hauptetappen der Entwicklung des Rechtsextremismus in den alten Bundesländern bis zur deutschen Vereinigung 1990

Der Rechtsextremismus in seinen vielgestaltigen und sich wandelnden Formen ist seit 1945 ein fester Bestandteil der politischen Szenerie in der deutschen Bundesrepublik. Leider gibt es bis heute keine umfassende und befriedigende Aufarbeitung der Geschichte der extremen Rechten in der BRD, ihrer Ideologie, Politik und Organisation bis zur deutschen Wiedervereinigung 1990. Nach meiner Kenntnis sind bislang die aussagekräftigsten und faktenreichsten Publikationen:

- Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Band 1 und 2, Opladen 1984.
- Richard Stöss: Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik 1945-1980, zwei Bände, Opladen 1983/84.
- Richard Stöss: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen, Opladen 1989.

Nach diesen Veröffentlichungen reicht die erste Phase in der Entwicklung des Rechtsextremismus in Westdeutschland von 1945 bis Anfang der 60er Jahre.

Alte Kameraden sammeln sich wieder

In den westlichen Besatzungszonen begann nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ebenso wie im Osten Deutschlands entsprechend den alliierten Festlegungen eine rigorose Zerschlagung aller nazistischen Organisationen und Strukturen, eine Internierung von Nazifunktionären und Angehörigen der SS sowie der Wehrmacht nach einem Vorschlag der US-Amerikaner in den vorherigen Konzentrationslagern des faschistischen Regimes und eine umfangreiche Entnazifizierungsaktion. Die Hoffnungen vieler Funktionsträger des NS-Systems, die sich im großen Umfange aus der Sowjetischen Besatzungszone in die westlichen Zonen abgesetzt hatten, dass nach der Niederschlagung des deutschen Faschismus die Westmächte den Krieg gegen die Sowjetunion fortsetzen würden, erfüllte sich nicht.

Es kam 1946/47 zu den Nürnberger und anderen Kriegsverbrecherprozessen, die mit ihren Urteilen anfänglich das Selbstbewusstsein vieler Träger des Hitler-Regimes erschütterten. Auf diese Situation reagierten die ehemals im NS-System Herrschenden zumindest auf viererlei Art. Ein Teil versuchte in Gestalt von *Werwolf*- und ähnlichen Gruppen eine Art terroristische nazistische „Widerstandsbewegung“ zu aktivieren. Bereits am 28. März 1945 hatten drei Mitglieder einer *Werwolf*-Gruppe die von den US-Amerikanern im Aachener Raum eingesetzten Bürgermeister ermordet. Die Besatzungsmächte reagierten überall schnell und rigoros und unterbanden mit allen Mitteln derartige Aktivitäten. Andere hohe Nazi-funktionäre gründeten in dieser Zeit unter Leitung des SS-Standartenführers Alfred Franke-Gricksch eine konspirativ agierende *Bruderschaft*. Ein zweiter Teil begann jetzt, die schon vor Kriegsende von der SS vorbereiteten Fluchtrouten für Kriegsverbrecher und Naziaktivisten zu aktivieren. Vor allem über die *Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen* (ODESSA), die vom SS-General Paul Hauser gegründete Struktur *Die Spinne* und die maßgeblich von Gudrun Burwitz, Tochter des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, mit initiierte *Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V.* wurden nach französischen und US-amerikanischen Recherchen über 40 000 Naziaktivisten und Kriegsverbrecher, vom Organisator des Holocaust Adolf Eichmann bis Wilfried von Oven, persönlicher Referent von Josef Goebbels (Reichspropagandaminister der Nazis), zum Teil mit Hilfe des Vatikans und des Internationalen Roten Kreuzes, nach Südamerika, Australien, Südafrika und andere Weltregionen geschleust. Für ihren Lebensunterhalt sorgten unter anderen über 750 Betriebe, die mit Geldern der SS, die vor Kriegsende ins Ausland transferiert wurden, aufgekauft bzw. neu aufgebaut worden waren.¹ Eine dritte Gruppe war bestrebt, sich weitgehend den neuen Verhältnissen anzupassen und trat in einem nicht geringen Umfange in die neugebildeten Parteien ein. Ein vierter Teil schließlich versuchte schon Ende 1945, demokratisch kaschierte Parteien der extremen Rechten und Altnazis ins Leben zu rufen.

Den ersten Versuch starteten bereits im Oktober 1945 ehemalige Führungskräfte der *Deutschnationalen Volkspartei* (DNVP), die bis zu ihrer Selbstauflösung 1933 Koalitionspartner der ersten Hitler-Regierung war, mit der Gründung der *Deutschen Konservativen Partei* (DKP). Parallel dazu entstanden die ersten Strukturen einer sich auf antisemitische und monarchistische Traditionen berufenden *Deutsche Aufbau-Partei* (DAP). Unter der Führung von Leonhard Schlüter und Adolf von Thadden fusionierten beide Parteien im März 1946 zur Deutschen Konservativen Partei (DKP). In ihren ersten Forderungen wandte sich die DKP gegen die Entnazifizierung und verlangte eine Wahrung aller Rechte der ehemaligen Mitglieder der NSDAP und aller Soldaten der deutschen Wehrmacht. Bald nannte sich diese Partei mit ihren immer deutlicheren nazistischen Tönen nach dem Zusammenschluss mit der 1946 gegründeten *Deutschen Rechtspartei Deutsche Konservative Partei/Deutsche Rechtspartei* (DKP/DRP) und beteiligte sich unter diesem Namen auch an den ersten Bundestagswahlen am 14. August 1949. Bei diesen Wahlen bekam die DKP/DRP über 429 000 Stimmen (1,8%) – davon allein in Niedersachsen 8,1% – und zog mit fünf Abgeordneten in den ersten Bundestag ein.

1 Siehe Jürgen Pomorin/Reinhard Junge/Georg Biemann/Hans-Peter Bordin: Blutige Spuren. Der zweite Aufstieg der SS, Dortmund 1980; Jürgen Pomorin/Reinhard Junge/Georg Biemann: Geheime Kanäle. Der Nazi-Mafia auf der Spur, Dortmund 1981.

Einen zweiten restaurativen Strang gab es mit der stark von Altnazis durchsetzten *Deutschen Partei* (DP), die 1947 aus der Umbenennung der Niedersächsischen Landespartei (NLP) entstand. Bei den ersten Bundestagswahlen erhielt die DP fast eine Million Stimmen und damit 17 Bundestagsmandate. Fünf dieser Sitze hatte die DP sogar direkt in niedersächsischen Wahlkreisen gewonnen. In den ersten Bundesregierung unter Konrad Adenauer war die DP mit zwei Ministern vertreten und stellte darüber hinaus von 1955 bis 1959 mit Heinrich Hellwege den niedersächsischen Ministerpräsidenten. In ihrer Programmatik verurteilte die DP die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse als Akte von „Hass und Rachsucht“, leugnete die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und verlangte wie die DKP/DRP ein Ende der Entnazifizierung in Westdeutschland sowie eine öffentliche „Anerkennung der Ehre des deutschen Soldatentums“. Anfang der 60er Jahre wurde die DP bis auf wenige, noch heute existierende Reste von der CDU aufgesogen.

Mit der Konstituierung der Bundesrepublik wurde 1949 die Lizenzierung von Parteien durch die alliierten Besatzungsmächte aufgehoben. Zugleich erlosch auch mit dem sich verschärfenden Kalten Krieg ein weiteres Interesse an der Entnazifizierung in Westdeutschland und Westberlin. Recht schnell kam es jetzt zur Gründung offen rechtsextremistischer Parteien. Bereits am 2. Oktober 1949 etablierte eine aus der DKP/DRP ausgeschlossene Fraktion von nazistischen Hartlinern um Fritz Dorls, Ex-Generalmajor Otto Ernst Remer, der von Hitler für seine „Verdienste“ bei der Niederschlagung der Verschwörung vom 20. Juli 1944 in den Generalsrang erhoben wurde, und Gerhard Krüger die in nazistischen Traditionen stehende antidemokratische *Sozialistische Reichspartei* (SRP). Ziel dieser Partei, die ihre Finanzquellen sorgsam verbarg, war eine Sammlung aller Nazis und anderer Rechtsextremisten, um mit diesen auf der Grundlage einer „völkischen Gemeinschaft“ das Deutsche Reich wiederherzustellen. Die SRP gewann in relativ kurzer Zeit über 10 000 Mitglieder und bekam 1951 bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen 7,7% der Stimmen (acht Mandate); im gleichen Jahr votierten bei den Landtagswahlen in Niedersachsen sogar 11% der Wähler für die pronazistische SRP, die damit mit 16 Abgeordneten in den Landtag einzog. Auf Druck des Auslandes und aus Gründen der Abwehr einer Konkurrenz für den rechten Flügel der CDU stellte die Adenauer-Regierung recht bald beim Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe den Antrag zum Verbot dieser Partei. Im BVG-Urteil vom 23. Oktober 1952 zum Verbot dieser rechts-extremen SRP heißt es wörtlich:

„Daß die SRP sich selbst als Nachfolgeorganisation der NSDAP fühlt, zeigt sich in der personellen Zusammensetzung der Führungsschicht, die überwiegend aus ehemaligen Nationalsozialisten besteht, in der Bemühung der Partei, frühere Nationalsozialisten als Parteimitglieder zu gewinnen – nicht obwohl, sondern weil sie Nationalsozialisten waren – und in der unverhohlenen Glorifizierung Hitlers.“²

Nach dem Verbot der SRP suchten besonders im Süden der Bundesrepublik Mitglieder

2 Zitiert in Thomas Assheuer/Hans Sarkowicz: Rechtsradikale In Deutschland. Die alte und die neue Rechte, München 1992, S. 14. Dieses Urteil erlangte weit über das Verbot der SPD hinaus bundespolitische Bedeutung. In ihrem Urteil formulierten die Karlsruher Richter erstmals die bis heute gültigen Prinzipien der Freiheitlichen Demokratischen Grundordnung (FDGO) der Bundesrepublik Deutschland.

dieser Partei Zuflucht in der ebenfalls 1949 gegründeten extrem nationalistischen *Deutschen Gemeinschaft* (DG) um August Haußleiter, die in Gemeinschaft mit den Vertriebenenverbänden 1950 bei den Landtagswahlen in Bayern und Württemberg-Baden 22 Landtagsmandate eroberte. In den anderen Regionen der Bundesrepublik wandten sich viele ehemalige SRP-Mitglieder der im Januar 1950 von extremen Rechten gebildeten *Deutschen Reichspartei* (DRP) zu, die nach 1952 zur stärksten Partei der Rechtsextremisten in der BRD wurde. Bei der Bundestagswahl 1953 setzte die DRP vor allem auf die Resonanz solcher Wahlredner wie zum Beispiel den bekannten Nazi-Schriftsteller Hans Grimm, den zu faschistischen Zeiten hoch dekorierten Fliegeroffizier Hans-Ulrich Rudel und Werner Naumann, den kurz zuvor aus der FDP ausgeschlossenen ehemaligen Staatssekretär von Josef Goebbels. Das Wahlergebnis war für die DRP enttäuschend. Nur knapp 300 000 Bundesbürger (1,1%) wählten diese Partei, die danach recht schnell in der politischen Versenkung verschwand.

Weitere Gründungen extrem rechter Parteien und Vereinigungen waren Anfang der 50er Jahre unter anderem die Konstituierung des *Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten/Gesamtdeutscher Block* (BHE/GB) und die sich am Vorbild der Hitler-Partei vor 1933 orientierende *Deutsche Freiheitsbewegung* (DFB). Gleichfalls kam es zu einer Neubelebung von Ideen des dissidenten Naziführers Otto Strasser in der *Arbeitsgemeinschaft Nie Vergessene Heimat* (ANVG) und im *Bund für Deutschlands Erneuerung* (BDE), aus denen 1957 die bis 1963 existierende *Deutsch-Soziale Union* (DSU) und im Saarland der *Bund der Deutschsozialisten* entstanden. Im Norden und Westen der BRD nisteten sich auch nicht wenige hohe Offiziere und Nazifunktionäre in der FDP ein, von denen der ehemalige Major der Hitler-Wehrmacht und Ritterkreuzträger Erich Mende später Bundesvorsitzender dieser Partei wurde. Über solche FDP-Kreise schrieb vor einigen Jahren der konservative „Rheinische Merkur“ am 16. September 1994: „Der größte Teil der früheren nordwestlichen FDP trat in Wahlkämpfen unter den Farben Schwarz-Weiß-Rot statt Schwarz-Rot-Gold an.“

Einen ersten Höhepunkt erreichte in dieser Zeit gleichfalls die Pflege des deutschen Militarismus. Obwohl durch die Direktive Nr. 2 des Alliierten Kontrollrates vom 20. September Organisationen militaristischen Inhalts auf Dauer verboten waren, entstanden 1950/52 eine Vielzahl militaristischer Traditionsverbände oder wurden wie die schon aus der Weimarer Republik berüchtigten Vereinigungen *Kyffhäuserbund* oder *Stahlhelm* wiederbelebt. Die bekanntesten Zusammenschlüsse dieser Art waren der im September 1951 konstituierte *Verband deutscher Soldaten* (er reichte von der aus dem spanischen Bürgerkrieg kommenden suspekten Kameradschaft Legion Condor bis zu Vertretern von SS-Verbänden) und die von SS-Angehörigen gegründete *Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit* (HIAG) – ab April 1959 *Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V./HIAG* – mit ihrer Zeitung „Wiking-Ruf“ (ab 1956 „Der Freiwillige“), die bis in die Gegenwart hinein erscheint. In ihren besten Zeiten hatten die fast 1 000 militaristischen Traditionsverbände bis zu 600 000 Mitglieder. Zur letztgenannten Kategorie gehörte ferner der mit US-amerikanischen Geheimdienstgeldern aufgebaute terroristische *Technische Dienst* des rechtsextremistischen *Bundes Deutscher Jugend* (BDJ), der schon wieder den bewaffneten Kampf gegen den Osten trainierte und für den inneren Kampf bereits Schwarze Listen für eine Liquidierung von SPD-, KPD- und anderen demokrati-

schen Funktionären aufgestellt hatte. Spätestens ab 1950 konnten des weiteren alle belasteten Nazi-Literaten wieder ungehindert publizieren. Zugleich entwickelte sich ein breit gefächertes rechtsextrem orientiertes Publikations- und Verlagswesen. In dieser Zeit wurden bereits wieder engere Kontakte von rechtsextremen Vereinigungen der BRD zu gleichgesinnten Organisationen im westlichen Ausland, insbesondere in Österreich und Italien, geknüpft.

Mit der Konstituierung der Bundesrepublik entstand in Westdeutschland ein Staat, in dessen Grundgesetz viele Lehren aus der faschistischen Vergangenheit gezogen worden waren. Damit eröffnete sich die Chance, dem wieder aufkommenden Rechtsextremismus mit einem wirkungsvollen Widerstand zu begegnen. Aber daran waren viele aus dem damals bestimmenden politischen Establishment nicht interessiert. Für sie sollte die Bundesrepublik ein antikommunistisches Bollwerk gegen den Osten werden. Das zeigte sich schon in der ersten Regierungserklärung von Bundeskanzler Konrad Adenauer am 20. September 1949, in der er mit keinem Wort darauf einging, wie es 1933 zu der Regierungsübernahme von Adolf Hitler kam. Ignoriert wurden auch die Leistungen der Anti-Hitler-Koalition und der europäischen Widerstandsbewegung bei der Zerschlagung des deutschen und italienischen Faschismus. Nicht erwähnt wurden die Verbrechen der deutschen Faschisten an den europäischen Juden, den Sinti und Roma und den Völkern Osteuropas. Prägnantester Ausdruck der Rechtswende war die Vorbereitung und Verabschiedung des „Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 GG fallenden Personen“ vom 11. Mai 1951 und die im August 1953 nachfolgende Novellierung dieses Gesetzes.³ Die junge Bundesrepublik machte damit, wie Ralph Giordano es später nannte, den „großen Frieden mit den Tätern“.

Fast alle Beamten und Angestellten des faschistischen Staatsapparates, wenn sie nicht ausdrücklich zu den wenigen stark Belasteten gehörten, von Staatssekretären der Hitler-Regierungen bis zu den kommunalen Standesbeamten; Diplomaten wie Richter, Staatsanwälte, Professoren, Lehrer, ehemalige Angehörige der nazistischen Polizei und Geheimdienste und später auch alle Offiziere der Hitler-Wehrmacht bekamen durch das 131er Gesetz einen Rechtsanspruch auf Wiedereinstellung in ihren früheren Positionen im öffentlichen Dienst bzw. auf die Nachzahlung ihrer Bezüge für die Zeit der Nichtbeschäftigung seit dem 8. Mai 1945. Über 90% der nazistischen Staatsbediensteten bis hin zu höheren SS-Offizieren gelangten so in den öffentlichen Dienst der BRD und bestimmten jahrelang das geistige Klima dieses Staates. Nach Untersuchungen von Daniela Dahn gab es zeitweilig in der Bundesrepublik mehr verbeamtete NSDAP-Mitglieder als in Nazi-Deutschland.⁴ Von ihrer Tendenz her hatte eine solche Einstellungspraxis schon vorher begonnen. Nach einem Bericht der amerikanischen Militärregierung in Westdeutschland vom 20. Juli 1948 waren zu dieser Zeit bereits etwa 60% der Richter und etwa 75% der Staatsanwälte und in einem noch höheren Maße Bürgermeister und Landräte in Bayern ehemalige Mitglieder der NSDAP. Eine Karriere unter Hitler war in der

3 Nach Artikel 131 des Grundgesetzes sollten alle Personen, die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst beschäftigt und aus politischen Bedingungen ausgeschieden waren bzw. keine Pensionen mehr bekamen, mit den Regelungen eines Bundesgesetzes wieder in die alten Rechte eingesetzt werden.

4 Siehe Daniela Dahn: Westwärts und nicht vergessen, a.a.O., S. 121.

Regel in der neuen Bundesrepublik kein Hindernisgrund für den weiteren beruflichen Aufstieg. In einem Vortrag vor der SPD-Bundestagsfraktion betonte in diesem Kontext die stellvertretende Vorsitzende der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD und renommierte bundesrepublikanische Historikerin, Helga Grebing, am 23. März 1993: Die Geschichte der Bundesrepublik begann mit einer Verdrängung der Nazi-Vergangenheit: „Allzu viele wurden allzu schnell Patentdemokraten, während sie doch in Wahrheit Strukturfaschisten blieben.“⁵ Man schwor den neuen Amtseid auf das Grundgesetz, blieb aber ansonsten seinen alten Überzeugungen treu. Ein treffendes Beispiel dafür bot das Verhalten des einstigen Nazi-Juristen Prof. Dr. Theodor Maunz aus München, der sich einerseits zu einem führenden Kommentator des bundesdeutschen Grundgesetzes entwickelte, andererseits zugleich bis zu seinem Tode 1993 als Rechtsberater des DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey fungierte und unter Pseudonym Artikel für die 1954 aus der „Deutschen Soldaten-Zeitung“ entstandene rechtsextreme „Deutsche National-Zeitung“ veröffentlichte. Ein weiterer Freund und Berater von Frey war der Wehrmachtsgeneral und spätere Chef des Bundesnachrichtendienstes der BRD, Reinhard Gehlen.

Aus der Spitze des Eisberges – also jenen Nazis, die wieder in besonders einflussreiche Positionen gelangten – seien hier nur einige genannt:

- Dr. Hans-Maria Globke: 1949 leitender Mitarbeiter im Bundeskanzleramt, 1953/1963 Staatssekretär im Bundeskanzleramt – in der NS-Zeit war Globke Mitverfasser und Kommentator der faschistischen Rassegesetze, die die „rechtliche“ Grundlage für den Holocaust an den europäischen Juden sowie für die Ausrottungspolitik gegenüber den Sinti und Roma waren; weiter war Globke Verfasser von gesetzlichen Grundlagen zur „Germanisierung“ Osteuropas.
- Dr. Theodor Oberländer: 1953/1960 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (zunächst Mitglied der FDP, dann führender Kopf des BHE, schließlich Übertritt zur CDU) – am 9. November 1923 war Oberländer Teilnehmer am Hitler-Ludendorff-Putsch in München, später SA-Hauptsturmführer; im Zweiten Weltkrieg war Oberländer in Osteuropa an Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt. In trauriger Runde nannte Adenauer seinen Minister Oberländer gern „tiefbraun“.⁶
- Dr. Kurt-Georg Kiesinger: 1958/1966 CDU-Ministerpräsident von Baden/Württemberg, 1966/1969 Bundeskanzler – seit 1933 Mitglied der NSDAP, leitender Mitarbeiter in der Rundfunkpolitischen Abteilung des Reichsaußenministeriums.
- Oswald Espy: Nach 1950 Leiter der niedersächsischen Landespolizeischule in Hannover – in der NS-Zeit war Espy Gerichtsoffizier am SS-Polizeigericht Düsseldorf, ab 1941 in Funktionen im Reichssicherheitshauptamt der SS, dann Gendarmerie-Kommandeur in Riga und 1944/45 im Raum Danzig.
- Walter Roemer: Bis 1968 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung Öffentliches Recht im Bundesjustizministerium – in der Nazi-Zeit Staatsanwalt, Leiter der Vollstreckungsabteilung am Landgericht München und in dieser Funktion an der Vollstreckung der Todesurteile gegen Mitglieder der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ beteiligt.

5 antiFa. JUSO-Informationsdienst, Bonn, Juni 1993, Nr. 2, S. 35.

6 Rheinischer Merkur, Bonn, 16.9.1994.

- Dr. Eberhard Taubert: In der Bundesrepublik Leiter des vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen finanzierten *Volksbundes für Frieden und Freiheit e.V.* – in der NS-Zeit Ministerialrat und Leiter des Antikomintern-Referats im Reichspropagandaministerium; seit 1938 Richter am Ersten Senat des Volksgerichtshofes und an der Verurteilung von Antifaschisten mit der Todesstrafe beteiligt.
- Dr. Hartwig Schlegelberger: Zeitweilig Innenminister in Schleswig-Holstein, bis 1995 Präsident des Deutschen Roten Kreuz-Landesverbandes Berlin – in der Hitlerzeit Marineoberstabsrichter und an mehreren Todesurteilen wegen „Wehrkraftzersetzung“ beteiligt; mindestens zwei Hinrichtungen hat er selbst geleitet.

Ähnliche Personalentscheidungen wie eben genannt wurden auch in der Wirtschaft, den Medien, der Kultur und anderen nichtstaatlichen Bereichen getroffen. Ralph Giordano charakterisierte 1989 auf einem Kongress der Heinrich-Böll-Stiftung die damalige bestimmende gesellschaftliche Struktur der BRD mit den Worten:

„Die Fachleute des vielgepriesenen Wiederaufbaus waren zuvor die Fachleute der Zerstörung gewesen, und die Führung des industriell-bürokratisch-militärischen Blocks in der Bundesrepublik war bis in die siebziger Jahre hinein identisch mit der vor 1945. Am größten war die Übereinstimmung zwischen Dienstträgern für Hitler und solchen für die Bundesrepublik im diplomatischen Dienst, in der Führung der inzwischen aufgebauten Bundeswehr und bei den älteren Jahrgängen der Beamtenschaft.“⁷

Die Hauptmasse der Mitglieder und Wähler rechtsextremistischer Parteien kam in diesen Jahren vor allem aus den protestantischen Gebieten im Norden der BRD, wo schon vor 1933 die Hitler-Partei überdurchschnittlich hohe Stimmenergebnisse aufwies. Es handelte sich nach 1945 insbesondere auch um Regionen mit relativ großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und mit einem hohen Anteil an Flüchtlingen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Hier wie gleichfalls im Süden der BRD kamen die Wähler rechtsextremistischer Partei jedoch aus allen sozialen Schichten. Die geringste politische Resonanz fanden die Rechtsextremen bei den Industriearbeitern.⁸ Insgesamt dominierte damals, wie im Oktober 1999 eine Expertenkonferenz der *DGB-Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft* (GEW) feststellte, in der Bundesrepublik „ein restaurativ-reaktionäres Milieu“.⁹ Und der spätere DDR-Bürgerrechtler Wolfgang Ullmann, der Anfang der 50er Jahre in Göttingen Theologie studierte, meinte rückblickend: „An der Universität konnte man existieren, aber die übrige Stadt lebte noch immer in der Zeit vor 1939, mit ungeheuchelten Sympathien für die Nazis.“¹⁰ Ein weiteres Zeugnis über diese Zeit stammt von dem Marburger Soziologen Prof. Dr. Werner Hofmann, der 1957 in der „Frankfurter Rundschau“ schrieb:

„Müssen es die alten und die neuen Rechtsextremisten im übrigen nicht als eine Ermutigung empfinden, wenn unsere Gerichte notorisch milde mit Massenmördern der nationalsozialistischen Zeit verfahren; wenn diese in einer gehäuften Zahl von Fällen

7 Ralph Giordano: Der große Frieden mit den Tätern oder: Die zweite Schuld – über den Januskopf der Bundesrepublik, in: Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M., 10./11.5.1989.

8 Siehe Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bonn 1999, S. 119f.

9 Erziehung und Wissenschaft. Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW, Frankfurt/M. 1999, Nr. 11, S. 23.

10 Neues Deutschland, Berlin, 7.10.1999.

wegen ‚Haftunfähigkeit‘ auf freien Fuß gesetzt werden; wenn zahllose Bildberichte, Landserhefte und Bücher in der Erinnerung an Großdeutschlands erregende Zeit schwelgen und das bundesdeutsche Literaturgeschäft manche Zeitschriften nachgerade in Memoirenblätter verwandelt hat; wenn im Zeichen eines neurotisch gewordenen Antikommunismus der schlichteste bürgerliche Liberalismus verdächtigt wird und eine neue Staatsschutz-Mentalität um sich greift?“¹¹

Im Zeichen des Kalten Krieges wurde zum einen ein staatlich verordneter und oft mit drakonischen Repression durchgesetzter Antikommunismus die neue Staatsdoktrin der Bundesrepublik, zum anderen waren die hohen Herren, wie Gerhard Zwerenz nach der Wende von 1989 bemerkte, „zur Verordnung des Antifaschismus unfähig und unwillens“.¹²

Die Bundesrepublik beanspruchte schon in ihrer Geburtsstunde, Rechtsnachfolger des „Dritten Reiches“ zu sein und hatte von diesem Gesichtspunkt her in jenen Jahren wenig Interesse an einer kritischen Aufarbeitung der deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert, insbesondere der Nazi-Zeit. Schon in den frühen 50er Jahren begann in der westdeutschen Öffentlichkeit eine Diskussion darüber, endlich einen Schlussstrich unter die nazistische Vergangenheit zu ziehen. Im Zentrum vieler öffentlicher Erörterungen in allen politischen Lagern stand die nationale Frage. Dabei reichten auf der ultrarechten Flanke die Überlegungen von der Herstellung eines russenfreundlichen neutralen Gesamtdeutschlands bis zu Vorstellungen, zusammen mit den Westmächten auf der Grundlage einer Politik der Stärke die Sowjetunion zu einem Aufgeben der DDR zu zwingen.¹³

Nach 1954/55 begann in der Bundesrepublik auf der Grundlage eines sich abzeichnenden wirtschaftlichen Aufschwungs, eines damit verbundenen schnellen Steigens der Reallöhne und des Rückgangs der Arbeitslosigkeit, der weitgehenden Integration von ehemaligen nazistischen Funktionsträgern in die neuen gesellschaftlichen Strukturen, der politischen Westorientierung, des beginnenden Aufbaus der Bundeswehr und einer im Sinne des kalten Krieges wirkenden antikommunistischen Ideologie und Politik ein zunächst für mehrere Jahre wirkendes Abflauen des militanten Rechtsextremismus. Zugleich begünstigten die genannten Faktoren aber das Entstehen und die Ausbreitung einer breit gefächerten politisch-geistigen Grauzone zwischen dem sich offen bekennenden Rechtsextremismus und der rechten Flanke des bundesdeutschen Konservatismus. Das zeigte sich besonders im Wirken militaristisch orientierter Traditionsverbände, im Auftreten weit rechts orientierter Funktionäre der Vertriebenenverbände, bei völkischen Vereinigungen und einer sich wieder formierenden rechtsextrem geprägten esoterischen Szene. Dass diese Flaute rechtsextremistischer Regsamkeiten nicht stabil war, zeigte die Jahreswende 1959/60, wo es in der BRD zu einer Welle von neofaschistischen und antisemitischen Drohungen und Anschlägen kam. So wurde am 25. Dezember 1959 die Kölner Synagoge durch neonazistische Schmierereien geschändet. Es folgten eine Vielzahl ähnlicher Handlungen bis hin zur Verwüstung jüdischer Friedhöfe. Allein bis Januar 1960 wurden 470 solcher Vorkommnisse gezählt, die auch Nachahmungstäter in Dres-

11 Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M., 3.1.1957.

12 Neues Deutschland, Berlin, 15.6.1993.

13 Siehe Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, a.a.O., S. 40.

den, Gera, Suhl und anderen Städten der DDR zu ähnlichen Provokationen anregten.¹⁴ Eine neue Woge dieser Art entwickelte sich dann im April 1961 im Zusammenhang mit dem Beginn des Prozesses gegen den faschistischen Organisator des Holocaust, Adolf Eichmann, in Israel.

Die extremen Rechten wittern Morgenluft – die Gründung der NPD

Mitte der 60er Jahre vollzogen sich in der BRD einschneidende politische und wirtschaftliche Veränderungen. Nach dem 1963 erfolgten Rücktritt von Bundeskanzler Konrad Adenauer verlor die nachfolgende Bürgerblock-Regierung unter Führung von Ludwig Erhard zunehmend an politischem Ansehen und musste schließlich 1966 zurücktreten; es kam unter Kurt-Georg Kiesinger (CDU) am 1. Dezember 1966 zur Bildung einer Regierung der Großen Koalition. Erstmals war damit die SPD an einer Bundesregierung beteiligt. Der Bundesvorsitzende der SPD, Willy Brandt, übernahm in dieser Regierung die Ämter eines Außenministers und Vizekanzlers. Unter Willy Brandt leitete die Bundesregierung eine neue Phase in der Ostpolitik der Bundesrepublik ein. Dieser vorsichtige Abschied von einer vorrangig konfrontativen Außenpolitik gegenüber den osteuropäischen Staaten stieß sofort auf das Misstrauen und den Widerstand aller Rechten in der BRD. Sie befürchteten dabei vor allem ein Aufweichen der bisherigen antikommunistischen Staatsdoktrin. In der gleichen Zeit kam es auch in der Bundesrepublik zur ersten spürbaren Wirtschaftskrise. Diese und andere Veränderungen in den politischen Rahmenbedingungen beendeten die vorübergehende Flaute im westdeutschen Rechtsextremismus.

Mit der Gründung der extrem rechten *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD), die 473 alte und neue Nazis, Nationalisten und Nationalkonservative aus ca. 90 Parteien und Gruppierungen am 28. November 1964 in Hannover vollzogen, setzte bis 1969 ein regelrechter Boom im Rechtsextremismus der Bundesrepublik ein. Von ihrem Wesen her war die NPD zum Anfang mehr eine Ansammlung von verbliebenen Rechtsextremen aller Schattierungen. Die meisten NPD-Mitglieder kamen in dieser Zeit aus der SRP bzw. DRP und hatten schon eine Karriere in der Hitler-Zeit hinter sich. Mindestens 1 200 Angehörige dieser Partei waren schon vor 1933 der Hitler-Partei beigetreten.¹⁵ Zu den ersten Sympathisanten und Förderern der neuen Partei gehörten der ehemalige Reichskanzler und Minister in der ersten Hitler-Regierung, Franz von Papen, der Organisator der Morde an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Waldemar Pabst, und der bekannte Raketenforscher Professor Dr. Hermann Oberth, der bald darauf der NPD beitrug. Zum ersten Bundesvorsitzenden wählten die NPD-Gründer den aus der *Deutschen*

14 Siehe Henrik Eberle (Hrsg.): Mit sozialistischem Gruß. Parteiinterne Hausmitteilungen, Briefe, Akten und Intrigen aus der Ulbricht-Zeit, Berlin 1998, S. 90/91.

15 Siehe Heinz Siebold: Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD), in: Kurt Faller/Heinz Siebold (Hrsg.): Neofaschismus. Dulden? Verbieten? Ignorieren? Bekämpfen?, Frankfurt/M. 1986, S. 10.

Partei (DP) kommenden Bremer Kaufmann Friedrich Thielen, der schon 1967 von dem Altnazi Adolf von Thadden, der aus der DRP kam, abgelöst wurde. Die Position eines Chefideologen nahm recht bald der Rassist Professor Dr. Ernst Anrich ein, den Adolf Hitler mitten im Zweiten Weltkrieg auf einen wichtigen Lehrstuhl an der „Reichsuniversität Straßburg“ berufen hatte. Als Parteiorgan der NPD erschien damals die in Hannover herausgegebene Wochenzeitung „Deutsche Nachrichten“. Fast alle Führungsfunktionen in der NPD bis hinunter auf die Kreisebene waren mit Altnazis besetzt. Ende 1967 erreichte die NPD nach eigene Angaben mit über 33 000 Mitgliedern ihren höchsten Mitgliederstand. Von ihrer sozialen Struktur her waren unter anderem 27% Angehörige des Mittelstandes, 17% Angestellte, 16% Arbeiter (vor allem aus mittelständischen Betrieben), 4% Akademiker, Studenten und Offiziere der Bundeswehr.¹⁶ Als Suborganisationen schuf sich die NPD 1967 in Gestalt der *Jungen Nationaldemokraten* (JN) eine Jugendorganisation und bereits 1966 im Hochschulbereich den *Nationaldemokratischen Hochschulbund* (NHB). Eng verbunden mit der NPD wirkte der „Reichsverband der Soldaten“. Im Vorfeld der Bundestagswahlen von 1969 gründete die NPD nach dem Vorbild der faschistischen SS 1968 ihren *Ordnerdienst* (OD), der in einheitlicher Ausrüstung und Uniformierung auftrat und im Wahlkampf brutal gegen alle politischen Gegner der neonazistischen Partei vorging. Dieser OD wurde dann 1970 in einen SA-ähnlichen *Organisationsdienst* umgewandelt.

Schon in dieser Zeit offenbarte sich die kriminelle Energie nicht weniger NPD-Mitglieder. So drangen zum Beispiel am 19. April 1970 Angehörige der NPD gewaltsam in das Büro des Bezirksvorstandes der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in Düsseldorf ein und demolierten die gesamte Einrichtung des Büros. Andere Mitglieder der NPD betätigten sich in diesen Jahren an Aktionen des Waffenschmuggels.

Mit viel Kraftaufwand war die NPD bestrebt, die ersten internationalen Kontakte unter anderem nach Österreich, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Kanada und Südafrika aufzubauen. Ein besonderer Schwerpunkt war dabei Österreich, wo schon am 11. Februar 1967 unter aktiver Mitwirkung des rechtsextremen Terroristen Dr. Norbert Burger in Linz ein NPD-Landesverband Österreich aus der Taufe gehoben wurde. Seit 1969 war die NPD auch im europäischen Rahmen führend am Aufbau der rechtsextremen Geheimorganisation *Europäische Befreiungsfront* (EBF) beteiligt.

Geistig bestimmte das auf einem NPD-Parteitag im November 1967 verabschiedete Programm das ideologische Profil dieser rechtsextremen Vereinigung. Zwar akzeptierte die NPD formell das Grundgesetz der Bundesrepublik, erstrebte aber nach ihren programmatischen Aussagen eine Gesellschaftsstruktur nach dem Vorbild des nazistischen Staates. Schon auf dem NPD-Parteitag 1966 hatte der Partei-Ideologe Ernst Anrich einen Staat gefordert, der die „Befehlsgewalt über die einzelnen Menschen und über die gesamte Menge der jeweils augenblicklich lebenden Menschen“ habe.¹⁷ Das war mit einem kategorischen Verlangen nach einer Restauration von Eliten in der Bundesrepublik verbunden. Ohne Umschweife wurde konstatiert: „Die Verfremdung und Vermassung

16 Betrifft: Verfassungsschutz 1969/70, Bonn 1971, S. 18.

17 Zitiert in Dietrich Elchlepp/Hans-Joachim Heiner: Zur Auseinandersetzung mit der NPD. Aktionen und Argumente gegen den Rechtsradikalismus, München 1969, S. 38.

unseres Volkes haben bewirkt, daß das Gefühl für Rangordnungen verloren gegangen ist.“¹⁸ Dazu passte, dass der Rohrstock in der Kindererziehung wieder zu Ehren kommen sollte.

Die hauptsächlichen geistigen Leitlinien waren jedoch zu dieser Zeit ein extremer Nationalismus und Rassismus, die sich besonders gegen die erste Generation der ausländischen Gastarbeiter richteten. Grundsätzlich wurde eine deutsche Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieg geleugnet und die Rückgabe aller ehemals deutschen Gebiete in Osteuropa verlangt, um wieder ein Großdeutschland zu errichten. Prinzipiell wurde zu den faschistischen Verbrechen von 1933 bis 1945 in einer „Musterrede“ für Wahlkämpfe postuliert: „Das deutsche Volk hat von diesen Verbrechen genau soviel gewusst wie Sie und ich, nämlich gar nichts.“¹⁹ Wie Anfang der 30er Jahre die NSDAP spielte sich die NPD gleichzeitig als Interessenvertreter des Großkapitals, des Mittelstandes sowie der Arbeiter auf und entfachte zugleich eine Hasskampagne gegen die DGB-Gewerkschaften, um diese politisch zu entmachten.²⁰ Wie bei den Nazis waren für die NPD alle fortschrittlichen Kulturschaffenden, wozu ausdrücklich Heinrich Böll und Günter Grass gezählt wurden, nur „Kulturbolschewisten“.

Innerparteilich dominierte in der NPD ein undemokratisches Regime. So stellte z. B. der ehemalige stellvertretende NPD-Bundvorsitzende und bayrische NPD-Landesvorsitzende Franz-Florian Winter fest: „Das Bild der NPD wird völlig von ihrem ‚Führer‘, Adolf von Thadden, geprägt. Eine innerparteiliche Demokratie gibt es nicht. Der undemokratische Aufbau wird schon dadurch gekennzeichnet, daß es – fast nur mit der Ausnahme von Bayern – nur von Oben eingesetzte, nicht gewählte Bezirksbeauftragte gibt, die das volle Vertrauen der Führungsspitze der NPD genießen müssen. Sie können jederzeit wieder abberufen werden.“²¹

Der offen neofaschistische Charakter der NPD wurde bereits am 27. September 1968 in einem Urteil von Landgericht Hannover festgestellt, das am 28. Februar 1969 vom Oberlandesgericht in Celle bestätigt wurde. Danach ist die NPD „arbeitnehmerfeindlich, neonazistisch, rechtsradikal ... Die NPD verherrlicht nazistisches Gedankengut, gefährdet die demokratische Grundordnung.“²²

Trotz einer solchen zutreffenden Kennzeichnung der NPD, die im Kern schon seit 1964 von den Antifaschisten und vielen Demokraten in der BRD vertreten und öffentlich gemacht wurde, stimmten in der zweiten Hälfte der 60er Jahre hunderttausende Bundesbürger bei Parlamentswahlen für diese Partei. In diesen Jahren war die NPD mit 61 Abgeordneten in acht Landtagen vertreten und verfügte über Hunderte von Mandaten in kommunalen Parlamenten.

18 Deutsche Nachrichten, Hannover, 3.11.1967.

19 Zitiert in Dietrich Elchlepp/Hans-Joachim Heiner: Zur Auseinandersetzung mit der NDP, a.a.O., S. 59.

20 Siehe Ingrid Schuster: Die soziale Demagogie der NPD, Schriftenreihe der Demokratischen Aktion, Nr. 1, München 1969.

21 Franz-Florian Winter: Ich glaubte an die NPD, Mainz 1968, S. 104.

22 Zitiert in antiFA, Berlin 1990, Nr. 11, S. 9.

Übersicht 4: Wahlergebnisse der NPD bei Landtagswahlen in der BRD 1966-1968

Landtagswahl in	Jahr	in Prozent	Mandate
Hamburg	1966	3,9	-
Hessen	1966	7,9	8
Bayern	1966	7,4	15
Schleswig-Holstein	1967	5,8	4
Niedersachsen	1967	7,0	10
Bremen	1967	8,8	8
Rheinland-Pfalz	1967	6,9	4
Baden-Württemberg	1968	9,8	12

Prozentual erhielt die NPD in dieser Zeit mehr Stimmen als die Hitlerpartei bei den Reichstagswahlen von 1928. Auf örtlicher Ebene kam es auch bereits zur Absprachen von Vertretern der NPD mit Funktionären der CDU/CSU und der FDP.²³

Die Wähler der NPD kamen zumeist aus der mittleren und älteren Generation, die in der Regel das faschistische Hitler-Regime noch selbst erlebt hatten und über die Jahre hinweg diesem mit Sympathie gegenüberstanden. Die meisten NPD-Wähler wiesen die Regionen Mittelfranken, das mittlere Hessen, Teile von Rheinland-Pfalz und das nord-östliche Niedersachsen auf. Sie wohnten oftmals in größeren Dörfern, in Kleinstädten und in den Randzonen der Großstädte.²⁴ Von ihrer sozialen Stellung her waren unter den NPD-Wählern Mittelständler, Landwirte und Arbeiter aus Kleinbetrieben und Ungelernte etwas überrepräsentiert. Neben den traditionellen extrem rechten Wählerschichten stießen vor allem in Bayern und Baden-Württemberg Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten zur Wähler-Klientel der NPD. Die meisten Wähler waren männlich. Vom politischen Spektrum her gelang der NPD kaum ein Einbruch in die Wählerschichten der SPD und der FDP. Mitglieder der DGB-Gewerkschaften wiesen in jenen Jahren eine hohe politische Immunität gegenüber der Ideologie und Politik des rechten Extremismus auf. Motive für die Stimmabgabe für die NPD waren oftmals Unzufriedenheit mit der Innen- und Außenpolitik der Regierung der Großen Koalition in Bonn. Richard Stöss zitiert in seinem Buch über den „Rechtsextremismus im vereinten Deutschland“ den damaligen Chef des Infas-Instituts für Meinungsforschung, Klaus Liepelt, mit den Worten: „Man wählt nicht die NPD, weil man für etwas, sondern weil man gegen etwas ist.“²⁵ Mit welchen erpresserischen Methoden seinerzeit die NPD vorging, enthüllte der bereits zitierte Franz-Florian Winter. Danach musste jeder, der bei der NPD ein Mandat annahm, einen „Sicherungswechsel“ bis zu 30 000 DM unterschreiben, der bei einem Austritt aus der NPD zugunsten dieser Partei fällig wurde. Nach den Worten des Bundesvorsitzenden der NPD, Adolf von Thadden, wäre dieses Vorgehen ein ausgezeichnetes Mittel, um die „Leute bei der Stange zu halten“.²⁶

1969 setzte die NPD alle politischen und materiellen Ressourcen ein, um in den

23 Siehe Thomas Assheuer/Hans Sarkowicz: Rechtsradikale in Deutschland, a.a.O., S. 20.

24 Siehe Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bonn, 1999, S. 28, 120.

25 Zitiert in ebenda, S. 121.

26 Siehe Franz-Florian Winter: Ich glaubte an die NPD, a.a.O., S. 55f.

Bundestag zu kommen. Zu dieser Zeit verfügte die NPD noch über 28 000 hauptsächlich aus dem Mittelstand kommende Mitglieder, die in 11 Landes- und 470 Kreisverbänden organisiert waren. Als Spitzenkandidaten hatte man den ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten des Saarlandes, Hubert Ney, und den einstigen stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden, Linus Kanther, gewonnen. Nach parteieigenen Schätzungen rechnete man bei diesen Bundestagswahlen mit einem Stimmenanteil von 8 bis 12%.²⁷ Mit der bislang größten antifaschistischen Aktion in der Bundesrepublik, die insbesondere von westdeutschen Antifaschisten, den Studenten der *Außerparlamentarischen Opposition* (APO), Kirchen, den DGB-Gewerkschaften und von politischen Kräften bis hinein in die Mitte der Gesellschaft getragen wurden, konnten die NPD-Absichten durchkreuzt werden. Bei den Bundestagswahlen am 28. September 1969 bekam die NPD nur 1 422 010 Zweitstimmen (4,3%) und verpasste damit den sicher geglaubten Einzug in den Bundestag. Nach diesem Wahldebakel kam es zu heftigen inneren Auseinandersetzungen. Unter Führung des aus München stammenden stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Dr. Siegfried Pöhlmann opponierte eine beachtliche Fraktion gegen den politischen Kurs des NPD-Parteivorsitzenden Adolf von Thadden und spaltete sich von der NPD ab. Im rechtsextremen Lager verlor die NPD recht bald ihre integrierende Funktion. Weitere innere Machtkämpfe führten zu einer Dauerkrise in dieser Partei. Dennoch blieb die NPD auch in den folgenden Jahren ein Durchlauferhitzer, der der offen neonazistischen Szene in der BRD immer wieder neue Kräfte zuführte.

Durch die Verhinderung des Einzugs der NPD in den Bundestag, bei deren Durchsetzung sich ganz unterschiedliche Kräfte in der BRD engagierten, insbesondere aber auch durch die Berufung des ausgewiesenen antifaschistischen Widerstandskämpfers Willy Brandt (SPD) 1969 zum Bundeskanzler bekam der Antifaschismus in der BRD eine nie zuvor gekannte breite öffentliche Anerkennung. Das bedeutete jedoch nicht, das antifaschistische Denken und Handeln bis in alle Poren der Gesellschaft der Bundesrepublik eindringen. Nach wie vor gab es in der BRD einen rechtsextrem gesinnten Bodensatz. Trotz umfangreicher Möglichkeiten von Kontakten mit Ausländern und ungehinderten Reisen in alle Himmelsrichtungen waren ein offen und latent wirkender Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus nicht ausgerottet. Solche rechtsextremen Ansichten richteten sich vor allem gegen die angeworbenen ausländische Arbeiter, äußerten sich in Akten des Vandalismus auf jüdischen Friedhöfen.

Nach den vom bundesrepublikanischen Verfassungsschutz veröffentlichten Angaben gehörten Ende der 60er Jahre über die NPD hinaus unter anderem noch folgende Organisationen und Gruppierungen zur rechtsextremen Szene:²⁸

- Die im Mai 1965 gegründete *Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher* (AUD) mit etwa 2 200 Mitgliedern, die die NPD im Nationalismus noch übertreffen wollte.
- Das 1950 von dem SA-Dichter Herbert Böhme gegründete *Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes* (DKEG) mit ca. 3 500 Mitgliedern.
- Die 1960 vom ehemaligen stellvertretenden Reichspressechef der Nazis, Helmut Sündermann, gegründete *Gesellschaft für freie Publizistik* (GfP). Präsident war hier das NPD-Mitglied Herbert Böhme, einst Mitarbeiter der obersten SA-Führung.

27 Siehe NPD-Pressedienst, Hannover 1969, Nr. 44, S. 1.

28 Betrifft: Verfassungsschutz 1969/70, a.a.O., S. 11.

- Der 1958 von Günter Schwab in Vlotho ins Leben gerufene biologisch-rassistische *Weltbund zum Schutz des Lebens* (WSL).
- Die *Gemeinschaft Ostdeutscher Grundeigentümer* (GOG) unter Leitung des Industrie-Beraters Dr. Hoffmann-Günther.
- Der Dachverband *Arbeitskreis Volkstreuer Verbände* (AVV).
- Als Jugendorganisationen die am 2. Dezember 1952 aus der Fusion von drei neonazistischen Jugendverbänden entstandene und nach dem Vorbild der Hitler-Jugend organisierte *Wiking Jugend* (WJ) und der 1957 gegründete *Bund Heimattreuer Jugend* (BHJ) mit ca. 5 000 Mitgliedern.

Insgesamt gab es in den 60er Jahren nach offiziellen Mitteilungen immer so um die hundert rechtsextremistische Vereinigungen. Mitglieder und Sympathisanten der NPD wie anderer extrem rechter Gruppierungen wirkten gleichfalls in der Bundeswehr, die dabei auch nicht das Licht der Öffentlichkeit scheuten. So zog zum Beispiel 1966 Wolfgang Ross, Hauptmann und Staffelpatrolenführer im Heeresfliegerbataillon, für die NPD in den Bayerischen Landtag ein. Ausdrücklich sprach der damalige Bundesverteidigungsminister Gerhard Schröder (CDU) Ross öffentlich den Dank für geleistete Arbeit in der Bundeswehr aus.²⁹

Eine spezifische Variante bundesrepublikanischen Rechtsextremismus verkörpert die im Januar 1962 im Ruhrgebiet aus der Konkursmasse der *Deutschen Sozialen Union* (DSU) gegründete und bis heute existierende *Unabhängige Arbeiterpartei* (UAP) dar, die sich an den Ideen von Otto Strasser orientierte.

Diese Partei strebt über einen Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus nach einer Wiederherstellung des Deutschen Reiches und die Errichtung eines „freiheitlichen Sozialismus deutscher Nation“. Grundsätzlich plädierte man für eine Aufhebung aller nach 1945 ausgesprochenen Entnazifizierungs- und Kriegsverbrecherurteile. In Gestalt der Blauen Adler Jugend (BAJ) schuf sich die UAP 1967 einen eigenen Jugendverband. Die Zeitung dieser Gruppierung nannte sich „Reichs-Arbeiter-Zeitung“.

All die genannten rechtsextremen Organisationen und Vereinigungen waren auch schon in dieser Zeit umfangreich publizistisch tätig. Ende der 60er Jahre gab es in der BRD etwa 40 rechtsextremistische Verlage und Buchdienste. Es gab drei Wochenzeitungen, wobei die von Dr. Gerhard Frey in München mit einer wöchentlichen Auflage von ca. 145 000 Exemplaren (1966) herausgegebene „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) in der Verbreitung von Rechtsextremismus eine überragende Rolle spielte. Am 10. März 1965 charakterisierte der sozialdemokratische Rechtsexperte Adolf Arndt diese Zeitung als ein Organ, das bei jeder Seite Nationalismus und Antisemitismus ausschwitze. Ihr Jargon sei schon aus der Zeit der Weimarer Republik bekannt: „Damals hieß es ‚Stecht ab den Walther Rathenau, die gottverdammte Judensau!‘ Nun, etwas vorsichtiger ist man. Aber was in der ‚National-Zeitung‘ steht, das ist die potentielle Sprache der Mörder von morgen. Wenn es je etwas Ehrenloseres gab, etwas bis in den letzten Winkel des Schmutzes der eigenen Seele Verlumptes, dann ist das diese ehrlose Haltung solcher Blätter.“³⁰ Neben den genannten Zeitungen erschienen noch viele rechtsextrem ausgerichtete Zeitschriften. Als die bedeutendste erwies sich dabei die mit Unterstützung des britischen

29 Siehe Deutsche Nachrichten, Hannover, 27.1.1967.

30 Zitiert in Günther Paschner: Falsches Gewissen der Nation. Deutsche National-Zeitung und Soldaten-Zeitung, Mainz 1967, S. 9.

Faschisten Sir Oswald Mosley gegründete und von dem NPD-Funktionär Peter Dehoust in Coburg redigierte Monatsschrift „Nation Europa“.

Von dem Wahldebakel von 1969 hat sich die NPD bis heute nicht erholt. Nirgendwo gelang ihr seither der Sprung in ein Landesparlament oder gar in den Bundestag. Die Folge war ein Zerfallsprozess in dieser Partei, der bis zum Austritt von NPD-Landesvorsitzenden und von Stellvertretern des Parteivorsitzenden reichte. Nach dem Amtsantritt der sozialliberalen SPD-FDP-Regierung unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt (SPD), der bei der CDU/CSU einen Rechtsruck auslöste, gewannen die Christdemokraten nach Analysen von Wahlforschern etwa 80% der zur NPD abgewanderten Wähler wieder zurück.³¹ Ideologisch wie organisatorisch splitterte sich die rechtsextreme Szene immer mehr auf. Gab es nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes Anfang 1970 in der BRD und in Berlin/West 66 rechtsextremistische Gruppierungen mit rd. 35 000 Mitgliedern, waren es Ende 1972 schon 129 Gruppen – aber mit nur noch 28 700 Mitgliedern. Von diesen Rechtsextremisten waren im Dezember 1972 über 1 400 im öffentlichen Dienst, darunter in Schulen, der Polizei und Justiz, beschäftigt.³² Das Suchen vieler Rechtsextremisten nach einer Neuorientierung reichte von der Hinwendung zu pseudo-religiösen Gruppen bis zu einer Neubelebung der offen neonazistischen Bewegung. Angesichts dieses Partikularismus im bundesrepublikanischen Rechtsextremismus trat die Teilnahme an parlamentarischen Wahlen zunächst für eine längere Zeit in den Hintergrund.

Im Herbst 1970 unternahm die NPD zusammen mit anderen rechtsextremen Organisationen wie dem *Bund Heimattreuer Jugend* (BHJ), der *Wiking Jugend* (WJ), dem Herausgeber der Zeitschrift „MUT“, Bernhard C. Wintzek und anderen Kreisen den Versuch einer Flucht nach vorn, um den bisherigen Zusammenhalt der Rechtsextremen im Lande zu wahren. Gemeinsam initiierten sie am 5. Oktober 1970 die „*Aktion Widerstand*“, die bis hinein ins konservative Lager die Kräfte des Widerstandes gegen die Reform- und Ostpolitik der Brandt-Regierung bündeln sollte. Unterzeichner des eindeutig rechtsextrem geprägten Gründungsaufrufes waren unter anderem Dr. Peter Kleist (Träger des „Ehrendegens des Reichsführer SS“), Waldemar Schütz (ehemals SS-Hauptsturmführer) und der NPD-Funktionär Dieter Burwitz (Schwiegersohn von Heinrich Himmler). Ohne Bedenken verkündeten die Akteure dieser „*Aktion W*“ von Konstanz bis Flensburg: die neue Brandt-Politik bedeute eine „Bolschewisierung unseres Landes“ und die neue Ostpolitik der friedlichen Verständigung mit den Staaten Osteuropas einen Verzicht auf ostdeutsche Provinzen; deshalb sei die Parole der Stunde „Deutsches Land wird nicht verschenkt – eher wird der Brandt gehenkt!“ Ganz im Geiste der „*Aktion W*“ präzierte die NPD in dieser Zeit ihr Programm. Zugespitzter wurde formuliert, dass eine Integration von Ausländern in der BRD zum „Rassenkampf und Volkstod“ führe; die Behauptung vom Holocaust am jüdischen Volk auf einer „maßlosen Übertreibung und Phantastereien“ beruhe, die von suspekten Deutschenhassern verbreitet würden; überhaupt sei in der BRD ein neues System in Gestalt eine „Ständestaates“ erforderlich, das mit den Gedanken des Klassen-

31 Siehe Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, a.a.O., S. 52.

32 Betrifft: Verfassungsschutz 1969/70, Bonn 1971, S. 8 und betrifft: Verfassungsschutz '72, Bonn 1973, S. 12, 14.

kampfes aufräume, die Gewerkschaften durch Vermögensentzug entmachte und alle Löhne wie Gehälter durch Dekrete festlege.³³

Im Zusammenhang mit dem Suchen nach einer präzisierten Programmatik spitzten sich in der NPD innere Widersprüche und Konflikte zu, was dann 1971 auf dem NPD-Parteitag in Holzminden zu heftigen Kontroversen zwischen dem Flügel um dem Parteivorsitzenden Adolf von Thadden und der Gruppierung um den stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Dr. Siegfried Pöhlmann führte. Auf dem Kongress attackierte Pöhlmann den bisherigen „besitzbürgerlichen Mehrheitskurs“ der Partei, der das System in der BRD nicht angreife. Notwendig sei nach Meinung der Opponenten, den Kampf der NPD nicht in den Parlamenten, sondern auf der Straße zu führen. Pöhlmann erlitt mit seinem Kurs eine eklatante Niederlage und verließ bald darauf die NPD. Aber auch sein Hauptkontrahent, Adolf von Thadden, warf das Handtuch und ließ sich nicht mehr als Bundesvorsitzender der NPD wählen. Auf Vorschlag von Thaddens wählte dann der Parteitag den bis 1990 amtierenden Parteivorsitzenden Martin Mußgnug aus Tuttlingen (Baden-Württemberg) zum neuen Parteivorsitzenden.³⁴

Gemäß seines grenzenlosen Geltungsdrangs versuchte der Herausgeber der rechtsextremen „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ), Gerhard Frey, den Zerfall der NPD für die Gründung einer von ihm beherrschten rechtsextremistischen Organisation zu nutzen und der Rest-NPD den politischen Rang abzulaufen. Zusammen mit solchen Gesinnungsgefährten wie dem Nazi-Schriftsteller Wilhelm Pleyer, dem ehemaligen SS-Obersturmführer und bayrischen NPD-Landtagsabgeordneten Walter Brandner, Vertretern von Landsmannschaften und militaristischen Traditionsvereinen wurde am 17. Januar 1971 eine neue rechtsextreme, nationalistisch-militaristische Sammlungsbewegung in Form des Vereins *Deutsche Volksunion e.V.* (DVU) in München ins Leben gerufen. Von Anfang an war dieser Verein als Auffangbecken für enttäuschte NPD- und CDU/CSU-Anhänger gedacht. Die Mitgliederwerbung richtete sich aber auch an „patriotische“ Sozialdemokraten. Seit der Konstituierung der DVU gab es in der Mitgliedschaft einen überproportionalen Anteil von älteren Beamten, Lehrern, Offizieren, Ärzten und Rechtsanwälten, die sich zum Teil schon im Ruhestand befanden.³⁵ Durch das Verlagsimperium von DVU-Gründer Gerhard Frey ist die DVU seit ihrer Installierung bis heute die kapitalkräftigste rechtsextremistische Gruppierung der BRD. Ein weiteres Projekt von Frey in diesen Jahren war die Absicht, einen *Freiheitlichen Rat* aus rechtsextremen Vertretern, rechtsradikalen Grauzonen-Gruppen und Konservativen zu etablieren, was aber schon in den Anfängen scheiterte.

Geistige Grundlage und Orientierung der DVU war der traditionelle deutsche Nationalismus, der 1931 zur *Harzburger Front* führte und der Hitler-Partei den Weg an die Regierungsmacht ebnete. Die Propaganda der DVU war immer betont etatistisch, milita-

33 Siehe Deutsche Stimme, Hannover 1972, Nr. 7 und 43.

34 Siehe Holger Apfel: Die Geschichte der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), in: Holger Apfel (Hrsg.): „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, Stuttgart 1999, S. 44.

35 Siehe Friedbert Mühlendorfer: Die Deutsche Volksunion (DVU), in: Kurt Fallner/Heinz Siebold: Neofaschismus, a.a.O., S. 36; Annette Linke: Der Multimillionär Frey und die DVU. Daten, Fakten, Hintergründe, Essen 1994.

- ristisch, antisemitisch und antikommunistisch. Deckungsgleich mit diesen Positionen forderte die DVU unter anderem in ihren Zeitungen und in ihrem 1972 beschlossenen „Aktionsprogramm“ nach einer verbalen Bejahung des Grundgesetzes der BRD, der Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO und einer formalen Ablehnung des Nazismus:
- eine Generalamnestie für alle verurteilten deutschen Nazi- und Kriegsverbrecher, die „Opfer der alliierten Gewaltjustiz“ wurden. Die ihnen zur Last gelegten Verbrechen seien zumeist nur Abwehraktionen auf Partisanenangriffe gewesen.
 - Eine öffentliche Würdigung aller Soldaten der Hitler-Wehrmacht einschließlich aller SS-Angehörigen. Den Träger faschistischer Orden sollte periodisch ein staatlicher „Ehrensold“ gezahlt werden.
 - Im Sinne des Geschichtsrevisionismus seien alle „Lügen der Alliierten“ über Krieg und Nachkriegszeit entschlossen zurückzuweisen.
 - Ablehnung der „Vergasungslüge“, da diese auf falschen Behauptungen beruhe.
 - Wiederherstellung des Deutschen Reiches zumindest in den Grenzen von 1937. In diesem Sinne seien alle Ostverträge der Brandt-Regierung als „Landesverrat“ zu werten und verkörperten eines der größten „Verbrechen des Jahrhunderts“.
 - Wahrung der rassischen Einheit des deutschen Volkes durch eine strenge Begrenzung der Ausländerzahl in der BRD.
 - Geistige, kulturelle und personelle Entamerikanisierung von Presse, Radio und Fernsehen in der BRD.
 - Politische und ökonomische Entmachtung des DGB und seiner Gewerkschaften.
 - Politische Neugestaltung des Kontinents nach dem Modell des Europaplanes von Heinrich Himmler.

Mit einer emotionsgeladenen Sprache wurden Ausländer, Juden, Kommunisten, Sinti/Roma und Minderheiten als Feinde des deutschen Volkes verteufelt.

Frey und seine Mannschaft verfügten schon in der Gründungsphase der DVU über einflussreiche Sympathisanten in Führungspositionen der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Ausdruck dessen war, dass zum Beispiel bis 1978 über 400 Ermittlungsverfahren gegen Frey und seine Publikationen wegen Aufhetzung zum Rassenhass, übler Nachrede usw. von der Justiz eingestellt wurden oder mit einem Freispruch endeten.³⁶ Der politische Standort des DVU-Bundesvorsitzenden Frey wird einerseits dadurch dokumentiert, dass er in seiner DNZ vom 17. November 1972 im Zusammenhang mit den anstehenden Bundestagswahlen erklärte: „Am 19. November '72 werde ich die CSU wählen. Ich würde CDU wählen, wenn ich in einem westdeutschen Bundesland außerhalb Bayerns lebte.“ Andererseits war Frey 1974/75 durch einen Coup mit dem NPD-Partei-vorsitzenden Mußgnug bestrebt, die Rest-NPD unter seine Fittiche zu bekommen. Er trat kurzfristig in die NPD ein und kandidierte auf dem NPD-Parteitag 1975 in Ketsch bei Mannheim für die Funktion eines stellvertretenden Parteivorsitzenden und erlitt dabei eine herbe Niederlage. Bald danach trat Frey wieder aus der NPD aus. Weiterhin wird die politische Position von Frey dadurch deutlich, dass er 1975 eine vom Landgericht München verkündete Geldstrafe gegen Karl-Heinz Hoffmann, Chef einer der be-

36 Siehe Henryk Broder: Deutschland erwacht. Die neuen Nazis – Aktionen und Provokationen, Köln 1978, S. 26.

rüchtigtsten neonazistisch orientierten paramilitärischen Wehrsportgruppen in der BRD, bezahlte.

Ein zweiter Hauptstrang des Rechtsextremismus der 70er Jahre in der BRD war neben der NPD die Herausbildung der Strömung der Neuen Rechten, über deren genauere Definition es bis heute Streit gibt. Nach Angaben des Verfassungsschutzes gab es Ende 1972 in der Bundesrepublik 15 Gruppen der Neuen Rechten mit etwa 1 000 Mitgliedern. Diese Kreise suchten nach neuen Ansätzen und Argumenten zur Rechtfertigung des Rechtsextremismus. Vorbild war ihnen dabei die Neuen Rechten unter ideologischer Führung von Alain de' Beonist in Frankreich, die vor allem dem Geheimnis nachspürten, warum es in vielen Regionen der Welt Ende der 60er Jahre einen so spürbaren Aufschwung der Linken und einen Einflussverlust der Rechten, insbesondere der extremen Rechten, gegeben hat. Alain de' Benoist und mit ihm verbündete Intellektuelle durchforsteten die Ideenwelt der Linken und sahen besonders in dem Konzept des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci von der Eroberung der kulturellen Hegemonie vor einer politischen Machtergreifung einen gleichfalls für die Rechtsextremisten nutzbaren politisch-ideologischen und strategischen Ansatz. Sie verabschiedeten sich weitgehend vom Terminus Nationalismus und sprachen zumeist nur noch von einem Ethnopluralismus, der im Kern nichts weiter als alter Wein in neuen Schläuchen war.

Vom fernen Argentinien her gab Wilfried von Oven, ehemals Privatsekretär des Reichsministers für Propaganda, Josef Goebbels, im September 1973 in seiner Zeitschrift „La Plata Ruf“ seinen suchenden rechtsextremen Freunden unter dem Autorennamen Thora Ruf den Rat:

„Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, daß sie nicht mehr in das Klischee des ‚Ewig-Gestrigen‘ passen. Eine Werbeagentur muss sich nach dem Geschmack des Publikums richten und nicht nach dem eigenen. Wenn kariert Mode ist, dann darf man kein Produkt mit Pünktchen anbieten. Der Sinn unserer Aussagen muss freilich der gleiche bleiben. Hier sind Zugeständnisse an die Mode zwecklos.“³⁷

Die größte Gruppierung der Neuen Rechten war zunächst die unter Führung von Dr. Siegfried Pöhlmann von der NPD abgespaltene Fraktion, die sich am 10. Januar 1972 in München als *Aktion Neue Rechte* (ANR) konstituierte. Ihre Mitgliederzahl dürfte in dieser Zeit bei ungefähr 1 000 gelegen haben, um die sich ein weit größerer Kreis von Sympathisanten scharte. Programmatisch propagierte diese ANR einen sozialdarwinistisch orientierten „europäischen Befreiungsnationalismus“, der zu einem zugleich antimarxistischen und antiimperialistischen „europäischen Sozialismus“ führen sollte, d. h. zu einer Befreiung von allen demokratischen Werten, Rechten, Errungenschaften und Kräften. Ausdruck fand das zum Beispiel darin, dass man in Europa endgültig die „rote Vorherrschaft der Massenmedien und Gewerkschaftsbürokratie“ beseitigen wollte.³⁸ 1974 kam es dann zu einer Aufspaltung der Hauptkräfte der bundesrepublikanischen Neuen Rechten. Ein Teil bildete die Gruppierung *Sache des Volkes/ Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation* (SdV/NRAO), andere in Anlehnung an Ideen von Otto Strasser eine

37 Zitiert in Siegfried Jäger (Hrsg.): RECHTSDRUCK. Die Presse der Neuen Rechten, Bonn/Berlin-West 1988, S. 33.

38 Siehe Heinz-Werner Höffken/Martin Sattler: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Die „alte“ und die „neue“ Rechte und der Neonazismus, Hamburg 1978, S. 73ff.

Solidarische Volksbewegung, deren Anhänger sich in Kurzform dann nur noch *Solidaristen* nannten.

Prinzip dieser *Solidaristen* war im Sinne des „völkischen Sozialismus“ von Strasser, dass im Gegensatz zum bundesrepublikanischen Grundgesetz nicht der einzelne Mensch, sondern nur das Volk schützenswert sei. Neue Rechte aus der BRD fanden sich seit Anfang der 70er Jahre zu Salaburg-Diskussionsrunden zusammen, aus denen im April 1972 die rechtsextrem geprägte und jetzt in Hamburg ansässige *Deutsch-Europäische Studiengesellschaft* (DESG) entstand. 1980 bildeten dann der gebürtige Franzose Pierre Krebs und der rechtsextreme Verleger Wigbert Grabert in enger Anlehnung an die französische *Nouvelle Droite* für die Bundesrepublik als Ideologie-Zentrum der Neuen Rechten das in Kassel ansässige *Thule-Seminar*, das in unterschiedlichen Zeitabständen das Magazin „Elemente“ herausgibt. Von diesem Zentrum wird selbst das Christentum abgelehnt, weil in diesem der Gedanke der Gleichheit aller Menschen vertreten wird.

Schließlich wandten sich alte wie neue Rechte der in den 70er Jahren aufkommenden Ökologie-Bewegung zu. 1978 befasste sich ein Parteitag der NPD extra mit dieser Problematik und verabschiedete ein „Ökologisches Manifest“. Noch weiter ging August Haußleiter, der sich mit den Resten seiner Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) gänzlich der neuen grünen Partei in der BRD anschloß.

Eine neue Generation deutscher Faschisten wird aktiv

Mitte der 70er Jahre kam es in der Bundesrepublik zu einer seit 1945 nicht gekannten Belebung des Neonazismus, der zum Ende des Jahrzehnts zu einer Welle rechtsextrem motivierter Terrorakte führte. Nach Angaben des Verfassungsschutzes gab es Ende 1979 in der BRD 23 neonazistische Gruppierungen mit mindestens 1 400 Mitgliedern und einem weit größeren Kreis von engeren Sympathisanten. Die führende Rolle in dieser Szene eroberte sich recht bald die von dem Sohn eines SA-Mannes, Adolf-Hitler-Schülers und ehemaligen NPD-Aktivisten Friedhelm Busse 1971 in Krefeld gegründete *Partei der Arbeit* (PdA), sich ab 1975 *„Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/ Partei der Arbeit* (VSBd/PdA) nannte. Wes Geistes Kind Busse war und ist, verdeutlichte seine Ausführung vom September 1979: „Man muss bekennen, dass Hitler unumstößliche Wahrheiten geschrieben hat.“³⁹ Zusammen mit ihrer Jugendorganisation *Junge Front*, die auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung ca. 150 Mitglieder hatte, machte die VSBd/PdA recht bald durch spektakuläre terroristische Gewaltakte auf sich aufmerksam. So erschloß am 24. Dezember 1980 der beim Waffenschmuggel an der Schweizer Grenze gefasste Frank Schubert, der zu dieser Gruppe gehörte, einen Schweizer Polizisten und einen Schweizer Zollbeamten und verletzte, ehe er sich selbst erschloß, zwei weitere Beamte schwer. Schließlich wurden im Oktober 1981 Mitglieder der VSBd/PdA im München auf der Fahrt zu einem neuen Banküberfall von der Polizei gestellt, was im Januar 1982 schließlich zum Verbot dieser Gruppierung und zur Verurteilung von VSBd/PdA-

39 Zitiert in der ARD am 25.10.1981.

Mitgliedern, darunter auch Friedhelm Busse wegen Sprengstoffbesitzes, zu mehrjährigen Haftstrafen führte.

Andere Neonazis versuchten, sich in dieser Zeit den damals aktuellen neuen sozialen Bewegungen anzupassen. Aus solchen Bestrebungen heraus gründete 1971 der ehemalige SS-Sonderführer in einem Nebenlager von Auschwitz, Thies Christophersen, eine neofaschistisch orientierte *Bürger- und Bauern-Initiative* (BBI). Christophersen wurde vor allem durch seine 1973 veröffentlichte Broschüre „Auschwitzlüge“ bekannt, von der weit über 100 000 Exemplare verkauft wurden, und durch Bemühungen zur Koordinierung der neonazistischen Aktivitäten in der BRD. In diesem Sinne organisierte er am 26. April 1976 ein Treffen von über 70 führenden neofaschistischen Kadern bis hin zur obskuren *Europäischen Arbeiter-Partei* (EAP) auf der Insel Helgoland. Ende der 70er Jahre setzte sich Christophersen, um einer Haftstrafe zu entgehen, zeitweilig nach Dänemark ab. In den 90er Jahren war dann von dem am 13.2.1997 verstorbenen Christophersen kaum noch etwas zu hören.

Anders verhält es sich mit dem ehemaligen Rechtsanwalt Manfred Roeder, der noch heute im Umfeld der NPD aktiv ist. Dieser aus der CDU kommende Neonazi bildete 1971 eine extrem rassistische *Deutsche Bürger-Initiative* (DBI), die sich zeitweilig auch als *Bürgerinitiative Deutsches Reich* bezeichnete.

1975 verkündete Roeder, der sich in seinem Größenwahn auch als „Reichsverweser“ definierte, in seinem 34. „Rundbrief“ für seine Anhänger: „Wer Deutscher ist, kann kein Demokrat sein; wer Demokrat ist, kann kein Deutscher sein.“⁴⁰ Dieser Neonazi hatte viele Gönner im In- und Ausland. Bei einer polizeilichen Durchsuchung seines „Reichshofes“ im hessischen Schwarzenborn fand die Polizei allein für das Jahr 1978 Spendenbelege in der Höhe von 133 936 DM. Ab und an veranstaltete Roeder auch „Reichstage“. Über den von 1977 in Regensburg schrieb damals die „Frankfurter Rundschau“: „Unbehelligt konnte Roeder in der einstigen Hauptstadt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation Hitler als ‚Friedensbringer‘ feiern und die Juden als ‚Hauptfeind‘ des deutschen Volkes beschimpfen. Vor dem Dom erscholl der Schlachtruf ‚Juda verrecke!‘.“ Wenig später wurden jüdische Gedenkstätten in der Oberpfalz geschändet.⁴¹ Ende der 70er Jahre reichte dann Roeder, dessen erklärte Grunddevise „Blut muss fließen“ war, seine DBI nicht mehr aus und er formierte im Frühjahr 1980 die terroristischen *Deutschen Aktionsgruppen* (DA), zu deren Führer er sich selbst ernannte. Diese DA verübten 1980 mindestens sieben schwere Brand- und Sprengstoffanschläge besonders auf Flüchtlingsunterkünfte, bei denen zwei Vietnamesen getötet und 13 andere Ausländer zum Teil schwer verletzt wurden. Wegen Rädelsführerschaft in einer rechtsextremen terroristischen Vereinigung wurde Roeder 1982 zu 13 Jahren Haft verurteilt. Enge Verbindungen dieser neonazistischen DA bestanden gleichfalls zu dem Forstmeister Heinz Lembke, der in dieser Zeit in der Lüneburger Heide 33 Waffen- und Munitionsdepots angelegt hatte, die auch fast ein Kilogramm Zyankali enthielten.

Zu den sich in dieser Zeit formierenden neonazistischen Gruppierungen gehört ebenfalls die von Gary (Gerhard) Rex Lauck von Lincoln/Nebraska aus organisierte *NSDAP/*

40 Zitiert in Günther Bernd Ginzler: Hitlers (Ur)enkel. Neonazis: Ihre Ideologie und Aktionen, Düsseldorf 1981, S. 48.

41 Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M., 27.6.1977.

Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO). Seit 1971 war dieser US-Amerikaner bestrebt, in der BRD und in anderen Ländern illegale Strukturen einer solchen Nazi-Partei aufzubauen. Im Herbst 1974 bereiste dieser selbst ernannte Nazi-Führer viele Städte der Bundesrepublik, von Mainz bis Berlin/West, um die Gründung konspirativer NSDAP/AO-Zellen vorzubereiten. Zur gemeinsamen Orientierung publizierte Lauck in den USA die Zeitung „NS-Kampfruf“, deren deutsche Ausgabe auf den verschiedensten Wegen in die Bundesrepublik geschleust wurde. Zur wichtigsten Gruppierung dieser NSDAP/AO in der BRD wurde Ende der 70er Jahre und in den 80er Jahren die Anhängerschaft des ehemaligen Bundeswehr-Leutnants Michael Kühnen. Im November 1977 gründete Kühnen aus den Resten des 1968 in Hamburg entstandenen *Bundes Deutscher Nationalsozialisten* und Mitgliedern der neonazistisch durchsetzten *Jungen Nationaldemokraten* in Hamburg die neonazistische Organisation *Aktionsfront Nationaler Sozialisten* (ANS) und verkündete unverhohlen am 9. Januar 1978 im „Norddeutschen Rundfunk“: „Selbstverständlich ist Adolf Hitler und sein Programm das größte Vorbild.“⁴² Bis 1979 konnten die Beiträge und Spenden für die ANS als offiziell ins Parteienregister der BRD eingetragene Organisation steuerbegünstigt bei den Finanzämtern abgerechnet werden. Über den in der ANS herrschenden Geist schrieb im Frühjahr 1979 die illegal in Hamburg verbreitete neonazistische Zeitung „Der Sturm“: „Mehr als 30 Jahre Umerziehung haben es nicht vermocht, die gewaltige geistige Revolution des Nationalsozialismus in unserem Volk endgültig zu zerstören! Freiheit für alle NS-Kämpfer! Wir Nazis üben fleißig für ein neues '33!“⁴³ Diesen neonazistischen Ambitionen dienten 1977/79 eine Reihe terroristischer Überfälle auf Sparkassen, militärische Einrichtungen und Privatpersonen. Im so genannten Bückeburger Terroristen-Prozess wurden deshalb im September 1979 eine Reihe von ANS-Mitgliedern zu langjährigen Gefängnisstrafen und Michael Kühnen wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass zu vier Jahren Haft verurteilt, die er bis November 1982 in der Justizvollzugsanstalt Celle verbüßte.

Weitere neu entstandene neonazistisch-militaristische Vereinigungen waren in dieser Zeit der unter Führung von Erwin Schönborn gegründete *Kampfbund Deutscher Soldaten* (KDS), verschiedene Gruppen des Stahlhelms und eine Vielzahl von paramilitärischen Wehrsportgemeinschaften (WSG), deren bekannteste die WSG-Hoffmann im fränkischen Raum war. Der neonazistische Kriegsfanatiker Karl-Heinz Hoffmann hatte die Gruppe 1973 unter dem Kennzeichen des SS-Totenkopfs gegründet; sie hatte auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung über 400 Mitglieder. Diese Bürgerkriegstruppe, deren Ziel ein nazistischer Führerstaat war, führte auf allen Ebenen SS-Dienststränge und absolvierte ihre militärischen Übungen nach dem Vorbild der Waffen-SS. Politisch war die WSG-Hoffmann eng mit der rechtsextremen DVU verbunden, für deren Veranstaltungen sie oft die Ordner stellte. Die Kontakte dieser WSG reichten von Neofaschisten in Frankreich, Italien, Belgien, über die türkischen *Grauen Wölfe* bis zu fundamentalistisch-terroristischen Palästinensern im Libanon. Obwohl Mitglieder und Anhänger dieser WSG an Terrorakten wie dem Sprengstoffanschlag am 26. September 1980 auf das Münchener Okto-

42 Zitiert in Heinz-Werner Höffken/Martin Sattler: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, a.a.O., S. 48.

43 Zitiert in der DGB-Zeitung „Welt der Arbeit“, Köln, 19.4.1979.

berfest oder an der Ermordung des jüdischen Verlegers Shlomo Lewin und seiner Haushälterin Frida Poeschke am 19. Dezember 1980 in Erlangen beteiligt waren, wurde diese Gruppe – die längst eine *WSG-Hoffmann/Ausland* im Libanon gebildet hatte – am 30. Januar 1981 nicht als terroristische, sondern nur als politische Organisation verboten. In diesem Zusammenhang wurden bei dieser WSG Pistolen und Gewehre mit dazugehöriger Munition, Handgranaten, eine Zwei-Zentimeter-Flak und ein Zwölf-Tonnen-Schützenpanzerwagen aus Beständen der Bundeswehr beschlagnahmt.

Die ganzen 70er Jahre hindurch und zu Beginn der 80er Jahre wurde die Bundesrepublik nicht nur vom Terrorismus der RAF, sondern auch durch den von fast zwanzig Gruppen der rechtsextremen Szene erschüttert. Vermehrt wurden bei extremen Rechten Waffen und Munition gefunden. Das begann schon am 11. November 1968 mit dem Attentat des Neonazis Josef Bachmann auf den Studentenführer Rudi Dutschke in Westberlin, bei dem Dutschke schwer verletzt wurde und an dessen Folgen er schließlich starb, und setzte sich bis in die 80er Jahre fort. 1971 wurde zum Beispiel durch die Polizei eine *Nationale Deutsche Befreiungsbewegung* (NDBB) zerschlagen, die gegen Linke diverse Sprengstoffanschläge geplant hatte. Im Oktober 1972 folgte die Aufdeckung einer terroristischen Gruppe, die sich *Nationalsozialistische Kampfgruppe Großdeutschland* (NSKG) nannte, über 100 fanatische Neonazis umfasste und sich als „Testamentsvollstrecker des Führers“ verstand und „Deutschland auf der Grundlage des Nationalsozialismus von Adolf Hitler“ retten wollte. Zur Verwirklichung ihrer Pläne hatte die NSKG bereits Waffen- und Sprengstofflager angelegt, die auch Maschinenkanonen umfassten.⁴⁴ Kennzeichnend für die 70er Jahre war gleichfalls ein von Rechtsextremisten ausgehender Psychoterror. So erhielten 1972 ca. 20 sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete von einem so genannten „Ostdeutschen Femegericht – Senat für Hoch- und Landesverrat“ Drohbriefe, in denen ihnen die sofortige Todesstrafe angekündigt wurde, wenn sie im Bundestag den Ostverträgen zustimmen würden. Eine andere Variante des Terrorismus in diesen Jahren war, dass es mehr und mehr zu Brandanschlägen und Schändungen jüdischer Einrichtungen und Friedhöfe kam.

Ende der 70er Jahre trug der rechtsextrem motivierte Terrorismus immer mehr geplanten und straff organisierten Charakter. So beabsichtigten Mitglieder der ANS eine Sprengung der Gedenkstätte im ehemaligen KZ Bergen-Belsen und die Geiselnahme einer hohen Persönlichkeit der BRD, um für deren Freilassung den Nazi-Kriegsverbrecher Rudolf Heß aus dem Gefängnis in Westberlin freizupressen. Eine andere Art terroristischen Vorgehens waren im Januar 1979 Sprengstoffanschläge auf Sendeanlagen des Fernsehens in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz, um eine Ausstrahlung des mehrteiligen Fernsehfilms „Holocaust“ zu verhindern. Dazu erklärte später der einstige stellvertretende NPD-Bezirksbeauftragte für das Gebiet Weser-Ems, Hans-Gerd Wiechmann, gegenüber einer Zeitung: Den Anschlag bei Oldenburg verübte „eine Wehrsportgruppe aus dem nördlichen Raum von Niedersachsen“ und zum Attentat in Nordrhein-Westfalen „hat sich übrigens im internen Kreis ein Funktionsträger der NPD bekannt, seitens der NPD haben wir hinterher, gar nicht so dumm, auf Handzetteln gesagt, das waren die Linken, um den Rechten zu schaden“.⁴⁵

44 Siehe betrifft: Verfassungsschutz '72, a.a.O, S. 12.

45 Westfälische Rundschau, Dortmund, 20.9.1980.

Nach Angaben der „Stuttgarter Zeitung“ vom 26. August 1982 gab es allein 1980 bundesweit 27 von Rechtsextremen verübte Brand- und Sprengstoffanschläge; von 1978 bis Mitte 1982 wurden durch rechtsextrem motivierte Anschläge 22 Menschen getötet (davon neun Ausländer) und 262 Menschen zum Teil schwer verletzt. Obwohl der damalige Bundesinnenminister Gerhard Baum (FDP) ziemlich eindeutig bekannte, „die Wurzeln des Terrors von rechts liegen tief in unserem Land“⁴⁶, blieben die meisten zuständigen Bundes- und Landesbehörden bei der schon oftmals bemühten Legende, dass die Hauptgefahr von links drohe und dass es sich bei diesen Terroristen zudem fast durchweg nur um verwirrte Einzeltäter handle. In der politischen Öffentlichkeit war die Reaktion wie zum Beispiel beim Anschlag auf das Münchener Oktoberfest, der 13 Tote und 219 Verletzte forderte, nur eine kurzzeitige Betroffenheit: „Schon bald kehrte wieder Ruhe ein, Alltag – wie nach einem Straßenbahnunglück.“⁴⁷

Ganz anders war die Reaktion vom Ex-Bundeskanzler und SPD-Bundesvorsitzenden Willy Brandt. Bereits am 12. Juni 1977 wandte er sich in einem Brief an Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) und schrieb voller Sorge:

„... dem Parteivorstand der SPD gehen in letzter Zeit Schreiben zu mit Klagen über Treffen so genannter Kameradschaftsbünde, rechtsextremer Kampfverbände und politischer Gruppen, bei denen öffentlich nazistische Symbole gezeigt und entsprechende Gedanken vertreten werden ... Diese Vorgänge stoßen aber bei vielen unserer Bürger vor allem dann auf Unverständnis oder sogar Besorgnis, wenn diese Veranstaltungen mit Wissen und Billigung der zuständigen Verwaltungsbehörden stattfinden und diejenigen, die sich gegen solche Umtriebe wenden, Versammlungsverbote und Strafverfolgungen hinzunehmen haben.“⁴⁸

In einer SPD-Veranstaltung Ende der 70er Jahre ging Brandt dann noch weiter und erklärte: „Es geschehen Dinge in diesen Jahren und Monaten und Tagen, die man nach dem Ende der Schreckensherrschaft nicht für möglich gehalten hätte.“ Und Brandt zählte auf: „Treffen von SS-Verbänden; KZ-Prozesse, in denen sich Opfer beschimpfen lassen müssen. Ein Neonazi-Prozess, in dem sich die Anwälte herausnehmen, die SPD in gemeinster Weise zu verunglimpfen. Sozialdemokratische Abgeordnete, denen man nachruft, als ‚linke Schweine‘ sollten sie sich in die DDR scheren. Eine jüdische Mitbürgerin, der mit Klage gedroht wird, weil sie – ohne Beweis! behauptet habe, ihre Verwandten seien vergast worden.“⁴⁹

Vor allem CDU/CSU-Politiker, aber auch einflussreiche Kräfte in der Regierung von Bundeskanzler Helmut Schmidt wollten die Warnungen von Brandt nicht wahr haben und bezichtigten ihn der „Gespensterbeschwörung“. Dabei hätte es nur wenig Mühe gekostet, sich mit den realen Fakten bekannt zu machen. So waren zum Beispiel 77,7%

46 Zitiert in DIE ZEIT, Hamburg, 5.2.1982.

47 Paul Lersch: „Ich habe gedacht, das wächst raus.“ Bonner Schwierigkeiten mit der Bewältigung der Vergangenheit, in: Paul Lersch (Hrsg.): Die verkannte Gefahr. Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik. Dokumentation Rolf Rietzler/Frank Rühmann, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 15.

48 Zitiert in Hermann Vinke: Mit zweierlei Maß. Die deutsche Reaktion auf den Terror von rechts. Eine Dokumentation. Mit einem Anhang „Neonazismus in der Bundesrepublik“ von Rudolf Schöffberger und Gotthart Schwarz, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 34.

49 Zitiert in Paul Lersch: „Ich habe gedacht, das wächst raus.“, a.a.O., S. 18.

der vom Hamburger Kehrmann-Institut befragten Bundesbürger noch 1977 der Meinung, Hitler habe „eigentlich immer das Beste gewollt“.⁵⁰ Das korrespondierte mit der Tatsache, dass Ende der 70er Jahre Adolf Hitler immer noch in 110 Städten der BRD als Ehrenbürger geführt wurde.⁵¹ Ein Sprecher der Stadt Hildesheim kommentierte das mit den Worten, dass man einen Beschluss zur Aufhebung der Ehrenbürgerschaft nicht fassen könne, da man keine Adresse besitze, wohin ein solcher Entscheid zu schicken sein.⁵² Nicht weit von solchen Auffassungen entfernt finden wir auch die Meinung des konservativen Hitler-Biographen Joachim Fest, dass „Hitlers Platz in der Geschichte ... weit näher bei den großen Revolutionären als bei aufhaltenden, konservativen Gewalthabern“ ist.⁵³ Bei einem solchen geistigen Klima war es dann auch nicht verwunderlich, dass 1978 der Grenzbeamte Waldemar Zipperer, der am 8. November 1939 den Attentäter auf Adolf Hitler, Johann Georg Elsner, kurz vor Erreichen der Schweizer Grenze verhaftete, mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt wurde⁵⁴, oder dass nach einem Bericht der neofaschistischen italienischen Zeitung „IL secolo d'Italia“ eine Delegation der italienischen neofaschistischen Partei *Movimento Sociale Italiano* (MSI) 1977 als offizieller Gast am CSU-Parteitag in München teilnahm.⁵⁵ Auch in der diffusen Jugendszene machte sich schon in dieser Zeit bei einigen Punk-Gruppen eine Tendenz zum Neonazismus bemerkbar, was unter anderem darin zum Ausdruck kam, dass sie sich jetzt *The Dictator*, *Nazi-Dog's* oder *Loden-SS* nannten.⁵⁶

Die beunruhigenden Nachrichten über ein bedrohliches Anwachsen des Rechtsextremismus veranlasste das Bundeskanzleramt 1979, das renommierte SINUS-Institut in München erstmals mit einer genaueren Analyse dieses Problems in der BRD zu beauftragen. Von Oktober 1979 bis Mai 1980 befragten Mitarbeiter dieses Instituts repräsentativ fast 7 000 Bundesbürger und veröffentlichten ihre Ergebnisse unter dem alarmierenden Titel „5 Millionen Deutsche: Wir sollten wieder einen Führer haben“. Danach verfügten ca. „13% aller Wähler in der Bundesrepublik (...) über ein abgeschlossenes rechtsextremes Weltbild.“⁵⁷ Noch mehr verlangten die Einrichtung von „Arbeitslagern“ für politisch Unbequeme und „asoziale Gammler“. Die meisten extrem rechts eingestellten Bundesbürger plädierten für eine Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937, in Extremfällen gar für die Grenzen von 1914. Von ihrer sozialen Stellung her gehörten die meisten ermittelten Rechtsextremen zum Mittelstand oder waren Angehörige des öffentlichen Dienstes und nur wenige qualifizierte Arbeiter. Regional gab es überdurchschnittliche viele Vertreter rechtsextremer Positionen in Bayern und in Hessen.

50 Siehe ebenda, S. 21.

51 Siehe Die Tat, Frankfurt/M., 29.9.1978.

52 Siehe Henryk M. Broder: Deutschland erwacht, a.a.O., S. 27.

53 Joachim C. Fest: Hitler. Eine Biographie, a.a.O., S. 1035.

54 Siehe die tageszeitung, Berlin, 31.3.1995.

55 Siehe Die Tat, Frankfurt/M., 7.10.1977.

56 Siehe Hermann Vinke: Mit zweierlei Maß, a.a.O., S. 142/143.

57 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“ Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. Mit einem Vorwort von Martin Greifenhagen, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 8.

Die Ergebnisse der SINUS-Studie stießen in der Bundesrepublik nicht überall auf Akzeptanz. Ein danach von CDU/CSU-nahen Kreisen beim Institut für Demoskopie in Allensbach in Auftrag gegebene Studie, für die zwischen Mai 1982 und April 1984 über 10 000 Bundesbürger befragt wurden, musste jedoch die SINUS-Ergebnisse bestätigen und erbrachte z. T. noch erschreckendere Daten. Danach antworteten auf die Frage „Sollten wir wieder einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert?“ 62,8% mit ja. Interessant war ferner, dass sich ca. 60% der sich extrem rechts äussernden Befragten ihre politischen Informationen aus den schriftlichen Medien wie der BILD-Zeitung und nur 26% aus der offen rechtsextremen „Deutschen National-Zeitung“ bezogen.⁵⁸

Bei einer solchen Stimmungslage war es nicht verwunderlich, dass die bekannte Publizistin Lea Rosh schon 1982 zu der Schlussfolgerung kam: „Das Klima ist bei uns bekömmlich für alte und neue Nazis. Sie gedeihen gut, haben wenig zu befürchten, ganz gleich, wie laut und frech sie sich artikulieren.“⁵⁹ Ähnlich äußerte sich Ruth Warnecke, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der verfolgten Sozialdemokraten in der Nazizeit: Der heutige Neonazismus „wird von vielen Seiten unterstützt. Auch von der Justiz – durch provozierend milde Urteile. Er wird gefördert durch die Vermarktung altnazistischer Nostalgie in Bild, Ton und Schrift ... Dieses menschenverachtende Propagandamaterial verkauft sich gut.“⁶⁰

Einige Streiflichter mögen die damalige Situation verdeutlichen. Da forderte die rechts-extremistische Zeitschrift MUT, in der BRD alle Ehrenmale in den KZ-Gedenkstätten als „Schandmale ... spurlos zu schleifen“.⁶¹ Zur Lage in vielen Schulen erklärte Margarete Limberg am 24. März 1981 im Radio „Deutschlandfunk“: Zunehmend tauchen an Schulen neofaschistische Parolen auf und zugleich werden aus den Schulen „ungezählte Schüler entlassen, ohne je vom Nationalsozialismus oder von Hitler gehört zu haben“. Und Günther Bernd Ginzel schrieb schon 1981: „Es gibt kaum eine Schule, die nicht zu Dutzend Bänke und Tische vorweisen könnte, in die Nazisymbole eingeritzt sind, und es gibt Jugendeinrichtungen, in denen nur ‚Arier‘ verkehren dürfen.“⁶² In einem TV-Bericht im Ersten Deutschen Fernsehen vom 21. November 1984 wird berichtet, dass zu dieser Zeit in der BRD zumeist von der rechtsextremen *Wiking Jugend* und den *Jungen Nationaldemokraten* der NPD über 60 redaktionell und technisch gut gemachte extrem rechte Schülerzeitungen verbreitet werden, in denen rechtsextreme Ideologie in Pop und Pep verpackt an die Jugendlichen herangebracht wird. Einige solcher Zeitschriften wie „KLAR-TEXT“ von der *Nationalistischen Front* (NF) riefen auch direkt zum Terror gegen Lehrer mit einer antifaschistischen Einstellung auf und forderten: „Zeigen wir also diesen rotgrünen

58 Siehe Elisabeth Noelle-Neumann/Erp Ring: Das Extremismus-Potential unter jungen Leuten in der Bundesrepublik Deutschland 1984, Allensbach/Bonn 1984, S. 31, 191.

59 Vorwärts, Bonn, 11.2.1982.

60 Ruth Warnecke in: Rechtsradikalismus in Berlin. Ursachen, Ausmaß und Bekämpfung rechtsextremistischer Tendenzen unter Jugendlichen. Zusammenfassung einer öffentlichen Anhörung der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus vom 1. Juli 1982 im Rathaus Schöneberg und ergänzendes Material, Berlin/West 1983, S. 12.

61 MUT, Assendorf 1981, Nr. 2, S. 32.

62 Günther Bernd Ginzel: Hitlers (Ur)enkel. a.a.O., S. 10.

Pädagogen wie sie am schnellsten zu ihren Gesinnungsgenossen in den Landeskrankenhäusern kommen.“⁶³

Der Aufschwung des Rechtsextremismus in den 80er Jahren

Wesentlich begünstigt wurde der Rechtsextremismus in der BRD der 80er Jahre durch den Wechsel der Kanzlerschaft im Oktober 1982 von Helmut Schmidt (SPD) zu Helmut Kohl (CDU). Schon in der Opposition hatten CDU/CSU als konservative Sammlungsbewegung mit starken nationalistischen Tendenzen alles daran gesetzt, zum Rechtsextremismus abgewanderte Wähler wieder zu integrieren. Durch das Schüren von revanchistischen Forderungen und ausländerfeindlichen Ressentiments hatten sie nicht wenige rechtsextreme Parolen hoffähig gemacht. Kohl versprach zudem bei der Übernahme der Kanzlerfunktion eine „geistig-moralische Wende“ in der Politik der Bundesrepublik, weg von den 68er Impulsen einer demokratischen Entwicklung in der BRD. Das konnte nach Lage der Dinge nur eine Wende nach rechts sein. Bald darauf gab der BRD-Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) die Anweisung, ab 1983 die Organisation der ehemaligen SS-Leute, HIAG, nicht mehr in den Berichten des Verfassungsschützes zu erwähnen⁶⁴ – und das angesichts der Tatsache, dass diese Organisation nach wie vor in fast 120 Städten der BRD präsent war. Außerdem gab es zu dieser Zeit weiterhin 22 SS-Truppenkameradschaften, darunter die der „SS-Leibstandarte Adolf Hitler“ oder die der „SS-Panzerdivision Totenkopf“. Im Mai 1985 vollzog Bundeskanzler Kohl zusammen mit dem USA-Präsidenten Ronald Reagan erstmals auf dem Soldatenfriedhof Bitburg in der Eifel eine offizielle Ehrung auch der im Krieg gefallenen SS-Angehörigen. Ganz in diesem Sinne sah der Verfassungsschutz in Bayern in den militaristischen und zumeist rechtsextrem orientierten Wehrsportgemeinschaften keine Gefahr mehr und meinte, das seien eigentlich doch „Bundeswehr-Fanclubs“. ⁶⁵ In diese Tendenz fügte sich 1986 der Antrag des *Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge* (VDK), der in diesem Jahr der HIAG die gleichberechtigte Mitgliedschaft gewährte, auf dem Friedhof in Hameln-Wehl einen Gedenkstein für die 195 nazistischen Kriegsverbrecher aufzustellen, die nach 1945 von britischen Militärgerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Dabei argumentierte der VDK, dass unter den Hingerichteten auch „Unschuldige“ gewesen seien. Von der Stadt Hameln und dem niedersächsischen Innenministerium wurde dieses Ansinnen entschieden zurückgewiesen.⁶⁶ Eine weitere versuchte qualitative Veränderung im Mainstream der bundesrepublikanischen Gesellschaft war Mitte der 80er Jahre der von Professor Ernst Nolte vom Zaun gebrochene Historikerstreit. Nach Nolte und ande-

63 Zitiert in Süddeutsche Zeitung, München, 10.11.1985.

64 Noch im Verfassungsschutzbericht 1981, Bonn 1982, hatte es auf der Seite 45 geheißen: „Alle HIAG-Schriften verherrlichen die Kriegseinsätze der SS; vom politischen System des NS-Staates distanzieren sie sich nicht, auch nicht ansatzweise.“

65 Siehe Volksblatt, Berlin-Spandau, 7.7.1984.

66 Siehe Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M., 17.11.1986.

ren sollten Politik und Taten des Nazismus objektiver und nicht nur negativ beurteilt werden, zudem sollte endlich ein Schlusstrich unter die Geschichte der faschistischen Verbrechen vor 1945 gezogen werden, zur „Normalität“ übergegangen und den „Verbrechen des Kommunismus“ mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Damals scheiterte dieser Angriff an der aktiven geistigen Gegenwehr von Wissenschaftlern der BRD, was von allen Rechtsextremisten zutiefst bedauert wurde.

Mitte der 80er Jahre wurde immer deutlicher, dass die in der Opposition gewonnene Bindekraft der CDU/CSU bei Bundesbürgern mit einem rechtsextremen Weltbild wesentlich nachließ. In der Folge dieser Entwicklung kam es in der BRD zu einem noch massiveren Aufschwung des Rechtsextremismus, der nur mit dem in den 60er Jahren vergleichbar war und der bis 1989 andauerte, wo es den rechtsextremen *Republikanern* mit über zwei Millionen Wählerstimmen erstmals gelang, mit sieben Abgeordneten in das Parlament der Europäischen Gemeinschaft (EG) in Strasbourg einzuziehen. Besonders der Zustrom von Jugendlichen zum Rechtsextremismus war in dieser Zeit beachtlich. Hier zeigten sich auch die Wirkungen der verstärkten Nutzung der neuen Medien durch die extremen Rechten. Zunehmend wurde deren Ideologie und Politik, bei Jugendlichen ankommende rechtsextrem orientierte Rock-, Techno- und andere Musik auf Videos, Tonkassetten und bald auch auf CDs verbreitet. Ende der 80er Jahre waren den westdeutschen Staatsschutzorganen bereits über 40 Computerspiele bekannt, die ihren Benutzern unter Titeln wie „Anti-Türken-Test“, „KZ-Manager“, „Clean Germany“ und ähnlichen Leitbilder der Gewaltanwendung, des Tötens, des Rassismus, des Hasses gegen Andersdenkende und eine brutale Verherrlichung des Krieges vermittelt. Ziel solcher Computerspiele, die oft auf Schulhöfen gehandelt wurden, war beispielsweise, in einer Art Monopoly fast ganz Europa der BRD einzuverleiben.

Von Flensburg bis zum Bodensee war der Auftrieb des Rechtsextremismus zugleich mit einer deutlichen Aktivierung rassistisch geprägter Ausländerfeindlichkeit verbunden. Schon Anfang der 80er Jahre hatten die NPD und andere rechtsextreme Vereinigungen das Thema „Überfremdung“ zu einem zentralen Element ihrer weiteren Strategie erklärt. Mit Halbwahrheiten sowie einer bewussten Schürung von rassistischen Ressentiments begannen diese Kreise in ihrer Politik mit einer Ethnisierung aller sozialen Probleme, insbesondere in der Arbeitslosen- und Wohnungsfrage. Vielerorts wie in Nordrhein-Westfalen und Hessen formierten sich rechtsextrem orientierte *Bürgerinitiativen für Ausländerstopp*, in Hamburg die NPD-nahe *Hamburger Liste für Ausländerstopp* (HLA) oder in Schleswig-Holstein die *Kieler Liste für Ausländerbegrenzung*. Die beiden letzteren wie auch die von Anhängern des Neonazis Michael Kühnen gegründete *Aktion Ausländerrückführung* beteiligten sich in diesen Jahren auch an parlamentarischen Wahlen. Dabei erhielt die HLA bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft im November 1986 über 6 500 Stimmen. Welche rassistische Stimmung am rechten Rand der BRD-Gesellschaft herrschte, verdeutlichte ein Bericht im ZDF vom 16. Dezember 1980, in dem Briefe und Aussagen von Bundesbürgern in Bezug auf Ausländer veröffentlicht wurde, in denen man forderte: „Man sollte den Weibern die Gebärmutter rausnehmen oder die Männer kastrie-

67 ran – das politische Jugendmagazin, herausgegeben vom Bundesvorstand des DGB, Düsseldorf, Februar 1986.

ren, denn sie sind wie Ratten und Mäuse“ bzw. „Jagt die Kanaken fort, denn das ist Ungeziefer“. Der *Deutsche Gewerkschaftsbund* (DGB) berichtete in dieser Zeit auch, dass sich in Arbeitsverträgen Angestellte verpflichten sollten, „keine Kontakte zu nichtarischen, farbigen, ausländischen sowie spät eingebürgerten Personen zu unterhalten“.⁶⁷

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre griffen Politiker der Regierungskoalition und viele Medien diese Thematik auf und verkündeten in Übereinstimmung mit den extremen Rechten, man müsse sich gegen die „Asylantenflut“ wehren, die BRD sei „kein Einwanderungsland“ und zudem: „Das Boot ist voll.“

Kreise der NPD und andere Rechtsextremisten wandten sich von nun an noch schärfer gegen jede Integration von Ausländern in die bundesrepublikanische Gesellschaft und diffamierten eine solche Politik als „Zwangsgermanisierung“, als „Umwelt- und Milieuzerstörung“. Im Kontext mit derartigen Verunglimpfungen war gleichfalls eine Zunahme von Gewalt gegenüber Ausländern zu verzeichnen, wobei sich vor allem die Neonazis der FAP, der NF, der Kühnen-Gruppierungen sowie ähnlicher Organisationen hervortaten.

Eine besonders perfide Seite der rassistischen Auswüchse war das Anwachsen des Antisemitismus. So registrierte allein für 1984 der Verfassungsschutz 191 antisemitische Straftaten in der BRD, davon 28 Schändungen von jüdischen Friedhöfen und Kultstätten. Ähnliche Zahlen ließen sich für jedes Jahr dieses Jahrzehnts in der Bundesrepublik nennen. Ein extremes Beispiel des Antisemitismus dieser Zeit war das seit 1982 in der BRD von dem Polizeibeamten Hans Guenter Fröhlich aus Rheinland-Pfalz nach dem Muster des „Mensch-ärgere-dich-nicht“-Spiels entworfene und verbreitete Würfelspiel unter dem Titel „Jude ärgere dich nicht“. Nach der Spielregel können sechs Mitwirkende in Feldern, die Auschwitz, Buchenwald, Mauthausen, Majdanek, Treblinka und Dachau heißen, starten; gewonnen hat jener, der als erster die Mitte des Spielfeldes erreicht – die „Gaskammer“. Hans Engelhard (FDP), damals Bundesjustizminister, kommentierte diesen Vorgang mit den Worten: „Dieses grausige KZ-Mordspiel übertrifft an Perversität alles, was bisher an neonazistischer Agitation zu beobachten war.“⁶⁸

Der noch größere Skandal in dieser Sache war jedoch, dass ein Richter am Landgericht in Zweibrücken Fröhlich mit dem Argument von der Anklage der Volksverhetzung freisprach, dass in der BRD „die Gedanken frei sind“.⁶⁹

Nach einer gemeinsam vom Allensbacher Institut für Demoskopie und dem an der Technischen Universität Berlin/West angesiedelten Zentrum für Antisemitismusforschung durchgeführten repräsentativen Umfrage gab es Ende der 80er Jahre bei ca. 15% der Bewohner der BRD ein ausgeprägtes antijüdisches Weltbild.⁷⁰

In den 80er Jahren verzeichneten alle Varianten rechtsextremistischer Gruppierungen in der Bundesrepublik einen beachtlichen Aufschwung. Zwischen 1981 und 1989 vervielfachte sich sowohl die Zahl ihrer Mitglieder als auch ihrer Wähler. Nach den vom Verfassungsschutz veröffentlichten Daten, die von Experten als offensichtlich zu niedrig

68 Zitiert in Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M., 27.3.1986.

69 Zitiert in Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M., 21.9.1984.

70 Siehe Gerhard Paul: Der Schatten Hitlers verblaßt. Die Normalisierung des Rechtsextremismus in den achtziger Jahren, in: Gerhard Paul (Hrsg.): Hitlers Schatten verblaßt. Die Normalisierung des Rechtsextremismus, Bonn 1989, S. 37.

angesehen wurden und auch die ganze rechtsradikale Grauzone außer Betracht ließen, ergab sich folgendes, in der Tendenz zutreffendes Bild:

1981 existierten 73 rechtsextremistische Vereinigungen mit ca. 20 300 Mitgliedern und 59 rechtsextreme Verlage und Vertriebsdienste. 1990 bestanden nach einem Prozess der Konzentration 70 extrem rechte Gruppen mit ca. 37 000 Mitgliedern und 34 rechtsextreme Verlage und Vertriebsdienste. Die Zahl der erfassten Neonazis stieg von 1 145 im Jahr 1984 auf 1 900 im Jahr 1988. Laut den Berichten des Verfassungsschutzes waren in diesen Jahren ständig weit über 200 Rechtsextreme im öffentlichen Dienst beschäftigt. Weit mehr als hundert waren Beamte und in Dienststellen des Bundes tätig.

Die meisten Mitglieder wiesen die NPD, die DVU e.V. und die 1983 gegründeten *Republikaner* auf. Mit der 1987 von der DVU e.V. zusammen mit der NPD nach dem Vorbild der französischen rechtsextremen *Front National* (FN) aus der Taufe gehobenen rechtsextremen Wahlpartei *DVU-Liste D*(deutschland) gelang es im September 1987 bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft mit einem ungewohnt hohen Kapitaleinsatz erstmals wieder seit 1968, einen extrem rechten Abgeordneten in ein Landesparlament zu entsenden. Auch die NPD konnte die Zahl ihrer kommunalen Mandatsträger von 13 im Jahr 1981 auf 43 im Jahr 1989 mehr als verdreifachen. Größter Nutznießer dieser Zunahme des Rechts extremismus waren jedoch die *Republikaner*, die 1989 bei den Wahlen in Westberlin elf Mandatsträger in das Berliner Abgeordnetenhaus und wenige Monate später erstmals sechs Abgeordnete in das EG-Parlament nach Strasbourg entsandten. Die Republikaner wurden damit zur wählerstärksten rechtsextremistischen Partei in der Bundesrepublik. Überdurchschnittliche Erfolge wiesen sie in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen auf. In Südbayern verdrängten sie in manchen Wahlkreisen die SPD vom zweiten Platz im Parteienspektrum.

Übersicht 5: Ergebnisse rechtsextremer Parteien bei BRD-Parlamentswahlen 1980-1990⁷¹

EG-Wahlen	Jahr	Partei	Stimmen	in Prozent	Mandate
	1984	NPD	198 633	0,8	-
	1989	DVU	444 921	1,6	-
		REP	2 008 629	7,1	6
Bundestagswahlen	1983	NPD	91 095	0,2	-
	1987	NPD	227 054	0,6	-
Landtagswahlen					
Schleswig-Holstein	1988	NPD	19 154	1,2	-
		REP	8 673	0,6	-
Hamburg	1986	HLA	6 585	0,7	-
	1987	HLA	3 826	0,4	-
Niedersachsen	1990	DDD	1 126	0,0	-
		DRD	2 705	0,1	-
		NPD	8 255	0,2	-
		REP	62 054	1,5	-

71 Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, a.a.O., S. 57/58.

EG-Wahlen	Jahr	Partei	Stimmen	in Prozent	Mandate
Bremen	1987	DVU	13 299	3,4	1
		REP	4 623	1,2	-
NRW	1990	NPD	3 370	0,0	-
		REP	171 867	1,8	-
Rheinland-Pfalz	1983	NPD	3 656	0,1	-
	1987	NPD	18 227	0,8	-
Saarland	1985	NPD	4 659	0,7	-
	1990	NPD	1 628	0,2	-
		REP	23 263	3,4	-
Baden-Württemberg	1988	NPD	101 889	2,1	-
		REP	46 904	1,0	-
Bayern	1986	NPD	58 165	0,5	-
		REP	342 995	3,0	-
	1990	REP	538 615	4,9	-

Mit den Wahlergebnissen von 1989 war der letzte Höhepunkt in der Entwicklung der extremen Rechten in der alten Bundesrepublik überschritten. Bundesweit kamen die meisten Wähler der rechtsextremen Parteien in diesen Jahren aus Bayern und Baden-Württemberg. Überproportional waren unter ihnen Angehörige der traditionellen städtischen und ländlichen Mittelschichten sowie Arbeiter vertreten; die neuen Mittelschichten waren dagegen unterrepräsentiert. Von der vorherigen politischen Orientierung kamen fast 50% aus dem Lager der CDU/CSU; 20 bis 25% waren vorher SPD-Wähler. Auffallend war des Weiteren, dass die Rechtsextremen oftmals in solchen Orten die meisten Stimmen holten, die schon vor 1933 Hochburgen der Hitlerpartei waren.⁷²

Der Aufschwung der Rechtsextremen in den 80er Jahren begünstigte zunächst die NPD.⁷³ Sie konnte ihr Tief vom Ende der 70er Jahre mit weniger als 6 000 Mitgliedern überwinden und erreichte 1990 wieder etwa 7 500 Mitglieder. Ihre Wählerzahl stieg von ca. 68 000 bei den Bundestagswahlen 1980 auf über 227 000 bei den Bundestagswahlen 1987. Damit kam die NPD auch wieder in den Genuss einer beträchtlichen staatlichen Wahlkostenrückerstattung. Im März 1989 verliefen dann die Kommunalwahlen in Hessen für die NPD recht erfolgreich. Im Main-Kinzig-Kreis bekam sie 5,2% der Stimmen und in Frankfurt am Main gelang ihr mit über 20 500 Stimmen (6,6%) der Sprung mit sieben Abgeordneten ins Stadtparlament. Die Mitglieder und Wähler der NPD dieser Zeit kamen vor allem aus den krisenbedrohten alten Mittelschichten. Erstmals richtete die NPD in diesen Jahren am Iseo-See in Oberitalien eine Parteischule ein, deren Leiter Udo Voigt 1985 in den Parteivorstand gewählt wurde.

Formell grenzte sich die wie Biedermänner agierende NPD-Führung in den 80er Jahren noch vom Neonazismus ab. Das hinderte die unteren NPD-Gruppierungen jedoch nicht, vielfältige Kontakte zu dieser Szene zu unterhalten. Das zeigte sich besonders bei

72 Ebenda, S. 121.

73 Siehe Holger Apfel: Die Geschichte der Nationaldemokratischen Partei Deutschland (NPD), a.a.O., S. 47ff.

den Montagsdemonstrationen in Leipzig, wo die NPD versuchte, erste eigene Gruppierungen in der DDR aufzubauen. Vielerorts wirkte die NPD als Durchlauferhitzer für den Nachwuchs der Neonazis. Ab 1984 fungierten dann vor allem in Nordrhein-Westfalen auch rechtsextrem gesinnte Skinheads als Schutztruppe bei NPD-Veranstaltungen. Heftige innere Auseinandersetzungen gab es in der NPD 1987/89 über die Mauseheleien des NPD-Bundesvorsitzenden Martin Mußgnug mit dem DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey. Beide hatten ein Abkommen über die Kandidatur bei Wahlen vereinbart, für dessen Zustandekommen Frey die Bezahlung von NPD-Schulden von über einer Million DM übernahm.

Viele NPD-Mitglieder sahen in dem Abkommen allerdings eine Gefahr für die Selbstständigkeit der NPD. Das hatte zur Folge, dass im Februar 1989 auf dem NPD-Parteitag 42% der Delegierten Mußgnug das Vertrauen bei der erneuten Wahl des Parteivorsitzenden entzogen.

Von der DVU war bis 1987 außer ihren rechtsextremen Hetzereien in den wöchentlich mit über 100 000 Exemplaren verbreiteten Frey-Zeitungen kaum etwas zu vernehmen. Das wurde erst anders, als Frey wie schon erwähnt neben seinem Vereinskartell mit seinen Aktionsgemeinschaften zusammen mit der NPD die Partei *DVU-Liste D* gründete und mit dieser in die bundesrepublikanischen Wahlkämpfe eingriff.

Diese Vorgehensweise erbrachte einen Zuwachs an Mitgliedern. Da alle Angehörigen der DVU-Aktionsgemeinschaften, wenn sie nicht ausdrücklich widersprachen, automatisch Mitglied der Partei *DVU-Liste D* wurden, wuchs die DVU von ca. 10 000 Mitgliedern 1980 auf schätzungsweise 25 000 im Jahr 1989 an. Die DVU war damit Ende der 80er Jahre die mitgliederstärkste rechtsextreme Partei in der Bundesrepublik. Aber die Hoffnungen von Frey, über seine Kungeleien mit Mußgnug&Co. die NPD aufsaugen zu können, erfüllten sich nicht. Schon damals entwickelte sich in der Szene der extremen Rechten eine stärker werdende Kritik an dem immer undurchsichtiger werden Finanzgebahren von Frey und seiner Familie.⁷⁴

Ein zentraler Anlass für das zeitweilige Näherrücken von DVU und NPD war die im November 1983 von den beiden CSU-Bundestagsabgeordneten Franz Handlos und Ekkehard Voigt sowie dem bayrischen Fernsehjournalisten Franz Schönhuber aus Protest gegen den vom CSU-Vorsitzenden und bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß vermittelten Milliardenkredit für die DDR in München erfolgte Gründung der Partei *Die Republikaner* (REP). Die Konstituierung der REP erfolgte in die Absicht, als eine national-konservative Vereinigung unzufriedene Mitglieder und Wähler vom rechten Rand der CDU/CSU und der FDP zu sammeln.⁷⁵ Im Frühjahr 1985 kam es zwischen den Initiatoren dieser Partei über den weiteren Kurs der *Republikaner* – Rechtskonservatismus oder Rechts-extremismus – zu heftigen Auseinandersetzungen. Dabei setzte sich das HIAG-Mitglied Schönhuber durch.

Schönhuber war in diesen Jahren vor allem durch seine die faschistische SS verherrlichende Lebensbeichte „Ich war dabei“ bekannt geworden. Durch dieses Bekenntnis sah sich der Bayerische Rundfunk gezwungen, seinen stellvertretenden Chefredakteur

74 Siehe Annette Linke: Der Multimillionär Frey und die DVU, a.a.O.

75 Siehe Richard Stöss: Die „Republikaner“. Woher sie kommen, was sie wollen, wer sie wählt, was zu tun ist, Köln 1990; Hans-Gerd Jaschke: Die Republikaner. Profile einer Rechtsaußen-Partei, Bonn 1990.

für das Fernsehen mit einer Abfindung von 290 000 DM und einer monatlichen Pension von ca. 7 000 DM in die Wüste zu schicken. In diesem, bis zum Ende der alten BRD in mindestens 200 000 Exemplaren verbreiteten Buch lobt Schönhuber seine Kindheit in Nazi-Deutschland mit den Worten:

„Mit Begeisterung zogen wir in militärischer Ordnung singend durch die Kleinstadt, stimmten vor den Häusern jener Ortsbewohner, von denen wir wußten, daß sie Nazigeegner waren, provozierende Lieder an ... Vor dem Pfarrhaus dagegen stimmten wir gerne an: ‚Es zittern die morschen Knochen der Welt vor dem großen Krieg‘, oder noch lieber den Refrain eines anderen Liedes: ‚Die Juden ziehen dahin, daher/sie zieh’n durchs Rote Meer/die Wellen schlagen zu/die Welt hat Ruh.‘“⁷⁶

An anderer Stelle rühmt er den Anteil der ehemaligen SS-Angehörigen bei der Gestaltung der BRD und meint: „Es soll aber an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, daß ehemalige Angehörige der Waffen-SS im Bundestag und in den Länderparlamenten saßen und sitzen, als Diplomaten die Bundesrepublik vertreten, in Parteizentralen wichtige Funktionen einnehmen, Bürgermeister und Landräte geworden sind. Auch über die SPD.“⁷⁷

Unter Schönhubers Führung entstanden recht bald in der ganzen Bundesrepublik Landesverbände der Republikaner mit zahlreichen Kreisorganisationen. Von ihrer Struktur her wurden die *Republikaner* zu einem Sammelbecken aller Typen von Rechtsextremisten und Vertretern der rechtsradikalen Grauzone. In Bayern wechselten sogar ganze NPD-Kreisverbände zu den *Republikanern*. In einem Interview erklärte damals Schönhuber: „Etwa die Hälfte der Mitglieder sind Polizisten, Grenzschrützer, Beamte, Bundeswehrangehörige.“⁷⁸ Die andere Hälfte der *Republikaner* waren zumeist Kleinunternehmer, Bauern und Facharbeiter. Auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung Anfang 1990 dürften die REP bundesweit zwischen 15 000 bis 18 000 vielfach junge Mitglieder gehabt haben – von Schönhuber selbst wurde die Zahl von 25 000 genannt. Unterstützung genossen die *Republikaner* gleichfalls von finanzstarken Kreisen des Mittelstandes. So durfte Schönhuber zum Beispiel am 23. Mai 1989 auf Einladung des ehemaligen FDP-Mitglieds und Chefs der renommierten Maklerfirma Interfinanz, Carl Zimmerer, vor über hundert Industriellen, Finanz- und Kaufleuten der Düsseldorfer „Herrenrunde“ seine politische Konzeption darlegen. Danach sagten ihm einige der Zuhörer, darunter der Millionär Bolko Hoffmann (später Gründer der rechtsaußen angesiedelten *Initiative Pro DM*), eine finanzielle Hilfe zu. Zu den führenden Funktionären der bayerischen Republikaner zählte in dieser Zeit auch der Direktor der Bayerischen Zentralbank Horst Rudolf Übelacker. Lob bekam der Republikaner-Chef auch vom damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibl (CSU), der in der Zeitung „Die Welt“ vom 1. Februar 1989 erklärte: „Schönhuber vertritt weiterhin CSU-Positionen, gerade im Bereich der Ausländerpolitik“.

Der damalige Erfolgskurs der Republikaner widerspiegelte sich gleichfalls bei den allgemeinen Wahlen. Erstmals konnte mit ihnen im Januar 1989 eine rechtsextreme Partei mit über 90 000 Wählerstimmen in das Abgeordnetenhaus von Berlin/West und in

76 Franz Schönhuber: Ich war dabei, Frankfurt/M. – Berlin/West 1988 (11. Auflage), S. 32.

77 Ebenda, S. 41.

78 Der Spiegel, Hamburg, Nr. 6, 6.2.1989, S. 28.

die Bezirksverordnetenversammlungen von Berlin/West mit 36 Abgeordneten sowie im Juni 1989 mit über zwei Millionen Stimmen in das Strasbourger EG-Parlament einziehen. Bei den Kommunalwahlen 1989 in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg gelangten ebenfalls mehr Republikaner in die Stadtparlamente und Kreistage. Wähler der REP waren insbesondere statusbedrohte Mittelständler, Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, Angehörige der Bundeswehr sowie junge Facharbeiter. Dabei gelang den Republikaner zum Teil ein beachtlicher Einbruch bei den von der Wendepolitik der CDU/CSU enttäuschten Unionswählern.

Die Hamburger Wochenzeitung DIE ZEIT sah das in ihrer Ausgabe vom 6. November 1989 so: „Kein Zweifel: Neben Protestwählern, wildgewordenen Kleinbürgern, frustrierten Beamten sammeln sich unter den Fahnen der Republikaner alte und neue Nazis.“ Am meisten wurden die Republikaner von männlichen Wählern der Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren sowie zwischen 45 und 59 Jahren gewählt.⁷⁹ Nach einer Erhebung des Instituts für Demoskopie in Allensbach waren bei der Wahlen zum EG-Parlament die Wähler der *Republikaner* vorher zu 60% Wähler der CDU/CSU und 19% der SPD.⁸⁰

Höhepunkt und Schlusspunkt in der bisherigen Entwicklung der *Republikaner* war ihr Parteitag im Januar 1990 im bayerischen Rosenheim, an dem erstmals ca. 60 Vertreter der noch bestehenden DDR teilnahmen. Dieser Parteitag beschloss ein neues Parteiprogramm der Republikaner, das zuvor von einer etwa 60-köpfigen Expertengruppe, darunter der Bundeswehr-Generalleutnant a. D. Franz Uhle-Wettler, der Historiker Professor Hellmut Diwald, Politologen, Richter, Staatsanwälte und der Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz Klaus Hartel, ausgearbeitet und im Verhältnis zum REP-Programm von 1987 von unverhülltem Rassismus und offensichtlichen Bezügen zur neonazistischen Programmatik gereinigt worden war. Nach dem Rosenheimer Parteitag kam es bei den *Republikanern* zu heftigen innerparteilichen Querelen, die das Image nach außen und den inneren Zusammenhalt der Partei schwächten. Schönhuber entband reihenweise ihm nicht genehme Leute von ihren Posten.

Der Streit ging so weit, dass Schönhuber zeitweilig sein Amt als Parteivorsitzender niederlegte. Erst auf dem REP-Parteitag im Juli 1990 im bayerischen Ruhlstorf konnte sich Schönhuber mit Hilfe der Delegierten aus der DDR wieder durchsetzen. Der eingetretene Niedergang der Republikaner wurde damit aber nicht aufgehalten. Die Partei verlor scharenweise Mitglieder und Wähler und konnte seither nie mehr an die Erfolge von 1989 anknüpfen.

Rechtsextremistische Organisationen ähnlicher Art wie die vorgestellten Parteien waren in den 80er Jahren in der BRD des weiteren die *Gesellschaft für Freie Publizistik* (GFP), das *Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes* (DKEG) mit ihrer Abspaltung *Deutsche Kulturgemeinschaft* (DKG) und die 1983 von Ernst Otto Remer gegründete militaristische und antisemitische *Deutsche Freiheitsbewegung e.V./Der Bismarckdeutsche*. Alle diese Parteien und Gruppierungen unterhielten vielfältige Kontakte zu Gesinnungsfreunden in west- und nordeuropäischen Ländern. Darüber hinaus erschienen in dieser Zeit in der

79 Siehe Dieter Roth: Sind die Republikaner die fünfte Partei? Sozial- und Meinungsstruktur der Wähler der Republikaner, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn B 41/42, 6.10.1989, S. 11.

80 Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/M., 11.9.1989.

BRD über 100 rechtsextrem orientierte Zeitungen und Zeitschriften von „Nation Europa“ über mannigfache geschichtsrevisionistische Zeitschriften bis zum rechtskonservativen Theorieorgan „Criticon“.

Die geistigen und politischen Positionen all dieser Vereinigungen variierten nur im Detail und in Wegen zu ihrem Ziel. In den Hauptfragen bestand weitgehende Übereinstimmung, das bezog sich vor allem auf nachfolgend genannte Problemkreis. Kennzeichnend für sie war und ist:

1. Ein die Völkerverständigung missachtender Nationalismus, das Streben nach nationaler Identität auf der Grundlage der Abstammungsgemeinschaft und im Sinne einer Blut-und-Boden-Politik.
2. Ein verbissener Rassismus, ein ständiges Schüren von Ausländer- und Fremdenhass, der sich besonders gegen alle Asylbewerber, Türken sowie Sinti und Roma richtete. Alle Gruppierungen lehnen vehement eine multikulturelle Gesellschaft in der BRD ab.
3. Ein extremer Antisemitismus, der alle Juden, ihre Friedhöfe und Kultstätten in Deutschland als Fremdkörper betrachtet.
4. Eine Relativierung und Verharmlosung der Verbrechen des deutschen Faschismus durch Geschichtsklitterung und Geschichtsrevisionismus.
5. Die Leugnung der deutschen Schuld am Ersten und Zweiten Weltkrieg. Angeblich sei Hitler durch die Juden und die USA in den Krieg getrieben worden.
6. Ein fanatischer Antikommunismus, der zunehmend durch einen abstrusen Antiamerikanismus ergänzt wurde.
7. Ein verbales Bekenntnis zum Grundgesetz der Bundesrepublik, wobei das Ziel ihrer Politik nicht eine Stärkung, sondern in einer Überwindung der Republik durch die Wiedererrichtung eines starken Nationalstaates in Gestalt des Deutschen Reiches mindestens in den Grenzen von 1937 besteht.
8. Eine entschiedene Ablehnung aller Auffassungen – vom Christentum bis zu allen Konzeptionen des Sozialismus – von der Gleichheit aller Menschen und eine Bevorzugung einer sozialdarwinistisch begründeten Politik der Stärke und Gewalt.
9. Vorstellungen von einer Einschränkung und dem Abbau demokratischer Bürgerrechte zugunsten eines autoritären law-and-order-Staates.
10. Eine Verherrlichung des Militarismus in Geschichte und Gegenwart.
11. Eine Umweltpolitik, in deren Mittelpunkt nicht der Schutz der Natur, sondern der der biologischen Substanz des Volkes und der Rasse steht.
12. Die Ablehnung der jetzigen Form der europäischen Integration, da dabei die BRD zum Zahlmeister Europas degradiert werde.

Die Positionen der Neuen Rechten, die in den 80er Jahren mit ihrer Absicht, in die neuen sozialen Bewegungen, insbesondere in die Ökologie- und Alternativbewegung, einzudringen gescheitert waren, unterschieden sich von den traditionellen Rechtsextremisten nur in einigen Punkten. Sie waren zum einem nicht in relativ stabilen größeren Vereinigungen organisiert, sondern agierten mehr durch Diskussionsrunden und Publikationen. Zum anderen waren bei ihnen u. a. folgende Thesen bemerkenswert:

- a) Im Unterschied zu den traditionellen Rechtsextremisten verteidigten sie nicht in erster Linie den Nationalstaat, sondern engagierten sich mehr für eine „Nation Europa“ unter der Hegemonie von Frankreich und Deutschland. In ihrer Konzeption des

Befreiungsnationalismus wenden sie sich gegen die bestehenden staatlichen Grenzen in Europa, da diese nicht mit den ethnischen Volkstumsgrenzen übereinstimmen. Sie plädieren für die Anerkennung einer „natürlichen Hierarchie der Völker“, in der es Führer und Geführte geben müsse.

- b) Typisch für die Neuen Rechten war und ist ihr Kampf zur Überwindung der von der französischen Revolution von 1789 verkündeten Menschenrechtsprinzipien, von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Nach ihrer Ansicht haben der judeochristliche Egalitarismus, der Liberalismus und der Kommunismus die indoeuropäische Lebensweise zerstört, zu einem Verfall der europäischen Völker geführt und ihnen die nationale Identität geraubt.
- c) Im geistigen und politischen Leben der europäischen Völker müsse man das liberale und linke Monopol im Mainstream durchbrechen und wieder zu autoritäreren Regierungsformen zurückkehren.

Viele dieser Ideen fanden auch zunehmend Anklang bei den traditionellen Rechtsextremisten und flossen in ihre Politik ein. Das war gleichfalls bei den mehr an den Konzepten der Gebrüder Otto und Gregor Strasser sowie bei den so genannten Nationalrevolutionären der Fall, die sich alle gern als „linke Leute von rechts“ bezeichneten und sich für einen rechtsextrem orientierten „Deutschen Sozialismus“ einsetzten.⁸¹

Deutlicher noch fiel im Rahmen des Rechtsextremismus der weitere Aufschwung des Neonazismus in den 80er Jahren ins Auge. Träger dieses Phänomens war eine neue Generation, die kaum noch einen persönlichen Bezug zu den Altnazis vor 1945 hatte. Die dominierende Figur der Szene war in diesen Jahren Michael Kühnen. Obwohl er in diesem Jahrzehnt über sechs Jahre in Gefängnissen verbrachte, bestimmte er mit seinen Ideen und Organisationsinitiativen weitgehend die Entwicklung des Neonazismus in dieser Zeit.

Sein Glaubensbekenntnis hatte er bereits in Analogie zu Hitlers Festungshaft im bayerischen Landsberg und dem dortigen Verfassen von „Mein Kampf“ in der Zeit seines ersten Gefängnisaufenthalts im niedersächsischen Celle in Gestalt eines über 300 Seiten umfassenden Buchmanuskripts „Die Zweite Revolution. Glauben und Kampf“ abgeliefert.⁸² Unter „Zweiter Revolution“ verstand Kühnen, der hier schon eine Position zwischen Hitler und dem später auf Befehl Hitlers ermordeten SA-Stabschef Ernst Röhm bezog, ein neues 1933 mit der Aufgabe, „unsere Feinde diesmal wirklich wegzufegen. Wie man es 1933 leider nicht getan hat.“⁸³ Ziel sei ein eindeutiger „deutscher Sozialismus“. Zu den aktuellen Zielen seiner „Bewegung“ erklärte er noch im Gefängnis in einem Interview.

„Das Hauptgewicht der NS-Bewegung wird in den nächsten Jahren ... hauptsächlich die Ausländerfrage sein. Das heißt: die Überfremdungsdiskussion. Das ist ein Thema, das uns keine andere Gruppe wegnehmen kann und mit dem wir auch in künftiger Zeit eine Massenbasis bekommen werden.“⁸⁴

81 Siehe Martina Koelschitzky: Die „Neue Rechte“ und Die „Nationalrevolutionäre“, in: Kurt Faller/Heinz Siebold (Hrsg.): Neofaschismus a.a.O., S. 45ff.

82 Auszüge bei Eike Hennig: „Wert habe ich nur als Kämpfer“. Rechtsextremistische Militanz und neonazistischer Terror, in: Reiner Steinweg: Faszination der Gewalt. Politische Strategie und Alltagserfahrung, Frankfurt/M. 1983, S. 89-122.

83 Interview mit Michael Kühnen am 13.12.1983 in einer ARD-Sendung zum Neonazismus.

84 Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Hamburg, 14.2.1982.

In diesem Sinne gründeten seine Leute die *Aktion Ausländerrückführung – Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung* (AAR), die im September 1983 sogar zu den Landtagswahlen in Hessen antrat, aber kaum Stimmen erhielt.

Als Kühnen am 30. November 1982 das Gefängnis in Celle verließ, verlagerte er den Schwerpunkt seiner Aktivitäten von Hamburg in das Rhein-Main-Gebiet und sah seine erste Verpflichtung darin, wieder die Führung der von ihm 1977 gegründeten *Aktionsfront Nationaler Sozialisten* (ANS) zu übernehmen. In der ANS wollte Kühnen die bundesweit verstreut agierenden bekennenden Neonazis sammeln. Als erstes integrierte er in seiner ANS neben seinen eigenen Anhängern Reste der verbotenen VSBD/PdA sowie der Wehrsportgruppe Hoffmann. Am 15. Januar 1983 erfolgte dann die Fusion seiner Organisation mit der Gruppe *Nationale Aktivisten* (NA) um den hessischen Neonazi Thomas Brehl zur ANS/NA. Adressaten seines Wirkens sah Kühnen weniger in rechten intellektuellen als vielmehr in der Arbeiterjugend. Über die seinerzeitigen Geldquellen äußerte sich Kühnen recht eindeutig in einem „Monitor“-Gespräch am 29. Mai 1984 in Ersten Deutschen Fernsehen, wo er erklärte: „Es sind zahlenmäßig zwar nicht sehr viele, aber doch inzwischen eine recht beachtliche Anzahl, die in der Lage sind, uns finanziell und organisatorisch entscheidend zu helfen.“ Wegen der immer massiver vorgetragenen Forderung nach einer Legalisierung der faschistischen NSDAP wurde die ANS/NA am 7. Dezember vom damaligen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) verboten. Von ihrem Wesen her war die ANS/NA schon damals eine Struktureinheit der in der BRD konspirativ wirkenden NSDAP/AO. Zum Zeitpunkt ihres Verbotes umfasste die ANS/NA 37 „Kameradschaften“ mit etwa 350 Mitgliedern und einen noch weit größeren Kreis von Sympathisanten in fast 30 Orten und Regionen der Bundesrepublik. Das ANS/NA zeigte nur kurzfristig Wirkung. Schon bald darauf bildeten Kühnen-Anhänger eine Vielzahl örtlicher *Freundeskreise*, *Lesekreise*, *Nationale Basisgruppen* oder wie in Kiel eine *Nationale Sozialistische Widerstandsbewegung*. Andere ANS/NA-Mitglieder infiltrierten die FAP, die Wiking Jugend und versuchten dort, weiterhin ANS/NA-Politik zu verfolgen.

Die Erfahrungen mit diesen legalen Gruppen verallgemeinernd, gründeten Kühnen und sein engster Anhang 1984 eine illegale neonazistische Kernorganisation in Gestalt der *Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front* (GdNF) mit ihrer Zeitschrift „Widerstand – Die Neue Front“ und eine Vielzahl von öffentlichkeitswirksamen Vorfelddorganisationen. Dazu gehörten die nach NS-Vorbild geformte *Deutsche Frauenfront* (DFF), die *Freie Gewerkschaftsbewegung* (FGB), der *Volksbund Rudolf Heß*, die *Antikommunistische Aktion* und die *Antizionistische Aktion* sowie ein *Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag von Adolf Hitler* (KAH) im Jahr 1989. 1988 entstand die Partei *Nationale Sammlung* (NS), die aber bereits schon vor ihrer beabsichtigten Teilnahme an den hessischen Kommunalwahlen am 9. Februar 1989 verboten wurde. Als Ersatz bildete sich bald darauf die *Initiative Volkswille*. Mehr Gewicht als den bislang genannten Gruppierungen kam der von den Kühnen-Anhängern Christian Worch und Thomas Wulff („Steiner“) im März 1989 in Hamburg gegründeten Gruppe *Nationale Liste* (NL) mit der Zeitschrift „INDEX“ und der im Mai 1989 gebildeten *Deutschen Alternative* (DA) als „nationaler Protestpartei“ zu, mit der Kühnen ab Herbst 1989 vor allem Einfluss auf die rechtsextremistische Szene in der DDR erlangen wollte.

Als zweite größere neonazistische Organisation formierte sich in den 80er Jahren die

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP). Sie wurde im Dezember 1979 von dem ehemaligen Hitlerjugend-Führer Martin Pape gegründet und dümpelte bis 1983 im Stuttgarter Raum vor sich hin. Bundesweite Bedeutung erlangte die FAP erst nach dem Verbot der ANS/NA, als viele Kühnen-Leute in diese Partei eintraten und aus ANS/NA-Kameradschaftsführern jetzt FAP-Kreis- und Landesvorsitzende wurden. Mitte der 80er Jahre hatte die FAP ca. 300 Mitglieder, darunter im Ruhrgebiet viele Skinheads und Hooligans von der Dortmunder *Borussenfront*. Von ihren strategischen Positionen her betrieb die Partei eine extrem nationalistisch-rassistische Politik, die Gewaltanwendung gegen Linke und Ausländer einschloss. Schon 1985 beteiligte sich die FAP mit minimalem Erfolg in Nordrhein-Westfalen an den Kommunal- und Landtagswahlen. Dabei ging es ihnen weniger um die Stimmen, sondern um die Nutzung der in Wahlzeiten günstigeren Propagandamöglichkeiten und die Ermittlung von Orten, in denen es eine größere Sympathisantenschar gab. Nach scharfen inneren Auseinandersetzungen wurde 1988 der bisherige Vorsitzende Pape abgesetzt und der ehemalige Chef der verbotenen VSBD/PdA Friedhelm Busse übernahm die FAP-Führung. Busse profitierte davon, dass es in der GdNF heftigen Streit zwischen Michael Kühnen und Arndt Heinz Marx darüber gab, ob man mehr der SA- oder der SS-Tradition mit allen organisatorischen Konsequenzen folgen sollte. In diesem Disput setzte sich Kühnen mit seinen SA-Vorstellungen durch. Bei einer anderen Auseinandersetzung zwischen Kühnen und seinem wichtigsten Mann im Ruhrgebiet, dem damaligen Generalsekretär der FAP Jürgen Mosler, über die von Kühnen jetzt eingestandene Homosexualität, die Mosler entschieden ablehnte, musste Kühnen eine Niederlage hinnehmen, was in der FAP zur Entmachtung von vielen Kühnen-Getreuen führte. Unter der jetzt fast unumschränkten Herrschaft von Busse verfolgte die FAP einen aggressiven Kurs bei der Erweiterung ihrer Einflussbereiche. Ende der 80er Jahre zählte die FAP nach Angaben von Busse über 900 Mitglieder, von denen viele zur Zeit der Wende in der DDR aktiv wurden. Auch hier lösten die Erfolge innere Differenzierungen aus. Als eine Abspaltung von der FAP formierte sich 1990 unter der Führung von Michael Swierczik und dem ehemaligen DDR-Bürger Carlo Bauer die Gruppe *Nationale Orientierung* (NO), die in West und Ost alle mit ihren bisherigen Organisationen unzufriedenen Neonazis sammeln wollte.

Weitere neonazistische Vereinigungen von bundesweiter Bedeutung waren in den 80er Jahren:

- die 1985 von Kräften aus der verbotenen VSBD/PdA und der NPD gegründete *Nationalistische Front* (NF) unter der Führung von Meinolf Schönborn und in Berlin/West von Andreas Pohl. Die NF orientierte sich weitgehend an den Ideen der Gebrüder Strasser und vertrat einen militanten so genannten Befreiungsnationalismus. In ihrer Zeitschrift „Klartext“ forderte die NF ein aggressives Vorgehen gegen alle Linken und die Ausweisung aller Ausländer aus der BRD. 1990 hatte diese Gruppe etwa 110 Mitglieder und Ortsgruppen in Nordrhein-Westfalen, Bremen und Berlin/West.
- die mit etwa drei Dutzend Stützpunkten in der BRD streng konspirativ operierende und von Gary Rex Lauck aus den USA weiterhin geleitete NSDAP/AO. Diese neonazistische Organisation machte vor allem durch ihre zweimonatlich erscheinende Zeitung „NS-Kampftruf“ und durch Unmengen von Aufklebern mit Texten wie „NS-Verbot aufheben!“ oder „Kampf den Judenparteien KPD-SPD-CDU/CSU-FDP!“ auf sich aufmerksam.

- die größte neonazistische Jugendorganisation blieb auch in den 80er Jahren die nach dem Vorbild der Hitlerjugend agierende *Wiking Jugend* (WJ), die insbesondere durch ihre Kombination von Germanenkult, Romantik des Lagerlebens und militärischen Drill immer wieder Jugendliche in ihren Bann zog. Durch ihr Zusammenwirken mit Skinheads radikalisierte sich die WJ. Bereits 1984 überfiel man gemeinsam in Bonn eine Gruppe von Punks, die brutal misshandelt wurden. Enge Kontakte unterhielt die WJ zur NPD, der FAP und der GdNF sowie zu vielen Gesinnungsfreunden im westlichen und nördlichen Europa.
- die für alle neonazistischen Gruppen als Kommunikations- und Verbindungszentrum dienende *Hilfsorganisation für Nationale Gefangene* (HNG) mit 300 bis 400 Mitgliedern. Diese HNG sah ihre Hauptaufgabe insbesondere in der Betreuung inhaftierter Neonazis und nach deren Haftentlassung in der Wiedereingliederung in die Szene. In ihrer Zeitschrift „Nachrichten der HNG“ veröffentlichte sie laufend die Namen der arretierten Rechtsextremisten und forderte zur materiellen und ideellen Solidarität mit diesen auf. Über die Funktion derartiger Strukturen schrieb Günther Bernd Ginzler: „Wer als Neonazi in den Knast muss, geht ein sehr geringes Risiko ein. Seine Angehörigen – von der Oma bis zum Baby – erhalten jede Hilfe. Er selbst wird zum Märtyrer; Gefängnisstrafen betrachtet der harte Kern als Auszeichnung.“⁸⁵

In bekannter Weise betätigten sich auch weiterhin Manfred Roeder und Thies Christophersen in der Szene. Neu waren dagegen in den 80er Jahren die von Großbritannien übernommene Skinhead- und Hooligan-Bewegungen, aus denen sich alle rechtsextremistischen Strömungen bemühten, Nachwuchs zu rekrutieren. Beide Strukturen waren in großen Teilen verbissen rassistisch und gewaltorientiert. Nach den offensichtlich zu niedrigen offiziellen Schätzungen gab es 1990 in der BRD etwa 3 000 Skinheads, von denen über 500 als stark rechtsextrem galten. Über die Zahl der Hooligans, die vor allem in Städten mit Mannschaften der Fußball-Bundesliga existierten und hier auf Randalen aus waren, liegen keine genaueren Angaben vor. Berühmt waren in dieser Zeit solche rassistisch-nationalistischen Fan-Clubs wie die *Hertha Frösche* und *Zyklon B* in Westberlin, die *Borussenfront* in Dortmund, *Ostwestfalenterror* in Bielefeld oder die *Roten Wölfe* aus Hannover, die oft mit dem Schlachtgesang „Hoch die rote Fahne mit dem Hakenkreuz“ ins Stadion zogen.

Eine gemeinsame Aktion von in- und ausländischen Neonazis waren seit 1988 die Ehrungen für den verstorbenen Naziführer Rudolf Heß. Mit Unterstützung der örtlichen Behörden und ab 1990 erstmals mit Teilnehmern aus der DDR versammelten sie sich jeweils im August im fränkischen Wunsiedel, dem Beisetzungsort von Heß, und zogen mit Parolen wie „Rotfront verrecke!“, „Juda verrecke!“ oder „Es kommt der Tag der Rache!“ unter Polizeischutz durch das Städtchen zum Grabe von Heß.

Politisch wie ideologisch unterschieden sich die Neonazis kaum von den anderen Rechtsextremisten, nur dass sie zumeist ihr Verlangen noch radikaler vortrugen. Divergenzen und Unterschiede gab es jedoch im Folgenden: Alle Neonazis bekannten sich in Ideologie und Politik zum Programm der faschistischen NSDAP von 1920 und verlangten deren Legalisierung. Als Ziel all ihrer Bestrebungen wurde nach dem Vorbild des NS-

85 Günther Bernd Ginzler: Hitlers (Ur)enkel, a.a.O., S. 22.

Systems ein sich auf Blutsbande und Eliten aufbauender hierarchischer Führerstaat benannt. Dieser rassistisch homogene und arisch geprägte Nationalstaat in Gestalt eines Vierten Großdeutschen Reiches sollte alle in Mitteleuropa geschlossen siedelnden Deutschen umfassen. Ökonomisch sollte der Kampf gegen den Zinswucher geführt werden, aber dabei der Kapitalismus nicht abgeschafft, sondern „deutscher“ gestaltet werden. In keinem Unternehmen wollte man eine ausländische Mehrheitsbeteiligung dulden. Die Bundesrepublik wurde als „Judenstaat“ grundsätzlich negativ beurteilt und das Grundgesetz nicht akzeptiert. Für die Realisierung dieser Ziele wurde ausdrücklich die Anwendung von Gewalt in allen Formen akzeptiert. Über dieses Vierte Reich schrieb 1985 Peter Medrina: „Im künftigen Deutschland ist für Antifaschisten kein Platz. Der Weg der Deutschen zur Selbstfindung der Deutschen geht über die Trümmer der KZ-Gedenkstätten.“⁸⁶

Im Kontext der Anpassung ihrer programmatischen Vorstellung entbrannte in der neonazistischen Szene der BRD ein bis heute nicht gänzlich entschiedener Streit zwischen den so genannten Hitleristen und Strasseristen. Galt bei allen bundesrepublikanischen Neonazis Hitler lange Zeit als der „deutsche Cromwell“, als der „deutsche Napoleon“⁸⁷, so wurden ab 1982 immer stärkere Vorwürfe laut, Hitler habe den „historisch sozialrevolutionären Nationalsozialismus“ zugunsten eines Bündnisses mit dem Großkapital verraten. Unter seiner Führung sei die NSDAP verbürgerlicht und verbontzt. Die Alternative sei eine Hinwendung zu Geist und Politik des ehemaligen SA-Stabschefs Ernst Röhm und zu Gregor und Otto Strasser, die angeblich ein „linkes“ und „revolutionäres“ Gegenmodell zur sozialistischen Arbeiterbewegung in Gestalt eines „deutschen Sozialismus“ vertraten, die „Linken von Rechts“ gewesen seien.⁸⁸ Im Gefolge dieser Auseinandersetzungen verloren die traditionellen Strasseristen in der BRD, die sich Anfang der 60er Jahre in der *Unabhängigen Arbeiterpartei* (UAP) zusammengeschlossen hatten, immer mehr an Einfluss. Bezugspunkte zur DDR gab es diesem Disput noch nicht. Tendenziell wurde die rechtsextremistische Szene im letzten Jahrzehnt des Bestehens der alten BRD zunehmend krimineller. Trotz der Zerschlagung einiger rechtsterroristischer Gruppen Anfang der 80er Jahre entstanden immer wieder neue Vereinigungen wie die um die Terroristen Klaus-Ludwig Uhl bzw. um Odfried Hepp und Walter Kexel. Der Rechtsterrorist Helmut Oxner lief in Nürnberg Amok und tötete bis zu seinem Selbstmord drei Menschen. Bis zum Ende der 80er Jahre gab es immer wieder rechtsextrem motivierte Brand- und Sprengstoffanschläge, die sich im wachsenden Maße gegen Unterkünfte von Ausländern richteten, aber 1986 auch gegen das alliierte Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau. Mehr und mehr gab es Berichte über Gewaltorgien von Skinheads wie zum Beispiel einen Überfall von etwa 150 Skins im September 1988 auf ein Punkkonzert in Ravensburg bei Stuttgart, wo diese unter dem Gebrüll „Rot Front verrecke!“ mit brutaler Gewalt auf Andersdenkende und Andersaussehende einprügelten. Auch rassistisch motivierte Morde waren keine Ausnahme mehr. Neu war ferner, das Angehörige der ANS/NA Femegerichte bildeten und Fememorde an ehemaligen ANS/NA-

86 Deutsche Monatshefte, Berg am Starnberger See 1985, Nr. 1, S. 23.

87 Siehe Deutsche Monatshefte, 1985, Nr. 5/6, S. 5.

88 Siehe Kurt Gosswiler: Die Strasser-Legende. Auseinandersetzung mit einem Kapitel des deutschen Faschismus, Berlin 1994; ders.: Fragen und Antworten zu Gregor und Otto Strasser, in: antifa, Berlin 2000, Nr. 5, S. 6/7.

Mitglieder begingen. Zu einer gänzlich neuen Methode griffen Neonazis, als sie im April 1989 ganze Stadtteile von Hamburg mit einem barbarischen Psychoterror überzogen und ausländische Mitbürger, vor allem Türken, in Angst und Schrecken versetzten. In einem Flugblatt hatten diese Neonazis verbreitet: „Der 100ste Geburtstag von Adolf Hitler wird für Euch die Zweite Kristallnacht“. Viele türkische Mitbürger und Gaststätten ließen an diesem Tage die Rolladen herunter, türkische Eltern schickten ihre Kinder nicht in die Schulen; aus Angst vor Terrorakten schraubten viele Ausländer von ihren Wohnhäusern die Klingelschilder ab.⁸⁹ Die Bilanz der rechtsextrem motivierten Gewalttaten in der alten BRD endete 1990 nach Angaben des Verfassungsschutzes unter anderem mit 51 schweren Körperverletzungen, 12 Brandanschlägen und 208 antisemitisch motivierten Straftaten.

Die politische Wende in der DDR war für die Aktivitäten aller Rechtsextremisten in der BRD ein tiefer Einschnitt. Erstmals konnten sie nach Aufhebung der sie behindernden westalliierten Anweisungen relativ ungehindert in der DDR und Westberlin mit ihren politischen Ansichten auftreten. Aber die gehegten Hoffnungen von Michael Kühnen bis zu den *Republikanern* auf einen schnellen politischen Einfluss und Mitgliederzuwachs erfüllten sich nicht. Alle extremen Rechten wurden wie andere Politiker in Westdeutschland von den politischen Veränderungen und dem Fall der Berliner Mauer zunächst überrascht und waren darauf weder aktuell-politisch noch strategisch vorbereitet. Ihr bisher wichtigstes populistisches Thema wurde ihnen genommen. Das wollte man vorderhand vor allem auf zwei Wegen kompensieren. Erstens reduzierte man den kommenden Zusammenschluss von BRD und DDR auf eine Teilvereinigung mit Mitteldeutschland, der noch die Vereinigung mit den „unter polnischer Verwaltung“ stehenden ostdeutschen Gebiete zu einem Großdeutschland folgen müsse. Und zweitens delegierten die rechtsextremen Parteien wie die Neonazis alle abkömmlichen Kräfte in die DDR, um hier neue Mitglieder, Anhänger und Wähler zu gewinnen. Aus diesem Grunde kam es auch 1990 zu einem gewissen Abflauen rechtsextremer Aktivitäten in den alten Bundesländern.

Nutznießer des verstärkten Nationalismus in Ost und West waren zunächst nicht die Rechtsextremen, sondern die CDU/CSU. Nicht nur mit ihrem Drang nach einem schnellen Anschluss der DDR an die BRD, sondern auch durch ihre restriktive Ausländerpolitik hatten sich die Unionsparteien eine große Zustimmung der Wähler gesichert. Zu den Ursachen der damals in der BRD wachsenden Ausländerfeindlichkeit schrieb am 8. Februar 1989 die „Süddeutsche Zeitung“: „Jahrelang haben vor allem sie (die CDU/CSU – d. A.) die Vorurteile genährt und gestärkt, ein angsterregendes Spiel mit Worten und Zahlen getrieben“, von ihnen stamme das Wort „Ausländer sind keine Mitbürger“. Und dann wies die Zeitung darauf hin, dass in vielen Gemeinschaftsunterkünften der BRD für „jeden Flüchtling etwa so viel Platz zur Verfügung steht, wie nach dem Gesetz ein deutscher Schäferhund beanspruchen darf: sechs Quadratmeter nämlich.“ Die materielle Lage nicht weniger Ausländer in der BRD verschlechterte sich ab Mitte 1989 noch weiter, als viele Übersiedler aus der DDR ein Verschwinden der Ausländer forderten, da sie jetzt „als Deutsche“ den Vorrang hätten.⁹⁰

89 Siehe DIE ZEIT, Hamburg, Nr. 18, 28.4.1989; Hamburger Abendblatt, Hamburg, 21.4.1989.

90 Siehe Frank Dingel: Rechtsextremismus und Nationalismus, in: antifaschistisches magazin/Der Mahnruf, Berlin/West 1990, Nr. 217, S. 13.

Zur Entwicklung des Rechtsextremismus im geeinten Deutschland 1990 bis 1999 – besonders in den neuen Bundesländern

Seit der deutschen Einheit im Jahr 1990 gab es in beiden Teilen Deutschlands eine beachtliche Aktivierung des Rechtsextremismus. In Daten ausgedrückt zeigt sich das unter anderem darin, dass die Zahl der Stimmen für die Parteien der extremen Rechten bei den Bundestagswahlen von 1990 bis 1998 von knapp 1,4 Millionen (2,4%) auf fast 1,8 Millionen (3,5%), d. h. um mehr als 630 000 Wähler anwuchs. Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich bei der Zahl rechtsextrem motivierter Gesetzesverletzungen, die von 3 884 im Jahr 1991 – darunter 494 Gewalttaten in Ost- und 990 in Westdeutschland – auf 10 037 im Jahr 1999 anstieg. In der Relation zur Bevölkerungszahl lagen 1999 alle fünf neuen Bundesländer an der Spitze der rechtsextremen Gewaltkriminalität.¹ Mit der Einheit Deutschlands erhofften sich alle rechtsextremistischen Gruppen in Westdeutschland entsprechend ihrer Eindrücke bei den Wende-Demonstrationen in der DDR und bei dem oft überschäumenden Einheitsnationalismus in Ostdeutschland eine merkliche Blut-auffrischung und einen größeren Zuwachs an Mitgliedern und Wählern. Obwohl sie ihre Zentralen zunächst weiter im Westen beließen, entsandten sie in die neuen Bundesländer viele Kräfte und investierten hier beachtliche finanzielle Mittel. Dabei konnten sich die *Republikaner* und die NPD auf schon in der DDR gegründete Landesverbände und die Neonazis auf die schon vor dem Oktober 1990 entstandenen neonazistischen Gruppen wie zum Beispiel die *Nationale Alternative* (NA) oder die *Deutsche Alternative* in Dresden und Cottbus stützen. Nach offiziellen Schätzungen gab es in den ersten Existenzmonaten der neuen Bundesländer bereits etwa 3 000 Mitglieder rechtsextremer Parteien und neonazistischer Gruppen. Hinzu kamen etwa 5 000 mehr oder minder rechtsextrem gesinnter Skinheads, Hooligans und deren engere Sympathisanten.²

Die erste große Enttäuschung mussten die rechtsextremistischen Parteien bei den Wahlen Ende 1990 in Ostdeutschland hinnehmen. Entgegen ihren Erwartungen und den

1 Siehe Verfassungsschutzbericht 1991, Bonn 1992, S. 87; Verfassungsschutzbericht 1999 (Pressefassung), Berlin 2000, S. 18.

2 Siehe Mögliche Aktivitäten von Extremisten in den neuen Bundesländern im 1. Halbjahr 1991. Gemeinsames Landeskriminalamt (GLKA), August 1991; Bernd Wagner: Jugend – Gewalt – Szenen. Zu kriminologischen und historischen Aspekten in Ostdeutschland. Die achtziger und neunziger Jahre, Berlin 1995.

Schlagworten vom „braunen Osten“ bekamen NPD und *Republikaner* bei den Landtagswahlen nur 1,1% und bei den Bundestagswahlen nur 1,5% der Stimmen. Dennoch waren die am 2. Dezember 1990 für diese Parteien abgegebenen fast 140 000 Stimmen nach über 40 Jahren DDR erschreckend und offenbarten, was hier meist unter der Oberfläche die DDR überdauert hatte. Die Mehrheit der Ex-DDR-Bürger aber erteilte den Rechtsextremen eine Abfuhr. Der angeblich „nur verordnete“ Antifaschismus wirkte bei den meisten als geistige Barriere gegenüber den Sirenenklängen der extremen Rechten. Zudem fanden die alten Parolen der *Republikaner*, der NPD, der DVU und der neonazistischen Gruppen von großdeutschen Ambitionen, einer Revision der deutschen Ostgrenzen und einer Korrektur der bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung kaum Anklang – andere praktische Lösungen zur Bewältigung ihrer täglichen Sorgen boten die extremen Rechten den Ostdeutschen kaum an.

Der Nährboden für das weitere Wirken des Rechtsextremismus war aber damit nicht beseitigt. Im Gegenteil. Durch die massenhafte Streichung der Namen von Antifaschisten auf den Straßenschildern, von Bilderstürmerei und den Massenentlassungen von DDR-Wissenschaftlern an den Universitäten und Hochschulen und deren Ersatz durch oft drittklassige Westimporte, darunter z. B. an der Humboldt-Universität zu Berlin durch den Wirtschaftswissenschaftler und ehemaligen Generalstabsoffizier in einer SS-Panzergrenadier-Division Professor Wilhelm Krelle, sowie weiteren Maßnahmen zur Delegitimierung der DDR fühlten sich viele Rechtsextremisten in ihrem Treiben ermutigt. Eine Folge war, dass der Zulauf zu den ultrarechten Parteien und den neonazistischen Organisationen anhielt. Weiterhin kamen Rechtsextreme aus den alten Bundesländern, um in Ostdeutschen die „Bewegung“ nach ihrem Ebenbild zu formen. Die umfassendsten Aktivitäten entfalteten dabei die Neonazis um Michael Kühnen, die bereits zwei Wochen nach der Herstellung der deutschen Einheit, am 20. Oktober 1990, ihre erste große, ohne weitere Auflagen genehmigte Demonstration in Dresden mit ca. 400 Teilnehmern durchführten, die hierbei skandierten: „Ausländer raus!“, „Rotfront verrecke!“ In seiner Rede auf dem Dresdener Theaterplatz forderte dann Michael Kühnen eine baldige „nationale Revolution“, um alle alliierten Besatzungsmächte und Ausländer aus Deutschland zu verjagen.

Nach dem staatlichen Vollzug der deutschen Einheit und angeregt durch die offiziellen Debatten über die Einschränkung des Asylrechts entfaltete sich in West und Ost eine Welle fremdenfeindlichen Denkens und rechtsextrem motivierter Gewalttaten. Nach Angaben des Verfassungsschutzberichtes für 1991 gab es in diesem Jahr 383 von Rechtsextremen verübte Brand- und Sprengstoffanschläge, davon 123 im Osten Deutschlands; in Sachsen waren es allein 33. Hier wie dort richteten sich die Gewalttaten besonders gegen Ausländer – in Westdeutschland vor allem gegen Türken, in Ostdeutschland insbesondere gegen Vietnamesen und die im Land stationierten sowjetischen Truppen. Eng verbunden mit dem Anwachsen des Rassismus war eine deutliche Zunahme des Antisemitismus. Allein 1991 gab es bundesweit 40 Schändungen von jüdischen Friedhöfen, davon fünf Vandalenakte in den neuen Bundesländern. Erstmals nach 1945 wurden im Osten Deutschlands am 24. Oktober 1990 in Bautzen Schaufenster der Innenstadt mit den Parolen „Juden raus!“, „Kauft nicht beim Juden!“ und „Juden – Zyklon B!“ beschmiert.

Zentren rechtsextremer Gewalt in Ostdeutschland waren in diesen Monaten Leipzig und Dresden. In der Nachfolge der neonazistischen Demonstration in Dresden zogen in der Nacht zum 26. Oktober 1990 ca. 150 mit Schlagwerkzeugen, Reizgas und Schreckschusspistolen bewaffnete Neonazis randalierend durch die Straßen von Leipzig und versuchten, ein alternatives Café zu stürmen. In Berlin-Marzahn überfielen mit Reizgas und Eisenstangen ausgerüstete Skinheads einen Jugendklub und brüllten bei ihrem Wüten „Ihr roten Säue, jetzt knallen wir euch ab!“ Höhepunkt solcher Gewaltorgien war am 30. November 1990 nach einem Fußballspiel in Leipzig eine brutale Straßenschlacht von über 500 ostdeutschen Hooligans mit der Polizei, bei der der 19-jährige Hooligan Mike Polly aus Berlin-Malchow erschossen und in der Leipziger Innenstadt mehr als 30 Geschäfte demoliert wurden. Diese Eskalation der Gewalt und des Rassismus führte auch bald zu den ersten Toten nach der Herstellung der deutschen Einheit. Im brandenburgischen Eberswalde überfielen in der Nacht zum 25. November 1990 ca. 50 Naziskins eine Gruppe afrikanischer Vertragsarbeiter und schlugen dabei den Angolaner Amadeu Antonio Kiowa so brutal zusammen, dass dieser wenige Tage später den ihm zugefügten Verletzungen erlag. In Hachenburg (Westerwaldkreis) und in Göttingen wurden um den Jahreswechsel 1990/91 zwei Türken von rassistisch gesinnten Skins ermordet. Im März 1991 wurde in Dresden der Mosambikaner Jorge Joao Gomodai in einer Straßenbahn von Neonazis zusammengeschlagen und schwer verletzt aus der fahrenden Bahn gestoßen. Auch dieser afrikanische Vertragsarbeiter starb kurz darauf an den Folgen dieser neonazistischen Attacke.

Die Polizei in Ostdeutschland verhielt sich in diesen Monaten gegenüber den extremen Rechten zumeist sehr zurückhaltend. Verunsichert durch die vielen Vorwürfe aus den Wendetagen wollte man nicht schon wieder etwas falsch machen. So entstand monatelang faktisch ein rechtsfreier Raum. Selbst der aus Baden-Württemberg kommende Chef des Landeskriminalamtes von Sachsen, Peter Raisch, musste eingestehen, dass angesichts einer solchen Situation „der Bürger den Eindruck (gewann), rechtsorientierte Gewalttäter sind ein Ordnungsfaktor“.³ Ohnedies gab es unter den Polizisten in den neuen Bundesländern schon einige, die sich als Mitglieder oder Sympathisanten den rechtsextremen Parteien angeschlossen hatten.

Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen vollzog sich die allmähliche Etablierung einer rechtsradikalen Grauzone zwischen den extremen Rechten und rechten Konservativen. So gründete sich unter Führung von Bert Wawrzinek in Dresden ein *Sachsenbund*, der eng mit rechtsextremen Kreisen in Westdeutschland kooperierte. In nicht wenigen Regionen der neuen Bundesländer nisteten sich auch rechtsextrem gesinnte Personen in den überall entstehenden militärischen Vereinigungen und den Gruppen des *Bundes der Vertriebenen* (BdV) ein.

3 Magazin der Polizei, Aschaffenburg 1992, Nr. 1-2, S. 3.

Wie braun ist der Osten? Ergebnisse empirischer Untersuchungen

Ein genaueres Messen rechtsextremistischer Einstellungen in der bundesrepublikanischen Bevölkerung über die Mitglieder- und Wählerzahlen rechtsextremer Partei hinaus ist in der Regel recht schwierig und aufwendig. Nicht selten werden daher von Medien und manchen Publizisten Einzelercheinungen mit Vermutungen und individuellen Empfindungen kombiniert und als „sichere Urteile“ verkündet. Des weiteren erweisen sich Analysen und Auseinandersetzungen mit dem Rechtsextremismus auch deshalb als so schwierig, weil oftmals unpräzise und mehr globale Begriffe verwandt werden, die eine differenzierte Betrachtungsweise beeinträchtigen. So wird z. B. beim Messen von rechtsextremistischen Einstellungen in der Literatur und den Medien kaum zwischen rechtsextrem-völkischen und nationalkonservativen Positionen unterschieden. Beide politischen Einstellungen weisen zwar viele Berührungspunkte auf, sind aber nicht identisch. Durch ein genaueres Beachten solcher Unterschiede könnte man künftig exakter zwischen dem konservativen und dem rechtsextremen Potential unterschieden und damit auch besser erklären, warum so viele rechtsextrem-völkisch Orientierte bei Wahlen die CDU/CSU oder andere etablierte Parteien bevorzugen. Weiterhin werden bei den Analysen und Beschreibungen des Rechtsextremismus nicht selten die gravierenden Unterschiede in der Sozialisierung und Politisierung der Bevölkerung in den neuen und alten Bundesländern außer Betracht gelassen. Im Ostdeutschland stimulierte eine nicht tabufreie Geschichtsaufarbeitung und vor allem die umfassende Krise des gesamten gesellschaftlichen Systems in den 80er Jahren eine Hinwendung von Teilen der Bevölkerung zum Rechtsextremismus. In Westdeutschland hingegen verdeckten jahrzehntelang ein verordneter Antikommunismus und der Kalte Krieg die noch vielfach vorhandenen rechtsextremen Denk- und Verhaltensweisen, die erst mit dem Verschwinden des Ostblocks wieder deutlicher zutage traten. Beides prallte jetzt aufeinander und löste unterschiedliche Entwicklungen und Kontroversen aus. Ein solcher Unterschied bestand u. a. darin, dass der Rechtsextremismus in Ostdeutschland zunächst – wenn auch nicht ausschließlich – als ein subkulturelles Jugendproblem in Erscheinung trat. Weniger organisatorisch strukturiert und verankert als der Rechtsextremismus in Westdeutschland entwickelte sich unter Teilen der jüngeren Generation der neuen Bundesländern eine spezifisch nationalistisch-rassistisch geprägte Jugend- und Protestkultur, die noch heute über weite Strecken in Ostdeutschland das Bild des Rechtsextremismus bestimmt.

Aus der Vielzahl von Umfragen seit 1990 wurden hier vor allem jene ausgewählt, die am deutlichsten die Entwicklungstendenzen widerspiegeln. Die beste Analyse über den Rechtsextremismus in der Bundesrepublik bis Mitte der 90er Jahre veröffentlichte meiner Ansicht nach der renommierte Mainzer Wahlforscher Jürgen W. Falter in seinem Buch „Wer wählt rechts?“. Danach hatten damals ca. 5% der Wähler – das waren etwa drei Millionen Bundesbürger – ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild und weitere 10 bis 12% eine relativ festgefügte rechtsextreme Weltanschauung.⁴ Etwa zur gleichen

4 Siehe Jürgen W. Falter: Wer wählt rechts? Wähler und Anhänger rechtsextremer Parteien im vereinten Deutschland, München 1994, S. 151f.

Zeit veröffentlichte Richard Stöss unter Berufung auf Falter die Feststellung, dass „rechts-extreme Einstellungen gegenwärtig im Westen eine wesentlich stärkere Verbreitung haben als im Osten“. Im „Frühjahr 1994 war demnach das rechtsextreme Einstellungspotential im Westen mehr als doppelt so hoch wie im Osten“.⁵ Dies hing auch damit zusammen, dass bei vielen Leuten in den neuen Bundesländern nach der Überpolitisierung in der DDR jetzt, begünstigt durch die allgemeinen Lebensbedingungen, eine Phase der Entpolitisierung einsetzte, die vielfach mit einer geistig-kulturellen Verödung einherging. Statt öffentlich zugänglicher Jugendklubs, kostenloser Freizeiteinrichtungen und Bibliotheken gab es jetzt vielerorts eine Dominanz von teuren Diskotheken, Spielhallen, Sonnenstudios und Sex-Shops. Im Suchen nach Kameradschaft fanden dennoch nicht wenige Jugendliche bei den extremen Rechten eine politische Heimat. In Sachsen identifizierten sich in diesem Zeitraum etwa 12 bis 15% der Jugendlichen mit nationalistischen Anschauungen – Jungen häufiger als Mädchen, Mittelschüler eher als Gymnasiasten.⁶ Nach Untersuchungen des bekannten Sigmund-Freud-Instituts in Frankfurt am Main, des Instituts für Medizinische Psychologie und Soziologie der Universität Leipzig und des Berliner UMSA-Umfrageinstituts wurde in der ersten Hälfte der 90er Jahre im Unterschied zu Teilen der ostdeutschen Jugend von der Mehrheit der Bevölkerung die rechtsextreme Parole „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!“ stärker als in Westdeutschland abgelehnt. Im Resümee ihrer Untersuchungen konstatierten dann die Chefs der genannten wissenschaftlichen Einrichtungen, Professor Horst-Eberhard Richter und Professor Elmar Brähler, in der Zeitschrift „psychosozial“ (Gießen 1995, Nr. 59): Es musste mit der Vorstellung aufgeräumt werden, „dass nationalistische Losungen im Osten eher Anklang finden als im Westen“.⁷

Am stärksten äußerte sich der Rechtsextremismus in diesen wie auch in späteren Jahren vor allem in einer massiven Ausländerfeindlichkeit und im anwachsenden Antisemitismus. In den neuen Bundesländern tauschten beachtliche Teile der Bevölkerung einfach das frühere „Feindbild Klassengegner“ gegen das des Ausländers aus. Statt der Konkurrenz um knappe Konsumgüter lieferte jetzt insbesondere die Konkurrenz um die knapper werdenden Arbeitsplätze Motive für einen offenen und latenten Rassismus, der sich auch durch die Angriffe der Bonner Regierungsparteien auf das im Grundgesetz verankerte Asylrecht gerechtfertigt sah. Generell stellte in dieser Zeit ein „SPIEGEL-spezial“ fest: „In der Einstellung zu den Ausländern gibt es keinen wesentlichen Unterschied zwischen den alten und den neuen Bundesbürgern.“⁸ Unter den Jugendlichen Ostdeutschlands bot sich aber schon ein Jahr später ein verändertes Bild. Nach der Feststellung, dass mindestens ein Drittel der Jugendlichen bundesweit für ausländer-

5 Richard Stöss: Rechtsextremismus in einer geteilten politischen Kultur, in: Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, herausgegeben von Oskar Niedermayer und Klaus von Beyme, Berlin 1994, S. 110, 118.

6 Siehe Peter Förster/Walter Friedrich: Schuljugend in Sachsen. Vier Jahre nach der Vereinigung. Ausgewählte Ergebnisse einer empirischen Studie zum Mentalitätswandel bei ostdeutschen Jugendlichen 1990 bis 1994, Leipzig 1995, S. 15, 25.

7 Siehe taz, Berlin, 17.2.1995 und Neues Deutschland, Berlin, 20.2. und 15.8.1995.

8 SPIEGEL-spezial: Das Profil der Deutschen. Was sie vereint und was sie trennt, Hamburg 1991, Nr. 1, S. 47.

feindliches Denken anfällig ist, wies die 1992 veröffentlichte IBM-Jugendstudie aus, dass 62% der jungen Menschen in den neuen Bundesländern die Meinung vertraten, in der Bundesrepublik gebe es zu viele Ausländer – in den alten Bundesländern betrug dieser Anteil rd. 50%.⁹ Eine in der gleichen Zeit in Leipzig vorgenommene repräsentative Untersuchung über das Stimmungsbild unter ostdeutschen Jugendlichen erbrachte folgende Ergebnisse: Von den Anhängern der *Republikaner* stimmten 92% der Losung „Ausländer raus!“ zu, von denen der PDS nur 8%, Bei den Sympathisanten der CDU, SPD und FDP bewegten sich die Werte um 27% Zustimmung.¹⁰ Nach Brandenburger Forschungsergebnissen vertraten Ende 1991 in diesem Bundesland 39,4% der Jugendlichen den Standpunkt, dass die Ausländer – es gab zu diesem Zeitpunkt 1% Ausländer im Land – Schuld an der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland und besonders in den neuen Bundesländern seien.¹¹

Ein ähnliches Bild ergaben gleichfalls die Umfragen zum Antisemitismus. Die Meinungsforschungsinstitute Gallup und Emnid protokollierten nach einer repräsentativen Umfrage in West- und Ostdeutschland, dass bundesweit 13% der Deutschen antisemitisch eingestellt waren, davon 16% in den alten und 4% in den neuen Bundesländern.¹² Fast analoge Ergebnisse weist auch eine Emnid-Erhebung von 1994 im Auftrag des *American Jewish Committee* (AJC) aus. Nach dieser Befragung hatten 13 bis 16% aller Deutschen eine ausgeprägt antisemitische Einstellung. Schlussfolgernd wird festgestellt, dass seit 1990 der Antisemitismus in der BRD stärker geworden ist. So äußerten z. B. 8% der Ostdeutschen und 24% der Westdeutschen die Auffassung, dass Juden zuviel Einfluss in der Gesellschaft haben.¹³

Mitte der 90er Jahre kam es hinsichtlich der Stimmungen, der Zahl der rechtsextrem motivierten Gewaltakte und Gesetzesverletzungen sowie der Zahl der Wähler von extrem rechten Parteien im Verhältnis von Ost- und Westdeutschland zu einem Umschwung. Schon bei einer von Jürgen W. Falter und Ursula Birsl im Herbst 1995 veröffentlichten Befragung ordneten sich 20,3% der westdeutschen und 19,8% der ostdeutschen Jugendlichen eher rechtsstehend ein; eine Überzahl der Ostdeutschen von 10,5% gegenüber 8,1% der Westdeutschen meinte aber schon, dass die Ideen des Faschismus auch positive Seiten aufweisen.¹⁴ Nach Meinung von Richard Stöss ließen jetzt zum einen die Wirkungen des in der DDR zwar „verordneten Antifaschismus“ nach – der aber real bei vielen DDR-Bürgern „der eigenen Überzeugung“ entsprach¹⁵ –, und zum anderen bestimmten jetzt mehr die konkreten allgemeinen und individuellen Lebensumstände das

9 Siehe Berliner Zeitung und Neues Deutschland, Berlin, 30.9.1992.

10 Siehe Walter Friedrich: Über Ursachen der Ausländerfeindlichkeit und rechtsextremer Verhaltensweisen in den Neuen Bundesländern, in: Ausländerfeindlichkeit und rechtsextreme Orientierungen bei der ostdeutschen Jugend, Leipzig 1992, S. 8.

11 Siehe Dietmar Sturzbecher/Peter Dietrich: Jugendliche in Brandenburg. Signale einer unverstandenen Generation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn 1993, Nr. 2/3, 8.1.1993, S. 38.

12 Siehe SPIEGEL-spezial: Juden und Deutsche, Hamburg 1992, Nr. 2, S. 61f.

13 Siehe Berliner Zeitung, Berlin, 8. und 29.3.1994.

14 Siehe Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M., 2.10.1995.

15 Richard Stöss: Rechtsextremismus in einer geteilten politischen Kultur, a.a.O., S. 71.

Denken der Menschen in den neuen Bundesländern. Viele fühlten sich durch die Nichteinhaltung der Kohlschen Versprechungen von den „blühenden Landschaften“ im Osten betrogen, in ihrer Werteerwartung durch den Systemwechsel enttäuscht. In breiteren Bevölkerungskreisen wuchsen politische Protesthaltungen und eine Weigerung, den etablierten Parteien weiter zu folgen.

Dieser Stimmungsumschwung widerspiegelte sich auch in den nach 1995 durchgeführten empirischen Erhebungen. Nach einer Studie des Erziehungswissenschaftlers Klaus Ahlheim von der Universität Essen hatten 1996 in der ostdeutschen Bevölkerung 41% eine deutliche ausländerfeindliche Orientierung, in Westdeutschland dagegen nur 27%. Aber, so fügte er hinzu: „Auch in den alten Bundesländern hat Fremdenfeindlichkeit allenthalben Konjunktur.“¹⁶ Sowohl in den neuen wie den alten Bundesländern ist unter Teilen der Bevölkerung eine irrationale, aber oft durch bestimmte Medien und Politiker geschürte Angst vor Ausländern vorhanden, die am Ende des Jahrzehnts in Ostdeutschland mit 57,8% und in Westdeutschland mit 44,6% gemessen wurde.¹⁷ Weiterhin wird oft entgegen den Tatsachen argumentiert, dass in Deutschland, speziell in den neuen Bundesländern, zu viele Ausländer, vor allem Asylbewerber, leben und das bundesrepublikanische Sozialsystem missbrauchen. Nach einer Meinungsumfrage des Forsa-Instituts waren 1997 allein im Land Brandenburg 57% der Befragten dieser Meinung.¹⁸ Solche fremdenfeindlichen Positionen fanden und finden besonders bei Arbeitern und Arbeitslosen Widerhall, die nach Aussagen des Chefs der Bauarbeiter-Gewerkschaft, Bernd Günther, so weit führten, dass in Sachsen an vielen Baustellen-Toiletten Zettel angebracht wurden: „Nur für Deutsche!“¹⁹

Diese hohen Zahlen der Fremdenfeindlichkeit veranlassten Richard Stöss und Oskar Niedermayer, diese Problematik genauer zu untersuchen. In ihrer 1998 veröffentlichten und sehr aussagekräftigen Studie über den Rechtsextremismus in Deutschland gelangen sie deshalb zu einer differenzierten Betrachtungsweise. Sie unterscheiden jetzt zwischen einer sozialökonomisch motivierten Fremdenfeindlichkeit, die den Ausländern in der Bundesrepublik Arbeitsplätze und Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum verwehren will (Sozialchauvinismus) und einer rassistisch begründeten Fremdenfeindlichkeit, die andere Völker grundsätzlich als minderwertig betrachtet. Nach den von beiden Forschern ermittelten Daten differenzierte sich Mitte 1998 die feindliche Einstellung gegenüber Ausländern wie folgt:

16 Siehe Volksstimme, Magdeburg, 6. und 11.5.1999.

17 Siehe Elmar Brähler/Horst-Eberhard Richter: Ost- und Westdeutsche. 10 Jahre nach der Wende, in: Hendrik Berth/Elmar Brähler (Hrsg.): Deutsch-deutsche Vergleiche. Psychologische Untersuchungen 10 Jahre nach dem Mauerfall, Berlin 1999, S. 12.

18 Siehe Sozialreport 1997. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin 1997, S. 50.

19 Siehe taz, Berlin, 27. und 30.4.1998.

Übersicht 6: Rechtsextrem begründete Ausländerfeindlichkeit in West/Ost im Mai/Juni 1998 (in Prozent)²⁰

Kriterien	bundesweit	West	Ost
ethn. motivierte Fremdenfeindlichkeit	15	14	20
sozialökon. motivierte Fremdenfeindlichkeit	26	23	39

Weiterhin ermittelten Stöss/Niedermayer für Mitte 1998 – aufgegliedert nach Alters- und Erwerbsgruppen – folgende rechtsextremistischen Einstellungspotentiale in der BRD.

Übersicht 7/Übersicht 8²¹: Der Anteil des rechtsextremen Einstellungspotentials

an den Altersgruppen in Ost- und Westdeutschland an
 an den Berufs- und Erwerbsgruppen (in Prozent)
 im Vergleich zu Bevölkerung insgesamt
 (in Prozent)

(alle Erhebungen vom Mai/Juni 1998)

Alter	BRD			Berufsgruppen	BRD insg.		
	insg.	West	Ost		West	Ost	
14 – 17	8	5	17	Arbeitslose	14	7	22
18 – 24	8	6	15	Arbeiter	19	18	24
25 – 34	10	8	20	Angestellte	8	7	12
35 – 44	9	7	15	Beamte	2	1	11
45 – 54	14	14	14	Selbständige	12	12	15
55 – 64	15	15	17	Rentner, Hausfrauen u.ä.	15	15	18
65 – 74	21	20	25	insgesamt	13	12	17
über 75	22	23	16				
insgesamt	13	12	17				

Zusammenfassend ziehen Stöss/Niedermayer aus ihrer Studie folgendes Resümee:²²

- 13% der Bevölkerung der Bundesrepublik über 14 Jahren (12% im Westen, 17% im Osten) haben ein rechtsextremes Weltbild. Spitzenwerte weisen mit 19% das Land Brandenburg sowie mit 18% Sachsen und Sachsen-Anhalt auf. Der geringste Wert wurde mit 4% im Saarland ermittelt.
- Die autoritäre und fremdenfeindliche Einstellung ist in den neuen Bundesländern deutlicher als in den alten Bundesländern ausgeprägt.
- Mit wachsendem Alter nehmen in der Bevölkerung der Bundesrepublik rechtsextreme Einstellungen zu. Das ist im Westen deutlicher als im Osten Deutschlands auszumachen.
- Von den sozialen Gruppen mit einem rechtsextremen Weltbild neigen Rentner und

20 Richard Stöss/Oskar Niedermayer: Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland im Frühsommer 1998, Berlin 1999, S. 11; siehe auch: Jugend 2000. 13. Shell-Jugendstudie, Opladen 2000, Bd. 1, S. 254ff.

21 Ebenda, S. 13/14.

Arbeiter, im Osten auch Arbeitslose eher zur Wahl einer rechtsextremen Partei; zu- meist bevorzugen Menschen mit einer rechtsextremistischen Einstellung aber die Wahl der CDU/SU und der SPD.

Wie schon die bekannte SINUS-Studie feststellte, sind auch heute Frauen für den Rechts- extremismus fast genauso anfällig wie Männer. Es gibt aber keinen Prototyp von rechtsex- trem gesinnten Frauen. Ihre Spannweite reicht von Hilfskräften bis zu Akademikerinnen. An Gewalttaten sind sie im Bundesdurchschnitt zu 5 bis 10% aller Fälle beteiligt. Wie die männlichen Rechtsextremisten fordern auch die rechtsextrem eingestellten Mädchen und Frauen stärkere staatliche Repressionen gegen all jene, die sie als ihre Feinde betrachten.

Kaum Veränderungen gab es in der Bundesrepublik in der Relation zu den ersten 90er Jahren im Auftreten des Antisemitismus. Nach den schon erwähnten Forschungen von Klaus Ahlheim sind antisemitische Einstellungen weiterhin im Westen bei der älteren Generation stärker als im Osten Deutschlands anzutreffen und reichen bis zu 39% der Befragten. Unter den jüngeren Menschen bis 35 Jahren bewegen sich die Daten in den alten und neuen Bundesländern um 13 bis 14%.²³ Beunruhigend ist jedoch das Nachlas- sen der Kenntnisse über den Holocaust. Nach dem Kölner Wissenschaftler Alphons Silber- mann hat 21,9% der bundesdeutschen Jugend im Alter von 14 bis 17 Jahren schon keine Kenntnisse mehr darüber, was in Auschwitz geschehen war.²⁴

Anfang unseres neuen Jahrhunderts führte das renommierte Meinungsforschungsin- stitut Forsa im Auftrag der Zeitung DIE WOCHE in Ost- und Westdeutschland eine Umfra- ge zum Thema Rechtsextremismus sowie Ausländerfeindlichkeit durch. Daraus ergeben sich folgende Ergebnisse:²⁵

Übersicht 9

Fragen	Ja/West	Nein/West	Ja/Ost	Nein/Ost
Sind Sie stolz, Deutscher zu sein?	43%	20%	54%	18%
Können Sie sich vorstellen, eine rechtsradikale Partei zu wählen?	4%		6%	
Wird es Zeit, unter den Nationalsozialismus einen Schlussstrich zu ziehen?	62%	25%	49%	29%
Nehmen die Ausländer den Deutschen die Arbeit weg?	11%	65%	26%	47%
Ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform?	5%	87%	9%	68%
Sollten bei der Einstellung von Arbeitskräften Deutsche bevorzugt werden?	22%	52%	37%	42%

(bei den zu 100% fehlenden Zahlen lautete die Antwort „Weiß nicht“)

22 Ebenda, S. 5.

23 Volksstimme, Magdeburg, 6. und 11.5.1999.

24 Siehe Berliner Zeitung, Berlin, 17.2.2000; Alphons Silbermann/Manfred Stoffers: Auschwitz: Nie davon gehört? Erinnern und Vergessen in Deutschland, Berlin 2000.

25 DIE WOCHE, Hamburg, Nr. 24, 9.6.2000, S. 7. Die deutliche Mehrheit der Ostdeutschen gegenüber den Westdeutschen bei der Frage zur NS-Zeit und dem Schlussstrich darunter bewertete DIE WOCHE wie folgt: „...im Verhältnis zur NS-Zeit wirkt bei den Ostdeutschen offenbar noch das antifaschistische Erbe der DDR nach ...“

Aus all den Daten errechnete Forsa in Ostdeutschland ein Potential von 17% der Bevölkerung mit großer Nähe zu rechtsextremen Gedankengut – im Westdeutschland von 11%.

Die eingangs gestellte Frage „Wie braun ist der Osten?“ lässt sich anhand der ermittelten empirischen Daten nur so beantworten, dass im Verhältnis zu Westdeutschland der Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern seit der Mitte 90er Jahre beachtlich zugenommen und den aus der DDR herrührenden Sockel weit überschritten hat. Generell ist heute in beiden Teilen Deutschlands die Ausländerfeindlichkeit fast zur Normalität geworden. In Ost und West hat die gesellschaftliche Tabuisierung abgenommen und haben rechtsextreme Denk- und Verhaltensweisen in der Mitte der Gesellschaft stärker Fuß gefasst.

Zu Politik und Aktivitäten rechtsextremistischer Parteien in der ersten Hälfte der 90er Jahre

Obwohl bereits vor der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands in der DDR einige Landesverbände der NPD und der *Republikaner* entstanden, vollzog sich nach einer anfänglichen Euphorie die weitere Etablierung der großen rechtsextremistischen Parteien in Ostdeutschland nach dem 3. Oktober 1990 recht zögerlich und war erst Anfang 1992 abgeschlossen. Um die Übersicht zu erleichtern, wird nachfolgend nicht auf alle Nuancen der rechtsextremistischen Szene eingegangen, sondern nur auf die bundesweit und vor allem in den neuen Bundesländern wirkenden Gruppen.²⁶

Um sich in die rechtsextremistische Szenerie hinein zu finden ist es bei allen gemeinsamen politisch-ideologischen und Wertevorstellungen erforderlich, stets die unterschiedlichen Existenzbedingungen der extremen Rechten in Ost- und Westdeutschland zu beachten. Der Rechtsextremismus in der alten Bundesrepublik hat im Verlaufe seiner Geschichte nach 1945 relativ stabile Organisationsformen wie zentralistisch geleitete Parteien sowie spezifische bundesweit, regional oder nur örtlich wirkende Gruppierungen hervorgebracht, deren Mitglieder oft in weiteren sportlichen, kulturellen und Freizeitvereinen sowie Stammtischen verankert sind. Weiterhin existieren langjährige und stabile Netzwerke von Zeitungen, Zeitschriften und Verlagen, von denen in den 90er Jahren zunehmend die modernen Informationstechniken genutzt werden. Die Mitglieder der meisten rechtsextremistischen Vereinigungen entstammten bis in die 90er Jahre hinein noch meist der älteren Generation. Eine erkennbare Verjüngung und damit ein Wechsel der Generationen unter den Führungskräften trat erst im Laufe der 90er Jahre ein.

26 Weitergehende Überblicke vermitteln: Norbert Madloch: Blickpunkt Rechtsextremismus. Dokumentation: Rechtsextremistische Strukturen 1991/1992 in den neuen Bundesländern, Bonn 1993; Bernd Wagner (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Netzwerke, Parteien, Organisationen, Ideologiezentren, Medien, Reinbek bei Hamburg 1994; Jens Mecklenburg (Hrsg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996 (leider vermittelt das letztgenannte umfangreiche Handbuch keine vollständige und zuverlässige Übersicht über die rechtsextreme Szene in den neuen Bundesländern).

In Ostdeutschland entstammten hingegen die meisten ideologisch noch kaum fundierten Anhänger des Rechtsextremismus der jüngeren Generation, aus einem lockeren subkulturellen Milieu, die sich oftmals nicht mehr in größere Organisationsstrukturen einbinden lassen wollten und mehr organisatorisch ungebundene autonome Gruppen, Kameradschaften und Cliquen bevorzugten. Aus dieser Differenz erwuchsen nicht selten Konflikte mit den aus dem Westen nach Ostdeutschland entsandten „Paten“, die ihre gewohnten Erfahrungen einfach auf den Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern übertragen wollten. Zugleich brachten sie für „Ossis“ meist ungewohnte ideologische Konflikte und persönliche Animositäten der West-Szene mit, die vielfach auf Unverständnis stießen.

Die hier knapp umrissene Situation führte in der ersten Hälfte der 90er Jahre in allen rechtsextremen Parteien der neuen Bundesländer zu einer starken Fluktuation in der Mitgliedschaft und bei den Funktionären. 1995 war keiner der ersten ostdeutschen Landesvorsitzenden mehr in seinem Amt. In Sachsen wanderte z. B. der erste Landesvorsitzende der *Republikaner*, Winfried Petzold, zur NPD und wurde hier 1996 wieder Landeschef. In Sachsen-Anhalt wechselte Rudolf Krause, ehemaliges CDU-Bundestagsabgeordnete, erst zu den *Republikanern* und kandidierte 1998 bei den Bundestagswahlen schließlich für die DVU als Spitzenkandidat in Sachsen.

Die sozialpolitische Struktur der Mitgliedschaft in den rechtsextremen Parteien reichte in ihrer Konstituierungsphase in den neuen Bundesländern vom Hilfsarbeiter bis zum Akademiker, vom radikal gewendeten SED-Mitglied bis zu Offizieren der NVA und anderer ehemaliger DDR-Sicherheitsorgane, die alle recht schnell ihre DDR-Biographie verdrängt hatten. Bei ihren Werbeaktionen setzten diese Parteien vor allem auf Einheitsverlierer, auf ein latentes völkisches Denken in Teilen der ostdeutschen Bevölkerung und eine daraus resultierende Fremdenfeindlichkeit. Dennoch blieb, wie die rund 1,5% der Stimmen bei der Bundestagswahl im Dezember 1990 belegen, die Akzeptanz der rechtsextremen Parteien bei den Bürgern der neuen Bundesländer zunächst relativ gering. Noch bis Mitte der 90er Jahre gab es in den alten Bundesländern mehr Mitglieder und Wähler der rechtsextremen Parteien als in Ostdeutschland.²⁷ Ernst Uhrlau, damals Chef des Verfassungsschutzes in Hamburg und heute Geheimdienstkoordinator der Bundesregierung, führt das darauf zurück, dass dies „auch ein Ergebnis öffentlicher Stigmatisierung rechtsextremistischer Positionen und Parteien (ist), die in den neuen Ländern nachhaltigere Wirkungen zeigten als im Westen“.²⁸

Zu Beginn der 90er Jahre waren die *Republikaner* die politisch bedeutendste rechtsextreme Partei in der BRD. Sie hatte in Baden-Württemberg so viel Kraft, um 1992 mit 10,2% der Stimmen bei der Landtagswahl in das Landesparlament einzuziehen. In anderen Bundesländern gelang es ihr jedoch trotz großer Anstrengungen nicht, die 5-Prozent-Sperre bei den Wählerstimmen zu durchbrechen. Auch in den neuen Bundesländern genossen die *Republikaner* bei den bekennenden Rechtsextremen zunächst eine große Sympathie. In dieser Zeit hoffte der Parteivorsitzende Franz Schönhuber immer

27 Siehe Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, a.a.O., S. 161.

28 Ernst Uhrlau: Binnenstruktur und Vernetzungstendenzen rechtsextremer Mobilisierungen im Vergleich zu anderen Bewegungen, in: Berliner Debatte INITIAL, Berlin 1996, Nr. 1, S. 12.

noch, über die Wähler in Ostdeutschland den Durchbruch zum Einzug der *Republikaner* in den Bundestag zu schaffen. Schönhuber konzentrierte sich im Wahlkampf 1990 besonders auf Sachsen und wollte hier vor allem der DSU Wähler abjagen sowie aus der Skinhead-Szene neue Wähler und Mitglieder gewinnen. Bald erlahmte jedoch in den neuen Bundesländern das Interesse vieler Skinheads an den *Republikanern*, die ihnen bei der Durchsetzung rechtsextremer Ziele zu lau erschienen. Das Agieren von Schönhuber im Osten, wo er seine *Republikaner* als eine deutschnationale Partei von Sozialpatrioten anpries, brachte den *Republikanern* zwar keine Bundestags- und Landtagsmandate, aber bei den Kommunalwahlen 1992/94 zumindest 42 Sitze in Kreis- und Gemeindeparlamenten sowie einen Bürgermeisterposten in der Gemeinde Garzau im Kreis Märkisch-Oderland.

Programmatisch blieben bei den *Republikanern* auch weiterhin alle politischen Forderungen dem Nationalismus, Rassismus und dem Geschichtsrevisionismus untergeordnet. Nachdrücklich verlangte z. B. Schönhuber am 9. Oktober 1991 im Europa-Parlament, dass jetzt nach der Herstellung der deutschen Einheit das deutsche Volk das Recht habe, „vom Marterpfahl der Geschichte losgebunden zu werden“.²⁹ Aber neben den schon seit Jahren bekannten Positionen wie der Überwindung der Oder-Neiße-Grenze, einer Ablehnung der Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie einer multikulturellen Gesellschaft griffen jetzt die *Republikaner* in Ostdeutschland stärker soziale Fragen auf und verlangten unter anderem eine Beseitigung der negativen Folgen des deutschen Einheitsvertrages wie des Prinzips Rückgabe von Immobilien und Betrieben vor Entschädigung. Diese sozialen Ansinnen waren zum Teil mit einem demagogischen Antikapitalismus, Anklagen gegen die Monopole und einer rechtsextrem geprägten DDR-Nostalgie verbunden. Vehement forderten die *Republikaner* des weiteren eine Wiederherstellung des Landes Preußen. Gleichzeitig verstärkten sie ihre Hetzkampagne gegen ausländische Flüchtlinge in der Bundesrepublik und drängten wie andere Rechte und Konservative auf eine vollständige Beseitigung des Asylrechts im Grundgesetz. In diesem Kontext bekräftigten die *Republikaner* gleichfalls ihren Antisemitismus, der einen Gipfelpunkt darin fand, dass Schönhuber den Zentralrat der Juden in Deutschland als „Fünfte Besatzungsmacht“ in der Bundesrepublik diffamierte.³⁰ Obwohl verbal von ihnen abgelehnt, kooperierten die *Republikaner* in vielen Orten mit den Neonazis, was den ehemaligen Landesvorsitzenden der *Republikaner* im Land Brandenburg, Friethjof Spitzer, zu der Feststellung veranlasste, dass bei den *Republikanern* „braunes Gedankengut ... stark vertreten“ ist.³¹ Der damalige Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herbert Schnoor, charakterisierte die *Republikaner* auch deshalb als „geistige Brandstifter“.³² Aber dabei blieb es nicht. In jener Zeit beteiligten sich auch Mitglieder der *Republikaner* zusammen mit rassistisch gesinnten Skinheads an Brandanschlägen auf Flüchtlingsheime in der Bundesrepublik.

Im Unterschied zu Westdeutschland, wo die Mitglieder der *Republikaner* noch meist aus den Mittelschichten und der Beamtenschaft kamen, waren in den neuen Bundesländern von Anfang an viele Arbeiter, darunter besonders aus den Bau- und Metallberei-

29 DESG-inform, Hamburg 1991, Nr. 11, S. 4.

30 Interview im Neuen Deutschland, Berlin, 10.4.1992.

31 Der Spiegel, Hamburg, Nr. 45, 8.11.1993, S. 50.

32 Ebenda, Nr. 52, 21.12.1992, S. 53.

chen, sowie kleinere Angestellte Mitglied dieser Partei geworden. Schönhuber wollte ihr deshalb in Ostdeutschland das Image einer „nationalen Arbeiterpartei“ zulegen. Ein neuer Aspekt in der Politik der *Republikaner* bestand des Weiteren darin, dass man nach Westeuropa sich stärker um Kontakte mit rechtsextremistischen Gruppierungen in Russland, der Ukraine und der Tschechoslowakei bemühte.

1993/94 zeichnete sich ab, dass die Aufwärtstendenz bei den *Republikanern* bald beendet sein würde. In Sachsen kam es z. B. zu heftigen Auseinandersetzungen um den mit ausdrücklichem Segen von Schönhuber gewählten Landesvorsitzenden Günter Bernard, ehemals Funktionär der SED und noch Professor an der Universität in Leipzig. Die „braune“ Fraktion im Landesverband sah Bernard als eine Belastung für das Ansehen der *Republikaner* an und drängte auf den bald danach vollzogenen Rücktritt von Bernard. Bald richteten sich die Angriffe auch gegen Schönhuber, dem ein autoritärer Führungsstil und Kungelei mit der DVU vorgeworfen wurde. Diese Querelen führten in Ost und West zu einem Rückgang der politischen Reputation der *Republikaner*, zu einem Verlust an Mitgliedern und Wählern. 1994 wurde Schönhuber mehrmals von Führungsorganen seiner Partei als Bundesvorsitzender ab- und wiedereingesetzt. Schließlich verzichtete er im Dezember 1994 auf den weiteren Vorsitz seiner Partei, den sein früherer Kronprinz Dr. Rolf Schlierer aus Stuttgart übernahm. Bei den inneren Streitereien ging es aber nicht nur um den Führungsstil von Schönhuber, sondern vor allem um den weiteren Kurs der *Republikaner*. Viele Parteimitglieder drängten auf Initiativen zur Kooperation mit anderen rechtsextremen Gruppierungen, auf das Zustandekommen von Runden Tischen mit Angehörigen aller Parteien der extremen Rechten, einschließlich von Neonazis. Das wurde von der Gruppe um Schlierer konsequent abgelehnt, die sich als eine „seriöse Partei“ der CDU/CSU als Koalitionspartner anbieten wollte. Aus Protest gegen diesen „Schmuse- und Anbiederungskurs“ trat Schönhuber am 16. November 1995 aus der von ihm mit gegründeten und geformten Partei der *Republikaner* aus. Damit war aber die Krise der *Republikaner* bei weitem nicht beigelegt. Das zeigte sich auch darin, dass aus Protest gegen die Schlierer-Politik Landes- und Kreisverbände der *Republikaner*, vor allem in den neuen Ländern, den ausgetretenen Schönhuber zum Ehrenmitglied ernannten.

Von den weiteren bundesweit wirkenden rechtsextremistischen Parteien spielte die DVU in Ostdeutschland vorerst nur eine geringe Rolle. Einige DVU-Aktivitäten gab es nur in Sachsen und Südbrandenburg. Im Unterschied dazu engagierte sich die DVU stärker bei den Landtagswahlen 1991/92 in Bremen und in Schleswig-Holstein, wo sie mit 6,2% bzw. 6,3% der Wählerstimmen die 5-Prozent-Sperrklausel überwinden und in die Bremer Bürgerschaft und in den Kieler Landtag in Fraktionsstärke einziehen konnte. An den Bundestagswahlen und den Wahlen zum EG-Parlament beteiligte sich die DVU, die im Februar 1991 den 1987 aufgenommenen Zusatz „Liste D“ wieder aus ihrem Parteinamen strich, bis Ende der 90er Jahre nicht.

In Ostdeutschland konstituierten sich noch in den Wendezeiten die ersten DVU-Kreisverbände in Dresden, Klingenthal und Guben. Danach ging der Parteaufbau nur noch schleppend voran. Der letzte DVU-Landesverband bildete sich in Mecklenburg-Vorpommern erst im Sommer 1992. Trotz einiger kosmetischer Veränderungen blieb die DVU in West- und Ostdeutschland eine vom Bundesvorsitzenden Gerhard Frey autoritär-zentralistisch

geleitete Phantompartei, die kaum Elemente innerparteilicher Demokratie sowie Basisaktivitäten aufwies und bewusst auf die Einrichtung von Kreis- und Landesgeschäftsstellen verzichtete. Im Grunde genommen betrachtete Frey die DVU als eine PR-Agentur für seine Geschäftsinteressen, die einerseits bis zum Erwerb von Mietshäusern in Ostberlin reichten, und andererseits als eine zu melkende Kuh. Frey ließ seiner DVU für die Aufrechterhaltung des Parteigeschäfts Millionen an Geldern, die er sich jährlich mit hunderttausenden DM an Zinsen und Tilgung zurückzahlen ließ. In den neuen Bundesländern handelte es sich bei den wenigen DVU-Gruppen bis weit in die 90er Jahre hinein weniger um politische Verbände, sondern um Lesezirkel für die von Frey herausgegebenen Zeitungen. Der zwiespältige Charakter der DVU zeigte sich ferner darin, dass sie trotz der politischen Passivität der meisten Parteiangehörigen 1993 von allen Parteien der extremen Rechten in der BRD die größte Mitgliederzahl aufwies. Auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung hatte die DVU etwa 26 000 Mitglieder, davon nur 2 000 bis 3 000 in den neuen Bundesländern – etwa 50% davon in Sachsen. Politisch machte sich die DVU kaum durch konstruktive Aktivitäten bemerkbar, dafür aber mit Skandalen in ihren Landtagsfraktionen, die sowohl in Bremen wie in Kiel zu Abspaltungen führten. Größere Sympathien genoss die DVU in dieser Zeit in der rechtsextrem orientierten Skinhead-Szene, weil die von Frey herausgegebene „Deutsche National Zeitung“ (DNZ) weitgehend ihren Intentionen entsprach. Aus den Frey-Unternehmungen bezogen sie in dieser Zeit auch vielfach ihre Bücher, Bild- und Tonträger sowie nationalistische und militaristische Devotionalien.

Politisch-ideologisch setzte die DVU in den 90er Jahren ihren bekannten chauvinistisch-rassistischen Kurs weiter fort. Ausländer, vor allem Asylbewerber, wurden von ihr weitgehend als kriminelle Subjekte angesehen, die schnellstens aus der BRD verschwinden sollten. Die Ausländerfeindlichkeit der DVU ging in diesen Jahren jedoch weit über die gegen ausländischen Flüchtlinge hinaus. So wurden z. B. in DVU-Publikationen die USA als das Zentrum einer jüdischen Weltverschwörung verteufelt, die europäische Integration als eine „Französisierung“ der BRD diffamiert, die für Deutschland einen tödlichen Dolchstoß verkörpere. Ein anderer, auch in den 90er Jahren stärker betonter Aspekt von DVU-Ideologie und Politik bestand im Verlangen nach Schaffung eines Großdeutschlands in den Grenzen des deutschen Kaiserreiches von 1914. Unterstützung suchte Frey dabei bei der rechtsextremen Schirinowski-Partei in Russland, die die geopolitischen Ambitionen von Frey wortreich unterstützte.

Aber auch bei der DVU wuchsen bis Mitte des Jahrzehnts die Bäume nicht in den Himmel. Auf Grund innerer Zänkereien und politischer Sterilität verlor die DVU bis 1995/96 mehr als 10 000 Mitglieder; die Auflagenhöhe der Frey-Zeitungen gingen von wöchentlich über 100 000 im Jahr 1990 auf ca. 65 000 Exemplare 1995 zurück. Wollte die DVU weiter im Konzert der extremen Rechten in der BRD mitspielen, musste sie einige Eckpunkte ihrer Politik verändern.

Die dritte größere rechtsextreme Partei in der Bundesrepublik, die NPD, rutschte seit Anfang der 90er Jahre von einem Desaster ins nächste. Obwohl die Partei in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg und Hessen noch über 40 kommunale Mandate und durch ein zeitweiliges Bündnis mit der DVU über zwei Abgeordnete in der Bremer Bürgerschaft verfügte, sank ihre Wähler-Resonanz immer weiter ab. Bei den Bundestags-

wahlen 1990 erhielt die NPD nur magere 0,3% an Stimmen, in den neuen Bundesländern gar nur 0,2%. Angesichts dieser katastrophalen Lage vollzog die NPD im Juni 1991 einen Wechsel im Parteivorsitz von Martin Mußgnug hin zum Oberstudienrat und Geschichtsrevisionisten Günter Deckert. Gewichtige Divergenzen gab es des weiteren zwischen der Mutterpartei und ihren Jugendverbänden, den *Jungen Nationaldemokraten* (JN) und dem *Nationaldemokratischen Hochschulbund* (NHB), die mehr Aktionismus und eine Annäherung der NPD an die Neuen Rechten als auch an die neonazistische Szene forderten.

In den neuen Ländern, in denen sich der Aufbau von neuen Landes- und Kreisverbänden recht schwierig erwies, konzentrierte sich die NPD auf Sachsen, wo mehr als die Hälfte der angegebenen rund 1000 Mitglieder wohnte. Nach eigenen Angaben will die NPD Anfang der 90er Jahre in Ostdeutschland ca. 50 Kreis- bzw. Regionalverbände gehabt haben, von denen sich aber viele recht bald als taube Blüten herausstellten. Bei der Gewinnung neuer Mitglieder und Anhänger in den neuen Bundesländern orientierte sich die NPD besonders auf die rechtsextrem orientierte subkulturelle Jugendszene und nach dem Verbot einer Reihe von neonazistischen Organisationen auf das Umwerben der Mitglieder und Sympathisanten solcher Vereinigungen. Besonders enge Kontakte bestanden zu dieser Zeit zur neonazistischen *Wiking Jugend* (WJ), die 1990/93 ihr Zentrum in Ostdeutschland in Dresden und Leipzig hatte und dessen Kader nach dem 1994 erfolgten WJ-Verbot vielfach Funktionäre der NPD bis hin zum Bundesvorstand wurden. Am Rande sei hier noch vermerkt, dass die NPD im Zuge der Verwestlichung vieler Immobilien in der ehemaligen DDR Anspruch auf das Eigentum der in der FDP aufgegangenen NDPD der DDR erhob. International vollzog sich auch in der NPD eine Hinwendung zu Osteuropa, wo man „brüderliche“ Kontakte zu Nationalisten aller Art anstrebte. 1992 gab es gar den Versuch, unter der deutschen Bevölkerung in Polen eine Auslandsvertretung aufzubauen.

Politisch wie programmatisch waren bei der NPD zu Beginn der 90er Jahre nur geringe Modifikationen zu verzeichnen. Am bemerkenswertesten war dabei 1991 ein nicht gezeichneter Artikel in der NHB-Zeitschrift „Vorderste Front“, in dem zur Schaffung von „national befreiten Zonen“ aufgefordert wurde. In solchen Freiräumen sollte die staatliche Autorität verdrängt und eine rechtsextrem orientierte Gegenmacht installiert werden.³³ Dieses Konzept wurde ab Mitte der 90er Jahre in den neuen Bundesländern verstärkt von Neonazis und militanten NPD-Anhängern aufgegriffen und versucht, in die Praxis umzusetzen. Ideologischer Schwerpunkt der NPD-Politik blieb auch weiterhin Nationalismus und Rassismus. In Ostdeutschland war man besonders bestrebt, soziale Fragen wie die Massenarbeitslosigkeit in den Mittelpunkt der Politik zu stellen.

Kennzeichnend war dabei, dass sofort alle sozialen Probleme ethnisiert wurden. Zum Teil überbot die ausländerfeindliche Greuelpropaganda der NPD alles bislang Dagewesene. So wurde zum Beispiel 1993 in einem Artikel der monatlichen NPD-Zeitung von Nordrhein-Westfalen folgendes Horrorszenario verkündet:

„Asiaten, Zigeuner und Neger werden an unserer Stelle die Mitte Europas einnehmen. Die Restdeutschen wird man dann möglicherweise wie Indianer in Amerika in Reserva-

33 Siehe *Vorderste Front*. Zeitschrift für politische Theorie und Strategie, Wuppertal 1991, Nr. 2.

ten als Touristenattraktionen zur Schau stellen.“³⁴ Es verwundert dann kaum noch, dass sich Mitglieder und Funktionäre der NPD aktiv an Brandanschlägen auf Ausländerheime beteiligten und die rassistischen Pogrome 1991 in Hoyerswerda und 1992 in Rostock begrüßten. Wie verschoben das Weltbild von Funktionären der NPD in dieser Zeit war, äußerte sich auch darin, dass in dem zentralen Organ der NPD, „Deutsche Stimme“, im Januar 1994 die Behauptung aufgestellt wurde, in der Bundesrepublik herrsche ein „bürgerlich-klerikaler Faschismus“.³⁵

Insgesamt gesehen befand sich die NPD in der ersten Hälfte der 90er Jahre auf einer politischen Talfahrt – ihre Wahlergebnisse wurden immer katastrophaler, die Verschuldung der Partei nahm rapide zu und in einer relativ kurzen Zeit verlor man fast die Hälfte der relativ wenigen Mitglieder. All das führte zu einer Eskalation innerparteilicher Auseinandersetzungen. Erstmals in ihrer Geschichte verzichtete die NPD auf eine Teilnahme an den Bundestagswahlen 1994. Der Druck auf den Parteivorsitzenden Deckert, der in der Zwischenzeit mehrfach wegen Volksverhetzung und Leugnung des Holocaust zu Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt worden war, nahm ständig zu. 1995 setzte das NPD-Parteipräsidium Deckert formell wegen der Nichteinhaltung von Beschlüssen und finanzieller Unregelmäßigkeiten als Parteichef ab.

Unter Einschaltung von Gerichten wurde diese Entscheidung zwar wieder aufgehoben, aber auf dem NPD-Sonderparteitag im März 1996 schließlich wurde Deckert in einer Kampfabstimmung durch den bayerischen NPD-Landesvorsitzenden und ehemaligen Bundeswehrhauptmann Udo Voigt als NPD-Bundesvorsitzender ersetzt.

Von den kleineren und in den neuen Bundesländern wirkenden rechtsextremen Vereinigungen ist für diese Zeit noch die *Deutsche Liga für Volk und Heimat* (DLVH), erwähnenswert, die über Landesverbände in Berlin-Brandenburg und Sachsen-Anhalt verfügte. Die DLVH war im Oktober 1991 von führenden Funktionären der NPD, der *Republikaner*, der DVU und von der DSU aus Ostdeutschland in Villingen-Schwenningen gegründet worden. Das Motiv für die Etablierung dieser neuen rechtsextremen Organisation leitete sich vor allem aus dem miserablen Abschneiden aller Parteien der extremen Rechten bei den Bundestagswahlen 1990 und aus einer wachsenden Ablehnung des kräftezehrenden Konkurrenzkampfes der rechtsextremen Gruppierungen untereinander ab. Mit der DLVH sollte eine „patriotische Sammlungsbewegung“ entstehen, die bei Zulassung doppelter Mitgliedschaften alle extremen Rechten der Bundesrepublik vereinigen wollte. Ideologisch übernahm die DLVH von allen Parteien und den Neuen Rechten etwas und widmete sich im weiteren besonders der Formung einer europäischen Identität und dem Kampf gegen den politischen und kulturellen Einfluss der USA widmen. In der Ausländerpolitik lehnte man wie alle extremen Rechten eine Integration der in der Bundesrepublik lebenden Nichtdeutschen ab. Entschieden war man für „Abstammungsdeutsche“ und gegen jede Variante von „Passdeutschen“.

Typisch für die DLVH in den neuen Bundesländern war, dass man von Anfang an enge Kontakte mit der neonazistischen Szene pflegte, die bis zur Kandidatur von Neonazis auf den Wahllisten dieser Vereinigung führten. Die nachlassende Resonanz der DLVH im

34 Deutsche Zukunft. Landesspiegel der NPD, Düsseldorf 1993, Nr. 8, S. 28.

35 Siehe auch Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M., 17.8.1994.

Lager der extremen Rechten, eine abnehmende Wählerzahl und ein deutlicher Rückgang bei den Mitgliederzahlen verdeutlichte schon Mitte der 90er Jahre, dass das Projekt zur Vereinigung des rechtsextremen Potentials gescheitert war. In der Konsequenz dieser Entwicklung gab dann am 20. Oktober 1996 die DLVH ihren Parteistatus auf und wandelte sich in einen politisch wirkenden Verein um.

Weitere kleinere und spezielle rechtsextreme Vereinigungen waren in dieser Zeit:

- Die für kurze Zeit in Sachsen existierende *Freiheitliche Nationale Partei* (FNP), die 1993 ein Dr. Johannes Hertrampf als Auffangbecken für frustrierte *Republikaner* in Dresden gegründet hatte;
- der zwar in Duisburg beheimatete, aber 1991/92 in Dresden besonders aktive revanchistische und für ein Deutschland in den Grenzen von 1914 eintretende *Bund für Gesamtdeutschland – Ostdeutsche, Mitteldeutsche und Westdeutsche Wählergemeinschaft* (BGD);
- die von Hamburger NPD-Funktionären in Mecklenburg-Vorpommern initiierte rassistische Vereinigung *Mecklenburg bleibt unser* (MBU), die sich 1992 aktiv an den ausländerverfeindlichen Gewaltakten in Rostock-Lichtenhagen beteiligte. Weiterhin gab es eine der NPD nahestehende *Nationale Wählergemeinschaft Arnstadt/Ilmenau*.

Von der rechtsextrem orientierten *Gesellschaft für Freie Publizistik* (GFP) und solchen nationalrevolutionären Kreisen wie der *Gruppe 146* und ähnlichen war in den neuen Bundesländern zunächst wenig zu spüren. Anders verhielt es sich mit der *Berliner Kulturgemeinschaft Preußen*, die sich besonders bei der Organisation von Gedenkmärschen der extremen Rechten anlässlich des jährlichen „Heldengedenktag“ zum Soldatenfriedhof im brandenburgischen Halbe hervortat, oder bei der rechtsextrem geprägten *Deutschen Kulturgemeinschaft* (DKG), die zusammen mit dem *Freundeskreis Ulrich von Hutten* ihre jährliche Konferenz, genannt „Gästewoche“, 1994 von Österreich bzw. Süddeutschland nach Altenburg in Sachsen verlagerten. Für die rechtsextreme Szene verkörperten diese „Gästewochen“ eine Art Kontaktbörse, wo man Beziehungen aller Art herstellen konnte. Von den rechtsextremen Verlagen, Zeitungen und Zeitschriften gab es in dieser Zeit keine Verlagerungen nach Ostdeutschland. Die neuen Bundesländer wurden von der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation und Europa“ bis zu den Zeitungen von Frey lediglich als eine Erweiterung ihres bisherigen Marktes angesehen. Nur die rechtsextrem orientierte „Junge Freiheit“ siedelte mit ihrer Redaktion 1993 von Freiburg i. Br. zunächst nach Potsdam und dann nach Berlin über.

Ähnlich war die Situation in Ostdeutschland bei der vorerst nur embryonal vorhandenen Grauzone zwischen Rechtsextremismus und Rechtskonservatismus. Tendenziell entwickelte sich die DSU in diese Richtung. Regional agierten darüber hinaus in Mecklenburg-Vorpommern ein *Ostdeutscher Bund*, in Dresden der schon erwähnte *Sachsenbund* und im Raum Berlin-Brandenburg eine 1990 gegründete *Vereinigung Freistaat Preußen*, die aus der Mitte und dem Norden der neuen Bundesländer wieder einen neuen Flächenstaat Preußen schaffen wollte und mit dem Slogan warb „Preußen – die Elite Deutschlands“. Eine beachtliche Aktivität entfaltete in diesen Jahren in Ostdeutschland der *Bund der Vertriebenen* (BdV), in dem sich unter anderem radikal gewendete SED-Funktionäre bis hin zu in der DDR überwinterten fanatischen Revanchisten zusammenfanden. Gleiches traf auch auf die völkisch-nationalistischen *Deutschen Burschenschaften* (DB) zu, die seit 1990 ihre studentischen Jahrestreffen wieder in Eisenach und Jena durch-

führten. Beachtliche Energie entfalteten gleichfalls die an verschiedenen Universitäten Ostdeutschlands wieder vorhandenen burschenschaftlichen Vereinigungen. Die zum Rechtsextremismus tendierenden neuheidnischen Sekten oder solche traditionellen militaristischen Vereinigungen wie der *Kyffhäuserbund* und der *Stahlhelm/Kampfbund für Europa* kamen über einige Anfangserfolge nicht hinaus. Eine Sonderrolle spielte wie in Westdeutschland die aus der trotzkistischen Bewegung hervorgegangene streng antisemitische *Bürgerrechtsbewegung Solidarität*, die sich nach Möglichkeit an allen Parlamentswahlen beteiligte, um diese Zeit zu nutzen, für ihr Ziel, die Errichtung einer antidemokratischen Diktatur der technokratischen Eliten, zu werben.

Neonazis – Skinheads – Hooligans

Mit der Einheit Deutschlands kam es auch zu einer beachtlichen Belebung des Neonazismus in der Bundesrepublik. Im Unterschied zu früheren Jahren waren die Träger und Organisatoren dieser radikalsten Variante des Rechtsextremismus vor allem jüngere Menschen. In den neuen Bundesländern stützten sie sich dabei auf die schon zu DDR-Zeiten entstandenen Skinhead- und Fascho-Gruppen. Die Spannweite reichte hier, wo die Neonazis aktiver als in Westdeutschland auftraten, von Zirkeln zum Studium von Hitlers „Mein Kampf“ bis zu Wehrsportgruppen und Cliques am Rande der kriminellen Szene. Ihre Basis und Wurzeln hatten die meisten ostdeutschen Neonazis im rechtsextrem orientierten subkulturellen Jugendmilieu, das weit über die organisierten Gruppen hinaus reichte. Die Mehrheit dieser Szene ließ sich von fragmentarischen bis zu ausgereiften antidemokratischen, völkisch-nationalistischen und rassistischen Überzeugungen leiten. Für viele rechtsgesinnte junge Menschen war diese Szene attraktiver als die Mitgliedschaft in einer Partei der extremen Rechten, da ihnen hier Aktion, Romantik und Kameradschaft geboten wurden. Aber es gab bis hin zur DSU von Seiten der ostdeutschen Neonazis keine Berührungspunkte zu rechtsextremen Parteien. Hinzu kam, insbesondere mit der vom Westen in den Osten transferierten Strasser-Konzeption, dass von den Neonazis eine Politik in Distanz zu Hitler, ein „nationaler Sozialismus“, offeriert wurde, der besser mit der einsetzenden rechtsextrem geprägten DDR-Nostalgie vereinbar war.³⁶

Im Unterschied zu den alten Bundesländern dominierten im neonazistischen Lager der neuen Länder anfangs viele geistige und politische Gemeinsamkeiten. Das reichte von gemeinsamen politischen Diskussionen, Demonstrationen, Aufmärschen zum Gedenken an den Naziführer Rudolf Heß bis zu gemeinsamen Gewaltakten gegen Linke und Ausländer sowie Provokationen an der polnischen Grenze. Differenzen entwickelten sich aber zunehmend mit den „Paten“ aus Westdeutschland und ihrem vormundschaftlichen Auftreten, zwischen Hitler- und Strasser-Anhängern, in taktischen Fragen sowie durch persönliche Animositäten.

Nach der Herstellung der deutschen Einheit entwickelte sich fast in allen größeren

36 Siehe Norbert Madloch: Unsere Vor- und Leitbilder sind Gregor und Otto Strasser, in: Weißenseer Blätter, Berlin 1998, Nr. 4, S. 37-40.

und mittleren Städten Ostdeutschlands eine neonazistische Szene. Zentren waren dabei, abgesehen von Rostock, Berlin und sein Umland und das südliche Ostdeutschland. In Sachsen reichte diese Szene von der *Deutschen Front Connewitz* in Leipzig bis zur *Schle-sischen Befreiungsfront* in Görlitz. Nach offiziellen Angaben existierten 1990/91 in diesem Freistaat etwa 50 neonazistische Vereinigungen, davon die meisten in Dresden und Leipzig. Während in Dresden der zwielichtige Rainer Sonntag, der nach seiner 1987 erfolgten Übersiedlung von Dresden nach Westdeutschland dort viele Erfahrungen im rechtsextremen und kriminellen Milieu gesammelt hatte, in Konkurrenz zu den Kräften um Michael Kühnen die neonazistische Szene relativ fest im Griff hatte, war die Leipziger Szene bei weiterem lockerer organisiert und von den Orientierungen her diffuser.³⁷ Nach offiziellen Mitteilungen gab es 1991 in Dresden über 250 Neonazis mit weit über 600 engeren Sympathisanten, die in 12 verschiedenen Gruppen Aktivitäten entfalteten und die Stadt in vielfacher Weise mit brutalen Gewaltakten, Brandstiftungen bis hin zu Schutzgelderpressungen terrorisierten. In einer Auseinandersetzung solcher Kräfte mit einem Rotlicht-Clan fand Rainer Sonntag am 31. Mai 1991 den Tod. Dieser wurde dann als „Märtyrer“ mit einer großen neonazistischen Demonstration am 15. Juni 1991 zu Grabe getragen. Damit hatte aber die Dresdener Szene ihre integrierende Person verloren. Führende Köpfe der Szenerie waren damals die mit der FAP liierten Dirk Zimmermann und Sven Drescher, bei denen jeder, der in ihre *Völkische Front* eintreten wollte, folgenden Schwur ablegen musste:

„Ich schwöre, mein ganzes Tun und Handeln auf die Befreiung und den Schutz der deutschen Art und Rasse auszurichten und mit allen Mitteln für die Herstellung des Nationalsozialismus im Deutschen Reich zu kämpfen.“³⁸

Eine ausgesprochen rechtsterroristische Vereinigung in Gestalt eines so genannten *Kommandos Nord* trieb in dieser Zeit in Mecklenburg-Vorpommern mit Morddrohungen und Brandanschlägen ihr Unwesen. Die Täter und ihre Hintermänner wurden von der zuständigen Berliner Staatsanwaltschaft nie ermittelt. Auch die kriminalpolizeilichen Ermittlungen in Dresden gegen die neonazistische *Schutzstaffel Ost* (SS-Ost) wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung verliefen im Sande.

Nach der Herstellung der deutschen Einheit 1990 wandten nicht gleich alle bundesrepublikanischen Gruppen der Neonazis ihr Interesse den neuen Ländern zu. Am stärksten engagierte sich zunächst die von Michael Kühnen geführte *Gemeinschaft der Neuen Front* (GdNF), die wie eine Krake im gesamten neonazistischen Bereich wirkte und mit ihrem „Aufbauplan Ost“ hier eine alles in den Schatten stellende legale wie illegale neonazistische Struktur aufbauen wollte. Nach eigenen Angaben gehörten dieser Kadervereinigung damals etwa 400 bis 500 neonazistische Funktionäre an, die mindestens in 25 neonazistischen Gruppen leitende Posten bekleideten. Zu solchen Gruppen gehörten in Ostdeutschland zumindest die *Deutsche Alternative* (DA), der *Kameradschaftsbund Deutschland* (KBD) in Frankfurt/O., der *Nationale Aktivistenbund Thüringen* und die in Dresden von Helmar Braun geleitete Schar *Sächsische Nationale Liste* (SNL) sowie in den

37 Siehe Antifaschistisches Autorenkollektiv: Leipzig ganz rechts. Eine Dokumentation rechtsextremer Aktivitäten in Leipzig 1989-1995, Leipzig 1995, S. 24ff.

38 Zitiert bei Bernd Wagner (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus, a.a.O., S. 144.

Niederlanden die *Aktionsfront Nationaler Sozialisten* (ANS) und die österreichische VAPO. Viele Kontakte gab es in Ost- und Westdeutschland zu lokalen Verbänden der NPD und der DVU. Die Ambitionen von Kühnen gingen aber über diese Strukturen weit hinaus. In seinem Nachlass fand man umfangreiche Listen mit Kontaktadressen und Treffpunkten in den neuen Ländern, deren Zweck bislang nicht aufgedeckt wurde. Allein aus Sachsen sind in diesen Aufzeichnungen 213 Personen und 77 Treffpunkte in 27 damaligen Kreisen genannt, davon ca. 50% in Leipzig. Kühnen wollte gleichfalls die Frauen und jungen Mädchen in seine politische Arbeit einbinden. Die von ihm geförderte *Deutsche Frauenfront* (DFF) wurde faktisch zur Pflichtorganisation für alle zur „Bewegung“ gehörenden Frauen. Einen Durchbruch in der Einbeziehung der Frauen erreichte Kühnen jedoch nicht; nach seinem Tod hat die DFF ähnlich wie gleichartige Versuche in der rechtsextremen Szene das Zeitliche gesegnet.

Im weitesten Sinnen gehörte zu dem Kreis um Kühnen auch der neonazistische Dandy Ewald Bela Althans mit seinem neonazistischen *Deutschen Bildungswerk* und seinem Literaturvertriebssystem in München sowie der Deutschkanadier Ernst Zündel, der besonders bei der weltweiten Verbreitung der Auschwitzlüge aktiv war. Eingebunden in dieses Netzwerk war des weiteren bei einer relativen Selbständigkeit die von dem US-Amerikaner Gary (Gerhard) Rex Lauck geleitete NSDAP/AO. Den Europabereich der NSDAP/AO leitete der Niederländer Eite Homann. Nach Angaben des Verfassungsschutzes sollen in Sachsen bis in die Gegenwart hinein ca. 20 Neonazis der NSDAP/AO angehören. Die anfangs auch zu diesem Clan gehörende Ostberliner Gruppe *Nationale Alternative* (NA) zerstritt sich schon 1990 mit der GdNF wegen der Homosexualität von Kühnen und die von diesem durchgesetzte Aktivitätsbeschränkung auf Berlin. Aus den NA-Zerfallsprodukten entstanden ein nur kurzlebiger *Freundeskreis Revolutionärer Volkssozialisten* und eine zeitweilige *Kameradschaft Sozialrevolutionärer Nationalisten*.³⁹ Formell ist die NA aber bis heute nicht aufgelöst.

Politisches Hauptziel der GdNF war die Durchsetzung einer Legalisierung der faschistischen NSDAP und SA in der Bundesrepublik und in weiterer Folge ein auf der Reinheit der germanischen Rasse aufgebautes Großdeutsches Reich. Bei einem solch nationalistisch-rassistischen Konzept war es völlig logisch, dass sich viele Mitglieder und Sympathisanten der zur „Bewegung“ gehörenden Neonazis an Gewalttaten aller Art gegen Ausländer beteiligten und führend an Pogromen wie 1991 in Hoyerswerda und 1992 in Rostock-Lichtenhagen teilnahmen. Davon ausgehend schrieb im Oktober 1992 ein Neonazis in der Zeitschrift „Die Neue Front“: „Wir werden die Flamme der deutschen Revolution von Rostock, Cottbus und Dresden nach Hamburg, Frankfurt und München tragen.“ Nach dem AIDS-Tod von Kühnen am 25. April 1991 stagnierte die weitere Entwicklung der GdNF, die politisch kaum noch eine Rolle spielte. Eine Reihe von Kadern wandte sich später dem neonazistischen Netzwerk „Blood % Honour“ zu.

Die größte und bedeutendste legale Gruppierung im Geflecht der GdNF war die erst 1989 gegründete und im BRD-Parteienregister eingetragene *Deutsche Alternative* (DA). In kürzester Zeit entwickelte sich die DA in Ost- und Westdeutschland zur mitgliederstärksten Organisation der Neonazis. Bei einem DA-Bundestreffen am 18. September

39 Siehe Ingo Hasselbach/Winfried Bonengel: Die Abrechnung. Ein Neonazi steigt aus, Berlin 1993.

1991 wurde nach heftigen Auseinandersetzungen der Cottbusser Frank Hübner zum neuen Bundesvorsitzenden bestimmt. Um sich nicht von einem Ostdeutschen bevormunden zu lassen, verließen die meisten DA-Mitglieder aus Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen unter Protest diese Partei und gründete eigene Gruppen. Durch diese Veränderungen in der Mitgliedschaft wurde das Übergewicht der Ostdeutschen in der DA noch größer. Diese setzten dann auch die Verlagerung der DA-Zentrale nach Cottbus durch. Nach unterschiedlichen Angaben verfügte die DA 1991 in mehr als 30 Ortsgruppen über 500 Mitglieder sowie nochmals über 600 engere Sympathisanten. Funktionierende Landesverbände gab es in Brandenburg, Berlin, Sachsen, Rheinland-Pfalz und Bremen. Die meisten Mitglieder und Anhänger der DA waren zu dieser Zeit jünger als 30 Jahre. Erstmals nutzte auch die DA im größeren Umfang Konzerte von Skinhead-Bands, um neue Mitglieder und Sympathisanten zu gewinnen. Vorgesehen war des Weiteren die Bildung einer bundesweit eigenen Jugendorganisation. Typisch für die DA war ferner, dass alle Mitglieder zur Teilnahme an einer systematischen Schulungsarbeit verpflichtet waren, für die man intensiv die eigene Monatszeitung „Brandenburger Beobachter“ nutzte.

Ideologisch lag die DA eindeutig auf Strasser-Kurs und forderte zur Behebung der Arbeitslosigkeit in der BRD die baldige Ausarbeitung eines großzügigen staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms und die „Sozialisierung“ aller Großbetriebe und Banken. Auf dieser Grundlage sollte ein faschistisches Regime in Gestalt eines „volksverbundenen nationalen Sozialismus“ errichtet werden. Wegen weitgehender Identität ihrer Programmatik mit dem Programm der NSDAP von 1920 wurde die DA am 10. Dezember 1992 verboten. In Rheinland-Pfalz gründeten darauf hin DA-Funktionäre als DA-Nachfolgeorganisation die Gruppierung der *Deutschen Nationalisten* (DN). In den neuen Bundesländern schlossen sich nach dem Verbot die meisten DA-Anhänger der NPD an oder organisierten sich in „autonomen“ regionalen Kameradschaften von Neonazis. Wie groß die Resonanz der neonazistischen DA in Cottbus war, demonstrierte am 3. Dezember 1993, ein Jahr nach dem DA-Verbot, die Kandidatur von Frank Hübner für die Cottbusser Oberbürgermeisterwahl auf einer Liste der rechtsextremen DLVH, bei der der ehemalige Anführer der Cottbusser Neonazis 1 356 Stimmen bekam – das waren 2,51%.

Nach der DA war die nächstgrößere Vereinigung von Neonazis in den neuen Bundesländern die *Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei* (FAP) mit ca. 500 Mitgliedern, davon 1991/92 die meisten in über 15 Ortsgruppen Ostdeutschlands. Die immer militanter auftretende FAP konzentrierte sich bei der Rekrutierung ihrer Mitglieder besonders auf Jugendliche der unteren sozialen Schichten und war daher für viele Skinheads attraktiv. In Ostdeutschland hatte die FAP die meisten Mitglieder in Berlin und seinem Umland, in Leipzig und im nördlichen Harzvorland. Hier gab es in Wernigerode sogar bundesweit den mitgliederstärksten FAP-Kreisverband. Geistig und politisch dominierten bei der FAP, die sich als „einzige legitime Organisation im revolutionären Befreiungskampf“ verstand, Rassismus und der Drang nach militanter Aktion. Das führte dazu, dass FAPler bei Angriffen auf Ausländer und Ausländerheime immer schnell dabei waren. Um näher bei der Mehrheit ihrer Anhänger zu sein und nationalistische Präsenz zu demonstrieren, plante die FAP-Führung den Umzug ihrer Bundeszentrale von Oberhausen/Rhld. in die „Reichshauptstadt“ Berlin. Daraus wurde jedoch nichts, da der Bundesinnenminister

Manfred Kanther am 24. Februar 1995 mit einer ähnlichen Begründung wie bei der neonazistischen DA die FAP verbot.

Als eine weitere neonazistische Gruppierung entstand im Sommer 1990 in Augsburg die *Nationale Offensive* (NO) als ein Auffangverein für frustrierte ehemalige Mitglieder der FAP, der DA und anderer neonazistischer Verbände. Trotz ihrer bescheidenen Mitgliederzahl von unter 200 Personen betrachtete sich die NO als die kommende „nationale Partei neuen Typus“. Über die meisten Anhänger verfügte die NO in der Region um Berlin und in Sachsen, wo unter Leitung von Constantin Mayer extra ein Regionalbüro errichtet wurde. Weiterhin wollte sich diese Gruppierung ins polnische Schlesien hinein ausdehnen. Über einen Strohmann erwarb sie im oberschlesischen Dziewkowice (Frauenfeld) Immobilien, um hier ein Schulungszentrum zu errichten. Zugleich wurde hier als lokale NO-Suborganisation eine *Reichstreue Schlesische Jugend* ins Leben gerufen. Bundesweit fiel die NO auch dadurch auf, dass sie Söldner für die profaschistischen Ustaschas in Kroatien warb. Politisch wie ideologisch trat die NO, die in der ganzen Zeit ihrer Existenz über gute Kontakte zur NSDAP/AO verfügte, zum Teil noch radikaler als andere neonazistische Organisationen auf. Aus einer „antimaterialistischen Kulturrevolution gegen Amerikanismus und Kommunismus“ sollte ein Deutsches Reich in den Grenzen von 1914 wiedererstehen und die „Weltanschauung des revolutionären nationalen Sozialismus zum staatstragenden Gedanken im gesamten deutschen Sprachraum“ werden.⁴⁰ Wie andere neonazistische Vereinigungen wurde die NO am 22. Dezember 1992 bundesweit verboten.

Eine gleichfalls an den Konzeptionen der Faschistenführer Ernst Röhm und der Gebrüder Strasser orientierte neonazistische Organisation war die Mitte der 80er Jahre von ehemaligen Funktionären der NPD und des *Bundes Sozialrevolutionärer Sozialisten* in Nordrhein-Westfalen gegründete Kadergruppe *Nationalistische Front* (NF). Grundlage aller NF-Programmatik war ein so genannter Befreiungsnationalismus, der mit Hilfe einer antimaterialistischen Kulturrevolution und einer antikapitalistischen nationalistischen Sozialreform zu einem faschistischen gesellschaftlichen Konstrukt zwischen Kapitalismus und Kommunismus führen sollte. Nach der Wende in der DDR rekrutierte die NF die meisten ihrer ca. 150 Mitglieder in Ostdeutschland, vornehmlich in der Region Berlin-Brandenburg. Ende 1991 eröffnete der Generalbundesanwalt gegen die NF ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung. Der Grund war, dass die NF versuchte, vorwiegend terroristisch agierende *Nationale Einsatzkommandos* (NEK) nach dem Vorbild der reaktionären Freikorps in der Weimarer Republik aufzubauen. Daraufhin wurde die NF am 26. November 1992 vom Bundesminister des Inneren verboten.

Schon vor diesem Verbot hatten sich im August 1992 unter Führung von Andreas Pohl, stellvertretender NF-Bundesvorsitzender, die meisten NF-Mitglieder im Berliner Raum von dieser Gruppierung abgespalten. Um nicht in einen befürchteten NF-Untergang einbezogen zu werden, gründeten Pohl und seine Anhänger eine streng konspirativ wirkende rechtsextremistische *Sozialrevolutionäre Arbeiterfront* (SrA), die nur über ihre Vorfeldorganisationen *Förderwerk Mitteldeutsche Jugend* (FMJ) bzw. *Direkte Aktion/Mitteldeutschland* (JF) öffentlich in Erscheinung trat. Manchmal nannte man sich auch

40 Der politische Soldat, Augsburg, April 1991, Nr. 1.

Unabhängiger Jugendverband (UJV). Von Anhängern dieser Gruppe wurde auch das noch heute bestehende neonazistisch geprägte *Nationale Pressearchiv* (NPA) in Frankfurt/O. eingerichtet. Zwischen den Pohl-Organisationen und den vielen Skinhead-Gruppen der Region gab es eine rege Zusammenarbeit. Am 5. Mai 1993 wurde dieses neonazistische Netzwerk vom Brandenburgischen Innenminister verboten. Die meisten Anhänger dieser Organisation begaben sich danach unter die politische und geistige Obhut der *NATIONALEN* (NAT).

Die neonazistische Vereinigung *DIE NATIONALEN* (NAT) entwickelte sich aus der 1991 in Berlin-Lichtenberg entstandenen *Freiheitlichen Wählergemeinschaft WIR SIND DAS VOLK*. Die Mitgliederbreite reichte hier schon von Anfang an von Mitgliedern der DSU bis zu radikalen Neonazis. Langjähriger Vorsitzender der NAT war Frank Schwerdt, der schon als Westberliner eine lange Karriere bei der CDU, den *Republikanern* und der DLVH hinter sich hatte. Nachdem für die NAT die erhofften Wahlerfolge ausblieben, wandelte sich diese Vereinigung immer offener zu einem Anleitungs- und Betreuungszentrum von neonazistischen Kameradschaften und rechtsextrem orientierten Skinhead-Gruppen. Das Aktionsfeld der NAT, die 1995 etwa 150 bis 200 Mitglieder hatten, umfasste Berlin, das Land Brandenburg, das östliche Thüringen sowie Teile von Sachsen und Sachsen-Anhalt. In dem Gebiet um Weißwasser (Sachsen) schloss sich die Jugendgruppe *Junges Nationales Forum* (JNF) den NAT an, die bald danach in die *Jungnationalen* umbenannt wurde. In dieser Region gründeten die NAT auch einen Landesverband Sachsen/Schlesien mit dem Kreisverband Niederschlesien. Als Publikationsorgan gaben die NAT zeitweilig die „Berlin Brandenburger Zeitung“ mit fünf Regionalausgaben unter anderem in Bayern, Thüringen und Nordrhein-Westfalen heraus. Ideologisch vertraten die NAT die ganze Bandbreite neonazistischer Auffassungen. Dabei griffen sie nicht selten die PDS scharf an, die sie als „antideutsche Partei“ verteufelten; zudem forderten die NAT den Abriss aller Holocaust-Gedenkstätten in der Bundesrepublik.

Eine der dubiosesten neonazistischen Gruppierungen Anfang der 90er Jahre war die am Vorabend von Hitlers Geburtstag am 19. April 1992 im sächsischen Wechselburg bei Rochlitz von dem ehemaligen SED-Funktionär, dann thüringischen Landesvorsitzenden der NPD und späteren hochbezahlten Agenten des Verfassungsschutzes von Thüringen, Thomas Dienel, und weiteren ca. 40 Neonazis gegründete *Deutsch Nationale Partei* (DNP). Nach Geist und Programmatik war das eine unverhüllte Wiedergründung der verbotenen faschistischen NSDAP. Ähnlich der Hitlerpartei wollte sie in der Bundesrepublik die Macht ergreifen. Die Spannweite ihrer Ideologie und Politik reichte von einem rabiaten Antisemitismus bis zu abgefeimter antikapitalistischer Demagogie. Alle Verfechter einer multikulturellen Gesellschaft in der Bundesrepublik galten bei der DNP als die wichtigsten Staatsfeinde, überhaupt sollten alle Linken aus Parlamenten hinaus geworfen werden. Von den Ende 1992 vorhandenen etwa 100 DNP-Mitgliedern, um die sich bis zu 300 Sympathisanten scharten, waren die meisten zu dieser Zeit an vielen ausländischerfeindlichen Exzessen beteiligt. Man hatte auch schon Mordlisten aufgestellt, die von Otto Graf Lambsdorff (FDP) bis zum Bundesvorsitzenden der PDS, Gregor Gysi, reichten. Als Ausdruck ihrer extremen antisemitischen Gesinnung warfen Dienel und einige seiner Freunde am 20. Juli 1992 zwei Schweinekopfhälften in den Vorgarten des Hauses der Jüdischen Landesgemeinde in Erfurt und schrieben auf einem beigefügten Zettel unter

Bezugnahme auf den kürzlich verstorbenen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski: „Jedes Schwein muss mal sterben wie Du, Galinski!“ Wegen dieses und anderer Delikte wurde Dienel am 9. Dezember 1992 wegen Volksverhetzung und Beleidigung zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und acht Monaten verurteilt. Ein von der Bundesregierung im Dezember 1992 gestellter Antrag, Dienel das Recht der freien Meinungsäußerung abzusprechen, lehnte das Bundesverfassungsgericht 1996 ab. Nach der Inhaftierung von Dienel schiefen die Aktivitäten der DNP allmählich ein. Verboten wurde die DNP nie.

Nach der Eingliederung der DDR in die BRD dehnte die neonazistisch orientierte *Hilfsorganisation für Nationale Gefangene* (HNG), die sich als rechtsextremes Gegengewicht zu der Menschenrechtsorganisation *amnesty international* (ai) verstand, ihre Aktivitäten ebenfalls auf die Haftanstalten in Ostdeutschland aus. Auf Grund dieser Aktivitäten konnte die HNG die Zahl ihrer Mitglieder auf ca. 500 erhöhen. Sie wurde damit nach dem Verbot der DA und ähnlicher Gruppierung zur größten bundesweit wirkenden Organisation der Neonazis. Von der NHG, die in ihren Reihen Mitglieder aller neonazistischen Gruppen vereinte, ging schon früh die Mahnung aus, in der Szene stärker die neuen elektronischen Medien zur Kommunikation und Abstimmung bei Aktionen zu nutzen.

Die traditionelle Strasser-Organisation in der BRD, die *Unabhängige Arbeiterpartei* (UAP), entfaltete nach einigen zaghaften Versuchen 1990, in Thüringen und im Land Brandenburg Fuß zu fassen, in den neuen Bundesländern keine weiteren Aktivitäten.

Mit der Wende in der DDR und danach entstanden in allen Regionen Ostdeutschlands erstmals auch lokale bzw. regionale neonazistische Gruppierungen wie die „*Greifswalder Nationalsozialisten*“ in Mecklenburg-Vorpommern, im Raum Eberswalde/Schwedt ein *Deutschnationaler Bund/Völkischer Bund*, im Umkreis von Arnstadt und Ilmenau eine *Deutsche Volkspartei* und in Sachsen nach der *Sächsischen Nationalen Liste* noch 1992 ein *Nationaler Jugendblock Zittau*. Die meisten dieser Vereinigungen wurden recht bald von den größeren neonazistischen Organisationen aufgesogen oder sind nach einiger Zeit zerfallen bzw. entfalteten kaum noch Betriebsamkeiten. Im Raum Berlin gab es 1991/92 des weiteren Bestrebungen, mit Skinheads und neonazistischen Kräften eine Sektion des US-amerikanischen *Ku Klux Klan* aufzubauen. Erste Holzkreuze loderten unter rassistischem Geschrei von deutschen Kapuzenmännern schon in der Nähe des großen deutschen Soldatenfriedhofs von Halbe.

Wenn in dieser Zeit bis Mitte der 90er Jahre auch viele neonazistische Vereinigungen verboten wurden, hat das der neonazistischen Szene in der BRD nach der Überwindung der ersten Schrecksekunden kaum geschadet, sondern im Gegenteil die gegenseitige Solidarität gestärkt. Die Verbote zwangen neonazistische Funktionäre, sich schneller als geplant auf neue Wirkungsbedingungen einzustellen und ihrer Szene neue Strukturen zu empfehlen. Eine Anzahl schloss sich auch der NPD bzw. den NAT an. Nur wenige verließen gänzlich die Szene. Nach dem Motto „alle machen mit – keiner ist verantwortlich“ entstanden bald juristisch kaum angreifbare dezentrale und formell autonome neonazistische Kameradschaften, die über verschiedene Netzwerke zusammenarbeiteten. Das zeigte sich besonders bei den alljährlichen gruppenübergreifenden Gedenkaktionen zum Todestag des Naziführers Rudolf Heß oder bei so genannten Anti-Antifa-Operationen gegen die antifaschistische Linke bzw. im Zusammenwirken im Thule-Netz, dem sich

1995 bereits 14 neonazistisch betriebene Mailboxen angeschlossen hatten. Gescheitert war durch die staatlichen Verbote aber auf jeden Fall der Versuch, die neonazistischen Strukturen in Westdeutschland einfach auf die neuen Länder zu übertragen.

Zum Wesen des Rechtsextremismus in den 90er Jahren gehört auf jeden Fall das kontinuierliche Anwachsen der Skinhead-Szene in beiden Teilen Deutschlands. 1991 gab es in der Bundesrepublik nach offiziellen Schätzungen – in der Realität waren es wahrscheinlich weit mehr – über 6 000 gewaltorientierte und rechtsextrem gesinnte Skinheads, die sich auf ein breites Sympathisantenfeld stützen konnten. Weit über 50% dieser Skinheads lebten in den neuen Bundesländern. Hier war die Skin-Szene durch ihre Vorgeschichte in der DDR stärker politisiert und auch gewalttätiger. In Ost- wie auch in Westdeutschland wurden die Abgänge aus der Szene aus Altersgründen, Heirat oder geänderten Interessen immer wieder durch die Aufnahme jüngerer, besonders gewaltbereiter Baby-Skins mehr als ausgeglichen. In der Regel waren die Rekrutierungsfelder der Skinhead-Gruppen die Treffpunkte rechtsradikal orientierter Jugendcliquen, die sich auf Marktplätzen, an Bahnhöfen, Tankstellen und Kaufhallen sowie in Jugendklubs oder Diskotheken ständig trafen. Sozial kamen die meisten Skinheads aus einkommensschwachen und problembeladenen Familien und suchten in den lockeren, amorphen Skin-Gruppen ein neues Zuhause und ein attraktives Jugendleben. Nach den Verboten von neonazistischen Vereinigungen wandte sich ein Teil der Mitglieder solcher Organisationen wieder der Skinhead-Bewegung zu. Dadurch wurden die Grenzen zwischen den Neonazis und den rechtsextrem geprägten Skinheads immer fließender. Die neuen Kräfte in der Skinhead-Bewegung lösten aber auch Diskussionen über eine straffere Organisiertheit aus, die dann vor allem in der zweiten Hälfte der 90er Jahre Früchte tragen sollte.

Ideologisch gab es bereits schon in dieser Zeit zwischen vielen Skinheads und Neonazis viel Gemeinsames, insbesondere bei den Boneheads (Knochenköpfen), die selbst schon zu einem integralen Bestandteil der neonazistischen Szene geworden waren. Denkmuster der rechtsextrem orientierten Skinheads waren zumeist ein diffuser, aber aggressiver Nationalismus (Deutschtümelei), Rassismus und Antisemitismus, verbunden mit dem Glauben an einen nordischen Heldenmythos und einem modernen Rambo-Kult. Den hier vorhandenen Geist verdeutlicht am besten eine Strophe aus dem Song „Söldner“ der damals sehr bekannten Skin-Band *Störkraft* aus Andernach in Rheinland-Pfalz, in der es hieß:

„Er ist ein Skinhead und Faschist, er hat eine Glatze und ist Rassist. Moral und Herz besitzt er nicht, Hass und Gewalt zeichnen sein Gesicht. Er liebt den Krieg und liebt die Gewalt und bist du sein Feind, dann macht er dich kalt.“⁴¹

Die meisten rechtsextrem gesinnten Skinheads haben die gleichen Feindbilder wie die Neonazis: die Kanaken, d. h. alle Ausländer, die Zecken, d. h. alle Linken, und die Assis, das sind vor allem alle Obdachlosen, Homosexuellen, Prostituierten und gleichfalls die meisten Behinderten. Auch die angeblich unpolitischen Oi-Skins haben außer ihren starken Sauf- und Musikinteressen in der Regel eine rechtsextrem orientierte Grundeinstellung und unterscheiden sich in ihrer Gewaltorientierung kaum von anderen rechtsextremen Skinheads. Das Verhältnis der hier charakterisierten Skins zu den rechtsextremen Parteien war größtenteils recht zurückhaltend, wobei sich ihre Sympathien schon

41 Zitiert in Der Spiegel, Hamburg, Nr. 42, 14.10.1991, S. 38.

in der ersten Hälfte der 90er Jahre von den REPs hin zur NPD und der DVU verlagerten. Im allgemeinen aber waren den Skins die Parteien zu lasch und nicht genügend auf spektakuläre öffentliche Aktionen orientiert. Das schloss nicht aus, dass nach der Jugendzeit einige ehemalige Skinheads Mitglieder solcher Parteien wurden. Vorerst dienten sie solchen Parteien aber als schlagkräftige Ordnertruppe oder als Bodyguards für deren Führungskräfte. In ihrer Gewaltbereitschaft waren Skinheads an den meisten Gewalttaten gegen Ausländer und Ausländerheime beteiligt und nahmen dabei auch die Tötung von Menschen billigend in Kauf. Oft zogen Horden von ihnen mit ihren abgerichteten Kampfhunden randalierend durch die Straßen kleiner Städte und verbreiteten so Angst und Schrecken. Es gab aber auch nicht selten Auseinandersetzungen zum Abstecken von Einflusszonen zwischen einzelnen Skin-Gruppen. Bei manchen dieser Skinhead-Cliquen sind die Grenzen zum kriminellen und Rotlicht-Milieu kaum noch erkennbar.

Als ein wichtiges Instrument der Kommunikation in der Skinhead-Szene entwickelten sich seit den 80er Jahren die so genannten Fanzines (Skin-Magazine). Hauptsächlicher Inhalt solcher Journale sind Berichte über Konzerte, Saufgelage und Randaleaktionen, Comic's sowie manchmal Streit über den richtigen Lebensstil als Skinhead. Viele dieser Blätter erschienen als einfache Reprint-Abzüge, andere wie das von Torsten Lemmer seit April 1993 in Düsseldorf herausgegebene Journal „Moderne Zeiten – Zeitschrift für Musik“ aber schon auf Hochglanzpapier. In den 90er Jahren erschienen die meisten Fanzine in den alten Bundesländern. In Ostdeutschland war 1991 die erste Zeitschrift „Sachsens Glanz“, die in Zwenkau bei Leipzig herausgegeben wurde. Andere Fanzine in den neuen Bundesländern trugen Namen wie „Anhalt-Attacke“ (Halle/S.), „Noies Deutschland“ (Schwerin), „Der Wikinger“ (Schwedt), „United Skins“ (Königs Wusterhausen), „Kampfgeist“ (Jena), „Braune Besen“ (Chemnitz) oder „Der Vollstrecker“ (Zwickau).

Eine absolut zentrale Rolle bei der Kommunikation, der Identitätsfindung und der Gewinnung neuer Anhänger spielt in der Skinhead-Bewegung die Musik. Es handelt sich hierbei um eine besonders aggressive Variante von Rock und Techno-Sound, die mit einfachen Texten unterlegt darauf abzielt, nationalistisch-rassistische Emotionen zu wecken und aufzuputschen. So textete z. B. die Nürnberger Band „Radikahl“ 1993 „Hängt Adolf Hitler den Nobelpreis um!“ Vielfach sind Konzerte von Skinhead-Bands mit dem Pogo-Tanz von Männern untereinander verbunden. Nach Schätzungen von Experten gab es 1990 in Westdeutschland etwa 200 Skin-Bands, die aber meist recht bald wieder aufgaben. Als relativ stabil erwiesen sich ca. 50 Kapellen. Bald entstanden solche Gruppen auch in Ostdeutschland. In Sachsen gab es 1993 z. B. sieben solcher Bands, darunter „Kroizfoir“ aus Zwenkau, „Bollwerk“ aus Hoyerswerda und „Freikorps“ aus Weißwasser“. 1994 waren in Ostdeutschland außer den bereits genannten die durch ihre Konzerte bekanntesten Bands: „Skinfield“ (Rostock), „Querschläger“ (Fürstenwalde), „Proissens Gloria“ (Berlin), „Elbsturm“ (Magdeburg) und die „Toitonen“ (Leipzig).

Als internationales Netzwerk zur Verbreitung rechtsextremer Ideologie entstand ab Mitte der 80er Jahre von Großbritannien her unter dem Motto „Rock against communism“ das Netzwerk Blood & Honour (Blut & Ehre).⁴² 1995 bildete sich in der BRD eine Blood

42 Siehe Das Blood & Honour-Netzwerk. Entstehung, Entwicklung und Bedeutung des Nazi-Skin-Netzwerkes, in: Antifaschistisches Info-Blatt, Berlin 1999, Nr. 49, S. 22-28.

& Honour-Division mit heute etwa 200 bis 300 Mitgliedern in den Blood & Honour-Sektionen der einzelnen Bundesländer, wobei die sächsische Sektion eine der aktivsten war. Die Blood & Honour-Gruppen organisierten vorrangig Konzerte mit Skin-Bands, stellten sich als ein Zentrum zur Herstellung von Kontakten der Szene zu Verfügung und sorgten mit dem Vertrieb von Tonträgern und anderen Skin-Assessoires auch für kommerzielle Einkünfte. Bundesweit erschien das Fanzine „Blood & Honour“. Während anfangs die meisten Skinhead-Konzerte noch ohne behördliche Behinderung abliefen – zum Teil konnten Skin-Bands ungehindert in kommunalen Jugendklubs proben und spielen – haben staatlicher Druck und Verbote dazu geführt, dass ab Mitte der 90er Jahre viele Konzerte mit in- und ausländischen Skin-Bands als private Feiern getarnt an konspirativen Orten stattfanden. Oftmals wurden Konzerte auch ins benachbarte Ausland bzw. nach Skandinavien verlagert.

Als eine weitere internationale Struktur formierten sich seit 1996, ausgehend von Dallas im US-Staat Texas, die extrem neonazistischen und rassistischen Hammerskins. Diese straff organisierte Gruppierung betrachtet sich als eine „weiße Bruderschaft“ und als die Elite der Skinhead-Bewegung. Das wird von der übrigen Szene mit Misstrauen beobachtet. Mitglied kann man bei den Hammerskins nur auf Grund der persönlichen Empfehlung eines Angehörigen dieser Gruppe, nach der Absolvierung einer Anwartschaft und einer scharfen Prüfung werden. Dabei muss man bei eigenem Blut aus einer selbst zugefügten Wunde schwören: „Verrat und Lüge werden mit dem Tod bestraft!“ Vorbild für die Hammerskins sind Moral und Taten der faschistischen Waffen-SS. In der Bundesrepublik gründete sich die Hammerskin-Division 1993. Heute hat diese Division Sektionen in Berlin, im Land Brandenburg, in Sachsen und Thüringen sowie in einigen westlichen Bundesländern. In Neustadt bei Sebnitz gibt Marko Hesse schon seit einigen Jahren das Hammerskin-Fanzine „Hass Attacke“ heraus. In Berlin sind eine ganze Anzahl von früheren NA-Kadern bei den Hammerskins aktiv. Bis zu ihrer Selbstauflösung gab es seitens der Ostdeutschen Hammerskins enge Kontakte zur neonazistischen Gruppierung *DIE NATIONALEN*. Mit den Blood & Honour-Gruppen gibt es partiell eine Zusammenarbeit, öfters jedoch Auseinandersetzungen um die Besetzung der lukrativen Musik-Märkte.

Nach unterschiedlichen Angaben sind 10 bis 25% der Mitglieder von Skinhead-Gruppen Mädchen. Um ihre Interessen gegenüber der „Männlichkeit“ besser durchsetzen zu können und um dem Eindruck zu begegnen, sie seien nur Sexualobjekte ihrer Jungs, gründeten schon um die Jahreswende 1990/1991 weibliche Mitglieder von Skin-Gruppen, die sich selbst Skingirls oder Renees nennen, die bundesweite Organisation *Skingirl Front Deutschland* (SFD – jetzt: Skingirl Freundeskreis Deutschland/SFD), zugleich erschien die SFD-Zeitschrift „Midgard“, die sich bald „Irmgard“ und dann „Walküre“ nannte. Die erste Skingirl-Band entstand 1993 unter dem Namen *Stöckel und Strapse*. Die heute sehr elitäre SFD umfasst nur ca. 50 Mitglieder und vertritt ein traditionalistisches, insbesondere rassistisches und biologistisches Frauenbild. Gewaltanwendung wird von fast allen Skingirls nicht abgelehnt. Nach den offiziellen Statistiken sind an den rechts-extrem motivierten Gewalttaten auch bis zu 10% weibliche Skinheads beteiligt. Diese Zahl verdeckt, dass bei gewaltsamen Überfällen nicht selten weibliche Mitglieder der Skin-Gruppen als frenetische Animateure für ihre Jungs wirken.

Eine Minderheit von Skinheads folgte auch in den 90er Jahren nicht dem bisher

beschriebenen Kurs. Die antirassistischen S.H.A.R.P.-Skins, die RED-Skins und die sich 1995 in der Bundesrepublik bildende R.A.S.H.-Sektion (Red- and anarchist Skinheads) gewannen zwar in den letzten Jahren neue Mitstreiter und haben ihre meisten Anhänger in Berlin, Hamburg, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt, entfaltet aber oft nur geringe politische Aktivitäten.

Zur rechtsextremen Szene sind auch beachtliche Teile der Hooligans zu zählen. Diese sind zwar keine direkten Neonazis, weisen aber mit ihrer Ausländerfeindschaft und ihrem Antisemitismus viele Punkte der Berührung mit den extremsten Rechten auf. In ihrem Selbstverständnis betrachten sie sich nicht als Rechtsextreme, sondern als Feierabend-Rowdys und Raufbolde, die Schlägereien mit anderen als Hobby betrachten. Hooligans sind auch im eigentlichen Sinne keine Fußball- bzw. Eishockey-Fans. In ihrem Gewaltfanatismus haben sie nur Interesse an den Prügeleien in der „3. Halbzeit“. Solche Einstellungen werden zudem von solchen Zeitschriften wie dem Heidelberger „Fan Treff“ noch angeheizt. Rechtsextrem gesinnte Skinheads und Neonazis versuchen schon seit langem, in der Hooligan-Szene an Einfluss zu gewinnen. Bis auf Ausnahmen ist ihnen das bundesweit nur in seltenen Fällen gelungen. Zentren der Hooligans in den neuen Bundesländern waren in den 90er Jahren vor allem Berlin, Rostock, Leipzig und Dresden. Aber auch hier ließ bis zur Mitte des Jahrzehnts das Interesse am Hooliganismus nach, um danach ab 1996/97 wieder anzuschwellen.

Rechtsextremistische Gewalt – Täter und Motive

Allen extremen Rechten ist eine hohe Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele eigen. Hinzu kommt, dass in allen Medien diese Art rechtsextremistischer Aktivität die höchste Aufmerksamkeit findet. Im Zusammenhang mit der auch von manchen Politikern der CDU/CSU und anderen Kreisen Anfang der 90er Jahre entfachten nationalistischen und fremdenfeindlichen Hysterie gegen ausländische Asylbewerber eskalierten die rechtsextrem motivierten Gewalttaten. Richtete sich anfangs das dramatische Anwachsen rechtsextremer Gewalt in Dresden, Leipzig, Berlin und anderen Orten vor allem gegen Linke und alternative Projekte, rückten auch in Ostdeutschland bald alle Ausländer, vor allem die Vietnamesen, in das Visier der rechtsextremen Rassisten. Diese Asiaten, meist als DDR-Vertragsarbeiter ins Land geholt, wurden bald zu den „Türken“ des Ostens. Dabei waren solche pogromartigen Ausschreitungen wie im September 1991 in Hoyerswerda und im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen nur die Spitze eines Eisberges. Auch in Westdeutschland brannten in dieser Zeit in Mölln, Solingen, Lübeck und anderen Orten Ausländerunterkünfte, was mehr Todesopfer als in Ostdeutschland forderte. Nach der amtlichen Übersicht gab es 1992 in der Bundesrepublik über 1 200 rechtsextreme Gewalttaten, davon über die Hälfte Brand- und Sprengstoffanschläge. Aufgegliedert auf die Bundesländer waren die meisten Gewaltakte mit 641 in Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Baden-Württemberg und dem Land Brandenburg, zu verzeichnen. Umgerechnet auf die Einwohnerzahl lagen Mecklenburg-Vorpommern vor Brandenburg und Schleswig-Holstein an der Spitze. Aufgegliedert nach der Art der Straftaten ergab sich 1991/95 folgendes Bild:

Übersicht 10: Entwicklung von RE-Straftaten 1991-1995

	1991	1992	1993	1994	1995
RE Straftaten insgesamt	3 884	7 383	10 561	7 952	7 896
davon					
mit fremdenfeindlichem Hintergrund	2 598	5 008	6 721	3 491	2 468
mit antisemitischem Hintergrund	367	627	656	1 366	1 155
gegen politische Gegner	226	212	265	243	142
mit sonstigen rechtsextremen Zielrichtungen	693	1 536	2 919	2 852	4 131

Quelle: Verfassungsschutzbericht 1995, Bonn/Köln 1996, S.105

Bei ihren Gewalttaten, die mit Waffen aller Art – von Pistolen, Totschlägern, Brandflaschen bis zu Knüppeln und Schottersteinen – von meist jugendlichen Tätern ausgeführt wurden, bekamen sie nicht selten wie in Rostock-Lichtenhagen lautstarke oder stillschweigende Unterstützung von „Normalbürgern“. Dabei fühlten sie sich oft als Vollstrecker eines nicht näher definierten „Volkswillens“. Die moralische Hemmschwelle der Täter wurde bei Gewaltanwendungen immer niedriger. Sie erpressten von Vietnamesen Schutzgelder und scheuten auch vor einer Tötung ihrer Opfer nicht zurück. In einigen Gebieten der neuen Bundesländer beteiligten sich Funktionäre der NPD ganz offen an ausländerfeindlichen Hetzjagden und an rassistisch motivierten Brandstiftungen. So wurden z. B. in Mecklenburg-Vorpommern der ehemalige stellvertretende NPD-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, Heinrich Förster, und der damalige NPD-Kreisvorsitzende von Hagenow, Rüdiger Klasen, zwischen 1993 und 1995 wegen Anstiftung und Beteiligung an einer Brandstiftung im August 1992 auf ein Asylbewerberheim bei Boizenburg zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Opfer rechtsextremer Gewalt wurden in dieser Zeit auch immer mehr Soldaten der Sowjetarmee und deren Angehörige in den neuen Ländern. Nach Angaben des letzten Oberkommandierenden der GUS-Truppen in Deutschland, Generaloberst Matwej Burlatow, gab es zwischen 1991 und 1993 weit über 2000 Gewaltakte gegen Objekte und Angehörige seiner Militäreinheiten.⁴³ Wie abscheulich damals manche rechten Täter dachten, verdeutlichte die Äußerung von Karsten Pahlmann, einem der rassistischen Akteure bei dem Pogrom in Hoyerswerda: Der Kampf geht weiter „bis der letzte Schwarze weg ist, dann kommen die Linken dran ... dann die Sorben“.⁴⁴ Bundesweit richtete die Gewalt der extremen Rechten Schäden in Milliardenhöhe an, die nun zu Lasten der Steuerzahler beglichen werden mussten; von Schadenersatz für die Opfer war nur selten etwas zu hören.

1991/92 wurde – obwohl offiziell geleugnet – die Gefahr einer rechtsterroristischen Welle in Ostdeutschland immer größer. In Rostock kam es z. B. durch ein so genanntes Kommando Nord zu Sprengstoffanschlägen; in Sachsen wurde ein Anschlag auf die Eisenbahn verübt und im brandenburgischen Beelitz und Senftenberg gab es Angriffe von Rechtsextremen auf Polizeireviere; in Sachsen, Thüringen und im Land Brandenburg hob die Polizei von Neonazis angelegte Waffenlager aus. Zum Teil trainierten in dieser Zeit

43 Siehe Berliner Zeitung, Berlin, 1.9.1993.

44 Stern, Hamburg, Nr. 41, 2.10.1991, S. 10.

militante Rechtsextremisten, oft unter Anleitung von Angehörigen der Bundeswehr, in Wehrsportgruppen den Häuser- und Straßenkampf. Tendenziell kam es auch zu einer Annäherung von radikal gesinnten Skins und Neonazis an die kriminelle Szene und zur Bildung von rechten Jugendbanden.

Durch die Berichterstattung vieler Medien erschien an der Oberfläche das Problem der rechtsextrem motivierten Gewalt als ein Phänomen von ostdeutschen Jugendlichen. Dabei verschwanden, wie Christoph Butterwegge hervorhob, „der ‚etablierte‘ Rassismus, die ‚Skinheads im Nadelstreifen‘ fast völlig aus dem Blickfeld“.⁴⁵ Dazu trugen auch solche Stellungnahmen wie die der Frau des sächsischen Ministerpräsidenten Biedenkopf bei, die öffentlich meinte, mit Hoyerswerda war es „gar nicht so schlimm. Das haben die Medien hochgespielt, um tolle Berichte nach Hause zu bringen.“⁴⁶ Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität in Berlin, setzte sich in diesem Zusammenhang mit dem Argument der Ostlastigkeit rechtsextremer Gewalt auseinander und betonte: „Klar ist, dass nicht allein dem Osten der Schwarze Peter zugeschoben werden kann: Herablassung gegenüber Gastarbeitern, Hass gegen Asylbewerber, Furcht vor ‚Überfremdung‘ – der Katalog der westdeutschen Spießbürger ließe sich endlos fortschreiben. Bislang garantiert der Wohlstand weitgehende Ruhe vor gewaltsamen Entladungen. Bislang ...“⁴⁷

Trotz des gewissen Abflauens der rechtsextremen Gewalt bis Mitte der 90er Jahre konnte man weiterhin fast täglich in den Zeitungen von rechtsextrem motivierten Gewalttaten lesen.

Übersicht 11: Erwiesene bzw. stark vermutete Gewalttaten von BRD-Rechtsextremisten 1991-1999

Jahr	Vollendete/versuchte Tötungsdelikte	Körperverletzungen	Sprengstoff-, Brandanschläge	sonstige Straftaten	Gesamt
1991	3	336	383	X	722
1992	7	585	667	X	1 259
1993	20	727	287	36	1 070
1994	8	494	81	27	610
1995	8	372	37	20	437
1996	11	307	27	27	372
1997	8	406	26	22	462
1998	10	384	23	18	435
1999	12	386	29	24	451
Gesamt	87	3 997	1 560	174	5 818

Alle Daten aus den Berichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz für die entsprechenden Jahre. X: Vom Verfassungsschutz nicht ausgewiesen.

45 Christoph Butterwegge: Zur modischen Fehldeutung des Rechtsextremismus/Rassismus als Jugendrevolte und soziale Protestbewegung, in: Deutsche Jugend, Zeitschrift für Jugendarbeit, Weinheim 1993, Nr. 11, S. 483.

46 Zitiert in Der Spiegel, Hamburg, Nr. 2, 4.1.1993, S. 148.

47 Wolfgang Benz am 15.7.1993 in der Berliner Zeitung.

Die hier vom Verfassungsschutz genannten Zahlen widerspiegeln jedoch nicht die gesamte Realität, sondern sind nur die Spitze eines Eisberges. Zum einen wurden im Lauf der 90er Jahre vom Bundeskriminalamt und dem Bundesamt für Verfassungsschutz die Kriterien für die Eingruppierung in erwiesene oder vermutete rechtsextreme Gewalttaten immer mehr eingegrenzt. Danach muss ein solcher Täter nachweislich Mitglied oder Sympathisant einer rechtsextremen Gruppierung sein oder bei der Ausführung der Tat deutlich seine rechtsextreme Einstellung bekundet haben. Das lässt viel Spielraum dafür, von Rechtsextremen ausgeführte Gewaltakte zu bagatellisieren oder als Taten sozial deklassierter Jugendlicher auszugeben. Andererseits scheuten sich viele Opfer aus Angst vor einer Rache der Täter, rechtsextreme Gewalttaten anzuzeigen. Sie haben oftmals jedes Vertrauen in die deutsche Polizei verloren. Ganz deutlich werden die Zweifel bei der Zahl der Toten durch rechtsextrem motivierte Verbrechen. Nach Recherchen der PDS-Bundestagsfraktion liegt diese für die Jahre von 1990 bis 1999 nicht bei 24 – wie vom Bundesinnenministerium angegeben – sondern mindestens bei 110.⁴⁸ Hier orientiert sich die amtliche Statistik offensichtlich an dem Verhalten des jeweiligen Gerichtes, das z. B. bei der tödlichen Hetzjagd von Rechtsextremen am 13. Februar 1999 auf den Algerier Farid Guendoul (Omar Ben Noui) in Guben nicht von Mord bzw. versuchtem Mord ausging, sondern nur von Landfriedensbruch, oder bei dem eindeutigen Mord vom 6. Oktober 1999 an einem Obdachlosen in Berlin-Lichtenberg, wo das zuständige Gericht meinte: „Es war keine rechtsradikale Tat, aber eine Tat von Rechtsradikalen.“⁴⁹

Auch bei der Täterstruktur wird oft nur über den unmittelbar Tatausführenden berichtet, nicht aber über die im Hintergrund wirkenden Biedermänner und Schreibtischtäter, die durch scharfmacherische ausländerfeindliche Reden indirekt zu solchen Taten anstiften. Zudem kamen in Ostdeutschland, wo 1996/99 bei nur 18% der Bevölkerung bis zu 60% aller Gewaltakte mit rechtsextremen Hintergrund in der Bundesrepublik begangen wurden, die meisten Täter nicht aus den sozialen Unterschichten, sondern nach Untersuchungen des Instituts für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung an der Universität in Potsdam im Land Brandenburg aus besseren sozialen Verhältnissen und zählten kaum zu den „sozial Benachteiligten“.⁵⁰

Zu den Ursachen solcher Gewalt zählt ganz eindeutig die allgemein gewachsene Gewaltbejahung und -anwendung in der heutigen bundesrepublikanischen Gesellschaft, vor allem unter den vielfach nach rechts tendierenden jungen Menschen. In Ostdeutschland kommt dann noch die mentale Erfahrung der Wendezeit hinzu, dass der Staat mit seinen Machtorganen durchaus vorführbar und das staatliche Gewaltmonopol angreifbar und zeitweilig überwindbar ist.

Dominierende Ursachen für rechtsextrem motivierte Gewalt bei den Tätern sind jedoch ein verinnerlichter rabiatere Alltagsrassismus und ein primitiv-aggressiver Antikommunismus sowie die von NPD und Neonazis betriebene Politik, mit martialischen Aufmärschen die Straße zu erobern und dabei Angst und Schrecken zu verbreiten.

Stimulanzen für ein ausländerfeindliches Verhalten sind des weiteren in nicht gerin-

48 Siehe DER RECHTE RAND, Hannover 2000, Nr. 64, S. 6.

49 Zitiert in taz, Berlin, 23./24.4.2000.

50 Siehe Der Tagesspiegel, Berlin, 30.5.1997 und Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M., 31.5.1997.

gem Maße ein in der ostdeutschen Bevölkerung weit verbreitetes dumpfes völkisches Denken und ein struktureller Rassismus bei Behörden und Institutionen. Ausdruck dieses gewöhnlichen Alltagsrassismus ist die verbreitete Meinung, dass in der Bundesrepublik zu viele Ausländer leben und zudem die Weißen allen anderen Völkern der Erde überlegen seien. Engere persönliche Beziehungen von Deutschen zu Ausländern werden daher nicht selten im Wohnumfeld als unmoralisch verurteilt. Der strukturelle Rassismus in der Bundesrepublik zeigt sich am deutlichsten im Ausländerrecht und im Verhalten von staatlich Bediensteten gegenüber Asylbewerbern, was häufig von rechtsextremen Gewalttätern als Ermunterung aufgefasst wird. Als die beklagenswertesten Zustände listete im April 2000 eine Konferenz von ausländischen Flüchtlingen in Jena auf:

- das behördliche Verbot einer Arbeitsaufnahme für Asylbewerber und die kaum vorhandenen Möglichkeiten zur Aneignung der deutschen Sprache;
- die Verweigerung der freien Wahl des Wohnorts und die Aufenthaltsbeschränkungen auf den zugewiesenen Stadt- oder Landkreis, der nur mit einem zu bezahlenden Urlaubsschein verlassen werden darf;
- die weitgehende Isolierung von der deutschen Bevölkerung durch die Unterbringung in abgelegenen Heimen, was einer Ghettoisierung gleichkommt;
- der beschränkte individuelle Wohnraum in den Heimen, der z. B. im Land Brandenburg nur sechs m² pro Person beträgt, und die rigorose Heimordnung, die den Heimbewohnern vorschreibt, wann sie Besuche empfangen dürfen;
- die Ausgabe von Gutscheinen statt Bargeld zur Bestreitung des Lebensunterhalts, die nur an Sonderkassen in den Supermärkten eingelöst werden können und negative Eindrücke bei den anderen Kunden auslösen.

Ohne hier auf weitere Faktoren wie z. B. auf die oft unmenschliche Abschiebepaxis bei Flüchtlingen einzugehen, beklagten die Konferenzteilnehmer besonders „die vielen kleinen Schikanen“, so unter anderem die häufigen polizeilichen Kontrollen nur auf Grund der Hautfarbe, die ihnen das Leben in Deutschland erschweren. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass der Chef der rechtsextremen französischen *Front National* (FN), Jean-Marie Le Pen, das Ausländerrecht der Bundesrepublik Deutschland als vorbildlich lobte.⁵¹

Eine der widerlichsten Seiten der rechtsextremen Kriminalität ist die Zunahme von antisemitischen Straftaten. Nach Angaben des Verfassungsschutzes gab es 1993/94 in der Bundesrepublik 72 bzw. 41 antisemitische Gewalttaten wie Brand- und Sprengstoffanschläge und Körperverletzungen. Unverhohlen rufen Neonazis zur Schändung von jüdischen Einrichtungen und zur Bedrohung jüdischer Bürger auf. Nach Auskunft der Bundesregierung gab es 1999 in der Bundesrepublik über 570 antisemitische Straftaten, darunter 37 Vandalenakte auf jüdischen Friedhöfen. Im Unterschied zu den anderen rechtsextrem motivierten Straftaten lag hier der Schwerpunkt solcher Delikte in den westdeutschen Bundesländern.

51 Siehe Handelsblatt, Düsseldorf, 26.11.1997.

Übersicht 12: Antisemitische Straftaten 1999⁵²

Bundesland	I.Quartal	II.Quartal	III.Quartal	IV.Quartal	Gesamt
Brandenburg	9	4	6	4	23
Berlin	14	7	17	13	51
Baden-Württemberg	19	17	11	15	62
Bayern	25	15	21	15	76
Bremen	4	5	-	-	9
Hessen	16	4	13	13	46
Hamburg	1	1	4	3	9
Mecklenburg-Vorpom.	5	2	2	2	11
Niedersachsen	20	14	11	19	54
Nordrhein-Westfalen	26	17	26	16	85
Rheinland-Pfalz	10	9	4	10	33
Schleswig-Holstein	7	1	8	4	20
Saarland	1	1	3	5	9
Sachsen	5	4	-	7	16
Sachsen-Anhalt	4	7	4	4	19
Thüringen	11	3	10	11	35
Gesamt	177	110	146	141	574

Allen Expertenmeinungen nach ist auch in der kommenden Zeit kaum mit einem gravierenden Rückgang von Straf- und Gewalttaten mit einem rechtsextremistischen Hintergrund in der Bundesrepublik zu rechnen. Dazu trägt auch das Verhalten von Gerichten bei, die unter Berufung auf das Recht der Demonstrations- und Meinungsfreiheit den extremen Rechten einen fast schrankenlosen Spielraum zusichern und fast regelmäßig von Verwaltungs- und Polizeibehörden ausgesprochene Verbote von rechtsextremen Veranstaltungen wieder aufheben. Das ermuntert, wie viele Beispiele beweisen, das gefährliche Treiben aller rechtsextremen Gewalttäter.

Exkurs: Rechtsextremismus und Parlamentswahlen in den 90er Jahren

Wie bereits dargelegt, signalisierten die Stimmen bei den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen in den 90er Jahren einen ständigen Anstieg der Wählerzahlen für die Parteien der extremen Rechten und das besonders in den neuen Bundesländern. Erhöhten sich die bundesweiten Stimmen für solche Parteien bei Bundestagswahlen von 1990 zu 1998 auf das 1,5fache, so in Ostdeutschland fast auf das Vierfache, von 139 672 auf 513 387 Wähler, davon die meisten aus Sachsen. Dabei verschoben sich in den neuen Bundesländern gleich-

52 Büro der Bundestagsabgeordneten Ulla Jekpe: Antisemitische Straftaten 1998 und 1999. Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen, Berlin 16.2.2000.

falls die Proportionen zwischen den rechtsextremistischen Parteien. Bekamen 1990 hier die *Republikaner* 82,7% aller Stimmen für diese Parteien, so waren das 1998 nur noch 40,6%. Mit 55,9% der Stimmen setzte sich die 1998 erstmals kandidierende DVU in Ostdeutschland auf den ersten Platz, den bundesweit noch die *Republikaner* verteidigten.⁵³

Übersicht 13: Vergleich der Wählerzahlen rechtsextremistischer Parteien (bundesweite Zahl und Prozent der Zweitwähler und in den neuen Bundesländern)

Wahlen	bundesweit		in den neuen Ländern	
Landtag 1990	-	-	82 859	1,1
Bundestag 1990	1 138 741	2,4	139 672	1,5
Landtag 1994	-	-	106 068	1,6
Bundestag 1994	883 368	1,9	110 515	1,3
Europawahl 1994	1 448 148	4,2	244 018	3,2
Landtag 1998/99	-	-	452 364	5,9
Bundestag 1998	1 771 207	3,5	513 382	5,3
Europawahl 1999	578 131	2,1	162 162	2,9

Quellen: Berichte des Statistischen Bundesamtes und der entsprechenden Statistischen Landesämter

Übersicht 14: Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien in den neuen Bundesländern 1990-1999 (jeweils Zweitstimmen und Prozent an der Gesamtwählerzahl)

Wahlen	Meck.-Vorp.	Brandenb.	Sachsen-Anh.	Thüringen	Sachsen	Berlin/Ost
Landtag 1999	9 139 1,0	16 297 1,3	10 916 0,8	14 808 1,0	17 227 0,7	14 472 2,0
Bundestag 1990	17 173 1,7	26 700 1,9	17 901 1,2	12 173 1,5	43 500 1,5	12 225 1,7
Landtag 1994/95	11 403 1,1	16 380 1,5	16 099 1,5	18 304 1,3	26 177 1,3	17 705 2,9
Bundestag 1994	11 577 1,2	15 220 1,1	14 641 1,0	20 565 1,5	35 483 1,4	13 029 1,7
Europawahl 1994	25 985 3,1	21 615 2,7	45 376 3,4	44 372 3,3	92 349 3,8	14 261 3,0
Landtag 1998/99	50 508 3,7	60 006 6,4	202 591 13,6	47 903 4,1	64 826 3,0	26 530 4,4
Bundestag 1998	48 269 4,5	84 066 5,5	66 568 4,1	80 311 5,1	183 767 6,3	50 402 6,5
Europawahl 1999	12 797 1,9	17 451 2,9	21 610 2,1	28 965 2,6	69 420 3,8	11 919 3,5

Quellen: Berichte des Statistischen Bundesamtes und der entsprechenden Statistischen Landesämter

53 Siehe Norbert Madloch: Rechtsextremismus und Parlamentswahlen 1998 in der BRD, in: Rundbrief der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS, Berlin 1999, Nr. 1, S. 3-15.

Als RE-Parteien wurden in dieser Statistik die Wahlergebnisse der REP, der DVU, der NPD, des BFB und der *Bürgerrechtsbewegung Solidarität* zusammengezogen.

Für 1990 wurden auch die Stimmen der Abspaltung von den REP *Die Deutschen Demokraten* (DDD) gezählt, 1994 in Sachsen-Anhalt die REP-Abspaltung *Demokratische Erneuerung* (DE).

Bei den Landtagswahlen 1994 kandidierte im Land Brandenburg die rechtsextrem orientierte *Unabhängige Wählergemeinschaft der Vertriebenen und anderer Benachteiligter* (UWG). Einbezogen in die Gesamtzahl der rechtsextrem orientierten Wähler bei den Bundestagswahlen 1998 wurde die nur in NRW kandidierende militant extremistische Gruppe „*Ab jetzt! – Bund für Deutschland*“, 1997 vom *Bund für Gesamtdeutschland – Ostdeutsche, Mitteldeutsche und Westdeutsche Wählergemeinschaft* (BGD) in Erfurt als bundesweite Wählerpartei gegründet.

Nicht mit einbezogen wurden Parteien der rechtsextremen Szene und der Grauzone rechts von der CDU/CSU, so z. B. die 1962 gegründete und nur über etwa 100 Mitglieder in den alten Bundesländern verfügende und an den Gebrüder Strasser orientierte *Unabhängige Arbeiterpartei* (UAP); die vor allem in den neuen Bundesländern agierende *Deutsche Soziale Union* (DSU). Das trifft auch auf die nationalistische Wahlpartei *Initiative Pro DM* des Düsseldorfer Multimillionärs und einstigen Förderers der *Republikaner*, *Bolko Hoffmann*, zu, die bei den Bundestagswahlen 1998 bundesweit 430 099 Stimmen (0,9%), davon in Ostdeutschland 195 808 Stimmen (1,8%) – mit 2,7% am meisten in Sachsen – erhielt.

Diese Zahlen reflektieren, dass der Rechtsextremismus wieder zunehmend in die Poren des politischen Alltagslebens der Bundesrepublik eindringt. Empfänglich für rechtsextremistische Gedanken sind, wie Horst Schmitthenner, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall, hervorhob, nicht nur Arbeitslose und soziale Randschichten. „Wählerbasis und Anhängerschaft von DVU, NPD usw. reichen bis in die ‚gesellschaftliche Mitte‘ hinein. Nicht erst die soziale Marginalisierung, sondern die Angst davor schafft offensichtlich bereits das Ausmaß an sozialen Zukunftsängsten und Minderwertigkeitsgefühlen, an denen dann antidemokratische Denk- und Politikmuster ansetzen.“⁵⁴ Bei vielen Wählern rechtsextremer Parteien handelt es sich zwar um Protestwähler gegen allgemeine und konkrete gesellschaftliche Missstände, allerdings mit einer Sympathie für rechtsextreme Losungen und Lösungen. Dabei sind Frauen ebenso wie Männer für extrem rechte Parolen anfällig. Beträgt im Westen das Verhältnis von männlichen und weiblichen Wählern rechtsextremer Parteien 3 zu 2, so in den neuen Bundesländern etwa 2 zu 1. Auffallend ist fernerhin, dass in Ostdeutschland – abgesehen von Ostberlin – in Städten mit einer hohen Rate an rechtsextremer Gewalt die Zahl der Wähler für extrem rechte Parteien meist unter dem allgemeinen Durchschnitt liegt.

Die hier genannten Tendenzen zeigten sich schon bei den Wahlen von 1990. Damals reichte die Spannweite von Wählern rechtsextremer Parteien von 0,7% in Halle/Altstadt bis 2,8% im brandenburgischen Bundestagswahlkreis Frankfurt/O.-Beeskow-Eisenhüttenstadt. In den meisten Wahlkreisen überrundeten schon seinerzeit *Republikaner* und NPD die ostdeutsche DSU. Bereits diese Wahlen verdeutlichten eine bis heute

54 Horst Schmitthenner: Gegenentwürfe für Jugend, in: antifa, Berlin 2000, Nr. 3, S. 20.

vorhandene ostdeutsche Besonderheit: Die meisten Stimmen bekamen die rechtsextremen Parteien entlang der Grenze zu Polen und Tschechien. Einzelne Analytiker führen das darauf zurück, dass sich 1945 viele Vertriebene in diesen Grenzregionen ansiedelten und in einzelnen Orten bis zu 30% der Bevölkerung stellten.⁵⁵ Außerdem bestätigen die exakten Wahlergebnisse oftmals nicht das oft gebrauchte Argument, dass in den Altbaugebieten der Städte bedeutend weniger Wähler rechtsextremer Parteien leben als in den neu gebauten Plattensiedlungen. Vom Alter und Geschlecht her kamen bereits 1990 die meisten Wähler von Parteien der extremen Rechten mit 4,5% (bei Männern 7,4%) aus der Altersgruppe von 18 bis 25 Jahren, das sackte bei den über 60-Jährigen auf 0,3% ab. Nach Jürgen W. Falter handelt es sich beim Durchschnittstyp des Wählers rechtsextremer Parteien in Ostdeutschland 1994/95 „um einen jüngeren, alleine lebenden Mann aus einer eher kleinen Gemeinde, der einen mittleren Schulabschluss aufzuweisen hat, Arbeiter, zwar öfters Facharbeiter als an- oder ungelernter Arbeiter, ist, der seinen Arbeitsplatz häufiger als sein westdeutsches Pendant gefährdet sieht, im Gegensatz zu diesem keiner Konfession angehört und außerdem, wie sein Gegenpart in den alten Bundesländern, kein Gewerkschaftsmitglied ist.“⁵⁶

Über die Ursachen der entgegen vieler Prognosen anfänglich relativ niedrigen Zahl von Wählern rechtsextremer Parteien in den neuen Bundesländern schrieb bereits mit Blick auf die Ergebnisse der Wahlen zu den Landtagen in Ostdeutschland der sozialdemokratische Informationsdienst „blick nach rechts“: „Das schlechte Abschneiden der rechtsextremen Parteien erklärt sich nicht zuletzt aus der anhaltenden Wirkung der antifaschistischen Propaganda der alten Führung. Mit einer breiteren und effektiveren Öffentlichkeitsarbeit der extremen Rechte ist mit einem Nachlassen dieses Stigmatisierungseffekts zu rechnen.“⁵⁷

Einen Schock nach allen Seiten löste am 26. April 1998 das Ergebnis der Landtagswahl von Sachsen-Anhalt aus, wo die DVU auf Anhieb 12,9% der Stimmen und damit 16 Mandate erhielt. Damit konnte die DVU erstmals in ein Landesparlament der neuen Bundesländer einziehen. In Verkennung der Realitäten waren nicht wenige Politiker schnell mit der verharmlosenden Erklärung von den weitgehend unpolitischen Protestwählern bei der Hand. Bei allem Protest, zu dem die DVU massiv aufgerufen hatte, darf jedoch nicht – worauf Richard Stöss nachdrücklich aufmerksam macht – „die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die Wähler deshalb nicht rechtsextremistisch eingestellt sind“. Bezogen auf das Wählerpotential zu den Bundestagswahlen 1998 verfügte über die Hälfte der möglichen Wähler rechtsextremer Parteien „über ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild. Und auch der Rest ist immer noch überdurchschnittlich rechtsradikal bis rechtsextrem eingestellt.“⁵⁸

In Sachsen-Anhalt verstand es die DVU, ungestört von politischen Angriffen anderer Parteien, mit einer primitiven, aber eingängigen Schlagwortwerbung über 100 000 bisherige Nicht- bzw. Erstwähler für sich zu gewinnen. Des weiteren vermochte sie, von den

55 Siehe Berliner Zeitung, Berlin, 3./4.6.1995.

56 Jürgen W. Falter: Wer wählt rechts?, a.a.O., S.105.

57 blick nach rechts, Bonn, Nr. 22, 22.10.1990, S. 6.

58 Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, a.a.O., S. 130.

Landtagsparteien etwa 26 000 bisherige CDU-Wähler, 12 000 ehemalige SPD-Wähler und ca. 11 000 einstige PDS-Wähler auf ihre Seite zu ziehen. Von den Jungwählern im Alter bis 24 Jahren votierten 28% für die DVU, mehr als für jede andere Partei. Bei den über 60-jährigen gaben dagegen nur 4% der DVU ihre Stimme. Damit stellt sich natürlich die Frage: Wie und warum konnte die DVU den größten Wahlerfolg in ihrer Geschichte erringen? Dafür sprechen außer schon genannten Umständen folgende andere Faktoren:

- Die DVU praktizierte erstmalig in der Bundesrepublik US-amerikanische Methoden in der Wahlwerbung. Mit über drei Millionen DM setzte sie weit mehr Geld für den Wahlkampf ein als die anderen Parteien, ohne dabei eine einzige öffentliche Wahlversammlung durchzuführen. Am Vorabend der Wahl beherrschten in fast allen Orten Sachsen-Anhalts die Wahlplakate und Wahlaufrufe der DVU die öffentliche Wahlwerbung.
- Sachsen-Anhalt war und ist bundesweit das Land mit der höchsten Arbeitslosigkeit. Nach 1998 angestellten Umfragen befürchteten ca. 50% der DVU-Wähler, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Hinzu kam ein schon jahrelang angestauter Frust über ungelöste kommunale Probleme. Auf der Grundlage eines weit verbreiteten völkischen Denkens wuchs damit die Aufnahmebereitschaft für sozialdemagogische und rassistische Parolen.
- Viele DVU-Wähler sahen in den bisherigen Landtagsparteien, die entweder in Magdeburg oder in Bonn in die Regierungsverantwortung eingebunden waren, keine Alternativen mehr und griffen deshalb bereitwillig die DVU-Lösung für eine Denkmahl auf.
- Die einmalige Situation im Lager der rechtsextremen Parteien in Sachsen-Anhalt. Die NPD und der *Bund Freier Bürger* (BFB) waren wegen einer nicht genügenden Anzahl von Unterstützerunterschriften nicht zur Wahl zugelassen worden. Die *Republikaner* befanden sich in diesem Land in einer solch trostlosen Lage, dass sie noch nicht einmal landesweit plakatieren konnten. Faktisch kandidierte damit auf der Flanke der extremen Rechten allein die DVU.
- Schließlich münzte sich in Sachsen-Anhalt zum erste Male in diesem Umfang die rechte Orientierung unter weiten Teilen der Jugend in Stimmen für die DVU um. Im übrigen war das auch eine Folge der oftmaligen Verharmlosung des Rechtsextremismus durch Eltern, Lehrer, Vorgesetzte und von vielen Behörden.

Die DVU wollte diesen Erfolg von Sachsen-Anhalt bei den nur wenige Monate später am 27. September 1998 stattgefundenen Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern wiederholen. Auch hier setzte die DVU im großen Umfang ihre Finanzkraft ein. Aber belehrt durch die Erfahrungen von Sachsen-Anhalt entstand hier ein breites Bündnis demokratischer Kräfte zur Abwehr der Offensive der Rechtsextremen. Ergebnis: Die DVU bekam nur 2,9% der Stimmen.

Im Vorfeld der Bundestagswahlen von 1998 veröffentlichten Richard Stöss und Oskar Niedermayer auf der Basis einer Forsa-Umfrage vom Mai/Juni 1998 die schon erwähnte Studie über das rechtsextreme Potential in der Bundesrepublik. Ein gewichtiger Teil der repräsentativen Befragung von 3 186 Probanden war ihrem voraussichtlichen Verhalten bei den Bundestagswahlen am 27. September 1998 gewidmet. Daraus ergab sich folgendes Bild:

Übersicht 15: Bereitschaft von Wählern in den einzelnen Bundesländern zur Wahl einer rechtsextremen Partei (alle Angaben in Prozent)

Sachsen-Anhalt	11	Saarland	9	Nordrhein-Westfalen	7
Baden-Württemberg	11	Mecklenburg-Vorpom.	9	Sachsen	7
Brandenburg	11	Bremen	8	Berlin	6
Bayern	10	Hamburg	8	Niedersachsen	6
Thüringen	10	Rheinland-Pfalz	7	Schleswig-Holstein	2
Hessen	9				

Quelle: Richard Stöss: Rechtsextremismus im Vereinten Deutschland, Bonn 1999, S. 124

Übersicht 16: Aufgliederung der potentiellen Wähler rechtsextremer Parteien nach Berufen und Einkommen(alle Angaben in Prozent)

	bundesweit	West	Ost
Arbeitslose	12	14	9
Arbeiter	18	19	15
Angestellte	5	5	6
Beamte	2	2	0
Selbständige	10	9	16
Nichterwerbspersonen	7	7	8
Einkommen bis 2 500 DM netto	10	11	7
Einkommen bis 5 499 DM netto	8	8	9
Einkommen über 5 500 DM netto	8	8	9

Quelle: Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bonn 1999, S. 125

Aus vielen Umfragen ist schon seit Jahren bekannt, dass Bundesbürger mit einem rechts-extremen Weltbild durchaus nicht immer Wähler von Parteien der extremen Rechten sein müssen. Nach den von Stöss/Niedermayer ermittelten Daten wollten rechtsextrem eingestellte Bürger der BRD bei der Wahl zum Bundestag im September 1998 für folgende nicht rechtsextreme Parteien stimmen (in Prozent):⁵⁹

	CDU/CSU	SPD	FDP	B 90/ Grüne	PDS	rechtsextr. Partei	keine Antwort
Westdeutschland	22	30	1	1	1	6	34
Ostdeutschland	17	29	1	1	5	5	31

59 Richard Stöss/Oskar Niedermayer: Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998. Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums der Freien Universität Berlin, Berlin 1998, S. 15.

Aus den von Stöss/Niedermayer ermittelten Zahlen geht eindeutig hervor, dass in Ostdeutschland wie in Westdeutschland mehr Arbeiter als Angestellte und Beamte bereit sind, rechtsextreme Parteien zu wählen. Damit schreitet, wie Richard Stöss feststellte, die „Proletarisierung“ des rechtsextremen Wählerpotentials schnell voran.⁶⁰ Die Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft ist heutzutage kein Hindernisgrund mehr, eine Partei der extremen Rechten zu wählen. Nach einer im Frühjahr 1998 durchgeführten repräsentativen Umfrage von Infratest dimap ist das rechtsextreme Wählerpotential von männlichen und weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern mit 11 bzw. 10% etwa gleich groß.⁶¹

Angesichts dieser Umfrageergebnisse sah man am Abend des Tages der Bundestagswahlen am 27. September 1998 bei allen rechtsextremistischen Parteien lange Gesichter. Die DVU konnte trotz großer Anstrengungen bundesweit nicht den ersten Platz unter den Parteien der extremen Rechten erobern; die *Republikaner* hatten nur noch in Westdeutschland durch eine relativ stabile Stammwählerschaft eine einigermaßen sichere Position und die NPD kam über 0,3% der Stimmen nicht hinaus. Wie nach verlorenen Wahlen üblich setzte bei allen Parteien der extremen Rechten eine verstärkte Diskussion über ein kooperatives Zusammenwirken aller rechtsextremen Parteien und Gruppierungen in der Bundesrepublik ein. Nachdem die NPD einem solchen Ansinnen der DVU eine Abfuhr erteilt hatte, vereinbarten am 17. November 1998 der Vorsitzende der DVU, Gerhard Frey und Rolf Schlierer, dass beide Parteien bei künftigen Wahlen nicht mehr als Konkurrenten auftreten werden. Genutzt hat das 1999 nur der DVU. Sie konnte, wenn auch knapp, wieder in die Bürgerschaft von Bremen sowie im Land Brandenburg bei der Landtagswahl 1999 bei 5,3% der Stimmen mit fünf Abgeordneten in den zweiten Landtag der neuen Bundesländer einziehen. In Thüringen dagegen scheiterte die DVU bei den Wahlen zum Landtag trotz eines großen Kapitaleinsatzes wie ein Jahr zuvor in Mecklenburg-Vorpommern. Erfolgreicher dagegen verliefen 1999 für die NPD die Wahlen zum Landtag in Sachsen, wo sie mit 1,4% der Stimmen fast an das Ergebnis der *Republikaner* herankam, jedoch ihr großsprecherisch verkündetes Wahlziel eines Einzugs in den Landtag bei weitem verpasste.

Neue Elemente im deutschen Rechtsextremismus am Ende der 90er Jahre

In der Bundesrepublik war das gesellschaftliche Klima bis zu den Bundestagswahlen am 27. September 1989 von einer resignativen Stimmung gekennzeichnet. Von der Kohl-Regierung gingen kaum noch innovative Ideen aus. In Ostdeutschland verschlechterte sich sogar noch die soziale Situation. Überall machten sich Unzufriedenheit, Systemverdrossenheit und Zukunftsangst bemerkbar. All das löste bei Teilen der Bevölkerung einen Sinneswandel und zum Teil eine Hinwendung zu tendenziell rechtsextremen Ein-

60 Siehe Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, a.a.O., S. 126.

61 Siehe Claudia Dammann: DGB-Mitgliedschaft: Keine Barriere gegen Rechts, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP – Geschichte und Zukunft, Berlin 1999, S. 202ff.

stellungen aus. Besonders unter der Jugend in den neuen Bundesländern verstärkte sich bei den einen die Resignation und bei anderen die Opposition gegenüber der Gesellschaft, dem Staat und zum Teil auch den Familien.

Mindestens ein Drittel der jungen Menschen zeigte hier deutliche Sympathien für den Rechtsextremismus. Rechts galt als chic und wurde in den Denk- und Verhaltensweisen zu einem Teil der Alltagskultur. Diese politischen wie mentalen Rahmenbedingungen begünstigten eine relative Stabilisierung aller Spielarten des bundesrepublikanischen Rechtsextremismus. Bei allen Parteien der extremen Rechten, besonders auffallend in Ostdeutschland, gab es einen Zuwachs an Mitgliedern und Wählern. Auch die Neonazis hatten weitgehend den Schock der Verbote überwunden und die Umstellung auf autonome *Kameradschaften* und regionale Gruppierungen nahezu abgeschlossen. Neu war gleichfalls, dass sich in fast allen rechtsextremen Parteien bis hin zu Führern von Skinhead-Gruppen ein Prozess der Intellektualisierung vollzog. Überall wurden die Schulungen von Kadern, Abgeordneten und Mitgliedern verstärkt. Rechtsextremisten scheuten selbst nicht vor einer Anmeldung und Teilnahme an gewerkschaftlichen Bildungsveranstaltungen zurück. Ende der 90er Jahre kam es in der neonazistischen Szene auch wieder zu einer Belebung rechtsterroristischer Tendenzen.

Übersicht 17: Angaben des Verfassungsschutzes und anderer Quellen über die Mitgliederentwicklung der rechtsextremen Parteien

Jahr	Republikaner		DVU		NPD		DLVH	
	Gesamt	NBL	Gesamt	NBL	Gesamt	NBL	Gesamt	NBL
1991	22 000	2 500	24 000	1 600	6 412	700	800	80
1992	20 000	2 899	26 734	1 500	5 200	600	100	100
1993	19 820	3 000	26 000	1 900	5 190	500	900	130
1994	20 000	3 500	20 000	1 200	4 650	500	900	140
1995	16 000	2 000	15 000	900	4 150	450	900	150
1996	15 000	1 600	15 000	850	3 700	450	800	120
1997	15 500	1 400	15 000	500	4 650	1 100	700	100
1998	15 000	1 900	18 000	1 900	6 400	2 200	500	80
1999	14 000		17 000		6 300		300	

Die Angaben des Verfassungsschutzes sind in der Regel geschätzt und abgerundet. Die rechtsextremen Parteien geben in der Regel höhere Zahlen an. Die genannten genaueren Zahlen sind den jährlichen Berichten der Parteien an das Präsidium des Bundestages entnommen. In den Zahlen für die neuen Bundesländer sind die Daten für Berlin/Ost nicht enthalten, da diese nicht getrennt zur gesamtberliner Zahl ausgewiesen werden.

1998 wurde zum Beispiel in Jena eine Bombenwerkstatt ausgehoben. 1999 verbreiteten Neonazis von Westdeutschland aus eine „Wehrwolf“-Broschüre mit Aufrufen zum Mord an Antifaschisten. Auf dieser Linie lagen desgleichen Homepage-Seiten, die in Dresden und Halle/S. ins Internet gestellt wurden. Erst im Juni 2000 wurden die Computer dieser Internet-Nutzer beschlagnahmt und damit die Mordhetze beendet.

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre wurde ferner die elektronische Vernetzung der rechtsextremen Szene, die vom Handy über Scanner zum Abhören des Polizeifunks bis zum Internet reicht, im großen und ganzen abgeschlossen. Dominierten anfangs Mail-Box-Netze und *Nationale Info-Telefone* (NIT), so wird jetzt das Internet bevorzugt. Von den weltweit über 2 000 rechtsextremen Homepage-Seiten waren Ende 1999 etwa 330 von der Bundesrepublik aus ins Internet gestellt worden. Nur mit einem Mausklick ist es heute möglich, sich ungehindert Hitlers „Mein Kampf“ ausdrucken zu lassen. Jahrelang nutzten Neonazis in Berlin auch den mit Steuergeldern finanzierten *Offenen Kanal Berlin*, um hier mit dem *Radio Germania* ihre nur etwas verschleierte Ziele zu propagieren.

Programmatisch und in ihrer praktizierten Politik passten sich fast alle rechtsextremen Organisationen in diesen Jahren mehr und mehr den realen Gegebenheiten an. Eine rechtsextrem geprägte, vor allem aber ethnisierte Sozialpolitik rückte in den Mittelpunkt ihrer politischen Agitation. Unverhüllt proklamierten sie sich in Konkurrenz zur PDS als Parteien der sozialen Gerechtigkeit. Im Unterschied zu den ersten 90er Jahren konzentrierten jetzt alle diese Gruppierungen starke Kräfte auf die neuen Länder. Teilweise verlegten führende Kader ihre Wohnsitze in den Osten. Bundeszentralen wie die der *Republikaner* und der NPD wurden nach Berlin verlagert. Die Konzentration ihrer Kräfte auf Ostdeutschland brachte ihnen, besonders für die DVU in Sachsen-Anhalt und im Land Brandenburg, beachtenswerte Wahlerfolge ein, die signalisierten, dass Parteien der extremen Rechten ein Durchbruch zu einem politischen Faktor der Landespolitik der neuen Bundesländer durchaus möglich ist.

Die Veränderungen im Verhalten vieler Bürger in Ostdeutschland gegenüber den rechtsextremistischen Parteien zeigten sich gleichfalls darin, dass deren Funktionäre vielfach in nicht wenigen Kommunen geachtete Mitbewohner sind und in örtlichen Vereinen, Bürgerinitiativen und Wählergemeinschaften usw. nicht mehr als Trittbrettfahrer angesehen werden. Besonders in Sachsen und Thüringen traten dortige Bürger in der zweiten Hälfte der 90er Jahre als potente Spender für rechtsextreme Parteien auf.

Ein beunruhigender Aspekt in der Entwicklung der extremen Rechten war die weiterhin hohe Anzahl rechtsextrem motivierter Gewaltanwendung. Nach den offiziellen Angaben gab es bundesweit kaum eine Abnahme solcher Delikte, wobei die neuen Bundesländer umgerechnet auf die Einwohnerzahl ständig die Spitzenpositionen einnahmen. In vielen Orten Ostdeutschlands wächst die Angst vor rechtsextremen Gewalttätern. Dazu tragen wesentlich die Bestrebungen von NPD-Anhängern, Neonazis und rechtsextrem gesinnten Skinheads bei, in Teilen der Orte und Städte, in Jugendklubs und auf Sportplätzen so genannte „national befreite Zonen“ zu schaffen. Obwohl Landes- wie Kommunalpolitiker es immer wieder leugnen, existieren solche Zonen zumindest in allen neuen Bundesländern, vor allem in Brandenburg, Sachsen und Thüringen, wo Rechts-extreme zeitweilig eine kulturelle Hegemonie ausüben und eine Gegenmacht zum staatlichen Gewaltmonopol etablieren. Sie bestimmen, wer Zutritt zu den Freizeiteinrichtungen erhält und welche Musik gespielt wird, wo ein für Ausländer gefährlicher Bereich, eine „no-go-area“ ist. Solche Zonen entstanden zumeist dort, wo von Landräten, Bürgermeistern und der Polizei die von den Rechtsextremisten ausgehende Gefahr bagatellisiert oder gar geleugnet wird. Es handele sich doch, wird oft entschuldigend gesagt, um

„unsere Jungs“, um schon früher vorhandene Raufereien unter Jugendlichen. Dass es in Ostdeutschland vielerorts zu dieser Entwicklung kam, sieht der Bundestagspräsident Wolfgang Thierse unter anderem darin begründet, dass man Anfang der 90er Jahre in den neuen Bundesländern „aus dem Westen das Konzept der so genannten akzeptierenden Jugendarbeit übernommen“ hat.⁶² Unter Berufung auf dieses Konzept wurden für solche Projekte oft beträchtliche finanzielle Mittel aus den zentralen und kommunalen Haushalten zur Verfügung gestellt, nicht selten bekannte Neonazis als ABM-finanzierte Sozialarbeiter eingestellt und für die Betreuung rechtsgesinnter Jugendlicher eingesetzt. Joachim Kolb stellte dazu fest, dass mit Hilfe dieser akzeptierenden Sozialarbeit „in vielen Fällen überhaupt erst die notwendige Infrastruktur geschaffen“ wurde, „damit sich eine diffus rechtsorientierte Jugendkultur organisatorisch und ideologisch festigen konnte“. Vielfach mutierten solche Projekte „zu Rekrutierungszentren und Aktionsbasen für rechtsextreme Organisationen“.⁶³

Übersicht 18: Vergleich der Bundesländer bei erwiesenen bzw. zu vermutenden rechtsextremistischen Gewalttaten 1992-1999

Länder	1992*		1996		1997		1998		1999	
	A	B	A	B	A	B	A	B	A	B
Schleswig-Holstein	139	5,29	36	1,31	24	0,87	36	1,30	24	0,87
Hamburg	35	2,12	30	1,76	18	1,06	19	1,12	23	1,35
Bremen	2	0,29	5	0,74	5	0,75	2	0,30	6	0,90
Niedersachsen	192	2,60	57	0,73	59	0,75	42	0,53	80	1,02
Mecklenburg-Pom.	197	10,19	40	2,20	68	3,77	53	2,94	51	2,84
Brandenburg	249	9,60	72	2,81	97	3,76	59	2,29	62	2,39
Berlin	118	3,44	37	1,07	66	1,93	81	2,37	30	0,88
Sachsen-Anhalt	107	3,70	42	1,55	66	2,45	89	3,31	81	3,04
NRW	641	3,70	100	0,56	119	0,99	77	0,43	87	0,48
Hessen	160	2,78	6	0,10	17	0,28	15	0,25	21	0,35
Thüringen	82	3,12	53	2,13	42	1,70	36	1,46	50	2,04
Sachsen	165	3,44	76	1,67	86	1,91	89	1,97	86	1,92
Saarland	44	4,09	2	0,18	5	0,46	3	0,28	2	1,19
Rh.-Pfalz	59	1,57	11	0,27	18	0,45	16	0,40	24	0,60
Baden-Württemberg	287	2,93	38	0,37	61	0,59	51	0,49	61	0,58
Bayern	107	0,93	19	0,16	39	0,32	40	0,33	58	0,48

A) Gewalttaten in absoluten Zahlen B) Gewalttaten in der Relation auf 100 000 Landeseinwohner
 Alle Daten aus den Berichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz für die entsprechenden Jahre.
 Durch die Verwendung von zum Teil unterschiedlichen juristischen Kategorien ist die Vergleichbarkeit zwischen einigen Jahren nicht gegeben.

* 1994/95 wurden *Gesetzesverletzungen* insgesamt ausgewiesen, 1995 wurden *Straftaten* insg. ausgewiesen

62 Interview mit Wolfgang Thierse, in: DIE WOCHE, Hamburg, Nr. 24, 9.6.2000, S. 6.

63 Joachim Kolb: Antifa-Bündnisse ohne bürgerliche Loblieder. Möglichkeiten und Grenzen einer

Aufmerksamkeit erregte in diesen Jahren gleichfalls die wachsende Zahl von gemeinsamen Aktionen von extremen Rechten und Kräften vom rechten Flügel der Unionsparteien. Das betraf vor allem Demonstrationen gegen die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ und gegen das vorgesehene Holocaust-Memorial in Berlin, das oftmals als „Schandmal“ diffamiert wurde.

Übersicht 19: Stimmen für die DVU 1998/1999 bei Bundestags- und Landtagswahlen in Ostdeutschland (Zweitstimmen absolut und in Prozent)

Wahl	NBL	Meckl.-Vorp.	Brandenb.	Sachs.-Anh.	Thüringen	Sachsen	Berlin-Ost
Bundestag							
1998	287 029 2,7	29 703 2,7	42 153 2,7	52 179 3,3	45 744 2,9	75 579 2,64	1 671 2,1
Landtag							
1998/99	318 213 6,1	31 228 2,9	58 247 5,3	192 352 12,9	36 386 3,1	X X	X X

Quelle: Angaben über die endgültigen Stimmenergebnisse der Wahlen durch die Statistischen Landesämter

Im Lager der extremen Rechten hatte sich zunächst die prekäre Lage der DVU kaum verändert. Mangels neuer Mitglieder löste der DVU-Vorsitzende Frey die meisten seiner bundesweiten Aktionsgemeinschaften zugunsten des *Ehrenbundes Rudel – Gemeinschaft zum Schutz deutscher Soldaten* und der *Initiative Ausländerbegrenzung* im DVU-Verein auf. In den Landesverbänden, besonders in Ostdeutschland, hatte sich die desolote Situation sogar noch verschärft. Faktisch wurden die DVU-Landesorganisationen in Sachsen und Sachsen-Anhalt von Bayern bzw. Thüringen aus zwangsverwaltet. Die Umstände zwangen Frey zur Suche nach einem möglichen Befreiungsschlag, den er vorerst insbesondere in einer erstmaligen Teilnahme an der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt sah. Unter dem Einsatz großer materieller Mittel errang er den größten Wahlerfolg, den je eine rechtsextreme Partei in der Geschichte der BRD hatte. In Hoffnung auf eine Wiederholung dieses Ergebnisses beteiligte sich die DVU erstmals auch an den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und an den Bundestagswahlen vom 27. September 1998. Dabei zeigte es sich, dass der Coup von Sachsen-Anhalt nicht wiederholbar war. Lediglich im Land Brandenburg konnte die DVU am 5. September 1999 mit 5,3% der Stimmen fünf Abgeordneten in den Landtag entsenden. In Thüringen reichte es bei der Landtagswahl am 12. September 1999 nur zu 3,1% der Stimmen, das waren aber immerhin mehr, als FDP und Grüne zusammengenommen erhielten.

Ihre Wahlkämpfe führte die DVU überall nach dem gleichen demagogischen und rassistischen Muster. So forderte man z. B., die Ausländerbeauftragten bei den staatlichen Verwaltungen abzuschaffen und dafür „Deutschenbeauftragte“ einzusetzen, die Ministergehälter und Abgeordnetendiäten zu senken und dafür ein monatliches Kindergeld von

zivilgesellschaftlichen Bekämpfung von Rechtsextremismus in Ostdeutschland, in: analyse und kritik, Hamburg, Nr. 439, S. 8.6.2000, S. 26.

1 000 DM für alle Kinder bis zum 14. Lebensalter einzuführen. Besondere Sorge galt der stark militaristisch orientierten DVU überall dem Ansehen früherer und heutiger deutscher Soldaten. Auf Antrag des sächsischen DVU-Landesverbandes verlangte deshalb ein DVU-Parteitag im Januar 1999 verschärfte „rechtliche und vor allem strafrechtliche Maßnahmen zum Schutz derer, die für unser Volk und Land ihr Leben geben“.⁶⁴

Der Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt im April 1998 löste für die DVU in diesem Bundesland von der Altmark bis zum Burgenland einen Zustrom neuer Anhänger aus. Das Spektrum reichte dabei von ehemalige Funktionären der SED bis zu Kadern der *Republikaner*. Angesteckt vom Größenwahn des DVU-Bundesvorsitzen den Frey verkündete der Chef der neuen DVU-Fraktion im sachsen-anhaltinischen Landtag, Helmut Wolf, noch am Wahlabend: „Es ist kein Geheimnis, dass wir in vier Jahren die Regierung übernehmen und den Ministerpräsidenten stellen wollen.“⁶⁵ Sieht man sich in diesem Zusammenhang die praktische Arbeit der DVU-Fraktion in den Landtagen an, so ist kaum etwas von konstruktiver Politik zu bemerken. Vielfach beschränkt man sich auf Kleine Anfragen, deren Substanz meist aus den Polizeiberichten der Tageszeitungen entnommen wurde und bei denen vor allem nach der Nationalität der Täter gefragt wird.

Für Frey war der Wahlerfolg ein weiterer Anlass, seinen Kurs der finanziellen Schröpfung zu verstärken. Von allen DVU-Abgeordneten in den Landtagen Ostdeutschlands verlangte er von deren Diäten monatlich mindestens 1 200 DM Abführung nach München und an seine älteren Anhänger appellierte er, sie mögen doch ihr Testament zugunsten der DVU ändern. Bis auf die Ausnahme der Landtagswahl in Brandenburg scheint 1999 der Höhenflug der DVU jedoch wesentlich gebremst zu sein. Die Zahl der Parteimitglieder nahm wieder ab und wegen zurückgehender Abonnentenzahlen für seine Zeitungen sah sich Frey im Sommer 1999 gezwungen, die bisherigen drei Wochenzeitungen zu der weiterhin wöchentlich in München erscheinenden „National Zeitung“ zusammenzulegen.

Wie zuvor schon in Bremen und Schleswig-Holstein dauerte die Eintracht der DVU-Fraktion im Landtag von Magdeburg nicht allzu lange. Unzufrieden mit dem immer autoritäreren Politikstil von Frey und seinen engeren Vasallen sowie eines überzogenen eigenen Geltungsbedürfnisses spalteten sich im Frühjahr 2000 sieben der 16 Abgeordneten von der DVU-Fraktion ab und gründeten unter Vorsitz des ehemaligen SED-Mitglieds Claudia Wiechmann in Anlehnung an die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) von Jörg Haider am 7. Mai 2000 bei Naumburg eine *Freiheitliche Deutsche Volkspartei* (FDVP). In dem verabschiedeten Programm folgt die FDVP, die zum Gründungszeitpunkt über 200 Mitglieder gehabt haben will, weiterhin den alten Kernthesen der DVU. Durch ihre inneren Zänkereien verlor die DVU in Ost- und Westdeutschland viel Renommee. Das kommentierte die Magdeburger „Volksstimme“ mit den Worten: „Als Saubermänner sind die Rechtsextremen angetreten, als Aufräumer, lasst euch nicht zur Sau machen, prunkte auf Wahlplakaten. Und jetzt? Seit Wochen machen sich die DVU-Landtagsabgeordneten

64 Siehe Deutsche National-Zeitung, München, 22.1.1999.

65 Volksstimme, Magdeburg, 28.4.1998.

gegenseitig zur Sau. Miese Intrigen, fiese Gerüchte, ein wüstes Hauen und Stechen. Die Partei hat sich selbst entlarvt.“⁶⁶

Im Unterschied zur DVU gab es bei den rechtsextremen *Republikanern* in der zweiten Hälfte der 90er Jahre kein Zwischenhoch. Die Mitgliederzahl stagnierte und bis auf Ausnahmen wie bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 2000 waren kaum noch Zuwächse bei den Wählern zu verzeichnen. In den neuen Bundesländern ging die Stimmenzahl für die *Republikaner* sogar spürbar zurück.

Übersicht 20: Stimmen für die Republikaner 1990-1999 bei Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in Ostdeutschland (Zweitstimmen absolut und in Prozent)

Wahl	NBL	Meck.-Vorp.	Brandenb.	Sachs.-Anh.	Thüringen	Sachsen	Berlin-Ost
Bundestag							
1990	115 466 1,3	14 009 1,4	23 611 1,7	15 197 1,0	17 869 1,2	33 705 1,2	11 075 1,5
Landtag							
1990	56 942 0,6	7 640 0,9	14 631 1,2	8 992 0,6	11 712 0,8	X X	13 967 1,9
Bundestag							
1994	109 323 1,3	11 577 1,2	15 220 1,1	14 641 1,2	19 753 1,4	35 483 1,4	12 676 1,7
Landtag							
1994	104 018 1,6	9 974 1,0	16 380 1,5	15 478 1,4	18 304 1,3	26 177 1,3	17 705 2,9
Europa- wahl							
1994	214 707 2,5	21 596 2,6	18 348 2,3	37 989 2,8	39 543 2,9	84 334 3,5	12 897 2,7
Bundestag							
1998	141 540 1,5	6172 0,6	25 602 1,7	9 055 0,6	25 258 1,6	55 129 1,9	20 324 2,6
Landtag							
1998/99	74 492 1,3	5 825 0,5	X X	10 239 0,7	8 766 0,8	32 793 1,5	16 869 2,8
Europa- wahl							
1999	105 124 1,8	7 926 1,2	9 711 1,6	12 971 1,3	20 953 1,9	46 532 2,5	7 031 2,1

Quelle: Angaben über die endgültigen Stimmenergebnisse der Wahlen durch die Statistischen Landesämter

Einzelne Kreisverbände wie in Potsdam oder im Rhein-Neckar-Kreis lösten sich, weil die meisten Mitglieder zur DVU bzw. zur NPD abwanderten, sogar auf. Hochburgen der *Republikaner* blieben nur noch Bayern und Baden-Württemberg, wo ca. 40% aller Mitglieder wohnten. Programmatisch passten sich die *Republikaner* immer mehr dem neoliberalen Mainstream an und forderten die Einrichtung von mehr Niedriglohn-Arbeitsplätzen sowie die Liquidierung des sozialen Netzes in der BRD. In einem 1998 in Berlin verbreiteten Traktat verlangten sie darüber hinaus, die Grenzen nach Polen und die Tschechische Republik weitgehend dicht zu machen und zur Bekämpfung der Kriminalität ein drakonisches Justizsystem einzuführen: „Keine langen Gerichtsverfahren mehr: festgenommen, dem Richter vorgeführt, per Mausclick Urteil!“⁶⁷

66 Volksstimme, Magdeburg, 29.1.2000.

67 DIE REPUBLIKANER: Die Alternative für Berlin, Berlin 1998.

Um aus ihrer Misere herauszukommen, begannen sich die *Republikaner* noch stärker bei der CDU/CSU anzubiedern. Zudem wollten sie über die Absprachen mit der DVU hinaus Wahlbündnisse mit kleineren rechtsextremen Parteien wie der ostdeutschen *Deutschen Sozialen Union* (DSU), der *Initiative Pro-DM*, dem *Bund Freier Bürger* (BFB) und anderen eingehen. Sowohl in Thüringen wie in Sachsen-Anhalt scheiterten aus unterschiedlichen Gründen alle solche Bemühungen. Ein wesentlicher Grund lag sicher auch darin, dass derartige Bündnisse zumeist nicht von der Masse der Mitglieder der *Republikaner* getragen wurden, die auf eine engere politische Kooperation mit den größeren rechtsextremen Parteien in der Bundesrepublik drängten.

Die umfassendsten Veränderungen von allen rechtsextremistischen Gruppierungen in der Bundesrepublik vollzogen sich nach 1996 in der NPD. Mit der Annahme eines neuen Parteiprogramms im Dezember 1996 definierte sich die NPD als eine „nationale außerparlamentarische Fundamentalopposition“ (NAPO)⁶⁸, die in der Bundesrepublik nach der Macht strebt, um dann einen „nationalen und volksbezogenen Sozialismus“ zu errichten. Dazu will sie zunächst „politischer Marktführer im nationalen Lager“ werden. Auch in der politischen Agitation wurden die Schwerpunkte von einer vergangenheitsbezogenen Diskussion hin zu gegenwärtigen Problemen, vor allem im sozialen Bereich, verändert. Gemeinsam mit rechtsextrem gesinnten Skinheads und Neonazis entfaltete die NPD einen bis dahin nicht gekannten Aktionismus, insbesondere in Gestalt von martialischen Demonstrationen. Gleichzeitig erfuhr die NPD durch die Aufhebung aller Abgrenzungen gegenüber den Skinheads und den Neonazis vor allem in den neuen Bundesländern einen beachtlichen Zugang an Mitgliedern, die im Durchschnitt noch nicht das 30. Lebensjahr überschritten hatten. In Sachsen wuchs so die NPD von etwa 300 Mitgliedern im Jahr 1996 auf ca. 1 500 im Jahr 1998 und hatte damit mehr Mitglieder als die FDP und die Bündnisgrünen in diesem Bundesland. Gleichfalls konnte die NPD im Vergleich zu 1994 in Ostdeutschland ein Mehrfaches an Wählern hinzugewinnen. Bei den Landtagswahlen 1999 in Sachsen gelang es ihr sogar, im Wahlkreis der Sächsischen Schweiz die SPD in einigen Orten zu überholen. Das alles waren unter anderem Ergebnisse der Verlagerung des territorialen Schwerpunkts der NPD auf die neuen Bundesländer. Das fand auch darin seinen Ausdruck, dass alle wichtigen Parteiorgane der NPD und der JN, die Bundesgeschäftsstellen, die Redaktion des Parteiorgans „Deutsche Stimme“ und die hauptsächliche Parteilogistik von Westdeutschland nach Ostberlin oder Sachsen verlagert wurden.

68 Siehe Udo Voigt: Mit der NAPO auf dem Weg in das neue Jahrtausend, in: Holger Apfel (Hrsg.): Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, Stuttgart 1999, S. 469ff.

Übersicht 21: Stimmen für die NPD 1990/1999 bei Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in Ostdeutschland (Zweitstimmen absolut und in Prozent)

Wahl	NBL	Meck.-Vorp.	Brandenb.	Sachs.-Anh.	Thüringen	Sachsen	Berlin-Ost
Bundestag							
1990	23 212 0,2	3 164 0,3	3 089 0,2	2 704 0,2	3 973 0,3	9 514 0,3	768 0,1
Landtag							
1990	25 412 0,3	1 499 0,2	1 666 0,1	1 924 0,1	3 096 0,2	17 227 0,7	X X
Europawahl							
1990	X X	X X	X X	X X	X X	X X	X X
Bundestag							
1994	X X	X X	X X	X X	X X	X X	X X
Landtag							
1994	1 429 0,1	1 429 0,1	X X	X X	X X	X X	X X
Europa-							
wahl							
1994	18 715 0,3	2 463 0,3	2 282 0,3	3 820 0,3	3 491 0,3	5 760 0,2	899 0,1
Bundestag							
1998	70 015 0,7	10 653 1,0	11 646 0,8	5 334 0,3	X X	34 485 1,2	7 897 0,4
Landtag							
1998/99	61 461 0,9	11 559 1,1	8 137 0,4	X X	2 751 0,2	29 593 1,4	9 421 1,6
Europa-							
wahl							
1999	52 236 0,9	4 260 0,6	7 345 1,2	7 363 0,7	7 021 0,6	21 510 1,2	4 737 1,4

Quelle: Angaben über die endgültigen Stimmenergebnisse der Wahlen durch die Statistischen Landesämter

Die veränderte Programmatik und die darauf fußende Politik der NPD ist mehr als nur verbale Kosmetik. Im Kern war es ein Kurswechsel hin zur Wiedererrichtung eines nazistischen großdeutschen Reiches. Schon der Ausgangspunkt aller NPD-Analysen verweist auf die Abenteuerlichkeit ihrer Politik. Danach wäre die Bundesrepublik „zu einer US-amerikanischen Provinz degradiert worden“ und die ganze Situation werde von einem „zusammenbrechende(n) politische(n) und wirtschaftliche(n) System“ bestimmt.⁶⁹ Diesem System will die NPD den Todesstoß versetzen, um auf seinen Trümmern einen „deutschen Sozialismus“ auf rassistischer Grundlage zu errichten. Dafür hatte die NPD erstmalig auch ein ökonomisches Konzept für eine völkisch-nationalistische „raumorientierte Volkswirtschaft“ erarbeitet – dem Wesen nach nichts anderes als eine modifizierte Form des hitlerschen staatsmonopolistischen Kapitalismus. Zugleich wollte man damit der sich vollziehenden wirtschaftlichen Globalisierung, einer „Fremdsteuern“ der deutschen Wirtschaft und Politik entgegenwirken.⁷⁰ Skrupellos ging die NPD eben-

69 Das strategische Konzept der NPD – Grundgedanken, in: Holger Apfel (Hrsg.): Alles Große steht im Sturm, a.a.O., S. 356ff.

70 Siehe Per Lennart Aae: Politisch-weltanschauliche Grundlagen und Grundsätze der deutschen Nationaldemokratie, in: Holger Apfel (Hrsg.): Alles Große steht im Sturm, a.a.O., S. 433ff.

falls dazu über, alle demokratischen Traditionen in der deutschen Geschichte vom Hambacher Fest 1832 bis zur Wendelösung „Wir sind das Volk“ für sich zu okkupieren und mit Parolen der deutschen Faschisten aus der Zeit der Weimarer Republik und danach wie „Rotfront verrecke“ oder „Brechung der Zinsknechtschaft“ zu kombinieren. Niederschlag findet das Blut-und-Boden-Konzept schließlich gleichfalls in ihrer Ausländerpolitik. Eine deutsche Staatsbürgerschaft soll unter anderem nur Menschen „deutscher Abstammung“ zugestanden werden.

Mit ihren programmatischen Veränderungen verabschiedete sich die NPD auch von allen vorherigen formalen Abgrenzungen gegenüber den offenen Neonazis und den rechts-extrem gesinnten Skinheads. Nachdrücklich wurde betont: „Die NPD hat keine Probleme mit solchen Gruppen zusammenzuarbeiten, wenn sie bereit sind, als politische Soldaten zu denken und zu handeln.“⁷¹ Alles zusammengenommen lässt das das ehemalige Mitglied des Bundesvorstandes der NPD, Gregor Janik aus dem sächsischen Zittau, in der Begründung zu seinem Parteiaustritt zu dem Schluss kommen: In der NPD werde ein „faschistischer Kurs gefahren“.⁷²

Eine weitere Spezifik der veränderten NPD-Politik bestand in einer massiv rechtsextrem geprägten DDR-Nostalgie. Unverhohlen verlangte der NPD-Vorsitzende Voigt, die sozialen Errungenschaften der DDR im Sinne der NPD aufzugreifen und positiv zu besetzen. Zugespitzt erklärte er: „Wir müssen gerade in Mitteldeutschland klarmachen, dass wir Nationalen die faktische Nachfolge der Kommunisten in der Vertretung sozialer Lebensinteressen des deutschen Volkes angetreten haben.“⁷³ Vorreiter in der praktischen Umsetzung dieser Linie in der NPD war deren sächsischer Landesverband. Zusammen mit ehemaligen Führungskräften der NATIONALEN, die sich aus Furcht vor einem Verbot im November 1997 als eigenständige Gruppierung selbst aufgelöst und der NPD angeschlossen hatten, sowie solchen schnell „gewendeten“ Personen wie Michael Nier, einst Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften an der Ingenieur-Hochschule Mittweida, gründete man im Mai 1998 einen offenen Arbeitskreis „Sozialisten in der NPD“ und verkündete unter anderem in einer pseudosozialistischen Gründungsresolution:

„Aus der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung bewegt uns der Wunsch nach einer gerechten Gesellschaft, die nach aller historischen Erfahrung nur eine sozialistische sein kann ... Sozialismus ist immer eine Aufgabe der Nationen und nur eine nationale Partei kann eine wirklich sozialistische Partei sein. Wir sehen, daß die Parteien, die ‚sozial‘ oder ‚sozialistisch‘ in ihrem Namen führen, mehr und mehr auf die Positionen des internationalen Kapitals einschwenken. Wir sehen auch die PDS von ihrer Führung her nicht mehr als eine Partei an, die nach sozialer und historischer Gerechtigkeit strebt. Mehr und mehr verrät sie die Interessen ihrer Wähler im Osten und verachtet deren Lebensleistung in der DDR. Unsere Hoffnung richtet sich deshalb in Deutschland auf die NPD ... Kampf dem US-Imperialismus! Für einen sozialistischen Volksstaat.“⁷⁴

In diesem Geiste verfasste der NPD-Landesvorstand Sachsen zu den Bundestagswah-

71 Das strategische Konzept der NPD – Grundgedanken, a.a.O., S. 360.

72 Leserbrief von Gregor Janik im Neuen Deutschland, Berlin, 21./22.5.2000.

73 Deutsche Stimme-Extra, Stuttgart 1998, Nr. 7, S. 2.

74 DESG-inform, Hamburg 1998, Nr. 7/8, S. 4/5.

len 1998 ein Flugblatt, das besonders auf eine Anbiederung an PDS-Wähler und Jugendliche zielte und in dem es dann weitergehend hieß:

Die NPD „ist eine moderne und revolutionäre Partei, die sich im Interesse aller anständigen Deutschen der Zerstörung unseres Landes durch die Politiker des Internationalen Großkapitals entgegenstellt. Die Politik der Bundesregierung bewerten wir als kapitalistischen Extremismus und Fundamentalismus. Sie ist im Wesen gegen das deutsche Volk gerichtet.

Wir sind eine antiimperialistische Partei und solidarisch mit allen Völkern, die sich im Abwehrkampf gegen den verbrecherischen US-Imperialismus und seine Helfershelfer befinden. In der Tradition der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung stehend und in der Geschichte des deutschen Volkes verwurzelt, wenden wir uns gegen alle Volks- und kulturzerstörenden Maßnahmen der EU-Administration, der Bundesregierung und der Landesregierungen ...

Unser natürlicher Partner ist, wer

- gegen die Herrschaft des Internationalen Kapitals in Form von EU und Nato ist,
- den Einfluss der Banken, Versicherungen und Großunternehmen auf die Politik für verderblich ansieht,
- die weitere Monopolisierung der Wirtschaft und die Schädigung der Klein- und Mittelbetriebe ablehnt,
- gegen die Privatisierung des öffentlichen Eigentums und kommunalen Leistungen ist und
- wer nicht bereit ist, die international betriebene Zerstörung der deutschen Kultur und Mentalität hinzunehmen ...

Mit Sorge erfüllt uns, daß sich Tendenzen in der Führung der PDS ausbreiten, sich dem politischen Geschäftsgebahren der Altparteien anzupassen, ihre Wähler zu verraten und sich immer abwertender zur Geschichte der DDR zu äussern.

Wir Mitglieder der NPD in Sachsen stehen zur ganzen deutschen Geschichte und auch zur Geschichte der DDR. Die Mehrheit unserer Mitglieder ist im 8. Jahr des Beitritts der DDR zur BRD der Meinung, daß die DDR das bessere Deutschland war. Wir wollen deshalb die positiven Erfahrungen aus der DDR in die deutsche Politik einbringen.

Unsere Partei ist deshalb offen für alle Bürger, und wir fordern ehemalige Hoheits-träger und Führungskräfte der DDR auf, in unserer Partei mit ihrer Sachkunde und ihrem politischen Kritikvermögen zu wirken.

Schluss mit der Diskriminierung der Sachsen durch die Westdeutsche Landesregierung in Dresden!

Wir sind die Partei für Deutschland und die Deutschen.

Für eine neue Nationale Front des demokratischen Deutschlands in Sachsen!⁷⁵

Vor allem unter den älteren NPD-Mitgliedern in Westdeutschland rief die Aussage von der DDR als des besseren Deutschlands heftige Proteste hervor. Vermittelnd erklärte dann dazu der NPD-Vorsitzende Voigt, es wäre „natürlich politischer Unsinn, zu behaupten, die DDR sei das bessere Deutschland gewesen“, aber sicher wäre, dass die DDR „im Vergleich zu den deutschen Nachkriegsgebilden Österreich und BRD das deutschere

75 DESG-Inform, Hamburg 1998, Nr. 6, S. 3.

Deutschland gewesen ist“.⁷⁶ Dieser Streit löste aber noch andere Reaktionen aus. Wegen der in diesem Zusammenhang verkündeten Zurücknahme ihres bisherigen aggressiven Antikommunismus kam es in Mecklenburg-Vorpommern und anderen Orten zu Abspaltungen von der NPD. Die Mecklenburger Dissidenten gründeten aus diesem Grunde eine *Soziale Volkspartei* (SVP). Aus anderen Motiven formierte sich in Thüringen aus ehemaligen NPD-Mitgliedern ein *Bund Deutscher Patrioten* (BDP); in Nordrhein-Westfalen, Sachsen und anderen Regionen verliessen aus Protest gegen die Aufnahme eines Ausländers führende Kader die *Jungen Nationaldemokraten* (JN) und schlossen sich zu einem „Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) zusammen. Zugleich gewann die NPD mit ihrem neuen Kurs aber auch neue Mitglieder und Anhänger. So wurden z. B. das ehemalige Mitglied der terroristischen *Rote Armee Fraktion* (RAF), Horst Mahler, und der einstige stellvertretende Vorsitzende der in den Wendetagen 1989/90 noch in der DDR gegründeten Mini-KPD, Michael Kloth, zu eifrigen Agitatoren für die NPD.

Wie schon erwähnt, entfaltete die NPD in diesen Jahren einen bislang nie gekannten Aktionismus. Über die mit allen Mitteln eroberten Straßen und den Einzug in die Parlamente wollte man die Machtfrage stellen und sich für einen „Aufstand Ost“ vorbereiten.⁷⁷ Entgegen allen Realitäten und Wahlergebnissen nahm die NPD wie alle reaktionären Parteien für sich in Anspruch, „Sprachrohr der schweigenden Mehrheit in Deutschland“ zu sein. Zur Hauptmethode der Verbreitung ihrer Ansichten wurden für die NPD Aufmärsche im Stile der faschistischen SA und möglichst Aufmerksamkeit erregende Kundgebungen wie die am 1. Mai 1998 mit ca. 4 000 Teilnehmern unter der Parole „Gegen System und Kapital/unser Kampf ist national“ am Völkerschlachtdenkmal in Leipzig. Allein 1998 organisierte die NPD, oftmals mit Duldung von Verwaltungsgerichten und unter einem überproportionalen Polizeischutz, über 60 solcher Demonstrationen – zunächst vor allem in Ostdeutschland; bald danach erfolgten solche Aufmärsche bis hinein ins Ruhrgebiet auch in Westdeutschland. Am 29. Januar 2000 marschierte dann erstmals die neonazistische NPD mit ihrem Anhang mit behördlicher Genehmigung wie einst die Hitler-Kolonnen durch das Brandenburger Tor in Berlin. Die Masse der Teilnehmer an solchen Aufmärschen waren insbesondere rechtsextrem gesinnte Skinheads, die so unter dem Schutz des Parteien-Privilegs der NPD ihre rechtsextreme Weltsicht offen auf Straßen und Plätzen propagieren konnten. Zumeist ohne ein Eingreifen der Polizei skandierten sie dabei nicht nur die NPD-Parole „Hier marschiert der nationale Widerstand“, sondern auch unter dem oftmaligen Zeigen des Hitlergrußes „Ruhm und Ehre der Waffen-SS!“, also einer Vereinigung, die 1946 in Nürnberg als verbrecherische Naziorganisation gebrandmarkt wurde. Neben NPD-Kadern traten bei solchen Veranstaltungen nicht selten bekannten Neonazis wie Manfred Roeder oder aus Hamburg Christian Worch und Thomas Wulff auf. Wie die Aufmärsche deutlich zeigen, nutzt die NPD die Skinheads als mobile Reisedemonstranten, als den schlagenden Arm der Partei und darüber hinaus als billige Plakatierer und Verteiler von Flugschriften. Äußerst agile Mitstreiter der NPD waren dabei im Raum von Pirna die Mitglieder der 1996 von der verbotenen *Wiking*

76 Deutsche Stimme, Stuttgart 1998, Nr. 11, S. 3.

77 Der führende sächsische NPD-Funktionär Uwe Leichsenring in der Sächsischen Zeitung, Dresden, 2.9.1998.

Jugend gegründeten Gruppe *Skinheads Sächsische Schweiz* (SSS), die Mitte 2000 von der Polizei als eine bewaffnete kriminelle Bande enttarnt und zerschlagen wurde.

Die martialischen Skinhead-Aufmärsche brachten der NPD vielerorts keine Sympathien ein. Nicht nur außerhalb, sondern auch in der NPD gab es viele Debatten darüber, die äußere Form solcher Demonstrationen zu verändern. Nicht mehr der rüde und an Krawall interessierte Nazi-Skin sollte das Bild der weiteren Aufmärsche bestimmen, sondern der ordentlich gekleidete junge Deutsche, der höfliche Junge von nebenan. Dieser Kurswechsel stieß bei den Skinheads auf wenig Gegenliebe. Auch bisherige Partner der NPD bei Demonstrationen wie das von den neonazistischen *Freien Nationalisten* (FN) aus Hamburg geführte *Aktionsbündnis Norddeutschland* oder das von neonazistischen Kameradschaften in Nordrhein-Westfalen initiierte *Nationale Aktionsbündnis Westdeutschland* orientierten sich jetzt mehr und mehr auf eigenständige Aktionen. Die veränderte Sympathisanten-Werbung der NPD erstreckte sich aber nicht nur auf die Äußerlichkeiten bei Aufmärschen. Allen Mitgliedern und Anhängern wurde empfohlen, sich im Sinne des Image einer Saubermann-Partei mehr um das Wohl der Menschen in ihrem Wohnumfeld zu kümmern. So brachten in verschiedenen Orten junge NPD-Mitglieder Spielplätze in Ordnung, pflanzten in öden Wohnvierteln Bäume, verwandelten Badestellen in „müllfreie Zonen“ und traten als Solisten oder Singegruppen in Seniorenheimen auf. Überhaupt nutzte die NPD immer stärker die Musik als ein zentrales Element zur Werbung neuer Anhänger, wobei sie nicht die Auftritte von Skinhead-Bands unterstützte, sondern im verstärktem Maße auch ihre Barden wie Frank Rennicke, Jörg Hähnel und andere auf Folk-Konzerten einsetzte.

Zur neuen Strategie der NPD gehörte gleichfalls ein verändertes Konzept für die Schaffung von „national befreiten Zonen“. Nicht mehr nur Skinheads und Neonazis sollten dafür die Hauptakteure sein. Viel mehr orientierte sich die NPD jetzt darauf, Vertriebenenorganisationen, die studentischen Burschenschaften oder Reservisten der Bundeswehr für solche Projekte zu gewinnen. Unverhüllt wurde dazu aufgefordert, auch umfangreicher Heimat- und Sportvereine, Landwirtschaftsverbände bis hin zu den Gruppen der Freiwilligen Feuerwehr und selbst Karnevalsvereine zu infiltrieren und deren Mitglieder für die Politik der NPD zu erwärmen. Mit der Parole „Deutsche Arbeit zuerst für Deutsche!“ wollte man sich auch stärker in den Gewerkschaften engagieren.⁷⁸ Dies alles sollte durch die Schaffung einer erweiterten Logistik der NPD unterstützt werden. Wie der ehemalige NPD-Landesvorsitzende in Sachsen-Anhalt, Steffen Hupka, der 1998 im Harzort Timmenrode (Kr. Quedlinburg) zwei Häuser für die Einrichtung einer Erholungs- und Rückzugsbasis kaufte, sollten NPD-Mitglieder und Anhänger überall Immobilien zur Installierung eines Netzes von Stammkneipen, Veranstaltungsräumen und Läden für den Bedarf der „nationalen Kräfte“ erwerben. Nach dem Muster des inzwischen in Berlin-Lichtenberg auf Druck von Antifaschisten wieder geschlossenen „Café Germania“ wollte man bundesweit ein Netz von Treffpunkten aufbauen. Unter Leitung des ehemaligen Chefs der neonazistischen Gruppe *Sächsische Nationale Liste* (SNL), Helmar Braun, gibt es ein weiteres solches Café in Dresden, weitere existieren in einem Dorf bei Neuruppin, im thüringischen Altenburg und in einer ganzen Reihe westdeutscher Städte.

78 Siehe Deutsche Stimme, Berlin 2000, Nr. 4, S. 18.

Offensiv wollen die NPD und ihr rechtsextremer Skin-Anhang künftig gegen ihre „antifaschistischen Feinde“ vorgehen. Funktionäre sollten deren öffentliche Versammlungen nicht meiden, sondern hingehen und mit ihren Diskussionsreden versuchen, die Zusammenkunft „national“ aufzumischen und umzufunktionieren. Weiterhin will man die Antifaschisten mit einer Welle von Anzeigen wegen Beleidigung, Bedrohung und in Wahlzeiten wegen Wahlbehinderung überziehen. So veranlasste z. B. der Amtsgerichtsdirektor im vorpommerschen Anklam Anfang Mai 2000 eine Hausdurchsuchung bei dem Chefdramaturgen der Vorpommerschen Landesbühne, Piet Oltmann, weil sich ein örtlicher NPD-Funktionär durch ein antifaschistisches Flugblatt dieses Theatermannes beleidigt fühlte.⁷⁹ Die Polizei weigerte sich jedoch, die staatsanwaltliche Anweisung zu vollziehen.

Der neue Kurs der NPD unter ihrem Vorsitzenden Udo Voigt hatte ebenfalls wesentliche Auswirkungen auf die Struktur der Parteimitgliedschaft. Seit 1996 kam es fast zu einer Verdoppelung der Anzahl der NPD-Mitglieder, wobei der größte Zuwachs in den neuen Bundesländern erfolgte. Meist handelte es sich dabei um Neonazis und Skinheads, um rechtsextrem orientierte junge Arbeiter unter 30 Jahren aus Kleinbetrieben. Allein in Sachsen wuchs die NPD-Mitgliedschaft von etwa 300 im Jahr 1996 auf etwa 1 500 im Jahr 1998. Die NPD war damit in Sachsen weit stärker als die FDP und die Bündnisgrünen zusammengenommen. Zeitverschoben verdoppelte und verdreifachte sich die Mitgliederzahl auch in anderen ostdeutschen Landesverbänden der NPD. In Thüringen war bereits 1997 der ganze Kreisverband der *Republikaner* im Wartburgkreis zur NPD übergewechselt. Dieser spezifische Mitgliederzustrom führte dazu, dass heute bis hin zum Bundesvorstand bekennende Neonazis in der NPD hohe Parteiämter bekleiden. Einen übermäßig starken Einfluss übten auf der Ebene der Landesverbände Naziskins in Sachsen, Kader des neonazistischen *Thüringer Heimatschutzes* (THS) sowie in Berlin und Sachsen-Anhalt ehemalige Funktionäre der verbotenen FAP aus. Das alles verstärkte den neonazistischen Charakter dieser Partei. Trotz eines weiterhin nach außen zur Schau getragenen Optimismus scheint Ende der 90er Jahre die NPD-Aufschwungphase an ihre Grenzen gestoßen zu sein. In einzelnen Regionen der Bundesrepublik gab es wieder mehr Austritte als Eintritte in die NPD.

Wesentliche Veränderungen vollzogen sich ebenfalls in der internationalen Politik der NPD. Über die von den *Jungen Nationaldemokraten* (JN) mitgetragenen und zum Teil selbst organisierten jährlichen Europäischen Jugendkongresse konnte die NPD ihre Kontakte zu Gleichgesinnten in vielen europäischen Staaten und weiter bis in die USA und nach Südafrika ausdehnen. Organisatorisch versuchte die NPD zudem, sich stärker in Österreich und der Schweiz zu verankern. Neben Forderungen nach Aufhebung des Verbots der von dem Rechtsterroristen Norbert Burger gegründeten und geführten *Nationaldemokratischen Partei* (NDP) in Österreich rekrutierte die bayrische NPD auch unmittelbar Mitglieder in diesem Nachbarland. In der Schweiz wurde mit aktiver Hilfe der bundesrepublikanischen NPD in Bern eine *Nationaldemokratische Partei der Schweiz* (NPS) aus der Taufe gehoben. Mit dem verstärkten Anspruch, eine „Partei der nationalen Sozialisten“ zu sein, veränderte die NPD auch ihre Positionen gegenüber Kuba, der Volks-

79 Siehe Der Spiegel, Hamburg, Nr. 24, 12.6.2000, S. 71.

republik China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik Korea (KVDR) sowie zur islamischen Welt. Willkürlich wurden all diese Länder zu engen Verbündeten der NPD erklärt. Eine Reaktion gab es darauf nur von der KVDR. Auf Einladung des Geschäftsträgers der nordkoreanischen Interessenvertretung in Berlin, Botschafter Ri San Yu, kam es am 30. Juli 1998 zu einem kameradschaftlichen Treffen nordkoreanischer Diplomaten mit einer Delegation des NPD-Bundesvorstandes und des sächsischen NPD-Landesvorstandes in Berlin, wo eine weitere Zusammenarbeit vereinbart wurde.⁸⁰

Von den bisherigen kleineren rechtsextremistischen Organisationen spielten viele in der zweiten Hälfte der 90er Jahre kaum noch eine größere Rolle. Das trifft besonders auf die DLVH zu, von der nach ihrer Umwandlung in einen politischen Verein nur noch die Vorstandsmitglieder und Herausgeber der ältesten Zeitschrift der extremen Rechten in der Bundesrepublik „Nation und Europa“, Peter Dehoust und Harald Neubauer, einen öffentlich bemerkbaren Einfluss auf die *Republikaner* auszuüben versuchten, um deren Politik wieder in die Richtung von Franz Schönhuber zu verändern. Von ähnlicher politischer Zielsetzung wie die DLVH wirkte das erst 1997 von Rechtsextremen gegründete *Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland* (BfD). Nach einer arg enttäuschenden Teilnahme an den Bundestagswahlen von 1998 ist wohl kaum mit einer längeren Perspektive des BfD zu rechnen. Mehr Aufmerksamkeit fanden dagegen in der rechtsextremen Szene die mit Billigung der sächsischen Behörden durchgeführten Jahrestreffen des 1996 in der Tradition des *Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes* (DKEG) formierten *Deutschen Kulturwerkes* (DK) und des *Freundeskreises Ulrich von Hutten* im osterzgebirgischen Altenberg. Die Bedeutung dieser Zusammenkünfte liegt vor allem darin, dass szenenintern ein Austausch von Ideen und Konzepten zwischen den verschiedenen rechtsextremen Gruppierungen stattfand und dass hier nach Methoden gesucht wurde, den Rechtsextremismus noch stärker in der Mitte der bundesrepublikanischen Gesellschaft zu verankern. Bei all diesen Aktivitäten war eine politische Nähe zur NPD unverkennbar. Eine mit dem DK vergleichbare Rolle spielte die 1960 entstandene *Gesellschaft für Freie Publizistik* (GFP). Mit ihren ca. 500 Mitgliedern, zumeist Publizisten, Verleger und Buchhändler, ist die GFP seit Jahren die größte kulturpolitische Vereinigung der extremen Rechten in der Bundesrepublik. Auch diese Organisation hat jetzt die neuen Bundesländer als Tagungsort entdeckt und führte 1997 und 1998 ihre Jahreskongresse in Gera und 1999 in Wernigerode durch. Im Vordergrund aller Forderungen der GFP steht das Verlangen nach einer uneingeschränkten Verbreitungsfreiheit für nationalistische, antisemitische, rassistische und geschichtsrevisionistische Auffassungen.

Im Unterschied zu den hier genannten kleineren rechtsextremistischen Gruppierungen ist der 1994 von Teilen des nationalliberalen Flügels der FPD unter Führung des ehemaligen bayrischen FDP-Landesvorsitzenden Manfred Brunner als „bürgerliche Protestpartei“ gegründete *Bund Freier Bürger* (BFB) bestrebt, am rechten Rand der Gesellschaft eine größere Rolle zu spielen. Programmatisch verfolgte der BFB eine Mixtur aus DVU-, *Republikaner*- und FDP-Forderungen. Im Laufe der Jahre näherte sich der BFB besonders nach seinem Zusammenschluss mit den Kräften um den einstigen hessischen FDP-Politiker Heiner Kappel zum *Bund Freier Bürger – Offensive für Deutschland/Die Freiheitlichen*

80 Siehe blick nach rechts, Bonn, Nr. 21, 21.10.1998, S. 2.

(BFB-Offensive) immer mehr dem Rechtsextremismus, insbesondere der Ideologie und Politik der *Republikaner*. Aus Protest gegen diese Entwicklung trat der Parteigründer aus dem BFB aus und schloss sich in Thüringen der FDP an. Jetzt versucht der BFB mit der ganzen Skala rechtsextremer Positionen, besonders im Mittelstand Einfluss zu gewinnen. Die minimalen Ergebnisse bei den Bundestagswahlen 1998, die mit 9 309 Stimmen (0,6 Prozent) in Thüringen und mit 15 480 Stimmen (0,5 Prozent) in Sachsen noch am höchsten lagen, zeigten, dass das bisherige BFB-Konzept gescheitert war. Einen Rettungsweg sieht der BFB in einem Zusammengehen mit anderen kleineren rechtsextremen und rechtsradikalen Parteien. Nach vielen Vorgesprächen wollen sich noch im Jahr 2000 der BFB, die hauptsächlich in Ostdeutschland wirkende *Deutsche Soziale Union* (DSU) und die schon seit langen Jahren existierende *Deutsche Partei* (DP) zu einer neuen Deutschen Partei vereinigen. Diese Absicht wurde von den *Republikanern* nachdrücklich begrüßt, gleichfalls von dem zum extremen Rechten gewandelten früheren Bundestagsabgeordneten der Grünen und Chef einer so genannten *Deutschland-Bewegung*, Alfred Mechttersheimer. Der DSU-Parteitag am 8. April 2000 lehnte jedoch mehrheitlich die Aufgabe der Selbständigkeit der DSU ab. Die DSU-Führung betonte danach, dass die enge Zusammenarbeit mit den genannten Gruppierungen dennoch aufrecht erhalten bleibt.

Zur Einheit der Rechtsextremen insbesondere in den neuen Bundesländern will ebenfalls die erst 1997 in Bayern von ehemaligen *Republikanern*, Mitgliedern der NPD und anderen rechtsextremen Gruppen sowie dem 1988 aus der DDR freigekaufte Neonazi Mario Meurer gegründete Organisation der *Vereinigten Rechten* (VR) beitragen. Die VR waren Ende der 90er Jahre besonders in Ostsachsen und Südbrandenburg aktiv. Neu an den VR war, dass mit ihr erstmals eine rechtsextreme Gruppierung per Anzeige am 23. März 1998 in der Cottbusser „Lausitzer Rundschau“ auf Mitgliederfang ging. In der Zwischenzeit ist von den VR kaum noch etwas zu hören.

Im Bemühen um eine Neuformierung der extremen Rechten in der Bundesrepublik engagierte sich weiterhin der zum Rassisten und Judenhasser mutierte ehemalige RAF-Terrorist Horst Mahler zusammen mit einigen anderen Akteuren der 68er Studentenbewegung in der BRD. Namentlich Horst Mahler will mit seiner *Bürgerbewegung Für unser Land* eine neue ultrarechte nationalistische Sammlungsbewegung von Neonazis über Teile der CDU/CSU bis hin zu „Linken“ installieren. Wenn auch nicht im größeren Umfang, so ist doch vermehrt in den letzten Jahren eine Hinwendung von einzelnen, ehemals als „links“ geltenden Kräften zum Lager der extremen Rechten zu vermerken.

Rechtsextremistische Aktivitäten entwickelten in den 90er Jahren gleichfalls eine Reihe obskurer großdeutscher Vereinigungen. So wollen der von Horst Zabarowski geführte *Bund Gesamtdeutschland – Ostdeutsche, Mitteldeutsche und Westdeutsche Wählergemeinschaft* (BGD) sowie die unter Vorsitz von Georg Paletta agierende *Interessengemeinschaft Wiedervereinigung Gesamtdeutschland e.V.* (IWG) „für die Rückgabe der geraubten deutschen Ostgebiete“ kämpfen. Die IWG startete dafür 1999/2000 sogar im Zusammenwirken mit anderen Rechtsextremisten und Neonazis eine spezielle Demonstrationenkampagne in Erfurt, Dresden, Rostock und anderen ostdeutschen Städten. In seinem Streben zur rechtsextremen Veränderung der Bundesrepublik Deutschland will der BGD die im Grundgesetz verankerte Demokratie abschaffen und dafür die altgermanische Thing-Demokratie wieder einführen.

Einige der rechtsextremen Kleinstgruppierungen wie die *Freiheitliche Partei Deutschlands* (FP) in Sachsen und die schon erwähnte DVU-Abspaltung *Freiheitliche Deutsche Volkspartei* (FDVP) in Sachsen-Anhalt steuern einen politischen Kurs, der aus einer Kombination von Positionen des Österreicher Jörg Haider und des einstigen Chefs der *Republikaner*, Franz Schönhuber, besteht.

Was die Neuen Rechten⁸¹ betrifft, so sind diese in den letzten Jahren weit in die konservativen und liberalen Diskussionskreise vorgedrungen. Es bestätigte sich, dass ihre geforderte Dialogbereitschaft mit Andersdenkenden nur ein Ziel verfolgt: den Rechts-Extremismus überall salonfähig zu machen. Das äußert sich auch nicht zuletzt in ihrem Selbstverständnis, geistige Blockadebrecher in der gesamten Gesellschaft zu sein. Dabei konnten die Neuen Rechten gewisse Erfolge verbuchen. Als wichtigstes Publikationsorgan der Neuen Rechten wirkt weiterhin die Berliner Zeitung „Junge Freiheit“, die wöchentlich mit einer Auflage von ca. 10 000 Exemplaren erscheint. Viele der Neuen Rechten haben sich in ihren Diskussionen und Publikationen ganz deutlich von einer Verteidigung des Nationalstaates verabschiedet und propagieren heute ein zu schaffendes „Reich Europa“. Als Hauptfeinde werden dabei die USA und der Liberalismus ins Visier genommen. Bei ihren Zielsetzungen genügte ihnen nicht mehr eine Tilgung der gesellschaftlichen Folgen der 68er Bewegung, auch nicht mehr die Annullierung der bürgerlichen Aufklärung und der Prinzipien der französischen Revolution von 1789, die Überwindung der universellen Menschenrechte, die als ein irrationales Produkt der westlichen Moderne diffamiert werden. Sie wollen jetzt generell das „materialistische Christen- und Judentum“ geistig wie politisch abschaffen und zu den heidnischen Praktiken der Antike zurückkehren. Eine Minderheit der Neuen Rechten sucht den Ausweg in einer anderen geographischen Richtung und strebt statt einer Rückkehr zur Antike die Errichtung eines arisch-germanischen Reiches des Nordens an.

Als ein neuartiges Gebilde der Neuen Rechten haben sich seit 1993 in Trennung von der von Alain de Benoist vertretenen Richtung unter Führung des Belgiers Robert Steuckers die *Europäischen Synergien* mit nationalen Sektionen in vielen Ländern des Kontinents herausgebildet. Diese *Synergien* wollen sich geistig von Dogmen der bisherigen extremen Rechten lösen und nach zeitgemäßer Antworten auf die europäische Integration und die weltweiten Globalisierungsprozesse suchen. Die bundesrepublikanische Sektion der *Synergien* arbeitet eng mit der in Hamburg ansässigen extrem rechten *Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft* (DESG) und dem Dresdener Verlag ZEITENWENDE zusammen. Neben der Vertretung schon genannter Positionen widmet sich diese neuere Koalition besonders dem Kampf gegen den Antifaschismus, der als eine Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung diffamiert wird.⁸²

Relativ konstant blieb in den 90er Jahren das rechtsextremistische System der Produktion und Verbreitung rechtsextremer Literatur. Nach wie vor gab es nach den Zählungen des Verfassungsschutzes etwa 35 Verlage sowie fast 60 Zeitungen und Zeitschriften mit mindestens einem viermaligen Erscheinen im Jahr.

In den späten 90er Jahren erregten eine ganze Anzahl von rechtsextremistischen

81 Siehe Lexikalische Erklärungen im Anhang.

82 Siehe DESG-inform, Hamburg 2000, Nr. 4, S. 2.

Vorkommnissen in der Bundeswehr die Öffentlichkeit. Im sächsischen Schneeberg, in der Lechrain-Kaserne im bayrischen Landshut, in der Fallschirmjägerskaserne im niedersächsischen Varel und anderenorts gab es Kameradenfeiern zu Hitlers Geburtstag, rassistische Bekundungen oder anderweitige demonstrative neonazistische Verhaltensweisen. In einer ganzen Reihe von Fällen waren wie im August 1997 Bundeswehrsoldaten an Überfällen auf Ausländer beteiligt. Es gab allein nach offiziellen Angaben über 300 rechtsextremistische Vorfälle, an denen Angehörigen der Bundeswehr beteiligt waren. Vielfach traten auch pensionierte Bundeswehrgeneräle wie Franz und Reinhard Uhle-Wettler, Günter Kießling oder der Konteradmiral a.D. Günter Poser als Referenten bei rechtsextremistischen Vereinigungen auf oder verfassten Artikel für deren Zeitschriften. So ist auch zu erklären, warum der bekannte Rechtsterrorist Manfred Roeder im Januar 1995 die Gelegenheit bekam, in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg vor Offizieren zu sprechen. In ihrem letzten Jahresbericht hob deshalb die aus dieser Funktion scheidende Wehrbeauftragte des Bundestages, Claire Marienfeld, hervor, das man hinsichtlich des Rechtsextremismus in der Bundeswehr „kein Signal der Entwarnung“ geben könne.⁸³

In der engeren neonazistischen Szene waren nach den bis Mitte der 90er Jahre erfolgten staatlichen Verboten von 13 neonazistischen Gruppierungen von den parteiorganisatorisch nicht gebundenen Neonazis nach dem Konzept des „führerlosen Widerstandes“ in allen Teilen Deutschlands etwa 100 autonome neonazistische Kameradschaften gegründet worden, die durch ein enges informelles Netzwerk miteinander verbunden waren. Zur Ergänzung dieser Struktur schufen sich die Neonazis gleichfalls ein soziales Netzwerk, das jungen Neonazis bei der Suche nach Wohnungen, der Vermittlung von Lehr- und Arbeitsstellen, im Umgang mit den Behörden oder bei der Bewältigung individueller Krisensituationen half. Aber nicht allen Neonazis gefielen die amorphen, unverbindlichen Kameradschaften. Manche bewältigten ihren derartigen Frust mit der Auflösung ihrer Gruppierung. Andere suchten nach Formen strengerer politischer und organisatorischer Verbindlichkeiten und führten wieder ein hierarchisches Führersystem, Beiträge und Gruppensymbole ein. Solche Ideen weiter verfolgend, etablierten führende Hamburger Neonazis in Gestalt der so genannten *Freien Nationalisten* (FN) ein informelles und korporatives Netzwerk für die Neonazis in Norden der Bundesrepublik. Dieses Netzwerk, das zum Teil mit der NPD zusammenarbeitete, aber auch zunehmend selbständige Aktionen durchführte, wird von einem Aktionsbüro Norddeutschland geleitet, in dem die bekannten neonazistischen Führungskräfte Thomas Wulff und Christian Worch die erste Geige spielen. Für die gemeinsame Diskussion und Orientierung gründete man die Zeitung „Zentralorgan“ und kaufte zum Aufbau eines eigenen Schulungszentrums im mecklenburgischen Amholz bei Boizenburg ein altes Gutshaus.

Straffer gegliederte und geleitete neonazistische Organisationen entstanden in diesen Jahren in Ulm und Cottbus. Von ihrem Sendungsbewusstsein stark eingenommene Neonazis aus Baden-Württemberg und Bayern schlossen sich 1994 in Ulm zu einem *Freiheitlichen Volksblock* (FVB) zusammen und beanspruchten für sich die Führerschaft in der ganzen neonazistischen Szene der Bundesrepublik. Ausdruck eines solchen Den-

83 Siehe Berliner Zeitung, Berlin, 14.3.2000.

kens war, dass diese Neonazis bei Aufmärschen stets in SS-ähnlichen Uniformen erschienen. 1997 sammelte dann der FVB in Halle/S. einige der versprengten Neonazis und gründete einen Landesverband Sachsen-Anhalt. In der neonazistischen Szene genoss diese Gruppierung nur wenig Reputation. Eine weitere Variante neonazistischer Organisationen entstand Mitte der 90er Jahre in Cottbus in Gestalt der *Wanderjugend Gibor* (WJG), die sich bald nach Sachsen, Berlin und Niedersachsen ausdehnte. Neben „Wanderungen zu national bedeutenden Orten“ pflegte die WJG besonders rassistische Ambitionen einer Blut-und-Boden-Ideologie sowie der Ahnenpflege. Diese Organisation wurde von ihren Initiatoren am 31. Dezember 1999 wieder aufgelöst und soll in anderer Weise fortgeführt werden. Eine solche Form könnte der *Kampfbund Deutscher Sozialisten* (KDS) sein, der von den gleichen ehemaligen DA-Funktionären und Neonazis aus Hessen am 1. Mai 1999 in Cottbus ins Leben gerufen wurde und der sich speziell für ein Zusammengehen von „Rechten und Linken“ einsetzen will.

Mancherorts, so in Frankfurt/O., Jena, Gera, Eisenach, Potsdam, Berlin und in Nordbayern, entfalteten Neonazis unter dem Namen einer *Anti-Antifa* nach 1995 wieder stärkere Aktivitäten. Alle ihre Operationen, ihre Broschüre „DER WEHRWOLF“, Traktate und Flugblätter zielten auf eine Einschüchterung der Antifaschisten, auf die Verbreitung von Psychoterror ab, wobei sie selbst vor Mordankündigungen nicht zurückschreckten. In abgebrühter Offenheit verkündete ein Neonazi im Vorwort zur genannten Broschüre ihre augenblicklichen Absichten in der BRD: „Was wir wollen ist nichts weiter als die Hakenkreuzfahne zu schwingen, in SA-Uniform zu marschieren, den Arm zum Deutschen Gruß zu erheben und unsere Meinung über Juden zu äussern.“⁸⁴

Die größte neonazistische Vereinigung in der NBD war Ende der 90er Jahre mit ihren ca. 500 Mitgliedern die *Hilfsorganisation für nationale Gefangene und deren Angehörige* (HNG) mit ihrem Sitz in Frankfurt a. M. Von der HNG gingen wahrscheinlich auch die Impulse zum Zusammenschluss inhaftierter Neonazis und Skinheads zu Knast-Kameradschaften aus. Solche Gruppierungen führten in den Haftanstalten Schulungen mit ihren Anhängern durch, verfassten Artikel für rechtsextreme Zeitungen und Zeitschriften außerhalb der Gefängnisse und gaben wie z. B. in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg eine eigene Zeitung mit dem Namen „Weißer Wolf“ heraus.

Zwischen den rechten Skinheads und den Neonazis wurden im Laufe der Zeit die Verzahnungen immer enger. Obwohl die zuständigen Behörden immer weniger konkrete Zahlen ermitteln konnten, ist davon auszugehen, dass sich in der Bundesrepublik die Zahl der rechtsextrem orientierten Skinheads vor allem in den neuen Bundesländern in den 90er Jahren mindestens verdoppelt hat. Die Rekrutierung neuer Anhänger erfolgte insbesondere bei Konzerten von Skinhead-Bands, deren Zahl in der Bundesrepublik und im benachbarten Ausland immens zugenommen hatte, und durch eine rechtsextreme Indoktrinierung des ursprünglich pubertären Drangs vieler Jugendlicher zu einer Cliquenbildung. Hinsichtlich der rechtsextremen Gewalttäter kamen etwa 85% der Deliquenten aus diesem Bereich. Eine gerichtliche Verurteilung wegen solcher Delikte galt nicht als ehrenrührig; vielfach wurden solche Gewalttäter auch als Märtyrer verehrt. Neu in einem unerwartet großen Umfang war die Beschäftigung von aktiven und gewesenen Skinheads

84 Zitiert in Antifaschistisches Info-Blatt, Berlin 2000, Nr. 50, S. 29.

bei Sicherheitsdiensten und als Türsteher in zweifelhaften Etablissements. Damit verfügten solche Kräfte einerseits über Möglichkeiten, Vorstufen für so genannte befreite Zonen den Weg zu ebnen; andererseits konnten sie sich im kriminellen Drogenbereich etablieren.

Eine weiteres neues Element in dieser Szene war die wachsende Politisierung durch sich ausdehnende Aktivitäten der Hammerskins und der Blood & Honour-Sektionen. Einen besonderen Tatendrang entfalteten dabei die Blood & Honour-Kreise, deren Kooperation mit der NPD immer enger wurde. Zur Gewinnung neuer Anhänger gründeten sie Gruppen der *White Youth Germany* und als deren Suborganisationen Zirkel der *White German Girls* gründeten. All das schlug sich in den bundesweit über 50 Skinhead-Fanzinen nieder, die jetzt zumeist in qualitativ stark verbesserter Aufmachung erschienen.

Blood & Honour und ihre vor allem in Thüringen wirkende Suborganisation *White Youth* wurden am 14. September 2000 von Bundesinnenminister Schily verboten.

Eine gänzliche ungewohnte Form von Skinhead-Aktivität war die Etablierung der Hilfsorganisation *Braunes Kreuz*, mit der besonders organisierte Skin-Girls bei neonazistischen Aufmärschen in Aktion traten.

Nach einer gewissen Flaute seit Mitte der 90er Jahre gab es zum Ende des Jahrzehnts wieder einen Zustrom zu den Hooligans. Dabei zeigte sich auch in dieser Szene ein höherer Grad an Politisierung vor allem in Richtung von Nationalismus und Rassismus sowie eine größere Gewaltbereitschaft als früher. Tendenziell kam es unter den ca. 2 500 vom BKA registrierten gewalttätigen Hooligans wieder zu einer stärkeren Annäherung an den Rechtsextremismus. Die größten Gruppen von Hooligans in Ostdeutschland gab es in dieser Zeit in Berlin, Dresden, Leipzig und Rostock. Aus dem Berliner Hooligan-Bereich verhaftete die Polizei Anfang 2000 Drogendealer, die unter dem Schirm dieser Szene einen Rauschgiftring aufgebaut hatten.

Das Bild des heutigen Rechtsextremismus in der Bundesrepublik wäre ohne einige Bemerkungen zum Übergangsbereich zwischen Rechtsextremismus und Rechtskonservatismus unvollständig. Bislang wurden dazu kaum wissenschaftliche Forschungen angestellt. Grob gesehen reicht dieses Spektrum von den Parteien rechts von der CDU/CSU über eine Vielzahl von Vereinen, Stiftungen und Gesprächskreisen, von der *Panuropa-Union* (PEU), die *Düsseldorfer Herrenrunde*, die *Evangelische Notgemeinschaft* und die Münchener Zeitschrift „*Criticon*“ bis zur *Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt* (ZFI). Aus solchen Grauzonen-Gruppierungen rekrutiert sich oft der Nachwuchs rechtsextremistischer Vereinigungen. Aus dem weitläufigen Panorama dieser Grauzone sei hier näher auf vier Strukturen eingegangen.

Eindeutig haben sich in diesem Bereich die studentischen *Deutschen Burschenschaften* (DB) positioniert. In diesem Verband geben in West- und Ostdeutschland zumeist die eindeutig zum Rechtsextremismus tendierenden Korporationen den Ton an. In Jena ging die *Burschenschaft Teutonia* z. B. dazu über, jährlich Hitlers Geburtstag zu feiern. Während in Westdeutschland solche Burschenschaften an vielen Universitäten aktiv sind, konzentrieren sich in Ostdeutschland ihre Aktionen vor allem auf die Universitäten in Jena, Leipzig, Dresden und Greifswald, wo sie nicht selten von Professoren unterstützt werden, die seit der Wende von 1989/90 aus den alten Bundesländern übersiedelten. In der Bundesrepublik wie in Österreich betrachten sich die DB als die Elite der Nation. Ideologisch lassen sich die meisten Burschenschaftler von einer nationalisti-

schen Blut-und-Boden-Auffassung leiten und streben nach einem Deutschen Reich in den Grenzen von 1914 plus Österreich. Wegen des immer deutlicher werdenden Rechtsextremismus in den DB spalteten sich 1996 eine Reihe mehr liberalkonservativer Korporationen von diesem Verband ab und bildeten die *Neuen Deutschen Burschenschaften* (NDB). Aber auch hier dominiert ein volkstumbbezogener Vaterlandsbegriff und eine prinzipielle Gegnerschaft zu einer multikulturellen Gesellschaft in der BRD.

In vielgestaltiger Form agieren des weiteren in der Bundesrepublik militaristische Vereinigungen mit einer deutlichen Tendenz zum Rechtsextremismus. Hierbei reicht die Spannbreite vom *Stahlhelm – Kampfbund für Europa* und dem *Kyffhäuserbund* über eine Vielzahl von an die faschistische Wehrmacht erinnernde Traditions- und Truppengemeinschaften bis zur *Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger* und der *Kameradschaft ehemaliger Soldaten der Waffen-SS*. Einer ganzen Reihe solcher Vereine musste die Bundesregierung einen zum Rechtsextremismus neigenden Charakter bestätigen – so zuletzt der gemeinsamen Zeitung der größten Soldatenorganisationen in der BRD, *Verband Deutscher Soldaten* (VDS) und *Ring Deutscher Soldatenverbände* (RDS), „Soldat und Volk“.

Offene rechtsextreme Töne sind ebenfalls nicht selten aus Kreisen der Vertriebenen und Aussiedler zu hören. Viele der hier vorhandenen Berufsvertriebenen wollen sich nicht von ihrem alldeutschen und pangermanischen Geist des Kalten Krieges trennen; sie wollen keine ehrliche Versöhnung mit den Nachbarvölkern, sondern Rache und Revanche.⁸⁵ Schon die Kohl-Regierung musste bei der Zeitung „Der Schlesier“ und bei der Jugendzeitung „Fritz“ der *Jungen Landsmannschaft Ostpreußen* (JLO) eindeutige Elemente des Rechtsextremismus konstatieren. Die JLO hat sich inzwischen durch ihre Zusammenarbeit mit der NPD besonders in Sachsen und Hessen so weit extrem rechten Positionen genähert, dass sich die Landsmannschaft der Ostpreußen (LO) gezwungen sah, alle organisatorischen und finanziellen Beziehungen zu ihrer einstigen Jugendorganisation abzubrechen. Rechtsextreme Tendenzen haben in den letzten Jahren im *Bund der Vertriebenen* (BdV) nicht ab-, sondern zugenommen. Ein Beweis dafür ist das Verhalten von Paul Latussek, dem Vorsitzenden des BdV-Landesverbandes in Thüringen. Er verfasste im Frühjahr 2000 für eine Konferenz im Thüringer Landtag ein solches Völkerhass verbreitendes Flugblatt, dass sich die der CDU angehörende Landtagspräsidentin Christine Lieberknecht gezwungen sah, Latussek Räume im Landtagsgebäude zu verweigern.

Schließlich sei noch auf einen spezifischen Bereich der Grauzone verwiesen: die neuhaidnischen Sekten. Ohne hier auf die ganze Breite dieses Spektrums vom Armanen-Orden über den Bund der Goden bis zu den Gylfiliten einzugehen, das meist ein ambivalentes Verhältnis zum Rechtsextremismus aufweist, soll hier nur auf einige neuere Aspekte verwiesen werden. In den letzten Jahren gibt es zunehmende Bemühungen von den Neonazis bis zu den Neuen Rechten, Einfluss auf die schwarze Subkultur, auf Grufftis und die Gothic-Subkultur zu gewinnen. Das zeigte sich besonders bei den jährlichen Dark-Wave-Festivals zu Pfingsten in Leipzig, ohne dass es dabei zu einer entschiedenen Distanzierung seitens der Organisatoren kam. Aktiv unterstützt wird ein solches Streben von der in Dresden erscheinenden Dark-Wave-Zeitschrift „Zinnober“ (früher „Sigill“), in

85 Siehe Samuel Salzborn: Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände, Berlin 2000.

der die Ideologen der so genannten Konservativen Revolution in der Weimarer Republik bis hin zum Theoretiker des italienischen Faschismus, Julius Evola, verherrlicht werden. Auf der Homepage der Zeitschrift wird zudem die Namensänderung mit der Feststellung begründet, es handle sich um den „Wandel vom Gothic-Musik-Magazin zum Kulturmagazin für extreme, okkulte, reaktionäre und obskure Passionen“.⁸⁶ Etwa auf der gleichen Linie liegt die Dresdener Vierteljahrszeitschrift „Hagal“ vom Verlag ZEITENWENDE. Hier wird der Bogen von den neuen Heiden bis zu allen Spielarten des Rechtsextremismus geschlagen. Ideologisch werden in „Hagal“ keltisch-germanische Mythen glorifiziert und ein neues Heiliges Reich in Gestalt des Reiches Europa unter deutscher Hegemonie gefordert. Grundsätzlich lehnt die Zeitschrift eine Gleichheit aller Menschen ab, weil das nur zu einer „kulturlosen Masse“ führe. Auf dieser Basis entwickelte sich zwischen der „Hagal“-Redaktion auch eine enge Zusammenarbeit mit der rechtsextrem geprägten *Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft* (DESG).

Die unverblümteste Variante eines schwarzen Rechtsextremismus vertritt der schon wegen eines Ritualmordes verurteilte Hendrik Möbus aus dem thüringischen Sondershausen. Als Repräsentant einer extrem rechten Form von Black metal verkündete Möbus im Dezember 1998 im Internet, die „jüdisch-christliche Fremdherrschaft auf germanischem Boden“ beenden zu wollen. In der Folgezeit ist dieser „Held“ wegen eines neuen Haftbefehls in den Untergrund gegangen.

Wie dieser knappe Überblick verdeutlicht, begegnet uns der Rechtsextremismus auf der Basis gemeinsamer Grundideen in vielen Formen. Manche Varianten sind offen und leicht erkennbar; andere dagegen verschleiert und im Rahmen des Pluralismus scheinbar akzeptabel. Will man wirksam etwas gegen diese Kräfte unternehmen, gilt es, stets Ideologie, Politik und Aktion aller Spielarten des rechten Extremismus aufmerksam zu verfolgen und daraus konkrete Gegenstrategien zu entwickeln.

86 Zitiert in Yarasi Kafesi: Vom Heidentum zur völkische Kulturguerilla, in: Die Geister, die ich rief ..., Bremen 2000, Ausgabe 2, S. 21.

Ursachen und Perspektiven des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik

Ohne hier nochmals auf die bereits dargelegten Ursachen des Rechtsextremismus in der DDR einzugehen, sollen abschließend einige Forschungs- und Deutungsansätze über den heutigen rechten Extremismus in Deutschland erörtert werden. In unserer Zeit ist es bereits eine Alltagsweisheit, dass der Rechtsextremismus, dass rechtsextrem motivierte Gewalt nicht auf eine bzw. nur einige Fakten und Quellen zurückgeführt werden können. Es handelt sich um einen ganzen Komplex von globalen und lokalen, von gesellschaftlichen und individuellen Ursachen.

Rechtsextremismus kann sich nur entfalten, wenn entsprechende materiell-gesellschaftliche Bedingungen und ein entsprechendes geistiges Klima vorhanden ist. Aber das wollen eine ganze Reihe von „Experten“ nicht zur Kenntnis nehmen und versuchen, alles auf eine psychologische, individuell anthropologische Ebene abzuschieben. Andere wollen die Komplexität der Analyse dadurch umgehen, dass sie alles in Richtung „es wird schon werden“ glattbügeln. Besonders auffallend ist, dass im Mainstream seit der deutschen Einheit kaum noch von der Verantwortung der deutschen Wirtschaft, der Großagrarier, der Generalität und Beamtenschaft für die Übernahme der Regierungsgewalt durch Hitler 1933 gesprochen wird.

Rechtsextremismus ist seit langem nicht nur ein deutsches oder europäisches, sondern ein weltweites Problem mit spezifischen Erscheinungsformen. Man kann daher den Rechtsextremismus nicht erklären, wenn man nur das eng begrenzte Territorium der neuen Bundesländer im Blick hat. Die heutige ultrarechte Ideologie und Politik ist eine Reaktion auf die globalen gesellschaftlichen Umbrüche der letzten Jahre, die einen tiefgreifenden sozialen und politischen Wandel auf vielen Gebieten mit sich brachten. Technologische Modernisierungen und eine nie gekannte Internationalisierung des Wirtschaftslebens führten nicht nur weltweit zu einer Massenarbeitslosigkeit, gleichfalls auch zu einem vielgestaltigen Wertewandel. Globalisierung bedeutete dabei aber keine Überwindung des Kapitalismus, sondern nur eine neue Evolutionsstufe in der Verwertung des Kapitals. Hinzu kamen die Auswirkungen neoliberaler Politik mit ihrem Abbau sozialer Netze und einer beachtlichen Absenkung der Ausgaben für Bildung und Kultur. Der Gegensatz von arm und reich trat wieder deutlicher in Erscheinung. Das alles führte zu einer Ansammlung von politischem und sozialem Sprengstoff. Weitere Faktoren für

eine Begünstigung rechtsextremer Denk- und Verhaltensweisen sind der Bedeutungsverlust des Nationalstaates durch die voranschreitende europäische Integration sowie die weltweiten Migrationsbewegungen. Alles in allem stehen die Menschen einer komplexeren und zugleich widerspruchsvolleren Welt gegenüber, auf die sie oft mit Angst und der Sehnsucht nach den „geordneten Verhältnissen der Vergangenheit“ reagieren.

Wenn der Rechtsextremismus auch ein internationales Problem ist, tragen wir als Deutsche in Anbetracht unserer Geschichte jedoch eine besondere Verantwortung für die Zurückdrängung von Ideologie, Politik und Einfluss der extremen Rechten. Der Rechtsextremismus, den Wolfgang Gessenharter eine „nationale Krankheit“ nannte, hat in der Bundesrepublik wieder eine gefährliche Größenordnung für die innere Sicherheit und das Ansehen im Ausland angenommen und es ist daher berechtigt, die Frage nach den Ursachen zu stellen. In der Bundesrepublik wird diese Problematik unter Wissenschaftlern insbesondere von drei Ansätzen her diskutiert. *Erstens* versuchen vor allem links angesiedelte Analytiker, jede politische Bewegung rechts von der CDU/CSU unter dem Begriff des Faschismus zu subsumieren und in traditioneller Weise nach den Ursachen zu forschen. *Zweitens* nutzen die Verfechter der Totalitarismus-Doktrin ihre Stunde, um der bis Ende der 80er Jahre schon fast toten Theorie wieder neues Leben einzuhauchen. Wie die Erfahrungen und Ergebnisse zeigen, geht es den Totalitarismus-Theoretikern nicht um eine seriöse wissenschaftliche Arbeit, sondern um eine abwertende politische Denunziation. Eine *dritte* Richtung mit der Mehrheit der Forscher geht von den heutigen realen ökonomischen, sozialen und politischen Gegebenheiten aus. Auf der Grundlage von Thesen des Münchener Soziologen Ulrich Beck über die Risikogesellschaft entwickelte der Bielefelder Jugendforscher Wilhelm Heitmeyer die Theorie, dass in der Bundesrepublik vor allem die Opfer der Modernisierungen, die bei Rationalisierungen und Umgestaltung der Wirtschaft durch die Maschen des sozialen Netzes Gefallenen die Masse der Rechtsextremen stellen. Diese Menschen seien vom sozialen Abstieg bedroht und wandten sich aus Frust oder Wut dem Rechtsextremismus zu. Diese Analyse wurde von Tübinger Wissenschaftlern stark in Zweifel gezogen, die nachwiesen, dass Arbeiter und Angestellte der Hightechindustrie viel stärker sozialchauvinistisch eingestellt sind als Beschäftigte in anderen Branchen oder Arbeitslose.¹

Die Risikogesellschaft und die damit verbundene Individualisierung der Menschen birgt nicht nur Vorteile, sondern oft große Nachteile. Für die Durchsetzung der eigenen Interessen bedingt der Individualismus einen rabiaten Einsatz der Ellenbogen, einen Kampf jeder gegen jeden. Schon 1993 war in der „Frankfurter Rundschau“ zu lesen: „Ein ‚Ellenbogendenken‘ führt politisch im Extrem zum Chauvinismus und zur Verachtung gegenüber scheinbar weniger Leistungsfähigen.“² Faktisch handelt es sich hierbei um eine verschleierte Gewaltakzeptanz, wobei auch höhere Bildung kaum noch eine moralische Schranke darstellt. Nach einer Ende der 90er Jahre vorgenommenen repräsentati-

1 Siehe Wilhelm Heitmeyer: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, 3. Auflage, Weinheim/München 1989; Josef Held/ Hans Horn/Rudolf Leiprecht/Athanasios Marvakis: „Du mußt so handeln, daß Du Gewinn machst“ – Empirische Untersuchungen und theoretische Überlegungen zu politisch rechten Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer, DISS-Text Nr. 18, Duisburg 1991.

2 Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M., 13.7.1993.

ven Umfrage sind 56,6% der Bundesbürger der Meinung, dass die heutige Gesellschaft immer rücksichtsloser werde.³ Das ist einerseits mit einer wachsenden Vereinsamung der Menschen und andererseits mit einem Rückgang von Humanismus und Solidarität verbunden.

Aus vielen Untersuchungen ergibt sich weiterhin, dass keine automatische Kausalität zwischen zunehmendem Rechtsextremismus und Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Die hier wirkenden gesellschaftlichen Prozesse sind komplexer. Es sind die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die technologischen Modernisierungen und der heutige neoliberale politische Kurs, die schmerzhaften gesellschaftlichen Veränderungen vorantreiben und zu Zukunftsangst führen. Bis in den Mittelstand hinein lösen sich traditionelle soziale Milieus auf und verlieren viele Berufsgruppen ihre bisherigen Privilegien. Auf diesem Boden wachsen Unzufriedenheit und politischer Protest, was Staats- und Systemverdrossenheit anwachsen lässt. Das ist die Grundlage, auf der rechtsextreme Demagogen ihr Geschäft betreiben und mit primitiven Propagandathesen die Unzufriedenen umgarnen wollen. Eine geringe Rolle spielen in der Diskussion über die Ursachen des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Probleme der politischen Kultur, die geistigen Traditionen und die sozialpolitischen Mentalitäten der Menschen.

Im Kontrast zu Meinungen, dass der Rechtsextremismus erst in jüngster Zeit in die Alltagskultur eingedrungen sei, stellte Wilhelm Heitmeyer schon 1991 fest, dass in West- und Ostdeutschland „rechtsextreme Orientierungen ... längst tief in den Alltag eingesickert“ waren.⁴ Bereits am 21. November 1984 berichtete der renommierte Rechtsextremismus-Forscher Peter Dudek im ARD-Fernsehen, dass an fast jeder westdeutschen Schule Schüler zu finden sind, die mit den Abzeichen „Ich bin stolz, Deutscher zu sein!“ rumlaufen und für die Parole „Ausländer raus!“ eintreten. Manche Publizisten wie Götz Aly von der „Berliner Zeitung“ akzeptieren die Stimmabgabe für rechtsextreme Parteien heute schon „als Wert, als Möglichkeit individueller Freiheit und Partizipation“.⁵ Nicht wenig zum Anheizen ausländerfeindlicher Stimmungen haben auch rassistische Schlagzeilen von Boulevard-Zeitung und die Äußerungen mancher Politiker beigetragen. Gleiches trifft ebenfalls auf den Kampf mancher Parlamentarier zur Abschaffung des Asylrechts in der Bundesrepublik zu, was in der rechtsextremen Szene als eine nur wenig kaschierte Zustimmung zur Losung „Ausländer raus!“ gewertet wird.

Eine weitere Variante der Begünstigung von Rechtsextremismus ist entweder die masslose Übertreibung der rechtsextremen Gefahr oder deren Bagatellisierung. Nachdrücklich warnte der Chef des demoskopischen Instituts Forsa, Manfred Göllner, davor, mit überhöhten Zahlen zu operieren: „Immer dann, wenn über Ausländerfeindlichkeit mit realitätsfernen Zahlen diskutiert wird, fühlen sich diejenigen ermuntert, die tatsächlich ausländerfeindlich sind.“⁶ Noch verbreiteter ist das Verharmlosen des Rechtsextremismus. Manche laufen dabei der trügerischen Hoffnung nach, dass mit einem Nichtbeachten der extrem Rechten der Rechtsextremismus austrocknet und „sich biolo-

3 Siehe Elmar Brähler/Horst-Eberhard Richter: Ost- und Westdeutsche. 10 Jahre nach der Wende, Berlin 1999, S. 12.

4 Der Spiegel, Hamburg, Nr. 41, 7.10.1991, S. 32.

5 Berliner Zeitung, Berlin, 28.4.1998.

6 taz, Berlin, 1.10.1991.

gisch begründet selbst erledigt“.⁷ Das hat sich in allen praktizierten Fällen als trügerische Hoffnung erwiesen.

Rechtsextremismus ist in der Bundesrepublik wie in anderen Staaten kein Jugendproblem, aber innerhalb des Rechtsextremismus kommt dem Jugendproblem eine spezifische Bedeutung zu. Besonders in den neuen Bundesländern erweisen sich viele Jugendliche als anfällig für ein rechtsextremes Denken und treten als Akteure des Rechtsextremismus auf. Gründe liegen nicht zuletzt auch im Verhalten der Behörden gegenüber den Bedürfnissen der jungen Generation. Vielfach werden die jungen Menschen nur als ein ordnungspolitischer Störfaktor oder als ein fiskalisches Problem betrachtet. Vor allem nach der Beendigung der Hauptschule tritt für zahlreiche Jungen und Mädchen ein sozialer Bruch ein. Ihre bisherige soziale Gemeinschaft löst sich auf und es entsteht ein soziales Vakuum, ein kommunikatives Loch. Viele suchen daher in der Clique eine neue soziale Heimat, die ihnen Kameradschaft, gemeinsame Erlebnisse und Hilfe bei den tagtäglichen Unbilden gewährt. Hier setzen rechtsextrem gesinnte Kräfte an, um diese Jugendlichen in ihrem Sinne zu politisieren. Nicht die Jugendclique ist das eigentliche Problem, sondern die Frage, wie man die rechtsextremistische Beeinflussung der jungen Menschen in der Schule und vor allem danach verhindern kann.

Besonders viele Debatten gab und gibt es über die Ursachen des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern, die noch immer den Spitzenplatz bei rechtsextrem motivierten Gewalttaten einnehmen. Lange Jahre wurde das – ohne hier den Anteil der politischen Verhältnisse in der DDR leugnen zu wollen – unter Verschweigen aller westdeutschen Entwicklungen fast gänzlich auf das politische und geistige Erbe der DDR, auf das geringe politische Selbstbewusstsein der ehemaligen DDR-Bürger zurückgeführt. Obwohl Richard Stöss und andere Forscher immer wieder darauf verwiesen, dass der überlieferte DDR-Antifaschismus, „ob er verordnet war oder nicht, spielt dabei keine Rolle“⁸, nach wie vor bei der Abwehr des Rechtsextremismus einen positiven Einfluss ausübt, bestimmt in Publikationen mancher Repräsentanten des politischen Mainstreams weiterhin das dekretierte Dogma vom verordneten Antifaschismus der DDR das Urteil. Das hängt aber vor allem auch damit zusammen, dass in Bonner und Berliner Regierungsstufen dieser Antifaschismus als eine feindliche Ideologie betrachtet wird.⁹

In jüngster Zeit sind jedoch bei der Ortung von Ursachen für den Rechtsextremismus in Ostdeutschland stärker die negativen Folgen der deutschen Einheit thematisiert worden. Dabei wurden besonders genannt: Die schnelle und überhastete Einheit löste bei vielen Menschen zwischen der Ostseeküste und dem Erzgebirge einen mentalen Kulturschock aus, der zu einer nachhaltigen Sinn- und Orientierungskrise, zu sozialer Verunsicherung und Entwurzelung führte. Die radikale Zerstörung des bisherigen Alltags, die schnelle Kommerzialisierung fast aller Lebensbereiche, die Zwangsindividualisierung und manches andere mehr stürzte viele Menschen in eine kaum zu bewältigende Ungewiß-

7 impulse. Informationsblatt für kommunale Kriminalprävention, Sonderausgabe, Schwerin 2000, S. 15.

8 Richard Stöss: Rechtsextremismus in einer geteilten Kultur, in: Oskar Niedermayer/Klaus von Beyme (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin 1995, S. 113.

9 Siehe Brief von Claus-Henning Schapper, Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren an die VVN-BdA, in: Neues Deutschland, Berlin, 26.6.2000.

heit. Aus dieser Situation heraus suchten nicht wenige nach Schuldigen für ihre Misere. Neue Feindbilder wurden aufgebaut, die sich vor allem auf Ausländer bezogen. Wirtschaftlich kam es statt zu einer Modernisierung der Betriebe zu einer rasanten De-Industrialisierung, zur Zerstörung der gewohnten sozialen Umwelt; ganze Landstriche verödeten und in nicht wenige Kleinstädte und Dörfer zogen Trostlosigkeit und Langleweiligkeit ein. All das war mit einer ständig steigenden Arbeitslosigkeit verbunden.¹⁰ Von den 9,7 Millionen Arbeitsplätzen am Ende der DDR blieben bis 1998 in den neuen Bundesländern nur 5,8 Millionen übrig. Am schlimmsten traf es vielfach junge Menschen, die außer der Chance auf eine Ausbildungsstelle oder Arbeitsplatz oft auch ihre Freizeiteinrichtungen verloren. In Leipzig wurden z. B. von den ca. 80 Jugendklubs 76 im ersten Jahr der deutschen Einheit geschlossen; im Kreis Königs Wusterhausen im Land Brandenburg blieben von vorher 24 Jugendfreizeiteinrichtungen nur drei übrig. Rechtsextremismus in Ostdeutschland war daher einerseits nicht selten eine Antwort – wenn auch falsche – auf die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse; andererseits wollten die aus DDR-Zeiten herkommenden Neonazis ihre Gesinnungskumpane in Westdeutschland an brutalster Aktivität noch übertreffen.

Weitgehend ausgeklammert wird bei der Ursachensuche noch immer die Gegenwart in Ostdeutschland. Dabei ist den meisten seriösen Experten klar, dass die Hauptquellen für den heutigen Rechtsextremismus weitaus mehr in der Jetztzeit liegen als in der Vergangenheit und vorrangig sozialer als ideologischer Natur sind. Nach wie vor betrachten sich hier viele Menschen in Anbetracht der vielen Sonderbestimmungen für Ostdeutsche als Bürger zweiter Klasse, als Einheitsverlierer. Enttäuschend wirkt für sie die Kluft zwischen Anspruch und Realität westlicher Demokratie. Dem oft vorgetragenen Vorwurf, die Ostdeutschen müssten erst noch Demokratie lernen, entgegneten selbst führende FDP-Politiker wie der langjährige FDP-Vorsitzende im Land Sachsen, Rainer Ortleb, dass er die Demokratie-Defizite „eher im Westen“ sehe, wo die Demokratie wie ein Automat praktiziert werde; die stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende, Cornelia Pieper, sieht die beklagten Demokratie-Defizite in Ost- wie in Westdeutschland.¹¹ In solchen Zusammenhängen wurde auch immer wieder darauf verwiesen, dass die meisten heutigen rechtsextremen Akteure in den neuen Bundesländern „unter der unleugbaren Dominanz von West-Politikern, West-Parteien und West-Medien“ aufwuchsen.¹² Abschließend sei dazu noch aus einem Resümee von Wolfgang Melzer, Erziehungswissenschaftler an der Technischen Universität Dresden, zitiert, der 1999 folgendes feststellte: „Nach unseren Untersuchungen sind Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft unter ostdeutschen Jugendlichen erst in den letzten zwei Jahren so extrem angestiegen. Dafür kann doch niemand die Erziehung in der DDR verantwortlich machen. Für mich sind das wissenschaftlich unhaltbare Erklärungen, die mit der Realität nichts zu tun haben.“¹³

All die angeführten Aussagen stellen keine Entlastung für den Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern dar, sie fordern aber dazu auf, die Lage gewissenhafter zu

10 Siehe Daniela Dahn: Vertreibung ins Paradies. Unzeitgemäße Texte zur Zeit, Reinbek bei Hamburg 1998.

11 Siehe Neues Deutschland, Berlin, 28./29.8.1999.

12 So Charlotte Wiedemann in DIE WOCHE, Hamburg, 12.6.1999, S. 1.

13 SUPER ILLU, Berlin, Nr. 9, 25.2.1999, S. 14.

analysieren und weniger mediengerechte Schlagworte zu produzieren. In Ostdeutschland hat sich in den letzten zehn Jahren eine politisch-ideologisch verbohrt rechtsextremistische, vor allem neonazistische Kadergruppe mit einem relativ großen Einfluss auf Teile der heranwachsenden Jugendlichen herausgebildet. Bei diesen Funktionären bestimmt ein antihumanistischer, nationalistischer und rassistischer Wahn ihr Weltbild, aus dem sie eine extreme Feindschaft gegen jeden demokratisch-zivilisatorischen Fortschritt ableiten

In letzter Zeit wird als Quelle für rechtsextreme Denk- und Verhaltensweisen auch zunehmend der Rechtsextremismus in und aus der Mitte der bundesrepublikanischen Gesellschaft genannt, meist aber ohne Ross und Reiter zu nennen. Bei der Lokalisierung der Mitte der Gesellschaft geht es nicht nur um verantwortungsloses Gerede an manchen Stammtischen oder um Vereine, die sich mehr am völkischen Geist der Weimarer Republik und nicht an den heutigen Ideen einer demokratisch-humanistisch verfassten Zivilgesellschaft orientieren, vielmehr vor allem um die Verantwortungsträger in der Bundesrepublik. Der rechte Extremismus aus der Mitte der Gesellschaft zeigt sich am deutlichsten in der Haltung zu den Ausländern und zum politischen Platz der Bundesrepublik in der Welt. Dabei ist die Hemmschwelle gegenüber rechtsextremen Positionen beachtlich gesunken. Christoph Butterwegge stellte deshalb schon vor Jahren fest: Die Rechtsentwicklung in der deutschen Bundesrepublik ist „nicht bloß das Werk von Extremisten (am Rand der Gesellschaft), sondern geht noch mehr auf Weichenstellungen politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Eliten zurück ... Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus sind keine ‚mentalen Restbestände‘ der Nazizeit, sondern primär das Produkt der Gegenwart ...“¹⁴ Ähnlich argumentierte der Politologe Joachim Hirsch von der Goethe-Universität in Frankfurt/M.: In der Bundesrepublik vollzog sich in einem ungeahnten Ausmaß eine „wohlstandschauvinistische Formierung der deutschen Gesellschaft“ und von daher herrsche, „wenn man so will, eine Art von ‚zivilgesellschaftlichem Totalitarismus‘“.¹⁵

Am deutlichsten zeigen sich immer wieder solche Tendenzen vom Bund bis in die Ortsverbände der CDU/CSU. Das reichte von einer Geldspende des Westberliner Innensenators Heinrich Lummer für die NPD über massive Attacken gegen das Grundrecht auf Asyl in der Verfassung der Bundesrepublik bis zu der demagogisch-nationalistischen Unterschriftenaktion gegen eine doppelte Staatsbürgerschaft für Ausländer in der Bundesrepublik.¹⁶ Manche in der CDU/CSU möchten auch wieder „Deutschland, Deutschland über alles“ als Nationalhymne singen und sind einer Koalition mit den *Republikanern* nicht abgeneigt. Aber auch andere Parteien haben ihre Sorgen mit nationalistisch-fremdenfeindlichen Stimmungen in ihren Reihen. Erinnerung sei hier nur an das Wirken von Nationalliberalen in der FDP, an die nationalistischen Töne des Hofgeismar-Kreises der Leipziger Jungsozialisten oder an die bei PDS-Anhängern stark vorhandene Auffassung,

14 Christoph Butterwegge (Hrsg.): NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland. Beiträge zur politischen Kultur der Bundesrepublik und zu politischer Bildung, Baden-Baden 1997, Vorwort S. 11.

15 Neues Deutschland, Berlin, 7./8.8.1999.

16 Siehe auch Dokumentation „Zur Übernahme rechtsradikaler Argumente durch Berliner CDU-Politiker“, Herausgeber: Fraktion Bündnis 90/Grüne im Abgeordnetenhaus von Berlin, Berlin 1999.

dass es zu viele Ausländer in der Bundesrepublik gebe. Eine weitere Aufzählung solcher Erscheinungen in Medien, Kirchen, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Strukturen würde den hier gesetzten Rahmen sprengen. Erforderlich ist jedoch, neben dem schon skizzierten strukturellen Rassismus auf weitere Faktoren hinzuweisen, die in manchen staatlichen Institutionen den Rechtsextremismus begünstigen. Zwar werden von dieser Seite oft Töne angeschlagen, die verbal auf die vom Rechtsextremismus ausgehenden Gefahren verweisen. Aber danach trifft nicht selten zu, was Ulla Jelpke, Bundestagsabgeordnete der PDS, mit den Worten umriss: „Schöne Worte und keine Taten, das ist die Devise von Innenminister Schily gegenüber Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.“¹⁷ Auswüchse einer solchen schon von der Kohl-Regierung betriebenen Politik sind, dass fast alle in der DDR zu lebenslänglicher Haft verurteilten Nazi-Kriegsverbrecher entweder auf dem Gnadenwege oder wegen angeblicher Verfahrensmängel im Laufe der 90er Jahre auf freien Fuß gesetzt wurden und die Bundesrepublik weiterhin Renten an ehemalige Angehörige der SS im Ausland zahlt. Auf gleicher Linie liegen die Entscheidungen von Politikern und Juristen, alle DDR-Urteile gegen aktive Neonazis wegen vermeintlicher Verstöße gegen rechtsstaatliche Prinzipien zu annullieren. Von bestimmten Kräften des Mainstream werden die Neonazis in der DDR heute als Teil der DDR-Opposition betrachtet und DDR-Bürger, die im Kampf gegen diese Kräfte mit Organen der Staatssicherheit zusammenwirkten, als IM mit Berufsverbot belegt. So wurde zum Beispiel der Thüringer Lokführer Lothar Haybach 1991 von der Deutschen Bundesbahn mit der Begründung entlassen, er habe vor der Wende zuständige Stellen des Ministeriums für Staatssicherheit über Aktivitäten der neonazistischen Skinhead-Szene in der DDR informiert und sei daher ein „IM“ gewesen (antiFA, Berlin 1993, Nr. 3, S. 10). Für viele Bürger in den neuen Ländern ist auch unverständlich, dass von einigen Richtern neonazistische Gewalttäter nicht selten nur zu Bagatelldelikten und das noch auf Bewährung verurteilt werden.

Als eine Ermutigung für Rechtsextreme ist ferner anzusehen, das in Ost und West eine ganze Anzahl von Gemeinden Rechtsextremisten von den Kommunen bezahlte Räume und ABM-Stellen zur Verfügung stellten. An solche Verfahrensweisen anknüpfend, unterbreitete der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Gottfried Timm, erst in jüngster Zeit den Vorschlag, trotz vieler negativer Erfahrungen ähnliche Praktiken in diesem Bundesland einzuführen. Dazu meinte der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedman: „Das ist ein unverantwortlicher Vorschlag. Er erweckt den Eindruck, Fremdenfeindlichkeit sei bereits gesellschaftlich akzeptiert. So entsteht der Eindruck der Alltäglichkeit. Rechtsradikale müssen immer als Außenseiter der Gesellschaft angesehen werden.“¹⁸

Nicht unerwähnt darf der kulturelle Bereich bleiben. Hier gibt es im Unterschied zu früheren Jahrzehnten viele Erosionserscheinungen und etliche Elemente rechtsextremen Denkens sind schon tief in diese Szene eingedrungen. Auf die Rolle der Musik wurde bereits im vorangegangenen Text eingegangen. Nicht so dagegen auf die Literatur und das Theater. Aus einer Vielzahl von Beispielen seien hier zwei exemplarisch herausgegriffen.

17 Neues Deutschland, Berlin, 23.5.2000.

18 SUPER ILLU, Berlin, Nr. 21, 18.5.2000, S. 5.

In breiten Kreisen der Öffentlichkeit rief die von der „Jungen Freiheit“ bis zur Schriftstellerin Monika Maron verteidigte Rede von Martin Walser im Oktober 1998 bei der ihm zugedachten Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels Empörung hervor. In seinen dortigen Ausführungen wandte sich Walser bezüglich der Verbrechen von Hitler-Deutschland dagegen, ständig mit einer „Dauerpräsentation unserer Schande“ konfrontiert zu sein.¹⁹ Auf kaum öffentlichen Protest stieß dagegen die Rechtfertigung von Stephan Suschke, damals stellvertretender Intendant des Berliner Ensemble, zur Aufführung der trivialen Klamotte „EVA. Hitlers Geliebte“. Nachdem die DDR bedauerlicherweise – so Suschke – nur die unmenschliche Seite des Faschismus dargestellt habe, wäre es jetzt dringend erforderlich, gleichfalls „die menschliche Seite des Faschismus“ zu veranschaulichen.²⁰

Es gäbe noch eine ganze Reihe von Bereichen, wo der Rechtsextremismus in und aus der Mitte der Gesellschaft in die Gesellschaft hinein wirkt. Es ist höchste Zeit, alle diese Probleme viel stärker in der Öffentlichkeit zu benennen und dagegen anzugehen.

Zur Zukunft des Rechtsextremismus lassen sich aufgrund von seriösen Forschungen und praktisch-politischen Erfahrungen eine ganze Anzahl relativ sicherer Prognosen formulieren. Danach steht fest, dass das gefährliche Phänomen des Rechtsextremismus nicht von heute auf morgen verschwinden wird, sondern noch lange Zeit Teil der politischen Realität in der Bundesrepublik sein wird. Das hängt ursächlich damit zusammen, dass die Krise der modernen Zivilisation und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die den Rechtsextremismus hervorgebracht haben und weiterhin hervorbringen, durch die neoliberale Politik, insbesondere durch die Unterhöhlung des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft, nicht überwunden sind. Es ist deshalb nicht von der Hand zu weisen, dass rechtsextreme Einstellungspotentiale in der Bevölkerung noch anwachsen können.

Vermutlich werden sich durch die partielle Zurückstufung des Nationalstaates infolge der globalen und kontinentalen Prozesse sowie durch das Fortschreiten der europäischen Integration einerseits verstärkt nationalistische Stimmungen entwickeln; andererseits wird sich die Zusammenarbeit der europäischen Rechtsextremen intensivieren. Auch die durch die globalen wirtschaftlichen, ökologischen und demographischen Entwicklungen ausgelösten und sich verstärkenden weltweiten Wanderungen von Arbeitskräften aller Qualifikationsstufen zu den Orten der günstigsten Verwertung ihrer Arbeitskraft können zunehmend rassistische Stimmungen gegen Ausländer stimulieren.

Die neuen Dimensionen weltweiter und europäischer Auseinandersetzungen führten bereits dazu, dass in der rechtsextremen Szene im wachsenden Maße über die Notwendigkeit einer eigenen Europa-Konzeption diskutiert wird. In einer von den *Republikanern* initiierten Strategiekonferenz am 19./20. Februar 2000 in Leipzig wurde daher schon die Forderung vorgetragen, die rechtsextremistischen Kräfte stärker zu bündeln und eventuell nach dem Muster der Österreichischen Haider-Partei eine eurozentristische und antiamerikanisch orientierte *Freiheitliche Partei Europas* (FPE) zu gründen. Mit der verstärkten Internationalisierung der rechtsextremen Szene ist gleichfalls mit einer ver-

19 Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M., 12.10.1998.

20 Berliner Zeitung, Berlin, 2.12.1996.

stärkten Nutzung des Internets für rechtsextreme Propaganda und die Abstimmung von Aktionen zu rechnen. Was die konkreten Perspektiven der einzelnen Parteien der extremen Rechten, des Neonazismus und der rechtsradikalen Vereinigungen in der Grauzone in der Bundesrepublik betrifft, so sind substanzielle Aussagen zur weiteren Entwicklung nur schwer möglich. Das trifft auch auf künftige Wahlergebnisse zu. Alle Parteien haben nur einen schmalen Sockel von Stammwählern. Größere Wahlerfolge der Rechtsextremen hängen daher weitgehend von der wirtschaftlichen und politischen Großwetterlage in der Bundesrepublik ab. Sicher scheint, dass wir wahrscheinlich mit neuen ideologischen und organisatorischen Varianten des Rechtsextremismus konfrontiert sein werden. Schon jetzt ist ersichtlich, dass der Druck in solchen Gruppierungen zu einer umfangreichen Kooperation in dieser Szene zunimmt. Aber die seit Jahrzehnten andauernde Zersplitterung der Ultrarechten wird in Anbetracht der egozentrischen Allüren aller Chefs rechtsextremer Parteien und Gruppierungen in der Bundesrepublik erhalten bleiben. Ein charismatischer Führer, der das überwinden könnte, ist nicht in Sicht.

Die genannten Entwicklungsmöglichkeiten des Rechtsextremismus bedeuten jedoch nicht, dass man die von diesem Bereich ausgehenden Gefahren unbeachtet lassen kann. Alle sollten stets daran denken: die heute besonders in den neuen Bundesländern reichlich vorhandenen rechtsextrem gesinnten Jugendlichen sind die Eltern, Erzieher, Polizisten und Beamten von morgen. Auch die Gefahren neuer rechtsextremistischer Diktaturen sind nicht obsolet, nur wird es sich dabei entgegen aller Träume der Neonazis nicht um eine modifizierte Kopie des Hitler-Regimes handeln. Schon Mitte der 90er Jahre schrieb der bekannte Publizist Johannes Groß: In Deutschland ist auch künftig ein rechter Despotismus möglich, aber „er wird dem wenig ähneln, den die Völker Europas kennen; er wird nicht antisemitisch sein, nicht von der Überlegenheit einer Rasse schwärmen, sondern umgekehrt die Talente der verschiedensten Zivilisationen nutzen. Eine Nachahmung des Hitlerismus oder was heute dafür gehalten wird, ist Sache der Blöden.“²¹ Das ist ein eindringlicher Appell dafür, sich nicht mit dem Rechtsextremismus und den von diesem ausgehenden Gefahren offen oder klammheimlich abzufinden. Es gilt zu jeder Zeit und an jedem Ort abwehrende geistige und politische Dämme zu bauen und den extremen Rechten nirgendwo Entfaltungsmöglichkeiten zu geben. Dafür auf allen Ebenen gutwillige Kräfte für einen breiten und vielgestaltigen Block der Vernunft und des Humanismus zu sammeln, ist und bleibt eine unverzichtbare und langfristige Aufgabe aller Gegner des Rechtsextremismus.

21 FAZ-Magazin, Frankfurt/M., 17.6.1994.

ROLAND BACH

**Zur nationalen
und sozialen
Demagogie der
extremen Rechten**

„Gegen EURO und Großkapital – für DM und deutsche Interessen“, „Unser deutsches Land in Arbeiter- und Bauernhand“, „Hoch die nationale Solidarität“, „Arbeit zuerst für Deutsche“ – mit diesen und anderen nationalistischen, sozialen und teilweise sogar sozialistisch anmutenden Parolen trommelt der „nationale Widerstand“ landauf und landab bei immer neuen Aufmärschen nicht nur zur Einschüchterung der Linken und Demokraten, nicht nur für heutige Wahlerfolge und den Einzug in weitere Landesparlamente, sondern auch für das langfristige Ziel einer Machteroberung in der Bundesrepublik. Rückgriffe auf die Propaganda der Vorgänger der extremen Rechten im faschistischen Deutschland sind dabei genauso unverkennbar wie Anleihen bei den Gesinnungsgenossen in anderen Ländern wie Frankreich und Österreich oder die Bemühungen um die ständige Aktualisierung und Modernisierung des Arsenal der selbsternannten „patriotischen Vorkämpfer“.

Die notwendige Auseinandersetzung mit der Demagogie der extremen Rechten erfordert zunächst, diese in ihren einzelnen Bestandteilen zu untersuchen – immer eingedenk der Tatsache, dass ihre Verbreitung zusammenhängend erfolgt und auch ihre Wirkung eine komplexe ist. (Auch in der Propaganda und Massenagitation der Nazifaschisten waren Rassendemagogie, nationale Demagogie, soziale Demagogie und bis zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges auch Friedensdemagogie eng miteinander verknüpft. Schon das 25-Punkte-Programm der NSDAP aus dem Jahre 1920 verband Forderungen nach einem „Großdeutschland“, nach Aufhebung des Versailler Vertrages, nach Verhinderung der Einwanderung „Nichtdeutscher“ mit demagogischen Versprechungen einer Gewinnbeteiligung an Großbetrieben, einer Bodenreform und einer Kommunalisierung der großen Warenhäuser.)

Gleichzeitig ist es erforderlich, die „Dramaturgie“ der Zubereitung und Vermittlung der rechtsextremen Parolen aufzuhellen, den Deckel vom „Kochtopf“ der rechtsextremen und neonazistischen Volksverführer zu heben.

Das „Kochrezept“ der extremen Rechten

Erster Schritt: Ihr erster Schritt ist die Suche nach Anknüpfungspunkten. Auch für die extreme Rechte, die massenhaft mit Fälschungen, Verdrehungen und Lügen arbeitet, ist ein bestimmtes Maß an Glaubhaftigkeit ihrer Behauptungen wichtig. Sie muss an verschiedenen Punkten deutlich machen können, dass sie sich mit nachprüfbaren Fakten in Übereinstimmung befindet. Dies fällt nicht allzu schwer, da ja die gesellschaftliche Wirklichkeit eine ungeheure Fülle von Beispielen sozialer Ungerechtigkeit und materieller Not, von Niedergang, von Diskriminierung, von hemmungslosem Egoismus und Bereicherung, von kriminellen Handlungen, von Korruption und politischem Filz bereithält. Aus offiziellen Statistiken (z. B. zur Arbeitslosigkeit), Berichten und Protokollen lässt sich ebenso mühelos zitieren wie aus den nicht immer seriös recherchierten Artikeln der Zeitungen. Allerdings beginnt hier bereits mit der tendenziösen Auswahl von Zahlen, dem Weglassen wichtiger Fakten (etwa im Verhältnis Einwanderung – Auswanderung) und dem Abschneiden der Fakten von dazu gehörenden Ursachen die Verdrehung und Umwandlung in Halbwahrheiten.

Gleichzeitig erfolgt die Anknüpfung an die unter den verschiedenen Teilen der Bevölkerung vorhandenen Ängste und Unsicherheiten. Die Sorge, ob man nicht morgen auch oder schon wieder von Entlassung am Arbeitsplatz bedroht ist, die Sorge um die künftige Rente, um den künftigen Wert des EURO, die Unsicherheit der Perspektiven der Jugendlichen nach dem Schul- oder dem Berufsausbildungsabschluss, die Angst des Handwerksmeisters um die Existenz seines Betriebes eignen sich hervorragend für die Rechtsextremen, solche Ängste weiter zu schüren, noch mehr Unruhe zu schaffen.

Anknüpfungsmöglichkeiten finden sie natürlich auch bei den vorhandenen Illusionen und Hoffnungen, dass sich rasch und für den Einzelnen spürbar etwas zum Besseren wenden möge, dass es einfache Lösungen für die riesigen Probleme der Massenarbeitslosigkeit oder der ausufernden Kriminalität gäbe. Gerade in den neuen Bundesländern ist ja die Enttäuschung über das Ausbleiben der vom früheren Bundeskanzler Kohl versprochenen blühenden Landschaften vielerorts in einen tiefen Frust umgeschlagen. Nicht anders geht es mit der Reaktion auf die Einsicht, dass von den Wahlversprechen des neuen Bundeskanzlers nur wenig übrigbleiben wird.

Nicht übersehen werden darf, wie breit primitive Denkmuster, rassistische Vorurteile und deutschtümeler Größenwahn bereits Jahrzehnte durch Massenmedien wie die „Bild“-Zeitung bei Millionen Bürgern vorgeprägt wurden. Hier liegt ebenfalls eine der Wurzeln, die es braunen Rattenfängern heute so erleichtern, mit ihren Parolen Gehör zu finden.

Und schließlich war es die konservative Regierungspolitik selbst, die den Boden für den heute aufflammenden Rechtsradikalismus bereitet hat. Stellte nicht die verschärfte Asylgesetzgebung das entscheidende Signal für den Aufschwung der ausländerfeindlichen Hetze und Gewalt? Sträubten sich nicht die konservativen Politiker seit Jahr und Tag, das antiquierte Staatsbürgerschaftsrecht zu ändern, hielten sie nicht an dem millionenfach missbrauchten Begriff des „deutschen Blutes“ fest und lieferten so den neuen Nazis die Steilvorlagen für ihre Schüsse auf Verstand und Gefühl? Mussten sich die Führer der rechtsextremen Parteien und die gewalttätigen Naziskins nicht angestachelt fühlen, wenn sie die antikommunistischen Ausfälle des früheren CDU-Generalsekretärs

Hintze, das Wort Stoibers von der „durchrassten Gesellschaft“ oder die unsäglichen Vergleiche des Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus Landowsky der sozial Unterprivilegierten mit dem Großstadtmüll vernahmen? Die Kampagne der hessischen CDU gegen ein neues Staatsbürgerschaftsrecht, die ihr bei den Landtagswahlen 1999 zusätzliche Stimmen einbrachte, wurde von den extremen Rechten genauso unterstützt wie der Versuch des nordrhein-westfälischen CDU-Vorsitzenden Rüttgers, mit ausländerfeindlichen Parolen wie „Kinder statt Inder“ die Aktion der Bundesregierung zur Anwerbung von Computerspezialisten zu kontern. Auch populistische Sprüche des heutigen Bundeskanzlers und seines Innenministers werden von den extremen Rechten genüsslich zitiert, wenn sie in ihre ausländerfeindliche Strategie passen. Die extreme Rechte erfindet nicht Nationalismus und Rassismus, wohl aber verstärkt sie ihn, treibt ihn auf die Spitze, begreift sich als dessen Vollstrecker.

Zweiter Schritt: Der zweite Schritt in der Küche der extremen Rechten ist die unzulässige Verallgemeinerung, die Überhöhung, Aufbauschung und Dramatisierung der Fakten hin zum Schrei, zur Schreckensmeldung. Kein Übel ist so groß, dass es nicht noch vergrößert dargestellt werden könnte. Keine Gefahr ist so groß, dass man sie nicht noch als „riesig“ anmalen könnte. Wo ein Böser ist, müssen gleich alle böse sein. Schon Goebbels brachte seinen Schülern bei, daß eine Lüge umso eher geglaubt wird, je größer und unverfrorener sie in die Welt gesetzt wird. Man muss sie nur lautstark und fortlaufend wiederholen.

Ohne nähere Untersuchung und Erläuterung verdoppeln die Publikationen der extremen Rechten die ohnehin schon schlimme Zahl der offiziell ausgewiesenen Arbeitslosen auf 10 und mehr Millionen. Mit der Schlagzeile „Millionen Ausländer im Anmarsch auf Deutschland“ schreckte im Januar 1998 Freys „Deutsche National Zeitung“ (DNZ). In den zugehörigen Pamphleten der DVU verliert Deutschland bald seinen Charakter, das deutsche Volk seine Identität und seine Seele. Und auch die antisemitische Rassenhetze fehlt dabei nicht. Ohne auch nur zu erwähnen, wieviele Juden Osteuropas der faschistischen Vernichtungsmaschinerie zum Opfer fielen, wie relativ gering die Zahlen der dort heute existierenden jüdischen Bevölkerung sind (in Polen leben ca. 5000 jüdische Bürger), schreit es aus der DNZ, Millionen „Ostjuden“ stünden auf dem Sprung, Deutschland zu überfluten. Der Geist des fanatischen Antisemiten und Rassenhetzers Julius Streicher (der 1946 in Nürnberg am Galgen endete) lebt in Freys Imperium weiter.

Dritter Schritt: Im dritten Schritt werden „Schuldige“ gesucht und angeprangert. Auch hierbei bleibt sich die extreme Rechte treu, vermischt sie Halbwahrheiten mit Lügen, verschleiern mehr, als sie offenlegt, lenkt die Suche in die falsche Richtung. Natürlich kam sie in den letzten Jahren nicht umhin, der schwarz-gelben Regierungskoalition in Bonn wesentliche Schuld an miserablen Zuständen und Fehlentwicklungen anzulasten. Aber ihre Kritik blieb wie üblich an der Oberfläche, es fehlte jegliche gründliche Analyse gerade in den Kernfragen der Arbeitslosigkeit und Beschäftigungspolitik, der Sozialpolitik, des Demokratieabbaus, der Treuhandpolitik oder der Finanzwirtschaft. Es blieb beim Schimpfen auf das „Bonner System“. Bei dieser Kritik von rechtsaußen an der rechtskonservativen und neoliberalen Politik, die sich hinsichtlich der Fakten durchaus mit der Kritik von Links begegnen konnte, muss beachtet werden, dass es wesentliche Differenzierungen im Vorgehen der einzelnen rechtsextremen Gruppierungen gab.

So kritisierten die Republikaner oder der Bund Freier Bürger die Bonner Politik eher dahingehend, daß sie noch nicht genügend auf neoliberalen Kurs sei, der aber doch die eigentliche Ursache für Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau darstellt. NPD und andere Gruppen schalteten dagegen (wie unten noch weiter zu zeigen sein wird) mehr auf eine antikapitalistische Gangart um. Da aber die wirklich Mächtigen in den Chefetagen der großen Konzerne und Banken, der internationalen Finanzinstitutionen, die nicht nur über die Verwendung Hunderter Milliarden Dollar oder EURO, sondern damit auch über das Schicksal ganzer Länder und Völker entscheiden, höchstens verbal angekratzt werden, müssen Ersatzfeinde als „Schuldige“ her. Das Muster dafür liefern wiederum die Nazifaschisten. So wie Hitler, Goebbels oder Streicher „die Juden“ als das angebliche nationale Unglück ausmachten, so haben heute Neonazis und Faschoskins, Rechtspopulisten und „patriotische“ Ideologen gemeinsam „die Ausländer“ als den Sündenbock ausgemacht. Unterschiede gibt es lediglich in der Wortwahl, in der Feinheit der Argumentation. Sind es bei den einen die „Illegalen“, bei den anderen die „Wirtschaftsflüchtlinge“ oder „Scheinasylanten“, so steigert sich das bis zur Hetze gegen die „Kanaken“, die „Türkenbanden“ usw., die verjagt werden müssen.

Vierter Schritt: Wo Not ist und Verzweiflung herrscht, wo soziale Verluste und Benachteiligungen drohen, so die Kalkulation der extremen Rechten, ist ein „Retter“, ein „Erlöser“ gefragt. Dafür bieten sie sich an, als die einzige Kraft, die angeblich Chaos beseitigen und Ordnung wieder herstellen kann. In der feindlichen Welt, in der sich die rechtsextremen Parteien und Gruppierungen eingeschränkt und vielfach verfolgt wähnen, kann es für sie nur eine Kraft der Errettung aus allen gesichteten und erdichteten Übeln geben: den „nationalen Widerstand“. Das zumindest redet man den jungen Leuten ein, die diese Parole auf die Straße tragen. Das Gleiche gemeint, nur mit Rücksicht auf die jeweilige Klientel dezenter ausgedrückt, ist, wenn man sich als „Die Nationalen“, als „Die Patrioten“ oder als Verein „Rettet die D-Mark“ tituliert.

Bei der „Erlösung“ oder „Rettung“ helfen dann auch neuheidnische Gruppen mit, die mit den germanischen Göttern im Bunde dem nationalen Widerstand zusätzliche Kraft für seine Schlachten gegen alles Liberale und Multikulturelle spenden wollen. Ausdrücklich wird dabei der Trennungsstrich gegen die christlichen Erlösungs- und Heilslehren gezogen. In der Formel „Odin (Wotan) contra Jesus“ wird der antijüdische Kern dieser Aussagen deutlich gemacht.

Zu welchen Exzessen eine solche Haltung führen kann, wenn sich angestaute Unzufriedenheit zum Hass auflädt und mit Wahnvorstellungen von der Weltherrschaftsmission der „arischen Rasse“ bündelt, hat der Weg des Neonazis Kay Diesner sichtbar gemacht, der jetzt wegen Mordversuchs an einem linken Buchhändler und wegen Polizistenmordes eine lebenslange Freiheitsstrafe verbüßen muss.¹ Aber auch ohne eine solche exzessive Aufladung lässt sich leicht erkennen, dass die Stimmenabgabe für NPD, DVU oder Republikaner bei Wahlen von den direkten Anhängern der rechtsextremen Szene nicht als normales Wählerverhalten, als demokratisches Verfahren, sondern als Stück des „nationalen Widerstandes“ betrachtet wird.

1 Siehe Laura Benedict: Sehnsucht nach Unfreiheit. Der Fall Kay Diesner und die rechte Szene, Berlin 1998.

„Erlöser“ werden natürlich nur angenommen, wenn sie etwas versprechen. Deshalb gehört zu diesem vierten Schritt auch die Ausarbeitung und Verbreitung kürzerer oder längerer Kataloge von Forderungen, für die man sich angeblich stark machen will. Man ist nicht kleinlich mit den Worten, muss man doch nicht fürchten, denen gleich die Tat folgen lassen zu müssen. Ähnlich wie in den Dokumenten der Nazi-Partei vor 1933 findet sich in den Parteidokumenten, Reden und Erklärungen der heutigen extremen Rechten etwas für den Bauern, den Ökofreund und den Tierschützer, für den Unternehmer und das Handwerk, für die deutsche Hausfrau und Mutter, für die Jugend, die Soldaten und die Kriegsoffer; Widersprüche in den Aussagen stören nicht. Erheblich ausgebaut wurden in der jüngsten Zeit die Versprechungen für die Arbeiter. Ihnen prophezeit der NPD-Ideologe Oberlercher in seinen 25 (!) Thesen zur nationalen Volkswirtschaft sogar: „Der Kapitalismus und das Proletariat sind abgeschafft“.²

Fünfter Schritt: Schließlich erfolgt in einem fünften Schritt die Raffung des gefährlichen ideologischen Gemischs in griffige Parolen. Was die Strategen der extremen Rechten nicht nur zu Wahlkampfzeiten, sondern schon lange kurzgefasst bündeln, ist keinesfalls zufällig, sondern raffiniert durchdacht. Es ist die Lunte für das Pulverfass, das man entzünden will. Auch hier stehen die Nazifaschisten mit ihren Parolen vom „Saustall“ der Weimarer Republik, der „Judenrepublik“, der „Jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ und der „nationalen Erhebung“ Pate. Aus Fakten und Halbwahrheiten werden Lügen, statt Argumenten dominieren auch heute bei vielen Rechtsextremen Hetze und Hass. Es soll keine argumentative Auseinandersetzung geben, es ist kein Nachdenken gefragt, es soll nur die Richtung vorgegeben werden, in die man in Deutschland marschieren soll.

Und so ist es auch kein Zufall, dass bei allem Streit unter den rechtsextremen Gruppierungen, bei allen realen oder nur vorgetäuschten Unterschieden zwischen NPD, DVU und Republikanern in Programmatik, Outfit und Auftreten sich letztlich die Parolen gleichen: „Deutschland den Deutschen“, „Deutsches Geld für deutsche Aufgaben“, „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ usw. – immer verbunden mit der dezent formulierten oder lautstark gegröhlten Forderung „Ausländer raus!“ Niemand, der der Wahrheit ins Auge sehen will, kann daran vorbei, welche Folgen diese immer wieder skandiierte Parole für demokratische und zivilgesellschaftliche Formen des politischen Lebens in Deutschland hat und haben wird. Sie ist direkt oder indirekt Anleitung zum Handeln, zum gewalttätigen Handeln.

Deuschtümelei, rassistische Mythen und nationalistische Hetze

Die komplizierte, zum Teil qualvolle Geschichte der Herausbildung des deutschen Nationalstaates kann hier nicht nachgezeichnet werden. Für das Verständnis der nationalen Demagogie der heutigen extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland ist je-

² Reinhold Oberlercher: Wege zur raumorientierten Volkswirtschaft, in: Deutsche Stimme, Stuttgart, Sept./Okt. 1998, S. 12.

doch wichtig, daran zu erinnern, dass demokratische Ansätze für den deutschen Nationalstaat immer zugleich auch mit nationalistischen Ausfällen verbunden waren, dass das zweite deutsche Kaiserreich mit „Blut und Eisen“ geschaffen und provokativ auf französischem Boden ausgerufen wurde. Zu erinnern ist daran, dass das Aggressionsstreben des deutschen Imperialismus vor dem ersten Weltkrieg von der nationalistischen Propaganda des „Alldeutschen Verbandes“ und anderer Organisationen begleitet wurde, zu erinnern ist an den chauvinistisch-militaristischen Taumel, in den große Teile des deutschen Volkes bei Kriegsbeginn 1914 gestürzt wurden. Nicht vergessen werden darf die unheilvolle Rolle der völkischen und militaristischen Verbände in der Weimarer Republik, die fortgesetzte Instrumentalisierung der Verse von Hoffmann von Fallersleben „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt“ durch die nazifaschistische Bewegung, die sie mit ihren Rassen- und Herrenmenschentheorien verband und sich damit die Grundlage für die fürchterlichen Verbrechen im zweiten Weltkrieg und bei der Vernichtung der europäischen Juden schuf. Dass aus dem „Großdeutschland“-Wahn dann das bis dahin kleinste Deutschland wurde, ist bekannt.

Die Konsequenz aus diesem verhängnisvollen Weg hatte Bertolt Brecht in seinem 1949 verfaßten Entwurf der Nationalhymne für die neu gegründete Deutsche Demokratische Republik aufgeschrieben: „Und nicht über, und nicht unter andern Völkern woll'n wir sein, von der See bis zu den Alpen, von der Oder bis zum Rhein“. In ihrer Geburtsstunde bekannten sich beide deutsche Staaten trotz ihrer Gegnerschaft zu einem friedlichen und freundschaftlichen Zusammenleben der Völker, zur Achtung der Menschenrechte, zur Beachtung der Lehren deutscher Geschichte (die BRD behielt allerdings die alte Hymne aus Kaisers und Nazizeiten bei, wenn auch nur deren dritte Strophe offiziell gesungen werden sollte).

Gerade aber mit einem demokratischen Bruch in der deutschen Geschichte war die extreme Rechte in Deutschland nie einverstanden. Zunächst handelte es sich darum, dass Funktionäre aus der ehemaligen nazistischen Machtelite, unbelehrbare Nazis, sich mit ihrer Niederlage nicht abfinden konnten, versuchten, konspirativ oder halblegal ihre Kontakte aufrechtzuerhalten, sich gegenseitig in der Ablehnung der Besatzungspolitik, der Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen und vor allem in der Ablehnung der Bestrafung für Kriegsverbrechen und Völkermord zu bestätigen. Doch blieben auch nach dem Beginn des Kalten Krieges, nach der Entstehung der beiden deutschen Staaten und dem Abschluss der Entnazifizierung ihre Möglichkeiten begrenzt, wie das Verbot der Deutschen Reichspartei 1952 zeigte. Diejenigen, die nicht ins Ausland abgetaucht waren, die nicht ihren Frieden als Beamte (sogar als Minister, Ministerpräsident und Bundeskanzler), Juristen oder Offiziere nun mit dem „System“ Adenauer machten oder in der Wirtschaft sich vor allem um ihre Karriere sorgten, mussten sich auf einen langen Weg zur Realisierung ihrer alten Träume einstellen. Sie wandten sich deshalb der Erziehung neuer nationalistischer Kader in Jugendverbänden wie der „Wikingjugend“, dem „Bund Heimattreuer Jugend“ oder der „Deutschen Jugend des Ostens“ zu, organisierten Traditionsverbände der ehemaligen Wehrmacht- und SS-Einheiten, wirkten in Landsmannschaften der Vertriebenen. Aus ihren Reihen entstand später (1964) die NPD. „Altkader“ wie Schönhuber hatten auch noch das Sagen bei der Gründung der Republikaner, vor allem jedoch bei der Gründung rechtsextremer Verlage, Zeitungen und Zeitschriften.

So ist heute eine vielschichtige Situation anzutreffen. Einerseits sind in den siebziger bis neunziger Jahren wesentliche Bedingungen für das Wirken der verschiedenen politischen Kräfte in der BRD verändert worden. Gleichzeitig blieb, wie die bekannte „Sinus“-Studie von 1981 auswies, ein beträchtliches Potential rechtsradikaler Einstellungen in der Bevölkerung erhalten, was auch durch zahlreiche aktuelle Befragungen untermauert wird³. Eine ganze Generation alter Nazis ist schon aus biologischen Gründen von der politischen Bühne abgetreten. Gleichzeitig ist seit den achtziger Jahren (Beispiel Michael Kühnen) ein neuer, jüngerer und zum Teil fanatischer Kaderstamm der extremen Rechten nachgewachsen, der, wenngleich neuen Bedingungen angepasst und oft modern verpackt, den alten Kern nationalistischer und rassistischer Ideologie tief verinnerlicht hat und propagiert.

Die bedeutsamste Veränderung im Arsenal der extrem rechten Ideologie in den letzten Jahren trat selbstverständlich mit dem Anschluss der DDR an die alte BRD ein, wurden ihre Verbreiter doch – ohne dass sie das hätten als eigenen Sieg feiern können – über Nacht einer zugkräftigen Parole beraubt. Sie schalteten wieder auf „großdeutsch“ um, erklärten, dass für sie Deutschland mehr sei als BRD + DDR, dass sich eigentlich nur „Mitteldeutschland“ angeschlossen habe und suchen nun verstärkt den Schulterchluss mit den offen revanchistischen Vertretern der Landsmannschaften.

Das „deutsch“-„undeutsch“-Schema

Die vielfache Verwendung des Wortes „deutsch“ ist natürlich noch kein kritikwürdiges Geschehen, das Wort „Deutschland“ muss nicht unangenehm in den Ohren klingen, es kann auch viele demokratische Assoziationen hervorrufen. Die Demagogie der extremen Rechten beginnt im Verlassen der Argumentationsebene, mit der Polarisierung, Überhöhung, Zuspitzung und Schematisierung, die erst die Verwendung in der hetzerischen Parole schließlich ermöglicht. Es gibt in ihren Schriften, Reden, Liedern und Schreien nur noch „deutsch“ oder „undeutsch“, „national“ oder „antinational“, „patriotisch“ oder „unpatriotisch“, „Volkszugehörige“ oder „Volksfeinde“ bzw. „Volksverräter“, „Helden“ oder „Feiglinge“. Es gibt nichts mehr dazwischen, es gibt keine Relativierung und keine Differenzierung. Dem Schema entspricht die Positiv/Negativliste der Charaktereigenschaften, die zugeordnet werden: „Deutsche“ arbeiten, sind fleißig und leistungsstark, sie sind alle sauber, ordentlich und ehrlich, sie sind tapfer und soldatisch bzw. in ihrem weiblichen Teil „mütterlich“. Die „Undeutschen“ (Ausländer, Juden, linke „Zecken“) sind faul und wollen bloß abzocken, sie sind unordentlich, dreckig, kriminell – das „Ungeziefer“ der Gesellschaft, sie sind feige und zivil.

Als „deutsch“ von den extremen Rechten klassifiziert sind der Bauer, der mit dem Pflug auf der Scholle rackert und dabei von der Regierung in Stich gelassen wird, und der Sänger Heino, weil er alle drei Strophen des „Deutschland“-Liedes singt. Als „deutsch“

3 Siehe u. a.: Richard Stöß: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Herausgegeben v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 1999.

gepriesen werden der Raketenspezialist Wernher von Braun, der die deutsche „Wunderwaffe“ V2 für den Beschuss englischer Städte entwickelte (obwohl der dann Jahrzehnte den USA diente), der Mörder Karl Liebknechts und auch der in Nürnberg als einer der Hauptkriegsverbrecher verurteilte und gehängte Generalfeldmarschall Keitel, weil er vor seiner Hinrichtung noch rief „Alles für Deutschland!“. „Undeutsch“ dagegen eingestuft werden Carl von Ossietzky, der den nationalistisch-militaristischen Ungeist in Deutschland geißelte, oder Ignatz Bubis, der langjährige Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, der bis zu seinem Tode nicht müde wurde, den weiter wirkenden braunen und antisemitischen Ungeist anzuprangern. „Undeutsch“ handeln angeblich alle die, die Asylbewerber oder von Abschiebung bedrohte ausländische Mitbürger unterstützen; grüne Politiker, Pfarrer, Rechtsanwälte oder Sozialarbeiter. Und natürlich Kommunisten und Marxisten.⁴ Erst kürzlich legte die DNZ eine ganze Serie „Große deutsche Soldaten – unsterbliche Helden“ auf, in der die faschistischen Fliegerasse, U-Boot-Kommandanten, Wüstenkrieger u. a. gefeiert wurden. Wer aber die saubere Weste der deutschen Wehrmacht im zweiten Weltkrieg in Zweifel zieht und gar noch schreckliche Verbrechen nachweist, wie die Gestalter der Ausstellung über den Vernichtungskrieg der Wehrmacht in Ost- und Südosteuropa, der wird in jeder ihrer Ausgaben als „undeutsch“ verdammt.

Als „national“ gelten rechtsaußen auch weiterhin viele der Burschenschafter, sofern sie nur genügend nationalistische Sprüche von sich geben und trinkfest wie neonazistische Kameradschaften sind. Als „national“ sind auch jene evangelischen Bischöfe weiterhin anerkannt, die 1933 Hitler die entsprechenden Weihen gaben. „Antinational“ aber sind in dieser Lesart Antifaschisten und Verfechter der europäischen Währung, sind wirkliche Patrioten wie der Oberst Petershagen, der 1945 Menschen und Stadt in Greifswald vor sinnloser Zerstörung bewahrte.

Dem deutschen Volk werden von den Rechtsextremen nicht nur deutsche Staatsangehörige, sondern auch Österreicher, Südtiroler, Minderheiten in Polen, Rumänien oder Kasachstan zugeschlagen. Aber aus dem Volk ausgestoßen sollen alle sein, die sich der Wahrheit der Gegenwart, der Existenz einer tatsächlich vorhandenen multinationalen Gesellschaft, den Erfordernissen der Integration aller hier lebenden Bürger stellen, selbstverständlich auch die, die nicht „soldatisch“ denken, die Pazifisten und Kriegsgegner.

Im weitverzweigten Supermarkt der rechtsextremen Parteien, Verbände und Gesellschaften wird alles bedient, was „deutsches“ Tun und Denken befördern könnte – und Kasse gemacht.⁵ Die Sachwalter der nationalistischen Gegenkultur verkaufen ihre Kalender als „Deutscher Nationalkalender“, ihren Atlas als „Deutscher Nationalatlas“, ihr geschichtsfälschendes Lexikon als „Deutsches Nationallexikon“ mit der Zugabe der „Deutschland-Fahnen“ (der Reichsflagge von 1871 bis 1918 und den Flaggen der in zwei

4 Bei Teilen der NPD deutet sich hier eine Einschränkung an. NPD-Vorsitzender Voigt erklärte im Dezember 1998, die NPD wolle auch ein Angebot an Personen machen, „die sich durch soziales Umfeld oder geistige Beeinflussung geprägt, früher dem marxistischen Lager aus idealistischen Beweggründen zuwandten“. Sie hätten sich gegen die Unterordnung der Menschen unter die Interessen der Wirtschaft, des Kapitals gewandt, aus dem Willen zur Schaffung einer besseren, gerechteren Ordnung heraus gehandelt. (Deutsche Stimme, Jan. 1999)

5 Siehe Franziska Hundseder: Rechte machen Kasse, München 1995.

verbrecherischen Weltkriegen verlorenen Gebiete von Ostpreußen bis Niederschlesien). Sie bedienen die Sehnsüchte der unbelehrbaren Alten mit der „Geschichte der Panzergrenadierdivision Großdeutschland“, mit der „Geschichte der SS-Panzergrenadierdivision Reichsführer SS“, mit den Bänden über die „deutsche“ Panzerwaffe und die „deutschen“ Schnellboote. Sie erfüllen die Wünsche des rechtsextremen Nachwuchses mit den Stickers „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein“, mit Stiefeln und Bomberjacken. Sie liefern „Deutsche Medaillen“, „Deutsche Briefmarken 1933 bis 1945“ mit dem Konterfei des „Führers“, ein „Verbrecheralbum der Sieger“, die „Foto-Lügen über Deutschland“, die CD's „Soldaten, Helden, Vaterland“ und Hunderte weiterer Produkte über den „Deutschen Buchdienst“ aus.

Und die ehemaligen Angehörigen der Nationalen Volksarmee der DDR umwirbt man mit der lächerlichen Steigerung des Adjektivs „deutsch“: Ihre Helme und ihre grauen Uniformen würden sie als die „deutschere“ der beiden deutschen Armeen ausweisen.

„Deutsches Blut“ und „Deutschlands Untergang“

Nationale Überheblichkeit, „völkisches Denken“ und sich in Hetze steigernde nationalistische Parolen wären ohne rassistische Mythen nicht denkbar. Es sind vor allem der Mythos vom besonders „reinen“ deutschen Blut bzw. der besonders „reinen deutschen Seele“ und der Mythos von einer angeblich „göttlichen Sendung“ des deutschen Volkes, die in vergangenen Jahrhunderten aus vielen – vor allem literarischen Quellen – gespeist und dann von den Hitlerfaschisten zur Rechtfertigung ihres Herrenmenschentums genutzt wurden. Sie bilden auch heute noch wesentliche Grundlagen rechtsextremer Ideologie.

Die Ablehnung aller Lehren über die Gleichheit der Menschen, der Gedanken der Aufklärung, der Toleranz und des Liberalismus, wie sie vor allem in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und den Losungen der Französischen Revolution zum Ausdruck kamen, wird dabei offen eingestanden.

Wie Märchen, Sagen und Legenden (vergleiche etwa die Geschichte der Jeanne d'Arc in Frankreich oder den Rütlichschwur in der Schweiz) für die Identitätsstiftung der Nationen haben auch Mythen, also die überlieferten bildhaften Vorstellungen vom Entstehen und der Bedeutung eines religiösen Kultes, vom Ursprung der Welt und ihrer Erscheinungen, der Menschen und Götter und ihrer Schicksale viele positive Wirkungen hervorgebracht. Sie vermochten Kraft und Widerstand, Hoffnungen und Zuversicht zu wecken. Zugleich aber wirken Mythen oft lähmend, bremsen geistigen Fortschritt, befördern Irrationales. Mythen bedürfen weder naturwissenschaftlicher noch historischer Wahrheiten.

Paradoxerweise schufen gerade die großen Denker der Aufklärung, die die Fesseln des christlichen Mythos über großen Teilen des „Abendlandes“ und der „Neuen Welt“ auflösten, die Entdecker und Erfinder der Neuzeit damit auch eine Voraussetzung, daß sich neue Mythen festsetzten, die schweres Unheil anrichteten. So wurde die „Abschaffung“ des einen und einzigen Urvaters des Menschengeschlechts, den die Bibel darstellte, zugleich zur Möglichkeit für den Angriff auf die Gleichheit aller Menschenkinder, auf die

Universalität der Menschenrechte. In mehreren Ländern Europas begann die Ausbreitung des „arischen“ Mythos, die sich in Deutschland dann in besonders penetranter und gefährlicher Weise manifestieren sollte.⁶

Die heute noch erkennbaren „rassisch“ unterscheidbaren Merkmale (nach Haut-, Haar- und Augenfarbe, nach Kopf-, Gesichts-, Haar-, Augen-, Lippen- und Nasenform sowie Körperhöhe) entstanden auf einer sehr frühen Stufe der Entwicklung des Homo sapiens, als die aus einer gemeinsamen Wurzel stammenden Menschen bereits durch Arbeit und gesellschaftliches Leben befähigt waren, Gebiete mit sehr unterschiedlichen natürlichen Umweltbedingungen zu besiedeln, jedoch von den Naturbedingungen noch soweit abhängig waren, dass dadurch Veränderungen des menschlichen Organismus bewirkt wurden. In Bezug auf die gesellschaftliche Daseinsweise des Menschen auf unserer Erde sind das aber längst unwesentliche Eigenschaften, während alle Menschen in den entscheidenden biologischen Grundlagen der menschlichen Tätigkeit (Körperbau, besonders Hand und Gehirn, Ausbildung der Sprachfähigkeit u. a.) sich auf einer gleich hohen Entwicklungsstufe befinden. Alle rassistischen Theorien und Behauptungen leugnen die Tatsache, dass die heute im Kulturniveau der Menschheit bestehenden Unterschiede auf gesellschaftliche Verhältnisse, insbesondere auf die koloniale und imperiale Ausbeutung und Unterdrückung der Völker zurückzuführen sind.⁷

Natürlich distanzieren sich die meisten Rechtsextremen heute wenigstens formal von den rassistischen Irrlehren der Nazifaschisten, von den Handlungsanleitungen, die aus den Nürnberger Rassegesetzen von 1936 für den Massenmord an Juden, Roma und Sinti, an Kriegsgefangenen und Behinderten hervorgingen, von der Lizenz zum Töten der „Untermenschen“ durch die arischen deutschen „Übermenschen“. Und doch ist dieser Ungeist nicht tot. Er lebt bei den Leugnern des Holocaust wie bei den Verkäufern von Hitlers rassenhetzerischer Bibel „Mein Kampf“ und von Stickern „White arian resistance“ („Weißer arischer Widerstand“).

Ein besonders makabres Beispiel stellt ein sogenanntes „nationalsozialistisches Strategiepapier“ dar, das von dem in den USA ansässigen „Europaausschuss“ zur Wiedergründung der NSDAP, der „NSDAP/AO“⁸ in ihrem „NS-Kampfruf“ Anfang 1998 herausgegeben wurde. Darin heißt es: „Unser ewiges Ja zum Deutschen Reich, zum vom Nationalsozialismus geschaffenen Volksstaat, zu den germanischen Werten und dem Bekenntnis zu einer Volksgemeinschaft auf rassischer Grundlage ist das Fundament unseres Denkens und Schaffens, unseres Kampfes und unserer Hoffnung.“ Und weiter: „Unser Feind ist in erster Linie das Bonner und Wiener Judensystem ... Wir ... beginnen hier und heute den Kampf gegen das internationale Untermenschentum und werden nicht eher ruhen, bis diese Verbrecher ausgemerzt sind.“⁹ Es fehlt fast keine der Hitlerschen Grundvokabeln.

Offene Verherrlichung eines elitären, rassistischen und zum Teil neonazistischen Welt-

6 Siehe Leon Poljakow: Der arische Mythos. Zu den Quellen von Rassismus und Nationalismus, Hamburg 1993.

7 Vgl. dazu die entsprechenden Stichworte in: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, München 1997.

8 NSDAP/AO = Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation, gegründet 1972, Sitz in Lincoln (Nebraska), USA. Vorsitzender ist Gerry Lauck, der gerade erst wieder eine Haftstrafe in der BRD verbüßt hat und abgeschoben wurde.

9 Zitiert nach: „blick nach rechts“, 25. Februar 1998, S. 16.

bildes gibt es auch in der rechtsextremen Skinhead-Szene, so bei den „Hammerskins“, deren Erkennungszeichen – zwei gekreuzte Zimmermannshämmer – die Kraft und Stärke der „weißen“ Arbeiterschaft symbolisieren soll und die alle „weißen“ Skinheads in einer „Hammerskin-Nation“ vereinigen wollen oder der „Blood and Honour“ (Blut und Ehre)-Bewegung, die, ursprünglich in England entstanden, mit ihren Konzerten nun auch in Deutschland verschiedene Gruppen aufgebaut hat. Immer mehr Neonazismus und Gewaltverherrlichung tauchen auch in den Texten bestimmter Skinhead-Bands auf. Eine nennt sich mit ihrer CD „Das Vermächtnis des Führers“ direkt provozierend „Arisches Blut“, eine andere macht in ihren Texten aus der Nordseeküste den „arischen Strand“. Die volksverhetzenden Texte der „Zillertaler Türkenjäger“ fordern dazu auf, gegen „Zecken und Ali-Banden mit Tritten in die Schnauze“ vorzugehen.

Halten wir unabhängig vom wissenschaftlichen Streit um rassebiologische Fragen fest:

Erstens: Menschenrassen, auf frühen Stufen der Menschheit herausgebildet, haben heute für den Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung keine Bedeutung mehr. Im Verlauf von Hunderttausenden von Jahren haben sich die Rassen gemischt, sie können heute weder künstlich neu erfunden, ausgelesen oder gezüchtet werden. Auch der so stolze Bayer ist in seinen Genen ein Mix von seinen Urvätern her, von Römern und Germanen, von Türken und Juden, von Slowaken und „Zigeunern“.

Zweitens: Wie die Weltraumerforschung allen Mythen zum Trotz keinen Beweis für die Existenz Gottes fand, so konnte auch alle Naturwissenschaft, Archäologie und Geschichtswissenschaft keinen Beweis für die Existenz einer „arischen“ Rasse finden. Auch Himmlers Abgesandte kehrten ergebnislos aus dem Himalajagebiet zurück, wo sie fündig werden sollten.

Drittens: Damit entfällt auch die Grundlage für die immer neu aufgewärmten Konstruktionen eines besonders auserwählten und biologisch besonders wertvollen deutschen Volkes.

Um aus diesem offensichtlichen Dilemma herauszukommen und gleichzeitig der Gefahr zu entgehen, wegen Rassenhetze bestraft zu werden, versuchen die Ideologen der extremen Rechten in den letzten Jahren, von der „Rasse“, vom Mythos des Blutes auf die kulturelle Schiene, auf den sogenannten „Ethnopluralismus“ umzusteigen. Dessen Behauptungen bestehen kurz gefasst darin, eine „ethnisch“¹⁰ scharf getrennte Landschaft homogener Kulturen zu unterstellen, die als dauerhaft dargestellt wird und wiederum stillschweigend von einer „Höherwertigkeit“ oder „Minderwertigkeit“ der einzelnen Kulturen ausgeht. Geleugnet wird die umfassende Bereicherung und gegenseitige Durchdringung der Kulturen. Aus schärfste bekämpft wird die Entstehung von Multikulturellem als „Schande“ und „Verbrechen“ gegen das eigene Kulturvolk. „Multikulturell“ sei „multikriminell“ tönt demagogisch Freys DNZ in immer neuen Varianten. Wird vordergründig auf das besondere „deutsche Blut“ verzichtet, wird durch das Weglassen jeglicher Erklärung, weshalb denn nun gerade die deutsche „Ethnie“ eine besonders wertvolle sei und wie sich diese herausgebildet habe, über die Hintertür der Mythos des Blutes und der Abstammung wieder hereingeholt.

10 Ethnisch (griech.) = volkseigentümlich, Volks-.

Grundlegende Dokumente der NPD, der DVU und der Republikaner, Reden ihrer Führer und Leitthesen der ihnen nahestehenden Vereine und Gesellschaften enthalten genügend Offenbarungen und schwammige Formulierungen, die eben auf jene behauptete besondere deutsche Volksqualität hinauslaufen. So wettert die NPD gegen die multikulturelle Gesellschaft, die angeblich „durch Austausch des Volkes die tragenden Schichten an der Macht halten soll“; „bloße Gesellschaften“ entwickelten keine Kulturen sondern bestenfalls eine Zivilisation, „multikulturelle Gesellschaften“ seien in Wirklichkeit „kulturlose Gesellschaften“.¹¹ Die DVU hält alle Bemühungen um die „Bewahrung des deutschen Charakters unseres Vaterlandes“ und die Sicherung seiner Zukunft für sinnlos, wenn es Politikern im Bund mit der Meinungsindustrie gelänge, Deutschland in einen „Vielvölkerstaat“ bzw. einer „Europäischen Union“ aufzulösen.¹² Ominös verkündeten Die Republikaner: „Das Lebensrecht des deutschen Volkes ist aus sich selbst begründet“¹³ und ihr geschäftsführender stellvertretender Bundesvorsitzender Christian Käs fragte nach einem hetzerischen Ausfall gegenüber Afrikanern, ob es den „Umvolkern“ schon gelungen sei, „all das Deutsche zu zerstören“, in das das Fremde zu integrieren sei.¹⁴

Die Bemühungen um die geistige Ausrichtung der rechtsextremen Szene laufen auch über die Zusammenarbeit und personelle Vernetzung der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“, die als „Bewegung des demokratischen Patriotismus“ Gleichgesinnte über Partei- und Vereinsgrenzen hinweg zusammenbringen soll, über die „Gesellschaft für Freie Publizistik e.V.“, die als „Kulturvereinigung“ rechtslastige Verleger, Redakteure, Schriftsteller und Buchhändler versammelt, oder die von dem rührigen neonazistischen Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger gelenkten Gruppierungen „Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“, „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.“ und „Nordischer Ring e.V.“.

Natürlich beziehen nur wenige der heutigen rechtsextremistischen Gewalttäter ihre Antriebe direkt aus deren Pamphleten und Schulungsveranstaltungen, aber vermittelt über NPD-Aufmärsche, Stammtische und Versatzstücke in der Boulevardpresse kommen doch bei ihnen jene Parolen an, die ihnen Handlungsaufforderung und Rechtfertigung für das Beschimpfen, Jagen, „Aufklatschen“, Verletzen oder sogar Töten von Ausländern in deutschen Städten und Dörfern sind. Das „Völkische“, so warnte Friedrich Schorlemmer, „kommt wieder, zunächst auf leisen Sohlen, appelliert an dumpfe Gefühle, mobilisiert die Verlorenen einer Gesellschaft, benutzt deren Perspektivlosigkeit zur Selbsterhöhung des eigenen Volkes. Dazu bedarf es der Fremdenfeindlichkeit. Die Orientierung am ‚Volk‘ als stimmungsabhängiger Masse verzichtet bewusst auf die Herausforderung, durch Information und Argumentation zu überzeugen und wirkt insofern zynisch, als ‚das Volk‘ durchweg für dumm verkauft wird und sich auch für dumm verkaufen lässt.“¹⁵

11 Parteiprogramm der NPD (1997), Präambel und Abschnitt 1.

12 Parteiprogramm der Deutschen Volksunion, o.J.

13 Die Republikaner: Parteiprogramm 1993.

14 Zitiert nach: Verfassungsschutzbericht 1997 (Herausgegeben vom Bundesministerium des Innern), Bonn 1998, S. 97.

15 Friedrich Schorlemmer: Politik als verlängerter Stammtisch, in: Neues Deutschland, Berlin, 21./22.11. 1998.

Die rechtsextreme Suppe wäre nicht vollständig gerührt, würde sie nicht ständig durch demagogische Floskeln der „Verfolgung“, die angeblich die „national“ und „völkisch“ Denkenden, die „Patrioten“ in Deutschland erleiden, ergänzt. Jeder der Volksverhetzung angeklagter Rechtsextreme, ob der ehemalige NPD-Chef Deckert oder der Terrorist Manfred Röder, jeder rechtsextreme Jugendliche, der nicht in die Bundeswehr hineingelassen wird und erst recht jeder, der wegen faschistischer Propagandadelikte oder Gewalttaten aus ihr hinausgeworfen wird, ist danach ein „Verfolgter des Systems“. „Verfolgte“ sind die, die keine „Rudolf-Heß-Gedenkmärsche“ oder „Geburtstagsfeiern“ für Adolf Hitler durchführen dürfen oder die Skinhead-Bands, denen man die Aufführung gewaltverherrlichender Songs verbietet. Man versucht auch, historische Ereignisse als parallele Erscheinungen heranzuziehen, etwa die Erschießung von Leo Schlageter während der Ruhrbesetzung durch die französischen Besatzungstruppen 1923, der bereits vor 70 Jahren von den Hitlerfaschisten zum Symbol „nationalen Widerstandes“ erhoben wurde oder die Verurteilung der höchsten Naziführer nach 1945.

Die absolute Steigerung und Dramatisierung von „Deutschland in Not“ erfolgt freilich durch die Lügen über die Bedrohung von außen bzw. durch die Folgen der Einwanderung in den letzten Jahrzehnten. „Die Anderen“ haben es auf die „Deutschen“ und auf „Deutschland“ abgesehen, wollen es „berauben“, ewig „umerziehen“, „demütigen“. Sie sind „neidisch“ auf die Deutschen, sie gönnen ihnen ihren Wohlstand nicht, wollen sie letztlich „vernichten“. Wenn Guido Horn beim europäischen Schlagerwettbewerb 1998 in England nur den siebenten Platz belegte, war auch das eine „Intrige“, eine offenkundige „Benachteiligung“ der deutschen Kulturbringer.

Von deutschen Politikern werden die ausländischen Feinde nach diesem Szenario noch unterstützt. „45 Jahre nach Kriegsende setzen die Feinde des deutschen Volkes zum Todesstoß an. Ihre Chancen stehen gut, denn deutsche Minister stehen auf ihrer Seite“, proklamierte 1993 ein Flugblatt eines „Freundeskreises ‚Freiheit für Deutschland‘“. Waigel und Kohl ließen, urteilt man nach verschiedenen Schlagzeilen in der DNZ, zu, dass Deutschland „zu Tode gemolken“ wird, und „Rotgrün“ mit einem angeblichen „Deutschenhasser“ als Außenminister war nach derselben Quelle schon im Oktober 1998 auf „Überfremdungskurs“.

Keine Vokabel ist für das rechtsextreme Lager schlimm genug, um den drohenden „Untergang Deutschlands“ voraussagen zu können. „Krank“ sei das deutsche Volk an Leib und Seele, schreibt ein Autor in der Zeitung der NPD „Deutsche Stimme“ vom Januar 1999 unter der furchterregenden Überschrift „Todesstandort Deutschland“.¹⁶ Er und andere Autoren knüpfen dabei immer wieder eng an die hetzerischen Tiraden des Robert Hepp an, der Ende der 80er Jahre seine Kampfschrift unter bewusster Anspielung auf die Vokabeln der nazistischen Judenvernichtung „Die Endlösung der deutschen Frage“ nannte.

Das Untergangsszenario extrem Rechter für das deutsche Volk und Deutschland, von dem Stücke auch schon in den Reden Hitlers zu finden sind, wird heute vor allem aus den Komponenten der Geburtenentwicklung der „deutschstämmigen“ Bevölkerung, der Einwanderung nach Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten, der Aufnahme einer

16 Waldemar Maier: Todesstandort Deutschland, in: Deutsche Stimme, Jan. 1999.

großen Zahl von Kriegsflüchtlingen und der Zahl der Asylsuchenden abgeleitet. Dieses Vorgehen ist dabei für die Bürger nicht einfach durchschaubar, folgt aber durchaus den schon beschriebenen Rezepten. Angeknüpft wird an leicht einsehbare Zahlen und Fakten. Gleichzeitig werden Zahlen für die Zukunft herauf- oder heruntergerechnet, bis sie in das Horrorszenario passen. Verschwiegen werden wichtige Fakten wie die, dass zur Einwanderung vor allem auch weit über zwei Millionen von den Rechtsextremen gewünschte „Spätaussiedler“ gehören, die sofort die deutsche Staatsbürgerschaft erhielten, obwohl viele von ihnen praktisch keine kulturelle Bindung an das „Deutschtum“ mehr besaßen. Verschwiegen wird, dass von den Kriegsflüchtlingen schon mehr als die Hälfte Deutschland bereits wieder verlassen hat, dass unter dem Druck der Bundesregierung die Zahl der Asylsuchenden wesentlich zurückgegangen ist und dass von den Asylbewerbern nur 4,9% im Jahre 1997 überhaupt eine Anerkennung fanden. Rechtsextreme lügen, dass nur das Wort „Asyl“ genüge, um an den Grenzen der BRD begeistert eingelassen zu werden, während gerade das Gegenteil der Fall ist, wovon Hilfsorganisationen für Flüchtlinge immer wieder berichten. Sie hetzen schamlos, wenn es um das relativ geringe Saldo der Zuwanderung jüdischer Bürger nach Deutschland geht und machen aus einigen Zehntausend ganze „Fluten“.

Die Aufputscher der Ausländerfeindlichkeit wissen durchaus um die Ursachen bestimmter schwieriger Entwicklungen, etwa um die Ursachen von Flüchtlingsströmen, die oft genug auch unter Einwirkung deutscher Politik zustande kommen, oder um die Ursachen des Verhältnisses von Geburten- und Sterberate. Aber das ficht sie nicht an. Ihr Ziel ist nicht die Information und schon gar nicht die demokratische, friedliche Lösung der Probleme. Ihr Ziel ist, die „Volkseele“ gegen „die Ausländer“ zum Kochen zu bringen. Und nachdem sie alles aufgebauscht, dramatisiert und zur nationalen Tragödie hochgespielt haben, preisen sie sich wiederum als „Retter“ in höchster Not an. Sie wettern gegen die Anfänge einer Korrektur des seit 1913 geltenden Staatsbürgerrechts auf der Basis des mystifizierten „deutschen Blutes“, wie sie die jetzige Bundesregierung endlich auf den Weg gebracht hat, und sie jubeln über die unsägliche Unterschriftenaktion von CSU und CDU gegen eine doppelte Staatsbürgerschaft, die ihnen unverhofft so viel neues Wasser auf ihre Mühlen treibt. Sie wollen sich nicht damit abfinden, daß auch ein Vietnameser oder Türke, der in Deutschland geboren wird oder der seit Jahrzehnten hier lebt, Deutscher im Sinne eines neuen modernen Staatsbürgerbegriffs, der am Territorialprinzip orientiert ist, sein kann. Irrational auf das angebliche „biologische und damit auch kulturelle Aussterben“ der Deutschen fixiert, rufen sie zur Aktion gegen den Liberalismus: „Am Liberalismus gehen die Völker zugrunde. Deshalb muss er überall dort geschlagen werden, wo man ihn trifft!“ heißt es im schon erwähnten Artikel der „Deutschen Stimme“.

„Deutschland den Deutschen“?

Griffig wird die nationale Demagogie für den Straßenkampf und die Wahlschlachten der extremen Rechten durch ihre Zusammenballung in die Parole „Deutschland den Deutschen“ mit dem Anschluss „Ausländer raus“. Sie ist auf die aktuelle Situation abgestellt und in ihrer Allgemeinheit und Unbestimmtheit zugleich auch ausdeutbar in künftigen Verwendungen. Sie ist Instrument der extremen Rechten im ganzen Land und wiederum auch mit kleinen Zusätzen regional oder lokal anwendbar. „Hamburg den Deutschen – Istanbul den Türken“ hieß es beispielsweise im Wahlkampf der DVU in Hamburg 1997. „Berlin statt Bürlin“ lautet eine türkenfeindliche NPD-Parole.

Deshalb besteht zunächst der Anlass, diejenigen, die von den immer wieder wechselnden und schimmernden rechtsextremen Parolen getäuscht werden sollen, zu fragen: Was ist unter „Deutschland“, unter „Deutscher“, unter „deutschem Besitz“ zu verstehen? „Deutschland“ als die Landschaften, die Dörfer und Städte, die Fabriken und Banken, die Flüsse und Straßen? „Deutschland“ als Staatsgebiet und dann in welchen Grenzen? Etwa in denen von 1871 oder 1914, von 1919 oder 1936, 1938, 1939, 1940, von 1945 oder von 1990?

„Deutscher“ als hier gebürtiger Mensch, als hier wohnender Staatsbürger, „Deutscher“ als Habenichters oder als millionenschwerer Immobilienbesitzer? „Deutscher“, der die deutsche Sprache (wieweit?) beherrscht, der deutsche Lieder singt und sich gegen das Vordringen des Englischen in der Welt aufregt? Welche Deutschen sind gemeint, denen „Deutschland“ gegeben werden soll? Sind wirklich alle Deutschen gemeint? Alle Arbeiter, alle Bauern, alle Lehrer, Friseure, Straßenfeger oder doch wiederum vor allem jene Deutschen, die schon Millionen und Milliarden besitzen, die Erben von Abs und Flick, die Aktionäre des noch immer nicht aufgelösten IG-Farben-Imperiums, die Wettiner, die halb Dresden wiederhaben möchten, der Prinz Ernst August zu Hannover, den es wieder zu den alten feudalen Schmuckstücken zieht? Soll Deutschland jetzt tatsächlich aller Deutschen juristischer, materieller und finanzieller Besitz sein? Gehörte nicht schon immer ein sehr großer Teil Deutschlands nur wenigen Deutschen, während Millionen in diesem Land über keinen Besitz verfügten? Gehörte nicht ein Teil Deutschlands unangefochten – sogar in der Zeit des Nazifaschismus – Schweizern, Holländern, Engländern, einfach aus der geschichtlichen Entwicklung heraus? Oder wie steht es mit dem Besitz der römisch-katholischen Kirche? Gehören die Werke von Opel und Ford, Zehntausende von Tankstellen von Shell, BP, Esso, Elf und Agip, Firmen von Japanern, Arabern und Amerikanern nicht zu Deutschland? Soll das alles enteignet werden? Könnte etwa die deutsche Wirtschaft ohne diese heute funktionieren?

Und umgekehrt: Sollen nun die mittlerweile Hunderttausende Deutsche, die sich Wohnsitze und Ferienhäuser auf den Balearen, den Kanaren, in der Toskana, in Florida oder auf den Bahamas zugelegt haben (durchaus nicht nur Claudia Schiffer oder Justus Frantz) dort mit der Parole „Ausländer raus“ ebenfalls verjagt werden? Darüber nachzudenken, enthüllt den ganzen Unsinn der Parole „Deutschland den Deutschen“.

Sie ist nur die Plattform, von der aus die extremen Rechten die Breitseite gegen „die Ausländer“ oder gegen einzelne Gruppen von ihnen abfeuern. Sie wissen, dass in der BRD rund 7,5 Millionen Menschen ohne deutschen Paß leben, rund 9% der Wohnbevöl-

kerung. Sie wissen, dass es nicht 15 Millionen sind, wie sie oft behaupten. Sie wissen, dass die Hälfte dieser Mitbürger schon mehr als 10 Jahre hier ansässig sind – 29% von ihnen sogar länger als 20 Jahre. Sie wissen, dass viele dieser Menschen hier arbeiten, weil sie hierher gerufen wurden, dass sie hier Steuern zahlen und Rentenbeiträge, daß sie Bildungsmöglichkeiten nutzen und dass sie das Kultur- und Weltbild auch vieler Deutscher erweitern. Sie wissen, dass Deutschland seit Jahrhunderten ein Einwanderungsland gewesen ist und auch bleiben wird. Sie wissen, dass „Deutschland“ von seinen ausländischen Mitbürgern nicht bedroht und nicht dem „Untergang“ geweiht ist. Aber sie wollen es nicht wahrhaben. Sie klammern sich an das jahrelange absichtsvolle Reden von CSU und CDU, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, womit nur verdeckt wurde, dass die verantwortlichen Politiker die damit verbundenen Fragen nicht in demokratischer und humanitärer Weise gelöst haben, stattdessen versuchten, mit der Asyldebatte den nationalistischen Geist aus der Flasche zu lassen, die Herausforderungen der Zukunft auf dem Rücken von Ausländern, Flüchtlingen und Asylsuchenden abzuladen.¹⁷ Hier knüpfen die extremen Rechten an und steigern ihre Hetze bis zur Pogromstimmung. Den täglichen Pressemeldungen kann man entnehmen, dass Gewalttaten gegen Ausländer genauso zunehmen wie Schikanen in den Behörden und bei der Polizei, dass jungen Leuten gegenüber Ausländern Vokabeln wie „töten“ oder „vergasen“ scheinbar „normal“ über die Lippen gehen, während sie sich im Seniorenheim mit deutschen Heimatliedern als die „netten Jungs“ von nebenan darstellen.

Europa gegen Deutschland?

In der nationalen Demagogie der extremen Rechten ist schließlich die von ihnen gespielte antieuropäische Platte nicht zu überhören, wenngleich diese mächtig angekratzt ist und manche Sprünge aufweist. Zunächst trommeln seit Jahren die rechtsextremistischen Parteien gegen die Institutionen der EU, an die angeblich die „deutsche Souveränität“ verkauft wurde, an die „deutsche Interessen“ verraten wurden usw., ohne in diesem Zusammenhang auf die starken Einflüsse deutscher Politiker in Brüssel und Straßburg, auf die umfangreichen Fördermittel für deutsche Regionen und Projekte aus den verschiedenen Fördertöpfen der EU einzugehen. Populistisch wird stets nur auf die deutschen Nettozahlungen verwiesen und daraus wieder nationalistische Suppe gekocht. Die scharfe Kritik, wie sie an den EU- Behörden in jüngster Zeit geübt werden musste und die schließlich zum Rücktritt der gesamten EU-Kommission im März 1999 führte, gilt bei den Rechtsextremen nicht als Auseinandersetzung mit zuwenig Demokratie und Durchschaubarkeit, mit zu geringen Rechten der parlamentarischen Gremien, mit zuwenig sozialer Ausgestaltung der europäischen Einigungsprozesse. Sie dient ihnen nur zum Stimmenfang, zur Dramatisierung ihrer Behauptungen, zur Erzeugung von Angst, damit sie auch an diesem Punkt als „Retter“ erscheinen können. So wird aus der durchaus

17 Vgl. dazu Hajo Funke: Rechtsextremismus – Zeitgeist, Politik und Gewalt, in: Faber/Funke/Schönbanner: Rechtsextremismus. Ideologie und Gewalt, Berlin 1995.

notwendigen Kritik an den Verträgen von Maastricht und Amsterdam die Anklage, diese stellten ein „zweites Versailler Diktat“, ein „Super-Versailles“ für Deutschland dar – eine durch nichts zu beweisende Lüge, die an die erfolgreichen nationalistischen Parolen der Hitlerpartei gegen die nach Beendigung des ersten Weltkrieges mit demütigenden Bedingungen abgeschlossenen Verträge von Versailles und St. Germain anknüpfen will. Vor allem gründliche Bedenken und Massenstimmungen gegen die Einführung des EURO ließen sich umfangreich instrumentalisieren. Es hagelte nur so von Vokabeln wie „der große Eurobetrug“, „Eurotheater“, „Schnapsidee“, „das leichtsinnigste Unternehmen seit dem Untergang der Titanic“, „das Milliardengrab“ usw. Es wurde eine Pro-D-Mark-Partei gegründet, die zusammen mit den anderen bereits bestehenden Parteien auf der äußersten Rechten sogar im Bundestagswahlkampf antrat – allerdings mit mäßigem Erfolg, während ein diesbezügliches Volksbegehren der Republikaner sogar scheiterte. Da von den extremen Rechten nichts zu den mit der Währungsunion verbundenen Problemen einer dringend notwendigen Sozial- und Beschäftigungsunion zu vernehmen war, konnte man eher den Eindruck gewinnen, sie sähen das zitierte Chaos am liebsten real und könnten am Zusammenbruch des westeuropäischen Finanzsystems ihre Suppe wärmen.

Was die „patriotischen“ Streiter gegen die neuen Entwicklungen in Europa wirklich meinen, welche Vorstellungen sie mit einer „neuen Ordnung“ in Europa verbinden, enthüllt sich in den rechtsextremen Publikationen, sobald es um den Rückblick auf das faschistische Europa, auf den europäischen „Großraum“ unter deutscher Führung geht. Da wird aus dem Anti-Europäischen plötzlich Pro-Europäisches. Es besteht in der Rechtfertigung von Hitlers Eroberungsfeldzügen zur Niederwerfung der europäischen Völker, der Bündnisse mit den faschistischen Quislingen in den besetzten Staaten. Als „Europäer“ werden die fanatischen Nationalisten in den europäischen Einheiten der Waffen-SS, die von Spanien bis Lettland und Kroatien aufgestellt wurden, herausgestellt. Das Europa der Ultrarechten darf der belgische Nazichef Leon Degrelle in deutschen rechtsextremen Zeitschriften popularisieren. Entsprechend waren deutsche Neonazis dabei, als im Februar 1999 die Budapester Burg zum Schauplatz eines Treffens zur Würdigung ehemaliger SS-Einheiten im Kampf gegen die Sowjetarmee wurde.

Diesem Geist entspricht auch die Begeisterung für die nationalistischen Auftritte der Rechtsextremen in anderen Ländern, für Le Pen und die NF in Frankreich, den „Flaams Block“ in Belgien, die „Reichspartei“ in Schweden, die Shirinowski-Anhänger in Russland oder Haiders „Freiheitliche“ in Österreich. Genüsslich werden Schandtaten in Tschechien gegen Roma und Sinti oder antijüdische Ausfälle in Polen und Russland von der rechtsextremen Szene registriert.

Und nicht übersehen werden darf, dass die deutschen Neonazis gern die weit offenen europäischen Grenzen für den grenzüberschreitenden Verkehr bei der illegalen Einfuhr ihrer in Dänemark, Schweden, Tschechien oder der Schweiz hergestellten rassistischen CD's und Druckschriften nutzen. Ihre Heuchelei des Eintretens „für deutsche Interessen“, die in Europa angeblich verletzt werden, entlarvt sich auch so als perfide und kriminell.

Salto rückwärts – die „nationale“ Wirtschaftsordnung

Als Brücke zwischen ihren nationalistischen Parolen und ihrer sozialen Demagogie braucht die extreme Rechte natürlich wirtschaftspolitische Vorstellungen und Forderungen. Aber lange Zeit tat sie sich damit recht schwer, fehlte ihr dazu intellektuelle Kapazität. Noch 1994 schrieb Carl Meyerson, der in der „Jungen Freiheit“ eine Diskussionsreihe über wirtschaftspolitische Grundfragen organisierte: „Rechte Parteien und Gruppierungen in Deutschland haben in fünfundvierzig Jahren zu diesem Themenkomplex in erster Linie ihre völlige Inkompetenz unter Beweis gestellt.“¹⁸ Auch Untersuchungen, die zum Wirken von Fraktionen der DVU und der Republikaner in Landtagen und Kommunalparlamenten (Bremen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg) angestellt wurden, unterstreichen dies deutlich.¹⁹

Gleichzeitig wurde sichtbar, dass es einen Richtungsstreit unter den Rechtsextremen über die erfolgreichere Variante wirtschafts- und sozialpolitischen Vorgehens gab, die im Zusammenhang mit der grundsätzlichen Diskussion über die zukünftige politische Stoßrichtung zu begreifen war. Strebten die einen in Anlehnung an das theoretische Konzept des Neoliberalismus eher ein Bündnis mit den Konservativen an, so versprachen sich die anderen mehr vom Bündnis der extremen Rechten auf der Basis traditioneller faschistischer Ideologiebestandteile.

Die Republikaner unter Schlierer, der Bund Freier Bürger, Einflussreiche Autoren in der „Jungen Freiheit“ und in „Criticon“, Verbündete im nationalliberalen Flügel der FDP boten sich mit ihrer neoliberalistischen Ausrichtung als Katalysator des allgemeinen profitorientierten Trends in der Kohl-Ära an, erklärten eine besondere Entschlossenheit für den sozialreaktionären Umbau der Gesellschaft. Mit Attacken gegen den Wohlfahrtsstaat, mit der Ablehnung einer Politik der Vollbeschäftigung und Chancengleichheit sowie einer staatlich garantierten Daseinsvorsorge für die Bürger durch ein System sozialer Sicherheit ordneten sie sich den reaktionären Vorstößen der Arbeitgeberverbände zu. Gerade dies aber musste in einer Zeit, da sich die sozialen Spannungen verschärften, ihren Einfluss begrenzen.

Daher ist es kein Zufall, dass die andere Richtung, die vor allem von der NPD und den Jungen Nationaldemokraten, von der DVU und von diversen militanten Gruppierungen der extremen Rechten gestellt wird, ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen in neuer Weise artikulierte und auszubauen versucht. Sie vertritt wirtschaftspolitisch das Primat der Politik vor der Ökonomie, betont bei grundsätzlichem Bekenntnis zur Marktwirtschaft die lenkende Rolle des Staates zur Durchsetzung des gesamtgesellschaftlichen „Gemeinwohls“ gegen die Partikularinteressen einzelner Gruppen. Kein Wunder, dass in diesem Zusammenhang die alte Naziparole „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ wieder auftaucht. Das ermöglicht nicht nur, einen Schwall von Phrasen über die eigentlichen Ziele zu decken, verschiedene soziale Gruppen anzusprechen, der Wirtschaft „dienende“ Aufgaben zuzuweisen, sondern sich vor allem der arbeitenden Bevöl-

18 C. Meyerson: Wieviel Markt – wieviel Regulierung?, in: Junge Freiheit 29/1994.

19 Siehe: Chr. Butterwege/B. Griese/C. Krüger/L. Meier/G. Niermann: Rechtsextremisten in Parlamenten, Opladen 1997.

kerung in deutlicher Unterscheidung etwa zu den Republikanern als Anwalt und Verfechter ihrer Interessen anzupreisen. Sie machen sich dabei den wachsenden Unmut über den „Kasino“ - bzw. „Raubtier-Kapitalismus“, über die sich immer weiter öffnende Schere zwischen den Einkommen der breiten Massen und der Superreichen, über Steuerflucht ins Ausland und Produktionsverlagerungen in „Billiglohnländer“ zunutze. Sie wissen gerade auch die Ängste und Unsicherheiten von Handwerkern, kleinen Gewerbetreibenden und Landwirten, der Schüler und Auszubildenden zu schüren.

Mit solcher Art Anknüpfung tönt es dann ausgerechnet vom rechten Rand her immer lauter gegen „das Großkapital“, gegen das „multinationale Finanzkapital“, gegen den „globalen Einheitsmarkt“ usw. Wie üblich wird dazu keine Analyse geboten, sondern mit moralisierenden Floskeln wie „unsittlicher“ oder „sittenwidriger Kapitalismus“ versucht, verstärkte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu erregen. Eher für eine scheinintellektuelle Debatte werden schwammige und undefinierbare Begriffe wie „krebsartige Akkumulation“ oder „lawinenartig wirkendes privates Großleihkapital“ angeboten.

Der demagogische Kern des ökonomischen Vokabulars der NPD-Strategen wie Aae, Oberlercher, Schweiger, Distler und anderer ist die Vorstellung einer angeblichen verdeckten Fremdherrschaft in Deutschland. Eine finstere Macht, die die deutsche Souveränität längst untergraben habe, erscheint als Drahtzieher der ökonomischen Missstände: der systematischen Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zur Vernichtung des deutschen Volkes, der gezielten Produktionsverlagerung ins Ausland, der Ruinierung der deutschen Währung durch Abschaffung der D-Mark usw. Hinter diesen abstrusen Gedanken vom deutschen Volk als „Opfer“ erscheint nur schwach verdeckt das alte nazistische Weltbild einer „jüdisch-kapitalistischen Weltverschwörung“, von der Hitler bis in seine letzten Tage orakelte. Erst in diesem Kontext wird die ganze Absicht, die ganze Perfidie des Jonglierens der extremen Rechten mit den Begriffen „Großkapital“ und „multinationales Finanzkapital“ deutlich. In ihrem eigenen Milieu werden solche Begriffe auch als (strafrechtlich nicht angreifbare) Ersatzformulierungen für das „internationale Judentum“ begriffen. Im Entwurf für „Grundsätze einer deutschen Wirtschaftspolitik“ von Reinhold Oberlercher heißt es z. B., die deutsche Wirtschaftspolitik liege im argen, „weil sie von Vögten der Fremdherrschaft, die zugleich fanatische und verblendete Ideologen des extremen Liberalismus sind, betrieben wird. Diese Wirtschaftspolitik nützt allein dem global nomadisierenden Finanz- und Monopolkapital“. Und H. Schweiger entschlüsselt für die extreme Rechte, wer „nomadisiert“: der Jude. Für ihn ist Karl Marx „der typische, kosmopolitisch agierende Jude ... gemäß seines genetisch (!) bedingten Verhaltens als Nomade“.²⁰ Mit Hilfe antisemitischer Stereotype soll die Verantwortung für die eigene gefährdete soziale Lage auf eine bestimmte Gruppe übertragen werden, die zwar in Wirklichkeit nicht existiert, wohl aber von der extremen Rechten als „Schuldige“ gebrandmarkt werden kann.

Im üblichen Muster bieten sich dann auch auf diesem Feld vor allem die pronazistischen Kräfte als die „Retter“, als der „nationale Widerstand“ gegen die „Fremdherrschaft“ an. Da es ihnen angeblich um das „gute Leben des Volkes“ geht, geizt man nicht mit Ver-

20 H. Schweiger: Evolution und Wissen ... Neuordnung der Politik. Grundsätze einer nationalen Weltanschauung und Politik, Augsburg (Eigenverlag) 1995, S. 103.

sprechungen, was man nach einem Machtantritt alles garantieren würde und schreibt dazu munter von altfaschistischen Parolen, aber auch von Zukunftsvorstellungen alternativer Bewegungen, aus sozialdemokratischen und sozialistischen Programmen ab. Im nationalökonomischen Versandhauskatalog wird jedem etwas angeboten, dem einen die Garantie des Privateigentums an Produktionsmitteln, dem anderen der „Mindestbesitz am Grund und Boden seines Vaterlandes“, dem dritten das Recht auf Arbeit und das Recht auf Berufsausbildung und, wie schon zitiert, allen die Abschaffung des Kapitalismus.

Im Konkreten wird dann daraus ein gewaltiger Salto rückwärts, der die „nationalistische Wirtschaftsordnung“ ins Reich der Illusionen und unerfüllbaren Versprechungen delegiert. Einige Beispiele sollen das illustrieren.

Beispiel 1: In ihrem Thesenpapier für eine „neue Wirtschafts- und Sozialordnung“ erklärten die Jungen Nationaldemokraten: „Der Nationalismus lehnt eine Weltwirtschaftsordnung ab“, als ob der heutige Stand der weltwirtschaftlichen Verflechtungen und Beziehungen einfach zurückgedreht werden könnte und nicht gerade die Schaffung einer demokratischen Weltwirtschaftsordnung eine dringende Aufgabe in Gegenwart und Zukunft wäre. Da der Neoliberalismus das Argument der „Globalisierung“, der „globalen Zwänge“ immer wieder als Begründung für sozialreaktionäre Maßnahmen benutzt, ist es für die extreme Rechte ein Leichtes, die „Globalisierung“ zum allgemeinen Schreckgespenst aufzubauschen und ihre „Lösung“ anzupreisen. Heraus kommt dabei die Vorstellung eines vom Weltmarkt abgekoppelten großdeutschen mitteleuropäischen Marktes. Wiederherzustellen sei „der deutsche nationale Einheitsmarkt mit seiner staatlichen Volkswirtschaftsordnung (...), wie ihn Bismarck 1871 begründet, Hitler 1933 zum ‚Geschlossenen Handelsstaat‘ (Fichte 1800) weiterentwickelt und 1938 erweitert hat und wie ihn Ludwig Erhard in den 1950er Jahren unter äußerst reduzierten Rahmenbedingungen noch behauptet hat“.²¹

Beispiel 2: Aus dem Kampf gegen die „Globalisierung“ und der Ablehnung der europäischen Integration ergibt sich bei solchen rechtsextremen Ideologen logischerweise die Forderung nach Einschränkung der Export/Importwirtschaft zum Beispiel durch Hochzölle auf Kapitalexporte, aber auch auf Südfrüchte, Gewürze und exotische Genußmittel oder die Forderung nach Freihandelsverbot für Wirtschaftszweige, in denen Deutschland nicht der Weltmeister ist. Natürlich sind diese Personen nicht so dumm, die Abhängigkeit des Lebensstandards in der BRD gerade von der Exportwirtschaft nicht zu kennen und die Folgen solcher Forderungen zu bedenken, aber gerade in der Nicht-Thematisierung dieser Zusammenhänge besteht ihre Methode. Erst recht wird man bei ihnen keine Forderungen nach Einstellung oder Einschränkung deutscher Waffenexporte finden, ein immer dringlicher werdendes Problem.

Beispiel 3: Rückwärts gerichtet ist auch die Floskel, eine neue Wirtschaftsordnung müsse wieder verstärkt den Grundsatz der „wirtschaftlichen Autarkie“ aufgreifen.

Verschwiegen wird dabei, dass Autarkie (griech. „Selbstgenügsamkeit“) im Industriezeitalter schon auf Grund der unterschiedlichen Verteilung der Rohstoffe auf der Erde noch nie funktioniert hat. Verschwiegen wird, dass Bestrebungen einzelner Staaten in

21 Reinhold Oberlercher: Wege zur raumorientierten ..., a.a.O.

Richtung Autarkie vor allem Bestandteil der Kriegsvorbereitung waren. Verschwiegen wird auch, dass solcherlei Anstrengungen letztlich eine Senkung des Lebensstandards der Werktätigen bedeuteten. Es ist deshalb einfach lächerlich, wenn über 60 Jahre, nachdem selbst Hitler, wie das von seinem Adjutanten Hoßbach über die Geheimbesprechung mit den obersten militärischen Befehlshabern am 5. November 1937 niedergeschrieben wurde, die Unmöglichkeit einer Autarkie Deutschlands zugab²², die Ideologen der extremen Rechten auch solche Vorstellungen wieder aus der Mottenkiste holen. Hitler tat dies, um auf die schnellere Auslösung des geplanten Krieges zu drängen. Umso dringender ist es aber heute, im Interesse friedlichen Lebens mit dem Blick etwa auf die Gas- und Ölversorgung oder die Versorgung der Autoindustrie die Vorteile einer vernünftigen internationalen Arbeitsteilung beizubehalten, ja in gewisser Hinsicht noch zu erweitern.

Beispiel 4: Einige wirtschaftspolitische „Vordenker“ der extremen Rechten propagieren die Idylle einer kleinteiligen (möglichst autark kleinräumigen) Ökonomie, mit der sie den „staatlich geschützten Einheitsmarkt“ in Richtung der Orte, Kreise und Regionen „vertiefen“ wollen. Sie nutzen also die Kritik an Überzentralisierung und Überbürokratisierung und die auch in Kreisen alternativer Bewegungen und der demokratischen Linken geführten Diskussionen über die Gestaltung regionaler Kreisläufe und ein „Europa der Regionen“, um auch hier die Kehrtwende einzufordern. Herauskommen soll angeblich ein mittelstandsfreundlicher, familienfördernder Kapitalismus, der sich wie im Schullesebuch des 19. Jahrhunderts stark an den bäuerlichen Wurzeln deutscher Volkswirtschaft orientiert. In den 20 Programmpunkten Oberlerchers zur „Neuschaffung“ der deutschen Volkswirtschaft stehen denn auch die landwirtschaftliche Selbstversorgung Deutschlands, der garantierte Anteil der bäuerlichen Familienbetriebe am deutschen Agrarmarkt und die völlige Umstellung der deutschen Landwirtschaft auf ökologischen Landbau (innerhalb von 7 Jahren !) an der Spitze. Und daß die Emanzipation der Frau, vor allem ihre berufliche, wieder zurückgedreht werden muss, versteht sich in den NPD-Thesen von selbst. Nach den genannten Modellen hat sie ihren „beruflichen Mittelpunkt“ wieder im Haushalt zu finden.

Beispiel 5: Unwillkürlich an die Parole der NSDAP in ihrem Programm von 1920, das die „sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser“ und deren billige Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende forderte (in der Praxis blieb davon nur die Enteignung der jüdischen Warenhausbesitzer übrig), fühlt man sich erinnert, liest man die von Oberlercher der NPD vorgegebenen Punkte über den Handel. Danach sollen Kaufhäuser nur in wenigen großstädtischen Zentren zugelassen sein, außerstädtische Einkaufs- und Direktvermarktungszentren verboten werden, dem Facheinzelhandel die Ortsmärkte garantiert werden und die deutschen Familienbetriebe durch „Zerbrechung der Ketten in Handel und Gastronomie“ gesichert werden. Hier werden unmittelbar die Kritiken und Sorgen besodelter kleinbürgerlicher Schichten aufgenommen, aber gleichzeitig riesige Illusionen erzeugt, als ließe sich die in den letzten Jahrzehnten aus dem Ruder gelaufene Entwicklung (in Ostdeutschland die seit der Wende) einfach umkehren, ohne Vor- und Nachteile abzuwägen, die verschiedenen Interessen der

22 Siehe: Die Hoßbach-Niederschrift und die Folgen, in: antifa, Berlin, 3/1999.

Käufer und Verkäufer zu beachten, als ließe sich so einfach die Profitwirtschaft aus den Angeln heben.

Deutlich wird an diesen Beispielen, dass die rückwärts gerichteten, in sich widersprüchlichen und in vielem auch sozialreaktionären wirtschaftspolitischen Aussagen keineswegs die Auswege aus den komplizierten Problemen des Strukturwandels und der Massenarbeitslosigkeit, internationaler Finanzkrisen und der Notwendigkeit ökologischer Reformen weisen. Aber – das sei noch einmal wiederholt – dies ist auch nicht ihr Zweck. Sie sind zunächst das „Spielmaterial“, mit dem die Wirkung auf die verschiedenen angesprochenen Bevölkerungsgruppen getestet wird. Für die ersten 100 Tage, wenn man denn die ganze Regierungsmacht hätte, genügen auch Oberlercher wenige ausländerfeindliche Punkte, die den reaktionären Gehalt seiner Ideologie scharf umreißen: Beendigung der Ausländerbeschäftigung, „Entausländerung“ (bei den Nazis hieß das „Entjudung“!) der Wohnbevölkerung, Einführung eines Staatsarbeitsdienstes, Einstellung aller „Tributzahlungen“ an das Ausland (d. h. auch der Wiedergutmachungsleistungen an die Opfer faschistischer Verbrechen). Und während man in all diesen Papieren vergeblich nach einer konkreten Auseinandersetzung mit „Großkapital“ und „Finanzkapital“, mit Deutscher Bank oder Dresdner Bank, mit Daimler-Chrysler oder Siemens, mit der Atomwirtschaft oder dem Rüstungskartell sucht, empfiehlt Oberlercher dem deutschen Volk einen „allgemeinen Aufstand zur Abschüttelung der äußeren und der inneren Fremdherrschaft“.²³

Mit sozialer Demagogie auf die „Siegerstraße“

In der Bundesrepublik Deutschland existieren schwerwiegende soziale Probleme, die aus tiefer liegenden gesellschaftlichen, wirtschaftlich-strukturellen und politischen Problemen sowie aus internationalen Entwicklungen hervorgehen, ihre Hauptursache jedoch in der gigantischen Umverteilung des geschaffenen gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben während der letzten Jahrzehnte haben. Die Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche hat sich weiter verschärft und im Bewusstsein breiter Schichten bereits vor der Bundestagswahl 1998 niedergeschlagen, was zur Forderung nach Ablösung der Kohl-Regierung, nach einer Wende in der Politik führte. Die Massenarbeitslosigkeit, leere Kassen des Staates und der Kommunen, eine beabsichtigte Senkung des Rentenniveaus, das Anwachsen von Armut und Sozialhilfebedarf haben, wie zahlreiche Umfragen ermittelten, den Angstpegel der Bürger stetig anwachsen lassen. Weil die „soziale Verunsicherung“ mittlerweile bis weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreichte, so wurde auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten im Mai 1999 in Leipzig erklärt, müssten Kanzler Schröders auf eine „neue Mitte“ gerichteten Rezepte scheitern. Statt dessen stehe die „soziale Frage“ vor einer neuen Renaissance.

Alle politischen Parteien und Kräfte, Gewerkschaften, Kirchen, Kulturinstitutionen müssen auf diese Situation reagieren und tun dies bereits, natürlich in unterschiedli-

23 Reinhold Oberlercher: Grundsätze einer deutschen Wirtschaftspolitik, in: Deutsche Stimme, Stuttgart, November 1998.

cher Weise. Auch die extreme Rechte versucht, daraus Kapital zu schlagen. Voller Stolz berichtete das NPD-Organ „Deutsche Stimme“, dass man sich nun im „nationalen Lager“ vermehrt mit Wirtschafts- und Sozialpolitik beschäftige. Auf Grund der momentanen politischen Lage bestehe die Möglichkeit, „durch eine geschickte Thematisierung der ‚sozialen Frage‘ in Verbindung mit der Ausländerproblematik eine nationalistische Politik besser als je zuvor in den Köpfen unseres Volkes zu verankern. Eine gute und auch erfolgversprechende Aussicht, dass sich die nationale Opposition wieder auf der politischen Bühne zurückmelden kann, aus der Verliererrolle schlüpft und wieder auf die Siegerstraße gelangen wird“.²⁴ Aus dem großen Kreis von sozialpolitischen Fragen wird dieser Zielrichtung entsprechend alles aufgegriffen, was verspricht, Gehör zu finden und als Vehikel für den Transport nationalistischer und ausländerfeindlicher Parolen zu dienen.

Instrumentalisierung der Arbeitslosigkeit

Am leichtesten erscheint der extremen Rechten dabei der Einstieg über das Thema Arbeitslosigkeit. Zwar sind Parolen wie „Arbeit zuerst für Deutsche“ oder „Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche“ schon seit längerem im Bestand des neonazistischen Vokabulars (schon Michael Kühnen operierte Anfang der 90er Jahre damit und zahlreiche Gruppierungen übernahmen diese), aber in der Gegenwart erhalten sie zentralere Bedeutung in Verbindung mit der Aufforderung „Ausländer raus“.

Die Massenarbeitslosigkeit ist ohne Zweifel zum sozialen Hauptproblem geworden und wird entsprechend quer durch das Land und in den meisten Schichten der Bevölkerung auch am schärfsten wahrgenommen. Sie spielte im Bundestagswahlkampf 1998 eine wichtige Rolle und wurde von allen politischen Parteien in ihren Aussagen behandelt. Zwischen vier und fünf Millionen Arbeitslose gab die offizielle Statistik jeweils selbst zu und jedermann weiß, dass auch die aktuellen Zahlen knapp unter der 4-Millionen-Marke noch geschönt sind. Politisch folgenscher ist, dass die jeweils Regierenden mit vollmundigen Versprechungen eine Milderung oder Lösung des schwierigen Problems der Massenarbeitslosigkeit versprechen, aber ihren Versprechungen aus Unfähigkeit oder Untätigkeit keine Taten folgen lassen. Bundeskanzler Kohl wollte angeblich die Arbeitslosenzahl halbieren, aber diese stieg ständig weiter. Bundeskanzler Schröder, der das Ergebnis seiner Regierungsarbeit an der Senkung der Arbeitslosenzahl messen lassen will, hat den Test noch vor sich, auch wenn er jede konjunkturelle Belebung schon als großen Erfolg feiert. Jede Verschärfung oder Verschleppung des Problems aber vergrößert das Manövriertfeld der extremen Rechten. Als im März 1998 angesichts dramatisch angestiegener Arbeitslosenzahlen im Winter erstmals wieder stärkere Proteste der Betroffenen zu vernehmen waren, versuchten die Neonazis rasch auf den anfahren den Zug aufzuspringen. Im „Nationalen Info-Telefon Deutschlandsturm“ rief man die „Kameraden“ zum „nationalen Widerstand“ in den ersten Reihen vor den Arbeitsämtern auf.

24 Reinhard Busch: Wirtschafts- Sozialpolitik. Schlüssel zum Erfolg?, in: Deutsche Stimme, Stuttgart, September 1996.

Dennoch gilt ihr eigentliches Augenmerk nicht den Arbeitslosen, vielmehr jenem Gemisch aus Fakten, Halbwahrheiten, Verdrehungen und Lügen, das sich so trefflich zur provozierenden Parole instrumentalisieren lässt. Nach bekanntem Muster wird ausgehend von den bekannten Zahlen und von der Angst derer, die noch in Lohn und Brot stehen, aber wissen, dass auch ihr Arbeitsplatz nicht sicher ist und neue Entlassungswellen kommen, von den Rechtsextremen wieder „hochgerechnet“, werden fiktive Zahlen erfunden („Bald 10 Millionen Arbeitslose“), wird die Angst zusätzlich geschürt.

Danach werden wieder „die Schuldigen“ ausgemacht – nach Meinung der extremen Rechten sind die Hauptschuldigen „die Ausländer“, die „den Deutschen“ die Arbeitsplätze wegnehmen. Gerade aus dieser Lüge erwachsen Ausländerfeindlichkeit und rechts-extreme Stimmengewinne. Deshalb müssen dazu immer wieder die Tatsachen auf den Tisch, um die üble Stimmungsmache dieser Kräfte zu entlarven.

Tatsache Nummer eins ist, dass es die seit den 60er Jahren geförderte und wirtschaftlich notwendige Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte war, die einen zusätzlichen Schub für das „deutsche Wirtschaftswunder“ in der BRD brachte, die Engpässe beseitigte und, da es sich vor allem um jüngere Menschen handelte, gerade in den Bereichen mit der schwersten körperlichen und schmutzigsten Arbeit positive Trends auf dem Arbeitsmarkt beförderte. In Jahrzehnten fleißiger Arbeit haben viele dieser Menschen dann ihren Lebensmittelpunkt in der BRD gefunden (so wie viele Deutsche sich mittlerweile in anderen Ländern niedergelassen haben), haben Familien gegründet, in Rentenkassen eingezahlt usw. Sie waren nie „Eindringlinge“ und haben keine „deutschen Arbeitsplätze“ (was auch immer unter diesem schwammigen Begriff verstanden werden soll) „weggenommen“.

Tatsache Nummer zwei ist, dass von den über sieben Millionen Mitbürgern ohne deutschen Pass (ein Teil von ihnen, die schon über ein Jahrzehnt in der Bundesrepublik leben, erhält jetzt mit der Aufgabe des antiquierten Staatsbürgerschaftsrechts endlich die deutsche Staatsbürgerschaft) etwa 2,7 Millionen im Berufsleben stehen. Dazu gehören japanische Manager ebenso wie Schlosser aus Serbien, Pizzeria-Betreiber aus Italien, Obsthändler und Rechtsanwälte aus der Türkei ebenso wie Künstler aus Indien und Straßenreiniger aus dem Kongo. Sie sind aus den unterschiedlichsten Gründen nach Deutschland gekommen, als Mitarbeiter ausländischer Firmen, durch Heirat, als politische oder Kriegsflüchtlinge. Auch sie sind nicht an der hohen Arbeitslosigkeit schuld, haben niemand von seinem angestammten Arbeitsplatz vertrieben und können auch nicht einfach durch einen deutschen Arbeitslosen ersetzt werden. Manche Wirtschaftsbereiche würden einen Kollaps erleiden, entzöge man ihnen diese Menschen - mit allen Folgen z. B. für die Vernichtung weiterer Hunderttausender Arbeitsplätze. Wie die Praxis gezeigt hat, ließen sich nicht einmal die polnischen Saisonkräfte bei der Weinernte in Südwestdeutschland ersetzen.

Tatsache Nummer drei besteht darin, dass auf dem deutschen Arbeitsmarkt im letzten Jahrzehnt rund eine Million Arbeitskräfte aus den Reihen der deutschstämmigen Aussiedler einen Platz finden mussten und die extreme Rechte aus nationalistischen Gründen hier überhaupt nicht daran denkt, diesen Menschen vorzuwerfen, sie würden andere von ihrem Arbeitsplatz verdrängen.

Tatsache Nummer vier betrifft die neuen Bundesländer, wo nun wahrlich nicht „die

Ausländer“ Schuld an der Deindustrialisierung, an der verfehlten Treuhandpolitik, an der „Abwicklung“ Hunderttausender Arbeitsplätze für Intellektuelle und Genossenschaftsbauern tragen. Hier sind weit mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze „für Deutsche“ verschwunden und kein „Ausländer raus“-Geschrei wird sie wieder schaffen.

Tatsache Nummer fünf, die man auch an erster Stelle nennen könnte, ist die Verschärfung der Arbeitsmarktsituation in den alten Bundesländern (und inzwischen auch auf die gesamte Bundesrepublik bezogen) durch die gnadenlose auf immer größere Profite ausgerichtete neoliberale Politik der großen Konzerne und Banken, die sich in immer neuen Rationalisierungswellen, in der „Verschlankung“ der Produktion, in der Verlagerung der Produktion nach Billiglohnländern ausdrückt. Sie kostete in Deutschland von 1991 bis 1996 rund 2,3 Millionen Arbeitsplätze. Allein bei Volkswagen fielen 20 000, bei den BASF 28 000, bei Thyssen 26 000, bei Daimler-Benz 80 000 Arbeitsplätze weg. Die „Schuld“ ist eindeutig: nicht „die Ausländer“ haben diese Arbeitsplätze vernichtet oder sind in diese Betriebe eingedrungen, im Gegenteil: viele ausländische Arbeitskollegen wurden selbst mit hinausgeworfen.

Nicht ganz falsch liegt die rechtsextreme Argumentation, wenn sie die Regierungspolitik des letzten Jahrzehnts für die gewaltigen Fehlentwicklungen mit verantwortlich macht, hat sie sich doch von der 1974 bis 1990 bestehenden weitgehenden Schließung des deutschen Arbeitsmarktes ohne entsprechende arbeitsmarktpolitische Steuerungen und soziale Absicherungen seitdem abgewandt. Dabei geht es nicht in erster Linie um die Auswirkungen des bis 1993 gewährten (befristeten) Aufenthaltsrechts für Asylbewerber, die Aufnahme der „Spätaussiedler“, die Aufnahme Hunderttausender Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien oder die Regelung für etwa 50 000 „Werkvertragsarbeiter“ aus den mittel- und osteuropäischen Staaten. Es handelt sich vor allem darum, dass es keinerlei Konzept für die Integration der hier geborenen bzw. nachgezogenen Kinder ausländischer Mitbürger, die inzwischen das arbeitsfähige Alter erreichten, gab – weder für die entsprechende schulische und berufskundliche Eingliederung noch für die Lösung ihrer Beschäftigungsprobleme. Und ein zweites Problem ist schwerwiegender Natur: Das Fehlen einer europäischen Sozialunion im Verbund mit dem Fortschreiten der Wirtschaftsunion und dem Beginn der Währungsunion. Die weitere westeuropäische Liberalisierung des Arbeitsmarktes führt zu Lohn- und Sozialdumping breiten Ausmaßes. Das sogenannte „Entsendegesetz“, nach dem „vorübergehend entsandte“ Arbeitskräfte aus Westeuropa nach den gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen ihres Heimatlandes behandelt werden, so dass sie hier legal als Lohndrücker eingesetzt werden können, wirkt vor allem im Baubereich. Es spornt indirekt zu noch schlimmeren sozialen Untaten an. Ermöglicht schon das Gesetz untertarifliche Bezahlung von rund fünf Mark unter dem niedrigsten Tariflohn in der Bauwirtschaft, so wird durch Unkenntnis, mangelnde (kollektive) Durchsetzungsfähigkeit, Entsolidarisierung, in vielen Fällen auch durch betrügerische Machenschaften der Unternehmenseite die Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte noch verstärkt. Dabei muss beachtet werden, dass durch vier Monate Arbeit in Deutschland der familiäre Lebensunterhalt etwa in Portugal für ein ganzes Jahr bestritten werden kann, was natürlich das Eingehen auf untertarifliche Bezahlung in bestimmter Weise erklärt.

Die Begünstigung der Profitgier großer Bauunternehmen, die in immer neuen Subun-

ternehmen untertarifliche und illegale Beschäftigung verschleiern, die Unmöglichkeit alles zu kontrollieren und die lächerlich geringen Strafen für ertappte Firmen, veranlassten 1998 die damalige Arbeitssenatorin von Berlin, Christine Bergmann, heutige Bundesministerin, zu fordern, dass die Generalunternehmer und nicht nur die Subunternehmer haftbar gemacht werden und dass gegen Arbeitgeber wegen Schwarzarbeit auch Haftstrafen verhängt werden. Die Industriegewerkschaft Bau engagiert sich angesichts der hochgradig organisierten und professionell arbeitenden Tätergruppen im Stil der Mafia, der zunehmend bisherige Kontrollen und Sanktionen unwirksam macht, für die Bildung einer Bundesanstalt zur Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit, einer „schlagkräftigen“ Einheit mit umfassenden Kompetenzen.

Wenn bis weit in die achtziger Jahre die Zuwanderer nicht mit den ansässigen Facharbeitskräften konkurrierten, sondern in den unqualifizierten und unattraktiven Sektoren das „Unterfutter“ für deren beruflichen und sozialen Aufstieg bildeten, so ist in den neunziger Jahren mit staatlicher Förderung im Baubereich erstmals eine unmittelbare Konkurrenzsituation zwischen ausländischen und einheimischen Facharbeitskräften hergestellt worden. Die ökonomische Funktion ausländischer Arbeitskräfte liegt nicht mehr darin, „Lückenbüsser“ zu sein, sondern sie werden als Speerspitze gegen sozialstaatliche und tarifrechtliche Regelungen eingesetzt. So kommt es zustande, dass trotz einer Verdoppelung des Bauvolumens nach der Maueröffnung in Berlin sich die Zahl der gewerblichen Bauarbeiter von 50 000 auf 24 000 reduzierte, dass Ende 1998 im Landesarbeitsamtsbereich Berlin/Brandenburg 46 000 heimische Bauleute arbeitslos gemeldet waren, denen nach Schätzungen 30 000 Schwarzarbeiter und 30 000 Dumpinglöhner aus EU-Staaten gegenüberstanden. Die meisten Proteste von Bauarbeitern, Gewerkschaften und Baubetrieben der Region richten sich daher nicht gegen die Ausländer, gegen „die armen Schweine, die mit Versprechungen hierher gelockt und oft noch um den geringen Lohn betrogen werden“, wie es ein arbeitsloser Polier formulierte. Es geht um den Kampf gegen eine Mafia, die die einen gegen die anderen ausspielt, während die Politiker zu wenig dagegen tun.

Mit ihrer bloßen Gegenüberstellung der Zahlen einheimischer arbeitsloser Bauarbeiter und beschäftigter Ausländer zeigen sich die extremen Rechten nicht nur unfähig, die komplizierten Sachverhalte zu durchschauen. Sie sind mit ihren Parolen gerade darauf aus, dem Protest eine falsche Stoßrichtung zu geben, die „armen Schweine“ zu jagen, die wahren Schuldigen zu schonen und so die Möglichkeit zu bewahren, mit dem Problem der Arbeitslosigkeit weiter zu zündeln. Insofern handelt es sich nicht nur um die wissentliche Verbreitung gefährlicher Illusionen, wenn sie behaupten, durch einen Rausschmiss der ausländischen Arbeitskräfte die einfache und radikale Lösung des Problems gefunden zu haben. Indem zur demagogischen Lüge die hetzerische Aufstachelung bis hin zur Gewalt gegen die angeblichen „Eindringlinge“ kommt, wird dieses Vorgehen zur kriminellen Tat.

Zurückgewiesen werden muss im übrigen auch die etwas abgeschwächte rechtsextreme Formel, wonach es nicht um einen generellen Angriff auf die Ausländerbeschäftigung gehe, sondern nur um „Arbeitsplätze z u e r s t für Deutsche“. Sie unterstellt, dass Ausländer generell in Deutschland Bevorzugungen hinsichtlich Arbeitsmöglichkeiten hätten, dass Deutsche „benachteiligt“ würden. Die Fakten zeigen das Gegenteil. Auslän-

der werden bei Entlassungen „bevorzugt“. 1996 waren bei 2,7 Millionen ausländischen Erwerbstätigen knapp 500 000 Arbeitslose registriert. Damit stellten Ausländer 7,8% der Erwerbstätigen, aber 13% der Arbeitslosen. Bei einer allgemeinen Arbeitslosenquote von 10,2% betrug die Ausländer-Arbeitslosenquote 18,4%. Mitte 1997 waren in Bayern 14,3%, in Nordrhein-Westfalen 23,0%, in Niedersachsen 27,4%, in Mecklenburg-Vorpommern, wo nur wenige Ausländer leben, 32,5% und in Sachsen-Anhalt sogar 37,7% der ausländischen Arbeitnehmer ohne Job. Sie waren also von der Beschäftigungsmisere entgegen den Behauptungen der Rechtsextremen weit stärker betroffen als deutsche Arbeiter und Angestellte. Dabei fehlt es auch nicht an Berichten, wonach ohnehin in Arbeitsämtern freie Plätze regelmäßig erst deutschen Arbeitslosen angeboten werden.

Soziale Heuchelei und Zynismus

Was die extreme Rechte über soziale Probleme anderer Art von sich gibt, zeigt grundsätzlich die gleiche Vorgehensweise wie beim Thema Arbeitslosigkeit. Weder beim Thema Renten noch beim Thema Wohnen, weder beim Thema Gesundheit noch beim Thema Sozialhilfe geht es ihr um die Verbesserung oder Veränderung der Situation der Betroffenen, um konkrete Hilfe oder konstruktive Vorschläge. Immer geht es ausschließlich darum, wie man sich mit Hilfe des jeweiligen Problems besser Gehör verschafft, als „nationale“ Opposition akzeptiert wird und schließlich die ausländerfeindlichen Parolen verbreiten kann. Da der Gedanke der Solidarität dank des Wirkens der Arbeiterbewegung noch tief in der Bevölkerung verwurzelt ist, wird versucht, mit dem Ruf nach der „nationalen Solidarität“ gegen die Ausländer Boden zu gewinnen. Kein Gebiet der Sozialpolitik wird ausgelassen, wo sich die Möglichkeit zum Übertreiben, Schwarzmalen, zur Chaosschilderung ergibt, wo man die „Unfähigkeit“ des „Systems“ an den Pranger stellen kann, die man vor allem darin sieht, daß dieses die deutschen „Volksgenossen“ benachteiligt, ihnen Unerträgliches zumutet, während „die Ausländer“ davon profitieren. Nationales „Ordnung schaffen“, wie es Neonazis verstehen, besteht denn auch darin, Ausländern das Leben in Deutschland so schwer wie möglich zu machen, ihnen weitere Nachteile zu verschaffen, Ausländer abzuschieben, rauszuwerfen, die „Entausländerung“ voranzutreiben.

Beispiel *Lehrstellen*: Dies ist ein besonders trauriges Kapitel der Politik in der Ära Kohl. Mit vielen Versprechungen und „Lehrstellen-Lügen“ wurden die Zukunftschancen Hunderttausender Jugendlicher verbaut. Eine leichte Übung für Rechtsextreme, entsprechende Zahlen abzuschreiben, Mitgefühl zu heucheln und Rettung zu versprechen. Aber worin besteht der von ihnen vorgeschlagene Ausweg? Einerseits in der unsinnigen Forderung, den Universitäten mehr Geld wegzustreichen und es in der beruflichen Ausbildung zu verwenden, andererseits in der ausländerfeindlichen Parole „Lehrstellen zuerst für Deutsche“. Obwohl der Anteil ausländischer Jugendlicher an allen Auszubildenden mit 8% nur halb so hoch ist wie ihr Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung, sie also eindeutig benachteiligt sind, wird eine solche hetzerische Losung aufgestellt.

Beispiel *Renten*: Auch hier fiel es nicht schwer, die sozialreaktionäre Politik der ver-

gangenen Regierung und die daraus resultierenden Verunsicherungen unter Millionen Bürgern zu thematisieren. Entsprechende Überschriften in der rechtsextremen Presse heizten kräftig an: „Rentenlüge“, „Großbetrug am deutschen Volke“, „So wird unsere Zukunft verspielt“ tönte es von Rechtsaußen. Hohn wurde über Blüms Phrasen „Die Renten sind sicher“ und die geplanten „Reformen“ wie Steuern auf Renten, späteren Rentenbeginn und stufenweise Absenkung der Leistungen ausgegossen. All das aber nicht mit der Absicht, tatsächlich sozialreaktionäre Vorhaben zu verhindern oder gar konstruktive Vorschläge zur Lösung der Probleme einzubringen. Vielmehr wurde die Gelegenheit genutzt, die rechtsextreme Propaganda über die „Dezimierung“ des deutschen Volkes bei gleichzeitiger „Überfremdung“, über die „Verschleuderung deutscher Steuergelder für nichtdeutsche Zwecke“, über die Gefahr der „Abschaffung der Bundesrepublik“ durch familienfeindliche Politik dabei an den Mann zu bringen. Attacken gegen das Abtreibungsrecht und die Duldung von Homosexualität durften nicht fehlen. Schließlich sollen sogar die Ausländer, die im Rentensystem der Bundesrepublik verankert sind, wo sie eingezahlt haben oder einzahlen, daraus verschwinden.

Beispiel *Gesundheit*. Rechtsextreme sparen auch dieses Thema nicht aus und agieren hier genauso wie beim Rentenproblem. Verschlechterungen bei den Leistungen kommentieren sie spöttisch (eine einfache Massage im Eros-Center sei bald billiger als die in der vom Arzt verordneten Massagepraxis) und fabrizieren Horrormeldungen dazu. Dann werden wieder „die Ausländer“ ins Spiel gebracht Diese sind angeblich schuld, wenn die Krankenkassen zu wenig Geld haben, lassen sie sich doch vom deutschen Staat und Steuerzahler ungebührlich hohe Leistungen für Krankheit, Mutterschaft usw. finanzieren. Dass die beschäftigten Ausländer schon auf Grund ihrer Alterszusammensetzung mehr in die Sozialkassen einzahlen, als sie daraus erhalten, weniger Krankheitsfälle aufweisen, wird von den Rechtsextremen stillschweigend übergangen. Hetzerisch landen sie vielmehr bei der „Ausländer raus“-Parole und der Forderung nach „Ausgliederung der Ausländer aus dem deutschen Sozialversicherungssystem“.

Beispiel *Wohnen*: Bekanntermaßen gibt es in Deutschland heute keine allgemeine Wohnungsnot, wohl aber eine unerhörte Preistreiberei, Grundstücksspekulanten und Miethaie, gibt es zu wenige auch für die unteren Einkommensgruppen bezahlbare Wohnungen, zu wenig Wohngeld usw. Sozialer Wohnungsbau wurde weit zurückgefahren, was die Situation hinsichtlich preiswerter Sozialwohnungen verschärft. Natürlich haken hier die Rechtsextremen nicht beim millionenschweren Immobilienbesitzer Gerhard Frey ein. Sie schüren vielmehr den Unmut über den Mangel an Sozialwohnungen und wenden ihn sogleich wieder gegen Ausländer. Diese sind für sie die „Sozialschmarotzer“, die in den billigen Wohnungen leben, und so soll dann auch dieses soziale Problem durch die „Entausländerung“ gelöst werden, durch „Kündigung aller von Ausländern belegten Sozialwohnungen“.

Beispiel *Sozialhilfe*: Mit den immer aufs Neue wiederholten Behauptungen, dass „die Deutschen“ arbeiten und zahlen, während „die anderen“, also die Ausländer, auf unsere Kosten leben könnten, dass Ausländer die gleichen Sozialleistungen bekämen oder mehr als die Deutschen, wollen Rechtsextreme auch auf diesem Gebiet die Feindschaft zwischen deutschen und ausländischen Mitbürgern schüren. Sie suggerieren, die Anstrengungen der Regierungen in Bund und Ländern zur Verschlechterung sozialer Leistungen

könnten so aufgehalten werden, durch die Vertreibung der Ausländer könnte sogleich mehr „deutsches Geld“ für „deutsche Aufgaben“ fließen. Einem unkundigen Publikum wird manchmal sogar die Behauptung vorgesetzt, zwei Drittel der deutschen Sozialausgaben gingen an Ausländer – eine unverfrorene Lüge. Grundlage dafür sind auch in diesem Falle das Verschweigen von Tatsachen, eine bewusst falsche selektive Auswahl von Zahlen, eine Addition von Ausgaben, die zu ganz verschiedenen Gebieten gehören usw.

Das deutsche Sozialbudget (Bund, Länder und Gemeinden) hat mit 1236 Milliarden DM (1996) einen respektablen Umfang, die Beiträge der Versicherten betragen 385 Milliarden, die der Arbeitgeber 294 Milliarden, die Zuweisungen der öffentlichen Hand 405 Milliarden.²⁵ Ausländische Mitbürger zahlen mit ein und erhalten mit daraus. Dass Asylbewerber dabei nur Nehmende sein können, ist logisch, deshalb werden die Leistungen auf diesem Gebiet nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auch besonders ausgewiesen. Wir haben schon erwähnt, dass angesichts der Alterstruktur der ausländischen Wohnbevölkerung deren Anteil an den Leistungen der Rentenversicherung und Krankenversicherung geringer als der Anteil an der Wohnbevölkerung ausfällt, während beim Kindergeld der Anteil höher liegt.

Die Ausgaben für die Sozialhilfe im engeren Sinne betragen im angegebenen Jahre knapp 50 Milliarden DM, wovon 29,0 Milliarden für Leistungen in Einrichtungen wie Alten- oder Pflegeheimen und 20,8 Milliarden für Leistungen außerhalb von Einrichtungen zur Verfügung gestellt wurden.

Nach den im Sozialreport 1999 veröffentlichten Zahlen, die als Bezugsdatum den 31.12.1997 haben, erhielten insgesamt 2,83 Millionen Personen (7,6% mehr als 1996) in 1,49 Millionen Haushalten Sozialhilfe. Die Zahl der deutschen Empfängerinnen und Empfänger betrug dabei 2,23 Millionen, die der ausländischen 665 000. Deren Anteil an der Gesamtzahl lag also bei 23%. Berücksichtigt man, daß nur sehr wenige ausländische Mitbürger in den Einrichtungen versorgt werden, ergaben sich also keinerlei unververtretbare Relationen. Bei den Empfängern von Hilfe in besonderen Lebenslagen betrug der Anteil der deutschen Empfängerinnen und Empfänger im Jahre 1997 rund 78%.

Die Gelder, die entsprechend dem AsylbLG ausgegeben wurden, sind in den letzten Jahren nicht weiter angestiegen, nachdem nicht zuletzt durch die von den Rechtsextremen angezettelten und bejubelten pogromartigen Überfälle auf Ausländer (Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen u. a.) die Asylgesetze wesentlich verschärft, weniger Asylbewerber ins Land gelassen und 1997 die Leistungen noch einmal zusätzlich beschnitten wurden. 1996 betrug die Summe 5,6 Milliarden DM, wovon ebenfalls, leicht erklärlich, der größere Teil, 4,8 Milliarden, für die Deckung des täglichen Bedarfs der meist völlig Mittellosen aufgewandt wurde, also für Unterkunft, Kleidung und Essen. Insgesamt erhielten 1996 Leistungen nach dem AsylbLG 489 742 Personen, davon stammte der größte Teil (31%) aus Jugoslawien (Serbien, Montenegro – der Kosovo eingeschlossen) und aus Bosnien-Herzegowina (18%). Wenn nach dem jetzt gültigen Gesetz, das in den ersten zwölf

25 Diese und die folgenden Angaben sämtlich nach: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1998, Wiesbaden 1999 und nach: Datenreport 1999 (Hrsg.: Statistisches Bundesamt), Bonn 2000.

Monaten des Aufenthaltes der Asylbewerber gilt und auch Anwendung für die meisten Bürgerkriegsflüchtlinge und auf lediglich „geduldete“ Ausländer findet, die meisten nur noch in Sammellagern untergebracht werden, Bargeldzahlungen fast völlig eingestellt wurden (80 DM im Monat für die gesamten Fahrkosten, Anwaltskosten, für Zigaretten oder Zeitungen) und sich an den Eßpaketen auch noch diverse Firmen bereichern, so wird damit in vielen Fällen das offiziell geltende Existenzminimum bereits um ein Drittel bis zur Hälfte unterschritten. Dass diese Menschen auf der untersten Sprosse der sozialen Stufenleiter rangieren, ist aber den Rechtsextremen noch nicht genug; Hilfe für Menschen in Not gehört für sie nicht zu „deutschen Aufgaben“.

Beispiel *Obdachlosigkeit*: Die extremen Rechten scheuen sich nicht zu versuchen, auch mit diesem Thema klingeln zu gehen. Ausgerechnet in ihren Pamphleten finden sich Auszüge aus Obdachlosenzeitungen, in denen über die Zustände in Heimen und herzloses Verhalten einzelner Bürokraten staatlicher Ämter gegenüber diesen hilfsbedürftigen Menschen berichtet wird. Auch das wird als Folge der Ausgabe staatlicher Mittel an Ausländer beschrieben und zynisch Anteilnahme am Schicksal „deutscher Obdachloser“ geheuchelt. Dies geschieht zur selben Zeit, da im Sprachgebrauch der Nazis die Obdachlosen und andere am Boden Liegende als „lebensunwert“, als „undeutsch“ betrachtet werden. Es häufen sich Beispiele, wo Obdachlose, die sich nicht wehren können, von ihnen zusammengeschlagen oder sogar getötet werden. Schrecklich anzusehen war ein im Fernsehen gezeigtes Video, das Schläger der rechten Szene bei ihrem Überfall auf einen Obdachlosen in der S-Bahn in Erkner bei Berlin als Beweis ihrer Brutalität auch noch aufgenommen hatten und das später bei einer polizeilichen Wohnungsdurchsuchung gefunden wurde. Was könnte die soziale Heuchelei der Rechtsextremen noch krasser entlarven als das Verschweigen solcher Untaten?

Von den Schulungen „der Wortergreifer“, einer „diamanthart geschliffenen nationalpolitischen Intelligenz“ und den „100 Tage-Programmen der Sofort- und Notstandsmaßnahmen“ durch Dr. Reinhold Oberlercher im „Deutschen Kolleg“, in denen die Parolen der „Entausländerung“ Deutschlands ausgearbeitet wurden²⁶, über täglich neue Beispiele sozialer Demagogie hin zu immer neuen Gewalttaten zieht sich so die Spur der Ausländerfeindlichkeit.

Mit Ostalgie und neuer Nazipartei an die Macht?

Unbestritten hat die „Phantompartei“ DVU beim Wahlkampf in Sachsen-Anhalt im April 1998 gerade mit ihrer verstärkten sozialen Demagogie auf Plakaten, Flugblättern und Postwurfsendungen Wirkung erzielt. Die Gefährlichkeit ihrer Wahlparolen in der konkreten sozialen Situation dieses Bundeslandes wurde von den demokratischen Parteien unterschätzt. Der Erfolg der DVU, der mit den Wählerstimmen zu einer zahlenmäßig bedeutenden Landtagsfraktion und zu beträchtlichen finanziellen Mitteln aus der Staats-

²⁶ Siehe dazu den Verfassungsschutzbericht 1996 (herausgegeben vom Bundesministerium des Innern), Bonn 1997, S. 144/145.

kasse führte, hat den Appetit der extremen Rechten auf mehr geweckt, wenn auch ihre Illusionen im Hinblick auf die Bundestagswahl erst einmal platzten. Gleichzeitig setzten sich die internen Streitereien unter ihnen über das Konzept zum weiteren Vorgehen fort.

Angesichts der neuen Chancen, die man sich ausrechnete und gleichzeitig angesichts der Zweifel, wie weit derlei Wahlergebnisse einfach zu wiederholen sind (in Brandenburg gelang das zum Teil), kamen vor allem die Konkurrenten im „nationalen Lager“, in der NPD, zu neuen strategischen Überlegungen. Ihr Kern besteht darin, noch stärker den Frust über das Ausbleiben der „blühenden Landschaften“ in Ostdeutschland als Anknüpfungspunkt rechtsextremer Propaganda zu nutzen, die gesamte politische Arbeit in der nächsten Zeit schwerpunktmäßig auf die neuen Bundesländer zu verlagern, die nationale und die soziale Demagogie auf einer neuen Stufe zu verschmelzen und sich durch eine Eigendarstellung als kraftvolle Zukunftsbewegung dem eigentlichen Ziel, einer neuen „Machtergreifung“ der am Nazismus orientierten Kräfte, zu nähern.

Nun darf man nicht erwarten, dass eine solche Partei, die vormals mit dem Ausschütten ihres Hasses auf die DDR, ihre Institutionen und Vertreter nicht gerade zimperlich war, eine Begründung für ihre demagogische Wende zur „Ostalgie“ (in Anlehnung an das griechische Wort „Nostalgie“ = sehnsuchtsvolle Rückwendung zu früheren Zeiten und Erscheinungen) geben würde. Es handelt sich vielmehr um ein rein pragmatisches Vorgehen; darum, die vielen Ostdeutschen eigene oder ihnen zumindest unterstellte Neigung, die Zeit in der DDR im Vergleich zum heutigen Dasein als die bessere anzusehen, als Eingangstor für die NPD-Propaganda zu nutzen. Gerade die aus den westlichen Bundesländern in den Osten entsandten Kader tun sich dabei hervor. Hans-Günter Eisenecker, stellvertretender Bundesvorsitzender und Landesverbandsführer Mecklenburg-Vorpommern der NPD, rät seinen Parteifreunden, an „positive Traditionen der DDR“ anzuknüpfen, „Arbeit für alle“ zu fordern und „preußische Tugenden hochzuhalten“. Andere finden plötzlich vieles aus der DDR „bewahrenswert“, erkennen „Errungenschaften“, „vieles Gute“, wenden sich gegen die Verteufelung der Kinderkrippen in der DDR. Honigsüß säuselt es auch von rechtsaußen von der notwendigen Anerkennung der besonderen „Lebensleistung“ der Ostdeutschen, nachdem klar geworden ist, dass die Verweigerung solcher Anerkennung und die Überheblichkeit zahlreicher Westdeutscher die Mauer in den Köpfen wieder hat höher wachsen lassen. Geschickt werden dabei die Abwicklung Hunderttausender Wissenschaftler aus der DDR und der Einsatz Zehntausender „Leihbeamter“ aus dem Westen ins Spiel gebracht.

Beinahe wäre man aber in NPD-Funktionärkreisen über das mit Ostalgie verfolgte Ziel hinausgeschossen. In der „Sachsen-Stimme“ des dortigen NPD-Landesverbandes geriet eine Ursula Mann so ins Schwärmen, dass sie bekannte: „Die DDR war der zeitweilig von vielen getragene Versuch, Lehren aus der deutschen Geschichte zu ziehen und eine Gesellschaft des Wohlstandes für alle aufzubauen (...) Nach dem heutigen Vergleich BRD/DDR herrscht die Meinung bei den Mitteldeutschen vor, daß die DDR das kleinere Übel gewesen sei.“²⁷ In einem Flugblatt der NPD Sachsen war von der DDR als dem „besseren“ Deutschland die Rede. Das löste eine heftige Debatte hinter den Kulissen aus. Schließlich sah sich NPD-Chef Udo Voigt zur Stellungnahme herausgefordert und

27 „Sachsen-Stimme“ Nr. 1-2/1998, S. 1.

zog die Notbremse. Er erklärte es für politischen Unsinn, zu behaupten, die DDR sei der bessere deutsche Staat gewesen. Das Flugblatt werde so nicht mehr erscheinen. Gleichwohl habe er in einer Diskussion den Herausgebern aber recht geben müssen, dass die DDR „im Vergleich zu den deutschen Nachkriegsgebilden BRD und Österreich“ das „deutsche Deutschland“ gewesen sei. Bei seinem halben Rückzug brachte er also gleich wieder seine großdeutschen Denkspiele hervor.

Welche Verheißungen werden nun gegenwärtig hinter dem Einfallstor der Sehnsucht nach DDR-Vergangenheit angeboten? Es sind im wesentlichen drei, in denen als Grundelemente ein rigoroser Antikapitalismus, der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit und die Phrase vom „nationalen Sozialismus“ erscheinen.

Antikapitalismus als Vokabel im NPD-Jargon ist wie bereits erwähnt nicht neu. Neu ist aber seine Verstärkung und Aufladung durch Teile aus dem Gedankengebäude, das Millionen DDR-Bürger in Schule, FDJ, SED, FDGB und in diversen Bildungssystemen aufgenommen hatten. Da die wenigsten von ihnen inzwischen selbst kapitalistische Eigentümer geworden sind, die meisten aber recht bittere Erfahrungen im kapitalistischen Alltag gesammelt haben, bietet das den Ansatzpunkt für die immer gewaltiger daher kommenden Wortungetüme, mit denen NPD-Autoren die antikapitalistische Keule schwingen. Ganz wie bei der Darstellung des rechtsextremen „Kochrezepts“ gezeigt, ist das Schlimme noch nicht schlimm genug, als dass es nicht noch gefährlicher angemalt werden könnte. Wenn – in der rechtsextremen Presse fleißig zitiert – Altbundeskanzler Helmut Schmidt den derzeitigen Wirtschaftsmanagern „Großmannssucht und Habgier“ vorwarf und vor der Ausbreitung des amerikanischen „Raubtierkapitalismus“ in Deutschland warnte, so erfindet man rasch dazu noch den „Haifisch-Kapitalismus“, den „globalen Brutalo-Kapitalismus“, den „völkerverzehrenden Kapitalismus“, der nur noch „Konsum-Zombies“ übrig lässt usw. Und selbst der Teufel muss herhalten, beschreiben Rechtsextreme doch den von der „internationalen Finanzoligarchie“ angepeilten Griff nach der „polit-ökonomischen Weltherrschaft“ als „teuflisches Großziel“.²⁸

Ausgehend von solcher Betrachtungsweise und der Einschätzung, daß auch Bundeskanzler Schröder „ein glühender Verfechter der Globalisierung und Internationalisierung“ sei, äußerte der NPD-Vorsitzende Udo Voigt unverblümt, dass nur „auf den Trümmern des liberalkapitalistischen Systems der BRD“ die von ihm angestrebte „nationale politische Ordnungsform“ errichtet werden könne.²⁹ Und im „Positionspapier“, das in der Beratung der NPD-Führung in Meißen (Dezember 1998) angenommen wurde, heißt es, das Feindbild der NPD sei „klar auf den Liberalkapitalismus“ auszurichten. Als unsinnige Begründung dafür wurde genannt, dass in der realen politischen Landschaft die marxistisch-internationalistische Theorie keine ernstzunehmende Alternative zum herrschenden Liberalkapitalismus mehr sei. Gerade Gegenteiliges hatte ein Jahr zuvor der „Sozialpatriot“ Wolfgang Strauß noch verlautbart: „Als Gesellschaftskritik finden große Teile der Lehre von Marx auch nach dem Kollaps der UdSSR ihre Bestätigung, paradoxerweise im Westen.“³⁰

28 J. W. Gansel: Endziel Weltherrschaft, in: Deutsche Stimme, Januar 1999.

29 „Unsere Strategie greift erst in Jahren“. Interview mit NPD-Parteichef Udo Voigt, in: Deutsche Stimme, Stuttgart, November 1998.

30 Wolfgang Strauß: „Vorwärts, nicht vergessen: die Solidarität!“, in: Europa vorn, Heft April 1997.

Die zahlreichen Widersprüche in den „Antikapitalismus“-Papieren der extremen Rechten verraten, dass es hinter den vollmundigen Parolen keinerlei wirkliche Alternativen und ernst zu nehmende Lösungsvorschläge gibt. Ist es beispielsweise bei Alexander Delle, einem Bankkaufmann (Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Nationaldemokraten), der Kampf gegen die Bankenherrschaft, so bei einem Albert Lämmel die Lösung der „Verteilungsfrage“, die im Mittelpunkt stehen sollen. Vorsichtigerweise erklärt Delle denn auch die Abschaffung der Börsen, die Abschaffung des Spekulationszinswesens und die damit folgende Nationalisierung der Wirtschaft zu Aufgaben des „kommenden Jahrtausends“.

Der Ruf nach „sozialer Gerechtigkeit“ ertönt in Verallgemeinerung der zahlreichen Einzelanklagen gegen die täglich erfahrbaren sozialen Ungerechtigkeiten und Unverschämtheiten des Kapitalismus. Damit zieht man wieder eine der Grundforderungen des jahrzehntelangen Kampfes der Arbeiterbewegung heran, um auf bekannten Begriffen aufbauend die eigenen Parolen an den Mann/die Frau zu bringen. Dies steht auch im Einklang mit dem Zugeständnis, dass in der DDR zahlreiche soziale Errungenschaften existierten, aber es wird natürlich in keiner Weise thematisiert, daß diese auf der Grundlage von Ideen sozialer Gleichheit entstanden, gegen die die extreme Rechte ja gerade einen scharfen Kampf führt. Demagogisch verkündete der oben genannte Leipziger Arbeitskreis der NPD, Sozialismus sei Gerechtigkeit, Freiheit und Brüderlichkeit, während die Führung der NPD zur gleichen Zeit begann, ihren Kurs gegen die liberalen Ideen der Französischen Revolution zu verschärfen. Ganz offensichtlich ging es darum, ein neues Feld zu besetzen, als mit der sogenannten „Erfurter Erklärung“ linker demokratischer Kräfte 1997 die Möglichkeiten breiterer gesellschaftlicher Protestbewegungen sichtbar wurden. Hieß es doch in dieser Erklärung: „Die regierende Politik in unserem formal vereinten Land ist in einem Zustand von gnadenloser Ungerechtigkeit, Sozialverschleiß und fehlenden Perspektiven versunken“ und „Gebraucht wird eine Opposition, die den Wechsel mit allen Kräften will.“ Da auch der bekannte evangelische Theologe Friedrich Schorlemmer die Erfurter Erklärung unterschrieben hatte, meinte man am rechten Rand demagogisch, der Sozialdemokrat Schorlemmer sei in der falschen Partei, denn die gesuchte Opposition sei dort zu finden.

Im Zusammenhang mit dem Ruf nach sozialer Gerechtigkeit bringen die extremen Rechten nicht zufällig den Begriff „Solidarität“ wieder ins Spiel. Ganz bewusst wird sogar aus dem Solidaritätslied von Brecht und Eisler zitiert, das man früher begeistert mitgesungen habe, wie ein Autor vermerkt. Schließlich sei Solidarität die höchste Form von Brüderlichkeit im nationalen wie im sozialen Befreiungskampf. Sogleich aber wird in der Parole nur noch der nationale Akzent gesetzt, die unteilbare Solidarität gerade auch auf internationaler Ebene wird abgelehnt. „Hoch die nationale Solidarität“ gilt auch nur für die, die man als „deutsch“ oder „national“ deklariert, keinesfalls etwa für Mitbürger ohne deutschen Pass, die hier leben. Dies wiederum aber hindert nicht daran, weitere ideologische Verrenkungen zu vollziehen, wenn etwa P. L. Aae zur Begründung von vorhandenen oder erstrebten Kontakten nach China, Nordkorea, Kuba, Irak und anderen Staaten plötzlich wieder „internationale Solidarität“ für möglich hält („und zwar unabhängig von dem im betreffenden Land herrschenden politischen System“, wenn es gegen Machtansprüche und Übergriffe von IWF, WHO, USA oder NATO gehe).

Udo Voigt stuft solche Kontakte wieder herunter; sie hätten „rein außenpolitischen Charakter“ im Sinne einer „weltweiten antiimperialistischen Interessengemeinschaft“ mit diesen Staaten. Auch hier also die Vokabeln aus der DDR – die Lesart für jeden, wie er es verdauen kann.

Besonders schwer ist es, eine schlüssige Beweiskette herauszufinden, die das Ziel *Sozialismus* begründen würde. Auch „Sozialismus“ bleibt bei den Rechtsextremen, so sie ihn nicht völlig ablehnen, Parole, bleibt provozierendes und Aufmerksamkeit erheischendes Mittel zum Zweck. So wie die Begründer einer „Deutschen Arbeiterpartei“ mit Hitler die sozialistischen Sehnsüchte breiter Massen in den Anfangsjahren der Weimarer Republik nutzten, um durch die Hinzufügung der sozialistischen Vokabel ihre Partei attraktiver zu machen und sie in „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ umtaufen, so sollen heute die Erinnerungen und noch vorhandenen Beziehungen vieler Menschen zum „real existierenden“ DDR-Sozialismus die NPD als „völkisch-sozialistische“ Organisation stärken. „Sozialismus an sich“ sei nicht schlecht, kann man da lesen, „Sozialismus ist machbar“ kann man da hören und theoretisch gewendet heißt es, aus den Ketten der Machtpolitik befreit, könne sich der Sozialismus nun seiner eigentlichen geschichtlichen Bestimmung wieder zuwenden.

So sehr man aber daraufhin nach der konkreten Bestimmung dieses als „dringend notwendigen, authentischen“ Sozialismus sucht, nach den „Visionen einer alternativen politischen Ordnung“, die den Menschen angeboten werden sollen, wird man nicht fündig. Es bleibt leer im Raum, es bleibt bei Negativbestimmungen und Anklage, es bleibt ein Stochern in vergangenen Jahrzehnten. So erfährt man beim Chefideologen der NPD, Aae, nur, dass die Bestimmung des Sozialismus nicht die „Zersetzung der Volksgemeinschaft“ und die Schaffung irgendeiner im Gegensatz zur Volksgemeinschaft stehenden „Internationale“ sei, dass eine neue Klassenspaltung in Deutschland (zwischen der Klasse derer, die in den immer einseitiger werdenden Arbeitsprozess integriert seien, und der Klasse der anderen, die es nicht sind) drohe. Die „stabile Volks- und Leistungsgemeinschaft“, wie sie noch von Bismarck und Lassalle her angeblich zu sehen ist, breche unter dem Ansturm des volksfremden internationalen Finanzkapitals auseinander und deshalb könne nur ein „Deutscher Sozialismus“ Rettung bringen. Es verwundert nicht, dass bei all derartigen Auslassungen nicht einmal der Begriff Demokratie auftaucht. Man gibt sich gar nicht erst die Mühe, die wesentlichen Fragen der politischen Macht, der Eigentumsverhältnisse, der sozialen Beziehungen und der kulturellen Perspektiven im Zusammenhang mit der Sozialismus-Parole zu erörtern. Ein wenig könnte höchstens der ehemalige Republikaner-Chef Franz Schönhuber und heutige Freund vom DVU-Vorsitzenden Frey für Klärung sorgen, wenn er schreibt: „In diesem Zusammenhang muss gefordert werden, daß die Prüfung von Sozialmodellen aus NS-Deutschland oder dem faschistischen Italien hinsichtlich partieller Verwendbarkeit zur Überwindung der Arbeitslosigkeit nicht mehr tabuisiert oder gar strafrechtlich verfolgt wird.“ Der Rückgriff auf das Nazimodell bleibt das Einzige, was in Schall und Rauch der „Sozialismus“-Propaganda der extremen Rechten übrigbleibt. Deshalb würden auch sie, so wie Hitlers „nationaler Sozialismus“ in der Katastrophe des zweiten Weltkrieges, in Elend und Tod von Millionen unterging, nicht den „Wohlstand“ des Volkes bringen, sondern weiter marschieren, „bis alles in Scherben fällt“.

So unglaublich die antikapitalistischen Parolen auch sind, so hohl der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit und Sozialismus auch klingt, in einem muss man die NPD und die mit ihr verbündeten Gruppen ernst nehmen: sie wollen die Macht im Staate. Offen geben sie zu, dass ihre Strategie langfristig angelegt ist, dass ihre Beteiligung an Wahlen nur der Sympathiewerbung und Erschließung von Finanzierungsquellen dient, dass sie als militante Bewegung den Kampf auf der Straße entscheiden wollen, der erst mit der Erringung der politischen Macht ende. Die anderen Parteien der extremen Rechten werden im Grunde von ihnen verachtet, höchstens vorübergehend als Hilfstruppen für nützlich angesehen. Und Berlin als die Bundeshauptstadt soll im Kampf um die Macht die Schlüsselrolle spielen. Wem Berlin gehöre, dem gehöre Deutschland, heißt es in einer „Berliner Erklärung“ der NPD zur Abgeordnetenhauswahl 1999.

Die nationale und soziale Demagogie der extremen Rechten zu enthüllen, heißt also nicht nur Wahrheit gegen Lüge zu stellen. Es bedeutet vor allem, diesen Kräften den Weg zur Macht zu versperren, damit sie nicht neues Unheil über unser Volk und andere Völker bringen können.

Anhang

NORBERT MADLOCH

Lexikalische Erläuterungen zu den im Rechtsextremismus-Teil verwandten Hauptbegriffen

In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus werden in Wissenschaft, Politik und Publizistik oft für gleiche Kräfte, Tatbestände und Erscheinungen einerseits unterschiedliche, andererseits aber synonym verstandene Begriffe verwandt wie zum Beispiel *Rechtsextremismus* und *Rechtsradikalismus*, *Rechtsextremismus* und *Neofaschismus*. Die nachfolgende lexikalische – und daher verknappte – Übersicht soll dem Leser darüber Auskunft geben, welche hauptsächlichen Begriffe die Autoren verwenden und was sie darunter verstehen.

Es gibt in der Bundesrepublik wie auch international für fast alle Termini des Rechtsextremismus keine verbindlichen, allgemein anerkannten Begriffe, Interpretationen und Definitionen. Obwohl sich solche Begriffe wie *Extremismus* oder *Radikalismus* schon seit fast 200 Jahren im politischen Sprachgebrauch befinden, sind ihre inhaltlichen Definitionen von Land zu Land oft recht unterschiedlich. Aufgrund unterschiedlicher Weltansichten und politischer Interessenlagen ist es auch unwahrscheinlich, dass es in dieser Beziehung in absehbarer Zukunft zu einer vereinheitlichenden Verständigung kommt. Eher ist das Gegenteil der Fall. So konstatiert zum Beispiel der Extremismusforscher Professor Wolfgang Gessenharter von der Universität der Bundeswehr in Hamburg: „Wir stellen fest, dass sowohl beim Verfassungsschutz als auch in der Wissenschaft die Unklarheit darüber gewachsen ist, was *Rechtsextremismus* und vor allem, was die *Neue Rechte* in Deutschland ausmacht.“¹

Juristisch sind die Begriffe *Rechtsextremismus* und *Rechtsradikalismus* in keinem Gesetz der Bundesrepublik eindeutig fixiert. Bis Mitte der 70er verwandte selbst der Verfassungsschutz die Termini *Rechtsextremismus* bzw. *Rechtsradikalismus* gleichbedeutend und austauschbar. Erst seit 1975 wurde in den Verfassungsschutzberichten aus staats- und verfassungsrechtlichen Erwägungen eine Trennung zwischen beiden Begriffen eingeführt, die im streng wissenschaftlichen Sinne viele Fragen aufwirft, aber für eine pragmatische Differenzierung der am äußerst rechten Rand der Gesellschaft wirkenden Kräfte und politischen Bewegungen sowie existierenden Theorien verwendbar ist.

Hinzuweisen ist hier auch noch auf eine Tendenz in der politischen Kultur der Bun-

1 Die Welt, Berlin, 26.5.1997.

desrepublik, die sich in den letzten Zeit verstärkt bemerkbar macht. Aus einer primitiven Vereinfachung der komplizierter werdenden Weltprobleme sowie Bestrebungen zu einer böswilligen Abqualifizierung und Denunziation des politischen Gegners werden Begriffe aus der Zeit des Hitler-*Faschismus* und des antifaschistischen Widerstandes vor 1945 hervorgeholt, oft in ihr Gegenteil verkehrt, mit dem Ziel, die eigenen politischen Kurse zu rechtfertigen.

In den nachfolgenden Erläuterungen beschränken sich die Autoren – obwohl ihnen die internationale Thematik durchaus bewusst ist – weitgehend auf das Gebiet der deutschen Bundesrepublik. Wo es angebracht erscheint, wird auch auf die Ursachen des Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft verwiesen.

Rechtsextremismus

Der Terminus *Rechtsextremismus* (künftig nur RE) wird als der umfassendste Sammelbegriff für alle Kräfte, politischen Parteien und Gruppierungen, Theorien und Aktionen am äußerst rechten Rand der Gesellschaft verwandt. Zum RE werden alle extrem rechten Ideen, politischen Aktivitäten, alle Spielarten von > Nationalismus, > Rassismus, > Antisemitismus, Antipluralismus und ähnliche antidemokratischen Gesinnungen, alle Parteien, Organisationen, Gruppen, Kameradschaften, Cliques, Sekten, Theorie-Zirkel, alle äußerst rechts orientierten Skinhead-Gruppen und Skin-Bands, alle Gesprächsrunden, Bündnisse und Einzelpersonen, alle Zeitungen, Zeitschriften, Verlage und Vertriebsstrukturen der extremen Rechten gezählt. In diesen Begriff sind auch der > Geschichtsrevisionismus, wesentliche Teile des > Militarismus, der Sexismus, äußerst rechte ökologischer Strömungen, neuheidnische religiös-fundamentalistische und zum Teil esoterische Gruppierungen einbezogen. RE ist damit weit mehr und umfassender als seine *faschistische* bzw. *neofaschistische*, *neonazistische* Erscheinungsweise, wobei es sich hier aber um die gefährlichste Version des RE handelt. Das Spektrum der extremen Rechten reicht bei fließenden Übergängen von offen bekennenden *Neofaschisten* bis zu den > *Neuen Rechten*. RE ist kein geschlossenes Theoriegebilde, sondern ein ganzer Komplex verschiedenster Ideen, Einstellungen, Verhaltensweisen, Handlungen, sozialer Prozesse, die aus unterschiedlichen Quellen gespeist werden und die weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen. Obwohl der RE keine in sich geschlossene Ideologie besitzt, zeigen sich bei seinen Akteuren stets immer wiederkehrende Denkmuster.

Allgemein werden dem RE folgende Hauptelemente zugerechnet:

- Ein übersteigerter, oft aggressiver, gegen Frieden und Völkerverständigung gerichteter völkischer > *Nationalismus*. Die fanatischste Variante des Nationalismus ist der Chauvinismus, der das Lebensrecht anderer Völker bestreitet.
- Aus Nationalismus und Chauvinismus resultiert eine antihumanistische und intolerante Fremdenfeindlichkeit. Grundlage dafür ist ein primitives Feindbild, das nur Freund oder Feind kennt. Kern der Fremdenfeindlichkeit ist zumeist ein rigoroser > *Rassismus*, der sich von Aversionen bis hin zu Gewalttaten gegen Ausländer, besonders aus Afrika, Asien und Lateinamerika, äußert.

Eine besonders abscheuliche Version des Rassismus ist der Antisemitismus.

- Die mehr oder minder schroffe Ablehnung aller andersdenkenden, andersaussehenden

und anderslebenden Menschen als „Undeutsche“ und „lebensunwerte Kreaturen“. Hier reicht die Spannbreite der zu bekämpfenden Gegner von Ausländern, Juden, Linken, Alternativen bis zu Homosexuellen und Behinderten.

- Die Ablehnung und Zurückweisung aller grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte, insonderheit der universellen Gleichheit aller Menschen. Als besonders negative Gesellschaftskonzepte werden der Marxismus, der Liberalismus und die Ideen der Aufklärung betrachtet.
- Das Streben nach einem nach innen und außen starken autoritären Staat und einer neuen hierarchischen sozialen Ordnung, der alle individuellen Wünsche, Interessen und Recht unterzuordnen sind (autoritärer Etatismus). Die „Volksgemeinschaft“ hat bei allen individuellen und gesellschaftlichen Vorhaben immer den Vorrang. Angestrebt wird die Abschaffung der Republik zugunsten eines reaktionären Ständestaates und die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 bzw. 1914. In den außenpolitischen Vorstellungen dieser Kreise dominiert zunehmend ein massiver Antiamerikanismus. Fast alle extremen Rechten lehnen die NATO, die Europäische Union und den EURO ab und wollen diese europaweiten Strukturen durch einen eurasischen Block zusammen mit Russland ersetzen. Die Positionen dieser Kräfte zur deutschen Bundesrepublik reichen von einer Verteufelung derselben – vor allem bei Neonazis – als einem „jüdischen Systemstaat“ bis zu einem verbalen Bekenntnis zum Grundgesetz bei Parteien, die sich an Parlamentswahlen beteiligen.
- Die Verharmlosung, Relativierung bzw. Leugnung der Verbrechen des deutschen und internationalen > *Faschismus*. In erster Linie ist dieser > *Geschichtsrevisionismus* auf eine Leugnung des Holocaust gerichtet. Zugleich verbreiten die meisten extremen Rechten ein Geschichtsbild, dem obskure Verschwörertheorien wie die Behauptungen von einer „jüdischen Weltverschwörung“ oder der bewussten Absicht der Bundesregierung mit ihrer multikulturellen Orientierung, das „deutsche Volk zu vernichten“, zugrunde liegen.
- Eine Überbetonung aller militärischen und soldatischen Werte und Verhaltensweisen und die Verherrlichung solcher autoritären Prinzipien wie der hierarchischen Unterordnung, von Befehl und Gehorsam, von Zucht und Ordnung. Das ist oft mit einem individuellen Geist der Unterwürfigkeit (Untertanengeist) gepaart. Aus der Ambivalenz aller extremen Rechten zum > *Militarismus* ergibt sich auch eine starke Neigung zu Waffen, Uniformen und mystischen Symbolen.

In ihrer Ideologie und Verhaltensweise sind alle Anhänger des RE von einem missionarischen und in der Regel toleranzlosen Sendungsbewusstsein erfüllt. Das äußert sich zumeist in der Unfähigkeit zum Kompromiss. Dieses demokratiefeindliche Grundprofil aller extremen Rechten führt zwangsläufig zu einer Akzeptanz von Gewalt und Gewaltanwendung. Durchweg wird das sozialdarwinistische Prinzip vom Recht des Stärkeren bejaht.

Die meisten größeren rechtsextremistischen Parteien und Organisationen verfügen über politische Programme, die von sympathisierenden Juristen, Historikern und Wissenschaftlern anderer Fachrichtungen von allen „belastenden Formulierungen“ gesäubert und in den 90er Jahren stärker den realen gesellschaftlichen Bedingungen angepasst wurden. Diese Programme sind so populistisch angelegt, dass ohne ein größeres Nach-

denken über die Realisierbarkeit allen alles versprochen wird. Das schließt ein, dass die rechtsextremen Vereinigungen zwar brennende Sorgen der Menschen demagogisch aufgreifen, eine Lösung dieser Probleme aber auf andere abwälzen. Alles in allem wird von den extremen Rechten eine Anti-Gesellschaft im Gegensatz zum heutigen Sozialwesen der Bundesrepublik mit eigenen Wertvorstellungen angestrebt, die nur wenig gemein haben mit den allgemeinen Menschen- und Bürgerrechten.

Im realen politischen Leben sind nicht immer bei allen extremen Rechten und ihren Strukturen die hier genannten Elemente voll ausgeprägt, in der Tendenz aber immer vorhanden. Es sollte in Wertungen auch immer zwischen Menschen mit einem rechtsextremen Weltbild, zwischen Wählern, Sympathisanten und Mitgliedern rechtsextremistischer Vereinigungen und deren Führungskräften differenziert werden.

Im Rahmen ihrer Strategie zur Eroberung einer „kulturellen Hegemonie“ streben insbesondere Neonazis und rechtsextrem orientierte Skinheads nach der Durchsetzung von so genannten „national befreiten Zonen“ in Kommunen, in Freizeitbereichen von Jugendlichen, in Schulen und ähnlichen Bereichen. Viele rechtsextreme Parteien und Gruppierungen haben sich in den letzten Jahren verstärkt der Jugend zugewandt, um deren Denken mit ihren Ideen zu durchdringen. Zum Teil beeinflussen sie schon recht umfangreich den jugendlichen Modestil, Musikrichtungen, das Freizeitverhalten usw.

Nahezu alle extremen Rechten sind patriarchalisch-sexistisch eingestellt und ihre Organisationen männerdominiert. In den 90er Jahren hat jedoch der Anteil von Frauen an rechtsextremistischen Aktivitäten zugenommen.

Einige staatliche und gesellschaftliche Institutionen in der Bundesrepublik stufen rechtsextremistische Akteure erst dann als solche ein, wenn sie einer Gruppierung der extremen Rechten fest zugehörig sind oder über ein geschlossen rechtsextremes Weltbild verfügen. Da aber so hoch angesetzte Kriterien nur selten erreicht werden, reduziert sich die Zahl von staatlich ausgewiesenen Rechtsextremisten in der Bundesrepublik auf ein Minimum.

In der Bundesrepublik Deutschland, in der Schweiz, in Österreich und anderen Staaten werden die rechtsextremistischen Organisationen und deren Aktivitäten von speziellen Staats- und Geheimdienstorganen überwacht, die nicht selten Undercoveragenten in solche Gruppen eingeschleust haben.

Rechtsradikalismus = Grauzone

Nach dem Verständnis der bundesrepublikanischen Innenministerien sowie bestimmender Verfassungs- und Staatsrechtler der Bundesrepublik verkörpert der Rechtsradikalismus eine dem Rechtsextremismus nahekommende, sich aber noch am rechten Rand im Rahmen des Grundgesetzes bewegende legale politische Strömung. In der Literatur wird dieser Bereich vielfach als Grauzone zwischen > *Rechtsextremismus* und Rechtskonservatismus bezeichnet.

Zu dieser Scharnierzone zum Rechtsextremismus gehören z. B. Parteien wie die „Demokratische Bürgerpartei“ (DBP) und nach ihren Bemühungen um Wahlbündnisse mit den rechtsextremen Republikanern auch die „Deutsche Soziale Union“ (DSU). Weiter zählen zu dieser Szene – hier nur beispielhaft angeführt – ein Großteil der studentischen

schen „Deutschen Burschenschaften“ (DB), Arbeitskreise wie der „Arbeitskreis Unabhängiger Deutscher“ (AUD), Vereine wie der für das „Deutschtum im Ausland“ (VDA), Bürgerinitiativen wie die Hamburger „Initiative für eine Deutsche Nationalbewegung“, „Aufbruch 99“, die „Initiative Pro DM“, Bünde wie der „Bismarckbund“, periodische oder einmalige Gesprächsrunden, Studienzentren und Zirkel wie das „Studienzentrum Weikersheim“, Stiftungen wie die Münchener „Deutschland-Stiftung“, Verlage, Zeitschriften und Zeitungen wie „Criticon“ (München) oder die „Junge Freiheit“ (Berlin), die „Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt“ oder die obskure Polit-Sekte „Bund gegen Anpassung“, der aus der dubiosen „Marxistisch-Reichistischen Initiative“ (MRI) hervorgegangen ist.

Einen exakten Überblick über die rechtsradikale Grauzone in der Bundesrepublik gibt es nicht, vor allem nicht über die vielen völkisch orientierten Vereine in den deutschen Regionen und Kommunen. In den Verfassungsschutzberichten des Bundes und der Länder werden diese Kräfte und Organisationen nicht erwähnt, da diese sich nach dem Verständnis des Verfassungsschutzes und der Innenministerien noch im Rahmen der Verfassung bewegen.

Teilnehmer an den erwähnten Gesprächsrunden und rechtsradikalen Bündnissen sind auch National-konservative und Nationalliberale aus etablierten Parteien, revanchistisch gesinnte Vertreter von Landsmannschaften im „Bund der Vertriebenen“ (BdV), pensionierte Generäle der Bundeswehr, Professoren an deutschen Universitäten und Hochschulen, Anhänger einer biologistischen Ökologie, Führungskräfte des „Deutschen Landbundes“, Medienvertreter bis hin zu Mitgliedern der „Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland“. Eine besonders agile Rolle spielt in dieser Szene der einstige Bundestagsabgeordnete der Grünen, Dr. Alfred Mechttersheimer, mit seinem „Friedenskomitee 2000“ und seiner „Deutschland-Bewegung“.

Eine bemerkenswerte neue Tendenz entwickelte sich nach der deutschen Wiedervereinigung. Eine ganze Anzahl ehemals als links geltende Vertreter der 68er Studentenbewegung wie zum Beispiel das Mitglied der RAF, Rechtsanwalt Horst Mahler, mit der von ihm initiierten nationalistisch-rassistischen „Bürgerbewegung für unser Land“, oder der Berliner Soziologieprofessor und einstige Mitstreiter von Rudi Dutschke, Bernd Rabehl, drifteten ab ins rechtsradikale Lager. Einen analogen Werdegang verzeichnen auch der Leipziger „Hofgeismar-Kreis“ von Jungsozialisten um Sascha Jung oder die Witwe von Willy Brandt, Brigitte Seebacher-Brandt.

Ideologisch ist der deutsche Rechtsradikalismus sehr diffus, in allen seinen Teilen werden aber Fragmente und geistig-politische Teilbereiche des Rechtsextremismus reflektiert und aufgenommen.

Rechtspopulismus

Bei der Beschreibung von Rechtsextremismus bzw. Rechtsradikalismus wird in den Medien und von Politikern oft der Begriff des Rechtspopulismus gebraucht. Eine exakte wissenschaftliche Definition gibt es für Rechtspopulismus nicht. Im allgemeinen versteht man unter Rechtspopulismus keine Ideologie, sondern eine Politikform, ein demagogisches Auftreten, das den Menschen nach dem Munde redet, allen alles verspricht,

ohne über die Realisierungsmöglichkeiten tiefer nachzudenken. Um neue Anhänger und Wähler zu gewinnen, werden bedenkenlos alle Feindbilder und Parolen der Stammtische aufgegriffen. Rechtspopulisten behaupten von sich, auf den gesunden Menschenverstand zu setzen. Dabei peitschen sie skrupellos Emotionen an und fördern Ressentiments.

Im Mittelpunkt ihrer Angriffe stehen zumeist Ausländer, die Bürokratie, Steuern und Sozialabgaben und der Anstieg der Kriminalität. Stets beklagen sie den Verfall der öffentlichen Moral und den Zerfall der Familien. Im Kern erweisen sich hierbei alle rechtspopulistischen Vereinigungen als Law-and-order-Parteien, die für die komplexen gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit über keine praktikablen Lösungswege verfügen. Rechtspopulistische Parteien wie zum Beispiel die „Freiheitlichen“ in Österreich, die „Initiative Pro D-Mark“ in der Bundesrepublik Deutschland, die „Lega Nord“ in Italien und ähnliche Parteien in anderen Staaten sind fast durchweg an das Vorhandensein charismatischer und demagogisch agierender Führer gebunden.

Adressaten ihrer Politik sind vor allem verunsicherte und von Zukunftsängsten durchdrungene Mittelständler, Arbeiter und Angestellte.

Faschismus/Nazismus – Neofaschismus/Neonazismus

In der Publizistik wie im politischen Lebens stoßen wir oft auf den Begriff des *Faschismus*. Aber nur in wenigen Fällen wird genauer gesagt, was man konkret darunter verstehen will. Nicht selten wird dieser Begriff nur als grobschlächtige Phrase gebraucht, um den politischen Gegner zu diskriminieren.

Eine nähere Beschäftigung mit dem Terminus *Faschismus* zeigt, dass es hinsichtlich einer allgemein anerkannten Definition in Wissenschaft und Politik keine einheitliche Meinung gibt. Wie beim > *Rechtsextremismus* wird auch das Faschismusverständnis von den jeweiligen politischen Zielen und Interessen bestimmt.

Der Ausdruck *Faschismus* bzw. *Faschisten* kommt aus Italien und wurde Anfang der 20er Jahre von Benito Mussolini für seine antidemokratisch-terroristische Schwarzhemden-Bewegung geprägt. In den Jahren zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg formierten sich ähnliche nationalistisch-terroristische Gruppierungen und Parteien in vielen europäischen Staaten wie z. B. die Falangisten in Spanien, die NSDAP unter Hitler in Deutschland, die Austrofaschisten in Österreich und die Feuerkreuzler in Frankreich. Vom politisch-geistigen Typ her, von Herkunft, Triebkräften und Zielen handelte es sich um wesensgleiche Bewegungen, deren Sozialstruktur von politisch wie wirtschaftlich verunsicherten Unternehmern bis zu Arbeitern reichte. An die Regierungsmacht kamen aber nur solche faschistischen Parteien, die größere Massen an sich zu binden vermochten und von einflussreichen Kreisen aus dem konservativen Lager, von bestimmenden Kräften der Industrie und Banken, der Armee, der Staatsbürokratie und der Kirche unterstützt wurden – also von Kräften, die durch das Bündnis mit den Faschisten hofften, ihrer eigenen Ziele verwirklichen zu können.

Obwohl in Wissenschaft, Politik und Publizistik solche politischen Begriffe wie Konservatismus und Liberalismus ungeachtet nationaler Besonderheiten in jedem Land als weltweite politische Bewegungen anerkannt werden, gibt es eine Einheitsfront vom

ehemaligen Vorsitzenden der Republikaner in der BRD, Franz Schönhuber, über den Verfassungsschutz bis hin zu universitären Extremismusforschern, die eine weltweite faschistische Tendenz abstreiten und aus wissenschaftlich zweifelhaften Erwägungen den Begriff des *Faschismus* als eine nationale Eigenart nur für Italien gelten lassen wollen. Im Kern soll damit das verbrecherische Hitler-Regime vom Vorwurf des *Faschismus* entlastet und der *Faschismus* generell bagatellisiert werden. In der historischen Realität hatte aber z. B. Hitler nichts dagegen, dass „er und seine Partei als deutsche *Faschisten* bezeichnet“ wurden (M.Weißbecker/K.Pätzold). Zudem ist mit diesem Vorgehen weiter beabsichtigt, dem weltweiten Antifaschismus seine historische Legitimität zu nehmen. Außerdem dient dem Berliner Verfassungsschutz die Verwendung des Begriffs *Faschismus* durch die PDS als Indiz für eine grundgesetzfeindliche Einstellung.

Hier ist zu bemerken, dass in englischsprachigen Ländern der Begriff des *Faschismus* durchweg bis heute für die Kennzeichnung der extremsten chauvinistisch-rassistischen, autoritären politischen Bestrebungen in Geschichte und Gegenwart verwandt wird.

Abgeleitet vom Terminus *Faschismus* wurden die bis 1945 existierenden diktatorischen Regimes in einigen Staaten Osteuropas und des Balkans nicht selten als halb-faschistische Staaten charakterisiert.

Für das diktatorisch-aggressive System in Japan wurde in der wissenschaftlichen Literatur kaum der Begriff des Faschismus, sondern der des Militarismus verwandt.

Trotz vieler Meinungsunterschiede besteht unter den meisten Historikern und Politologen Einigkeit darüber, dass unter *Faschismus* eine antihumanistisch-terroristische Ideologie und politische Bewegung mit zumindest folgenden Merkmalen zu verstehen ist:

- *Faschismus* ist die gefährlichste und rabiateste Form des Rechtsextremismus, der zur Durchsetzung seiner Ziele vor keinem Verbrechen zurückschreckt.
- *Faschismus* ist national wie international eine antimodernistische und reaktionäre Antwort auf die von der Französischen Revolution von 1789 und der Aufklärung ausgelösten zivilisatorischen Emanzipationsbewegungen, vor allem auf den Aufschwung der sozialistischen Arbeiterbewegung.
- *Faschismus* ist geprägt von einem extremen Nationalismus, dem Chauvinismus. Auf der Grundlage einer mystischen Blut-und-Boden-Ideologie wird eine ethnisch-homogene „Volksgemeinschaft“ als die bestimmende elitäre Gesellschaftsstruktur angestrebt. Damit bezieht der Faschismus zugleich feindliche Positionen gegenüber allen Minderheiten.
- Dem *Faschismus* wesenseigen ist ein unterschiedlich ausgeprägter Rassismus, der sich allen anderen Völker und sozialen Gruppen überlegen dünkt. Die rücksichtsloseste und abscheulichste Variante ist dabei der Antisemitismus.
- Die vom *Faschismus* angestrebte und an der Macht praktizierte hierarchisch gegliederte und nach dem Führerprinzip strukturierte Volksgemeinschaft beinhaltet eine Missachtung bis Beseitigung aller Bürger- und Menschenrechte, die Liquidierung jedweder politischen Kultur. Von seinem Wesen her ist der *Faschismus* antidemokratisch, antiliberal und antiparlamentarisch.
- Geistig, politisch und in der politischen Aktion ist der Faschismus von einem naturrechtlich und biologistisch begründeten Sozialdarwinismus, einer prinzipiellen Ab-

lehnung der universellen Gleichheit aller Menschen, vom Recht und der Macht des Stärkeren bestimmt.

- Faschismus kennzeichnet des weiteren ein raffiniertes System der Massenmanipulation. Basis dafür ist eine psychologisch austarierte und facettenreiche nationalistische und soziale Demagogie, die sich – obwohl der Faschismus stets den Schutz des kapitalistischen Eigentums garantierte – auch antikapitalistischer und antiimperialistischer Phrasen bedient. Das war nicht selten mit glorifizierten Zukunftsverheißungen verbunden. Psychologisch erstrebt der *Faschismus* einen willenlosen, nur nach den vorgegebenen Parolen lebenden Menschen an, der sich bedingungslos unterordnet und Befehle ausführt. Typisch sind dabei sexistische Denk- und Verhaltensweisen.
- Im Vorfeld und an der Macht ist der Faschismus von einem grenzenlosen Drang nach territorialer Expansion erfüllt, der durch die Drohung und den Einsatz der Armee im Krieg zu einem Großdeutschland, Großfinnland, Großrumanien usw. führen sollte.

Der von der Hitlerpartei geprägte und praktizierte *Nazismus* war bislang die verbrecherischste und extremste Variante des Faschismus. Mit deutscher Gründlichkeit, Zucht und Ordnung wurden die Ideen des Faschismus umgesetzt und von der Masse der Bevölkerung akzeptiert. Aufgebaut auf nationalistischem Rassenwahn, einem ausgefeilten Repressionsapparat und einem als Ersatzreligion dienenden nordisch-arischen Mythos sollte am deutschen Wesen die Welt genesen. Dem sollten auch die Auslösung des Zweiten Weltkrieges, die systematische Vernichtung „unwerten Lebens“ und, als größtem Verbrechen, der Holocaust am jüdischen Volk dienen.

Neben und in Kooperation mit den nationalen faschistischen Parteien hatte die Hitlerpartei auch ein System von NSDAP-Auslandsorganisationen aufgebaut, von deren Nachfolgern zum Teil noch heute entsprechende Aktivitäten ausgehen.

Die hier vorgenommene Beschreibungen des *Faschismus* bzw. *Nazismus* decken sich nicht mit der eindimensionalen ökonomischen Sichtweise in der Dimitroff-Definition, aber auch nicht mit den in der Bundesrepublik verbreiteten einseitigen psychologischen Erklärungsmustern, die das gesellschaftliche, vor allem soziale Wesen des *Faschismus* bzw. *Nazismus* verschleiern. Damit wurde zugleich auch eine Abgrenzung zu solchen Deutungen vorgenommen, die den *Faschismus/Nazismus* weitgehend auf die Person von Hitler reduzieren oder alles Reaktionäre bedenkenlos gleich als Faschismus bzw. faschistoid titulieren. Zum Teil geht die inhaltliche Entleerung und Umdeutung des Faschismus-Begriffs soweit, dass sich selbst Neonazis dieses Terminus bedienen. So behauptete z. B. die neofaschistische NPD in der Bundesrepublik, dass in diesem Staat ein „kleinbürgerlich-klerikaler Faschismus“ herrsche (Deutsche Stimme, Stuttgart, Nr. 1/1994).

Neofaschisten/Neonazis sind jene Rechtsextremisten, die sich geistig-politisch, programmatisch, in der Symbolik und in den praktizierten Aktionsformen offen auf die Traditionen des historischen *Faschismus* bzw. *Nazismus* berufen. *Neofaschismus/Neonazismus* sind die radikalste und brutalste Spielart des heutigen > *Rechtsextremismus*. Inhaltlich kennzeichnen diesen in der Bundesrepublik Deutschland und tendenziell auch in anderen Ländern neben den schon dargelegten Charakteristika des *Faschismus* noch folgende Elemente:

- Die Forderung nach Korrektur der territorialen und politischen Konsequenzen des

Zweiten Weltkrieges; nach Aufhebung aller Verbote und staatlichen Repressivmaßnahmen gegen neofaschistische Aktivitäten und Gruppierungen und letztendlich nach Errichtung eines neuen „Vierten Reiches“ in Deutschland.

- Ein sich auf völkisches Denken in Teilen der Bevölkerung stützender und bis zu Tötungsverbrechen reichender Rassismus. Gleichmaßen richtet sich der Hass dieser Neofaschisten/Neonazis gegen alle Linken, die als „Zecken“ diffamiert werden und wie Ungeziefer ausgerottet werden müssten. In diesem Zusammenhang befürwortet man auch für alle behinderten und aus anderen Gründen „lebensunwerten“ Menschen eine Wiederbelebung der faschistischen Euthanasie-Praktiken.
- Ein umfangreicher Geschichtsrevisionismus zur Relativierung, Verharmlosung und Leugnung der Verbrechen der Faschisten, insbesondere der deutschen Nazis. Das ist in der Regel mit einer „Würdigung“ der „guten“ und „menschlichen“ Seiten des Nazi-Regimes verbunden. In diesem Kontext werden alle antifaschistischen Widerstandskämpfer von den Kommunisten bis zu den Beteiligten am Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 als „Vaterlandsverräter“ verunglimpft.
- Eine offen artikulierte Feindschaft gegenüber dem Staat und der Gesellschaft der Bundesrepublik, die als ein von „Systemparteien“ regierter „Judenstaat“ diffamiert werden. Angestrebt wird ein totalitärer Führerstaat auf rassistischer Grundlage.
- Eine abgefeimt betrügerische und demagogische Nostalgie hinsichtlich der untergegangenen DDR. Wie Erbschleicher will man sich die „Errungenschaften“ der DDR aneignen und für neofaschistische Ziele missbrauchen.
- Die Nutzung neuer Aktions- und Organisationsformen, wie sie z. B. im Aufbau „autonomer Kameradschaften“ zum Ausdruck kommt, die infolge ihrer diffusen Strukturen juristisch kaum greifbar sind, oder bei der Bildung punktueller Zusammenschlüsse in Form der terroristisch agierenden „Anti-Antifa“. Die Hinwendung zu neuen Wirkungsformen zeigt sich gleichfalls in einer umfangreichen Verwendung der neuen elektronischen Medien zur Verbreitung ihrer Propaganda und zur Mobilisierung ihrer Anhänger zu Demonstrationen, Kundgebungen und anderen Aktionen.

In der Bundesrepublik gehören heute zur neofaschistischen Szene zumindest die „Nationaldemokratische Partei“ (NPD) und ihre Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN), die sich seit Jahren bemühen, alle Neonazis in der Bundesrepublik, vor allem aus den rechtsextremistisch orientierten Skinhead-Gruppen, zu sammeln; weiterhin solche Gruppierungen wie der „Freiheitliche Volksblock“ (FVB), die „Vereinigten Rechten“ (VR), die illegalen Zellen der „NSDAP/AO“, die „Hilfsorganisation für nationale Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) sowie eine ganze Anzahl von Zeitungen und Zeitschriften.

Auch international verzeichneten Neofaschismus und Neonazismus in nicht wenigen Ländern einen bemerkenswerten Aufschwung. Die Neonazis erstreben dabei für ihre Länder eine Gesellschaftsstruktur in der Tradition des Hitlerfaschismus. Hinzuweisen ist hier unter anderem auf solche Gruppierungen wie „Combat 18“ in Großbritannien, die „Nationalsozialistische Front“ (NSF) in Schweden, auf die „Dänische Nationalsozialistische Bewegung“ (DNSB), die französische „Parti Nationaliste Français et Européen“ (PNFE), die Organisation „Russische Nationale Einheit“ (RNE) oder die „National Socialist White People's Party“ in den USA. Eine zentrale Rolle zur Verbreitung von Nazi-Ideologie

spielte jahrelang die in den USA beheimatete, aber weltweit wirkende „NSDAP/AO“ mit ihrem europäischen Koordinierungskomitee in den Niederlanden. Eine oft angenommene straff organisierte neofaschistische Internationale gibt es trotz vieler Kooperationsbeziehung der neonazistischen Gruppierungen nicht.

In der deutschen wie internationalen Neonazismus-Szene wandten sich in den letzten Jahrzehnten nicht wenige Anhänger von einer Verherrlichung Hitlers, Mussolinis und anderer belasteter faschistischer Führer ab, um sich mehr an solchen scheinbar „linken“ faschistischen Führern und Ideologen wie Otto und Gregor Strasser zu orientieren. Diese Kräfte wollten aber oft nur mit anderen Worten und Methoden ein gleiches Regime wie die anderen Faschisten errichten. Manche dieser Kräfte suchen auch auf anderen Wegen nach neuen Möglichkeiten zur Verbreitung faschistischer Ideen und bezeichnen sich in Anlehnung an Begriffe der Zwischenkriegszeit als „Nationalrevolutionäre“ bzw. als „Nationalbolschewisten“.

Neue Rechte

Über das, was die Neue Rechte ist, gehen die Meinungen von Wissenschaftlern, Publizisten und Politikern weit auseinander. Für den einen sind das alle neuen rechtsextremistischen Gruppierungen, für andere lediglich weitgehend einflusslose theoretisierende Zirkel. Für Wolfgang Gessenharter, Experte für bundesdeutschen Rechtsextremismus und Professor an der Universität der Bundeswehr in Hamburg, sind sie dagegen „die bedeutendste Gruppierung im Rechtsextremismus“ (taz, Berlin, 20.6.1997). Für die Mehrheit der Spezialisten für den rechten Extremismus in der Bundesrepublik sind die Neuen Rechten national wie international kein monolithischer Block, sondern in erster Linie ein Diskussionszusammenhang, ein informelles Netzwerk äußerst rechts eingestellter Intellektueller, deren Einfluss tief ins Lager des Konservatismus und der Nationalliberalen hinein reicht. Stabile organisatorische Strukturen spielen im Wirken der Neuen Rechten nur eine untergeordnete Rolle.

Die Formierung der Neuen Rechten, die nicht mit Springerstiefeln, sondern in Nadelstreifenanzügen daherkommen, erfolgte in unterschiedlicher Gestalt nach der Studentenbewegung von 1968 und ihren Erfolgen. Die Initiatoren der Neuen Rechten wollten den eingetretenen Veränderungen eine stärkere Gegenbewegung entgegenstellen. Das wandelte sich im Laufe der Zeit hin zu einem rechten Suchen nach einer neuen Strategie als Antwort auf die globale Zivilisationskrise der Menschheit. In Abgrenzung zur europäischen Integration nach den Maastricht-Kriterien, der multikulturellen Entwicklung in Europa und gegen den wachsenden europaweiten und weltpolitischen Einfluß der USA sollte ein neu erweckter Nationalismus Abhilfe schaffen. Im Vordergrund des politischen Trachtens der Neuen Rechten stehen nicht Wahlerfolge, sondern die Beeinflussung des Zeitgeistes in Richtung auf eine stark rechts orientierte „Kulturrevolution“. Hauptfeind der Neuen Rechten ist nach dem Zerfall des Ostblocks nicht mehr der Sozialismus/Kommunismus, sondern der Liberalismus.

In Verfolgung ihrer Ziele griffen die Neuen Rechten in der Bundesrepublik, aber auch in anderen Ländern, auf die Ideen der Theoretiker einer „Konservativen Revolution“ in

der Weimarer Republik wie zum Beispiel Carl Schmitt, Ernst Jünger, Ernst von Salomon, Arthur Moeller von dem Bruck oder Oswald Spengler zurück.

Diese Antidemokraten, die als geistige Wegbereiter des deutschen Faschismus fungierten, plädierten für einen neuen deutschen Nationalismus und die Errichtung einer cäsaristisch-autoritären völkischen Diktatur in Deutschland. Damit trugen sie eine erhebliche Mitschuld am Untergang der Weimarer Republik. Ein geringerer Teil der Neuen Rechten, die sich oft als Sozial- bzw. Nationalrevolutionäre bezeichnen, griff Ideen angeblich linker Kreise in der Hitler-Partei, insbesondere von Gregor und Otto Strasser, auf und agierten bei ihren Forderungen nach einem neuen deutschen Nationalismus nicht selten mit populistischen pseudolinken Phrasen.

In den 90er Jahre gab es in der Bundesrepublik Deutschland wie in anderen europäischen Ländern hauptsächlich folgende Strömungen der Neuen Rechten:

Das Umfeld des Ideologen der französischen Nouvelle Droite Alain de Benoist und des von ihm gegründeten Groupement de recherche et d' études pour la civilisation européenne (GRECE). In der Bundesrepublik wird diese Strömung von Pierre Krebs und seinem 1980 gegründeten Thule-Seminar in Kassel, in Österreich von der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik vertreten. Diese Kräfte begannen, im Suchen nach einer modernisierten ultrarechten Strategie neue Erkenntnisse der Biologie, Anthropologie, der Psychologie, der Ökologie und anderer Wissenschaftszweige aufzuarbeiten, aber auch Aussagen von Antonio Gramsci oder Lenin auf ihre Verwendbarkeit zu überprüfen. Das Ergebnis war die Erfindung neuer Schlagworte für alte Theorien wie des Rassismus und des Sozialdarwinismus. Diese wurden jetzt Ethnopluralismus oder Biohumanismus genannt. Von Gramsci übernahm man eine jetzt extrem rechts interpretierte Forderung nach der Eroberung einer kulturellen Hegemonie.

In den Mittelpunkt ihres geistigen und politischen Strebens rückten diese Neuen Rechten den Kampf zur Überwindung der von der französischen Revolution von 1789 ausgehenden Forderung nach universellen Menschenrechten. In diesem Zusammenhang wurden auch dem Marxismus, dem „judeo-christlichen Ungeist“ und dem Liberalismus der Kampf angesagt. Die sich selbst als neue Elite und zur Führung der Gesellschaft berufenen Neuen Rechten wollen den liberalen Rechtsstaat abschaffen und durch eine autoritäre Präsidentialmacht ersetzen. Unverhüllt wird zum Kulturkrieg gegen die USA und für eine Rückkehr zu einem heidnischen Europa aufgerufen. Obwohl sich diese Neuen Rechten verbal vom Hitler-Faschismus distanzieren, bieten sie nur alte rechtsextremistische Inhalte in neuer Verpackung.

In der Bundesrepublik erscheint der Einfluss dieser Kreise vordergründig recht beschränkt, reicht aber durch ihr Kooperieren mit solchen extremen Rechten wie Armin Mohler oder mit solchen nationalkonservativen Wissenschaftlern wie Gerd-Klaus Kaltenbrunner sowie mit ihren Publikationen in den sehr rechten Zeitschriften und Zeitungen wie Criticon, MUT, Elemente und der Jungen Freiheit bis tief in die Mitte der bundesrepublikanischen Gesellschaft.

Die Neuen Rechten um solche Publizisten wie Rainer Zitelmann, Heimo Schwilk, Ulrich Schacht oder Karlheinz Weißmann. Dieser Kreis wirkt vor allem durch Bücher und Artikel, durch die Teilnahme an Gesprächskreisen sowie durch nationalistische Appelle und Unterschriftensammlungen. Nach Meinung von Zitelmann haben in der Bundesrepublik die

Linken bzw. Linksliberalen die Kirchen, Gewerkschaften, Medien, Kultur und andere Bereiche der Gesellschaft unterwandert und erobert. Diese Herrschaft des linken Establishment sei ein Ausdruck des „jämmerlichen Versagens der traditionellen Konservativen“. Er und seine Gesinnungsfreunde wollen den linken Zeitgeist in dieser „multikulturell-kriminellen Gesellschaft“ eindämmen, den Einfluss der Ideen der französischen Revolution von 1789 zurückdrängen und alte nationalistische Traditionen wiederbeleben. Dazu bedienen sich diese Neuen Rechten auch des Geschichtsrevisionismus. Strategisch verlangen Zitelmann & Co. recht bald einen nationalkonservativen bis rechtsradikalen Umbau der Bundesrepublik. Mit Nachdruck lehnen diese Kreise die Westorientierung der Bundesrepublik ab und plädieren für einen neuen deutschen Sonderweg, wozu auch der Besitz von Atomwaffen gehören müsse.

Seitens dieser Neuen Rechten gibt es eine breit gestaffelte Zusammenarbeit mit solchen weit rechts angesiedelten Intellektuellen wie Dr. Alfred Mechterheimer, dem Schöpfer des „Friedenskomitees 2000“, dem ehemaligen Generalbundesanwalt Alexander von Stahl sowie mit ähnlich gesinnten Akademikern an deutschen Universitäten, Hochschulen und in Zeitungsredaktionen.

Das Netzwerk der Europäischen Synergien, dessen Initiatoren sich 1993 von dem an Einfluss verlierenden GRECE mit dem Vorwurf trennten, dass man dort nicht mehr konsequent eine neurechte Orientierung verfolge und sich in ästhetischen Problemen verliere. Seither haben die Europäischen Synergien von Russland bis Portugal in über 20 europäischen Staaten autonome Vereinigungen aufgebaut, die auch über eigene Zeitschriften und Verlage verfügen. Alljährlich veranstalten die Europäischen Synergien Sommer-Universitäten. Die bundesdeutsche Gruppe, die sehr eng mit der Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft (DESG) in Hamburg kooperiert, konstituierte sich 1995. Die Arbeit unter der Jugend wird mit eigenen Aktivitäten über die Jeune d' Europe abgewickelt. Die Akteure der Europäischen Synergien sind durchweg rechts gesinnte Studenten und Intellektuelle.

Die Anhänger der Europäischen Synergien betrachten sich als die Elite unter den Neuen Rechten, die weder rechts noch links sein wollen. Ideologisch orientieren sich die Europäischen Synergien stark an dem Vordenker des italienischen Faschismus Julius Evola.

Nach den Analysen der Europäischen Synergien steuert die Welt auf eine globale Unregierbarkeit zu, was auch als ein Bankrott der westlichen Parteienherrschaft gewertet wird. Lösungen könne es nur durch eine Überwindung des liberal-christlichen Egalitarismus und Universalismus geben. In Europa habe sich der Nationalstaat überlebt und sei zu klein zur Bewältigung der künftigen großen Aufgaben. Dafür bekämen die Regionen mit ihren Identitäten eine größere Bedeutung. Die Europäischen Synergien lehnen eine Integration Europas nicht ab, setzen sich hierbei aber für eine föderalistische Struktur ein. Geopolitisch fordern die Europäischen Synergien einen entschlossenen Kampf in Europa für die Entamerikanisierung und als Gegengewicht zu den ökonomischen, politischen und militärischen Weltherrschaftsambitionen der USA die Schaffung eines eurasischen Blocks.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Neuen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland bei ihrem Marsch durch die Institutionen in den letzten 30 Jahren nicht

wenige Erfolge aufweisen können. Dabei waren ihnen nicht selten solche den Neuen Rechten nahestehenden Strukturen wie das Studienzentrum Weikersheim oder die Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung behilflich. Auch bei ihrem zweiten Ziel, einer Modernisierung und Intellektualisierung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, sind die Neue Rechten vorangekommen. Neu ist, dass sich seit der Herstellung der deutschen Einheit zunehmend prominente 68er, die einst als Linke galten, wie zum Beispiel Horst Mahler, Bernd Rabehl und Herbert Ammon, aber auch einstige Bürgerrechtler aus der untergegangenen DDR den Neuen Rechten annähern und anschließen.

Rassismus

Rassismus ist ein soziales Verhalten, eine Denk- und Verhaltensweise, die den Menschen nicht nach seinem Können und seinen Leistungen, seinen charakterlichen Werten und Erfahrungen, sondern nach äußeren Merkmalen wie Haut- und Haarfarbe, Physiognomie und Gesichtsform bewertet. Daraus wird ein abstrus antihumanistisches Feindbild gegenüber Individuen und größeren Menschengruppen aufgebaut. Die Skala rassistischer Verhaltensweisen reicht von willkürlich aufgebauten Klischees, Antipathien und Resentiments, einer daraus resultierenden bewussten sozialen Distanz und Ausgrenzung, von verbalen Beleidigungen und Aggressionen bis zu Akten brutalster Gewaltanwendung und Mord gegenüber Menschen aus anderen Regionen, anderer Hautfarbe und Herkunft. In der Neuzeit diente der Rassismus zur Rechtfertigung der Sklaverei, des Genozids an den amerikanischen Indianern, des faschistischen Holocaust am jüdischen Volk und zur Begründung von Aggressionskriegen. Rassismus, der überall eine Ethnisierung aller sozialen, politischen und kulturellen Probleme betreibt, ist in fast allen europäischen Ländern, in Amerika, aber auch in China, Japan, Indien und anderen Staaten anzutreffen. In den meisten dieser Regionen ist dabei der Antisemitismus ein untrennbarer Bestandteil des Rassismus. Rassismus gehört zu den integralen Elementen des > *Rechtsextremismus*, insbesondere des > *Faschismus* und *Neofaschismus*, reicht aber darüber hinaus.

Ausgangspunkt für den Rassismus, der nicht angeboren ist, sondern ein Produkt gesellschaftlicher Sozialisation, der Erziehung und politischer Einwirkungen verkörpert, ist in der Regel ein Denken in den Kategorien der Überlegenheit solcher fiktiven Größen wie des eigenen Volkes und der Nation. Daraus wird die Berechtigung abgeleitet, Menschen andere Herkunft, Hautfarbe und Überzeugungen die individuellen Menschen- und Bürgerrechte, die Rechte auf eine eigene Persönlichkeit mit eigenen Begabungen und Interessen abzusprechen. Alles und jedes Anderssein wird negativ abgewertet und als Gefahr betrachtet. Dabei wird, was Ältere an rassistisch-völkischen Ressentiments nur hinter vorgehaltener Hand oder an Stammtischen äußern, von einem Teil der Jugend für bare Münze genommen und bei rassistisch motivierten Gewaltakten in die Tat umgesetzt.

Nach jüngeren Erkenntnisse des Verfassungsschutzes in der Bundesrepublik richtet sich solche Gewalt nicht mehr nur weitgehend gegen Asylbewerber, sondern gegen alle, die nach Meinung dieser Rassisten nicht „deutsch“ wirken.

Rassismus gibt es aber nicht nur auf dieser Ebene, sondern in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Hervorzuheben sind hierbei insbesondere

- der *strukturelle Rassismus* in allen staatlichen Bereichen. Nach dem bis 1999 in der Bundesrepublik geltenden Staatsbürgerschaftsgesetz von 1913 bestimmten nicht wie in den meisten EU-Ländern das territoriale Prinzip (Jus soli), d. h. wo man geboren wurde, die Zuerkennung der Staatsbürgerschaft, sondern die blutmäßige Abstammung (Jus sanguinis). In Deutschland konnten und mussten Ausländer über Generationen Ausländer, Fremde bleiben. In der aktuellen Praxis vieler Behörden werden nicht selten die für den Umgang mit Ausländern beschlossenen Gesetze und Verordnungen zum Beispiel bei der Gewährung von Asyl oder von Aufenthaltsgenehmigungen für Ausländer sehr restriktiv angewandt. Oftmals ist das auch mit Schikanen und Willkür verbunden.

Rassismus äußert sich aber auch darin, wenn in Kommunen unter dem Vorwand, das Image des Gemeinwesens zu schützen, rassistische Vorkommnisse und Gewalt in der Gemeinde vertuscht, bagatellisiert oder darauf lediglich mit formellen Betroffenheitsritualen reagiert wird.

Schließlich ist hier des weiteren auf die Anfang der 90er Jahren von konservativen Kreisen ausgelöste Debatte über das Asylrecht in der Bundesrepublik Deutschland und die im Herbst 1998 begonnene Unterschriftensammlung der CDU/CSU gegen die Zuerkennung einer doppelten Staatsbürgerschaft für in der Bundesrepublik schon länger lebende Ausländer zu verweisen, die viel zur Stimulierung rassistischer Stimmungen beigetragen haben. Das trifft auch auf Anordnungen des Bundesgrenzschutzes zu, die Taxifahrern in Grenzregionen unter Androhung drastischer Strafen und entgegen der Beförderungsverordnung verbieten, ihnen nicht bekannte Ausländer zu transportieren;

- der *über Medien verbreitete Rassismus*. Trotz vieler Proteste werden immer wieder irreführende und auf einseitig interpretierten Fakten beruhende Berichte veröffentlicht. Vor allem viele die Gewalt verherrlichende TV-Sendungen reizen Jugendliche häufig zur Nachahmung bei den Schwächsten und Benachteiligsten der Gesellschaft an;
- der *intellektuelle und theoretisierende Rassismus*, der in der Bundesrepublik noch weit verbreitet ist und eine pseudowissenschaftliche Begründung für dieses anti-humanistische Denken und Treiben liefert. Das betrifft vor allem folgende Theorien und deren Apologeten: den rassistischen *Biologismus*, der bei einer weitestgehenden Ignorierung des Menschen als ein soziales Wesen davon ausgeht, dass Intelligenz, Werte und Charakter eines Menschen, sein soziales und kulturelles Verhalten vornehmlich genetisch, durch die ans Blut gebundenen Erbanlagen bestimmt werden. Diese Betrachtungsweise wird auch auf ganze Völker oder größere Menschengruppen übertragen. Nach Ansicht dieser Ideologen sei der Mensch primär ein biologisches Geschöpf, ein Teil des Tierreiches und müsse nach den Erkenntnissen der Zoologie beurteilt werden. Die Konsequenz eines solchen Denkens ist, dass es höher- und minderwertigere Menschen und Menschenrassen gibt und eine universelle Gleichheit aller Menschen dem Naturrecht widerspreche. Von daher warnen rassistisch orientierte Humanbiologen und ihre rechtsextremen Nachbeter vor einer „Rassenvermischung“,

die den „deutschen Volkscharakter“ gefährden würde. Mit den Argumenten solcher Rassisten könnte auch das Klonen von Menschen zur Rettung „höherwertiger Menschen“, zum Erhalt ihrer Rasse, gerechtfertigt werden; den *Sozialdarwinismus* mit seinen antihumanistischen und asozialen Thesen vom Recht des Stärkeren und der Existenz von Herrenrassen. Dazu gehören auch die Vertreter einer *rassistischen Eugenik*, die für eine Ausmerzung „unwerten Lebens“ eintreten, was vor allem gegen behinderte Menschen gerichtet ist.

Da der Begriff des Rassismus selbst von einem Teil seiner intellektuellen Anhänger als zu negativ angesehen wird, erfanden sie zur Umschreibung die Wortschöpfungen *Ethnopluralismus*, was inhaltlich nichts weiter als eine Rechtfertigung der rassistischen Apartheid ist, oder den des *Kulturalismus*, der von der Existenz höher- und minderwertiger Kulturen und deren Unvereinbarkeit ausgeht. Trotz der verbalen Distanzierung der Vertreter eines solchen *Kulturalismus* gegenüber dem Rassismus führt dieser in der Konsequenz zu den gleichen Ergebnissen wie der gewöhnliche Rassismus. Alle diese rassistischen Begründungen von der Unterschiedlichkeit von Menschen bzw. größerer Menschengruppen „sind wissenschaftlich nicht haltbar und blanker Unsinn“ (Burkhard Schröder). Es gibt kein spezifisch deutsches, arisches, chinesisches oder afrikanisches Blut. Aber diese Erkenntnisse haben sich noch nicht überall durchgesetzt. Auch bei Vertretern antirassistischer Positionen gibt es nicht selten eine Scheu vor der Verwendung des wissenschaftlich einwandfreien Begriffes des Rassismus. Vielfach wird diese zutreffende Charakterisierung antihumanistischer Denk- und Handlungsweisen als angeblich „linker Kampfbegriff“ abgewertet und abgelehnt. Von solchen Kreisen wird daher jetzt mit Vorliebe der von dem rechtskonservativen Verhaltenspsychologen und Vordenker der Neuen Rechten Konrad Lorenz (1903-1989) für seine Tierexperimente erfundene und schwer verständliche Begriff Xenophobie aufgegriffen und auf die menschliche Gesellschaft übertragen.

Ausländer- bzw. Fremdenfeindlichkeit

Beide Begriffe werden unter Vermeidung der genaueren Bezeichnung > *Rassismus* in den Medien und von Politikern oft gebraucht, um unterschiedliche Stufen rassistischer Denk- und Verhaltensweisen, vor allem rassistische Gewaltakte, zu charakterisieren. Dabei sind beide Formulierung recht ungenau. Es gibt zum einen in der Bundesrepublik Deutschland und anderen westlichen Staaten keine generelle Feindschaft gegenüber Ausländern bzw. Fremden; zum anderen ist der „Fremde“ nicht immer ein Ausländer. Während das Verhältnis zu Fremden schon in der Bibel eine Rolle spielt, entstand der Begriff Ausländerfeindlichkeit in der BRD erst in den 60er Jahren zur Umschreibung der Ressentiments in der Bevölkerung gegenüber den massenhaft staatlich angeworbenen „Gastarbeitern“ aus Italien, Portugal, Jugoslawien, der Türkei und anderen Ländern.

Fremdenfeindlichkeit ist im allgemeinen Verständnis eine Erscheinungsform von Regionalismus, Provinzialismus, aber auch von > *Nationalismus* und > *Rassismus*. Als Fremde gelten dabei nicht nur Ausländer, sondern auch Menschen aus anderen deutschen Regionen (z. B. Preußen in Bayern), Linke, Juden, usw.; überhaupt alle, die besonders in Kleinstädten und Dörfern als Belastung, Störung und Bedrohung der eige-

nen Idylle empfunden werden. Vorurteile gegen Fremde können sich dabei bis zum Hass und zur Gewaltanwendung steigern und sind dann nicht selten eine „Einstiegsdroge“ in den Rechtsextremismus.

Der Begriff Ausländerfeindlichkeit ist deshalb vor allem unpräzise, weil eine solche Feindschaft nicht alle Ausländer trifft, sondern selektiv nur die „unerwünschten Ausländer“. Zudem ist dieser Begriff zumeist nur auf Individuen bezogen, wobei der strukturelle Rassismus in Staat und Gesellschaft ausgeklammert wird. Zu den „guten“ und erwünschten Ausländern werden in der Regel Investoren, Kunden oder Touristen gerechnet, von denen man Vorteile erwartet und eigenen Nutzen erhofft. Zu den „unerwünschten“ Ausländern, denen man mit massiven Vorurteilen und Aversionen begegnet, gehören in der Regel alle Asylbewerber, alle andersfarbigen Menschen, aber auch Europäer aus romanischen und osteuropäischen Ländern. Eine solche Ablehnung trifft aber auch dunkelhäutige Deutsche. In solchen Ausländern sehen rassistisch gesinnte Bundesbürger keine Mitbürger, sondern „Gäste“, die möglichst bald wieder in ihre Herkunftsländer verschwinden sollten. Mit Argumenten unseriöser Wissenschaftler und Publizisten wird solchen Menschen unterstellt, sie seien schon genetisch nicht zu einem geordneten und friedlichen Leben fähig; sie wären kriminell, faul, dreckig und belasteten als Schmarotzer den Steuerzahler.

Ausländerfeindlichkeit wird aber auch von solchen Unternehmen – besonders im Baugewerbe – gefördert, die für ihre Profite oft nur weit unterbezahlte ausländische Arbeiter einstellen und damit einheimische Arbeiter ausgrenzen. Die so bei Arbeitslosen erzeugten ausländerfeindlichen Stimmungen suchen vielfach, ohne über die tieferen Ursachen ihrer Situation nachzudenken, im ausländischen Kollegen den Prügelknaben. Derartige Gefühlslagen werden schnell von allen rechtsextremistischen Parteien aufgegriffen, was dann in der nationalistischen Parole wie „Arbeit zuerst für Deutsche“ Ausdruck findet.

Antisemitismus

Antisemitismus ist eine der widerwärtigsten Erscheinungsform des Rassismus, der in der Bundesrepublik Deutschland von subjektiven Aversionen, grotesken Unterstellungen, Anschlägen und Verwüstungen gegen Synagogen und auf jüdischen Friedhöfen bis zu Morddrohungen und Terroranschlägen reicht. Antisemitismus begegnet uns aber auch in vielen Stereotypen des Alltagslebens. Die Verfolgung von Juden reicht auf deutschem Gebiet weit zurück und ist zumindest seit der Ermordung hunderter von Juden in Mainz, Worms, Speyer und Umgebung 1096 durch Deutsche Kreuzritter nachweisbar. Die Verfolgung der Juden erfolgte damals insbesondere unter der Beschuldigung, dass sie am Tod von Jesus mitschuldig seien. Juden wurde über Hunderte von Jahren verboten, handwerkliche Berufe auszuüben. Sie wurden damit in Nischen und Ghettos, in kommerzielle und intellektuelle Bereiche abgedrängt, wo sie ihren Lebensunterhalt sichern mussten.

Der religiös begründete Anti-Judaismus wurde nach der Niederlage der demokratischen Revolution von 1848/49 in Deutschland zunehmend durch einen politisch-ideologischen Antisemitismus ersetzt, der den Juden ihre mit der deutschen unvereinbaren „Rasse“ vorwarf. Im deutschen Kaiserreich entstanden danach eine ganze Anzahl anti-

semitischer Parteien, die auch mit Abgeordneten im Reichstag vertreten waren. Solche den damaligen Zeitgeist mitbestimmenden Organisationen wie der nationalkonservative „Alldeutsche Verband“ oder der „Verband der Vereine deutscher Studenten“ verweigerten Juden grundsätzlich die Mitgliedschaft. Nach dem Ersten Weltkrieg steigerte sich der Antisemitismus zu einer regelrechten Mordhetze gegen jüdische Persönlichkeiten, denen unter anderem Rosa Luxemburg, der bayrische Ministerpräsident Kurt Eisner, der Zentrumsolitiker Matthias Erzberger oder Walter Rathenau, Außenminister der Weimarer Republik, zum Opfer fielen. Absoluter Gipfelpunkt dieser antisemitischen Mordpolitik waren in der Nazi-Zeit die antijüdischen Pogrome am 9. November 1938 und der Holocaust an den europäischen Juden.

Nach 1945 war in beiden deutschen Staaten in Kenntnis der Verbrechen von Auschwitz Antisemitismus in der öffentlichen Meinung weitgehend geächtet. Nach Meinung des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden in Deutschland, Ignaz Bubis, war eine solche Auffassung in der DDR stärker „als in der alten Bundesrepublik“ (Berliner Zeitung, Berlin, 21./22.11.1998) vertreten. In dem gleichen Interview informierte Ignaz Bubis auch darüber, dass es im heutigen Deutschland nach vorliegenden Studien im Denken bei etwa 15 Prozent der bundesrepublikanischen Bevölkerung einen manifesten und bei weiteren 15 Prozent einen latenten Antisemitismus gibt. In solchen Kreisen, die bis in die Mitte der Gesellschaft reichen, werden die Juden als verschlagen, betrügerisch und hinterhältig beurteilt, die ihre Integration in die deutsche Gesellschaft zu einer „zionistischen Unterwanderung von Wirtschaft, Staat und Kultur“ missbrauchen. Weiterhin wird ihnen vorgehalten, sie wollten keinen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen und die Bundesrepublik finanziell weiter erpressen. Aus solchen Milieus kommen auch die Verfechter der abscheulichsten Variante des Antisemitismus, der Auschwitz-Lüge, die den Völkermord des faschistischen Hitler-Regimes am jüdischen Volk verharmlost und leugnet.

Nationalismus

Der Nationalismus als manifester Gegenpol zum Internationalismus betrachtet die eigene Nation stets höherwertiger als alle anderen Völker und Nationalitäten, er idealisiert die eigene Nation als etwas Einmaliges und Besonderes. Die zumeist nur fiktiven Interessen der eigenen Nation – die eigentlichen ökonomischen und politischen Hintergründe bleiben gewöhnlich verdeckt – werden zum alleinigen Maßstab politischen Handelns. Bei einer einseitigen und oft zweifelhaften Geschichtsauslegung und einer verzerrten Betrachtung der eigenen nationalen Kultur werden den Deutschen Werte, Tugenden, Charaktereigenschaften und Leistungen zugeschrieben, die andere Völker angeblich nicht haben und die daher Vorbild für alle anderen Völker und nationalen Gemeinschaften sind. Nationalismus als eine internationale Erscheinung ist an keine Staats- und Gesellschaftsordnung gebunden und in vielen Regionen unseres Erdballs vorhanden.

Innenpolitisch ist der Nationalismus stets mit antidemokratischen und antiliberalen Tendenzen verbunden und dient zur manipulativen Ablenkung von inneren Widersprüche und Krisen. Innere Probleme werden in der Regel auf Fremdeinwirkungen zurückgeführt. Außenpolitisch kennzeichnen den Nationalismus ein arrogantes bis aggressives

Verhalten gegenüber anderen Völkern und Staaten. Zugleich wurde in der Geschichte der Nationalismus oft genutzt, um die Vorbereitung und Auslösung von Kriegen zu rechtfertigen.

Die extremste Form des Nationalismus ist der Chauvinismus, der sich durchweg verächtlich, aggressiv und rassistisch gegenüber Minderheiten im eigenen Land und gegenüber anderen Völkern verhält. Dieser übersteigerte Nationalismus ist bei allen großen Staatsvölkern anzutreffen.

Den politisch und ökonomisch Herrschenden diente der Nationalismus stets als eine unabhängig von sozialen Klassen, Konfessionen und regionaler Herkunft angewandte Integrationsideologie, um große Menschengruppen für die Durchsetzung ihrer Ziele zu mobilisieren. Obwohl diese Eliten fast durchweg die Initiatoren des Nationalismus sind, findet dieser bei vielen gesellschaftlich Benachteiligten und von Angst vor der Zukunft Betroffenen Widerhall, die auf diesem Wege hoffen, aus ihrem Dilemma heraus zu kommen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war in der westlichen Welt das Denken in nationalen und ethnischen Kategorien rückläufig. Seit den 70er Jahren bemühen sich neokonservative Kreise jedoch wieder stärker, den Nationalismus zu beleben, um ihre nationalspezifischen Interessen im fortschreitenden Prozess der Globalisierung von Wirtschaft und Kultur zum Tragen zu bringen. Andererseits weckt dieser Globalisierungsprozess bei vielen Menschen (Mittelstand, Bauern, aber auch Arbeitern und Angestellten) Verunsicherungen und Ängste, die sich nicht selten in nationalistischen Stimmungen äußern. Psychologisch handelt es sich um Ängste vor einem sozialen Abstieg und um die Verteidigung eines überblickbaren Raums gegen die Unwägbarkeiten des Globalen. Vertreter der nationalistischen Kreise in Deutschland wenden sich gegen alle supranationalen Institutionen, gegen die europäische Integration und gegen die Aufgabe der Deutschen Mark zugunsten des EURO.

Nationalismus äußert sich gleichfalls im Streben verantwortlicher politischer Kreise, für die deutsche Bundesrepublik im Schatten der USA wieder die Rolle einer Großmacht durchzusetzen, um dann vor allem im europäischen Raum eine dominierende Funktion auszuüben. Ignaz Bubis wies 1998 darauf hin, dass sich in der Bundesrepublik Deutschland „in intellektuellen Kreisen ein Nationalismus breit macht, der nicht frei ist von antisemitischen Zügen“ (Berliner Zeitung, Berlin, 21./22.11.1998).

Vertreter aller Varianten des Rechtsextremismus sehen im Nationalismus insbesondere das geeignete politisch-ideologische Instrumentarium in ihrem Kampf gegen eine „Überfremdung“ Deutschlands und gegen eine multikulturelle Gesellschaft in diesem Land, im Kampf um die „Reinheit der Rasse“ sowie zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 bzw. 1914. Für diese extremen Rechten sind die neuen Bundesländer auch nicht Ost-, sondern Mitteldeutschland. In Rahmen einer solchen Strategie propagiert seit einiger Zeit ein Teil der Rechtsextremen einen so genannten „Befreiungsnationalismus“, bei dem alle westlichen Werte abgelehnt werden und man besonders die Einflüsse der US-Kultur auf die Bundesrepublik Deutschland und Europa überwinden will. Längerfristig möchte man sich von den Prinzipien der Aufklärung und den Ideen der von der französischen Revolution 1789 verkündeten Menschenrechte befreien.

Einige andere intellektuelle Anhänger der Neuen Rechten, die im Netzwerk der Europäischen Synergien zusammenwirken, verfolgen gegenüber dem bisher Dargelegten eine andere Strategie. Für sie ist angesichts der fortschreitenden europäischen Integration der Nationalstaat historisch überlebt und kein Thema mehr. Ihr erstrebenswertes Ideal ist eine modifizierte Neuauflage des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation oder des Imperium Romanum.

Nationalismus in jeglicher Form hat sich im 20. Jahrhundert als ein historischer Irrweg erwiesen. Es gibt keinen „guten“ oder „legitimen“ Nationalismus. Die auf solcher Grundlage geführten Befreiungskämpfe unterdrückter Völker und Nationalitäten dienten fast durchweg nicht dem zivilisatorischen Fortschritt und der Herstellung demokratischer Verhältnisse, sondern hatten in der Regel nur eine veränderte Form der Unterdrückung zur Folge. Die Ablehnung jeglichen Nationalismus bedeutet jedoch nicht, unterdrückten Völkern und Nationalitäten das Recht des Kampfes für ihre elementaren Lebensinteressen und für den gesellschaftlichen Fortschritt abzuspochen – aber eben auf anderen geistigen Grundlagen.

Militarismus

Militarismus ist eine von militärischen Prinzipien bestimmte Ideologie sowie Denk- und Handlungsweise.

Es gibt eine Überbetonung aller soldatischen bzw. militärischen Traditionen und Werte. Militarismus beinhaltet nicht nur das Vorhandensein und die Rechtfertigung stehender Heere in Gestalt von Berufs- oder Wehrpflichtigen-Armeen, von Rüstungsproduktion, von Pflege militaristischer Traditionen bis hinein in die Schulen und eine Ambition zur Androhung und Anwendung militärischer Gewalt zur Lösung internationaler sozialer und politischer Probleme, sondern verkörpert noch mehr eine allgemeine Denkweise in den Kategorien des Militärischen, ein Eindringen militaristischer Tendenzen in alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens. Das Vorhandensein von Militarismus setzt nicht voraus, dass hohe Militärs die entscheidenden Regierungsfunktionen bekleiden. Die Vertreter des modernen Militär-Industrie-Komplexes setzen ihre Macht und Ziele über die Köpfe der Parlamentarier weitgehend mit subtileren Methoden durch.

Elemente des Militarismus gab es aber bereits schon in der Antike. Der heute gebräuchliche Begriff des Militarismus entstand in Mitteleuropa nach der Niederlage der demokratischen Revolution von 1848/49 und verkörperte von Anfang an eine antidemokratische gesellschaftliche Tendenz. Der Hang zum Militarismus ist allen Staaten unabhängig ihrer gesellschaftlichen Verfassung eigen. Durch die in allen Armeen typischen hierarchischen Strukturen von Autoritarismus, von Befehl, bedingungsloser Unterordnung und Gehorsam ist hier immer eine Ambivalenz zu rechtsextremen Verhaltens- und Denkweisen gegeben.

Die radikalste Variante des Militarismus ist die offene oder verdeckte Militärdiktatur mit dem Einsatz des Militärs zur gewaltsamen Bewältigung gesellschaftlicher Widersprüche nach innen und außen.

Ein am Militarismus orientiertes Denken und Handeln gibt es in allen rechtsextremistischen Gruppen. Das reicht von der Verherrlichung militärischer Traditionen, dem Be-

jahren der militärischen Disziplin, der Praktizierung militärischer Demonstrationsformen bis zu vielfältigen wehrsportlichen Übungen. Nicht wenige extreme Rechte sind Waffennarren. Ideologisches Vor- und Leitbild, insbesondere bei Neuen Rechten, ist unter anderem Oswald Spengler, der 1924 in seinem Buch „Preußentum und Sozialismus“ schrieb: „Ideen, die Blut geworden sind, fordern Blut. Krieg ist die ewige Form höheren menschlichen Daseins, und Staaten sind um des Krieges willen da.“ (S. 53)

Geschichtsrevisionismus

Der extrem rechte Geschichtsrevisionismus ist ein nationales wie internationales geistig-politisches Konzept, das alle Rechtsextremisten verbindet und bis weit ins intellektuelle Lager des Konservatismus hineinreicht. Wesen und Vorgehensweise bestehen in einer Relativierung, Verharmlosung, Leugnung, aber auch in einer Rechtfertigung der Verbrechen des deutschen und internationalen Faschismus. Unter Verwischung der wirklichen Ursachen, mit einer einseitigen Interpretation von Fakten, einer Ignorierung zwingender Zusammenhänge und falschen Zahlen erfolgt mit oft dilettantischen Argumenten eine Umdeutung, Beschönigung und Entkriminalisierung der Zeit des Hitler-Regimes. Diese Entsorgung der faschistischen Vergangenheit erfolgt nicht selten in Tönen, die an die nazistische Kriegspropaganda erinnern. Fast durchweg wird die Geschichte des 20. Jahrhunderts so dargestellt, dass am Ende die Deutschen nie Täter, sondern fast immer die Opfer waren. Zum einen sollen durch eine Historisierung der Zeit von 1933 bis 1945 die Machtallüren und Verbrechen des deutschen Hitler-Regimes in die Annalen der Geschichtsbücher verdrängt und das Trauma des Faschismus überwunden und zum anderen dem Streben der politischen Klasse nach einem Großmachtstatus alle belastenden Steine aus dem Weg geräumt werden.

Die intellektuellen Vertreter des bundesdeutschen Geschichtsrevisionismus reichen unter anderem von dem SS-Mann Thies Christophersen, Verfasser des rechtsextremen Pamphlets „Die Auschwitz-Lüge“, über den neonazistischen Intellektuellen Udo Walendy und den einstigen Hamburger Richter Wilhelm Stäglich bis zu solchen emeritierten Hochschulprofessoren wie Hellmut Diwald, Ernst Nolte und Werner Maase. Die Hauptlinie bei der „Revision“ des bundesdeutschen Geschichtsbildes, das nach ihrer Meinung von Linken, Liberalen und ausländischen Emissären bestimmt wird, bestehen in folgenden eigenartigen Behauptungen und Vorgehensweisen:

- Deutschland trage keine Schuld am Ausbruch des Ersten und Zweiten Weltkrieges.
- Weitgehendes Verschweigen des Anteils der deutschen Wirtschaft, Banken, Generalität und des Konservatismus, der geistig-politischen Eliten bei der Vorbereitung, Installation und an den Praktiken der Regierungsmacht des deutschen Faschismus.
- Nach E. Nolte war der deutsche Faschismus nur eine Reaktion auf die innere und äußere Bedrohung Deutschlands durch den Bolschewismus. Die Unfreiheit in Europa habe nicht 1922 in Italien oder 1933 in Deutschland begonnen, sondern 1917 mit der russischen Oktoberrevolution. Zudem sei „der Archipel Gulag ursprünglicher als Auschwitz“.
- Das Hitler-Regime habe viele positive Seiten gehabt; es vollbrachte damals ein Wirtschaftswunder und schuf einen vorbildlichen Sozialstaat.

- Der faschistische Überfall 1941 auf die Sowjetunion war ein Präventivschlag, um einem Angriff Stalins zuvorzukommen. Es war damit keine Aggression, sondern ein berechtigter Gegenangriff.
- Infragestellung bis Leugnung der faschistischen Massenvernichtung der europäischen Juden (Auschwitz-Lüge). Ein Holocaust fand nicht statt und ist eine jüdische Legende zur finanziellen Erpressung der deutschen Bundesrepublik.
- Aufrechnung der Verbrechen des Faschismus mit denen der Alliierten. Auschwitz wird z. B. mit der Zerstörung von Dresden gleichgesetzt.
- Mit dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal wurde „ein ganzer europäischer Lebensentwurf vom Bolschewismus und den USA“ verurteilt.
- Ablehnung der Nachkriegsentwicklung im Westen Deutschlands, vor allem der Orientierung auf die westlichen Werte. Die betriebene Vergangenheitsbewältigung sei eine „antideutsche Umerziehung“.
- Verfälschung der Geschichte der DDR im Sinne der Delegitimierung der DDR und des Antifaschismus.

Im Zusammenhang mit der Apologie des deutschen Faschismus durch universitäre Historiker kam es 1986/87 in der alten BRD zu einem Historikerstreit, in dessen Gefolge rechtsextremistisches Denken in mannigfacher Form enttabuisiert wurde. Heute reicht das bis zu der offen vorgetragenen Forderung, den extremen Rechten in der Bundesrepublik ungeachtet ihrer vielfältigen faschistischen Verbrechen in unserem Jahrhundert ein ungehindertes Rede- und Demonstrationsrecht einzuräumen. Das wird mit den Worten begründet: „Die Freiheit des Andersdenkenden kann kein Privileg der Linken sein.“ (Christian Rath in Till Müller-Heidelberg u. a./Hg.: Grundrechte-Report 1999, Reinbek bei Hamburg 1999). Von den extremen Rechten wird eine solche Forderung jedoch gegenüber anderen nicht akzeptiert. Das beweisen ihre vielen verbalen und terroristischen Angriffe gegen die Wanderausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung „Vernichtungskrieg – Die Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“.

Zur Verbreitung ihrer Ansichten verfügen die Geschichtsrevisionisten national und international über eine ausgebaute Logistik und Infrastruktur. Das reicht vom US-amerikanischen Institute of Historical Review in Kalifornien über ähnliche Einrichtungen in Großbritannien und Belgien bis zur „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ (ZFI), dessen Leiter Alfred Schickel sogar mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt wurde. Ein geistiges und kommunikatives Zentrum der Geschichtsrevisionisten in der Bundesrepublik Deutschland ist des weiteren die rechtsextremistische „Gesellschaft für Freie Publizistik“ (GFP). Hinzu kommen nach Angaben des Verfassungsschutzes von 1998 noch 106 Zeitungen und Zeitschriften sowie 44 rechtsextremistische Verlage und Vertriebe, die die Materialien der Geschichtsrevisionisten publizieren und vertreiben.

Die extremen Rechten aller Couleur betrachten den Geschichtsrevisionismus, seine öffentliche Verbreitung und Diskussion als ein wichtiges Instrument zur Beeinflussung des Zeitgeistes und zur allmählichen Durchsetzung ihrer kulturellen Hegemonie.

Studie über Erkenntnisse der Kriminalpolizei zu neofaschistischen Aktivitäten in der DDR

Materialien einer Arbeitsgruppe im Ministerium des Inneren der DDR vom November 1989 (am 28. Dezember 1989 bei einem Pressegespräch den Medienvertretern übergeben)

1. Materialquellen und Analysemethoden

Auswertung der Akten von 50 Strafverfahren aus dem Zeitraum 1987 bis 1989:

- 32 Verfahren aus Berlin, Hauptstadt der DDR,
- 6 Verfahren aus dem Bezirk Potsdam,
- 4 Verfahren aus dem Bezirk Dresden,
- 3 Verfahren aus dem Bezirk Magdeburg,
- 3 Verfahren aus dem Bezirk Erfurt,
- 1 Verfahren aus dem Bezirk Frankfurt/Oder,
- 1 Verfahren aus dem Bezirk Cottbus.

Analytisch aufgearbeitet wurden:

- Beschuldigtenvernehmungen,
- Zeugenvernehmungen,
- sonstige Befragungen,
- Protokolle über Wohnungsdurchsuchungen,
- Beurteilungen, ausgefertigt von Arbeitskollektiven, zuständigen Leitern aus Schulen, Berufsschulen, Jugendhilfe,
- Niederschriften über Kollektivdiskussionen zur Straftat,
- Schlussberichte zum Ermittlungsverfahren,
- Verhandlungsprotokolle,
- schriftliche Erklärungen von Beschuldigten.

Diese Unterlagen ermöglichten eine Analyse mit einer anonymen Personengesamtheit von 596 Personen, die jedoch nicht alle rechtskräftig verurteilt wurden.

Alle waren jedoch einbezogen in Ermittlungsverfahren gemäß Verstoß gegen die Paragraphen 215/216 StGB in Tateinheit mit Paragraph 220 (3) StGB.

Außerdem wurden analytisch aufgearbeitet:

- 1 238 Niederschriften über Befragungen von Beschuldigten und Zeugen weiterer Verfahren im Zeitraum Oktober 1987 bis November 1989,
- 560 Niederschriften sonstiger Befragungen.

Weitere Quellen:

- Briefe, Zeichnungen, Tonträger, Notizen, Kontaktpersonenverzeichnisse von Beschuldigten, die direkt im Zusammenhang mit der Straftat standen;
- 430 Kurzbiographien von Beschuldigten, bei strikter Wahrung der Anonymität der Person.

Analysemethoden

- a) Vergleichende Analyse zur Begehungsweise der ermittelten Straftat.
- b) Analyse der Probandengesamtheit nach
 - Struktur des Lebensalters,
 - Qualifikation und Bildung,
 - Anteilen von Männern und Frauen,
 - sozialer Position der Eltern.
- c) Analytische Bearbeitung einschlägiger Vorstrafen mit dem Ziel, territoriale Vergleiche (zwischen den Bezirken der DDR) ziehen zu können über:
 - Einstiegsalter und seine Veränderungen von 1983 bis 1988,
 - Art der Vorstrafe (Paragrafen) bei Einstieg,
 - Zusammenhänge zwischen Qualifikation und Einstiegsalter vorliegender Ausreiseträge.
- d) Alltagslebensrhythmus der Probandengesamtheit hinsichtlich
 - Zeitaufwand für Kontakte mit der Gruppierung innerhalb einer Woche,
 - Art der Treffpunkte,
 - Art der Beschäftigung innerhalb der Gruppierung,
 - Frequentierung der Treffpunkte,
 - Funktion von Wohnungen in den Aktivitäten der Gruppierungen.
- e) Kontakthäufigkeiten und räumliche Entfernung zwischen Kontaktpersonen.
- f) Feststellen des Zeitraumes zwischen erster Kontaktaufnahme und festem Anschluss an eine Gruppe.
- g) Vergleich von Argumentation, wiederkehrenden Termini, Ritualen und Kommunikationsgewohnheiten.

2. Die Funktion der kleinen informellen Gruppe

Jugendliche und Jungerwachsene finden sich in der DDR seit Jahren in informellen Gruppen zusammen, um sich jenseits der Programme staatlicher und gesellschaftlicher Organisationen eigene Freizeitprofile schaffen zu können. Zwischen den verschiedenen Strömungen und Richtungen in diesen informellen Gruppen existieren sowohl Übergänge als auch schroffe Abgrenzungen. Die Kombination von Musik und Mode ergab äußere (habituelle) Merkmale, durch die sich Anhänger verschiedener Richtungen voneinander absetzen.

In diesem vielfarbigem Gesamtspektrum befinden sich auch Richtungen, die sich tendenziell auf eine Ideologierelevanz in ihrem Profil hinbewegen, um mehr als nur Musik und Mode zu Attributen der Freizeitgestaltung machen zu können.

Das aktivierende Moment für eine Hinwenden zu ideologierelevanten Profilen findet

sich im allgemeinen (in) unspezifischen gesellschaftlichen Alltagsbedingungen und nicht in spezifisch vorbelasteten Bedingungskomplexen. Schüler, Lehrlinge und junge Facharbeiter erlebten selbst und beobachteten bei anderen, dass ehrliche Anstrengungen beim Lernen und im Beruf kaum eine Garantie für soziales Ansehen und zum Erwerb materieller Güter bilden. Auseinandersetzungen mit älteren Bürgern – sowohl in Schule und Arbeitsstätten als auch im Familien- und Bekanntenkreis – zu daraus erwachsenden Fragen und kritischen Positionen finden kaum statt. Bevorzugte Reaktionsmuster waren Beschwichtigungsversuche und Heuchelei, die bis Oktober 1989 durch die Berichterstattung der Medien noch eine Steigerung erfuhren.

Diese Reaktionsmuster wirkten als Verstärker der sich artikulierenden Protesthaltung. In diesen Protest ist die Suche nach Idealen und lebendigen Vorbildern integriert. Das vergebliche Suchen erzeugt Bereitschaft, fast jedes Ersatzangebot zu akzeptieren, wenn es die Bedingung erfüllt, konträr zu kritisierten gesellschaftlichen Realität zu liegen. Anhänger des Punks „stiegen aus“ mit „Null-Bock-Programm“ und der Losung „Mach kaputt, was Dich kaputt macht“; Gruftis flüchteten in irrationale Sphären und fanden bei gemeinsamen Musikerlebnissen das lang vermisste Gefühl intensiver sozialer Beziehungen unter Gleichgesinnten.

Insgesamt bot sich noch bis 1986 ein verzweigtes und diffuses Strukturbild dar, in dem auch Fussball-Randale und Skinhead-Gruppierungen ihren Platz hatten.

Die Beziehungen innerhalb der einzelnen Gruppierungen beruhen auf personellen Bekanntschaften, also auf Direktkontakten zwischen Personen, vermittelt durch ein fixiertes Minimum an gemeinsamen Interessen.

Alle in der Skizze dargestellten Hauptrichtungen unterscheiden sich in der Art und Weise der Kontaktgestaltung und in den Inhalten ihrer profileigenen Interessen. Skinhead-Gruppierungen haben bereits seit 1985/86 die am besten entwickelten Organisationselemente, aber nur ein Teil der Anhänger ist in stabile informelle Gruppen eingebunden. Bei stabilen Gruppen stehen die Mitglieder als Personen fest, Treffen folgen einem Regelsystem, Anschlussuchende werden erst nach Erfüllen bestimmter Bedingungen in den engeren Kreis aufgenommen.

Stabile informelle Gruppen durchlaufen einen Entwicklungsprozess mit mehreren Stadien; einige dieser Gruppen lösten sich auch während dieses Prozesses auf. Dazu die folgenden Auszüge aus Äußerungen von Probanden:

+ *S/Berlin*: „Zum Kern der Gruppe gehören eigentlich alle. Es war nur einmal so, dass sich in Gaststätten noch andere Personen zu uns gesellten, irgendwelche Sympathisanten der Skinheads, die aber weiter keine Rolle spielen. Ich habe mich auch nicht um solche Leute gekümmert.“

+ *B/Berlin*: „In Karl-Marx-Stadt war ich Stino, hier in Berlin zuerst Heavy metal, dann Skin. Das Zusammengehörigkeitsgefühl unter uns ist stark. Wir sind wie eine Familie. Alle halten zusammen. Bei den Skins habe ich Halt und Unterstützung gefunden. Jeder hilft jedem.“

+ *A/Potsdam*: „Derzeit bin ich dabei, mich einer Gruppe Skinheads anzuschließen. Wenn ich aufgenommen werden will, muss ich härter rangehen an die Sache und nicht soviel Geld ausgeben. Härter rangehen heißt, sich nicht alles gefallen lassen und eher mal zuschlagen.“

+ *S/Berlin*: „Ich selbst habe zwei mal vergeblich versucht, Kontakt zu den Skins aus A in der Gaststätte K. aufzunehmen, wozu es aber nicht kam, da sie mich als Fremden nicht akzeptierten.“

+ *M/Dresden*: „Lediglich bei den Treffs bei G. fühlte sich Z. sozusagen als Führer und H. als sein Stellvertreter Heidrich. Sie gaben uns auch irgendwelche Befehle, wenn wir mal was sagten. Wir hatten dort praktisch nichts zu sagen. Wenn W. oder ich nicht das machten, was sie sagten, dann schrieb G. auf der Schreibmaschine Befehle, womit wir degradiert wurden.“

+ *B/Frankfurt(O.)*: „Etwa drei von diesen Kinderskins haben sich mit uns unterhalten. Von diesen dreien wurde zum Ausdruck gebracht, dass sie auch richtige Skins werden wollen. Irgend jemand von uns ging zu den drei Kinderskins und sagte, sie können mitkommen, um sich zu beweisen. Die Kinderskins, etwa 17 Jahre alt, wußten worum es ging. Wie wären aber auch ohne diese Kinderskins an diesem Abend zu diesem Funker gegangen.“

Die Art und Weise der Kontaktherstellung hat Einfluss auf das Gruppenleben.

Die Analyse beweist:

- dass Kontakte zwischen Mitgliedern einer Gruppe in Skinhead-Profilen immer auf länger währenden persönlichen Bekanntschaften beruhen,
- Kontakte aus gemeinsamer Schulzeit in der POS bei gleichem Wohngebiet werden nach Abschluss der allgemeinbildenden Schule erhalten und weitergeführt. Wohnungswechsel der Eltern unterbricht diese Beziehung nicht, wenn es bereits zu gruppierungstypischen Kontaktinhalten gekommen ist;
- Kontakte aus gemeinsamen Ausbildungsbereichen, insbesondere aus der Berufsschule, bewirken, dass sich Mitglieder einer Gruppe auch in gleichen Arbeitsstätten wiederfinden können. Ihre Wohnsitze liegen oft weit verstreut, und die Gruppe besitzt ein weit gespanntes Einzugsgebiet;
- selten sind Kontakte, die erst während gemeinsamer Berufstätigkeit aufgebaut werden und nicht in der Ausbildungsphase vorbereitet werden;
- Kontakte aus gemeinsamen Heimaufenthalten (Zuständigkeitsbereich Jugendhilfe/Heimerziehung) führen dazu, dass die später Entlassene(n) durch früher Entlassene in deren Skinhead-Gruppen eingeführt werden;
- Über mehrere Jahre hinweg aufgebaute Kontakte in der Fußballanhangszene werden als ausreichende Garantie dafür angesehen, einen Interessenten in die Gruppe aufzunehmen. Diese Art der Kontaktherstellung verlor bereits 1987 an Bedeutung. Häufig erwuchs aus den Kontakten im Wohngebiet auch die Übereinstimmung in Bezug auf die Fußball-Anhängerschaft als Zwischenstadium des Hinüberwachsens in Skinhead-Gruppierungen.

Auf diese Weise gelingt es keinem Unbekannten, sich kurzfristig in eine Gruppe zu integrieren. Das Gruppenleben kann auf einem hohen Maß an Übereinstimmung der Mitglieder in Interessen- und Verhaltensmustern aufbauen. Ein mehrjähriger Selektionsprozess ging der Integration voraus. Wer sich der Gruppe anschliesst, hatte hinreichend Möglichkeiten abzuwägen, ob er gewillt ist, diesen Schritt zu gehen. Es streben dann nur solche Personen zu einer Integration in die Gruppe, die ein stark ausgeprägtes

Interesse daran haben. So erklärt sich auch die selbstverständliche Bereitschaft zum Absolvieren von Mutproben.

Die Art der Kontaktvermittlung in Skinhead-Profilen bewirkt, dass die persönliche Bekanntschaft *zum Konstruktionsprinzip der Beziehungen im ganzen Gruppierungsbereich wird.*

Das ermöglicht eine direkte soziale Kontrolle über alle hier wirkenden Personen und erstreckt sich auf Einblicke in die Verhaltensweisen im Arbeitsbereich, im Familienbereich und übrigen Freizeitbereich. Jedes Mitglied kennt mindestens 20 bis 30 Personen der Gruppierung im Territorium. Auf der Kenntnis von Adressen und Telefonnummern basiert ein wesentlicher Teil des Informationssystems. Der andere Teil stützt sich auf Stützpunkte. Stabile Gruppen sind in der Lage, Mitteilungen rasch in Umlauf zu bringen.

Kontakte zwischen einzelnen Gruppen beruhen auf dem gleichen Prinzip wie die der Kontakte innerhalb der Gruppe. Die langwährende persönliche Bekanntschaft zwischen ausgewählten Personen vermittelt die Beziehung.

Ist die Gruppierung an Nachforschungen über bestimmte Sachverhalte interessiert, bewähren sich die Beziehungen:

+ *M/Potsdam*: „Nur O. und ich hatten die Berlinkontakte und nicht die Gruppe. Sie beschränkten sich auf unsere Besuche in den bekannten Gaststättentreffs.“

Dem ersten Kontaktversuch von Personen, die sich der Gruppierung nähern wollen und nicht durch einen Bekannten eingeführt werden, wird mit der Frage begegnet: „Wen kennst du?“ Damit ist der Ausgangspunkt für Gegenkontrollen gesetzt.

Dieses Kontakt- und Kontrollsystem ermöglicht es, nach Durchlaufen der Aufbauphase auf äußere Merkmale als Erkennungszeichen zu verzichten.

Die Kommunikationsinhalte informeller Skinhead-Gruppe wiesen bis 1988 ein charakteristisches Spektrum problematisierter Themen auf. Ebenso bedeutungsvoll für die Beurteilung der Gruppen sind die Themen der gesellschaftlichen Problemdiskussion, die keine Rolle spielten. Nicht behandelt wurden:

- Friedens- und Abrüstungsanliegen,
- Umweltschutzprobleme, ökologische Probleme in der Dritten Welt.

Behandelt wurden:

- Ausländer in der DDR,
- Geschichte der Teilung Deutschlands infolge des 2. Weltkrieges,
- Alleinvertretungsanspruch der BRD,
- Geschichte des Nationalsozialismus und des 2. Weltkrieges,
- Arbeitsdisziplin und Arbeitsorganisation im Alltag,
- Schlamperei und Vergeudung in der Wirtschaft,
- Reiseprobleme und Versorgung mit Konsumgütern,
- Probleme mit der Währung unseres Landes,
- Antikommunismus,
- sozialpsychologische Probleme der Massenmanipulation.

Diese Aufzählung ist nicht vollständig. Sie enthält nur Themen, zu denen gleichartige Argumentationen in verschiedensten Territorien im Umlauf waren.

Wissensvermittlung über Themen, die in der Gruppenideologie eine Rolle spielten, gehörten zum Gruppenleben.

+ *H./Dresden*: „Mit Büchern über den 2. Weltkrieg und den Nationalsozialismus habe ich mich erst während der Gruppenzeit beschäftigt, da es mich vorher überhaupt nicht interessierte, auch nicht während der Schulzeit.“

Das Gruppenleben ist charakterisiert durch:

- Regelmäßigkeit,
- Kontaktpflege,
- Pflege überregionaler Beziehungen,
- profileigenes Wertsystem, was sich von den geltenden gesellschaftlichen Werten abhebt, aber auf diese Bezug nimmt;
- Wirkungen auf Persönlichkeitsentwicklungen der einzelnen Mitglieder durch Ausprägung von Selbstbewusstsein, profiltypische Qualität von Kollektivbewusstsein, Entwicklung aggressionsbereiter Grundhaltungen, verbunden mit hochentwickelter Manipulation.

Das Gruppenleben förderte Strukturierungsprozesse als objektive Folge der Aktivitäten und der durch diese Aktivitäten gestalteten sozialen Beziehungen. Daraus ergaben sich:

- hierarchische Strukturen,
- Ausdifferenzierung von sozialen Strukturen in der kleinen Gruppe,
- differenzierte Strukturierung nach Lebensalter, in Verbindung mit Selektion nach Lebenserfahrung, Erfahrungen im Gruppenleben und intellektuellen Fähigkeiten;
- Ansätze für definiertes Rollenverhalten nach Geschlecht,
- Förderung einer relativen Autonomie der Gruppe.

Soziale Homogenität innerhalb der informellen Gruppe war in Kleinstädten früher ausgebildet als in Großstädten. Klein- und Mittelstädte prägten ihre Skinhead-Gruppierung durch die sozialen Merkmale ihrer Gründer. Letztere sammelten solche Personen um sich, die gleiche oder ähnliche soziale Merkmale trugen. Ursache dieser Tendenz war die kleinstadttypische soziale Kontrolle. Die Aktivierung neuer Qualitätsstufen im Handeln von Skinhead-Gruppen in Klein- und Mittelstädten wurde durch das Zustandekommen überregionaler Kontakte beeinflusst.

Diese Ansätze für eine Überformung der informellen Gruppe durch stabile Organisationsmerkmale bildete das wertvolle Ausgangspotential für die Entwicklung neonazistisch orientierter Aktionsgruppen. Im Verlauf des Jahres 1988 setzt sich sukzessiv die Aufhebung von Skinhead-Gruppen durch. Sie verschwinden aus dem Straßenbild, bis dahin bekannte skinheadtypische Straftaten gehen qualitativ zurück. Im gleichen Zug rücken die sogenannten Faschos vor und sorgen für hinreichend Verwirrung in der Öffentlichkeit, die immer noch nach kahlgeschorenen Köpfen und Doc Martens Ausschau hält.

3. Soziale und demographische Struktur

Im Jahr 1989 bestand die untersuchte Population aus Personen, die allen Klassen und Schichten der Bevölkerung der DDR angehörten. Bildungsweg und Qualifikation, Familie

der Eltern und allgemeine Lebensumstände entsprechen dem Querschnitt dessen, was in der Gesellschaft allgemein anzutreffen ist. Es gibt keine Rekrutierung der Probanden aus einer besonderen Schicht oder Gruppe der Gesellschaft. Aus diesem Grund ist auszuschließen, dass es für die Herausbildung der besonderen Verhaltensweise der Probanden, die zu gruppierungstypischen Straftaten führte, exklusiv nur für sie zutreffende Lebensumstände gäbe, die genau dies bewirkt hätten.

Sozialstatus	Bezirk 1	Bezirk 2	Summe weiterer Bezirke	Durchschnitt
Schüler	5	4	9	4
Lehrlinge	24	29	22	24
Teilfacharbeiter	3	8	5	4
Facharbeiter	53	45	44	50
Fachschüler	2	3	3	2
ohne Beruf	13	11	17	14
	100%	100%	100%	100%

Sozialstatus der Eltern:	Intelligenz	24%	Facharbeiter	47%
	Handwerker	14%	Ungelernte	15%
	insg. 100%			

Unschärfe Primärinformationen erlauben keine genauere Differenzierung. In der Position „Intelligenz“ wurden Hochschulabsolventen, Fachschulabsolventen in leitenden Positionen und Leiter ohne Angaben zusammengefasst.

Struktur der Probanden nach Lebensalter im Jahr 1989:

bis unter 18 J.	15%	15%
18 bis unter 19 J.	18%	19%
19 bis unter 20 J.	20%	14%
20 bis unter 22 J.	22%	22%
22 bis unter 26 J.	22%	25%
26 J. und älter	3%	6%
	100%	100%

Der Vergleich zweier Bezirke zeigt gleiche Tendenzen der Verteilung bei gewissen Territorialspezifika.

Die Verteilung der Arbeitsplätze zeigt nachfolgende Konzentrationspunkte:

- Dienstleistungsbereich, Handwerk, Verkehrswesen,
- Bauwesen, zentral und örtlich geleitet,
- metallverarbeitende Industrie,
- Gastronomie,
- Elektrotechnik/Elektronik.

Kernbereiche der Industrie und das Bauwesen umfassen rund 50%. Rund drei Viertel der Probanden werden in ihren Arbeitskollektiven als geachtete Mitglieder eingeschätzt. Ein Teil von ihnen bekleidet vom Kollektiv gewählte Funktionen wie FDJ-Sekretär der Lehrlingsgruppe, Vertrauensmann der Gewerkschaft.

Es gibt keine voraussetzungslose Ausgrenzung aus den Arbeitskollektiven, die auf eine Protesthaltung der Kollektive gegen die nicht verheimlichte Einstellung der Probanden zurückzuführen wäre.

Zur Beziehungen zwischen Einstiegsalter und sozialer Position der Eltern waren folgende Tendenzen feststellbar:

- Kinder aus Intelligenzfamilien steigen etwa 1,5 Jahre später in Gruppierungen ein als Kinder aus Familien von Ungelernten.
- Probanden, die 22 Jahre und älter sind, kommen mehrheitlich aus Intelligenz- und Facharbeiterfamilien.
- Probanden aus Familien, wo Eltern keinen erlernten Beruf besitzen, stellen in der Altersgruppe bis 17 Jahre den größten Anteil.
- Der größere Teil der Ungelernten unter den Probanden kommt nicht – wie vielleicht erwartet – aus Familien von Ungelernten, sondern aus Facharbeiterfamilien und aus der Intelligenz.

Es ist ein ungewöhnlicher Prozess von sozialer Mobilität festzustellen. Probanden aus Intelligenzfamilien wandern in die soziale Ebene der Facharbeiter und Ungelernten. Es handelt sich fast um ein Viertel der Probanden. Sie stellen einen gewichtigen Teil des in der Industrie tätigen Potentials dar.

Frauen treten in Ermittlungsverfahren nach Paragraphen 215/216 StGB und Paragraph 220 (3) StGB nur ausnahmsweise in Erscheinung, weil sie sich im Umfeld von Straftaten aufhielten. Weibliche Beschuldigte sind eine Ausnahme. Die Auswertung von 264 in Gruppen handelnden Beschuldigten ergab einen durchschnittlichen Frauenanteil von rund 20%. Neben ihnen existieren jedoch auch Gruppen, für die bisher keine Hinweise auf die Beteiligung von Frauen aktenkundig geworden sind.

Ein Teil der festgestellten Frauen trägt Bomberjacken und Doc Martens. Das durchschnittliche Bildungs- und Qualifikationsniveau der Frauen liegt etwas über dem der männlichen Probanden. Sie bilden die Mehrheit der festgestellten Fachschüler. In Betracht zu ziehen ist, dass der durch weibliche Personen erbrachte Umfang an Unterstützung für Skinhead- und Fascho-Gruppierungen während der letzten 3 Jahre größer war als angenommen.

4. Ideologie, soziale Werte, Reaktionen der Öffentlichkeit

4.1. Verhältnis zur Arbeit und Arbeitsdisziplin

Die objektiven Bedingungen für die Herausbildung des Verhältnisses zur Arbeit sind für die Probanden die gleichen wie für andere junge Menschen in unserem Land. Tätigkeitsbereiche und Familienhintergrund weisen keine gravierenden Besonderheiten auf.

Als typisches Beispiel für eine Reihe fast gleichlautender Äußerungen steht folgende Aussage eines Beschuldigten: „Ich gehe regelmäßig meiner Arbeit nach und bin der Meinung, dass ich fleißig bin und eine gute Arbeit leiste. Das ist der Punkt, der einen

echten Skin auszeichnet. Ich gehöre einer Gruppierung an, wo jedes Mitglied genauso handelt. Insgesamt sind wir fleißig und können Arbeitsbummelei und Schmarotzertum nicht ausstehen. Andererseits habe ich eine Abneigung, wie auch meine Gruppenmitglieder, gegen Ausländer bzw. Menschen anderer Nationalität. Sie gehören nicht auf deutschen Boden und stören nur unseren normalen Entwicklungsprozess, ich bin schon gegen diese Menschen, nur weil sie Ausländer sind. Ich bin dieser Gruppierung zugehörig, um wieder mal Ideale zu schaffen. Ich meine damit, Zucht und Ordnung einkehren zu lassen und aufrechte, harte Menschen zu erziehen.“ (J./Potsdam, 18 Jahre alt, Bauwesen)

Die Beurteilung des Betriebes bestätigt die Aussage über gute und fleißige Arbeit. Ein Lehrling im gastronomischen Bereich: „Ich finde am Nationalsozialismus in Deutschland gut, wie ein solches Volk in seiner Masse begeistert war. Ich finde auch solche Dinge wie Kameradschaft und Disziplin gut. Ich bin einfach der Meinung, dass in einem Staat Ordnung herrschen muss und nicht Anarchie. Deshalb lehne ich Punks ab. Die können auch in der Mülltonne leben. Ich bin der Meinung, dass man ordentlich lernen soll, einen Beruf erlernen muss und regelmäßig arbeiten geht.“

Lehrling im Verkehrswesen, 18 Jahre: „Ich bin auch der Meinung, dass man sich bestimmten gesellschaftlichen Normen unterwerfen muss, um ein entsprechendes Wachstum zu erreichen.“

Da das auswertbare Explorationsmaterial aus Beschuldigtenvernehmungen stammt, verbinden sich Äußerungen zum hier behandelten Verhältnis zur Arbeit stets mit Äußerungen zur straftatrelevanten Ideologie. Daher entsteht der Eindruck, als ob die Gruppierungsideologie den Anstoß für das Artikulieren des Verhältnisses zur Arbeit gegeben hätte. Das ist nicht richtig. Die Überzeugung von Notwendigkeit fleißiger und disziplinierter Arbeit und die Reflexion dieser Notwendigkeit in persönlichen Wertorientierungen entsteht bei den meisten Probanden ohne den Einfluß gruppierungstypischer Ideologie. Es ist beweisbar, dass praktisch erlebte Widersprüche zwischen diesen erworbenen Wertorientierungen und praktischen Erlebnissen von Arbeitsdisziplin und Fleiß bei anderen dazu führten, dass sich die Probanden der Gruppierungsideologie bedienten, um ihre Wertorientierungen gegen anders geartete Verhaltensweisen in ihrer Umgebung zu verteidigen. Das wiederum führte zur Annäherung an bereits vorhandene Gruppen.

Punks und Ausländer sind für die Probanden der Inbegriff von Faulheit, Schlamperei, Unordnung und Schmutz. Damit umgehen sie die Auseinandersetzung mit Kollegen, wo die von ihnen kritisierten Verhaltensweisen auch anzutreffen sind. So bleibt der Konsens zwischen dem sich neofaschistisch orientierenden Kollegen und seinem Arbeitskollektiv erhalten, die Aggressivität wird bagatellisiert auf bestimmte Zielgruppen, verbunden mit der Möglichkeit, eine zustimmende Mehrheit zu gewinnen.

Probanden mit schlechtem Arbeits- und Lernverhalten (rund 20% der Untersuchungsgesamtheit) bewegen sich im Randbereich stabiler Gruppen, werden dort nur als Zaungäste geduldet und bilden eigene kaum strukturierte Cliques mit Übergangscharakter. Einem Teil gelingt es, das Arbeitsverhalten zu verändern und damit die Bedingungen für den Anschluss an eine stabile Gruppe zu erfüllen. Der andere Teil tendiert in den kriminellen Bereich. Die Straftaten nach Paragraph 215 und Paragraph 220 (3) StGB sind

häufig bei ihnen mit Eigentumsdelikten verbunden. Häufiger und starker Alkoholgenuss begleiten diese Verhaltensweisen.

Wer den Übergang aus einer instabilen Clique zu einer gut funktionierenden Gruppe junger Arbeiter geschafft hat, betrachtet das als sozialen Aufstieg.

Das Verhältnis zur Arbeit hat also einen zentralen Stellenwert in der Skinhead- und Fascho-Szene. Es bildet den Schlüssel zum Verständnis der szeneninternen Differenzierung und zum Bewerten des politischen Wesens der Erscheinung. Auf der Grundlage der Arbeitserfahrung artikulieren sie Ansichten und Meinungen, die sie zur Rechtfertigung faschistisch orientierter Parolen brauchen. Gleiche Arbeitserfahrungen sichern einen raschen Konsens in der Gruppe. *P.*, 26 Jahre, Facharbeiter in der Gastronomie, faßt solche Ansichten und Meinungen knapp zusammen: „Stinos sind Leute, die sich Familie anschaffen und mit dem zufrieden sind, was sie haben. Wir haben genügend Gründe, nicht so zu sein. Erstens kann man nicht freizügig reisen. Zweitens werden Leute für Arbeit bezahlt, die sie nicht machen. Drittens gibt es jede Menge Vorurteile gegen Außenseiter (damit meint er Skinheads – der Verfasser) und Vorbestrafte. Viertens gibt es keine persönliche Freiheit, aber dafür Rechtswillkür.“

Das Arbeitskollektiv stellt *P.* nachfolgende Beurteilung zur Verfügung des Gerichtes: „Er hat sich positiv in das Kollektiv eingelebt, hat zu allen ein gutes Verhältnis und ist in seiner Arbeit ein Vorbild für andere. Er besitzt ausgeprägte fachliche Kenntnisse und ist universell einsetzbar. Wir trauen dem Kollegen *P.* diese Straftat nicht zu. Hier muss eine Verwechslung vorliegen. Auf ihn war schon seit Jahren immer Verlass. Auch war er stets bereit, Zusatzschichten zu übernehmen.“

P. ist der typische Vertreter einer größeren Zahl von Probanden, die es in allen Territorien unseres Landes gibt. Mit ihrem bewusst gelebten Verhältnis zur Arbeit schaffen sie Beziehungen zu ihren Arbeitskollektiven und Leitern, in deren Augen eine kriminelle Bewertung der Probandenpersönlichkeit nicht in Betracht kommt.

P., 18 Jahre alt, Jungfacharbeiter: „Es gibt ungeschriebene Gesetze bei uns (gemeint sind die Oi-Skins), nach denen wir bestrebt sind, so gut es geht Auseinandersetzungen mit anderen aus dem Weg zu gehen, um nicht aufzufallen.“

Galt im Jahre 1987 noch die Losung, wie müssen um jeden Preis auffallen, damit die Bevölkerung begreift, wir sind Wer, dann galt sie 1989 nur noch mit Einschränkung als Verhältnisinitiator.

T., 19 Jahre, Facharbeiter im Bauwesen: „Ich bin der Meinung, dass die Skinheads nicht nur mit Gewalt einen Einfluss auf alle Mitmenschen nehmen müssen, sondern auch durch Überzeugung. Wenn sie dies nicht kapieren, dann hilft nur die körperliche Einwirkung, um sie zu überzeugen.“

Mit dieser Ansicht erregte *Karsten T.* im 2. Halbjahr 1988 bereits Anstoß in seiner Gruppierung, die unter dem Einfluss des Gruppenführers versuchte, ihn los zu werden. Die wichtigen Aktionen in der Szene finden nicht mehr auf der Straße statt, sondern im Bereich der Arbeit. Auf der Straße randalieren die Schmuddelskins, die von Beschuldigten in Vernehmungen auch mehrfach als „Möchtegern-Skins“ bezeichnet wurden. Mit diesen wünscht ein echter Oi-Skin oder Fascho nicht verwechselt zu werden. *S.* 23 Jahre, Facharbeiter, drückt das mit folgenden Worten aus: „Von der Bezeichnung her identifiziere ich mich mit den Skinheads. Damit meine ich, dass ich die Meinung vertrete, dass

ich ein Deutscher bin, und darauf bin ich stolz. Ich vertrete das Gedankengut und sage auch meine Meinung. Ich trage aber nicht die Kleidung der Skinheads mehr. Der Grund dafür ist, dass man die Skinheads an der Kleidung gleich erkennt und alle über einen Kamm schert.“

4.2. Kollektivverhalten

Wer bereit war, sich überhaupt über seine Gruppierung zu äußern, hebt als motivierende Eigenschaften seiner Gruppierung das hervor, was auch für die Mehrheit der jungen Bürger in unserer Gesellschaft zutrifft:

- den Wunsch nach Gemeinschaft,
- die Verbindung von Individualität und Kollektivzugehörigkeit,
- den Wunsch nach Geborgenheit,
- den Wunsch nach konkretem Erleben der Zusammengehörigkeit.

Es gibt keinen Fall, wo davon abweichende Äußerungen nachweisbar sind. Die von allen gleichlautend benutzte Formulierung heißt: „Der Zusammenhalt unter uns ist unheimlich stark.“ Manchmal wird das Adjektiv „unheimlich stark“ durch „urs stark“ ersetzt. Die Bedeutung ist die gleiche.

B., 17 Jahre, Dachdeckerlehrling, mit überdurchschnittlicher Intelligenz: „Die Skinheads sind für ein einiges Deutschland. Sie sind dafür, dass man nicht nur Ja-Sager ist und nicht immer alle Phrasen und Parolen nachsagt, die so herausgegeben werden. Sie sind dafür, dass jeder versucht, selbst was in die Hand zu nehmen und nicht nur mit der Masse mitzulaufen. Das finde ich auch gut, dass die Skinheads untereinander zusammenhalten.“... „Natürlich haben wir in der Gruppe darüber gesprochen. Wir sind uns in allen Fragen einig. Dies hat uns ja auch so eng verbunden, und darum verstehen wir uns auch so gut.“

L., 21 Jahre, Facharbeiter im Bauwesen: „Skinheads sehen einen Ausweg aus den Problemen in ihrem Zusammenhalt.“

T., 19 Jahre, Facharbeiter im Bauwesen: „Unser Zusammenhalt begründet sich auf einem guten gegenseitigen Verständnis, und weil wir immer zusammengehalten haben. Jeder macht mal Vorschläge, die entweder verworfen oder von anderen aufgegriffen werden.“ ... „Dann wäre die gegenseitige Hilfe in Notsituationen zu nennen, die auch körperliche Hilfe bei Schlägerei umfasst.“

Sch., 18 Jahre: „Mir hat die deutsche Einheit in unserer Skinheadgruppe und das Auftreten des G. (Gruppenführer, d. V.) sowie der militärische Zusammenhalt imponiert. Wenn ich im Fernsehen der DDR einen Filmbeitrag über den Faschismus sah, war ich sehr begeistert, wenn dort die Armee, die SA oder die SS marschierten. Dort sah ich die ‚deutsche Einheit‘, dass alles kollektiv vorging und eine Geschlossenheit und Stärke dadurch demonstriert wurde. Das alles gefiel mir an Hitler und dem Deutschen Reich ...“

B., 17 Jahre: „Das Zusammengehörigkeitsgefühl unter uns ist stark. Wir sind wie eine Familie. Alle halten zusammen. Bei den Skinheads habe ich Halt und Unterstützung gefunden. Jeder hilft jedem.“

G., 20 Jahre, Facharbeiter im Dienstleistungsbereich. „Voraussetzung war erst einmal, dass wir Gleichgesinnte waren, d. h. die gleiche politische Einstellung und die gleichen Interessen hatten. Uns vereinte dabei die gemeinsame Auffassung zum Rassismus ... Wir schlossen uns als Gruppe freiwillig zusammen, d. h., keiner von uns wurde

gezwungen, in der Gruppe mitzumachen, es konnte jeder kommen, wie er wollte, außer in der Zeit, in welcher wir in gewissen Abhängigkeit zu G. standen.“

Sch. – oben bereits erwähnt: „Es war eine Grundregel für die Mitglieder der Gruppe, dass wir uns untereinander nicht verpfeifen. Für solche Personen war allgemein angedroht, dass sie zusammengeschlagen werden. Als ich irgendwie in den Verdacht kam, ein Spitzel zu sein, wurde ich zur Rede gestellt und von P. geschlagen.“

Z.: „Ich kenne die Namen einiger Mitglieder. Diese Namen werde ich nicht nennen. Ich bin ein echter Skin und bleibe es. Hierzu gehört, dass man aufrecht bleibt und kein Verräter wird.“

Hieraus können folgende Schlüsse gezogen werden:

- Der Form nach betrachtet gleichen sich allgemeine gesellschaftliche Normen des Kollektivverhaltens und Normen des Kollektivverhaltens in Skinhead- und Fascho-Gruppierungen.
- Der grundsätzliche Unterschied besteht im jeweiligen Vorrat an Ideologie, der die Aktionsziele des Kollektivs bestimmt. In unserer Gesellschaft dienen die benannten Kollektivnormen und Werte der Kollektivbeziehungen dazu, seine sukzessive Identifikation des Kollektivmitglieds mit den grundlegenden Werten einer demokratischen Gesellschaftsverfassung zu fördern. In Skinhead- und Fascho-Gruppierungen bildet sich sukzessiv eine bewusste Konfrontation mit solchen Grundwerten heraus, die sich jedoch nicht auf alle Grundwerte gleichermaßen erstreckt, wie im Abschnitt 2. beim Verhältnis zur Arbeit gezeigt wurde.
- Eine ideologische „Neutralität“ in Arbeitskollektiven ermöglicht dem Anhänger von Skinhead- und Fascho-Gruppierungen ein von anderen Kollektivmitgliedern anerkanntes Kollektivverhalten. Wo diese ideologische Neutralität nicht existiert, kommt es zur Ausgrenzung des Probanden, die von solchen Arbeitskollektiven häufig mit dem Satz beschrieben wird: „Er lässt keinen an sich ran.“ Der Proband wird als Einzelgänger und Eigenbrödler gekennzeichnet, zu dem keine Beziehungen anknüpfbar sind.
- Die analytische Behandlung des Problems „Kollektivbeziehungen“ legt das politische Wesen der Skinhead-Fascho-Probleme offen.

4.3. Nationalismus, Krieg und Frieden

Das empirische Material ermöglicht beweisbare Aussagen zur internationalen Solidarität, zu humanistischen Traditionen, zu Friedenskampf und Verteidigungsbereitschaft. Internationale Solidarität als Grundwert wird von jedem Anhänger der Skinhead- und Fascho-Gruppierungen abgelehnt. Die Artikulation dieser Ablehnung ist graduell abgestuft von militant-aggressiv bis gleichgültig. Da die Zugehörigkeit zu einer Nationalität vor jeder anderen Betrachtung steht, kommen die Probanden erst gar nicht bis dahin in ihrem Denken. Ablehnung von Ausländern ist Grundbedingung dafür, sich überhaupt einer dieser Gruppierung anschließen zu können. Entweder man bringt diese Ablehnung als individuelle Überzeugung gleich mit ein oder man ist bereits, sich dieser Ablehnung vorbehaltlos anzuschließen. Die nationalistische Überhöhung des Deutschtums dient damit gleich zwei Zwecken:

a) sie schliesst jede Regung in Richtung internationaler Solidarität aus,

b) eine Betrachtung des anderen deutschen Staates Bundesrepublik Deutschland wird überflüssig.

Der Konsens mit dem politischen Programm der Republikaner in der BRD hinsichtlich der Haltung zu Bürgern anderer Nationalität ist deshalb keineswegs zufällig.

Aufmerksamkeit verdienen die Begründungen, die die Probanden für ihre Ablehnung von Ausländern abgeben. Anzumerken ist, dass ein paar sehr junge Oi-Skins Briten aus dieser generalisierenden Ablehnung ausklammern mit der Begründung, dass die Skinhead-Bewegung aus Großbritannien gekommen sei. Sie könnten sich doch nicht von ihren Erzeugern distanzieren. Da die Bedeutung der Oi-Skins jedoch nur noch lokal in Erscheinung tritt, stellen sie mit ihren Ansichten eine Kuriosität dar.

Argumente für ausländerfeindliche Haltungen werden aus dem praktischen Alltag unseres gesellschaftlichen Lebens in der DDR geschöpft. Alle Argumente beziehen sich genau auf DDR-spezifische Erscheinungen. Sie lassen sich in dem Satz verallgemeinern: „Ausländer versauen uns unsere Lebensbedingungen im eigenen Land, die auch ohne sie schon schlecht genug sind.“

Damit wird an die materiellen Interessen aller anderen Werktätigen appelliert, um auch sie für diese Ablehnung zu motivieren. Sehr geschickt knüpfen die Argumente bei alltäglich erfahrbaren Problemen an, die jedem unkritischen Zuhörer das Gefühl vermitteln, er habe dies durch eigene Erfahrung geprüft. So wird darauf verwiesen, dass ausländische Arbeitskräfte den DDR-Bürgern Wohnraum wegnehmen, durch ihre spekulativen Käufe das Industriewarenangebot reduzierten, AIDS in die DDR eingeschleppt hätten, jede Frau wie eine leicht käufliche Prostituierte behandeln, mit ihrer konvertierbaren Währung den „dicken Max“ spielen könnten ohne dafür ein wirkliches Äquivalent erbracht zu haben, auf Krawall und Randalen aus wären, ihre Aggressivität nicht selten Todesopfer unter den DDR-Bürgern fordere, ihnen in der Öffentlichkeit und in den Arbeitsstätten allorts „Zucker in den Hintern“ geblasen würde und die DDR-Bürger – insbesondere aber junge DDR-Bürger – leer ausgingen.

An dieser Argumentation schließt sich sofort die Kritik an der Haltung der Regierung an, die dies alles erst ermögliche. Da man keinen Einfluss auf diese Politik ausüben könne, müsste man es eben am Objekt selbst versuchen: „Jedem Ausländer in der DDR muss klar gemacht werden, dass er im eigenen Interesse so schnell wie möglich zu verschwinden habe.“

Parallel zu wachsenden staatlichen Hinwendung zur jüdischen Gemeinde in der DDR verstärkten sich in den Skinhead- und Faschogruppierungen artikulierte antisemitische Tendenzen. (Im November 1988 veranstaltete eine Skinhead-Gruppierung des Bezirks Dresden „ihre“ Pogromnacht.)

Humanistische Traditionen und Werte gehen in Skinhead- und Faschogruppierungen durch den Filter des Nationalismus. Sie rühmen hervorragende Persönlichkeiten der Kulturgeschichte, wenn sie Deutsche waren. Eine Rezeption der von den Gerühmten getragenen humanistischen Ideen konnte analytisch jedoch nicht festgestellt werden. Anti-humanistische Orientierungen drücken sich in der Haltung gegenüber Körperbehinderten, geistig Behinderten, Homophilen und sozialen Gruppen aus, die nicht nach den Normen des Weltbildes der Skinhead- und Faschogruppierungen zu leben scheinen.

Die letztgenannten Gruppen gehören zu den Aggressionszielen. Es sind Anhänger des

Punk, Gruftis, Öko-freaks – auch Müslis genannt – sowie kirchlich organisierte Umweltschützer.

Körperbehinderte Studenten berichteten darüber, dass sie auf öffentlichen Straßen von Anhängern der Gruppierungen „belegt“ worden seien mit Bemerkungen, wie zum Beispiel: „Ihr hättet längst vergast werden müssen.“

Punks berichteten in Befragungen und Zeugenvernehmungen über Euthanasiediskussionen in Faschokreisen. Beweisbar sind nur Redewendungen über „unwürdiges Leben, was vernichtet werden müsse“, die Ideale der starken und gesunden arischen Rasse, die sich nicht mit minderwertigen anderen Rassen mischen dürfe.

Rassistisch inspirierte Ideologie zerstört in den Gruppierungen humanistische Verhaltensansätze, wenn sie vorhanden waren. Achtung vor menschlichem Leben als humanistischer Wert gehört nicht zum Ideologieprofil der Gruppierungen.

In Vernehmungen und Befragungen äußerten sich die Probanden zu einer breiten Palette von Problemen. Friedensprobleme kamen bisher darin nicht vor. Dieser Negativattest ist durchaus beweiskräftig.

W., 19 Jahre, Lehrling Elektrotechnik: „Ich hatte auch die Absicht, drei Jahre zur NVA und zur Grenze zu gehen. Ursprünglich wollte ich studieren. Meine Leistungen reichen aber nicht. Deshalb wird das nun nichts. Nur 18 Monate ... Ich bin nicht für den Frieden, weil dann, wenn alle Menschen für den Frieden wären, keine Waffen mehr produziert werden könnten und die Technik sich nicht weiterentwickeln würde. Die ganze Technik entwickelt sich meiner Meinung nach nur durch die Militärtechnik. Wenn alle Menschen für den Frieden sind, wären wir ja beim Kommunismus, und dann wären alle Menschen gleich. Und dies passt nicht zu meiner Einstellung, da ich gegen Ausländer bin.“

W's Ansichten sind ein Produkt der Diskussion in seiner Faschogruppierung. Frieden als Wert passt logisch nicht in das Konzept von der führenden arischen Rasse, von der Führungsrolle der Deutschen im Weltmaßstab und der Notwendigkeit, diesen Führungsanspruch notfalls mit Gewalt durchzusetzen zu wollen, wenn andere Völker ihn nicht freiwillig unter Druck akzeptieren.

Diffiziler ist die Lage beim Faktor Verteidigungsbereitschaft.

Die Probanden mit bewusster Arbeitsdisziplin in der Lehrausbildung werden, soweit Beurteilungen vorhanden sind, fast durchweg wegen ihres vorbildlichen Verhaltens in der GST gelobt. Das gilt nicht für Schmuddelskins und Personen, die zu instabilen Cliques gehören. Nach Auswertung des empirischen Materials muss zwischen Verteidigungsbereitschaft und Affinität zum Militärischen sorgfältig unterschieden werden. Anhänger der Skinhead- und Faschogruppierungen akzeptieren militärische Disziplin – zumindest theoretisch – als sozialen Wert und für sich erstrebenswert. Mit Waffen umgehen können ist erstrebenswert. Das ist nicht gleichzusetzen mit Verteidigungsbereitschaft, obwohl die Einberufung zum Wehrdienst in der Regel ohne Wenn und Aber akzeptiert wird.

R., 21 Jahre, Glas- und Gebäudereiniger: „Ferner bin ich der Meinung, dass die Besatzungsmächte, und damit meine ich alle, aus Berlin raus müssten. Das würde bedeuten, dass die BRD und die DDR ein Staat sind, wobei Westberlin zum Territorium kommen muss. Wenn das erreicht ist, dann kommt bestimmt auch die große Mauer weg. Damit meine ich die Staatsgrenze der DDR. Aufgrund meiner persönlichen Überzeugung bin ich

der Meinung, dass ich zu den Personen gehören würde, wenn es zu irgendwelchen Auseinandersetzungen kommen würde, im Bereich der Staatsgrenze oder irgendwo anders in Berlin, die je nach Situation öffentlich auftreten würde. Ich bin eigentlich gegen eine gewaltsame Auseinandersetzung. Wenn es jedoch nicht anders geht, dann bin ich der Meinung, dass man auch gewaltsam die Ziele durchsetzen müsste. Es kommt auf den Gegner an, um zu vermeiden, dass man der Unterlegene ist. Weitere Ausführungen habe ich hierzu nicht zu machen.“

Ihren Wesen nach sind Skinhead- und Faschogruppierungen eine Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen System in unserem Land und dem Staat. Hierbei ist zu beachten, dass es sich nicht um DDR-spezifische Probleme handelt. Analoge Erscheinungen werden aus anderen sozialistischen Ländern signalisiert. Wir haben es mit einer DDR-spezifischen Modifikation eines allgemeinen Problems der Auseinandersetzung mit Sozialismus und Demokratie zu tun. Die Sozialstrukturanalyse beweist, dass die tragenden sozialen Kräfte vorerst aus der jungen Arbeiterklasse kommen und durch bisher nicht identifizierte Schichten-Vertreter der Bevölkerung Unterstützung finden.

Der im September 1989 erreichte Entwicklungsstand in den am weitesten fortgeschrittenen Bereichen der Gruppierungen zeigt an, dass es weniger um ein Problem der klassischen Kriminalität, sondern mehr um ein politisches Problem geht, was mit kriminellen Randerscheinungen verkoppelt ist. Das gruppierungseigene Ideologieprofil verweist auf partielle Identitäten mit dem allgemein gesellschaftlichen Werteprofil und gibt so seinen künftigen Anspruch zu erkennen, sich nicht am kriminellen Rand außerhalb der Gesellschaft bewegen zu wollen, sondern mit einem spezifischen Machtanspruch führend in die Gesellschaft einzudringen.

Die nicht besetzten Felder aktueller weltpolitischer Probleme wie Friedenssicherung und Umwelterhaltung im Ideologieprofil der Breite der Gruppierungen verweisen kurz und bündig auf den zutiefst reaktionären Charakter dieser realen gesellschaftlichen Erscheinung. Ihre Interessen und Ziele dienen objektiv der Mobilisierung gesellschaftlicher Potenzen gegen weltweite Tendenzen der Solidarisierung progressiver gesellschaftlicher Kräfte der unterschiedlichen Richtungen für eine positive Wende der Weltentwicklung.

5. Organisation und Kommunikationssystem

Der Mitte des Jahres 1989 erreichte Entwicklungsstand lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Die Profilierung hat begonnen. Die Herausbildung einer sehr modernen flexiblen Organisation ist in den Ansätzen erkennbar. (vgl. dazu auch Abschnitt 2.) Das bis jetzt in Erscheinung tretende Verhaltens- und Aktivitätsspektrum erweist sich als logisches System. Es weist analoge Züge zu einem sich selbst organisierenden System auf und kann in den Grenzen seines vorgegebenen Programms selbst kritisieren und korrigieren.

Bis zu Beginn des Jahres 1988 herrschte die allgemeine Tendenz für Anhänger der Gruppierungen vor „raus aus den offiziellen staatlichen Organisationen und gesellschaftlichen Organisationen“ (FDGB, FDJ, DSF usw.). Seit Ende des Jahres 1988 ist eine Tendenz erkennbar, die vor allem für den Nachwuchs und die etablierte Elite empfiehlt „rein

in die formellen Organisationen“, zumindest wird aber nahegelegt, „drinzubleiben“. Es mehrten sich die Absichtserklärungen, die Mitgliedschaft in den früheren Blockparteien anzustreben. In den Zentren der Arbeiterklasse, den Zweigen der Industrie, gibt es territoriale Schwerpunkte für Konzentrationen von Gruppierungsanhängern.

Der Arbeitsstättenbereich war bis zum September 1989 noch nicht zum Aktionsfeld geworden, er war aber auch kein Feld der intensiven Auseinandersetzung mit der Ideologie der Gruppierungsanhänger. Aus dieser Situation zog allein die Gruppierung bisher Gewinn. Die Zeit ermöglichte den Zuwachs von Sozialprestige der Anhänger in ihren Arbeitsstätten. Dabei wurde ihr Ideologieprofil nicht beschädigt, sondern durch ihre Gruppierung weiter gefestigt.

Festzustellen ist:

- a) Skinhead- und Faschogruppierungen befinden sich sogar in einem Territorium auf sehr verschiedenen Entwicklungsstufen ihrer inneren Organisation. Die Skala umfasst als unterste Stufe Cliques, die einem amorphen Haufen gleichen und reicht bis Kleingruppen von etwa 10-12 Mitgliedern, für die eine eigene Organisation bereits zum Fetisch geworden ist.
- b) Je weiter die innere Organisation entwickelt ist, desto geringer wird die Wahrscheinlichkeit, mit bestimmten Handlungen in ein Ermittlungsverfahren zu geraten. Die Organisation sichert die Gruppe ab.
- c) Die allmähliche Entwicklung des Organisationsniveaus ist zugleich ein Selektionsprozess unter den Anhängern der Gruppierungen. Wer sich den disziplinierenden Forderungen nicht anpassen kann, wird von der Gruppierung abgetrennt.
- d) Die mit Ideen und Parolen des deutschen Faschismus und Militarismus angereicherten Ideologiegrundsätze drängen die Gruppierung kausal in ein ständig wachsendes Niveau der Organisation. Organisation und Ideologie fördern sich gegenseitig.
- e) Jeder Prestigegewinn einer Gruppierung in der Öffentlichkeit wird als das Resultat der eigenen Organisationsqualität gewertet. Das fördert die Bereitschaft, sich den Unbequemlichkeiten der Organisation gegenüber positiv zu verhalten.
- f) Die Parolen der Skinheads und Faschos über Zucht, Ordnung, deutsche Treue, Kameradschaft, Sauberkeit, Disziplin usw. gedeihen nur auf der Grundlage einer straffen inneren Ordnung und fördern diese wiederum. Damit ist die Basis einer Selbstreproduktion der Organisation gesichert, solange es diese Ideologie geben wird.
- g) Im Zuge der breiteren Durchsetzung eines ansteigenden Organisationsniveaus gehen personelle Veränderungen in der Zusammensetzung der Gruppe vor sich.

Mit Sicherheit waren bis September 1989 nicht alle existierenden Gruppen in das überregionale Kommunikationssystem eingegliedert. Das empirische Material gestattet jedoch keine Schätzung über die Anteile der Eingegliederten und der Nichteingegliederten. Straff organisierte und seit längerer Zeit existierende Gruppen suchten gezielt nach Gruppierungen, zu denen Kommunikationsbeziehungen aufgebaut werden könnten. Nicht in jedem Fall hatten die Bemühungen Erfolg.

Das Knüpfen von kommunikativen Verbindungen diente der Entwicklung von Kommunikationsbeziehungen. Die Kommunikation diente dem Transport von Informationen und dem Materialaustausch. Diese Kooperation war daher geeignet, den beteilig-

ten Gruppen Anstöße zur weiteren Entwicklung zu geben. Um kooperationsfähig zu sein, müsste man etwas „bieten“ können, mit Organisationsqualität und Erfolgen eigener Aktivitäten aufwarten können.

Anhand des empirischen Materials sind drei Arten von Kommunikationsbeziehungen zu unterscheiden:

- a) Entsenden eines Vertreters einer Gruppierung, der regelmäßig bei der anderen Gruppe erscheint,
- b) geregelte Treffs von Führungspersonen, in die die Masse nicht einbezogen war,
- c) kommunikative Kontakte einzelner Gruppenmitglieder zu einzelnen Mitgliedern anderer Gruppen.

Da sich die Anhänger von Skinhead- und Fascho-Gruppierungen selbst als „Bewegung“ bezeichnen, liegt das Streben nach überregionaler Kommunikation als Selbstverständlichkeit im Spektrum der allgemeinen Bestrebungen. Die durchaus vorhandenen Gegner solcher Bestrebungen werden sich auf die Dauer nicht durchsetzen können.

Nicht alle Gruppierungen unterhalten internationale Verbindungen. Das empirische Material verweist auf drei Arten von Verbindungen:

- a) Kontakte zu ehemaligen DDR-Bürgern, die ihren ständigen Wohnsitz in der BRD oder in Westberlin haben.
- b) Kontaktadressen in der BRD und in Westberlin, die bei zufälligen Begegnungen von Touristen aus der BRD den Gruppierungsanhängern gegeben wurden. Derartige Adressenübergabe erfolgt sowohl in der DDR als auch an Urlaubsorten im Ausland. In einigen Fällen gaben Beschuldigte an, diese Adressen bei Rundfunksendungen mitgeschrieben zu haben.
- c) Direktkontakte bei Einreisen ausländischer Bürger in die DDR.

Agitations- und Propagandamaterial der Republikaner, der FAP und der NPD ist bereits seit 1989 verstärkt im Umlauf.

Einen großen Teil einschlägiger Publikationen – incl. Aufnäher und Sticker – transportierten jedoch Verwandte bei Rückkehr von Besuchen aus der BRD und Westberlin. Berliner Gruppierungsanhänger äußerten sich im Jahr 1988 über Verhältnisse in der Gaststätte ..., wo nach mehrfach übereinstimmenden Aussagen abends bis zu 25 Westberliner aus der Skin- bzw. Fascho-Szene anwesend waren. Damit verband sich der Handel mit Bekleidung und Informationsmaterial. Zu den auf diese Weise importierten Materialien gehören auch Disketten und Videobänder. Auf Disketten gespeicherte faschistische Symbolik ist als Tätowierung auf der Haut einiger Straftäter wiedergegeben. In der Population der Straftäter aus der Gruppierung rekrutiert sich jedoch nicht der Personenkreis, der die wichtigsten Partner auf Seiten der DDR für diese internationalen Kontakte darstellt.

6. Aktivitäten der Gruppierungen

Gruppierungstypische Provokationen in der Öffentlichkeit waren 1986/87 mit körperlichen Gewalteinsetz verbunden. Stöcke, Ketten, selbstgefertigte Totschläger aus sand-

gefüllten Gummi- und Lederschläuchen, industriell oder selbstgefertigte Schlagringe oder ähnliches kam zu Einsatz. Die mit Gewaltanwendung verbundene Provokation diente der Herausbildung des Selbstbewusstseins und der Selbstbestätigung. Seitdem haben sich die eingesetzten Mittel gewandelt. Die genannten Werkzeuge werden als Symbole aufbewahrt und weitergegeben, aber kaum noch eingesetzt. Körpereinsatz wird hochstilisiert zum moralischen Wert; der Wandel der Mittel kann als Indikator der qualitativen Veränderung angesehen werden.

P. sagte im Januar 1989, dass es „ungeschriebene Gesetze bei uns gibt, nach denen wir bestrebt sind, so gut es geht Auseinandersetzungen mit anderen aus dem Weg zu gehen ..., um nicht aufzufallen.“

„Auffallen“ heißt, den Sicherheitsorganen nicht aufzufallen. Die Provokation in der Öffentlichkeit bleibt weiterhin ein relevantes Ziel.

Personen mit einem unterentwickelten Selbstbewusstsein verbinden szenetypische Provokationen bevorzugt mit körperlichen Angriffen auf das Opfer. Am besten hat B. aus ... diesen Vorgang ausgedrückt im Oktober 1988: „Ich traf L. in der Zeit vom ... Er äußerte mir gegenüber, dass die Skinheads die größten sind und dass keiner an die Skinheads herankann. Die Skins können ihren Willen auch mit Gewalt durchsetzen und werden immer Sieger bleiben. Weiter hat er mir gegenüber geäußert, dass er zu Beginn auch ein unscheinbares Licht war, und nachdem er bei tätlichen Auseinandersetzungen auch einige Fußstritte ausgeteilt hatte, sich wohler fühlte und sein Selbstbewusstsein stieg.“

Trainingsgruppen für Kampfsportarten, z. T. selbst organisiert, fördern nicht nur körperliche Fähigkeiten, sie kanalisieren auch Emotionalität in überlegte Dosierung körperlichen Gewalteinsatzes. Der Stellenwert des körperlichen Gewalteinsatzes für gruppierungseigene Identifikationsmodelle ist hoch.

Nichtöffentliche gruppierungstypische Freizeitbeschäftigungen lassen sich auf der Grundlage des empirischen Materials in drei Kategorien grob zusammenfassen: Lernen, Trainieren, Erobern.

Lernen erstreckt sich auf die Bereiche der beruflichen Bildung und Weiterbildung, die Aneignung von Wissen auf dem Gebiet der Entwicklung des deutschen Faschismus, der Ereignisse des zweiten Weltkrieges aus der Sicht der faschistischen deutschen Armee und – im Ansatz bei einigen Gruppierungen – auch allgemeiner weltpolitischer Kenntnisse. Trainieren dient vordergründig der Körperertüchtigung, bezieht sich also auf Körpertraining. Erobern ist auf Gewinn von kontrollierten „Territorien“ gerichtet, zielt auf das Erreichen von sozialen Positionen und den Zuwachs an Anhängern für die Gruppierungen (Territorium, Positionen, Menschen).

Die auf bestimmte Opfergruppen gerichteten Aktivitäten von Skinhead- und Fascho-Gruppen sind ihrem Wesen nach Terror am definierten Objekt. Mit dieser gezielten Terrorisierung wird bewusst ein Demonstrativeffekt angestrebt. Der gesellschaftlichen Öffentlichkeit wird vorgeführt, welche gewaltgestützte Macht Skinhead- und Fascho-Gruppen ausüben fähig sind. Es ist die Fortsetzung der während der Jahre 1987/88 erhobenen Forderung der Skinheads, sich in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit „Respekt verschaffen zu wollen“ und diese Forderung durch Gewaltausübung nachdrücklich zu unterstreichen, wenn ihnen dieser „Respekt“ nicht freiwillig gezollt würde.

Das bis September 1989 geltende Spektrum der Zielgruppen:

- Punks,
 - Homosexuelle,
 - Graftis,
 - ausländische Bürger, besonders solche mit nichtweißer Hautfarbe;
 - Angehörige der bewaffneten Organe
- kann nicht als endgültig angesehen werden. Erweiterungen sind möglich und wahrscheinlich.

Angehörige dieser Zielgruppen werden als „unwert“ eingestuft. Damit verbunden ist die Überzeugung, für eine solche Einstufung auch unter der Bevölkerung Beifall und latente Unterstützung zu haben.

Für die Untersuchungspopulation ist daher festzustellen, dass es beim Einsatz körperlicher Gewalt nicht undifferenziert um das Verüben von Gewalttaten gegen die allgemeinen Normen des Zusammenlebens geht, sondern um gerichtete Aktionen gegen bestimmte Gruppen der Gesellschaft, deren Vertreter ohne Ansehen der Person symbolisch – sozusagen stellvertretend für die von ihnen repräsentierte Gruppe der Gesellschaft – „bestraft“ werden. Die objektive Wirkung dieser Gewaltausübung führt dennoch zu undifferenzierter allgemeiner Verunsicherung und untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in die Stabilität von Ordnung und Sicherheit. Im subjektiven Verständnis ihres eigenen Handelns betrachten sich die Anhänger der Skinhead- und Fascho-Gruppierungen jedoch als „Ordnungshüter“, als „Säuberer“ der Gesellschaft nach „ihren“ Normen.

Die Formulierung der Aussagen über die Motivation zur Gewaltanwendung gegen Punks, Graftis, Homosexuelle und Ausländer nichtweißer Hautfarbe ist durchgängig einheitlich und hat sich seit 1987 nicht verändert. Motivation und Argumentation beruhen auf der Überzeugung, dass die Menschen ungleich zu bewerten seien, dass Deutsche eine Art von Elite unter der Weltbevölkerung bilden, was ihnen gestattet, sich über andere zu erheben. Um diesen Anspruch geltend zu machen, bedürfe es der sorgfältigen Pflege bestimmter Persönlichkeitseigenschaften, die den Deutschen von Natur aus gegeben seien. Es bedürfe des Einsatzes von Gewalt, um den naturgegebenen Anspruch wirksam durchzusetzen. Da Graftis, Punks und Homosexuelle deutscher Nationalität zwar eine weiße Hautfarbe haben, aber nach dem Selbstverständnis der Probanden den Idealen des Deutschen nicht entsprechen, müssten sie bestraft werden. Protokolliert sind die stereotypen Redewendungen:

- „So sieht doch kein Deutscher aus.“
- „So kann man doch als Deutscher nicht herumlaufen.“
- „Man kann doch als Deutscher nicht für Anarchie sein wie die Punker.“
- „Wer nicht von allein begreift, wie ein Deutscher sein muss, dem muß es eben mit Gewalt beigebracht werden.“

Die Motivation, gegen ausländische Bürger gewaltsam vorzugehen, drückt sich in den verbreiteten Formeln aus:

- „Die deutsche Rasse muss rein bleiben. Es darf nicht zur Vermischung kommen.“
- „Juden raus aus Deutschland.“
- „Ich bin stolz darauf, ein Deutscher zu sein und darauf, nicht in irgend einem armen Land zu leben.“

- „Nigger raus aus Deutschland; Deutschland den Deutschen.“
- „Das Hakenkreuz ist das Symbol der Rettung vor dem Davidstern.“
- „Blut muss fließen – knüppelhageldick. Wir schießen auf die Freiheit der Judenrepublik.“

Die aktivierende Wirkung dieser durch die Gruppe gepflegten Formeln als Motive des Handelns gegenüber Zielgruppen im Opferbereich ist eine Tatsache.

7. Einfluss der Organisation auf Kommunikationsinhalte und Entwicklung der Gruppierung

Das Material gestattet den indirekten Schluss auf ein System von Anschauungen und Ideen, das sich im Stadium der Herausbildung befindet. Anschauungen und Ideen sind unlösbar verkoppelt mit der Organisation der Anhänger der Gruppierungen. Die kleine Gruppe hat in dieser Organisation eine Schlüsselstellung inne. Der Gruppenzusammenschluss wird von den Probanden als Grundlage ihres strafrechtlich relevanten Handelns begriffen und erlebt. Sie erkennen in der Gruppe die Quelle ihrer Motivation und der allmählichen Festigung ihrer Anschauungen. Das bindet sie nur um so stärker an die Gruppe.

Da die Gruppe ihren Mitgliedern surrogathaft Möglichkeiten zur Identitätsfindung in der gesellschaftlichen Wirklichkeit liefert, wirken alle Gruppenmitglieder daran mit, diese gesellschaftliche Wirklichkeit nach den Prämissen gruppierungseigener Ideologie neu zu interpretieren.

Diese Zielsetzung ist nur mit kollektiven Kräften zu erreichen. Das wiederum fördert die Motivation zur Kultivierung des Gruppenzusammenschlusses als Voraussetzung der Selbstentfaltung.

„Kameradschaftsgeist“ und „Zusammenhalt“ sollen nach Meinung der Probanden in ihren Gruppen eine außergewöhnliche soziale Qualität besitzen und seien eine solide Grundlage für die Selbstreproduktion von Gruppierungen und Anschauungen. Diese Aussage reflektiert die Wirklichkeit richtig. In diesem Zusammenhang von gruppenspezifischen sozialen Normen und Ideologie, von Organisation und Selbstreproduktion ist eine Art Systemcharakter erhalten.

Das Verhalten in der Phase der Untersuchung von Straftaten reflektiert den Einfluss der gruppeneigenen Anschauungen und Normen des Verhaltens. Nach Ausklammern des psychologisch „normal“ bedingten Herunterspielens des persönlichen Anteils an der Straftat bleiben gruppierungstypischen Verhaltensäußerungen übrig:

- Stillschweigen über Führungspersonen,
- kaum Preisgabe gruppierungsinterner Fakten (nur wenn sie unkontrolliert in Nebensätzen „herausrutschen“),
- Verunglimpfung der Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit der Untersuchungsorgane mit plumpen, aber schwer zu widerlegenden Behauptungen, was zur Diskriminierung der Untersuchungsorgane führen soll,
- „selbstlose“ Bereitschaft zur Übernahme von Schuld, wenn dadurch eine mutmaßliche Führungsperson gedeckt werden kann,
- keinerlei Kooperationsbereitschaft mit den Schutz- und Sicherheitsorganen,

- Nichtbereitschaft zur Anerkennung des Unrechtscharakters ihrer Straftat, was sich auch der Rückfallquote ausdrückt;
- Gruppensolidarität bis in die Untersuchungshaft hinein und Wiederanschluss an die Gruppierung nach Verbüßen der Haftstrafe.

Die Entwicklung der gruppierungseigenen Organisation ist in der Struktur der Anschauungen und Ideen begründet. Diese Anschauungen lassen sich nur organisiert praktizieren. Das organisierte kollektive Praktizieren erfordert stets eine angemessene Organisation und entwickelt sich mit dieser.

Die Identität des Handels und Verhaltens der selbständig wirkenden kleinen Zusammenkünfte von Vertretern verschiedener kleiner Gruppe sowohl innerhalb des Territoriums der Hauptstadt der DDR, Berlin, als auch im Maßstab des ganzen Landes, wie z. B. 1988 in verschiedenen Orten des Ostseebezirkes zeigen an, dass es eine solche Organisationsebene gibt, die sich durch zwei bemerkenswerte Fähigkeiten auszeichnet. Sie kann langfristig organisieren, und sie fördert die Selbständigkeit der kleinen Gruppen.

Das Wesen der festgestellten Ansätze für eine Ideologie kann in Richtung aggressive, rechtsradikale, reaktionär-militaristische und neofaschistische Orientierung eingeordnet werden. Dafür sprechen die Anschauungen über die naturgegebene Ungleichheit der Menschen, das keimende Bewusstsein des „Auserwähltseins“ und der unbedenkliche Anspruch, diese Anschauungen mit Gewalt durchsetzen zu wollen. Auf dieser Basis müssen Tendenzen politischer Radikalisierung als objektiv gesetzt anerkannt werden. Wie weit sich diese aktuell entfalten, wird von der äußeren Einwirkung auf die Gruppierungen beeinflusst werden.

Im gegenwärtig vorhandenen Potential an Organisationsqualität und Ideologie liegen Keimzellen für terroristische Verbindungen. Die Gruppierungen stellen ein strukturiertes Potential für solche Aktivitäten mit Eigendynamik dar.

DIE AUTOREN

Bach, Roland (geb. 1930), Dr. sc. pol., Diplompädagoge, Hochschuldozent i. R.; Mitglied des Sprecherrates der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS.

Studien und Publikationen zu Jugend und Gesellschaft, Jugendpolitik der Parteien, Politik und Ideologie der extremen Rechten.

Bramke, Werner (geb. 1938), Prof. Dr. phil., Studium Geschichte und Germanistik in Potsdam, Lehrer, 1969 Promotion, 1976 Habilitation mit einer Arbeit über Traditionsbild und Traditionspflege der KPD, 1979 Professor für neueste Geschichte und Geschichte der Arbeiterbewegung, 1987-1990 Direktor der Sektion Geschichte der Universität Leipzig; seit Oktober 1994 Mitglied des Sächsischen Landtages, Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien.

Publikationen zur Geschichte des Militarismus in Deutschland, zur Geschichte der kommunistischen Bewegung, zur Sozialgeschichte der deutschen Mittelschichten im 19. und 20. Jahrhundert, zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus und zur sächsischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert.

Hahn, André (geb. 1963), Dr. rer. soc., Hochschul- und Forschungsstudium; Diplom-Lehrer; seit 1994 MdL; Parlamentarischer Geschäftsführer und Bildungspolitischer Sprecher der Fraktion der PDS im Sächsischen Landtag. Letzte Publikation: Der Runde Tisch, das Volk und die Macht – Politische Kultur im letzten Jahr der DDR, Berlin 1998.

Kinner, Klaus (geb. 1946), Prof. Dr. sc., Historiker, Studium Geschichte in Leipzig, Forschungsstudium zu Problemen der Geschichte der kommunistischen Bewegung, insbesondere der historiographischen und theoriegeschichtlichen Entwicklungen in KPD und Komintern; seit 1981 Professor am Franz-Mehring-Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig, nach Abberufung und Abwicklung seit 1992 freiberuflich; gegenwärtig Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

Publikationen u. a.: Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft, Berlin 1982; Der deutsche Kommunismus, Bd. 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999.

Madloch, Norbert (geb. 1931), Dr., Studium Geschichte in Berlin, Promotion A und B; seit den 70er Jahren vorwiegend Forschungen zu den linken Radikalen und den extremen Rechten.

Mitglied des Sprecherrates der Arbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS und stellv. Vorsitzender des Berlin-Brandenburger Bildungswerkes e.V. (BBB).

Publikationen u. a.: in: Jugend und Rechtsextremismus in Berlin-Ost, Berlin 1990; in: Robert Harnischmacher (Hrsg.): Angriff von Rechts. Rechtsextremismus und Neonazismus unter Jugendlichen Ostberlins, Hamburg 1994; „Superwahljahr 1994“. Rechtsextremismus in Ostdeutschland zwischen Einfluß und Niederlage, Berlin 1995.

Richter, Rolf (geb. 1945), Prof. Dr. sc. phil.; Historiker, Pädagoge; Hochschulstudium, planmäßige Aspirantur; 1974 Promotion A; 1980 Promotion B; seit 1990 Leiter der Historischen Arbeitsstelle des Berlin-Brandenburger Bildungswerkes e.V.; seit 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

Letzte Publikationen: Versöhnung mit Polen als Aufgabe und Weg für die evangelischen Kirchen in der DDR in den siebziger und achtziger Jahren, Berlin 1998; Aus dem Leben der Russischen Orthodoxen Kirche in Berlin, Berlin 1999, Beiträge für den Band Rassismus, Faschismus, Antifaschismus, hrsg. von Manfred Weißbecker und Reinhard Kühnl unter Mitwirkung von Erika Schwarz, Berlin 2000, sowie für den Rundbrief, hrsg. von der AG Antifaschismus/Rechtsextremismus beim Parteivorstand der PDS, Berlin.

